

Arbeiterpolitik

Organ der KP(O) - Elsass - Sektion der I.V.K.O. - erscheint wöchentlich

No. 1 / VI. Jahrgang

Erste Januarwoche 1939 .

1 9 3 9 .
- - - - -

Das Jahr 1938 hat international und national den Faschismus im raschen Vormarsch gesehen. International und national sind die illusionären Dämme, die gegen seinen weiteren Vormarsch errichtet wurden, zusammengebrochen.

Diese vermeintlichen Dämme waren in der Hauptsache zwei : 1. die sogenannte demokratische Friedensfront, das heißt die Front der Staaten des demokratischen Imperialismus gegen die Staaten des faschistischen Imperialismus, 2. die sogenannte Volksfront, das heißt das Bündnis der stalinistischen und reformistischen Arbeiterparteien mit sogenannten demokratischen und liberalen Parteien des Bürgertums .

Die " demokratische Friedensfront " brach in München zusammen.

Die Volksfront brach in Frankreich zusammen, das das Hauptexerzierfeld und Musterland für sie gewesen war .

Beiden Ereignissen liegen letzten Endes ein und dieselben Ursachen zugrunde : 1. der Verzicht der internationalen Arbeiterklasse darauf, dem Faschismus national und international die proletarische Klassenfront und der faschistischen Konterrevolution den Kampf um die proletarische Revolution gegenüberzustellen . An die Stelle des revolutionären Klassenkampfes trat der Rückfall in die vulgär-demokratische Stellung. Die Hauptverantwortung dafür fällt dem Stalinismus zu, weil er die führende Rolle dabei spielte. Diese verhängnisvolle Rolle des Stalinismus in der internationalen Arbeiterbewegung geht letzten Endes zurück auf seine reaktionäre Rolle in der Sowjetunion selbst, auf die Tatsache, daß der Stalinismus zum entscheidenden Hindernis der weiteren Entwicklung des Sowjetstaates und der Sowjetgesellschaft geworden ist. Darum ist die Überwindung des Stalinismus die Kernfrage der internationalen Arbeiterbewegung, wie der internationalen Politik geworden. 2. die sogenannte demokratische Bourgeoisie, die die Politik der " demokratischen Friedensfront " oder Volksfront für den Kampf gegen den Faschismus gewinnen zu können glaubte, ist dadurch nicht nur nicht dafür gewonnen worden, sondern hat umgekehrt ihre Neigung zu Kompromissen mit den faschistischen Mächten verstärkt, in denen sie Hüter der kapitalistischen Ordnung erblickt. Andererseits hat die Volksfrontpolitik, indem sie die Masse des Kleinbürgertums dem Trustkapital auslieferte und die außerparlamentarische Aktionskraft der Arbeiterklasse vernichtete, die Bedingungen schaffen helfen, um das Kleinbürgertum für den Faschismus oder für andere Formen der offenen Kapitalsdiktatur empfänglich zu machen und die Arbeiterklasse als Kampfkraft gegen den Faschismus lahm zu legen.

Dabei waren wichtige Ansatzpunkte für die revolutionäre Entwicklung vorhanden, die durch die Volksfrontpolitik und die Politik der " demokratischen Friedensfront " ruiniert worden sind :

1. die Angänge der proletarischen Revolution in Spanien, Der Sieg der proletarischen Revolution in Spanien aber hätte nicht nur das Gesicht der internationalen Arbeiterbewegung grundlegend geändert, er hätte auch die internationalen Kräfteverhältnisse umgestürzt. Er hätte den antifaschistischen Kampf in den Ländern der faschistischen Diktaturen einen mächtigen Anstoß gegeben. Er hätte Europa im äußersten Westen und im Osten in die Zange der proletarischen Revolution genommen. Er hätte das russische Monopol der Führung der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung, das zum Hemmnis für sie geworden war, gebrochen und diese Führung auf eine neue und höhere Grundlage gestellt.
2. Der instinktive revolutionäre Anlauf der französischen Arbeiterklasse im Juni 1936, der einen erheblichen Teil des Kleinbürgertums mit gerissen hatte, hätte, weiter entwickelt, aus Frankreich den Sturmbock der proletarischen Revolution auf dem europäischen Festlande machen können.
3. Der Kampf des chinesischen Volkes gegen den japanischen Imperialismus, der, wenn die Kommunistische Partei Chinas ihre revolutionäre Rolle erfüllt hätte, die ihr zukam, die Revolution ganz Ostasiens einleiten konnte.
4. Der wachsende Drang der Kolonialvölker zum Befreiungskampf gegen den Imperialismus, verraten durch die Volksfrontpolitik.
5. Und nicht zuletzt das fortschreitende Abbröckeln der Massengrundlage des Faschismus in den Ländern der faschistischen Diktaturen.

Die Volksfrontpolitik und die Politik der "demokratischen Friedensfront" statt national Arbeiterklasse und Kleinbürgertum gegen den Faschismus zusammenzuschließen, statt international die Arbeiterklasse gegen den Faschismus zusammenzufassen und evtl. einen Block revolutionärer proletarischer Staaten gegen den Faschismus zu schaffen, hat von alledem das Gegenteil bewirkt.

Was sind die Ergebnisse im Einzelnen?

Österreich ist annektiert.

Die Tschechoslovakei ist zusammengebrochen und in einen Vasallenstaat Hitlers verwandelt.

Dadurch ist die Grundlage für Hitlerdeutschland geschaffen, um den ganzen Südosten und Osteuropa politisch und wirtschaftlich in Werkzeuge seiner imperialistischen Angriffspolitik zu verwandeln.

Das Kräfteverhältnis zwischen den Staaten des demokratischen und des faschistischen Imperialismus hat sich grundlegend zu Gunsten der Letzteren verschoben, Hitlerdeutschland hat die Hegemonie auf dem europäischen Festlande gewonnen.

Und jetzt wendet sich die Stoßkraft der stärksten faschistischen Macht: Hitlerdeutschland gegen den Ausgangspunkt dieser verhängnisvollen Politik, gegen die Sowjetunion selbst. Planmäßig bereitet Hitlerdeutschland seinen Angriff gegen die Sowjetunion vor und wirkt dabei mit dem italienischen und japanischen Imperialismus zusammen. Italien ist dabei die Aufgabe zugewiesen, Frankreich und England im Westen festzuhalten und durch seine Mittelmeerforderungen zu beschäftigen. Die internationale Presse zerbricht sich die Köpfe, wie weit Hitlerdeutschland bereit sein wird, Italien gegen Frankreich zu unterstützen. Sie tröstet sich damit, daß Deutschland nicht bereit sei, wegen der Mittelmeerforderungen Italiens sich in einen allgemeinen Krieg einzulassen. Das kann zutreffen, soweit die jetzigen Absichten Hitlerdeutschlands in Betracht kommen. Aber bereits die diplomatische

und propagandistische Unterstützung Italiens durch Hitlerdeutschland kann Italien Vorteile einbringen, die das ziemlich beschädigte Prestige des italienischen Faschismus neu stärken und ihm Ansatzpunkte für neue und weitergehende imperialistische Vorstöße schaffen.

Auf der anderen Seite bedeutet die Erklärung der Friedensbereitschaft Wang-Tschin-Weis einen diplomatischen Erfolg Japans und verstärkt seinen Druck gegen die Sowjetunion.

Alles das erleichtert Hitlerdeutschland die Vorbereitungen zu seinem Angriff auf die Sowjetunion.

In seinen allgemeinen Umrissen ist dieses Vorbereitungsprogramm bereits deutlich sichtbar. Es umfaßt die Zerstückelung Polens durch die Aufrollung der "ukrainischen Frage" und seine Verwandlung in einen deutschen Vasallenstaat. Die Vasallisierung Rumäniens, Ungarns usw. Die Reihenfolge und die Fristen, in denen diese Etappen zurückgelegt werden, sind noch nicht übersehbar, aber das Programm selbst wird planmäßig und in raschem Tempo von Hitlerdeutschland betrieben.

Die Volksfrontpolitik und die Politik der "demokratischen Friedensfront" sollten zugleich Mittel sein, um den imperialistischen Krieg zu verhindern und den Frieden zu sichern.

Tatsächlich ist im Laufe des Jahres 1938 Europa zweimal durch Perioden akuter Kriegsgefahr hindurchgegangen: am 21. Mai und im September.

Wie steht es damit im Jahre 1939?

Es ist heute schon jedermann klar, daß in kurzer Frist, vielleicht schon Ende Januar oder im Laufe der Monate Februar oder März, das heißt bereits 4 - 5 Monate nach München, die Achsenmächte planmäßig eine neue Krise akuter Kriegsgefahr erzeugen, einen neuen Versuch unternehmen werden, durch Angriffsvorbereitungen und Angriffsdrohungen neue imperialistische Zugeständnisse zu erzielen.

Diese Kriegsgefahr wird auch dann reell sein, selbst wenn sie von Seiten Hitlerdeutschlands und Italiens zu 100 % als Bluff gemeint sein werden.

Man kann abschätzen, daß die Kriegsgefahr noch größer wird als die von 1938, obwohl die Objekte, die Italien unmittelbar im Auge hat, verhältnismäßig gering sind. Dies deshalb, weil

1. es sich bei den Objekten Italiens nicht mehr nur um einen Vasallenstaat Frankreichs handelt, wie das die CSR war, sondern direkt um französischen Kolonialbesitz und weil von der französischen Bourgeoisie die erzwungene Abtretung eigenen Kolonialgebietes zu einer Prestigefrage gemacht wird.
2. weil das britische Reich an Tunis, Djibouti und am Suezkanal weit stärker und unmittelbarer interessiert ist, als an der CSR.
3. weil Frankreich und England darauf spekulieren, daß Hitlerdeutschland nicht bereit ist, Italien bis zuletzt, das heißt bis zur Bereitschaft, gemeinsam mit ihm Krieg zu führen, zu unterstützen und weil die Formel umgeht "Italien ist nicht Deutschland".
4. weil es sich um eine Wiederholung der im September angewandten Methoden handelt und Frankreich und England deshalb geneigt sind, die Sache weniger ernst zu nehmen, Gerade das kann die reelle Kriegsgefahr verschärfen.
5. ein weiterer Faktor, der die Kriegsgefahr vermehrt, ist die Tatsache, daß unter der Führung des Stalinismus die Tendenz der Politik der "Festigkeit" (im imperialistischen Sinne) gegenüber dem faschistischen Imperia-

lismus, auf Hilfstruppen in der Arbeiterbewegung rechnen kann, daß ihr aber keinerlei ernste revolutionäre Kraft in der Arbeiterklasse gegenübersteht - daß sie also freie Hand hat.

Schließlich aber darf man den Faktor des amerikanischen Imperialismus nicht vergessen, der immer stärker in den Vordergrund tritt und zwar in dem Sinne, daß er unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Faschismus immer stärker die Führung bei der kommenden imperialistischen Generalabrechnung zu gewinnen trachtet. In diesem Sinne ist die planmäßige Steigerung der Spannung der Vereinigten Staaten gegenüber Hitlerdeutschland zu verstehen, weiter die scharfe Kampfstellung, die die amerikanische Diplomatie gegenüber den Ansprüchen des japanischen Imperialismus in China einnimmt und schließlich der zum Teil erfolgreiche Versuch der Vereinigten Staaten, bei der panamerikanischen Konferenz in Lima den amerikanischen Kontinent unter Führung der Vereinigten Staaten zu einem imperialistischen Block zusammenzufassen.

Keine Einschätzung der europäischen imperialistischen Kräfteverhältnisse ist haltbar, die nicht auch den kolossalen Faktor des amerikanischen Imperialismus in Betracht zieht.

Im Ganzen gesehen ist damit zu rechnen, daß das Jahr 1939 nicht dem Chamberlainschen "Frieden für unsere Zeit" näherführen wird, sondern in Bezug auf die imperialistische Kriegsgefahr und das Vordringen des Faschismus noch kritischer, noch gefährdender sein wird als es das Jahr 1938 war.

Umso dringender und umso größer ist die Aufgabe, in der internationalen Arbeiterbewegung die Kräfte zu wecken und zu sammeln, die diesen Gefahren auf der Grundlage des Kampfes um die proletarische Revolution und die Weltrevolution gegenübertreten.

Französische Symptome zu Beginn des neuen Jahres .
=====

Besonders symptomatisch für die innerpolitische Entwicklung in Frankreich ist die Tatsache, daß sich so gut wie die gesamte bürgerliche Presse in Einweisen darin ergeht, daß das parlamentarische Regime in Frage gestellt sei durch die Versuche der sozialistischen und kommunistischen Opposition in der Kammer bei der Budgetberatung, eine Reihe von Anträgen zugunsten der Arbeiterklasse durchzubringen. Dieses Verhalten ist umso bezeichnender, als die ganze Budgetberatung der reine Hokusfokus war und das Parlament infolge der beschränkten Beratungszeit überhaupt keine Gelegenheit hatte, das Budget wirklich zu kontrollieren und nach seinen Wünschen zu gestalten. Diese Hinweise verraten den wachsenden Drang in der Bourgeoisie und wahrscheinlich auch in breiten Kreisen des Kleinbürgertums, das unter ihren Einfluß geraten ist, mit dem parlamentarischen Regime Schluss zu machen und mehr und mehr zu autoritären Methoden zu greifen.

Nicht minder symptomatisch für die eingetretene Verwirrung und Zersetzung im Parteileben und im parlamentarischen Regime Frankreichs sind die Nachrichten, die in der letzten Zeit durchgedrungen sind über die Versuche von Léon Blum und dem früheren radikalsozialistischen Außenminister Delbos den reaktionären Tardieu für die Mitwirkung zu einer Regierung der sogenannten nationalen Einheit zu bringen. Dies geschieht in demselben Augenblick, wo der Plumflügel in der Sozialistischen Partei Frankreichs eine Resolution angenommen hat, in der er sich gegen die Losung einer Regierung der nationalen Einheit wendet.

Übrigens hat Tardieu abgelehnt, er wartet seine Zeit ab, er gibt sich offenbar Rechenschaft darüber, daß es für ihn und seinesgleichen verkehrt wäre, sich mit den abgenutzten Größen der parlamentarischen Periode einzulassen.

Der rechte Flügel der jetzigen Regierungsmehrheit Dekadiers unter der Führung von Louis Marin hat diesen die Weisung gegeben, daß die französische Regierung keinerlei Zugeständnisse an Italien machen dürfe, die über die des Abkommens Laval-Mussolini vom Januar 1935 hinausgehen. Das zeigt, daß die Politik der Zugeständnisse an den faschistischen Imperialismus auf wachsenden Widerstand selbst in den Reihen der parlamentarischen Rechten stößt.

Einige deutliche Töne zur Budgetberatung .

In " Ere Nouvelle " , dem Blatt der Radikalsozialisten, schreibt H. Mirokine-Guetzewitsch :

" Der Marxismus : extrem, illusionär , ohnmächtig. Ob es sich um die Nuance Plum oder Paul Faure handelt, der Marxismus ist eine Gefahr für die Demokratie. Statt die Freiheit zu verteidigen, wie sie ist, die bestehende Demokratie, erhebt der Sozialismus Ansprüche. Er hat den Verlust der Freiheit und der Demokratie schon bei verschiedenen Völkern herbeigeführt. Er hat den Weg aller Diktaturen von heute vorbereitet " .

Die Anschuldigung stimmt - aber umgekehrt wie " Ere Nouvelle " meint. Nicht weil die Sozialdemokraten zu große Ansprüche an die Demokratie gestellt haben, sondern umgekehrt - weil sie nicht gewagt haben, die bestehenden demokratischen Rechte der Werktätigen bis zu den letzten Möglichkeiten auszunutzen, um vom Boden der bürgerlichen Demokratie die Massen zum rücksichtslosen Kampf für ihre Tagesinteressen, zum Kampf um die ganze Macht zu führen.

Noch deutlichere Töne schlägt R. Cartiert in " l'Epoque " an :

"Die einzige Manier , einen Ausweg zu finden, wäre die Bildung eines Direktoriums von 4 oder 5 charaktervollen Männern innerhalb oder außerhalb der Politik stehend, denen man die oberste Leitung des Landes anvertrauen kann. Es kann sich nicht darum handeln, breite Vollmachten für 3 oder 5 Monate zu geben, sondern darum, ihnen die ganze Macht zu geben. Sie hätten die politischen Parteien aufzulösen oder mehr oder weniger zur Ruhe zu zwingen. Gegenüber den Parlamenten müßte sich das Direktorium das Recht bewahren, sie einzuberufen nach ihrem Belieben , um ihnen einen Rechenschaftsbericht zu machen über ihr Mandat, oder um es teilnehmen zu lassen an großen Ereignissen , die sich stellen. Man kann zum demokratischen Regime zurückkehren, wenn die Lage es erlaubt , das uns einige theoretische Vorzüge bewahrt. "

Aus der Arbeit der ILLA , von D. Benjamin

Die Unabhängige Arbeiterliga Amerikas hat jetzt 10.000 Exemplare einer neuen Broschüre unter dem Titel " Faschismus über Frankreich " veröffentlicht. Über 5.000 Exemplare sind schon von der New Yorker Organisation zum Verkauf bei Versammlungen der Transportarbeiter, Lehrer, Bügler und Hutmacher angefordert worden. Nur die Bezirke, die schnell handeln, werden sich noch den Rest für 2 Doll. pro Tausend sichern können.

Am Mittwoch, den 30. November 1938 fand eine wichtige Mitgliederversammlung der New Yorker Organisation statt. Will Herberg gab einen Bericht über die Lage in der CIO, um die Mitgliedschaft zur Stellungnahme zum Standpunkt des National Council in dieser Frage zu veranlassen. Ben Lifschitz hielt das Referat über den CIO-Kongreß. Infolge der vorgerückten Stunde wurde die Diskussion auf eine zweite Versammlung, die für Freitag, den 9. Dezember 1938 in die Rivera Hall einberufen wurde verlegt. Diese war ganz der Diskussion und kurzen Zusammenfassungen der Berichterstatter gewidmet.

Die Beurteilung der letzten Wahlen und der gegenwärtigen innenpolitischen Situation durch den National Council wurde in den verschiedenen Stadtteilversammlungen der New Yorker Organisation bekanntgegeben und von der Mitgliedschaft diskutiert.

Auf einer von der Torontoer Organisation der ILLA veranstalteten Versammlung sprach Jay Lovestone vor über 300 Arbeitern über das Thema "Zwischen zwei Kriegen". Die dreihundert Arbeiter, die trotz des starken Schneesturmes gekommen waren, folgten begeistert der Rede. Der Torontoer Bezirk der ILLA diskutierte in Anwesenheit von Lovestone Pläne für die zukünftige Arbeit.

Das Stadtkomitee von Philadelphia schickt Delegierte zu einer Konferenz, die gemeinsam mit der Sozialistischen Partei und der Sozialistischen Arbeiterpartei abgehalten wird, um Pläne zur Aktionseinheit gegen die Verfolgung der Minderheiten in Deutschland auszuarbeiten.

Am 4. Dezember sprach D. Benjamin im Progressive Labor Institute über "Europa heute". Das Referat hatte guten Erfolg und veranlaßte viele Fragen aus der Zuhörerschaft über die gegenwärtige Entwicklung in Europa.

Am vorhergehenden Abend hatte die Philadelphiaer Organisation eine erfolgreiche Veranstaltung abgehalten.

Die New Yorker Mäntelmacherorganisation hat gezeigt, daß sie den Appell des National Council zu intensiver Werbung ernst nimmt und hat bei ihrer letzten Versammlung fünf neue Mitglieder hereingebracht. Unsere Mitglieder in der New Yorker Spielzeugindustrie haben eine besondere Versammlung mit Sympathisierenden abgehalten, auf welcher D. Benjamin über das Thema "Wofür die ILLA eintritt" sprach. Das Ergebnis war, daß Einige sofort beitraten und andere zum Ausdruck brachten, daß sie sehr bald eintreten würden. Die anderen Zweigorganisationen und Unterabteilungen der Organisation sollten diesen guten Beispielen folgen.

Wang Tschin Wei

Wang Tschin Wei, bisheriger Präsident des Politischen Büros der Kuomintang und Vizepräsident der Kuomintangregierung, hat sich nach Hongkong geflüchtet und von dort aus ein Telegramm an Tschang-Kai-Schek gesandt, in dem er diesen auffordert, Friedensverhandlungen mit Japan auf der Grundlage der Vorschläge des japanischen Ministerpräsidenten Konoye vom 22. Dezember 1938 einzuleiten. Wang Tschin Wei erklärt sich damit bereit, dem Antikomintern-Abkommen beizutreten, er fordert das Verbot der Kommunistischen Partei, die japanischen Truppen sollen aus China zurückgezogen werden, sich dagegen in der inneren Mongolei als Stoßtrupp gegen die Sowjetunion halten können.

Während die einen Beobachter in Ostasien der Meinung sind, daß sich dadurch Wang Tschin Wei zum Chef der Opposition der japanfreundlichen Richtung in der Kuomintang und in der chinesischen Bourgeoisie aufwerfen wird, von Anderen die Vermutung geäußert, daß Tschang-Kai-Schek mit Wang-Tschin-Wei in Wirklichkeit einverstanden sei und durch ihn einen Versuchsballon steigen lasse.

Das Auftreten Wang Tschin Weis weist jedenfalls darauf hin, daß innerhalb der Kuomintang und innerhalb der chinesischen Bourgeoisie eine Richtung vorhanden ist, die bereit ist, zu einem Kompromiß mit Japan und die die Zeit für gekommen hält, um den Kampf in dieser Richtung offen aufzunehmen.

Das ist zweifellos ein diplomatischer Erfolg Japans. Ein Erfolg, der nur dadurch möglich geworden ist, daß die Kommunistische Partei Chinas ihr eigenes Klassengesicht gegenüber der Kuomintang aufgegeben hat.

Wang Tschin Wei ist inzwischen aus der Kuomintang ausgeschlossen worden. Außerdem wurden allen Chinesen, die sich dazu hergeben, für die Japaner Regierungsfunktionen auszuüben, sofortiges Erschießen angedroht.

Die Schwierigkeiten Hitlerdeutschlands .
=====

Die wachsenden Schwierigkeiten, in die Hitlerdeutschland wirtschaftlich und finanziell gerät, werden nicht schlecht beleuchtet durch folgende Stelle in einer wirtschaftlichen Jahresübersicht der " Frankfurter Zeitung" (1.1.39.) , in der es heißt :

" Während es sich ursprünglich um die Wahrung einer Dringlichkeitsskala für die Rohstoffverteilung handelte, ist es jetzt auch notwendig bei der Zuteilung von Arbeitskräften und zuweilen in der Fabrikation eine bestimmte Reihenfolge einzuhalten " .

So schnell hat sich das Bild der deutschen Wirtschaft in den letzten Jahren gewandelt.

Das Blatt scheut sich nicht zu erklären, daß in den letzten Monaten "eine regelrechte Verkehrsnot spürbar gewesen " sei.

Es sind jetzt in Deutschland nach der Angabe desselben Blattes wieder 31 % aller Frauen erwerbstätig, gleichzeitig ist die allgemeine Arbeitszeit verlängert worden. Ein Erlaß, der angeblich die Jugend schützen will, läuft tatsächlich auf die Verlängerung der Arbeitszeit für die Jugendlichen und auf die Zulassung ihrer Verwendung für Nachtarbeit hinaus.

Ein Aufruf Hitlers zum neuen Jahre sagt Italien zu, " die Verpflichtungen die aus unserer Freundschaft zum faschistischen Italien erwachsen, sind uns klare und unverbrüchliche " .

Der Satz hat die faschistische Presse Italiens in Entzücken versetzt, dabei ist aber nicht zu übersehen, daß die Zusage Hitlers an Italien reichlich unbestimmt ist. Hitler hat sich gehütet, deutlich zu sagen, worin die Klarheit der Verpflichtungen gegenüber Italien besteht.

Über die Richtung, in der die Außenpolitik Hitlerdeutschlands steuert, sagt ein Artikel der " Frankfurter Zeitung " vom 1. Januar 1939 u.a. Folgendes :

" Was immer das neue Jahr bringen wird, sicherlich wird dreierlei dabei zu finden sein : die Berlin - Rom - Achse wird kräftiger sein als je

" und wir Deutsche werden die großartige territoriale Base, die wir nun besitzen, durch emsige und aufopfernde Arbeit zur tragfähigsten Lebensbasis machen, die jemals unserem Reich geboten war, während sich im Bereich des Mittelmeeres uns Europäern eine neue Schicksalsfrage stellt: die Frage, ob nicht nur Italien und England (wie es geschehen ist), sondern auch Italien und Frankreich ihren Ausgleich finden können. Wird eine neue Zerreißprobe, wird neue Zwietracht oder wird die Annäherung der beiden Achsenysteme das Ergebnis des neuen Jahres sein? Unser Wunsch bleibt unverändert "

Die Überraschung der zweiten Dezemberhälfte des Vorjahres war die Anmeldung neuer Flottenforderungen Hitlerdeutschlands an England. Es handelt sich darum, daß Deutschland jetzt fordert, daß es seine Unterseebootflotte auf dieselbe Tonnenzahl bringen kann, wie die gesamte Unterseebootflotte des britischen Reiches. Die Forderung bleibt zwar noch im Rahmen des deutsch-englischen Flottenabkommens von 1935, trotzdem ist sie eine sehr unangenehme Überraschung für die Engländer, denn sie kündigt einen neuen Wettlauf zwischen England und Deutschland auch in der Flottenrüstung an. In der englischen Presse wird darauf hingewiesen, daß der verstärkte Unterseebootbau Deutschlands große Gefahren für England mit sich bringe, wenn es Deutschland und Italien gelinge, sich spanischer Häfen zu bedienen. In diesem Falle würden die deutschen und italienischen Unterseeboote eine schwere Störung und Gefährdung der englischen und französischen Seeverbindungslinien bedeuten. Nach den Andeutungen der englischen Presse hat Hitlerdeutschland die Forderung damit begründet, daß es genötigt sei, Vorkehrungen zu treffen gegen den verstärkten Flottenbau der Sowjetunion. Die englische Presse bereitet die Öffentlichkeit jetzt schon darauf vor, daß England durch verstärkten Bau von Zerstörern und anderen Schiffstypen, die zum Kampf gegen Unterseeboote geeignet sind, antworten müßte. Jedenfalls hat diese Forderung England klargemacht, daß jede Aussicht auf Abrüstung in der nächsten Zeit ins Wasser gefallen ist.

Der Aufruf des Reichswirtschaftsministers Funk zum Jahreswechsel zeigt hinter bombastischen Worten mit einer erstaunlichen Deutlichkeit, die sich nur aus dem schweren Druck der bestehenden Sorgen erklären läßt, das wahre Gesicht der deutschen Wirtschaft. Der Wirtschaftsminister Funk führte u. a. aus:

" Unsere Wirtschaft läuft auf hohen, zum Teil auf höchsten Touren; unsere Arbeitskraft ist im Allgemeinen auf das stärkste angespannt. Aber dieser volle Einsatz von Menschen und Material darf nicht das Endziel, darf nicht der Stillstand sein. Aus dem Stadium der Vollbeschäftigung erwächst gebieterisch die neue Aufgabe: Rationalisierung der Wirtschaft Diese Aufgabe bedingt einen gewissen Totalitätsanspruch. Sie umfaßt Betriebsordnung und Betriebstechnik, den Arbeitsvorgang und MASCHINENGEBRAUCH, die Berufsausbildung und Lenkung, die Materialzuteilung, die Investitionslenkung, die Kapitalmarktaufsicht usw. "

Die bekannte englische Wirtschaftswochenschrift "The Statist" kennzeichnet die Wirtschaftslage des Reiches als besonders gespannt infolge des überstürzten Rythmus in der Aufrüstung, der Industrialisierung und der öffentlichen Bauvorhaben. Der künstliche Boom im Baugewerbe bedrohe die "Ernährungsschlacht". Die Landwirtschaft leide zur Zeit unter der Landflucht. Mehr als 800.000 landwirtschaftliche Arbeiter haben bereits seit

1933 das Land verlassen, um Arbeit vornehmlich im Baugewerbe zu finden. Die Zeitschrift führt weiter aus, daß ein führender Industrieller der Eisenindustrie schon im Herbst in einer Generalversammlung darauf hingewiesen habe, daß die Unternehmungen mit Aufträgen überschüttet seien und daß kein Industrieller mit Genugtuung vierjährige Lieferfristen abschliesse. Er betonte weiter, daß 50 % aller in der Industrie plazierten Aufträge öffentliche Aufträge darstellten, im Baugewerbe sogar 80 %. Weiter verweist die Zeitschrift auf die Schwierigkeiten der Durchführung des Göringschen Rationalisierungsbefehls. Sie sagt, daß die Finanzlage des Reiches Einschränkung der Ausgaben verlange und das unter dem wachsenden Druck der Forderungen der Arbeitsfront, welche auf Gehaltserhöhungen hindrängt.

ITF. Dreimal wurden 1938 deutsche Reservisten mobilisiert: im März vor dem Einfall in Österreich, im Mai beim versuchten Überfall auf die CSR und im September. Bei jeder Mobilisierung tauchte vor den Diktatoren das Schreckgespenst auf: was wird, wenn deutsche Soldaten die Gewehre umdrehen? Die Diktatur entschloß sich deshalb, einen Teil der Armee zur Niederhaltung etwa aufsässiger Truppenteile zu verwenden. SS-Männer können ihre Militärzeit in den SS-Sonderformationen abdiene, in den "Verfügungstruppen" und in den Totenkopf-Einheiten der Konzentrationslagerwachen. Im Oktober wurde bekanntgegeben, daß SA-Männer in der Göring unterstellten als besonders zuverlässig geltenden SA- "Standarte Feldherrnhalle" ihren Wehrdienst ableisten können.

Militärdienst in diesen Sonderformationen ist bei SA und SS sehr beliebt. Sie halten es für gefahrloser, gewöhnliche Soldaten an die Front zu jagen, als selbst an der Front zu stehen.

Neue sozialpolitische Bestimmungen in der Sowjetunion.

In den letzten Tagen sind in der Sowjetunion Dekrete erlassen worden, die den Titel "Held der sozialistischen Arbeit" und zwei neue Medaillen, eine für Heldentum bei der Arbeit, eine andere für ausgezeichnete Arbeit einführen.

Das Ordens- und Titelwesen entwickelt sich allmählich in der SU zu einer wahren Landplage.

Einschneidende Maßnahmen sind getroffen worden zur Erhöhung der Arbeitsdisziplin. Maßnahmen, die mit einem Abbau sozialpolitischer Leistungen verbunden sind. Die Leistungen der staatlichen Sozialversicherung werden gestaffelt je nach der Zeitdauer der ununterbrochenen Arbeit der Betroffenen in einem Betrieb. Praktisch bedeutet das einen erheblichen Abbau der Leistungen der Sozialversicherung.

Ferner ist auch die Dauer des Schwangerschaftsurlaubs abgekürzt worden. Diese Dauer umfaßte bis jetzt je 8 Wochen vor und nach der Geburt. Die neue Bestimmung lautet, daß der bezahlte Schwangerschaftsurlaub nur gezahlt wird für 35 Kalendertage vor der Geburt und für 28 Kalendertage nach der Geburt. Die Bezahlung erfolgt nur bei mindestens siebenmonatlicher Beschäftigung im Betrieb.

Der bisherige Chefredakteur der "Prawda", Kolzow, der lange Zeit der Vertrauensmann Stalins in Spanien war, ist augenscheinlich seines Postens als Chefredakteur der "Prawda" und als Verantwortlicher für das Witzblatt "Krokodil" enthoben worden.

Aus Kiew wird die Erziehung von GPU-Funktionären gemeldet.

=====
Bruno REICHERT †
=====

Während der Feiertage erfuhren wir aus der Presse, daß in London unser Genosse Bruno REICHERT aus ASCH bei einem Hotelbrand erstickt und nur als Leiche geborgen werden konnte. Die Pressemeldung enthielt auch die Nachricht, daß Genosse Völkl und Schneider gerettet und ins Spital eingeliefert worden seien. Jetzt haben wir direkte Nachricht, Sieben Genossen aus Asch, darunter die Genannten waren am Donnerstag vor Weihnachten mit einem Emigrantentransport aus der Tschechoslovakei in London eingetroffen. In dem Hotel, in dem sie im vierten Stockwerk einquartiert worden waren, brach Freitagnacht in der Küche ein Feuer aus. Bei dem Versuch, sich zu retten, mußten die drei Genossen auf der zweiten Etage umkehren, weil sie nicht durch den Rauch und das Feuer ins Freie gelangen konnten. Völkl und Schneider konnten sich wieder in die vierte Etage zurückziehen, wo sie von der Feuerwehr mit Leitern gerettet wurden. Reichert kam nur bis in die dritte Etage, wo er wahrscheinlich von der Rauchentfaltung betäubt zusammenbrach. Die Feuerwehr hat ihn von dort geholt, die Wiederbelebungsversuche waren vergeblich. Glücklicherweise sind Völkl und Schneider wieder hergestellt.

Ein sinnloses Schicksal hat den Tod von Genossen Bruno Reichert herbeigeführt. Nach monatelanger Hetze vor den Verfolgungen der Nazis flüchtend und in ständiger Gefahr, von den tschechischen Behörden an die Nazihenker ausgeliefert zu werden, war es endlich gelungen, sie in einem englischen Transport einzureihen. Und jetzt dieses Ende.

Genosse Reichert mußte von seiner kleinen Parzelle fliehen und alles im Stich lassen. Er hinterläßt seine Frau und drei Kinder, sowie seine alte Mutter, die er mit unterhalten mußte. Ein schwerer Schlag für die Familie und ein schwerer Verlust für unsere Ascher Genossen und die IVKO.

Genosse Reichert war einer unserer besten Genossen. In der KP war er seinerzeit Distriktsleiter für das Hachauer Gebiet, das ist der südliche Teil des Ascher Bezirkes.

Bei der Spaltung der Partei bekannte er sich sofort zu uns. Er leitete lange Zeit unter großer persönlicher Selbstaufopferung die Presse-Arbeit. Seiner rührigen Tätigkeit ist es zu verdanken, daß wir bei den Gemeindewahlen 1938 in Hirschfeld sehr gut abschnitten. Zum Unterschied von anderen Gemeinden erreichte dort die SdP nur knapp 60 % an Stimmen.

Genosse Reichert wurde zum Gemeindevorsteher-Stellvertreter gewählt und war auch Vorsitzender des Ortsschulrates. Sein Bruder war seinerzeit 8 Monate in Deutschland in Haft. Wegen dieser und anderer Angelegenheiten mußte Genosse Reichert emigrieren.

Der Verlust schlägt in unsere Reihen eine sehr empfindliche Bresche.

== / ==

Verantwortlich : Emile Hirtzel, Strasbourg

Arbeiterpolitik

Organ der KP(O) - Elsass - Sektion der I.V.K.O. - erscheint wöchentlich

No. 2 / VI. Jahrgang

Zweite Januarwoche 1939.

NACH 20 JAHREN

Rosa Luxemburg - Karl Liebknecht - † 15. Januar 1919

I.

Zwanzig Jahre werden am 15. Januar dieses Jahres verflossen sein, seit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von weißgardistischen Offizieren und ihren Werkzeugen ermordet worden sind, deren Mörderhände inspiriert waren von den Ebert-Scheidemann-Noske, vom "Vorwärts". Auf den Gräbern von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und der Tausende von revolutionären Proletariern, die unter der Fahne von Spartakus und der Kommunistischen Partei Deutschlands mit den Waffen für die deutsche Räterepublik kämpften, erhob sich die bürgerlich-demokratische, parlamentarische Republik, die "Weimarer Republik". Die Arbeiter- und Soldatenräte vegetierten noch eine Zeitlang weiter, tatsächlich hatten auch sie mit der Niederlage von Spartakus, mit dem Tode von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg den tödlichen Schlag erlitten. Die Spartakuswoche entschied für die "Nationalversammlung von Weimar" gegen die Arbeiter- und Soldatenräte.

Breiten Massen der sozialdemokratischen Arbeiter erschienen in den Jahren der Weimarer Republik die Spartakuskämpfe als eine tragische Episode, als eine Episode der Verwirrung ihrer kommunistischen Klassenbrüder und Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zwar als bewunderte, aber auch als tragisch verirrte revolutionäre Kämpfer.

Heute, nach 20 Jahren - welch ein anderes Bild, welche andere Lage, welche anderen Perspektiven!

Heute ist die Weimarer Republik selbst eine Episode geworden. Aber anders als Spartakus ist sie nicht ruhmreich und kühn kämpfend, sondern kämpflos und schmachlich ins Grab gesunken. Und mit ihr sanken ins Grab die mächtigen Organisationen, Parteien, Gewerkschaften, Genossenschaften, die vielfältigen kulturellen Organisationen, die die deutsche Arbeiterklasse sich in Menschenaltern eines beharrlichen Kampfes aufgebaut hatte, die reformistischen wie die kommunistischen Kleine illegale Gruppen, vielfach ohne Zusammenhang untereinander, ständig unter dem barbarischen Terror des Faschismus lebend, das ist alles, was von diesem mächtigen organisatorischen Aufbau übriggeblieben ist. In den Sattel geschwungen hat sich, gesiegt hat die offene Diktatur der Kapitalistenklasse, die Diktatur des Faschismus.

Mit ins Grab gesunken sind alle die sozialen und kulturellen Errungenschaften, die als Nebenprodukt der Kämpfe der revolutionären Vorhut der deutschen Arbeiterklasse ihr zugefallen waren. All das ist versunken, wie ein Traum. Nicht nur die Arbeiterklasse, mit ihr alle anderen *verwirklichten*

Klassen Deutschlands stöhnen unter dem Joch einer sozialen Versklavung und einer barbarischen Unterdrückung, die auch die kühnste Phantasie sich nicht vorher ausmalen konnte. Die "eiserne Ferse" hat alles niedergekämpft, was feste Errungenschaften von generationenlangen Kämpfern der Arbeiterklasse schien. Und es sind nicht nur die Errungenschaften des proletarischen Klassenkampfes, es sind ebenso die der bürgerlich-revolutionären Kämpfe vor ihnen, die vernichtet und zertreten sind und verhöhnt werden. Deutschland scheint zurückgekehrt ins Mittelalter, in die urgermanische Barbarei.

Was ist der Sinn dieser Entwicklung, was beweist sie?

Im Grunde gibt den Schlüssel dazu bereits jene Stelle des Kommunistischen Manifestes, in der am Vorabend der bürgerlichen Revolution von 1848 gesagt wurde:

"Auf Deutschland richten die Kommunisten ihre Hauptaufmerksamkeit, weil Deutschland am Vorabend einer bürgerlichen Revolution steht und weil es diese Umwälzung unter fortgeschritteneren Bedingungen der europäischen Zivilisation überhaupt und mit einem viel weiter entwickelten Proletariat vollbringt, als England im XVII. und Frankreich im XVIII. Jahrhundert, die deutsche bürgerliche Revolution, also nur das unmittelbare Vorspiel einer proletarischen Revolution sein kann."

Das war vor 91 Jahren. Wie oft haben seitdem die Philister diese tiefe und weitausschauende Prognose verhöhnt. Schienen ihr nicht alle unmittelbaren Tatsachen zu widersprechen? Aber die Geschichte hat nacheinander alle anderen Lösungen, als die der proletarischen Revolution, als die der vollständigen Emanzipation des Proletariats in ihrer Art widerlegt, das heißt nacheinander vernichtet und dadurch als unzulänglich erwiesen: das Bismarckisch-Hohenzollernsche Reich, das entstanden war im Kampfe um die Herstellung der nationalen Einheit durch die "Revolution von oben" auf Grund des Sieges über das bonapartistische Frankreich und das wie ein faules Rohr zusammenbrach im Kampfe um die imperialistische Weltherrschaft. Das Bismarckisch-Hohenzollernsche Reich hatte 43 Jahre gewährt. Dann die Weimarer Republik, die nach nur 14 Jahren ihrer Existenz zusammenbrach, um Platz zu machen einem Regime der faschistischen Diktatur, die sich zum Ziel gesetzt hatte, den Kampf Deutschlands um die imperialistische Weltherrschaft aufs Neue aufzunehmen.

Rückblickend erscheint die Periode der bürgerlichen Demokratie, der Weimarer Republik, nur als ein episodischer Übergang zwischen der Niederlage des deutschen Imperialismus im Ringen um die imperialistische Weltherrschaft und der Inangriffnahme eines neuen Versuches, den Kampf darum mit neuen Mitteln, unter neuen Bedingungen wieder aufzunehmen.

Deutschland ist für die bürgerliche Demokratie zu spät gekommen.

1918/19 war es nur eine Vorhut der deutschen Arbeiterklasse, die verstanden hatte, daß nur die proletarische Revolution ein wirklicher Ausweg, eine wirkliche Lösung war, und die bereit war, dafür mit der Waffe in der Hand zu kämpfen. Die hervorragendsten Symbole dieser Einsicht und dieses radikalen revolutionären Kampfeswillen sind Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Die Mehrheit der Arbeiterklasse und vor allem die große Masse des Kleinbürgertums war nicht bereit, den gewaltigen Sprung zur proletarischen Revolution zu machen. Sie versuchte es noch mit der bürgerlichen Demokratie und sie kostete diesen Versuch bis zur schalen Neige aus.

Heute, 20 Jahre nach dem Tode Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, hat die Arbeiterklasse in ihrer ganzen Breite und haben die Massen des Kleinbürgertums diesen Versuch hinter sich, mit den praktischen Ergebnissen,

die sich jedermann in der brutalsten, handgreiflichsten, nacktesten Form fühlbar machen. Diese Erfahrung der gesamten werktätigen Klassen Deutschlands mit der bürgerlichen Demokratie und ihren Ergebnissen liefert die breite und sichere Grundlage dafür, daß bei der nächsten geschichtlichen Wende in Deutschland, bei dem Zusammenbruch des faschistischen Regimes, es nicht nur eine kühne Vorhut der deutschen Arbeiterklasse sein wird, die für die proletarische Revolution kämpft, sondern die Arbeiterklasse in ihrer ganzen Breite und um sie geschart breite Massen des städtischen und ländlichen Kleinbürgertums. Das wird der endgültige Triumph der großen und kühnen Vorkämpfer der proletarischen Revolution in Deutschland, der Triumph Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, der Triumph von Spartakus, der Triumph des Kommunismus sein.

Freilich hört man heute diejenigen, die sich als Wortführer der stummen unterdrückten Millionen in Deutschland ausgeben, so könnte es scheinen, daß alles andere an der geschichtlichen Tagesordnung in Deutschland sei, als die proletarische Revolution, als ob es vielmehr nur gelte, die beim ersten Mal schlecht verstandene Lektion der bürgerlichen Demokratie noch einmal in verbesserter Form zu wiederholen. Das ist nicht nur das abgedroschene Sprüchlein der ehemaligen sozialdemokratischen Führer in der Emigration, die sich heute angestrengt die Köpfe zerbrechen, wie im Einzelnen das Stück der bürgerlichen Demokratie noch einmal in Deutschland aufzuführen sei. Das ist auch die neue (jetzt schon ziemlich abgegriffene) Weisheit der Wortführer der offiziellen Kommunistischen Partei Deutschlands in der Emigration, für die die demokratische Republik ("neuen Typus" - versteht sich) eine "Etappenlösung" ist. Die Millionen ehemaliger kommunistischer und sozialdemokratischer Arbeiter in Deutschland sind stumm. Die sozialdemokratischen und stalinistischen Wortführer der Emigration sind allein vernehmbar - wenn man absieht von der Kommunistischen Opposition, die heute allein sich als die Nachfolgerin des Spartakusbundes und der Kommunistischen Partei Deutschlands, so wie sie von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht geschaffen worden waren, betrachten kann. In Wahrheit ist die alte Sozialdemokratie tot, so wie die offizielle Kommunistische Partei tot ist. Sie sind nicht die Stimme der deutschen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter. Sie sind nicht die Stimme der Zukunft. Sie sind das Echo einer Vergangenheit, die in den Köpfen und Herzen der deutschen Arbeiter bereits abgestorben ist. "Weimar", die Losung der Wiederherstellung der bürgerlich-demokratischen Republik lockt unter den Arbeitern in Deutschland keinen Hund vom Ofen, sie wird von niemand ernst genommen. Das instinktive Fühlen der deutschen Arbeiter geht dahin, daß die faschistische Diktatur abgelöst werden muß vom "Kommunismus", daß nur die proletarische Revolution die große und gründliche Aufräumarbeit leisten kann, die in Deutschland zu leisten ist.

Aber so wertvoll, so praktisch bedeutungsvoll dieses instinktive Fühlen ist, so genügt es nicht, um die proletarische Revolution zum Siege zu führen, um den Sozialismus aufzubauen. Dazu ist klare Einsicht, zielsicheres Wollen, eine vorausschauende kühne revolutionäre Führung der Arbeiterklasse notwendig.

Sie existiert in der Keimform in der Kommunistischen Opposition, die gegenwärtig auf eine 10-jährige Existenz zurückblickt.

Niemand, der unbefangen auf die letzten zehn Jahre zurückblickt, kann leugnen, daß es allein die Kommunistische Opposition gewesen ist, die in allen entscheidenden Fragen der Arbeiterbewegung in Deutschland richtig gesehen und den richtigen Weg gewiesen hat. Im Verhältnis zu den großen proletarischen Massenorganisationen vermochte aber die Kommunistische Opposition nur zahlenmäßig kleine, dafür aber ausgesuchte Kader zu sammeln. Die großen proletarischen Massenorganisationen sind verschwunden. Die illegalen Kader der Kommunistischen Opposition haben nicht zufällig dem faschistischen

Terror besser widerstanden, als die sozialdemokratischen und als die stalinistischen Organisationen. Sie haben sich ein tiefes und festes Vertrauen unter den Arbeitern erworben. Die Zukunftsaufgabe der kommunistischen Opposition in Deutschland ist unendlich größer als ihre Aufgaben in der Vergangenheit waren. Sie ist berufen, den stählernen Kern zu bilden, um die sich die von Grund auf erneuerte kommunistische Partei gruppiert, die das große Vermächtnis Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs erfüllen, die die deutsche Räterepublik an der Spitze der gesamten werktätigen Klassen Deutschlands erkämpfen wird.

Wie weit dieser Weg noch sein wird, niemand weiß es heute und kann es wissen. Viele werden noch darüber ins Grab sinken, aber dieser Weg, den Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zuerst dem deutschen Proletariat wiesen, er ist Deutschland unwiderruflich vorgeschrieben. Der Nachfolger der faschistischen Diktatur in Deutschland kann nur die Diktatur des Proletariats, kann nur die deutsche sozialistische Räterepublik sein.

II.

Bei der zwanzigjährigen Wiederkehr des Todestages von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg scheint es mehr als zeitgemäß, an die kritische Stellung zu erinnern, die Rosa Luxemburg gegenüber manchen Erscheinungen der russischen Revolution einnahm. Ihre Kritik an bestimmten Methoden und Erscheinungsformen der russischen Revolution kann auch heute nicht als durchgehend zutreffend betrachtet werden. Aber manche Seiten dieser Kritik erscheinen heute angesichts der Entwicklung, die Rußland unter dem Stalinschen Regime genommen hat, wie angesichts der Entwicklung der kommunistischen Parteien und der Kommunistischen Internationale in einem neuen Lichte. Es ist unmöglich, in dem uns zur Verfügung stehenden Raum diese Fragen erschöpfend zu behandeln. Wir beschränken uns daher darauf, eine dieser Fragen herauszugreifen, die wohl die Kernfrage ist, nämlich die der Organisation der revolutionären Partei der Kommunistischen Partei. Es scheint zweckmäßig und interessant dabei anzuknüpfen an Ausführungen, die wir vor 9 Jahren zum elfjährigen Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in "Gegen den Strom" No. 2, 11. Januar 1930 machten und an der Hand dieser Ausführungen zu prüfen, wie weit die weitere Entwicklung sie bestätigt, korrigiert oder widerlegt hat.

Wir schrieben damals :

" In Rußland stellte Lenin die Frage des straffen revolutionären Zentralismus zuerst gegenüber den Menschewiki in einer Lage, wo es galt, klar zu scheiden zwischen den Elementen der proletarischen und denen der bürgerlichen Revolution. Die lose Form der revolutionären Organisation, die die Menschewiki vertraten, war der organisatorische Ausdruck für das Vorwiegen des bürgerlich-revolutionären intellektuellen Elements. Die straffe Zentralisation dagegen war der organisatorische Ausdruck des proletarisch-revolutionären Klassencharakters der Bewegung.

Wie anders in Deutschland vor dem Kriege. Die zugespitzteste Form der organisatorischen Zentralisation wurde hier vertreten von der mehr oder weniger opportunistisch angefressenen Parteibürokratie. Die Herrschaft der opportunistischen Richtung drückte sich organisatorisch aus in der Herrschaft eines straff-zentralistischen, opportunistischen Parteiapparates. Ihm gegenüber galt es, an die revolutionäre Selbsttätigkeit der Mitglieder zu appellieren. In Rußland war ein straffer Zentralismus verknüpft mit der proletarisch-revolutionären Richtung, in Deutschland aber umgekehrt mit der opportunistisch-kleinbürgerlich-bürokratischen. Formell dasselbe Organisationsprinzip enthielt sachlich entgegengesetzte Richtungs- und letzten Endes Klasseninhalte. In Deutschland galt es daher, gegen den opportunistisch-reformistisch-parlamentarischen Zentralismus Sturm zu laufen, ihn zu zerbrechen, um für die revolutionäre Zentralisation erst

die Voraussetzungen zu schaffen. Ein klassischer dialektischer Entwicklungsgang: von der opportunistischen Zentralisation über ihre Aufhebung zur revolutionären Zentralisation.

Aber auch die revolutionäre Zentralisation macht ihrerseits wieder einen dialektischen Entwicklungsprozeß durch.

Am handgreiflichsten zeigt sich das in der Frage des "Berufsrevolutionärs". Der "Berufsrevolutionär" ist ein notwendiges Produkt und Werkzeug der Leitung der revolutionären Organisation, die illegal und noch keine Massenbewegung ist. In der legalen kommunistischen Massenorganisation ist kein Boden für den Berufsrevolutionär in diesem Sinne. Der Berufsrevolutionär schlägt hier nur allzu leicht mit dem Wachstum der Bewegung in den karrieremachenden ideell oder materiell korrumpierten Bürokraten um, für den die revolutionäre Bewegung Quelle des Erwerbs, der Karriere, der parlamentarischen und anderen Früchte ist.

Aus dem revolutionären Zentralismus entwickelt sich aufs Neue auf einer höheren Stufe die Gefahr des bürokratischen Zentralismus, die zum Hemmnis, zur Fessel der Bewegung wird und demgegenüber an die revolutionäre Selbsttätigkeit der Parteimassen appelliert werden muß. Ist diese Gefahr heute da in der Kommunistischen Internationale und ihren Sektionen? Zweifellos! Daraus folgt aber, daß auch in dieser Frage heute nicht gilt: Lenin oder Luxemburg, sondern Lenin und Luxemburg. Das heißt: das Festhalten an dem Leninschen Prinzip der revolutionären Zentralisation erfordert heute den Kampf gegen die bürokratische opportunistische oder ultralinke Entartung in der Richtung zum bürokratischen Zentralismus, erfordert den Appell an die revolutionäre Selbsttätigkeit der Mitgliedschaft im Sinne Rosa Luxemburges. In diesem Kampfe können wir uns aber auch stützen auf Lenin, der im siegreichen Rätestaat den Kampf gegen Partei- und Staatsbürokratismus begann.

Soweit schrieben wir im Januar 1930. Was zeigt die weitere Entwicklung?

Sie zeigt, daß die Ansätze des bürokratischen Zentralismus, die 1930 sichtbar waren, und gegen den die Kommunistische Opposition den Kampf aufnahm, sich mit katastrophaler Konsequenz bis zum bitteren Ende fortentwickelt haben. Die kommunistischen Parteien sind in der oder jener Form dem bürokratischen Zentralismus erlegen. In Deutschland führte die bürokratische Entartung der Kommunistischen Partei zu ihrer Unfähigkeit, die Arbeiterklasse im Kampfe gegen den Faschismus zu führen, dann zu ihrer kampflösen Niederlage vor dem Faschismus, und unter dem faschistischen Regime selbst dazu, daß die illegale Partei als zentralisierte Partei den Schlägen des Faschismus erlegen ist. Sie führte zu dem Gegensatz einerseits eines emigrierten Parteiapparates, der die kommunistischen Grundsätze aufgegeben hat, und in die Vulgärdemokratie zurückgefallen ist und kommunistischen Arbeitern in Deutschland, die vereinzelt den harten illegalen Kampf weiterführen, denen aber das unentbehrliche Erfordernis erfolgreichen Kampfes noch fehlt: der einheitliche organisatorische Zusammenhang und die ideologische Einheit und Klarheit.

Eine andere Stufe derselben Entwicklung weist zum Beispiel die französische kommunistische Partei auf, die zur klassischen Trägerin der Volksfrontpolitik geworden und durch sie zu einem Koloss auf tönernen Füßen angeschwollen ist, der innerlich hohl und dessen äußerer Zusammenbruch abzusehen ist.

Am größten hat sich der bürokratische Zentralismus fortentwickelt in der Sowjetunion - sein Ausdruck ist das Stalinsche Terror- und Polizeiregime und die tiefe und sich immer mehr vertiefende innere Krise und Bedrohung von außen, in die die Sowjetunion dadurch geraten ist.

Wenn Manche geneigt sind, die Schuld daran den kommunistischen Organisationsprinzipien selbst zuzuschreiben und den Ausweg in der Rückkehr zu den

reformistischen Organisationsformen und Methoden zu suchen, so kann ein Blick auf das Schicksal der reformistischen Parteien eines Besseren belehren. Es genügt, das Schicksal der deutschen Sozialdemokratie, der österreichischen Sozialdemokratie oder den Entwicklungsgang der französischen Sozialistischen Partei in der Periode der Volksfrontpolitik ins Auge zu fassen. Vor allem aber genügt es, einen Blick zu werfen auf die Bedingungen, unter denen heute die Arbeiterklasse ihren Klassenkampf zu führen hat: in den faschistischen Ländern Bedingungen eines Terrorregimes, gegen die aller früher dagewesener Terror verblasst; in allen kapitalistischen Ländern die Bedingungen der Vorbereitung und des Herannahens eines neuen imperialistischen Weltkrieges, der überall "totalitärer Krieg" sein wird. Was können unter solchen Bedingungen noch reformistische Organisationsmethoden bedeuten?

Die große Lehre, die aus diesen Erfahrungen für die revolutionären Parteien der Arbeiterklasse zu ziehen ist und die die Kommunistische Opposition frühzeitig gezogen hat, ist die Vereinigung des revolutionären Zentralismus mit weitgehender lebendiger innerparteilicher Demokratie - oder anders gesagt: die Vereinigung der revolutionären Schlagfertigkeit und Geschlossenheit in der Aktion mit demokratischen Methoden der Diskussion und der Kritik in den Reihen der revolutionären Partei.

Wie die revolutionäre proletarische Partei, so der revolutionäre proletarische Staat, den sie schafft. Der Staat nicht der bürgerlichen Demokratie, dessen Stunde geschichtlich abgelaufen ist, sondern der Staat der proletarischen Demokratie - der Rätestaat, gegründet auf der bewußten Zustimmung und allseitigen Mitwirkung der werktätigen Massen in ihrer ganzen Breite.

Das war das Ziel, für das Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht kämpften und fielen.

Die deutsche Arbeiterklasse ist berufen, es zu verwirklichen. Und damit der internationalen Arbeiterklasse neue Wege zu weisen - das auf eine höhere Stufe zu führen, was die russische Arbeiterklasse glorreich begonnen hat.

Auch die russische Arbeiterklasse hat sicherlich noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Aber vor allem ist die Reihe an der deutschen Arbeiterklasse, daß sie das Wort aufnimmt und die Fahne ergreift, die vor zwanzig Jahren den Händen Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs entsunken ist.

Die Zeit der revolutionären Vorbereitung der deutschen Arbeiterklasse dauert viel länger und ist viel verwickelter als irgendeiner der Mitstreiter von Karl und Rosa und als sie selbst es ahnen konnten. Sie ist ungeheuer viel schwerer und opferreicher. Dafür aber auch umso gründlicher und tiefergehend:

Chamberlains Rom - Fahrt .

Nach Nachrichten, die in der französischen Presse wiedergegeben werden, soll zwischen Chamberlain einerseits und der französischen Regierung andererseits bei dem Aufenthalt von Chamberlain in Paris Folgendes festgelegt worden sein:

1. keine englische Vermittlung;
2. keine Vierterkonferenz und auch keine Dreierkonferenz, ehe ein französisch-italienisches Abkommen zustande gekommen ist;
3. keine Gewährung des Rechts des Kriegführenden an Franco.

Die englische Presse hatte einen angeblichen Geheimvertrag zwischen Hitlerdeutschland und Italien angeblich aus dem Jahre 1937 veröffentlicht, dessen Hauptbestimmungen folgende sein sollen :

1. daß Deutschland und Italien sich auf Aufforderung gegenseitig zu Hilfe kommen sollen , wenn eine der beiden Mächte unprovokiert von einer dritten angegriffen wird ;
2. daß beide Mächte einander ohne Aufforderung zu Hilfe kommen, wenn eine von ihnen von zwei oder mehr Mächten angegriffen wird ;
3. daß für diese Eventualitäten konkrete militärische Abmachungen getroffen werden ;
4. daß , falls eine der beiden Mächte irgendwelche Landeserwerbungen macht, die andere Macht beanspruchen kann, bei einem entsprechenden Landerwerb unterstützt zu werden.

Natürlich wird dieser angebliche Geheimvertrag von Berlin aus, wie von Rom aus dementiert, was an sich nichts Für oder Gegen beweist.

Jedoch kann man sagen, daß die faschistische Propaganda sich nichts Besseres hätte wünschen können , als daß durch die Veröffentlichung eines solchen angeblichen Geheimvertrages in England und Frankreich der Eindruck erweckt wird, daß Deutschland Italien unbedingt bei seinen Forderungen militärische Hilfe leisten wird , falls Italien selbst zu militärischen Aktionen übergehen würde.

Der Besuch Chamberlains in Rom kann eine neue und verschärfte europäische Krise einleiten.

Deutsche Jahresbilanz

Das Jahr 1938 ist für den deutschen Faschismus ein Jahr reicher Ernte gewesen. Zuerst wurde die österreichische Beute so gut wie mühelos in die Scheuern gebracht. Von Italien aufgegeben und nur auf sich selbst angewiesen, sackte der österreichische Klerikofaschismus , ehe er überhaupt richtig angestoßen wurde, widerstandslos in sich zusammen. Sein Zusammensturz riß auch die illegalen und halblegalen Massenorganisationen der österreichischen Arbeiter mit sich. Trotz der im Vergleich zu Deutschland verhältnismässig großen Bewegungsireiheit, die die Arbeiter infolge der Schwäche des einheimischen Faschismus und des bewaffneten Widerstandes im Februar 1934 noch hatten , waren sie nicht imstande, auch nur den ernsthaften Versuch zu machen, die Lage für sich auszunutzen. Ein neues krasses Beispiel dafür, welche Auswirkungen das Fehlen einer kommunistischen Führung hat.

Diesen großen Erfolg nutzte Hitlerdeutschland sofort aus , um die Tschechoslovakei anzuknacken. Die Unfähigkeit der tschechischen Bourgeoisie, das Nationalitätenproblem zu lösen und die Unfähigkeit der KPTsch, dies für die Sache des Kommunismus auszunutzen, schafften für Hitlerdeutschland die günstigen Voraussetzungen , um mit Erfolg eingreifen zu können. Der erste Ansatz im Mai führte nicht zum Ziele. Ein widerstandsloses Nachgeben oder bloßes Zuschauen der Regierungen der Westmächte , wie bei der Annexion Österreichs konnten diese schon mit Rücksicht auf ihr Ansehen nach innen und nach außen nicht riskieren. Außerdem standen diesmal weit- aus größere imperialistische Interessen auf dem Spiel - zumindestens für Frankreich.

Deutschland mußte also einen größeren Anlauf nehmen als im Frühjahr. Der Schlag ist ihm denn auch im September geglückt. Die " Nachfolgestaaten " der CSR sind heute Vasallenstaaten Deutschlands und darüber hinaus sind

der Balkan und der ganze Osten Jagdrevier. Es hat die freie Wahl, die Expansionspolitik dort fortzusetzen, wo es ihm am zweckmässigsten erscheint.

Die Kapitulation der CSR fällt in erster Linie auf das Konto der dortigen Bourgeoisie. Sie hat es vorgezogen, sich in die Vasallenschaft Hitlers zu begeben, anstatt allein oder im Bunde mit der Sowjetunion den Kampf aufzunehmen. Ihre Handlungsweise ist ein weiterer Beweis dafür, daß die Bourgeoisie nicht fähig ist, dem Faschismus ernsthaft Widerstand zu leisten, weder nach innen, noch nach außen. Sie hat sich gehütet, den Willen zur Abwehr und die Kampftschlossenheit gegen Hitler, die in den breiten Volksmassen der Tschechoslovakei vorhanden war, auszunutzen. Infolge der hermetischen Nachrichtensperre, die damals und nachher ausübt wurde, herrscht über die Vorgänge in der CSR selbst in den Tagen vor der Kapitulation noch viel Dunkel. Je mehr sich dieses Dunkel lichtet, desto mehr wird sichtbar, daß damals so gut wie alle Klassen der Bevölkerung in Bewegung waren, daß nicht nur die Arbeiter zum revolutionären Unabhängigkeitskrieg im engsten Bündnis mit der SU bereit waren. Wer nicht dazu bereit war, das war die im Volksfrontdusel befangene Kommunistische Partei auf der einen und die tschechische Bourgeoisie auf der anderen Seite.

Die tschechische Krise hat im Mai und noch mehr im September dicht an den Rand des Krieges geführt. Nicht etwa darum, weil Deutschland oder die Westmächte unter der Führung Englands von vornherein entschlossen gewesen wären, es wegen der CSR zum Kriege kommen zu lassen, sondern darum, weil durch einen Zufall oder durch einen Regiefehler aus dem Bluff Ernst werden konnte. Weil zwischen Godesberg und München der Konflikt um die CSR zu einem Konflikt um die unmittelbare Vorherrschaft in der Welt sich auszuweiten drohte, ein Konflikt, der zwischen den imperialistischen Staaten nur mit Waffengewalt ausgetragen werden kann.

Diese für die faschistischen Staaten so erfolgreiche Methode wird fortgesetzt. Der bei der Septemberkrise leer ausgegangene südliche Achsenbruder hat noch im alten Jahr gerade deswegen mit einer Aktion desselben Stilos begonnen. Hitlerdeutschland seinerseits ist propagandistisch bereits dabei, der Welt vor einer neu herannahenden Krise das Gruseln beizubringen. Die Atmosphäre des September droht im neuen Jahr immer mehr "Normalzustand" zu werden.

Von dem Glanz der in die Augen springenden außenpolitischen Erfolge hebt sich umso eindrucksvoller der schwarze Schatten ab, der auf der inneren Lage Hitlerdeutschlands lastet. Die Angliederung Österreichs und des Sudetengebietes hat keine Erleichterung der Wirtschaftslage und der Ernährungslage gebracht, sie vielmehr eher noch verschärft. Die Wirtschaft nähert sich in Deutschland immer mehr dem Zustand des vollendet organisierten Chaos. Über die Wirtschaftsdiktatoren werden andere Diktatoren gesetzt, die den Mangel wegzaubern sollen. Autarkie und organisierte Kriegswirtschaft haben es wahrscheinlich bereits soweit gebracht, daß die wirtschaftliche Bereitschaft zum Kriege nicht zunimmt, sondern eher abnimmt. Die Ersatzindustrien und die Ausnutzung der minderwertigen deutschen Rohstoffe verschlingen nicht nur ungeheures Kapital, sondern vor allem auch Arbeitskräfte. Sie sind durch und durch unrationell. Sie verringern nicht den Abstand zu der bevorzugten Wirtschaft der westlichen kapitalistischen Länder, sondern sie vergrößern ihn. Zum Mangel an allem und jedem ist nun auch noch der Mangel an Arbeitskräften gekommen und das wird sich bei Kriegsausbruch und im Kriege noch schlagartig steigern. Diese multiplizierten Schwierigkeiten machen es verständlich, warum der deutsche Imperialismus in seiner Gier nach neuen Eroberungen sich kaum eine Atempause gönnt.

Vor dem Ritt nach Österreich stand die Februarkrise, die Fronde der Generalität, der Junker und der Großkapitalisten gegen die Totalitätsansprüche des Naziklüngels und seine waghalsige Politik. Die außenpolitischen Erfolge

haben diese Opposition zum Schweigen gebracht. Mit den Methoden der vor-mittelalterlichen Barbarei werden die jüdischen Kapitalisten und die Juden überhaupt "liquidiert". Alle Welt ist sich darüber einig, daß es dem-nächst den Kirchen an den Kragen gehen wird. So versucht der Nationalsozia-lismus alle möglichen Widerstandsnester beizeiten auszuräuchern. Zugleich sollen dadurch der Schrecken und die Einschüchterung systematisch gesteigert werden.

Bei der tschechischen Krise ist aber in Deutschland zum ersten Mal nach fünf-jähriger Nazidiktatur ein anderer Faktor sichtbar in Erscheinung getreten, ein Faktor, den die Nazis mehr als alles in der Welt fürchten: die graue Masse, die "Unterwelt" ist in Bewegung gekommen. Der unmittelbare Anlaß waren die Verschickungen beim Bau des Festungsgürtels im Westen. Alles hatten die Massen bisher passiv und stumm ertragen, aber dieser Tropfen hat das Faß zum Überlaufen gebracht. Es kann keine Rede davon sein, daß es sich etwa um organisierte Aktionen gehandelt hätte, sondern eher um eine Vorstufe; n könnte das Ganze als spontane massenhafte Einzelaktionen bezeichnen. Es ist noch nicht zu erwarten, daß sie sich unmittelbar steigern und auf eine höhere Stufe übergehen werden. Aber als Gegenstück zu der Februarrevolution "oben" ist diese Bewegung überaus bezeichnend und verdient die höchste Aufmerksamkeit und Tatbereitschaft.

Zum ersten Mal hat sich die Decke gelüftet und was darunter sichtbar wurde, genügt vollkommen als Beweis dafür, daß von der "Gleichschaltung" nichts nach unten gedrungen ist. Die Furcht vor dem Kriege und der Wunsch, durch eine Niederlage die Naziherrschaft loszuwerden, der Defaitismus, das sind die beiden beherrschenden Faktoren im Denken, Fühlen und Wollen der breiten Massen in Deutschland. Wer immer die Lage in Deutschland untersucht und die-ses "negative Kriegspotential" nicht mit in erster Linie in Rechnung stellt, der geht von vornherein fehl.

Nach allen vorliegenden Nachrichten hat die Septemberkrise auch für viele bisher immer noch Illusionsbefangene recht ernüchternd gewirkt. Die Erkenntnis, die bisher in der Hauptsache bloß in den illegalen Kadern und in deren Peripherie vorhanden war, die Erkenntnis nämlich, daß die Bourgeoisie der-stmächte Hitler nicht stürzen will, daß sie ihn stützt, weil er der Gen-darm ihrer Ordnung in der Welt ist, daß sie deswegen im tschechischen Fall vor ihm kapituliert hat und noch öfter vor ihm kapitulieren wird, solange, wie dies mit ihrer Selbsterhaltung nur irgendwie vereinbar ist, diese Erkenntnis wird in Deutschland immer mehr Massenerkenntnis. Damit wird zu-gleich in den Massen der deutschen Arbeiter und Werktätigen die unumgänglich notwendige ideologische Voraussetzung zum Sturz Hitlers geschaffen. Denn der Sturz der Nazidiktatur wird und kann nur in erster Linie das Werk der Revo-lution im Innern und erst in zweiter Linie das Ergebnis des revolutionären Krieges von außen her sein.

.....

Tom Mooney frei!

Nach 22-jähriger Zuchthaushaft ist Tom Mooney endlich begnadigt worden. Un-sere Leser wissen, daß Tom Mooney 1916 verhaftet und verurteilt wurde, weil er angeblich am 22. Juni dem "Bereitschaftstag" eine Bombe mit seinem Gewerkschaftskollegen Billings geworfen haben soll. Die Anklagen und Gerichts-verhandlung waren eine vorbereitete Gaunerei, die dem verhassten Streikorgani-sator und Gewerkschaftsführer Mooney unschädlich machen sollte. Mit ge-kauften Zeugen wurde Mooney und Billings "überführt" und schuldig gespro-chen. Mooney wurde zum Tode verurteilt, dann begnadigt zu lebenslänglichem Zuchthaus. Alle Versuche eines Wiederaufnahmeverfahrens, die Unschuld Tom Mooneys nachzuweisen und das Justizverbrechen an Mooney und Billings gutzu-

machen, führten nicht zum Ziel, obgleich - oder vielleicht gerade deshalb, weil der Nachweis geführt wurde, daß die Belastungszeugen gegen Mooney von der Polizei und dem Staatsanwalt gedungen worden waren, um Mooney als Gewerkschaftsführer unschädlich zu machen. Ein Belastungszeuge hat nach 5 Jahren gestanden, daß er im Auftrage der Polizei falsche Aussagen beschworen hat, die zur Verurteilung von Tom Mooney führte. Gleichzeitig wurde durch Fotografien erwiesen, daß Mooney und Billings während des Attentats einige Kilometer vom Schauplatz des Attentats entfernt waren. Gouverneur und die Mitglieder des Obersten Gerichtes blieben aber bei der Bestätigung des Justizmordurteils.

Eine jahrelange Kampagne ist zur Befreiung Mooneys und Billings in Amerika und international geführt worden. Die KP(O)-Amerikas hat rührigen Anteil an der Kampagne genommen und wir haben seit 1929 wiederholt die Kampagne unterstützt.

Wir begrüßen Tom Mooney, der jetzt vom neuen Gouverneur " begnadigt " wurde, in der kapitalistischen Freiheit. Er ist ungebrochen und hat so in Versammlungen als revolutionärer Klassenkämpfer gesprochen.

Gestapo bricht bei Emigranten ein.

Am Sonntag, den 8. Januar 1939 wurde im Büro der Revolutionären Sozialisten Österreichs in Paris, rue Trudaine, 20, eingebrochen. Die Täter haben mit einem Stemmeisen das Schloß an der Tür herausgebrochen. Der Schreibtisch und die Kartothek des " Sozialistischen Kampf " wurde durchsucht. Das Gewünschte scheint man nicht gefunden zu haben. Eine kleine Geldsumme im erbrochenen Schreibtisch hat man nicht berührt. Es ist kaum anzunehmen, daß andere, wie Gestapo-Agenten den Einbruch verübt haben. Wahrscheinlich fühlten sich die Einbrecher gestört und haben die Durchsuchung aufgegeben bevor sie ihr Ziel - Namenlisten? - gefunden hatten. Alle Emigranten sollten doppelt vorsichtig sein - die Gestapo wird auch in Frankreich nach München immer frecher.

E t r e n n e s .

Der hübschen französischen Sitte der " Etrennes ", der Neujahresgeschenke, hat sich auch die Regierung nicht entziehen wollen. M. Charles Pomaret, seines Zeichens Arbeitsminister, hat zum Neujahrstag eine Reihe von Verordnungen herausgebracht, die das Gesetz vom 12. November 1938 über die Dauer der Arbeitszeit " auslegen " sollen. Außer dem bereits festgelegten Zwang für Überstunden, besonders auch in den Gewerben, die den Auswirkungen der Witterung ausgesetzt sind (Baugewerbe usw.), wird der Begriff der " Arbeitsbereitschaft " näher " erläutert ". Auf diese Weise wird zum Beispiel ohne viel Aufhebens die Arbeitszeit im Einzelhandel von 40 auf 42 Stunden verlängert. Dies entspreche dem Geist des Gesetzes über die 40-Stundenwoche, heißt es in der Erklärung.

Das ist offenbar nur ein bescheidener Anfang auf diesem Gebiet. Bei den Angestellten geht man zuerst daran, die 40-Stundenwoche auch auf diese Weise abzuschaffen, weil man weiß, daß sie weniger widerstandsfähig sind. Die Arbeiter kommen nachher an die Reihe.

Verantwortlich: E. Hirtzel, Straßbourg

Arbeiterpolitik

Organ der KP(O) - Elsass - Sektion der I.V.K.O. - erscheint wöchentlich

No. 3 / VI. Jahrgang

Dritte Januarwoche 1939

Die " spanische Frage " .

Wieder steht die " spanische Frage " im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit sowohl der internationalen Arbeiterklasse , wie der internationalen Bourgeoisie.

Die internationale Arbeiterklasse gibt sich Rechenschaft von der ganzen schweren und Gefahr des mit riesigen materiellen Mitteln, mit offener Beteiligung des faschistischen Italiens und mit Hilfe Hitlerdeutschlands unternommenen Ansturms Francos auf Katalonien , der nach der Ansicht der Faschisten binnen kurzem die Entscheidung bringen soll. Der Angriff Francos wird gestützt vor allem durch schwere Artillerie und durch eine weit überlegene Flotte von Kriegsflugzeugen . Die letztere wird auf 800 Flugzeuge geschätzt . In beiden Waffengattungen ist die republikanische Armee nur aufs Aermlichste versehen. Mehrere Divisionen italienischer Truppen fechten offen in den Reihen der Franco-Armee. Die Unterstützung der Franco-Armee mit Waffen und Mannschaften durch das faschistische Italien und Hitlerdeutschland ist bei weitem die massavste, die bisher stattgefunden hat. Es ist trotzdem der Franco-Armee nicht gelungen , noch vor dem Besuch Chamberlains in Rom oder während dieses Besuches Mussolini und Hitler den erwarteten Trumpf des Endsieges zu verschaffen. Die Erfolge der Franco-Armee sind durch schwere Verluste an Mannschaften und Material erkauft. Es ist möglich, daß auch diese Offensive sich wieder totläuft, aber es wäre falsch , die Größe der Gefahr für die republikanische Armee und insbesondere für Katalonien zu verkennen.

Die " spanische Frage " stand auch im Mittelpunkt der Verhandlungen zwischen Mussolini und Chamberlain in Rom. Die Absicht Mussolinis war , gestützt auf den Sieg in Spanien, seine Forderungen an den französischen Imperialismus zu stellen und Chamberlain zu veranlassen , als " Vermittler " zwischen Italien und Frankreich aufzutreten.

Über die Stellungnahme Mussolinis in der spanischen Frage gegenüber Chamberlain-Halifax bei den römischen Verhandlungen zirkulieren schroff widersprechende Berichte in der internationalen Presse. Nach der einen Version soll Ciano , der italienische Außenminister , und Schwiegersohn Mussolinis, dem englischen Außenminister Halifax mit zynischer Offenheit erklärt haben : daß die italienischen Truppen auch nach dem Siege Francos in Spanien bleiben würden , solange bis das faschistische Regime, die " totalitäre Lösung " gesichert sei. Nach anderen Versionen soll Mussolini den englischen Unterhändlern wieder einmal versichert haben , daß er sich an das englisch-italienische Abkommen halte, nach dem Siege Francos Spanien räume und keinerlei territorialen Ansprüche auf dem spanischen Festlande, in den spanischen Inseln oder den spanischen Kolonien erheben werde. Die regierenden Kreise Englands und Frankreichs und ihre Presse unterstreichen dieses angeblich erneute Versprechen Mussolinis, um wieder einmal die internationale öffentliche Meinung zu beschwichtigen und einzuschläfern. Und es ist sehr charakteristisch , daß auch die Presse Hitler-

deutschlands diese Version unterstreicht.

Die internationale Arbeiterklasse ihrerseits muß sich aber klarmachen, daß selbst, wenn Mussolini wieder einmal den englischen Unterhändlern derartige Versicherungen abgegeben haben sollte, dies nur ein grobes Manöver der Irreführung wäre.

Abgesehen davon, daß nicht der geringste Anlaß besteht, zu zweifeln, daß Mussolini und Hitler auf eine solche erneute Versicherung genau so pfeifen werden, wie auf ihre bisherigen, so ist das Entscheidende für die internationale Arbeiterklasse Folgendes:

1. unterstellt diese angebliche Versicherung, daß der englische und französische Imperialismus sich stillschweigend damit abfinden, daß Mussolini bis zum Siege Francos berechtigt ist, seine Truppen und sein Material in Spanien zu lassen,

2. ist die Frage, ob Mussolini nach dem Siege Francos seine Truppen in Spanien lassen und territoriale Ansprüche machen würde, garnicht die entscheidende Frage, selbst nicht vom Standpunkt des englisch-französischen Imperialismus, geschweige denn von dem der internationalen Arbeiterklasse. Es ist anzunehmen, daß, wenn Franco gesiegt hätte, auch ein faschistisches Spanien das längere Verbleiben fremder Truppen und die Auslieferung nationalen Gebietes nicht ertragen würde.

Die reelle Perspektive ist ganz anderer Art: nämlich die, daß ein faschistisches Spanien zu einem Vasallenstaat Italiens und Hitlerdeutschlands gemacht würde, politisch, wirtschaftlich, militärisch. Das Beispiel der Tschechoslovakei zeigt die Methode. Die Tschechoslovakei zeigt, wie ein Land vollkommen vasallisiert werden kann, auch ohne daß eine fremde militärische Besetzung ins Land gelegt wird. Es genügt in diesem Falle, daß der englische und französische Imperialismus gezeigt hat, daß er ein für allemal darauf verzichtet hat, die Tschechoslovakei militärisch zu unterstützen und daß somit Hitlerdeutschland nach Belieben über die CSR verfügen und sie zu seinem Vasallenstaat machen kann.

Ein Spanien, in dem Franco mit italienischer und deutscher Hilfe gesiegt hätte, in dem ein faschistisches "totalitäres" Regime errichtet worden wäre, würde zum italienisch-deutschen Vasallenstaat werden, auch ohne daß Italien und Deutschland genötigt werden, militärische Besatzungen dort stehen zu lassen oder Teile des Landes förmlich zu annektieren. Ein faschistisches Regime in Spanien könnte schon aus innerpolitischen Gründen die Rückendeckung durch das faschistische Deutschland und Italien garnicht entbehren.

Dazu kommt ein Weiteres. Die militärische Hilfe, die Italien und Hitlerdeutschland Franco-Spanien gewährt haben, hat für Franco-Spanien gewaltige Verbindlichkeiten - Schuldverpflichtungen geschaffen. Hitlerdeutschland soll sich in großem Umfange durch spanische Naturallieferungen bezahlt gemacht haben (Erze usw.) Die Schuld Franco-Spaniens gegenüber Italien wird dagegen auf nicht weniger als auf rund 100 Millionen Pfund geschätzt. Solche Schulden sind Sklavenketten. Sie schaffen nach allen Regeln der kapitalistischen Wirtschaft "Ansprüche". Es entspricht nur kapitalistischen Gepflogenheiten, daß über diese Ansprüche unter den Partnern Abmachungen getroffen worden sind. Und es ist nicht zweifelhaft, daß Italien, wie Deutschland imstande wären, sie einem faschistischen Spanien gegenüber geltend zu machen.

Es wäre also unerlaubt dumm, wenn die internationale öffentliche Meinung und insbesondere die der Arbeiterklasse auch nur einen Augenblick sich dadurch beschwichtigen ließe, daß Mussolini wieder einmal versichert hätte, daß er nach dem Siege Francos seine Truppen zurückziehen und keine

territorialen Ansprüche erhebe.

Es ist inzwischen auch hinlänglich klar geworden, worin die wahre Absicht des englischen (und des französischen) Imperialismus gegenüber Spanien besteht. Kurz vor der Reise Chamberlains nach Rom hatte die englische Diplomatie das Melodrama der Wiederaussöhnung zwischen dem abgedankten Monarchen Alphonse XIII. und seiner englischen Gattin Ena aufzuführen lassen. Der englische Imperialismus sucht in Spanien die "monarchische Lösung". Die regierenden Kreise Frankreichs stimmen augenscheinlich mit dieser Lösung überein. England, das in dieser Sache den Wortführer für beide imperialistischen Mächte macht, wollte versuchen, den beiden kämpfenden Parteien in Spanien diese "Lösung" durch einen Machtspruch der Viermächte, der in Form eines Vermittlungsversuches erfolgen sollte, aufzuzwingen.

Was ist der Sinn einer solchen Lösung vom imperialistischen Standpunkt aus?

Einfach der, daß der englisch-französische und der deutsch-italienische Imperialismus gemeinsam Spanien imperialistisch beherrschen und wirtschaftlich ausbeuten. Die Beute soll geteilt werden.

Um eine solche "Lösung" zu erreichen, soll der Bürgerkrieg in Spanien möglichst lange hingeschleppt werden und so zur größtmöglichen Schwächung beider kämpfenden Parteien führen. Im Sinne dieser Lösung darf zwar schließlich Franco siegen - aber er darf nicht zu überlegen - nicht zuviel siegen. Und dementsprechend haben sich der englische und französische Imperialismus bis heute in der "spanischen Frage" tatsächlich verhalten. Das innere Regime, das der englisch-französische Imperialismus zgedacht hat, soll die Stütze sein für ein Regime der imperialistischen Partnerschaft mit der Achse in Spanien.

Umgekehrt liegt auf der Hand, daß die von Mussolini und Hitler angestrebte "totalitäre Lösung" für das innere Regime Spaniens, das heißt die hundertprozentige faschistische Lösung genau entspricht der "totalitären" imperialistischen Lösung, der Monopolisierung der imperialistischen Beherrschung Spaniens durch Italien und Deutschland.

Die Absichten Hitlerdeutschlands und Italiens in Spanien sind klar und deutlich. Die des englischen und französischen Imperialismus werden naturgemäß mehr oder weniger im Dunkeln gehalten. Umso notwendiger ist es für die internationale Arbeiterklasse, daß sie das Ziel der einen, wie der anderen durchschaut und entsprechend handelt.

Die noch im Gange befindliche außenpolitische Debatte im französischen Parlament dreht sich in erster Linie um die spanische Frage. Wir werden nach ihrem Abschluß auf sie zurückkommen.

Nur soviel sei jetzt schon bemerkt: wenn jetzt in der französischen und englischen Bourgeoisie die Stimmung für die spanischen Republikaner "günstiger" zu werden scheinen, so wäre es das denkbar Verkehrteste, darin eine Neigung zum Fallenlassen ihrer bisherigen gemeinsamen Linie in der spanischen Frage zu sehen. Vielmehr stimmt auch die jetzige Haltung durchaus mit ihrer bisherigen Grundlinie überein. Es handelt sich bei ihnen nur um einen taktischen Zug entsprechend der Änderung der militärischen Lage. Sie sehen die Gefahr, daß Franco zuviel siegt, daher jetzt die Getreidelieferungen Frankreichs an das republikanische Spanien, daher jetzt die platonischen Wünsche von Bonnet und Halifax in Genf nach dem Rückzug der italienischen Truppen aus Spanien und die Erklärung Bonnets in Genf, daß "Spanien (welches Spanien?) ein wesentliches Element des status quo im Mittelmeer" sei.

Nichts verkehrter deshalb und nicht^s verhängnisvoller, wenn auch jetzt wieder die Sprecher der SFIO und der KPF im Parlament und außerhalb ihre Forderung der Öffnung der spanischen Grenze - eine notwendige Minimalforderung - lediglich auf das Argument der imperialistischen Interessen Frankreichs, der "Sicherheit" Frankreichs, das heißt des französischen Imperialismus stützen. Wenn zur Hilfe für die werktätigen Klassen Spaniens die imperialistischen Interessen Frankreichs angerufen werden, was ist dann logischer, als daß die französische Bourgeoisie ihrerseits sich vorbehält, darüber zu entscheiden, was ihre imperialistischen Interessen in der spanischen Frage erfordern und wie diese Entscheidung ausgefallen ist, hat man gesehen.

Die internationale Arbeiterklasse kann nur dann ihre volle Kraft zur Unterstützung der Werktätigen Spaniens entfalten, wenn sie nicht im Namen der imperialistischen Interessen ihrer herrschenden Klasse spricht, sondern wenn sie ihre Forderungen erhebt, gestützt auf das internationale proletarische Klasseninteresse gestützt auf das gemeinsame Interesse aller Werktätigen und wenn sie bereit ist, entschlossen die außerparlamentarische Massenaktion zu entfalten gegen den offenen und direkten Angriff des italienischen und deutschen und den verkappten zweideutigen und indirekten Angriff, den der englische und französische Imperialismus gegen das werktätige Volk Spaniens führen - nicht im Zeichen der Volksfront und der Wiedererweckung der Volksfront, sondern im Zeichen der kämpfenden internationalen Front der Werktätigen.

Nach der Kom - Reise Chamberlains

Ist die europäische Lage in kurzen Zügen folgende :

Italien will anscheinend den in Rechnung gestellten Sieg Francos abwarten, um gestützt darauf gegenüber Frankreich seine Ansprüche zu erheben.

Hitlerdeutschland bereitet sich vor, Italien zu sekundieren, wobei noch offenbleibt, wie weit es darin gehen wird und welcher Methoden es sich bedienen wird. Allgemein wird damit gerechnet, daß Hitler in einer feierlichen Reichstagsitzung die italienischen Forderungen offiziell und demonstrativ unterstützen wird. Ein Vorspiel dazu war bereits die Neujahrsansprache, die Hitler vor dem diplomatischen Corps in Berlin gehalten hat. Gestützt auf die offizielle Erklärung Hitlers soll dann Mussolini Anfang Februar offiziell und in drastischer Form seine Forderungen an Frankreich stellen; Diese Schritte sollen durch entsprechenden Kriegslärm und Kriegsvorbereitungen gestützt werden. Ende Februar oder im Laufe des März sollen Italien und Deutschland zu gemeinsamen Mobilmachungen schreiten.

Die ukrainische Frage, die von Deutschland aufgerollt ist, ist allem Anschein nach auf längere Sicht berechnet. Deutschland rechnet mit einer Vorbereitungsarbeit von 2 - 3 Jahren. Inzwischen bereitet es den Vorstoß nach Osten durch die Erweiterung seiner politischen, wirtschaftlichen und militärischen Basis vor. Dazu gehört die Verwandlung Ungarns in einen deutsch-italienischen Vasallenstaat, wobei der deutsche Einfluß vorwiegt. Auf den gemeinsamen Druck Deutschlands, Italiens und Japans hin hat sich jetzt Ungarn bereit erklärt, sich dem Anti-Komintern-Pakt anzuschließen. Deutschland will ferner in Ungarn die Judengesetzgebung durchsetzen, dabei ist es nicht nur von ideologischen Gesichtspunkten geleitet. In Ungarn ist nicht nur die Finanz, sondern auch die Industrie fast vollständig in jüdischen Händen. Hitlerdeutschland will die ungarische Industrie lahmlegen, soweit es sie nicht selbst in die Hände nimmt, und Ungarn die vor-

wiegende Bestimmung aufzwingen, daß es der Getreidelieferant für Deutschland zu sein hat. Ungarn und Jugoslawien sollen gemeinsam gegen Rumänien vorstoßen. Beide sollen veranlaßt werden, territoriale Ansprüche gegenüber Rumänien auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker geltend zu machen. So soll Rumänien in die Zange genommen werden. Polen soll veranlaßt werden, einstweilen eine neutrale Stellung einzunehmen; während Italien und Deutschland gemeinsam die Mittelmeerfragen aufgreifen.

Um einen Druck auf England auszuüben, will Deutschland verschiedene Manöver unternehmen. Dazu gehört eine Drohung gegenüber Holland, ferner die Anmeldung der deutschen Kolonialansprüche gegenüber England, die allenfalls wieder zurückgestellt werden, falls England darin einwilligt, einen Druck auf Frankreich auszuüben.

Was Frankreich anbelangt, so kann man dort heute dieselben großartigen Versicherungen der Festigkeit gegenüber den italienischen Ansprüchen hören, wie sie zu Beginn der tschechischen Krise gehört wurden.

Aber eine andere Frage ist es, wie Frankreich sich stellen wird, wenn Italien und Deutschland es erneut in die Zange der Kriegsdrohungen, Kriegsdemonstrationen und Kriegsvorbereitungen nehmen. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der französische Imperialismus sich abermals bereitfinden wird, gewisse Zugeständnisse an Italien zu machen.

In Rom haben Chamberlain und Halifax formell abgelehnt, sich zu Vermittlern zwischen Frankreich und Italien herzugeben, sie haben Italien auf direkte Verhandlungen mit Frankreich verwiesen. In welcher Richtung aber sich die englische Politik bewegt, dafür ist ein unverkennbares Zeichen ein vor kurzem erschienener Artikel der "Times", der vorschlägt, daß Frankreich gegenüber Italien bestimmte "Änderungen", die noch nicht näher bestimmt werden, zulassen solle. Das erinnert auffällig an jenen Artikel der "Times", der in der tschechischen Frage die englisch-französische Kapitulation vorbereitete.

Die Sowjetunion hält sich der Auseinandersetzung über die Mittelmeerfragen fern. Was andererseits das Verhältnis der offiziellen Sphären Frankreichs zur Sowjetunion anlangt, so ist dafür bezeichnend folgende Stelle, die sich in einem Leitartikel des "Temps" vom 17. Januar 1939 befindet:

"Man kennt die Manöver, die Sowjetrußland entwickelt hat und noch entwickelt, um den Sturm, der im Osten sich zusammenballt, gegen den Westen abzulenken."

In Wirklichkeit sind gerade in den letzten Wochen die englisch-französischen Bemühungen, um Deutschland nach Osten abzulenken, besonders stark gewesen.

.....
Aus Hitlerdeutschland.
.....

Im Proletariat bedauert man die Ausschreitungen gegen die Juden. Das Verhältnis zwischen Arbeitern und jüdischen Mittelständlern war gut und solidarisch.

Kriegsfurcht und Ablehnung des Kriegskurses waren allgemein. Ein älterer KP-Mann, der auch einberufen war, ist wieder unter Polizeiaufsicht gestellt worden. Wegen seines staatsfeindlichen Verhaltens beim Militär ist ein Verfahren gegen ihn eingeleitet worden.

Ein anderer Bekannter, der im Spätsommer zu Befestigungsarbeiten ins Saar-

gebiet geschickt wurde, ist noch nicht zurück und muß wahrscheinlich noch ein Vierteljahr Dienst machen. Demnach scheinen die Befestigungsarbeiten noch nicht abgeschlossen zu sein.

- In den Sudeten wirbt man für die Schupo. Ein Angeworbener wurde nach Duisburg kommandiert.
 - Einige Bekannte sind im Konzentrationslager gestorben. Ob eines natürlichen Todes, ist aus dem Brief nicht ersichtlich.
- Fest ist knapp, minderwertig und teuer. Wir bekommen alle 14 Tage 200 gr Schmalz für zwei Mann. Äpfel und Südfrüchte sind ebenfalls knapp und teuer. Apfelsinen habe ich zum Fest garnicht gesehen.

Die jüdische Kapitalsabgabe hatte keinen hundertprozentigen Erfolg für die Staatskasse. Bei der vorhergehenden Registrierung des jüdischen Vermögens waren nämlich auch Besitzlosen, Gehalts- und Pensions-Empfänger ein (der Kapitalisierung ihres Einkommens) entsprechendes Vermögen angerechnet worden, das natürlich nur auf dem Papier steht. Eine Zwangsabgabe von dieser Seite war selbstverständlich unmöglich. Bei dem mir bekannten Falle handelt es sich um einen pensionierten Regierungsbeamten.

Bericht aus den Sudeten vom 12. Dezember 1938

Verhaftungen : Rückkehrer wurden vom Bahnhof weg verhaftet. Manche dreimal verhaftet, beim dritten Mal festgehalten. Viele sitzen in Nürnberg. Der Aufenthaltsort der Verhafteten konnte nur festgestellt werden, weil die Verhafteten Geld und Wäsche anforderten. 800 Leute von Asch wurden zum Untergrundbahnbau nach Nürnberg transportiert, der Stundenlohn beträgt 52 Pfennig, ihre Wohnverhältnisse sind sehr schlecht, sie wohnen zu Viert in einer Wohnung oder in Zelten. Vierwöchentlich haben sie eine Freifahrt nach Hause.

Mädchen im Alter von 14 bis 25 Jahren wurden aus den Fabriken entlassen, die älteren Frauen arbeiten verkürzt. Die Firma Fischer (Handschuhe und Wirkwaren) ist vollbeschäftigt, die Webereien sind vollbeschäftigt. Die geleistete Arbeit ist fürs Reich. Das Baugewerbe liegt darnieder, auch in den anderen Gewerben ist nichts los. In den Spinnereien ist der wöchentliche Verdienst 9 - 12 Mark. In der Weberei Lindemann war eine Kommission, um die Arbeitsverhältnisse zu studieren; sie hat angeordnet, daß ein Ankleerraum und ein Speisesaal auf Kosten der Firma gebaut werden muß. Der Verdienst ist 9 - 10 Mark wöchentlich. Bis zum 1. Januar sollen die Löhne den Löhnen, die im Reich gezahlt werden, angeglichen werden.

Lebensmittel sind schlecht, nur schwarzes Mehl, das nicht geeignet ist für Knödel. Es gibt keinen Speck und kein Schweinefleisch, das übrige Fleisch ist rar. Die Fleischer bekommen von einem eigenen geschlachteten Stück Vieh nur ein Viertel, zum Verkauf werden ihnen Konserven mitgegeben. Die Wurst ist im Verhältnis zu früher sehr schlecht.

Die Hamsterei war sehr groß, speziell für Kleider. Bei der Versteigerung der Schuhe von der Bata-Filiale wurden sehr hohe Preise gezahlt, die Preise für Textilwaren sind höher als im Reich, da noch gute Qualitäten vorhanden waren.

von Asch

Im Arbeiterheim/war Militär einquartiert. In der Zeit wurden alle beweglichen Gegenstände weggestohlen. Später war im Arbeiterheim die Stempelstelle. Die Frauen der zurückgegangenen Freunde, die sich auf der Stempelstelle anstellten, wurden von den übrigen Arbeitslosen mit allen üblen Namen belegt. Dadurch daß das Arbeiterheim zuerst Militärlager und dann Stempelstelle war, ist es vollkommen verdreckt. Die Frauen der zurückgekehrten Freunde müssen regelmäßig das Arbeiterheim unentgeltlich reinigen.

Das Arbeiterheim soll das " Braune Haus " werden. Angeblich soll im Arbeiterheim eine Liste gefunden worden sein, in welcher stand, welche Villen die einwelen Kommunisten beziehen werden. Die Lebensmittelverteilung im Arbeiterheim sollte regelmässig wöchentlich vor sich gehen. Es wird aber einmal Montags, dann Mittwochs, schließlich Samstags verteilt. Dadurch wurde die Lebensmittelverteilung zwischendurch immer für eine Woche eingespart.

Die Blockwarte bekommen die ganze Post des Blockes in die Hände, ein dem Blockwart verdächtiger Brief ist der Polizei vorzulegen. Die Frauen der sich hier befindlichen Freunde müssen jeden Brief der Polizei vorlegen. Kommunisten werden aus ihren Wohnungen ausquartiert und Nazis werden hineingesetzt. Man will dadurch vermeiden, daß mehrere Kommunisten in einem Hause wohnen. Die Nazis waren in jeder Familie, um Zwangswerbungen für die SA, SS oder NSKK zu machen. Außerdem wurde angeordnet, daß in jeder Wohnung ein Bild von Hitler hängen müsse. Die so geworbene SA muß jeden Abend um 3/4 7 Uhr antreten, Sonntag früh um 7 Uhr, um Ausmärsche und Ubrungen zu machen.

500 Kinder wurden ins Reich zur Erholung geschafft. Frauen, auch die der Flüchtlinge, sollen drankommen. Einzelne Männer waren durch KdF im Reich.

Bei der Wahl prangten über dem Wahllokal zwei Plakate:

" Ein ehrlicher Deutscher wählt offen " und " Jeder ehrliche Deutsche stimmt mit Ja ". Im Wahllokal gab es keine Wahlzellen, am Eingang bekamen die Wähler den Wahlzettel in die Hand gedrückt und an einem Tisch konnte man ihn ausfüllen und daneben in die Urne werfen. Die Wahl ging vor sich im Beisein von 9 SA-Leuten.

Aus dem Bericht eines Geschäftsreisenden:

Ich war in den Jahren von 1933 - 38 oft in Berlin und Wien. Auch dort wurde gemeckert, aber gegenüber den jetzigen Meckereien im besetzten Gebiet war das garnichts. Aus welchen Anlässen wird gemeckert?

Der neue Fahrplan der Eisenbahn wird nicht eingehalten, es gibt 3 - 4 Stunden Verspätungen, es gibt Zugausfälle, die Anschlüsse beim Umsteigen klapfen nicht. Lediglich der Güterverkehr nach dem Reich ist in Ordnung. Die Züge sind entweder schlecht oder überhaupt nicht geheizt. Was außerdem klappt, ist die Eisenbahnpropaganda. Unter anderem: " 33 % Fahrpreiser-mäßigung auf den Sudetenbahnen " über jedem Bahnhof. Die Erklärung ist sehr einfach. Die Bahntarife wurden allgemein erhöht, aber nicht ganz dem reichs-deutschen Tarif angeglichen und mit dieser Differenz wird Propaganda gemacht.

Frischfleisch ist so gut wie überhaupt nicht zu bekommen, es muß zwangsweise ins Reich geliefert werden. Als Ersatz werden Gefrierfleisch und Konserven verkauft. Die Preise sind im Gegensatz zu den Löhnen bereits dem Reich angeglichen. Läden für Schuhe und Kleider sind zum Großteil ausverkauft. Die früheren tschechischen Zigarettenfabriken stellen noch die alten Marken her, aber in schlechterer Tabakqualität.

Dadurch, daß die Löhne nicht dem Reich angeglichen wurden (es soll ab 1. Januar kommen), aber die Preise bereits enorm gestiegen sind, können die Arbeiter kaum den notwendigsten Lebensbedarf decken. Die Abzüge sind unglaublich hoch und sollen nach dem Lohnangleichung weiter steigen. Jetzt betragen sie zirka 30 %, später 40 - 50 % vom Einkommen. Ich selbst verdiente bis zur Besetzung bei einer Prager Firma 2.000 Ko. netto und verbrauchte auf Spesen und Lebensunterhalt die Hälfte, sodaß ich 1.000 Ko. behielt. Jetzt verdiene ich 300 Mark und verbräuche 50 Mark Abzüge, 100 Mk Reisespesen und den Rest für meinen Lebensunterhalt.

Die Straßensammlungen wären zu ertragen, dabei gibt es wenigstens bezüglich der Höhe eine gewisse Freiwilligkeit. Aber die zwangsweisen " Opfer ", die von der Firma direkt abgezogen werden (u.a. 1 1/2 % der Steuern) und die

Häusersammlungen, bei denen der sogenannte Mindestsatz vorgeschrieben wird. Häusersammlungen gibt es pro Woche mindestens zwei.

Bericht aus dem Kemnitztal - Isergebirge - vom Anfang Januar 1939 :

Die Arbeitslosenzahl unter den Glasarbeitern ist weiter gestiegen, da einige Exportfirmen schließen mußten wegen Absatzschwierigkeiten. Die Arbeitslosen werden getröstet auf die Arbeitsbeschaffungsaktion. Daß diese nicht anders aussieht, wie AD, Straßenbau, Festungsbau, Militär, ist bereits jedem klar. Bis zum 1. Januar 1939 gab es keine Arbeitslosenunterstützung. Lediglich Winterhilfe.

Lebensmittel gibt es nicht mehr auf alle Artikel im freien Verkauf. Butter, Eier, Mehl werden zugeteilt. Bei Mehl gab es bis Dezember Kartoffelmehlbeimischung. Jetzt gibt es nur schwarzes Mehl. Oktober/November bis Anfang Dezember gab es sogenannten Kriegszucker (grau, schlecht löslich), jetzt ist er gemischt.

Die Löhne sind zum Teil den reichsdeutschen angeglichen, aber im Verhältnis zu den Preisen viel niedriger. Die Kaufkraft ist bedeutend niedriger. Geflüstert wird :

Zwei begegnen sich .

A. : " Wie geht es Dir denn ? "

B. : " Mensch, frag nicht so blöd, Du hast doch auch damals "Heil Hitler" gebrüllt. "

Aus der S c h w e i z .

Politisch geht hier die Arbeiterbewegung nach wie vor abwärts. Am 27. November war große Abstimmung über das vorläufige Finanzprogramm. SPS und Gewerkschaften forderten zur Zustimmung auf. Nur Nicole mit der Genfer SP war dagegen und forderte zur Ablehnung auf. Genf war auch der einzige Kanton, der die Finanzvorlage verwarf. Im übrigen wurde sie mit riesiger Mehrheit angenommen. 508.000 Ja : 194.000 Nein. Damit bleibt für die nächsten drei Jahre der Lohnabbau, Biersteuer, Tabak-, Benzin-, Oel- und Fettsteuer, sowie die Krisen-Abgabe bestehen. Der Nationalrat kann nur jedes Jahr einmal nachprüfen, ob der Lohnabbau nicht gemildert werden kann. Damit sollte eigentlich auf dem Gebiete der Massenbelastung drei Jahre Burgfrieden sein. Jetzt sind aber schon wieder die Zollsätze für Fette, Oele und Oelfrüchte um 10 frs. pro Doppelzentner erhöht worden.

Nach der Annahme des Finanzprogramms stieß das Großkapital sofort gegen den Finanzdezernenten, Bundesrat Meyer, vor und forderte dessen Rücktritt, da er nicht mehr jung genug sei, um die Finanzreform als Ganzes durchführen zu können. Meyer trat auch zurück. Als Nachfolger bestimmte das Bankkapital den Dr. Wetter, Mitglied der Schweizerischen Kreditanstalt und Aufsichtsrat der Aluminium A.G. Die SPS schlug Dr. Klöti, den Stadtpräsidenten Zürichs, vor. Die Kandidaturen ließen die Wellen in allen Lagern hochgehen, natürlich setzte das Kapital seinen Willen durch. Am 15. Dezember wurde Dr. Wetter mit 113 : 97 Stimmen für Dr. Klöti gewählt. Klöti hat viel Stimmen erhalten, ein Trost für die Reformisten, hatten sie vorher doch nur 65 bekommen, also ein Schritt näher zum " Siege ". Nicole schrieb, ob dieser Fußtritt nun der Anlaß sei, um mit der bisher betriebenen Verständigungspolitik Schluß zu machen und wieder den Klassenkampf hervorzusuchen? Darauf antwortete die SPS-Presse, man habe die Politik der Verständigung nicht betrieben, um einen Bundesratssitz zu erhalten, sondern aus Überzeugung. Sie wird auch weiterhin fortgesetzt.

Auf einer Tagung des SPS-Vorstandes am 8. Januar ist Nicole für seinen Disziplinbruch am 27. November der schärfste Tadel ausgesprochen worden, wahrscheinlich treibt die Geschichte zum Bruch. Auf dieser Sitzung wurde dann noch beschlossen, eine Initiative zu lancieren, für die Wahl des Bundesrates durch das Volk.

In der Presse wird nach wie vor die Verständigungspolitik propagiert - um die Demokratie gegen den Faschismus zu verteidigen. Darauf geben die bürgerlichen Parteien Zürichs die entsprechende Antwort. Dort finden in Kürze die Wahlen zum Regierungsrat statt. Dazu haben sie am Sonntag beschlossen, die zwei freiwerdenden Sitze für die bürgerlichen Parteien zu erkämpfen und wieder das alte Verhältnis - 5 Bürgerliche gegen 2 SPS-Regierungsmitglieder herzustellen. Je krummer der Buckel, den die Reformisten machen, umso kräftiger die Fußtritte, die sie vom Bürgertum erhalten. Die alte Geschichte.

Der Überrest der KPS propagiert die Einheitsfront der Arbeiterklasse, erhält aber von der SP die Antwort, sie können diese Einheit sofort haben, wenn sie in die SP eintreten und die KP liquidieren. Jrgendwelche nennenswerte Reaktion in der Arbeiterschaft ist nirgends festzustellen. Hier am Platze haben jetzt die paar KP-Leute angefangen, sich gegenseitig Trotzkiten zu schimpfen und wollen sich gegenseitig herauswerfen. Sie fühlen sich trotz des Schwundes immer noch zu groß, um Stalins Ansprüchen auf "Reinheit A entsprechen zu können. Mit anderen Worten: die Geschichte ist genau so hoffnungslos, wie überall.

Obwohl das Bundespersonal schon Haare lassen mußte, ist ein weiterer schwerer Angriff auf Gehälter und Pensionen zu erwarten. Sofort nach Wetters Wahl erschien in der Presse das Verlangen, nun endlich die Pensionskasse zu sanieren und zwar endgültig. Dort ist ein Defizit von 720 Millionen vorhanden und nur Deckung für einen Teil der zu "hohen" Renten. Höhere Beiträge und Herabsetzung der Renten ist hier die Methode, die zur Sanierung vorgeschlagen wird. Der Lohnabbau wird also auf diese Weise verschärft.

Seit Monaten geht eine Kampagne um die Frage eines "Friedensgenerals". Bis jetzt wurde ein General erst im Kriege gewählt. Minger fürchtet, daß der Friedensgeneral ihm über den Kopf wachsen würde. Die frontistischen Offiziere, große Teile des Bürgertums und die SPS sind für den Friedensgeneral angeblich, um die Schlagkraft der Armee im Kriegsfall zu steigern. In Wahrheit wäre ein solcher Friedensgeneral bereits ein Stück Militärdiktatur. Um ihn würde sich alles konzentrieren, was auch den heute noch bestehenden Schein von Demokratie in den Papierkorb befördern würde.

Wir entnehmen der "Socorr":

Die öffentliche Meinung und die Klassen in England

Die Ergebnisse der Beobachtungen, die das Britische Institut der öffentlichen Meinung macht und von Zeit zu Zeit im "News Chronicle" veröffentlicht, sind von großem Interesse. Es wurde ein ziemlich genauer Querschnitt durch die öffentliche Meinung vorgenommen, obwohl leider die gestellten Fragen meist sehr allgemein und oft unpolitisch sind. Je genauer die Informationen sind, die wir über die Meinungen und Urteile in der britischen Nation erhalten können, umso eher können wir eine richtige Politik machen.

Die Ergebnisse sind auch deshalb von Interesse, weil sie deutlich zeigen, daß verschiedene Klassen verschiedene Meinungen haben. In England hat die Arbeiterbewegung als Ganzes niemals die Marxsche Theorie akzeptiert, daß die verschiedenen Klassen, weil sie verschiedene politische Interessen haben, auch verschiedene Ansichten von den meisten Dingen haben.

Wir können nun zu Gunsten dieser Theorie die Feststellungen des nicht-marxistischen Instituts der öffentlichen Meinung anführen.

Die befragten Personen sind in drei Gruppen eingeteilt worden: die mit überdurchschnittlichem Einkommen, d.h. mehr als 10 Pfd., die mit durchschnittlichem Einkommen, d.h. von 4 - 10 Pfd., und die mit unterdurchschnittlichem Einkommen, d.h. unter 4 Pfd. pro Woche. Diese drei Gruppen entsprechen natürlich ganz grob der Ober-, Mittel- und Arbeiterklasse. Das Institut stellte fest, daß die Arbeiterklasse mehr für die Regierung Spaniens eintrat, als die wohlhabenderen Klassen und daß sie Neville Chamberlain weniger unterstützte und Eden mehr. Eine nationale Opposition mit Eden an der Spitze hatte eine 8-%ige Mehrheit in der Arbeiterklasse, aber nur eine 2-%ige Mehrheit bei den anderen Klassen zusammengenommen.

Die Reichen waren weniger für gesetzliche Begrenzung der Rüstungsprofite und die, die dafür waren, schränkten ihre Unterstützung mit dem Vorbehalt ein, daß Leute, die ihr Geld investieren, weiterhin einen "vernünftigen" Gewinn auf ihr Kapital erhalten sollten.

91 % der Arbeiterklasse war für erhöhte Altersrente, während von der obersten Klasse sich nur 76 % dafür aussprach.

Es wurde festgestellt, daß, merkwürdig genug, die Arbeiterklasse entschlossener gegen eine Rückgabe von Kolonien an Deutschland war, als die wohlhabenderen Klassen. Das zeigt, daß nur ein kleiner Prozentsatz von Kapitalisten und Investoren direkt an diesen Kolonien verdient. Eine weitere Feststellung von Interesse ist, daß von der Gruppe der höheren Einkommen 64 % Eigentümer ihres Hauses waren oder wurden, dagegen nur 32 % der mittleren Gruppe und 10 % der unteren Gruppe.

Die Feststellungen, die das Institut der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten gemacht hat, sind sogar noch interessanter. Folgende Tabelle zeigt, wie sich die Zusammensetzung der Rooseveltanhänger geändert hat:

	% für Roosevelt	
	1936	1938
Gruppe hoher Einkommen	42	28
mittlerer	59	49
niedriger	76	73

Die ärmeren Klassen sind wegen dem gesteigerten sozialen Aufwand des New Deal feste Anhänger geblieben. Die Reichen sind entschieden gegen Roosevelt wegen der erhöhten Besteuerung.

Der "Daily Express" veröffentlichte am 28.12.38. die Ergebnisse seiner Untersuchungen über den Mittelstand. Er kommentierte:

Die Antworten zeigten im Ganzen ein starkes Klassenbewußtsein und eine Tendenz, völlig in materiellen Begriffen zu denken

85 % der Äußerungen, die Gegnerschaft zum Mittelstand bezeugten, kamen soweit sie identifiziert werden konnten, von Angehörigen der Arbeiterklasse

Die Einsender aus dem Mittelstand nannten ihre Untergaben stets "faul", die Einsender aus der Arbeiterklasse nannten die Mittelständler "Parasiten". "

Arbeiterpolitik

Organ der KP(O) - Elsass - Sektion der I.V.K.O. - erscheint wöchentlich
No. 4 / 4. Januarwoche 1939 (VI. Jahrgang) -

15 Jahre nach L E N I N S Tode .

=====

Am 21. Januar waren es fünfzehn Jahre , daß LENIN gestorben ist ,

Wie steht es heute mit " Lenins Vermächtnis " ?

Es hieße blind sein , wenn man nicht sehen wollte , daß heute in der internationalen Arbeiterbewegung die Anerkennung des Werkes und der Lehren Lenins nicht zu- , sondern abgenommen hat und daß starke Zweifel sich dagegen erhoben haben , wo sie früher nicht vorhanden waren. Im Lager der Anhänger des Reformismus in seinen verschiedenen Schattierungen hat der Leninismus zweifellos nicht neue Eroberungen gemacht, sondern Gebiet verloren. Die Gegnerschaft gegen den Leninismus hat sich hier verstärkt. Aber darüber hinaus hat sich im wachsenden Maße der Zweifel und die Unsicherheit bisheriger Anhänger des Leninismus bemächtigt.

Woher kommt dieser Wandel ?

Es ist der heutige Zustand der Sowjetunion , der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale , der verursacht hat , daß der Leninismus in der oder jener Form an Anhängerschaft eingebüßt hat.

Es sind sicherlich nicht die Leistungen des Reformismus seit dieser Zeit , die dem Leninismus Abbruch getan haben . Sie können es nicht sein, denn der Reformismus hat in diesen Jahren die schwersten Niederlagen und Zusammenbrüche erlitten.

Es genügt auf Deutschland , auf Österreich , auf die Tschechoslovakei, auf Frankreich zu verweisen.

Die deutsche Sozialdemokratie ist vor den Schlägen des Faschismus kampflos und schmachlich zusammengebrochen. Mit ihr ist ihr Werk : die Weimarer Republik, nach nur 14-jährigem Bestand zusammengebrochen. Und was noch mehr ist : nach beinahe sechsjähriger Dauer des Nazi-Regimes in Deutschland sind nicht die geringsten Spuren oder Ansätze sichtbar, daß der Reformismus in Deutschland noch eine Kraft werden könne , die berufen oder fähig sei, das Naziregime zu stürzen und aus den Trümmern die Weimarer Republik, die bürgerliche Demokratie , wieder herzustellen. Denn , wenn die reformistische Auffassung noch fortlebt in der sozialdemokratischen Emigration , oder in einem bestimmten Kreis ehemaliger sozialdemokratischer Funktionäre , die in Deutschland verblieben sind : in der ehemals sozialdemokratischen Arbeiterschaft Deutschlands ist der Reformismus tot. Er ist nicht nur äußerlich , er ist auch innerlich geschlagen.

Das Schicksal Österreichs und seiner Sozialdemokratie liefert seinerseits den Beweis, daß es nicht die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung in ein reformistisches und kommunistisches Lager war, die hier den Zusammenbruch herbeigeführt hat. Die österreichische Arbeiterklasse war praktisch gesprochen nicht gespalten. Die österreichische Sozialdemokratie beherrschte sie fast uneingeschränkt. Die kommunistische Partei Österreichs war bedeutungslos. Wenn trotzdem auch die österreichische Sozialdemokratie gleichermaßen den Schlägen des Faschismus erlegen ist, so ist dadurch bewiesen, daß es der Reformismus als solcher ist, der die Arbeiterklasse unfähig macht, sich zu verteidigen, geschweige denn, sie zum siegreichen Angriff gegen den Klassengegner zu führen.

Die französische Sozialdemokratie ihrerseits hatte die Lehren des Zusammenbruchs der deutschen, wie der österreichischen Sozialdemokratie vor dem Faschismus vor sich. Sie betonte immer wieder ihren Willen, aus diesen Niederlagen zu lernen und man kann annehmen, daß sie in der Tat den besten Willen dazu hatte. Sie war eben als reformistische Partei nicht imstande dazu.

Sie brachte es nur zu einer neuen Variante der alten reformistischen Koalitionspolitik - der Volksfrontpolitik. Ihr Bankrott, ihr Zusammenbruch ist eine nicht mehr zu bestreitende Tatsache.

Wenn also heute, fünfzehn Jahre nach dem Tode Lenins, der Leninismus nicht im siegreichen Vormarsch ist in der internationalen Arbeiterbewegung, sondern äußerlich und innerlich im Rückgang, so sind es nicht die Erfolge oder die Bewährung des Reformismus, die daran schuld sind, denn der Reformismus hat in dieser Zeit sich nicht bewährt und keine Erfolge erzielt - um das Wenigste zu sagen.

Die ausschlaggebende Ursache ist die Entwicklung und der Zustand der Sowjetunion, ihrer kommunistischen Partei und der Kommunistischen Internationale. "Niemand, sagte einmal Lenin, kann den Kommunismus kompromittieren, wenn nicht die Kommunisten selbst". Ein prophetisches Wort!

Die Verdunklung des Leninismus, die heute vorhanden ist, hängt aber damit zusammen, daß angenommen wird, daß der gegenwärtige Zustand der Sowjetunion, ihrer kommunistischen Partei und der Kommunistischen Internationale unter dem Regime Stalins die Folge, die Fortsetzung des Werkes und der Lehren Lenins sei.

Das ist aber ein Grundirrtum.

Er wird dadurch genährt, daß viele, die heute noch in Worten auf Lenin schwören, die sich täglich auf seine Lehren berufen, und seine Worte zitieren, in ihrem wirklichen Handeln etwas ganz Anderes, ja vielfach Entgegengesetztes an ihre Stelle gesetzt haben. Sie berufen sich auf die "geänderten Verhältnisse". In der Tat, in den fünfzehn Jahren seit Lenins Tod hat sich vieles in der Welt geändert. Die Lehre Lenins ist kein Dogma. Veränderte Verhältnisse erfordern Veränderungen in der Anwendung dieser Lehren. Das ist selbstverständlich. Aber nicht darum handelt es sich, sondern darum, daß das Wesen und der Geist der Lehren Lenins vielfach in ihr Gegenteil verkehrt worden sind, gerade von denen, die sich als die "Erben" oder die "besten Schüler Lenins" ausgeben.

" Zwei Namen ! Lenin und Stalin ! auf ewige Zeiten verschmelzen sie im Bewußtsein des arbeitenden Volkes zu einem einzigen Namen, zu einem einzigen Begriff. "

" Stalin, das ist der Lenin von heute. "

So kann man es heute in der Sowjetpresse lesen.

In Wirklichkeit ist es der heutige Stalinismus, der verantwortlich ist für die innere und äußere Lage der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale. Er aber ist in vielen wesentlichen Beziehungen nicht die Fortsetzung der Lehren Lenins, sondern der Bruch mit ihnen, ihre Verkehrung ins Gegenteil.

Wir sagen ausdrücklich : in vielen wesentlichen Beziehungen, nicht in allen ! Wenn das Letztere der Fall wäre, so wäre es unbegreiflich, wie das Stalinsche Regime es überhaupt noch fertig bringen könnte, sich auf Lenin zu berufen und irgendwelchen Glauben damit zu finden. So einfach sind die Dinge nicht. Das Verhältnis des Stalinismus zum Leninismus ist nicht nur negativ, es ist widerspruchsvoll. Wäre es nur negativ, so wäre der Erfolg Stalins und seiner Methoden nicht zu verstehen.

Der Aufbau einer modernen Großindustrie, insbesondere der Schwerindustrie, der Industrie der Produktion der Produktionsmittel, auf sozialistischer Grundlage, gestützt auf die in Sowjetrußland vorhandenen Mitteln, ist etwas, was Lenin wollte, plante und vorbereitete.

Ebenso die Überführung der Landwirtschaft von der Grundlage des rückständigen und leistungsunfähigen Kleinbetriebes auf die Grundlage des sozialistischen Großbetriebes : der genossenschaftlichen Kollektivwirtschaften und der staatlichen Sowjetwirtschaften. Diese Ziele wurden von Lenin gestellt und sie entsprachen den Voraussetzungen, die in der Sowjetunion vorhanden waren und den Notwendigkeiten der Entwicklung auf der durch die Oktoberrevolution geschaffenen Grundlage.

Eine andere Frage ist schon die der Methoden, mit denen diese Ziele von Stalin verfolgt und durchgesetzt worden sind.

Die grundlegenden Widersprüche zum Werke und den Lehren Lenins zeigen sich vor allem im Überbau, der auf dieser Grundlage von Stalin und den Seinen errichtet worden ist.

Nehmen wir zuerst den Sowjetstaat selbst.

Die letzten Bemühungen Lenins vor seinem Tode galten dem Kampf gegen die drohende Gefahr der Bürokratisierung des Sowjetstaates und der Kommunistischen Partei. Er sah diese Gefahr besonders stark verkörpert in der Person, in den Tendenzen und Methoden Stalins. In einem Zusatz zu seinem politischen Testament, den er wenige Wochen vor seinem Tode machte, forderte er aus diesen Gründen die Entfernung Stalins vom Posten des Generalsekretärs der Partei.

Durch und unter Stalin ist die bürokratische Entartung und Verknöcherung des Sowjetregimes nicht nur nicht bekämpft, sondern schrittweise weitergeführt und auf die Spitze getrieben worden, bis schließlich die persönliche Diktatur Stalins und seiner Clique das Ergebnis war, die mit den Mitteln des schärfsten Terrors aufgerichtet wurde und ver-

teidigt wird. Die Sowjetdemokratie, die einmal eine lebendige Wirklichkeit war, ist heute tot. Die "Stalinsche Verfassung" ist eines, die wirkliche Verfassung des Landes ist etwas ganz Anderes. Die Stalinsche Verfassung ist ein Zugeständnis auf dem Papier, dem Scheine nach an das Bedürfnis und den Drang der Massen nach wirklicher Sowjetdemokratie. Sie bezeugt nicht nur ihre Notwendigkeit, sondern auch, daß die Bedingungen für die Entfaltung einer breiten Sowjetdemokratie herangereift sind. Die Praxis des Stalinschen Regimes ist aber ihre Verneinung.

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion von Lenin gehütet, wie sein Augapfel, ist von Stalin durch den brutalsten physischen und moralischen Terror vergewaltigt, geschändet und zertreten worden. Sie ist zum stummen Werkzeug der persönlichen Diktatur Stalins gemacht worden.

Womöglich noch tiefergehend ist die Verkehrung und Verfälschung der Lehren Lenins, der Grundauffassungen des Kommunismus durch den Stalinismus. Ein grober, primitiver, großrussischer Chauvinismus hat den Leninschen revolutionären Internationalismus ersetzt. Die reaktionäre großrussische patriotische Geschichtslegende hat ihre offizielle Wiederauferstehung gefeiert. Die Leninsche Lehre vom "Absterben des Staates" in der kommunistischen Phase der Entwicklung ist ersetzt worden durch die Lehre von der Notwendigkeit, die Staatsgewalt immer weiter zu stärken, die stehende Armee und die GPU auch in der Phase des Kommunismus beizubehalten, "solange die kapitalistische Umkreisung dauert."

Das geistige Leben in der Partei und nicht nur in der Partei ist ertötet. Es beschränkt sich heute auf die eintönige Wiederholung, die Kommentierung und die byzantinische Lobpreisung der "Worte des Führers".

Die Außenpolitik der Sowjetunion hat seit Jahren sich im Schlepptau der "demokratischen Staaten" bewegt. Ihr Ergebnis ist ein voller Bankrott, die außenpolitische Isolierung der Sowjetunion und die schwerste Gefährdung, der sie je ausgesetzt war. Und was noch schwerer wiegt: diese Politik hat der Sowjetunion in weitem Maße den einzigen zuverlässigen Bundesgenossen entfremdet, den sie haben konnte - die internationale Arbeiterklasse.

Die Kommunistische Internationale, dieses andere große Werk Lenins, ist äußerlich, wie innerlich, so gut wie zerstört. Aus der Preisgabe der Leninschen kommunistischen Taktik ist die Preisgabe auch der kommunistischen Grundsätze geworden. Das, was die Kommunistische Internationale einst ausgezogen war, zu bekämpfen - der Reformismus, der Sozialpatriotismus, der Burgfriede, die Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie, all das ist heute ihre eigene Praxis geworden und wird unter der Flagge des "Leninismus", "der der veränderten Lage angepaßt ist", verteidigt.

Aber das wirkliche Werk und die wirkliche LEHRE Lenins sind nicht verloren. Dieses Werk ist heute schwer gefährdet, die Lehre verdunkelt oder verfälscht.

Sie werden wieder auferstehen.

Denn das Werk - das ist das revolutionäre Pionierwerk der ersten siegreichen proletarischen Revolution. Denn die Lehren - das ist der geistige Ausdruck und das geistige Werkzeug dieses großen revolutionären Vorstosses.

Dieses Werk und die Lehren werden wieder auferstehen, wenn die proletarische Revolution ihren nächsten großen Schritt vorwärtsmacht. In der Sowjetunion, wenn die Sowjetmacht die Fesseln des Stalinschen Regimes abstreift und die Sowjetdemokratie den Schritt nach vorwärts macht, dessen objektive Bedingungen bereits herangereift sind. Außerhalb der Sowjetunion, in den kapitalistischen Ländern, wenn dort die Arbeiterklasse zum revolutionären Sturm ansetzt - dessen Bedingungen heranreifen.

Um diese nächsten großen Schritte nach vorwärts vorzubereiten, handelt es sich nicht darum, einfach die Worte und die Formeln Lenins zu wiederholen. Man kann schon sicher sein, daß die Vorbereitung des nächsten großen revolutionären Durchbruchs ebensowenig ohne neue und selbständige geistige Durchdringung der Wirklichkeit zu erreichen ist, wie es die russische Revolution selbst war. Es handelt sich darum, den wahren Geist Lenins zu bewahren und seine Grundlehren schöpferisch zu erneuern und anzuwenden.

Franco vor Barcelona.
=====

Die Truppen Francos nähern sich Barcelona. Sie versuchen, alle Zufahrtswege zu Barcelona abzuschneiden. Gleichzeitig wird Barcelona immer neuen Luftbombardements unterworfen. Die republikanische Regierung hat seit längerer Zeit umfassende Vorbereitungen für die Verteidigung Barcelonas getroffen. Wenn Franco und seine Leute heute die Nachricht verbreiten, daß sie damit rechnen, daß Barcelona in 2 oder 3 Tagen falle, so muß daran erinnert werden, wie oft sie früher den unmittelbar bevorstehenden Fall von Madrid angekündigt haben. Allerdings ist die Lage Barcelonas nicht einfach mit der von Madrid vor 2 oder 2 ½ Jahren vergleichbar. Einmal haben die Francotruppen gewaltige Mittel von Italien und Deutschland geliefert bekommen, vor allem schwere Geschütze und Flugzeuge, während auf der republikanischen Seite diese Zufuhr seit längerer Zeit fast versiegt ist. Auf der anderen Seite hat der Hunger in Barcelona seit langem seine Wirkungen ausgeübt. Es ist klar, daß die letzten Fortschritte der Truppen Francos die Ernährung Barcelonas noch mehr erschweren.

Die internationale Arbeiterklasse darf sich also über den Ernst der Lage nicht täuschen, aber sie darf deshalb nicht die Hände in den Schoß sinken lassen. Sie muß heute das Äußerste versuchen und sie muß es in kürzester Zeit versuchen, um Katalonien und Barcelona noch zu Hilfe zu kommen, solange nicht Franco alle Zugangswege abgesperrt hat. Kanonen, Flugzeuge, Maschinengewehre, Lebensmittel, das ist es, was Barcelona, was Katalonien braucht.

In dem Augenblick, in dem wir dies schreiben, ist die französische Kammerdebatte über die auswärtige Politik, in deren Mittelpunkt die spanische Frage steht, noch nicht zu Ende. Der französische Außenminister hat noch nicht seine Erklärung abgegeben. Aber nach den Stimmen der offiziellen Presse zu urteilen, ist nicht damit zu rechnen, daß die französische Politik sich entschließt, in letzter Stunde die Grenzen gegen Spanien zu öffnen, um die Waffen und die Lebensmittel durchzulassen, die das republikanische Spanien noch retten können.

Die Absichten der französischen Bourgeoisie sind ganz andere. Sie kommen offen zum Ausdruck in dem offiziellen Sprachrohr des Quai d'Orsay im "Temps" vom 24. Januar 1939, der Folgendes erklärt:

" Wenn also im Falle eines definitiven Sieges der Nationalisten es offenbar würde, daß trotz der Versprechungen, die sowohl von Herrn Mussolini, wie von dem General Franco abgegeben worden sind, fremde Besatzungen in Spanien fortbestehen würden, so hätte Frankreich die gebieterische Pflicht, sich kompensatorische Stellungen zu sichern. Es sind mehrere zu bemerken, die es nicht schwer wäre, zu besetzen."

Die französische Bourgeoisie hat also, wie die englische, auf den Sieg Francos gesetzt und die französische Regierungspolitik von Blum bis Daladier war die Durchführung dieser Linie. Jetzt werden die Karten aufgedeckt. Es wird zynisch offen erklärt, daß es sich für die französische Bourgeoisie nur darum handelt, daß Deutschland und Italien nicht das Monopol der imperialistischen Beherrschung und Aufteilung Spaniens haben, sondern daß, falls Italien und Deutschland zugreifen, auch Frankreich zugreifen würde.

Es ist allerdings die Frage, ob dann Frankreich noch in der Lage dazu sein wird. Aber sowohl für die werktätigen Klassen Frankreichs, wie für die internationale Arbeiterklasse ist es nicht die Frage, die ihnen am Herzen liegt, ob Spanien ein imperialistisches Monopol des faschistischen Imperialismus ist oder ob der sogenannte demokratische Imperialismus die spanische Beute mit ihr teilt.

Sehr aufschlußreich über die Motive der französischen Bourgeoisie in Bezug auf Spanien sind Ausführungen, die der bekannte Führer der "Frontisten": Bergery in seiner Zeitschrift "La Flèche" macht. Diese Ausführungen laufen darauf hinaus, daß Frankreich deswegen seine bisherige Politik gegenüber Spanien nicht aufgeben könne, weil es auf keinen Fall den Sieg der Republikaner wünschen könne. Zwar sei die Regierung Negrin annehmbar, aber man müsse die siegreiche republikanische Armee fürchten, die in den Händen der Stalinisten sei - was nur ein demagogischer Ausdruck dafür ist, daß in der republikanischen Armee die Arbeiter es sind, die die Waffen führen. Bergery spricht damit nur die geheimen Gedanken der französischen und englischen Bourgeoisie aus.

In letzter Stunde kommt die Nachricht, daß der frühere amerikanische Staatssekretär des Auswärtigen: Stimson ein Schreiben an die amerikanische Regierung gerichtet hat, worin er im amerikanischen Interesse die Aufhebung des Embargo gegenüber der spanischen Republik fordert und daß die Regierung von Washington diese Forderung ernsthaft erwäge.

Es ist selbstverständlich, daß die amerikanische, wie die übrige internationale Arbeiterschaft den stärksten Druck hinter diese Forderungen stellen muß. Aber sie darf sich damit nicht begnügen, sie muß in ihrem eigenen Namen und von ihrem eigenen Standpunkt aus in dieser Stunde das Äußerste anbieten, um die imperialistische Schlinge zu zerreißen, die sich jetzt um den Hals der werktätigen Klassen Spaniens zusammenzuziehen droht.

Die Nationalkonferenz der KP Frankreichs

=====

Am 21., 22. und 23. Januar 1939 hat die KPF in Gennevillier ihren Parteitag abgehalten. Wenn der vor drei Jahren in Villeurbanne abgehaltene Parteitag der KPF die Zusammenfassung der Volksfrontpolitik darstellte, mit der nach dem VII. Weltkongreß der Stalinisten das Abgleiten der Dritten Internationale vom Kommunismus eingeleitet wurde, so zeigt die Tagung der KPF in Gennevillier in allen Reden und Beschlüssen, daß die letzte Spur von kommunistischen Grundsätzen von dieser Partei preisgegeben worden ist. Nach den Angaben von Marcel Gitton zählte die KPF Ende 1938 - 320.000 Mitglieder gegenüber angeblich 40.000 Mitgliedern im Jahre 1933. In diesen Mitgliederzahlen soll der "Erfolg" der Volksfrontpolitik sich ausdrücken. Es ist kein Erfolg für die französische Arbeiterklasse und kein Erfolg für das revolutionäre Weltproletariat, sondern die Zeit der größten Verwirrung der Weltarbeiterbewegung - die Zeit des Versumpfens der Parteien der Dritten Internationale im Opportunismus und Sozialpatriotismus. Die Mitglieder sind nicht für den Kommunismus, nicht für den revolutionären Klassenkampf, sondern für die Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie erzogen worden.

Die Regie klappte auf dem Parteitag, wie auf einer Dorfschmiede. Keine kritische Stimme, nicht der leiseste Zweifel wurde geäußert. Als Redner traten nur Deputierte und Parteisekretäre auf. Als Primadonnen: Thorez, Duclos, Gitton und Péri, um sie gruppiert die kleineren Lichter und Provinzsekretäre. Der Chefredakteur der "Humanité": Georges Cogniot feierte den großen Stalin als Verfasser von einigen Kapiteln der neuen zu Gunsten Stalins gefälschten Geschichte der Bolschewiki, das ist das Einzige, was die nach der KPdSU größte Partei der Dritten Internationale zugunsten Stalins noch sagen konnte.

Außer der Rede des Bauernredners Waldeck Rochet, der eine sachkundige Rede hielt, in der er behauptete: Arbeiter und Bauern hätten gemeinsame Interessen, und dann die typischen Kleinbauernforderungen behandelte, waren alle Redner, besonders jene der Primadonnen: Thorez, Duclos und Péri, Sonntagsnachmittagspredigten für harmlose Gemüter.

Der Tenor aller Reden waren Klagen darüber, daß die Volksfrontgenossen und die geliebten und Umworbenen der "Frontler aller Franzosen" nicht auf die guten Ratschläge der französischen Stalinisten gehört und das Volksfrontprogramm nicht durchgeführt haben.

Nicht ein einziger Redner hat versucht, zu erklären, weshalb das Volksfrontprogramm gescheitert, die Volksfrontgenossen, wie Daladier sich in Gegner der treuen Volksfrontgenossen, die die Stalinisten sind, verwandelt haben. Wie ein guter Pfarrer seine Schäfchen auffordert und auf Gott zu vertrauen, so fordern die Thorez, Duclos, Péri dazu auf, das Volksfrontprogramm doch endlich anzuwenden, für Spanien Lebensmittel und Waffen zu liefern und die Grenze zu öffnen - und Gitton forderte darüber hinaus nur noch auf, die Trotzlisten zu versuchen.

Es war merklich wenig Kritik an der Politik der Radikalsozialisten, nur einige gedämpfte Töne gegen die Notverordnungen und die Münchener Politik Daladiers wurden fast wie eine Privatsünde des Außenministers Bonnet behandelt.

Paladier wurde direkt Unterstützung und Verzeihung angeboten - wenn er die spanische Republik nicht von Franco-Mussolini und Hitler erwürgen lasse. Nicht für die spanische proletarische Revolution, sondern nur für die spanische bürgerliche Republik wurden Waffen und Lebensmittelhilfe gefordert, nicht im Interesse der französischen Arbeiter und Werktätigen, sondern im Interesse des französischen Imperialismus zur Verteidigung seiner Herrschaft über die Kolonien und die französischen Werktätigen.

Gegenüber dieser Nationalkonferenz der Stalinisten, war die Tagung der SFIO, wo sich Sozialpatrioten und Sozialpazifisten auseinandersetzten - auch dort war kein revolutionärer Gedanke - noch eine Leistung.

Wann werden die Arbeiter selbständig zu denken und entsprechend zu handeln beginnen und der Volksfrontpolitik und den Volksfrontpolitikanten den Abschied geben, um den Kampf gegen die Kapitaloffensive zu beginnen?

Es ist dringend nötig, den Widerstand gegen den Raub der sozialen Errungenschaften der selbständigen Massenbewegung des Jahres 1936 zu organisieren. Das ist nur im rücksichtslosen Klassenkampf, nicht mit den bürgerlichen Volksfrontpartnern, nicht mit den Lakaien der Bourgeoisie möglich, die auf dem Parteitag das große Wort führten, sondern nur durch Aktivisierung der Gewerkschaften zum direkten Kampf um die Lebensinteressen der Arbeiter, nicht mit der Volksfront, sondern in der kampffähigen proletarischen Einheitsfront, die sich mit den werktätigen Bauern und Kleinbürgern zum gemeinsamen Kampf für die Tagesinteressen beider Klassen rücksichtslos einsetzt.

In breiten Einheitsfrontorganen der Basis müssen die von der KPF und SFIO irreführten Arbeiter Organisationen zum Kampf schaffen und auf dem Boden der kommunistischen Grundsätze eine wirkliche kommunistische Partei schaffen.

Tendungen und Windungen in Hitlerdeutschland.
=====

Hitlerdeutschland steuert in enger Gemeinschaft mit dem faschistischen Italien neuen außenpolitischen Abenteuern zu. Bevor es losgeht, wird eine innerpolitische Bereinigung vorgenommen. Der Reichsbankpräsident Schacht und seine engeren Mitarbeiter wurden ausgewechselt und durch den hundertprozentigen Nazi, den Wirtschaftsminister Funk ersetzt. Von Schacht war zwar schon lange behauptet worden, daß er nicht mehr viel zu sagen habe, aber besonders der ausländischen Bourgeoisie galt er als Vertreter der "gemäßigten Richtung" innerhalb des Naziklüngels, der nach Kräften bemüht war, die hemmungslose Aufrüstung zu bremsen und wenigstens einen Teil der finanziellen Mittel produktiven Zwecken zuzuführen. Die Hundertprozentigen sind dieser Ansicht nicht, sie halten es mit Ribbentrop, der frischweg erklärte, Rüstungen seien die produktivste Kapitalanlage, weil man unter ihrem Druck noch ganz andere Gebietserwerbungen machen könne, wie im September. Kein Wunder, daß die westliche Bourgeoisie durch diesen Wechsel aufgeschreckt wird und sich in düsteren Prophezeiungen für die Zukunft ergeht.

In nicht viel besserer Stimmung befindet sich die Großbourgeoisie Deutschlands selbst, wie deutlich aus dem süßsauren Kommentar des Hausblattes des Farbentrusts, der "Frankfurter Zeitung" zu dem "überraschenden Wechsel in der Leitung der Reichsbank" hervorgeht,

"Die deutsche Wirtschaft soll und muß davor bewahrt werden, daß zu viel von ihr auf einmal verlangt wird", meint sie und fügt hinzu zu über Funk:

"Er ist nicht der Mann, der nun etwa mit vollen Händen in die Kasse greife!"

Das ist ohne Weiteres zu glauben, schon darum, weil in dieser Kasse nichts drin ist. Seine Aufgabe besteht gerade darin, etwas hinein zu zaubern und wie er das machen will, zeigt zur Genüge sein Ausspruch, daß bei den Juden und den Katholiken allein 6 Milliarden zu holen wären, sowie der gleichzeitige Ausspruch Hitlers, daß die Arbeit Notendeckung genug wäre.

Die Bourgeoisie hat einige Gründe, sich Sorgen um die wirtschaftlichen Zustände in Deutschland zu machen. Ein bezeichnendes Beispiel dafür, ist die Lage der Eisenbahn. So heißt es im "vorläufigen Jahresbericht" der Reichsbahn - charakteristischerweise ohne konkrete Zahlenangaben - daß im letzten Quartal auch absolut weniger Wagen gestellt werden konnten als vorher, daß in derselben Zeit schon mehr Wagen unbrauchbar geworden seien als neugebaut wurden! Die notwendigen Erneuerungen und Ergänzungen hätten sich so gestaut, daß nun auch die Finanzmittel nicht mehr ausreichten. Und in einem Artikel der "Frankfurter Zeitung" vom 20. Januar macht der Ministerialrat Busch das bemerkenswerte Eingeständnis, daß nun auch noch die österreichischen und die Sudetenbahnen als Zuschußbetriebe hinzugekommen seien und daß die Reichsbahn zwecks Aufnahmen mehrerer Milliarden unbedingt am Anleihemarkt zugelassen werden müsse.

Die künftigen Finanzquellen, die Kirchen nämlich und besonders die katholische Kirche, werden bereits sturmreif gemacht. Die NSV (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt) hat die Ermächtigung erhalten, politisch unzuverlässigen Familien die Kinder wegzunehmen und sie Nazifamilien zu übergeben oder sie der Fürsorge-Erziehung zuzuführen. Das ist eine Terrormaßnahme, die sich in erster Linie gegen die Frommen richtet, die sich und ihre Kinder weiter von den Pfaffen beeinflussen lassen und die in punkto Familiensinn besonders empfindlich sind. Das gibt einen Vorgeschmack davon, was noch alles geschehen wird, wenn es erst wirklich gegen die Kirchen losgeht und welch ein Kapital von Haß und Rachsucht hier noch angesammelt werden wird.

Die Gleichschaltung des Heeres bildet nach wie vor eine der Haupt-sorgen der nationalsozialistischen Machthaber. Am 19. Januar hat Hitler einen Erlaß herausgegeben, der alle über 17 Jahre alten Männer, die nicht aktiven Heeresdienst leisten, der SA zur militärischen Vorbildung und, soweit sie bereits gedient haben, zur "Wehr-Ertüchtigung" überweist. "Man kann nicht einfach zusehen, wie straffen jungen Männern nach wenigen Jahren zivilen Lebens Bart und Bauch zu wachsen beginnen", schreibt dazu die Frankfurterin. Die SA-Sturm-führer werden also dafür zu sorgen haben, daß die Kartoffelbäuche der Reservisten verschwinden. Man kann sich lebhaft vorstellen, mit welcher Begeisterung die entlassenen Soldaten, die froh waren, daß sie nach 2 ½ jähriger Schinderei in Arbeitslager und Kaserne endlich dem Kompa wieder den Rücken kehren durften, nunmehr am Sonntag bei der SA antreten werden. Wenn jetzt nicht bald das ganze Heer aus Überzeugten Nazis bestehen wird, dann hilft nichts mehr.

In der ausländischen Presse wird diese Maßnahme als die vollständig Militarisierung des deutschen Volkes bezeichnet. Das ist ohne Zweifel richtig. Daß aber diese Militarisierung zugleich auch eine Steigerung des vielgenannten sogenannten " Kriegspotentials " bedeutet, das kann nicht einmal ein ausgekochter Gamaschenknopf glauben.

Aus einem Brief eines jüdischen Emigranten.

=====

Ich habe das große Glück, Dir aus dem Lande der Freizügigkeit schreiben zu können und nicht aus dem Verbrecherland, in dem 70 Millionen (soll heißen: die Nazis, die an der Macht sind) den unglaublichen " Mut " besitzen, mit 600.000 Menschen " abzurechnen ". - Die Tage des Schreckens und des Grauens durfte ich noch miterleben. Es ist gut daß ich mit der Maschine schreibe, vielleicht würden mir meine Hände noch zittern. Die Tage der Greuelmärchen sind endgültig vorbei, Wirklichkeit hat sie überboten, es gibt nichts Greulicheres mehr. Ich wohnte in Nürnberg in einem Umschichtungsheim mit 20 Leuten. Am 10. 1 1/4 Uhr morgens schreit ein Junge in meinem Zimmer: " Um Gotteswillen Kinder, SA ist da ". Ich sprang an die Tür, zog meinen Bademantel an und zurück ins Bett. Wir blieben alle in den Betten liegen. Als ich Scheinwerfer aufblitzen sah, glaubte ich, man würde auf uns schießen. Man fragte uns aber nur unter Drohungen nach Waffen, durchkramte die Nachttische und leerte die Schubladen über unseren Betten aus. Im Büro zertrümmerte man die Scheiben und das Telefon. In der Küche klüften Geschirr und Fensterscheiben in Massen, die Türen an den Schränken wurden herausgerissen, Wäsche und Kleidungsstücke lagen in weitem Bekken zerstreut. Zitternd lagen wir bis 6 Uhr in unseren Betten und saßen beim Gepolter der umstürzenden Schränke und beim unendlichen Klirren der Fensterscheiben immer wieder zusammen. Wer das liest, wird vor Entsetzen vielleicht tragisch lächeln, und mit dem Kopf schütteln wer das aber miterlebte, wird diese fürchterlichen Geräusche nie an den Ohren verlieren. - Wir halfen dann in Privatwohnungen aufräumen. Da gab es Wohnungen, in denen aber auch nicht ein Bett, ein Stuhl und ein Teller ganz geblieben sind. Mancher Fußboden war bedeckt mit einem Gemisch von Bettfedern, Marmelade und Eiern und manche Wohnung kann von A bis Z der Müllabfuhr übergeben werden. Einige Leute konnten nicht auf die Straße, da sie keine Sachen anzuziehen hatten. Um die Leiche eines Mannes tanzten Kinder, bis sie ein entrüsteter Schupo fortjagte. - Von Augsburg und Regensburg bekamen wir telefonischen Bescheid, daß die Jungs dort verhaftet und nach dem Konzentrationslager gekommen waren, wir zogen uns unsere Sachen an und sagten uns in Gedanken selbst " Adieu ". Im Hof sammelten sich unterdessen Kinder, die aus der Schule kamen, wo sie wahrscheinlich " geschult " worden waren, warfen noch die Scheiben bei uns ein, die von der SA vergessen worden waren. Erwachsene schauten teils erfreut, teils aber auch nicht erfreut (jedenfalls sie schauten) diesem erhabenen Spiele zu, das ihnen Freude bereitete und uns weitere Nerven kostete. Auf Anruf säuberte Polizei endlich den Hof, nach einer zweiten Ansammlung und einer zweiten Säuberung schlossen wir das Haus ab. Noch unruhig und noch im Ungewissen, mußten wir folgende traurigen Dinge erfahren: in Bamberg wurden die Juden barfuß und halbnackt, nur mit Pyjama und Nachthemden bekleidet, stundenlang durch die Stadt getrieben. In Regensburg mußten sie durch Pfützen waten, ja, sie mußten sogar z.T. durch tiefes Wasser gehen, das ihnen bis zum Hals reichte. Es ist nicht überall gleichgegangen, in Bayern scheint es mit am schlimmsten gewesen zu sein.... Nur weg! Mit lachendem Auge bin ich im Ausland angekommen - aber das Herz weint. Mein Vater sitzt im ZZ

Verantwortlich: Emile Hirtzel, Strasbourg

Arbeiterpolitik

No. 5 / VI. Jahrgang

Organ der KP(O) - Elsass
Sektion der I.V.K.O. - Erste Februarwoche 1939

Die POUM an die Arbeiterklasse aller Länder !

Wir wissen, daß Ihr mit Begeisterung und auch mit Sorge den heroischen Widerstand des spanischen Proletariats gegen den Vormarsch Francos, Hitlers und Mussolinis verfolgt.

Eure Sympathie, Euer Herz ist ganz auf unserer Seite. Aber die Sympathien - das Herz und die Sorge sind keine ausreichenden Waffen für die, die ausgehungert und ohne Waffen gegen eine Armee kämpfen müssen, die mit allen Mitteln der modernen Technik ausgerüstet ist.

In Katalonien greift Franco das stärkste Bollwerk der spanischen Arbeiterklasse an, das Proletariat, welches der Revolution vom 17. Juli 1936 den größten Impuls gab.

Die Führer der Arbeiterorganisationen der Zweiten und Dritten Internationale haben Euch von Anfang an betrogen, wenn sie sagten, daß Eure direkte Hilfe für die Arbeiter Spaniens nicht notwendig sei. Sie haben teilgenommen an der Schaffung der Farce der Nichteinmischung, vom internationalen Kapitalismus nur gefordert, um Franco zu helfen. Sie haben die Arbeitermassen von der direkten revolutionären Aktion zur Unterstützung der spanischen Revolution abgehalten.

In Spanien haben sie die Konterrevolution organisiert, um dem internationalen Kapitalismus Genugtuung zu geben, der wußte, daß der Triumph der proletarischen Revolution in Spanien international den Anfang seines Zusammenbruchs bedeutete.

Aber trotz Verrat ist das spanische Proletariat auf dem Kampfplatz geblieben und hat sein Blut nicht geschont.

Das spanische Proletariat hat seine Pflicht erfüllt. Erfüllt Ihr jetzt Eure!

Werft Euch in die Bewegung, um Waffen und Lebensmittel für die Kämpfer Spaniens zu verlangen!

Die Front der spanischen Revolution ist die Front des ganzen internationalen Proletariats!

Die Niederlage des spanischen Proletariats wird Eure eigene Niederlage sein.

Die internationale Bourgeoisie wartet auf den Sturz des letzten Bollwerks des werktätigen Spaniens, um seinem Proletariat noch größere Opfer aufzuerlegen und alle seine Errungenschaften zu zerschlagen.

Mit Eurer Aktion könnt Ihr dem spanischen Proletariat noch helfen, Franco zu besiegen und die sozialistische Revolution zu verwirklichen.

Fordert die Öffnung der Grenzen, um Waffen nach Spanien zu schicken!

Widersetzt Euch jedem Transport nach Franco-Spanien ! Verlangt von der spanischen republikanischen Regierung die Einstellung aller Verfolgungsmaßnahmen gegen die revolutionären Arbeiter und die sofortige Freilassung der eingekerkerten Arbeiter !

Waffen und Lebensmittel für Spanien !

Nieder mit der Nichteinmischung ! Es lebe die spanische proletarische Revolution !

Barcelona , Januar 1939

EK der POUM

Die POUM an das spanische Proletariat :

Verteidigt das proletarische Katalonien !
=====

In der Stunde , da der Faschismus zum letzten Schlag auszuholen sucht , gerade an dem Ort , wo die revolutionäre Bewegung , die die faschistische Erhebung im Juli zerschlagen hat , entstanden ist

Alles zu den Waffen !

Die Frauen in die Fabriken ! Die Männer in die Schützengräben ! Die Horden Francos und des internationalen Faschismus müssen bei ihrem Angriff auf das Herz Kataloniens , auf eine Mauer von Menschen stoßen !

Arbeiter ! Man muß sie in die Flucht jagen !

Ohne irgendetwas von den demokratisch-kapitalistischen Ländern zu erwarten , die lieber den Sieg des reaktionären , als des proletarischen Spaniens sehen.... ohne den Organisatoren der Niederlage , die die revolutionäre Kraft des spanischen Proletariats zerschlagen haben , das geringste Vertrauen zu schenken... ohne Vertrauen auf die Führer der Zweiten und Dritten Internationale , die uns mit der blutigen Komödie der Nichteinmischung betrogen haben ; ohne Vertrauen auf die , die das internationale Proletariat von seinem Klassenweg weggebracht haben , unter Begünstigung der Verbündeten Francos.

Das sind dieselben , die die POUM zerschlagen wollen , ihre Militanten verfolgen und niederschlagen , weil sie rechtzeitig vor ihrer Politik des Verrats gewarnt haben. Das sind dieselben , die ein hysterisches Geschrei anstimmen , um vergessen zu machen , daß sie die Urheber der " Nichteinmischungspolitik " sind.

Genossen der POUM !

Trotz Gefängnis , Terror und Verfolgung , die sich auf unsere Partei ergießen , der Augenblick fordert heroische Opfer. Alle auf die Schanzen , um den Faschismus zu schlagen !

Bleibt auf euren Kampfposten !

Anarchistische , sozialistische und kommunistische Arbeiter !

Geeint können wir den Vormarsch der faschistischen Truppen aufhalten. Die Schwierigkeiten sind groß , aber die revolutionäre Kraft der Massen der Werktätigen kann sie besiegen !

Wie am 19. Juli ! Wie vor den Toren Madrids !

Wir fordern die Freilassung der antifaschistischen Gefangenen , damit sie ihren Kampfposten einnehmen können ! Es ist ein Verbrechen , die Kameraden , die im Bürgerkrieg immer in vorderster Front gestanden haben , jetzt zur Tatenlosigkeit zu verdammen.

Aktionseinheit gegen den Faschismus ! Für die sozialistische Revolution!
Wir wenden uns an die Arbeiter aller Länder. Mögen sie durch ihre mächtige und entschlossene Aktion fordern :

Waffen , um den Faschismus zu besiegen ! Lebensmittel , für ihre Klassenbrüder !

Fort mit dem Betrug der Nichteinmischung ! Für die proletarische Revolution!

Barcelona, Januar 1939

EK der POUM.

Arbeiter ! Werktätige !

=====

Unterstützt die Forderungen des Aufrufs der POUM . Übt Solidarität mit den Kämpfern ! Sammelt nach Kräften Geld und Kleider zur Unterstützung der Spanienflüchtlinge ! Verwundete, Kranke und Waisen bedürfen Eurer Hilfe. Helft so viel und so gut Ihr könnt .

Engeres Büro der IVKO

Die Demonstration der PSOP für Spanien in Paris

Am Sonnabend, den 28. Januar 1939 , veranstaltete die PSOP (Parti Socialiste Ouvrier et Paysan) auf den großen Boulevards in Paris eine Demonstration für die Öffnung der Grenzen zugunsten der spanischen Republik . Mehrere Hundert Demonstranten wurden verhaftet, darunter auch Pivert , einer der Führer der PSOP.

Die O u v e r t ü r e .

=====

Nach der Rede Hitlers im Reichstag vom 30. Januar 1939 findet man in der führenden bürgerlichen Presse Frankreichs und Englands geradezu ein gewisses Gefühl der Erleichterung und der Zuversicht ausgedrückt.

Was sind die Gründe dafür ?

" Der Ton der Rede ist nicht kriegerisch " , erklärt Madane Tabouis im " Œuvre " .

Der " Temps " seinerseits erklärt :

" Man erwartete eine Geste, die eine definitive Stellungnahme Deutschlands für den Frieden oder für den Krieg bedeutet. Nichts Derartiges geht aus den Erklärungen des Herrn des Reiches hervor... Die Dinge bleiben, wie sie sind ... Die Türe bleibt offen für die Politik der Konsultationen und der Verhandlungen , so wie sie am Schluß der Münchener Konferenz festgelegt worden ist ... "

Das Blatt tröstet sich damit, daß Hitler die Waffensolidarität mit Italien nur für den Fall ausgesprochen habe , daß die anderen Mächte Italien angreifen. Aber das sei von Seiten Englands und Frankreichs ausgeschlossen, so daß sich der tröstliche Schluß ergibt, den auch andere Blätter ziehen, daß in Wahrheit Hitler der Frage des gemeinsamen Krieges an der Seite Italiens ausgewichen sei.

Die "Times" erklären :

" Aber in anderer Hinsicht hat Hitler die Voraussagen gewisser unruhiger Propheten dementiert. "

Noch optimistischer drückt sich der "Daily Telegraph" aus :

" Im Ganzen heißt es vielleicht sich nicht zu optimistisch zeigen, wenn man in dieser letzten Rede des Herrn Hitler die Verheißung besserer Dinge in der Zukunft sieht. "

Und jenseits des Ozeans erklärt die "New York Herald Tribune" :

" Die Rede enthält keine Kriegserklärung. Sie entspricht der Hitlerschen Technik, die darin besteht, brutal zu sprechen, ohne Präzisionen zu geben.... Aber er scheint die Türe offen zu lassen für eine Entwicklung der Lage in allen Richtungen.... Die Welt ist zur Angst und zur Besorgnis verurteilt. Sie kann die gefährliche Richtung nur ahnen, in der der Führer sich orientieren wird. "

Wir haben diese Stimmen führender bürgerlicher Blätter verschiedener Länder vor allem angeführt, um zu zeigen :

1. wie wenig die sogenannte demokratische bürgerliche Presse trotz der Beispiele von Österreich und der Tschechoslovakei bis jetzt von den Hitlerschen Methoden verstanden hat, so daß man sich beinahe versucht fühlt, Mussolinis Wort von der "Dummheit" der bürgerlichen Demokratie zuzustimmen. 2. wie groß die Angst in den Kreisen der bürgerlichen Demokratie ist, so groß, daß sie bereits erleichtert aufatmen, daß Hitler nicht in seiner Rede vom 30. Januar bereits den Krieg angekündigt hat.....

In Wirklichkeit ist auf Grund der Rede Hitlers nicht der geringste Anlaß zur Beruhigung oder zum Optimismus vorhanden. Der Charakter, der Ton und der Inhalt der Rede ist dadurch bedingt, daß sie eine ganze Kampagne einleitet. Die Rede ist eine Overtüre. Und das bedingt, daß sie Raum lassen muß für die Steigerung, die sicherlich im Laufe der nächsten Wochen und Monate kommen wird. Man verwechselt die Overtüre mit der Finale. Eine Overtüre kann nicht im fortissimo gehalten sein, wo bleiben sonst die Möglichkeiten der Steigerung ?

Zu diesem elementaren technischen Gesichtspunkt kommt noch ein sachlicher. Die Nazis wissen sicher eben so gut wie sonst jemand, daß in den breiten Massen in Deutschland bereits wieder eine neue Welle der Kriegsfurcht eingesetzt hat. Sie wissen auch, daß ein Krieg zur Eroberung deutscher Kolonien oder zur Hilfeleistung für Mussolini womöglich noch unpopulärer ist, als die Aktion gegen Österreich und die Tschechoslovakei, die wenigstens mit der großdeutschen Phrase, mit der Redensart von der "Selbstbestimmung der Völker" usw. bemäntelt werden konnten. Um im Innern den Anspruch zu finden zu dem Kriegsgeheul und Kriegstanz, die aller Voraussicht nach in einer Zeit entwickelt werden sollen, müssen die Nazis beginnen mit der Erklärung friedlicher Absichten, der Perspektive eines "langen Friedens", der Bereitschaft, sich über die deutschen und italienischen Ansprüche mit Frankreich und England gütlich zu verständigen. Dieser Hintergrund ist notwendig, damit die Nazis im Laufe der weiteren Entwicklung ihrer Kampagne es so darstellen können, als ob die Gegenseite hartnäckig eine großzügig angebotene friedliche Lösung verweigere und das harmlose Nazideutschland und Italien "provozieren".

Die Rede Hitlers ist auch in diesem Sinne als eine Overtüre anzusehen, da sie zunächst alle Themen anschlägt, die in weiterem Verlaufe in der Ausführung weiterentwickelt werden sollen und daß sie diese Themen zunächst nur in den allgemeinen Umrissen anschlägt. Als Einleitung einer Kampagne ist die Rede ein Versuch des Abtastens, um zu sehen, wie die Gegenseite reagiert, wo ihre schwachen Punkte sind, wie die geplante Aktion näher konkretisiert werden muß. Die gewollte Unbestimmtheit und

Zweideutigkeit, in der vieles in der Rede gehalten ist, soll auch die Stimmung präparieren für die allgemeine und unbestimmte "Angst und Besorgnis", die im weiteren Verlaufe zur Panik entwickelt werden sollen.

Das allgemeine Thema, das angeschlagen wird, ist das der imperialistischen Neuaufteilung der Welt zugunsten der "Habenichtse". Es wird zunächst in seinem ganzen Umfang angeschlagen, so daß es sowohl die deutschen Kolonialforderungen, als auch die italienischen Ansprüche gegenüber Frankreich umfaßt. Die imperialistischen "Besitzenden" werden von den imperialistischen "Parias" vor die Frage gestellt, ob sie freiwillig, auf friedlichem Wege diese Ansprüche befriedigen, oder ob sie sich einem gemeinsamen gewaltsamen Vorgehen Deutschlands und Italiens aussetzen wollen. Darin ist auch ein Appell an die pazifistischen und kompromißbereiten Stimmungen in England und Frankreich enthalten. England insbesondere wird vorgerechnet, daß eine freiwillige Befriedigung der deutsch-italienischen imperialistischen Ansprüche sie billiger zu stehen komme, als der Krieg. Das ist der Sinn des Ausspruchs von Hitler, daß der Krieg sich nicht bezahlt mache. Damit sind vor allen Dingen die Anderen gemeint, die aus einem Kriege nichts gewinnen können. Eine charakteristische Note ist auch die Erklärung, daß Hitlerdeutschland sehr wohl wisse, was seinem Regime drohe, wenn es das faschistische Regime in Italien zusammenbrechen lasse. Das ist zugleich ein verschleierte Appell an die Klassensolidarität der englischen und französischen Bourgeoisie mit den faschistischen Hütern der kapitalistischen "Ordnung" in Europa, eine Klassensolidarität, die sich in der Septemberkrise des Vorjahres klar gezeigt hat.

Die Solidarisierung mit Italien ist bewußt zweideutig gehalten. Die Stelle lautet wörtlich:

" Möge sich niemand in der Welt über den Entschluß irren, den das nationalsozialistische Deutschland diesem Freunde gegenüber (Italien) gefaßt hat. Es kann dem Frieden nur nützlich sein, wenn es darüber keinen Zweifel gibt, daß ein Krieg gegen das heutige Italien, ganz gleich aus welchen Motiven, vom Zaune gebrochen, Deutschland an die Seite des Freundes rufen wird. "

Wir haben schon oben die Deutung des " Temps " angeführt - die von der übrigen bürgerlichen Presse vielfach variiert wird - als ob damit gesagt sei, daß Deutschland Italien nur in dem Fall seine Unterstützung zusage, daß es von England und Frankreich angegriffen würde und daß damit der Fall offengelassen werde, daß Italien seinerseits angreife. In Wirklichkeit ist die Stelle so gefaßt, daß sie Hitler durchaus erlaubt, einen Krieg gegen Italien als " vom Zaune gebrochen " zu erklären, wenn Italien selbst angreift, dafür ist die Wendung bestimmt: " gleich aus welchen Motiven ". Wenn also die internationale bürgerliche Presse aus dieser Stelle Hoffnung schöpft, daß die deutsche Unterstützung für Italien nur für den Fall eines Angriffs gegen Italien gemeint sei, so klammert sie sich an einen Strohalm und führt die Öffentlichkeit irre.

Auch in der Wendung in Hitlers Rede, daß die deutschen Kolonialforderungen " nicht notwendigerweise " zum Kriege führen müssen, sind ungerechtfertigterweise optimistische Schlüsse gezogen worden. " Nicht notwendigerweise " - das läßt den Weg offen, im günstigen Moment zu erklären, daß Deutschland die " Notwendigkeit " von der Gegenseite aufgezwungen worden ist. Ferner aber ist in Betracht zu ziehen, daß Hitlerdeutschland aus innerpolitischen und militärischen Gründen nicht die Kolonien isoliert zum Kriegsgrund machen wird.

Vom innerpolitischen Gesichtspunkt aus sind folgende Punkte hervorzu-

heben :

1. die Drohung gegen die Juden und die christlichen Kirchen, insbesondere die katholische. Die Juden werden von vornherein als diejenigen erklärt, die zum Kriege treiben und es wird so versucht, den Haß der Massen in Deutschland gegen die Kriegstreiber der Nazis von ihnen auf das " internationale Judentum " abzulenken, und die Kriegsgegner in Deutschland einzuschüchtern. Die " jüdische Rasse " wird für den Fall, daß es zum Kriege kommt, mit der " Vernichtung " bedroht. Das soll ein Wink an alle Kriegsgegner in Deutschland sein. Es ist nur ein Beweis dafür, wie stark die kriegsgegnerische Stimmung in Deutschland ist und wie weit sie verbreitet ist. Dieser plumpe Versuch wird nach den Judenpogromen, die die breite Sympathie in Deutschland für die Juden erweckt haben, wenig oder gar kein Erfolg haben.

Die Drohungen gegen die katholische Kirche fallen teils in dasselbe Kapitel der Einschüchterung, teils sind sie offenbar ein Vorspiel zu einem Versuch, die Kirchengüter zur weiteren Finanzierung der Rüstungen zu beschlagnahmen. In dieser Richtung sind vielsagend die Anspielungen auf den Grundbesitz der Kirchen im Werte von 10 Milliarden Mark und die Ankündigung der Möglichkeit der Trennung von Staat und Kirche.

2. Die Redewendung, daß nicht Geld oder Gold entscheidend sei für die wirtschaftliche Lage Deutschlands, sondern die natürlichen Reichtümer, Arbeitskraft, Rohstoffe usw. Das ist eine gewisse Bestätigung der Nachrichten, die in der letzten Zeit in der internationalen Presse umliefen, daß Deutschland gerade in Beziehung auf " Geld " oder " Gold " gegenwärtig und für die nächste Zeit besonders stark der Schuh drückt. Die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten in Deutschland wachsen offensichtlich. Damit ist aber keineswegs gesagt, daß sie in absehbarer Zeit automatisch zum " inneren Zusammenbruch " führen müssen. Solange das Regime sich noch politisch hält, solange die werktätigen Klassen nicht zum Sturm gegen das Regime greifen, solange kann die Raub- und Schuldenwirtschaft für die Rüstungen weitergehen. Freilich wächst damit auch der Drang, sich einen Ausweg mit dem Schwert zu bahnen.

Von einem gewissen Punkt ab wird der Kulminationspunkt der Rüstungsmöglichkeiten überschritten werden und das " Kriegspotential " fortschreitend sinken. Es ist klar, daß Hitlerdeutschland eine solche Perspektive nicht passiv ins Auge fassen wird.

Man muß die Rede Hitlers im Zusammenhang bringen mit den Tatsachen, die ihr vorhergegangen sind.

Sie bestimmen in der Hauptsache, wohin die Reise gehen soll.

Innerpolitisch sind hier zwei Dinge bemerkenswert : einmal die Ansprache Hitlers an die führenden Militärs, indem er sie aufforderte, entweder seine Politik rückhaltlos zu unterstützen, oder den Abschied zu nehmen. Was das Letztere bedeutet, machen die Anspielungen Hitlers auf den Juni 1934 klar. Dann die Abhalfterung Schachts, die die Bahn freimachen sollte, um die von ihm aufgerichteten Schranken für die weitere Finanzierung der Kriegsrüstungen niederzulegen. Hitler erklärte den Generalen, daß er zwar eine technische Kritik seiner Pläne wünsche, aber keine Kritik seiner politischen Ziele dulden werde. Er forderte somit von der Generalität die Bereitschaft, in der kommenden Kampagne jede Kritik einzustellen und jede Hemmung zu unterlassen - was dafür spricht, daß der jetzigen Ouvertüre Steigerungen bis zum fortissimo folgen werden.

Was besagen die diplomatischen Vorbereitungen ?

Sie zielen durchgängig darauf ab, den "Osten" einstweilen zu "neutralisieren", um für den Vorstoß nach dem Westen jetzt den Rücken frei zu haben. Diesem Zweck dienten die Verhandlungen mit Polen, die unter anderem stipulieren, daß für Polen der Bündnisfall mit Frankreich nicht gegeben sei, falls es zu einem französisch-italienischen Kriege komme, und die Polen in Aussicht stellen, daß Deutschland gegebenenfalls auch polnische Kolonialforderungen unterstützen werde. Demselben Zwecke dienten die Verhandlungen Cianos mit Jugoslawien. Ferner die von der Tschechoslowakei erpreßte Erlaubnis des militärischen Durchmarschrechts für Deutschland durch sein Gebiet. Auch die Sowjetunion soll einstweilen zur Neutralität veranlaßt werden. In diesem Sinne werden unter dem Vorwand wirtschaftlicher Verhandlungen Fühler ausgestreckt. Ebenfalls in dieser Linie liegt es, daß Deutschland keinen Einspruch erhoben hat gegen den polnisch-sowjetischen Nichtangriffspakt, ja, sogar andeutete, daß es seine Erweiterung wünsche. Aus demselben Grunde werden jetzt die Danziger und die meler Fragen nicht weiter fokoiert.

Die Aufrollung der "ukrainischen Frage" ist allen Anzeichen nach auf längere Frist berechnet, das heißt der Vorstoß gegen Osten, gegen die Sowjetunion bedarf längerer Vorbereitung. Er ist nicht aufgegeben, aber einstweilen ist seine Durchführung zurückgestellt. Die Vorbereitungen gehen jedoch weiter.

Auch die militärischen Maßregeln weisen in dieselbe Richtung. Aus dem Sudetengebiet und Österreich sind deutsche Truppenverbände ausgezogen worden. Sie sind teils nach dem Westen an die französische, teils nach dem Süden an die italienische Grenze transportiert worden. Zahlreiche Reservisten sind einberufen worden und werden beschleunigt ausgebildet. Seit einiger Zeit bearbeitet eine deutsch-italienische Militärkommission gemeinsame militärische Vorbereitungen.

Bedeutet das die Bereitschaft Hitlerdeutschlands, jetzt gemeinsam mit Italien einen allgemeinen Krieg zu eröffnen?

Die Absicht ist offenbar wieder, durch Kriegsdrohungen und militärische Demonstrationen in Verbindung mit einer propagandistischen Einschüchterungskampagne so viel wie möglich für den deutschen und italienischen Imperialismus herauszuholen. Zu der militärischen Demonstration wird aller Wahrscheinlichkeit nach eine gemeinsame Mobilmachung zählen, die ihren Gipfelpunkt ausmachen soll. Zielt man auf der anderen Seite in Betracht, daß die Forderungen Italiens-Deutschlands jetzt nicht mehr nur einen Vasallenstaat Frankreichs betreffen, wie es in der Septemberkrise die Tschechoslowakei war, sondern unmittelbar auf das französische Kolonialreich gehen und so weit die deutschen Kolonialforderungen in Betracht kommen, auch auf Gebiete des englischen Imperiums, so ist klar, daß das Kriegsrisiko dadurch weiter vermehrt und verschärft ist. Andererseits ist angesichts dieser Lage auch damit zu rechnen, daß Hitlerdeutschland verhältnismässig begrenzte Errungenschaften Italiens als ausreichend betrachtet wird, wenn ein solches Resultat durch bloße militärische Demonstrationen und durch Propagandamanöver zu erreichen ist und wenn es sich dadurch einen allgemeinen Krieg im jetzigen Augenblick ersparen kann. Jedoch gerade der Umstand, daß die Gegenseite auf Grund der tschechischen Erfahrungen mit diesem Faktor rechnet, vermindert nicht, sondern erhöht das Risiko.

Die internationale Arbeiterklasse darf sich durch die Einschlägerungsversuche der Presse der Länder des demokratischen Imperialismus nicht täuschen lassen. Sie muß rechtzeitig die Vorbereitungen treffen, um im Sinne ihrer eigenen Klassenziele der erneut heraufziehenden imperialistischen Kriegsgefahr zu begegnen.

Zur Lage des deutschen Mittelstandes .

I. Der Kleinbürger wird Lohnarbeiter .

Der Angriff des Monopolkapitals auf den Mittelstand erfolgt von zwei Seiten her : einmal unter dem Gesichtspunkt des Mangels an Lohnarbeitern, zum andern unter dem Gesichtspunkt der Ausschaltung des " unrentablen " Kleinbetriebes. In der Tat stellt der bisher selbständige Kleinbürger neben den Frauen die wichtigste Arbeitsreserve der deutschen Kriegswirtschaft dar.

" Nach Feststellungen der Reichsgruppe Handwerk hat sich die Zahl der Handwerksbetriebe in den zwei Jahren von April 1936 bis April 1938 um 104.000 (= 6 %) durch Übergang von Handwerkern als Facharbeiter, Gesellen oder Werkmeistern in die Industrie vermindert "

(Bericht der Reichskreditgesellschaft vom Januar 1939)

" Wirtschaft und Statistik " berichteten schon im Mai und Juli 1938, daß sich zahlreiche kleine Selbständige zur Arbeit gemeldet haben . In dem Bericht von August heißt es :

" In großem Umfange wurden wiederum bisher nicht Erwerbstätige oder nicht in einem Arbeitsverhältnis stehende Volksgenossen (Sozialrentner, Pensionäre, Kleinhandwerker, Erwerbsbehinderte usw.) für den Einsatz in abhängiger Arbeit gewonnen "

Es ist bezeichnend, daß die selbständigen Handwerker in die Arbeitsbuchkartei einbezogen sind.

Von dem allgemeinen Niedergang der Klein- und Mittelbetriebe wird sogar ein so exklusiver Zweig, wie die kleineren Privatbanken, erfaßt.

Interessant ist, wie die Nazis ihre Forderungen begründen und welche Anweisungen sie an die einzelnen Industriezweige geben. Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenvermittlung

(" DAZ " 31.12.38.) erklärte für gerechtfertigt den Einsatz solcher selbständiger Kräfte, die nicht mehr existenzfähig sind und einer Wirtschaft besser als unselbständige Kräfte dienen können, anstatt auf allgemeine Kosten eine drohenhafte (!) Daseinszu führen "

" Das Ziel ist, selbständige Erwerbspersonen, die keinerlei geschäftliche Erfolge für sich und ihre Familien aufbringen und in ihrer Selbständigkeit vornehmlich ihre persönliche Ungebundenheit gegenüber geregelter Arbeit sehen, ... die ihr Leben kümmerlich fristen, den Zwischenhandel verteuern, jahrelang keine Steuern und Abgaben für die Allgemeinheit zahlen, in eine geregelte Arbeit einzugliedern "

(" Soziale Praxis " Februar 1938)

Im Jahre 1934 erreichten über 200.000 Einzelhändler nicht das steuerliche Existenzminimum. Im Jahre 1936/37 war bei 34,7 % das Einkommen geringer als 125 Mark (laut " Soziale Praxis " , 1938, Sp. 532)

" In der Bekleidungsindustrie haben 44 % aller Betriebe nur einen Umsatz bis zu 60.000 Mark, dagegen 13 % einen Umsatz über 500.000 Mark. Jedoch erzielt diese letzte kleinste Gruppe über 60 % des Gesamtumsatzes des Bekleidungsgebietes... Die Kleinstbetriebe arbeiten nicht wirtschaftlich, sie sind auch ein Hort sozialer, technischer und betriebswirtschaftlicher Rückständigkeit (!) . Eine Anakümmungsaktion wird an diesen un-

" wirtschaftlichen Betrieben nicht vorübergehen. "Erbhöfe der Wirtschaft" kann man nicht gebrauchen. "

(Textilzeitung, 7.12.38.)

Der Präsident der Reichsanstalt (Braune Wirtschaftspost 10.12.38.) stellt fest, daß sich Bäcker, Fleischer, Friseure, Kellner, Buchdrucker als sehr anpassungsfähig für die Metall- und Bauindustrie erwiesen haben. Kleinbetriebe, die lediglich dem Massenbedarf dienen, sind also volkswirtschaftlich besonders " unwichtig ". In der brutalsten Form verlangt Ley in seiner Rede (zitiert von " Faschismus " vom 12.11.38.) , daß die Mittelstandsbetriebe geschlossen werden sollen, damit der Rüstungsindustrie mehr Arbeiter zur Verfügung stehen.

" Allein aus dem Handwerk und dem Handel.... werden wir eine halbe Million Menschen bekommen... und freistellen für andere Berufe... dasselbe gilt für die Verwaltung und für die Behörde.... Rücksichtslos kann man 200.000 bis 300.000 Angestellte, ja fast eine halbe Million herausziehen... Die Menschen in diesen Stellen sind alle (!) überflüssig. Sie sollen an die Drehschnecke kommen, oder ins Walzwerk oder ins Bergwerk, da sollen sie mal schaffen."

Es ist daher nicht erstaunlich, daß die Mißstimmung in den Reihen des Mittelstandes ständig wächst, wie alle neueren Berichte aus Deutschland nachweisen.

Immer wieder findet man in der Nazipresse Artikel über die Finanzierung " unserer mittelständischen Wirtschaft ", Klagen über die " unzureichende Versorgung der kleinen und mittleren Betriebe mit Krediten ". " Nicht die Sicherheit allein soll entscheiden, sondern die Persönlichkeit, das berufliche Können, der Charakter etc. & Bissinger, Hamburger Tageblatt 10.1.1939).

Die selbständigen Kaufleute können sich nicht damit abfinden, nur noch " Verteiler " zu sein. Mehr hat nämlich die " gelenkte Wirtschaft " mit ihrer Warenknappheit und amtlichen Zuteilung nicht nötig (vgl. dazu " Angriff " 23.12.38. und " Essener Nationalzeitung " 6.1.39.). Die Nazis denken im übrigen garnicht daran, sich an die Klagen der enttäuschten Kleinbürger zu stören. Der neueste Bericht der Reichskreditgesellschaft erklärt ganz offen, daß aus den Reihen der kleinen Gewerbetreibenden und des Einzelhandels noch weitere Kräfte gewonnen werden können, zumal wenn man bedenkt, daß gerade in diesen Kreisen die Zahl der mithelfenden Familienangehörigen (nach der Berufszählung von Mitte 1933 rund 5,4 Millionen Personen) besonders groß ist. Wahrscheinlich wird die Zahl der aufgehobenen Betriebe demnächst auf 250.000 bis 300.000 anwachsen. Der " Volkische Beobachter " vom 7.1.39. findet es ganz in der Ordnung, " wenn diese Betriebsinhaber an anderer Stelle ihr Brot suchen oder finden... das ist ganz im Sinne der nationalsozialistischen Wirtschaftsführung, die nicht daran denkt, Betriebsinhabern, die durch eigene Schuld unzureichend beschäftigt sind, ihre eigenen Werkstätten zu erhalten " .

II. Der Mittelstand und die " Entjudung " der Wirtschaft.

Unter dem Gesichtspunkt der Ausschaltung des Mittelstandes erscheinen die " Arisierung " der jüdischen Betriebe, wie überhaupt die Judenpogrome in neuem Lichte. Bei der sogenannten Arisierung handelt es sich nämlich in sehr vielen Fällen ganz einfach um Liquidierung. " Lebensunfähige " oder " verschuldete " Unternehmungen wurden von vornherein von der Übernahme in " arische " Hände ausgeschlossen. In " überbesetzten " Branchen wie zum Beispiel in der Bekleidungsindustrie verschärft durch die Angliederung Österreichs und Sudetendeutschlands lief die Übernahme den " allgemeinen Interessen der deutschen Wirtschaft zuwider " (Textilzeitung vom 24.1.1939).

In Berlin sind von 3.750 Detailgeschäften nur 700 für würdig befunden worden, um in " arische " Hände überzugehen. Da der Einzelhandel schon "überbesetzt" ist, vor allem an Kolonialwaren- und Weinhandlungen, Wäsche- und Zigarrengeschäften, hat man nur die großen Geschäfte im Zentrum bestehen lassen.

Von Solingen wird berichtet, daß die jüdischen Detail- und Versandgeschäfte liquidiert wurden.

In Düsseldorf bestehen von 50 Wäschefirmen nur einige wenige unter arischer Leitung fort. Die meisten jüdischen Firmen im Ruhrgebiet sind zunächst in Konkurs gegangen und dann verschwunden.

Es versteht sich, daß, soweit die " Arisierung " genehmigt wurde, sie eine verstärkte Betriebs- und Kapitalkonzentration zur Folge hatte. Sehr oft waren es gerade die Konzerne, die die jüdischen Betriebe " zur Abrundung oder Erweiterung " ihres Besitztums aufkauften. Es versteht sich, daß sie sich dabei der Banken bedienten und daß diese bei dem Geschäft ausgezeichnet verdienten. Die kleinen Unternehmer haben dazu weder das Kapital, noch die technischen Mittel, noch das Personal. Aus der " Entjudung " der Wirtschaft profitieren also wiederum nicht die Mittelständler, sondern das Völkernopolkapital.

Es ist ganz klar, daß die " Entjudung " der Wirtschaft nur ein Schritt auf dem Wege der Ausschaltung des Mittelstandes überhaupt darstellt. Die Ausschaltung des Mittelstandes stößt auf einige Schwierigkeiten, da zu breite Massen an der Aufrechterhaltung der Kleinbetriebe interessiert sind. Nichts lag näher, als auf der Linie des geringsten Widerstandes mit der gewaltsamen " Auskämmung " der Betriebe zu beginnen, also bei den Juden. Waren doch die Juden gerade in den Wirtschaftszweigen vertreten, die die " gelenkte " Kriegswirtschaft am wenigsten braucht und die ohnehin schon " überbesetzt " waren: Einzel- und Zwischenhandel, Wäsche- und Bekleidungsindustrie usw. So wird der Mittelstand auf das ihm bevorstehende Schicksal vorbereitet. Immerhin ist er gegenüber dem verfolgten, geächteten und gewaltsam enteigneten Juden noch privilegiert. Vor allem hat er das Recht, Lohnarbeiter am Großbetrieb zu werden!

Die " Entjudung " der Wirtschaft und die Judenpogrome waren von langer Hand vorbereitet und keineswegs allein eine Antwort auf die " Meckereien " in der Septemberkrise oder die Ermordung von Rath, die den Nazis höchstens sehr gelegen kam.

+ 4 +

Aus einem Brief aus Wien entnehmen wir :

Momentan sind wieder viele ins Reich zu Waffenübungen auf 4 - 6 Wochen eingezogen worden. In Wien rechnet man schon wieder mit einem Krieg im Frühjahr. Die Angst und die Unzufriedenheit ist sehr groß und in den Betrieben wird sehr viel über die erhöhten Abzüge geschimpft, die fast das Doppelte erreichen, wie zuvor.

Einige Freunde von uns waren auch bei der Besetzung der Tschechoslovakei dabei und berichten über ähnliche Stimmungen in der Armee.

Politisch und organisatorisch hat sich aber noch nichts ausgewirkt. Von der KP und den RS ist fast nichts zu merken.

Verantwortlich : Emile Hirtzel, Strasbourg

Arbeiterpolitik

Organ der KP(O) - Elsass - Sektion der I.V.K.O. - erscheint wöchentlich -

No. 6 / VI. Jahrgang

Zweite Februarwoche 1939

Der Fall Kataloniens.

An die bisherigen militärischen Niederlagen der Volksfrontregierung : Biskaya , Santander , Asturien , Aragon , schließt sich nun der Fall von Barcelona und mit Barcelona der Fall Kataloniens an. Was jetzt noch vom " roten Spanien " übrigbleibt : Extremadura , Madrid , Valencia usw. hoffen die Franco-Leute , die sich auf Madrid und Valencia konzentrieren werden , rasch zum Fall bringen zu können und die internationale Bourgeoisie hofft , damit die " spanische Affäre " liquidiert zu haben.

Rom erklärt seinen Sieg als einen Triumph über die demokratischen Mächte. Das mit gutem Recht. Der Faschismus hat in Spanien über die opportunistische und reformistische Kampfstrategie der liberalen Bourgeoisie und des Reformismus der Zweiten und Dritten Internationale gesiegt. Diese aber können für sich in Anspruch nehmen , das revolutionäre Proletariat Spaniens verraten und geschlagen zu haben. Die liberale Bourgeoisie , die Parteien der Zweiten und Dritten Internationale haben den revolutionären Elan der Arbeiter- und Bauernmassen Spaniens gebrochen , die in ihrem ersten Impuls mehr als Zweidrittel des spanischen Gebietes erobert hatten. Dann aber nach Festigung der Volksfrontregierung Schritt für Schritt den Boden den Faschisten überlassen mußten. Der Faschismus konnte die spanische Arbeiterschaft schlagen , nachdem das liberale Bürgertum , die Sozialisten , die offiziellen Kommunisten und auch die Anarchisten-Syndikalisten den spanischen Massen die revolutionäre Basis des Kampfes genommen hatten.

Das liberale Bürgertum und die Reformisten sehen die Ursachen ihrer Niederlage lediglich in dem ungleichen Waffenverhältnis zwischen den Franco-Truppen und den republikanischen; die Kommunistische Partei führt noch einen anderen Grund an : des angeblichen Verrats der " Trotzlisten " , während die wirklichen und bedeutsamsten Ursachen der Niederlage in der Volksfrontpolitik zu suchen sind.

Daß das ungleiche Waffenverhältnis nicht die entscheidende Ursache sein kann , das ergibt sich allein schon aus der Tatsache , daß am 19. Juli 1936 ein unbewaffnetes Proletariat den Kampf begann und beispielsweise Barcelona nach zwei Tagen des Kampfes schon rund 60.000 Gewehre den Faschisten abnehmen konnte. Die Kommunistische Partei will einen Verrat der POUM vorschreiben , die einmal als ein bedeutungsloses Grüppchen dargestellt wird , aber zum ändern die Kraft haben soll , eine Front nach der ändern zum Zusammenbruch zu bringen. Nun , die KP hatte die Anklage des Hochverrats gegen die POUM erhoben und ihr Exekutivkomitee wurde vor das Tribunal gestellt. Die Richter haben feststellen müssen , daß alle Beschuldigungen , die von einer Verbindung der POUM mit den Faschisten oder der Fünften Kolonne fasseln , erbärmliche Lügen der KP sind. Die Mitglieder des Exekutivkomitees der POUM wurden zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt , weil sie die bürgerliche Republik stürzen und eine sozialistische Wirtschaft aufrichten wollten. Das ist die wörtliche Erklärung der Richter , mit der die Strafe begründet wurde.

Als die Faschisten am 17., 18. und 19. Juli 1936 sich gegen die Republik erhoben, brach die Volksfrontregierung wie ein morsches Gebälk zusammen. Nur der eigenen spontanen Initiative der Arbeiter- und Bauernmassen war es zu verdanken, daß dem Faschismus ein Damm entgegengesetzt wurde. Das Heer und seine Generale gingen mit wenigen Ausnahmen zum Faschismus über. Die Massen formierten auf militärischem Gebiet die " antifaschistischen Milizen ", auf politischem Gebiet die Komitees, die anstelle des mit dem Wind verfliegenen Staatsapparates entstanden. Sie stellten auf wirtschaftlichem Gebiet die Produktion auf die Kriegswirtschaft um. Die Republik war kampflös vor dem faschistischen Aufstand zusammengebrochen. Die Massen schufen sich darum eine revolutionäre Grundlage, kollektivisierten das Land der Kaziken (Großbauern) und der Großgrundbesitzer und die Großbetriebe in der Stadt, sozialisierten den Transport und organisierten den Konsum. Der faschistische Aufstand war mit der sozialen Revolution beantwortet worden, für sie gingen die Massen in den Kampf, um ihre Fabriken und ihr Land zu verteidigen.

Auf der faschistischen Seite kämpfte eine Klasse unter einheitlichem militärischen und politischen Kommando. Auf der " roten " Seite kämpften drei Klassen: die Arbeiter, die Bauern und die liberale Bourgeoisie. Die Schaffung eines Einheitskommandos war darum naturgemäß schwieriger.

Sie war allein möglich auf revolutionärer Grundlage, auf der Grundlage neuer proletarischer Machtorgane, stattdessen aber hat der Reformismus die Entwicklung in das Geleise des bürgerlichen Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie zurückgeführt. Die Kommunistische Partei konnte gerade auf Grund des moralischen Kredits, den sie bei den Massen dank der siegreichen Oktoberrevolution der Sowjetunion hatte, die Volksfrontpolitik durchsetzen. Die Volksfrontpolitik war nicht geeignet, um die politische und militärische Einheit zu schaffen. Die Bourgeoisie trachtete danach auf Grund der Volksfrontpolitik ihre alten Privilegien wieder herzustellen und den werktätigen Massen die politischen und wirtschaftlichen Errungenschaften des 19. Juli wieder abzunehmen. Unter der Losung " Alles für den Krieg " wurde die Arbeiterschaft im Hinterlande wieder entwaffnet und eine Prätorianergarde der Volksfrontregierung organisiert. Dann begannen die Angriffe auf die Komitees der Massen. Sie wurden zuerst unter die Vormundschaft der Regierung gestellt und später durch die Militarisierung der Industrie gänzlich ihrer Bedeutung beraubt. Die Bauernkomitees wurden von den Gardes Listers und Campesinos mit Waffengewalt aufgelöst. Der Rat von Aragon in das Gefängnis geworfen. Die POUM wurde als die revolutionäre Vorhut des spanischen Proletariats in die Illegalität getrieben. Ihre Mitglieder in die Gefängnisse geworfen, verschleppt und gemordet. Die Mai-Ereignisse von Barcelona waren eine bewußt eingeleitete Provokation, um den revolutionären Kräften die entscheidende Schlacht zu liefern. Das revolutionäre Proletariat wurde wieder auf die Barrikaden gezwungen, es kämpfte mit aller Erbitterung für seine revolutionären Errungenschaften. Tausend Tote und zweitausend Verwundete legen davon Zeugnis ab. Die revolutionären Massen an der Front standen bereit, um wieder nach Barcelona zurückzukehren, um ihren Kameraden in den Fabriken zu Hilfe zu kommen. Die anarchistischen Gewerkschaften (CNT) boten ihren gesamten Einfluß auf, um diesen Marsch zu verhindern. Sie schufen die Illusion, daß der Provokation begegnet und Hilfe nicht mehr nötig sei.

Die KP, die liberale Bourgeoisie und der rechte Flügel der Sozialistischen Partei stürzten die Regierung von Largo Caballero, um die beiden großen Gewerkschaftsorganisationen CNT und UGT auszuschiffen. Die revolutionären Milizen wurden in ein Volksheer unter dem alten Militärgesetz der Monarchie umgeformt. Bürgerliche Offiziere wurden an die Spitze gestellt, die im Verlauf des Kampfes in Massen zu den Faschisten überliefen. Auf diese Weise kamen alle Offensivpläne dem Generalstab der Faschisten so frühzeitig in die Hände, daß sie dadurch garnicht zur Ausführung gelangten.

Die Volksfrontregierung sabotierte systematisch, solange eine revolutionäre Gefahr in Katalonien vorhanden war, den Aufbau der Kriegsindustrie, die Fabrikation von Flugzeugen usw. Sie sabotierte die Waffen- und Materialversorgung der Aragonfront, die Versorgung der kollektivisierten Betriebe mit Rohstoffen. Sie setzte bei der Bauernschaft eine Preispolitik durch, die ebenfalls die Kollektiven sprengen sollte. Die Bauern wurden gezwungen, ihre Produkte zu so niedrigen Preisen an die staatlichen Ablieferungsstellen zu verkaufen, daß die Verpackung und der Transport größere Kosten machten als die Produkte selbst. Natürlich wurden damit die Bauern abgestoßen, die Arbeiter in den Fabriken demoralisiert.

Um einen krassen Fall für die Sabotage im Aufbau der Kriegsindustrie aufzuzeigen, sei folgende Tatsache genannt:

die Waffenfabriken von Toledo lagen unproduktiv und tot. Die Katalanen forderten darum die Überführung der Maschinen nach Katalonien. Sie wurde von der Zentralregierung abgelehnt. Als die Faschisten Toledo immer näher rückten, verstärkten die Katalanen ihr Drängen, aber erfolglos. Die Werke fielen so unversehrt den Faschisten in die Hände.

Nicht nur die Aragonfront wurde sabotiert, sondern auch Asturien, wo ebenfalls eine politisch reife Arbeiterschaft für die Revolution kämpfte. Der heldenmütige Kampf der asturischen Kumpels wurde mit keine Granate, mit keinem Flugzeug unterstützt, man opferte zielbewußt Asturien, um die Revolution in Asturien zu liquidieren. Nach dem Fall von Bilbao erklärte die "Humanidad", das Organ der liberalen Bourgeoisie zynisch, daß unter den gegebenen Bedingungen die Niederlage von Bilbao einem Siege unserer Waffen vorzuziehen sei, der zu einem gefährlichen Chaos führen würde. Was sollte das heißen? Nichts anderes, als daß die Einnahme einer Stadt wie Bilbao durch die Milizen den revolutionären Massen ein unbesiegbares Kraftbewußtsein verleihen würde, darum war für die Bourgeoisie die Niederlage vorzuziehen, darum ihre bewußte Sabotage der Entwicklung einer Kriegsindustrie im revolutionären Katalonien, darum die Sabotage der Aragonfront, der asturischen Front und im Ganzen die Defensivpolitik, solange die Bourgeoisie die revolutionären Gefahren für akut hielt.

Diese verräterische Politik ist von den Reformisten und der KP restlos unterstützt worden. Die Reformisten und die KP rechneten mit der Hilfe der sogenannten demokratischen Mächte, wenn erst einmal der proletarischen Revolution der Kopf abgeschlagen wäre. Sie betrachteten es darum als einen direkten Verrat, von der spanischen Revolution zu sprechen, sie sprachen von einem "Unabhängigkeitskrieg", von einer bürgerlich-demokratischen Revolution gegen den Faschismus. Der angebliche Hochverrat der POUM besteht nach ihrer Auffassung eben darin, daß die POUM sich für die proletarische Revolution einsetzte, daß die POUM offen den Massen sagte, daß es um die sozialistische Revolution gehe. Darum wurde die POUM in die Illegalität getrieben und das legale Erscheinen der POUM-Presse verhindert. Die Dritte Internationale rechnete mit der Hilfe der demokratischen Mächte und hat um dieser Hilfe willen bewußt die spanische Revolution geopfert. Die Kommunistische Partei Spaniens glaubte, damit auch die speziellen Interessen der Sowjetunion zu verteidigen, in Wirklichkeit hat sie damit auch diese Interessen verraten.

Als Madrid 1936 von den Faschisten bedrängt wurde, rührten sich freiwillig ohne Mobilisationsdekrete alle Hände, um Madrid mit einem uneinnehmbaren Befestigungsgürtel zu versehen. Die waffenfähige Bevölkerung stellte sich den Milizen zur Verfügung. Warum? Weil diese Massen ihre Revolution verteidigten. Als Barcelona angegriffen wurde, war die Revolution bereits von den Republikanern der Negrinregierung, der "Regierung des Sieges" geschlagen. Darum fiel Barcelona kampflos. Dem spanischen Proletariat sind von der Volksfrontpolitik im nationalen und internationalen Maßstabe tiefere Wunden geschlagen worden, als von den Bomben der deutschen und italienischen Flugzeuge.

Mit der Volksfrontpolitik hat die Zweite und Dritte Internationale den revolutionären Ausweg verbaut, sie hat den revolutionären "Gefahrenherd" Spanien isoliert. Die Rechnung auf die Hilfe der demokratischen Mächte schlug fehl und mußte fehlschlagen, weil die internationale Bourgeoisie damit nichts gewinnen konnte und nie daran denken wird, für Kosten aufzukommen, die für sie unrentabel sind.

Die spanischen Massen haben erkannt, daß der Verzicht auf die sozialistische Revolution, daß der Kampf für die bürgerliche Demokratie und die Spekulation auf die Hilfe der demokratischen Mächte eine Rechnung ohne den Wirt, ohne den Kapitalismus der demokratischen Mächte war. Nachdem die Revolution liquidiert worden ist - wo und wie können sie da den Sinn eines weiteren Widerstandes, eines weiteren Kampfes sehen? Die verratenen Massen verteidigen nur noch den Rückzug, ihren Weg in die Emigration. Die Truppen Francos und die Italiener erobern nicht Katalonien, sie besetzen nur ein verlassenes Land.

Das sind die wahren Ursachen der raschen Niederlage von Katalonien, der Tragödie der spanischen Arbeiter- und Bauernmassen.

Daraus ergibt sich, daß unter Fortführung der Volksfrontpolitik nichts mehr zu retten ist. Nur ein grundlegender innerer Umschwung, der Übergang zur proletarischen Revolution, könnte ein neues Kapitel beginnen.

(W)

P.S. Der vorstehende Aufsatz ist von einem Teilnehmer an den Kämpfen von Katalonien und Aragon, der in den Reihen der POUM kämpfte, geschrieben.

Nachlese zur Rede H i t l e r s .
=====

Ia uns bei der Abfassung der letzten internationalen Übersicht der volle Wortlaut der Rede Hitlers im Reichstag vom 30. Januar 1939 noch nicht vorlag, tragen wir hier einige Ergänzungen nach. Dies ist umso notwendiger, als der von Berlin übermittelte französische und englische Auszug erstens viele wichtige Lücken enthält und zweitens die Unklarheiten und Zweideutigkeiten des deutschen Wortlauts womöglich noch vermehrt hat.

Von innerpolitischem Interesse sind die heftigen Ausfälle Hitlers gegen die konservativen Elemente und die "Gesellschaft", die die neue faschistische "Führerauslese" offenbar zum Teil gesellschaftlich boykottiert. Zu diesem Verhältnis haben sicher beigetragen einmal die Judenpogrome, die die Nazibarbarei im grellsten Lichte zeigte, und zum andern das Gefühl des Risikos, das die Außenpolitik der Nazis in diesen Kreisen erweckt. Demgegenüber bemühte sich Hitler zu zeigen, wie seine Außenpolitik gewissermaßen programmatisch verlaufen sei. So teilte Hitler mit, daß er im Januar 1938 "den endgültigen Entschluß faßte", im Laufe des Jahres "so oder so" die österreichische Frage zu lösen und daß er am 28. Mai den Befehl gab, bis spätestens 2. Oktober in die Tschechoslowakei einzurücken. Für die Aktion gegen die CSR seien 96 Divisionen mobilgemacht worden, denen weitere in kurzer Zeit folgen konnten, ebenfalls seien SS, SA und Polizei in Bereitschaft gesetzt worden.

Die Rede Hitlers enthält auch die deutliche Ankündigung an die Westmächte, daß sie sich künftig in Mittel- und Osteuropa nicht mehr einzumischen haben, "um durch ihr Lazwischentreten natürliche und vernünftige Lösungen zu verhindern". Das ist die Proklamierung des Anspruchs Hitlerdeutschlands, nunmehr völlig freie Hand für die Verwirklichung "Mitteleuropas" zu haben.

Die Ausführungen Hitlers über die wirtschaftliche Lage und Pläne Deutschlands bestätigen die Schwierigkeiten, mit denen die faschistische Wirtschaftspolitik zu kämpfen hat. Sie bestätigen auch, daß die Absicht besteht, die private Industrie zu zwingen, ihrerseits Kredite aufzunehmen, die ihrer Bestimmung nach der Staat selbst aufnehmen sollte und daß sich darauf die Lösung der Entwicklung der Kreditmöglichkeiten für die private Industrie reduziert.

Die Ausführungen Hitlers über die "Garantie des Wertes der Währung" durch die Produktion sind unter kapitalistischen Verhältnissen der reine Gallimathias. Sie weisen aber darauf hin, daß die Schulden- und Raubwirtschaft, die die Nazis bisher getrieben haben, in erweitertem Umfange und in beschleunigtem Tempo weitergehen sollen. Als die Mittel, mit denen die Produktion noch gesteigert werden soll, werden angegeben eine weitere Intensivierung der Arbeit, und eine "höhere Genialisierung der Technik der Arbeit" - hohle Kraftphrasen. Nur so viel ist dabei klar, daß die Ausbeutung der Arbeiterschaft auch weiter gesteigert werden soll.

Durch die Rede Hitlers bekannten sich jetzt auch die Nazis zum ersten Mal öffentlich und offiziell zu der Hilfe, die sie Franco geleistet haben. Warum jetzt erst das öffentliche Bekenntnis? Weil Nazideutschland jetzt seine Ansprüche in Spanien der internationalen Öffentlichkeit anmelden will.

Der genaue Wortlaut der Erklärung der Solidarität Hitlerdeutschlands mit Italien enthält keine Einschränkung, daß Hitlerdeutschland Italien nur zu Hilfe kommen würde, wenn Italien angegriffen sei. Die entscheidende Wendung ist: "ein Krieg gegen das heutige Italien, ganz gleich aus welchen Motiven vom Zaune gebrochen". Das "vom Zaun gebrochen" bezieht sich nicht auf Italien, sondern auf seine Gegner. Der Ausdruck erlaubt, jederzeit Italien als angegriffen zu erklären. In der französischen Übersetzung war zum "Krieg" - "ideologische" hinzugefügt worden, offenbar, um gegebenenfalls die demagogische Verdrehung des Sachverhalts von faschistischer Seite zu erleichtern und die Solidarität zwischen Italien und Deutschland gegenüber den demokratischen Mächten zu unterstreichen.

Die entscheidende Stelle über die deutschen Kolonialforderungen und den Krieg lautet:

"So sehr eine Lösung dieser Frage zur Beruhigung der Welt beitragen würde, so wenig handelt es sich dabei um Probleme, die allein eine kriegerische Auseinandersetzung bedingen könnten".

Der Nachdruck ruht auf dem Wort "allein". In Verbindung mit anderen Fragen kann also auch die Kolonialfrage ein Kriegsgrund für Hitlerdeutschland sein. Die früher abgegebenen Versicherungen Hitlers darüber, daß er wegen der Kolonien keinen Krieg führen werde, sind damit bereits beträchtlich abgebaut. Zu allem Überflus hat die "Frankfurter Zeitung" nach der Rede Hitlers diese Stelle dahin erläutert, daß sich dadurch niemand dazu verleiten lassen möge, "sich nun gemächlich im Stuhl zurückzulehnen und aufatmend zu sagen: dann ist ja alles gut, Hitler macht wegen der Kolonien keinen Krieg, dann brauchen wir sie ja nicht zurückzugeben".

Zum Kapitel der versteckten Drohungen gehört noch die Stelle, in der es heißt:

"Deutschland ist glücklich, heute im Westen, Süden und Norden befriedete Grenzen besitzen zu dürfen".

Der Osten ist bezeichnenderweise nicht unter den "befriedeten Grenzen" erwähnt!

Nach Hitlers Rede .

= = = = =

Nach Hitlers Rede haben besonders drei Ereignisse in die internationale Entwicklung eingegriffen .

Das erste ist der Fall von Katalonien ; das zweite die von Roosevelt vor der Militärkommission des amerikanischen Senats abgegebenen Erklärungen ; das dritte ist der Sturz der Regierung Stoyadinowitsch in Jugoslawien.

Der Fall Kataloniens vermehrt natürlich das Kraftgefühl der " Achse " und gibt ihr neue Trümpfe in die Hand. Andererseits macht er die Frage des deutschen und italienischen Verhältnisses zu Franco-Spanien akuter. Die Erklärungen Roosevelts im Senat sind nachher abgeschwächt worden, aber bei alledem kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Regierung und die herrschenden Klassen der Vereinigten Staaten darauf zusteuern und sich vorbereiten , um bei der kommenden imperialistischen Generalabrechnung kräftiger, energischer und selbständiger auf der Seite des englischen und französischen Imperialismus einzugreifen, als das im vergangenen Weltkrieg der Fall war. Der Sturz der Regierung Stoyadinowitsch erfolgte wesentlich unter dem Druck Englands und Rumäniens. Er zeigt, daß England keineswegs darauf verzichtet , seine imperialistischen Sonderinteressen in Südosteuropa , die sich hauptsächlich auf die Meeresküsten und Häfen erstrecken, durch die diplomatische Aktion zu verfolgen. Es ist also keineswegs so, daß nach München die imperialistischen Reibungsflächen und Konflikte in Südosteuropa einfach verschwunden sind. In dasselbe Kapitel gehört , daß jetzt die Sowjetunion die bisher gepflegten vollen diplomatischen Beziehungen zu Ungarn abgebrochen hat . Der Sinn dieser Geste ist vor allem der einer Rückenstärkung für Rumänien, aber auch für andere Kleinstaaten, um dem deutschen Druck zu widerstehen.

Nach Hitlers Rede hat die Nazipresse einstimmig England und Frankreich zu verstehen gegeben , daß die deutschen und italienischen Forderungen nunmehr angemeldet seien und daß die Westmächte sich rasch mit ihnen auseinanderzusetzen hätten , widrigenfalls die europäische Krise sich verschärfen würde.

Das Eingreifen Roosevelts hat in den herrschenden Kreisen Hitlerdeutschlands zwei Tendenzen offenbart. Die eine, die daraus die Folgerung zieht, den imperialistischen Angriff Deutschlands und Italiens zu beschleunigen, ehe Amerika mit seinen Rüstungen fertig sei. Die andere Tendenz ist die, daß Deutschland und Italien sich in Spanien die strategischen, politischen und wirtschaftlichen Machtstellungen verschaffen sollen, die sie instandsetzen, die erwartete amerikanische Hilfeleistung für die Westmächte möglichst zu erschweren und einzuschränken (Behinderung der amerikanischen Transporte von Kriegsmaterial und Rohstoffen von spanischen Häfen und Luftbasen aus) . Das faschistische Italien hat seine Forderungen an Frankreich noch nicht öffentlich präzisiert , wie es scheint, auf Verlangen Deutschlands, aber es hat bereits angedeutet, daß es Spanien nicht vor dem " vollständigen " , dem politischen und militärischen Siege Francos räumen werde. Unter dem politischen Siege Francos wird verstanden die volle Durchsetzung des Faschismus in Spanien. Damit ist einerseits der Anspruch Italiens angemeldet , den Zeitpunkt für die Zurückziehung seiner Truppen nach eigenem Ermessen anzusetzen, andererseits wird damit die von der englischen und französischen Bourgeoisie verfolgte Kompromißlösung - eine Monarchie mit dem Sohne Alphonso XIII an der Spitze - ausgeschlossen. Eine andere Form der Anmeldung der italienischen Ansprüche in Spanien besteht darin , daß erklärt wird, Italien müsse volle " Kompensation " haben für seine Leistungen an Franco. Diese werden von englischer Seite auf ca. 100 Millionen Pfund geschätzt.

Das offizielle Frankreich hat durch den Senator Bérard bei der Franco-Regierung über deren Absichten sondieren lassen. Die Sondierung scheint ziemlich negativ ausgefallen zu sein. Die Franco-Regierung ließ keinen Zweifel daran, daß sie sich künftig als mit der " Achse " verbündet betrachtet.

Was die italienischen Forderungen anbelangt, so hat einerseits die französische Regierung im Senat ihre Erklärung wiederholt, daß sie die Integrität des französischen Kolonialreiches und seiner Verbindungswege verteidigen werde, andererseits hat sie dem bekannten Finanzmann Faudoin nach Italien geschickt, um Mussolini das Höchstmaß der Zugeständnisse anzugeben, zu denen sie bereit seien.

Bei den Äußerungen der französischen Presse zum Zusammenbruch der Verteidigung Kataloniens und zu der Aufnahme der Flüchtlinge aus Katalonien tritt der Haß der französischen Bourgeoisie gegen die revolutionären Arbeiter und Bauern Spaniens unverhüllt zutage.

" Frankreich - schrieb zum Beispiel der bekannte Graf Wladimir d'Ormesson im " Figaro " - war schon die Empfangsstätte für alles, was das Ausland an unerwünschten und umstürzlerischen Elementen zu uns heranzuwälzte. Jetzt ist das Maß voll..... und ich sage den verantwortlichen Führern der Volksfront, die diese Prüfung, die uns heute bedrückt, zu lange gefällig vorbereitet und begünstigt haben, eine Welle des Fremdenhasses voraus, wie sie Frankreich noch niemals erlebt hat " usw.

Die Erklärung Chamberlains im Unterhaus, daß England sofort mit Frankreich " zusammenarbeiten " werde, falls die französischen " Lebensinteressen " bedroht seien, ist keineswegs so eindeutig, wie es die französische Presse darstellt. Sie erinnert lebhaft an entsprechende Erklärungen der englischen Regierung vor und während der Septemberkrise. Die Erklärung behält der englischen Regierung vor, erstens zu bestimmen, was sie als französische " Lebensinteressen " betrachten will und zweitens die Art und das Maß der " Zusammenarbeit " mit Frankreich zu bestimmen. Die Erklärung läßt durchaus Raum dafür, daß die englische Regierung im gegebenen Falle einen Druck ausübt, um es zu Zugeständnissen an den deutschen und italienischen Imperialismus zu veranlassen.

.....
Der dritte Fünfjahresplan der Sowjetunion .
=====

Die Sowjetpresse hat jetzt die Thesen zum Bericht von Molotow über den dritten Fünfjahresplan veröffentlicht, den dieser auf dem bevorstehenden Parteitag der KPdSU (10. März) erstatten wird. Die Thesen sind " in den Grundzügen gebilligt vom Politbüro des ZK ". Man kann also annehmen, daß sie geschlossen sind.

Es sei daran erinnert, daß der zweite Fünfjahresplan schon 1937 zu Ende ging, daß also der dritte Fünfjahresplan reichlich spät erscheint. Den Thesen zum dritten Fünfjahresplan entnehmen wir folgende Angaben, die zur allgemeinen Charakteristik dienen können.

Der zweite Fünfjahresplan sei bereits in 4 Jahren und 3 Monaten erfüllt worden (1. April 1937) Die industrielle Produktion sei in diesem Zeitraum um 120 % gestiegen, im Jahresdurchschnitt um 17,1 %. Als " großer Sieg " wird die Schaffung einer " Sowjetintelligenz " gepriesen. Die Arbeitsproduktivität sei um 82 %, die Zahl der Arbeiter und Angestellten um 17,6 %, der durchschnittliche Jahreslohn um 113,5 % gestiegen. Das Einkommen der Kollektivbauern habe sich um das 2,7-fache vermehrt.

Der dritte Fünfjahresplan wird charakterisiert als " Periode der Vollendung des Aufbaus der klassenlosen sozialistischen Gesellschaft und des allmählichen Überganges vom Sozialismus zum Kommunismus " .

In ökonomischer Beziehung habe man aber die entwickeltsten kapitalistischen Länder noch nicht eingeholt. Die Produktionsmenge pro Kopf der Bevölkerung bleibt in entscheidenden Zweigen der Industrie noch weit zurück, zum Beispiel in Bezug auf die Erzeugung von Elektrizität (2-mal weniger als Frankreich, 5½-mal weniger als die USA) , Stahl (2-mal weniger als Frankreich, 3-mal weniger als England und Deutschland , 4½-mal weniger als die USA) usw.

Diese Unzulänglichkeit " muß liquidiert werden " . Es gälte , auch in ökonomischer Beziehung die entwickeltsten Länder in Europa " einzuholen und zu überholen " .

Prüft man jedoch die Zahlen des dritten Fünfjahresplanes so zeigt es sich, daß von dem Einholen oder Überholen der entwickeltsten kapitalistischen Länder auch im dritten Fünfjahresplan in Bezug auf die entscheidenden Industriezweige noch nicht die Rede sein kann.

Zum Beispiel , die Stahlerzeugung soll am Ende des dritten Fünfjahresplanes 27,5 Millionen t betragen (Steigerung um 56 %) . Das bleibt pro Kopf der Bevölkerung noch weit zurück hinter den USA , wie Deutschland. Automobile sollen jährlich 400.000 erzeugt werden . Das ist noch äußerst geringfügig.

Die Chemie soll im Laufe des dritten Fünfjahresplanes in einen "führenden Industriezweig " verwandelt werden. Die Produktion wird aber auch am Ende des dritten Fünfjahresplanes erst auf 13,4 Milliarden Rubel angegeben.

Ein neues Hüttenzentrum soll im Fernen Osten aufgebaut werden , das ausreichen soll, um die Maschinenindustrie dieses Gebietes zu versorgen.

11.000 km neuer Eisenbahnlinien sollen gebaut, 8.000 km zweigleisig ausgebaut werden. Während des dritten Fünfjahresplanes sollen 1,4 Millionen Techniker , 600.000 Spezialisten mit Hochschulbildung ausgebildet werden.

Der Konsum der Werktätigen soll um das Anderthalbfache gesteigert werden , die Zahl der Arbeiter und Angestellten um 17 % , der Durchschnittslohn um 33 % gesteigert werden. Der Wohnungsbau ist im Umfang von 35 Millionen qm vorgesehen , was aber noch nicht ausreicht , um die Wohnungsnot in den Großstädten zu beheben. Der Bau neuer Betriebe wird nicht nur untersagt für Moskau und Leningrad , wie das schon bisher der Fall war, sondern jetzt auch für Kiew, Charkow, Rostow, Gorki, Swerdlowsk gefordert . Die " entschiedene Bekämpfung der Gigantomanie " (Sucht , Riesenbauten herzustellen) , stattdessen müsse man in weitgehendem Maße zum Bau von mittleren und kleineren Betrieben übergehen.

Die Thesen schließen mit dem Satz :

" Die Erfüllung des dritten Fünfjahresplanes wird der beste Beweis für die alles besiegende Kraft des Kommunismus in seinem historischen Wettkampf gegen den Kapitalismus sein. "

Ferner sind die Thesen zum Bericht von Shdanow über die Änderung des Statuts der KPdSU veröffentlicht worden . Wir werden sie in unserem nächsten Bericht behandeln.

Zum Konflikt des französischen und italienischen Imperialismus.

Dem "Avanti" vom 8. Januar 1939, dem Organ der italienischen Maximisten, entnehmen wir die nachfolgenden Ausführungen über den italienisch-französischen Konflikt:

Was Nizza, Savoyen und Korsika anbetrifft, so sind sie für den Faschismus nur ein Mittel der Agitation und der Erpressung, diese Fragen sind durch Verträge und Abstimmungen von früher her gelöst worden, es wird dem italienischen Faschismus nicht gelingen, einen wirklichen Irredentismus unter der Bevölkerung dort zu erzeugen. Sie ist durch Frankreich vollständig assimiliert worden und genießt dort die gleichen Bürgerrechte. Die Frage kann deshalb als gelöst betrachtet werden.

Der künstliche Charakter dieser Ansprüche, die von der faschistischen Presse erhoben werden, und auf die öffentliche Meinung Eindruck machen sollen, springt überhaupt in die Augen. Es handelt sich um ein Druckmittel für den Kuhhandel, den die leitenden faschistischen Kreise zu veranstalten gedenken, um auf anderen Gebieten soviel als möglich herauszuschlagen. Und das ist Tunis, Djibouti und die Durchfahrt durch den Suezkanal.

Das tunesische Problem wird dadurch kompliziert, daß eine tunesische Emigration von fast gleicher Stärke vorhanden ist. Die italienische Einwanderung nach Tunis ist schon sehr alt. Sie besteht in der Hauptsache aus unqualifizierten sizilianischen Arbeitern. Auf politischem Gebiet datiert der Konflikt zwischen Italien und Frankreich wegen Tunis vom Jahre 1881. Unter Berufung auf die sehr starke italienische Einwanderung, die 80 % der Bevölkerung ausmachte und die dem wirtschaftlichen Aufschwung des Landes ein italienisches Gepräge gab, verlangte Italien damals das Protektorat. Stattdessen erhielt aber Frankreich das Protektorat, nach einem militärischen Handstreich von dem benachbarten Algerien aus.....

Wie steht das tunesische Problem nun heute?

Der italienische Imperialismus nutzt die Tatsache aus, daß in Tunis mehrere 100.000 Italiener leben, in der Regel ungelernete Arbeiter, die vom französischen und vom einheimischen Kapital ebenso und vielleicht noch schlimmer ausgebeutet und unterdrückt werden, wie die arabischen Arbeiter. Die französische Einwanderung dagegen setzt sich nicht aus Arbeitern, sondern aus den leitenden Schichten zusammen. Sie sind die Vertreter des Kapitals aus dem Mutterlande. Die Franzosen genießen halb alle Vorteile, die Italiener gehen leer aus.

Die Taktik des französischen Imperialismus ist folgende:

Er schürt den Gegensatz zwischen den Eingeborenen und den italienischen Einwanderern, wobei er sich einer antifaschistischen Agitation im allgemeinen Phrasen bedient. Er schlägt damit zwei Fliegen mit einer Klappe. Er bekämpft den feindlichen Imperialismus und bedrückt und beutet zugleich die italienischen Einwanderer aus. Die Verknüpfung des antifaschistischen Kampfes mit der Verweigerung des gleichen Rechtes für die italienischen Einwanderer ist ein Kniff, dessen sich der französische Imperialismus bedient.

Der italienische Imperialismus verlangt die Gleichstellung mit den Franzosen. Für die faschistische Regierung bedeutet das vor allen Dingen Gleichberechtigung des italienischen Kapitals. Aber das schließt nicht aus, daß zugleich Gleichberechtigung für die italienischen Einwanderer

verlangt wird , denn das gehört dazu , um die ganze Geschichte anzudrehen.

Der bürgerlich-demokratische Antifaschismus unterstützt den französischen Imperialismus gegen den Faschismus . Das ist die Politik des kleineren Übels. Wir müssen dagegen den Kampf gegen alle Imperialismen zusammen führen und zwar gemeinsam mit den einheimischen, französischen und italienischen Arbeitern gegen das einheimische und das eingewanderte Kapital.

Der französisch-italienische Konflikt ist von schwerwiegender Bedeutung als die öffentliche Meinung glaubt. Der Faschismus braucht , um existieren zu können , immer neue Ablenkungen für die von ihm unterdrückten Massen. Er kann auch keinen Fehlschlag ertragen, vor allen Dingen keinen von der Art , wie ihm ein Mißlingen der Ansprüche gegenüber Frankreich bedeuten würde. Der Faschismus spielt einen Haupttrumpf in dieser Frage aus, und ein Mißerfolg würde für ihn tödlich sein. Mussolini muß um jeden Preis einen Erfolg davontragen oder es wird sein Untergang sein. Die herrschenden Klassen Frankreichs und Englands auf der anderen Seite sind zwar sehr feindselig gegen Italien eingestellt, aber sie sind in noch höherem Grade faschistenfreundlich. Sie wollen zwar Italien in seine Schranken verweisen, sie wollen aber zugleich Mussolini nicht stürzen. Wenn sie das gewollt hätten, so hätten sie schon unzählige Male Gelegenheit dazu gehabt,

Die Sozialistische Partei Italiens empfiehlt den Arbeitern angesichts des neuen vom italienischen Faschismus heraufbeschworenen Konfliktes , sich seiner internationalen Solidarität zu erinnern und sich nicht in ein Werkzeug der rivalisierenden Imperialismen verwandeln zu lassen , die in gleicher Weise für die Unterdrückung der kolonialen und halbkolonialen Völker verantwortlich sind. Diese haben das Recht , selbst über ihr Schicksal zu entscheiden und sich von jeder Bevormundung durch die sogenannten zivilisierten Nationen freizumachen.

Im Fall Tunis ist es das tunesische Volk allein , das über sein Schicksal zu bestimmen hat und das sich von jedem " Protektorat " befreien muß.

Unsere Losung heißt : gegen jeden Imperialismus für die Freiheit der Völker !

In Neapel zerschlugen Erwerbslose das Büro einer faschistischen "Gewerkschaft".

ITF. Ende Dezember verbreitete sich in Neapel unter den Erwerbslosen das Gerücht , daß die faschistischen " Gewerkschaften " eine Erwerbslosen-Hilfsaktion geplant hätten. Als diese Aktion ausblieb , rotteten sich in den letzten Dezembertagen sehr viele erregte Erwerbslose vor dem Hause der faschistischen " Gewerkschaften " zusammen. Die Erregung wuchs stark an. Eines Tages drangen schließlich etwa 3.000 Erwerbslose , unter ihnen viele Faschisten und vor allem " freiwillige " Spanienkämpfer in das Faschistenbüro ein, schlugen alles kurz und klein und mißhandelten die faschistischen Sekretäre. Starke Abteilungen Polizei und Gendarmerie mußten die faschistischen Sekretäre befreien.

Die italienische Presse durfte über diesen Vorfall nichts berichten , doch die Nachricht verbreitete sich rasch in der Stadt und in San Giovanni a Teduccio kam es zu einer ähnlichen Erwerbslosendemonstration gegen das Faschistenbüro .

(Aus einem Bericht der " Libera Stampa " Lugano ,17.1.39.)

Verantwortlich : Emile Hirtzel , Strasbourg

Arbeiterpolitik

Organ der KP(O) - Elsass - Sektion der

I.V.K.O. - erscheint wöchentlich

No. 7 / VI. Jahrgang

Dritte Februarwoche 1939

INTERNATIONALE ARBEITERFRONT GEGN DEN KRIEG :

Arbeiter aller Länder !

Fünf Monate nach dem Münchener Abkommen, das "den Frieden für unsere Zeit" bringen sollte, erhebt sich eine neue Welle der faschistischen Barbarei und des imperialistischen Krieges gegen die Welt.

Dank der verbrecherischen Mitschuld der englisch-französischen Bourgeoisie und der faschistischen Staaten scheint das werktätige Spanien vorläufig besiegt.

Jetzt, wo ihnen die revolutionäre Gefahr für einen Augenblick entfernt scheint, nimmt der bittere Konkurrenzkampf der Imperialismen schärfere Formen an.

Bereits erdrückt die furchtbare Last des Wettrüstens die Völker. Im Jahre 1938 sind nahezu 600 Milliarden Franken von der Arbeit der Menschen erhoben worden zur Vorbereitung ihrer Vernichtung !

Genossen ! Die nacheinander folgenden Niederlagen der internationalen Arbeiterklasse seit dem Oktober 1937 sind keine Wirkung des Zufalls, noch des Verhängnisses.

Niemals, in keiner Epoche der Geschichte, waren die objektiven Voraussetzungen für die sozialistische Revolution offener.

Ein wunderbarer Produktionsapparat, unerhörte wissenschaftliche Fortschritte auf allen Gebieten der Eroberung der Energie, ein wachsendes Bestreben der Volksmassen zur Freiheit und zum Frieden...

Aber alle diese schöpferischen Kräfte einer hohen Zivilisation werden neutralisiert, abgelenkt, verfälscht, weil das internationale Proletariat noch nicht seine historische Rolle gespielt hat.

Das Elend, die Arbeitslosigkeit, die Unterdrückung, der Militarismus, die faschistische Diktatur, die Kriegsvorbereitungen sind die bitteren Früchte der Politik der Klassenzusammenarbeit und der Befestigung des Kapitalismus, die von den reformistischen und stalinistischen Führern der Arbeiterbewegung befolgt werden.

Die Niederlage des spanischen Proletariats ist der neueste und schlagendste Beweis für diese für die Arbeiter der ganzen Welt grundlegende Wahrheit : in der Stunde, wo ein revolutionärer Brandherd sich entzündet, der von den Quellen der aktiven Solidarität des internationalen Proletariats genährt werden sollte, heißt es das Spiel der Konterrevolution spielen, wenn man diesen Herd im Rahmen der Nation und der bürgerlichen Demokratie lokalisiert.

Arbeiter, Genossen!

Die Stunde ist gekommen, um all diesen Niederlagen ein Ende zu setzen. Europa droht vollständig unter den faschistischen Stiefel zu kommen, wenn die Arbeiter und die Bauern sich nicht entschließen, kühn ihrem eigenen Ziel entgegenzugehen:

der revolutionären Eroberung der Macht.

Was bedeuten die zynischen Kuhhandeleien der Chamberlain, Hitler, Daladier, Mussolini?

Die Teilung, sei es auf dem Wege des Kompromisses, sei es durch Gewalt, von Einflußzonen, von Rohstoffen, von Absatzmärkten ... im Fernen Osten, im Zentraleuropa, in Afrika, im westlichen Mittelmeer, in Spanien, überall stoßen die imperialistischen Blocks heftig aufeinander.

Die "Internationale Arbeiterfront gegen den Krieg" lehnt es ab, für eine Gruppe von Räubern gegen eine andere Gruppe von Piraten Partei zu nehmen. Sie ruft die Arbeiter der ganzen Welt auf, mit ihnen allen abzurechnen.

Für sie handelt es sich keineswegs darum, die Kontinente und die Meere unter den großen industriellen und finanziellen Trusts zu teilen, sondern die Diktatur der Ausbeuter und den Apparat des bürgerlichen Staates zu zerbrechen, um den Ausgebeuteten selbst die direkte und kollektive Leitung der Wirtschaft in die Hand zu geben.

Gegen die entarteten Internationalen, die unter dem Vorwand der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie ihre Anhänger an das Schicksal der Plutokratie binden.

Gegen die faschistische Diktatur, deren Anmaßung durch das Versagen der reformistischen und stalinistischen Führer gewachsen ist.

Die "Internationale Arbeiterfront gegen den Krieg" verkörpert den gemeinsamen Willen einer Vorhut, die unverbrüchlich treu ist dem revolutionären und internationalistischen Sozialismus.

Arbeiter der faschistischen Länder!

Eure Diktatoren lügen, wenn sie die Verrätereien der Sozialpatrioten oder Stalinisten im gegnerischen Lager ausnützen, um zu behaupten, daß die nationale Solidarität im Herzen der Proletarier stärker ist, als der Internationalismus.

Sie belügen Euch, wenn sie Euer Elend den Nachbarvölkern zuschreiben, wo es in Wirklichkeit das Ergebnis des kapitalistischen Systems selbst ist.

Arbeiter der "demokratischen" Länder!

Eure Regierungen täuschen Euch, wenn sie, gestützt von den sozialpatriotischen und stalinistischen Führern, die auf das Eingreifen des Papstes oder von Roosevelt rechnen, von Euch fordern, auf den Klassenkampf zu verzichten, um die nationale Unabhängigkeit und die Unversehrtheit des "Reiches" gegen die faschistischen Staaten zu verteidigen. Sie betrügen Euch, indem sie Eure Eroberungen und Eure Rechte der Verstärkung des Militärapparates Eurer Klassenfeinde zum Opfer bringen.

Arbeiter Sowjetrußlands!

Nur auf der revolutionären Solidarität des internationalen Proletariats beruht die Verteidigung dessen, was noch von Euren Eroberungen übriggeblieben ist und die Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus. Umgekehrt

ist Eure handelnde Solidarität notwendig für die Proletarier der verschiedenen Länder. Wenn diese Solidarität ausbleibt, wenn Stalin die glorreiche Schar der Kämpfer der Oktoberrevolution oder der revolutionären Vorhut Spaniens dezimiert, so müssen diese Verbrechen von der Gesamtheit des internationalen Proletariats grausam gebüßt werden.

Arbeiter der Kolonialländer !

Ihr seid das Menschenmaterial, das Kanonenfutter, das die Kapitalisten gebrauchen, um den Krieg zu nähren, der am Horizont heraufsteigt. Bereitet Euch vor, um die Umstände auszunutzen, um Eure Ketten zu zerbrechen und seid versichert der Solidarität des revolutionären Proletariats der großen Metropole für die Eroberung Eurer Freiheit.

Arbeiter aller Länder ! Unterdrückte Brüder aller Rassen und aller Farben!

Eine alte Welt von Schmutz und Blut will Euch gegeneinander hetzen zu furchtbaren Schlächtereien, um ihre unheilvolle Existenz zu verlängern. Die Gefahr wird mit jedem Tag drohender. Antwortet auf sie durch Eure Verbrüderung.

Schon jetzt knüpft Eure internationalen Verbindungen an.

Verstärkt Eure Einheitsfront des Widerstandes gegen den Krieg. In Deutschland und in Italien entwickelt weiter Eure Feindseligkeit gegen den Krieg, die Ihr im September gezeigt habt. In England verweigert die allgemeine Wehrpflicht. In Frankreich verteidigt die Vierzigstundenswoche. In den Kolonien fordert demokratische und gewerkschaftliche Freiheiten. In allen Ländern, wo Eure proletarischen Organisationen noch existieren, bereitet Massendemonstrationen vor gegen die steigende Kriegsgefahr. Mit einem Wort: setzt überall den Klassenkampf fort mit einem Vertrauen, das nichts erschüttern kann.

Trotz alledem ! Genossen ! Die Zukunft gehört Euch !

Die Internationale Arbeiterfront gegen den Krieg.

Der Kampf um die spanische Beute .

=====

Die Masken fallen. Nachdem der englische und französische Imperialismus vermittels der sogenannten Nichtinterventionspolitik alles getan hat, was in seiner Macht stand, zuerst um die proletarische Revolution in Spanien niederzuschlagen, wobei ihm der Stalinismus und Reformismus in Spanien und außerhalb willige Helfer und Helfersdienste geleistet hat, nachdem er dann weiter alles ins Werk gesetzt hat, um die "demokratische Republik neuen Typus" niederzurufen, geht er jetzt dazu über, mit der "Achse" den Kampf um die spanische Beute aufzunehmen. Der englisch-französische Imperialismus bedurfte nicht der ebenso lächerlichen, wie veräberlichen Ermahnungen der Stalinisten und der Reformisten, um seine imperialistischen Interessen in Spanien zu verteidigen.

Wenn jetzt in Katalonien die Henker und die "Gerichte" Francos bestialisch wüten, gestützt auf das Gesetz der "politischen Verantwortlichkeiten", so geschieht es mit stillschweigender Zustimmung des englisch-französischen in Spanien angelegten Kapitals, das durch Franco blutige Rache nimmt an den Werktätigen Spaniens und das durch ihn die Kirchhofsruhe schaffen will, die das Kapital für seine "Arbeit" braucht. Der Beweis für diese Komplizität ist das Schweigen der "großen" bürgerlichen Presse über die blutigen Repressalien, ja die schamlosen Versuche, das

blutige Rachewerk Francos als "ordentliche" Justiz, ja als "Amnestie" hinzustellen. Diese Infamie unterscheidet sich von der der französischen Bourgeoisie nach dem Aufstand der Pariser Kommune von 1871 nur durch die Heuchelei. Die internationale Arbeiterklasse hat die Pflicht, diese Infamie aufzudecken und anzuprangern und den Henker und ihren internationale Helfern in den Arm zu fallen.

Das Ziel des englisch-französischen Imperialismus in Spanien ist keineswegs, Hitlerdeutschland und Italien aus Spanien auszuschalten, sondern lediglich ihm nicht das Monopol der Beherrschung Spaniens zu lassen, sondern die Beute zu teilen. Umgekehrt laufen alle Erklärungen der inspirierten Presse Nazideutschlands und des faschistischen Italiens darauf hinaus, sich das Monopol der Oberherrschaft über Spanien zu sichern und England-Frankreich auszuschalten. Das ist der Sinn der Forderung nach dem "totalen" militärischen und politischen Sieg Francos.

Die "Frankfurter Zeitung" zum Beispiel erläutert (12.2.39.):

"Nein, was die Italiener meinen, wenn sie dem Begriff des Endsiegs auch einen politischen Inhalt geben, ist etwas ganz Anderes: die ins Ausland geflohenen Machthaber, Funktionäre und Truppen des von Franco gestürzten Regimes müssen aufhören, eine politische Gefahr und eine politische Organisation zu sein. Sie müssen ihre politischen Ziele aufgeben und ihre bisherigen Freunde und Helfer im Ausland müssen auf die Absicht und Hoffnung verzichten, die spanische Flamme aufs Neue zu entzünden. Mit anderen Worten: niemand kann es den Volksfrontpolitikern in Frankreich und anderwärts ersparen, die Niederlage des Regimes von Barcelona und Valencia auch als eine endgültige und vollständige Niederlage auch dieser Volksfrontpolitik gegenüber Spanien hinzunehmen..... Die neue Ordnung bestimmt der Sieger."

Das heißt aber nichts Anderes als daß der spanisch-italienisch-deutsche Faschismus ausschließlich über Spanien verfügen soll - sowohl über sein inneres Regime, als auch über seine Außenpolitik.

Iemgegenüber meldet der englisch-französische Imperialismus seine Ansprüche an, die zwar nichts mit der Demokratie in Spanien zu tun haben, wohl aber mit den kapitalistischen und imperialistischen Interessen der beiden Länder. Und hier ist die Sprache des Imperialismus kategorisch, ja drohend. Der sonst so gemessene "Temps" erklärt (15.2.39.):

"Wenn die faschistische Macht (in Spanien) dem Geist und Buchstaben dieser seiner Verpflichtungen nicht nachkommen sollte, so würde die Regelung der spanischen Frage äußerst schwierig gemacht werden und würde Frankreich und England zwingen, alle notwendigen Maßregeln zu treffen, um Lebensinteressen zu wahren, auf die sie nicht verzichten können und um mit voller Sicherheit den Schutz ihrer Stellung im westlichen Mittelmeer und auf den imperialen Verbindungswegen zu sichern."

England und Frankreich haben bereits seit einiger Zeit starke Flottenkräfte ins Mittelmeer geschickt, während Hitlerdeutschland und Italien eine beträchtliche Zahl von Unterseebooten dorthin gesandt haben.

Die Methoden, mit denen der englisch-französische Imperialismus arbeitet, werden charakterisiert durch die Auslieferung Menoscas an Franco mit Hilfe der englischen Flotte. Chamberlain hat im englischen Unterhaus behauptet, daß weder Franco, noch Negrin befragt worden seien. Beides widerspricht der Wahrheit. Von Negrin behauptet die Pariser "Humanité", daß er zwar befragt worden sei, aber abgelehnt habe. Ein öffentlicher und offizieller Protest der Negrin-Regierung ist aber bis jetzt nicht erfolgt.

Jetzt gehen die Bemühungen des englisch-französischen Imperialismus dahin, durch gemeinsamen Druck auf die Negrinregierung die möglichst rasche und vollständige Kapitulation des Restgebietes in Zentralspanien zu erzielen.

Dieser Druck soll sogar bereits die Form der Drohung der Wiederholung des Manövers von Menorca auf größerem Maßstab gemeinsam durch die englisch-französische Flotte angenommen haben.

Ein anderes Druckmittel ist die Vorbereitung der Anerkennung der Franco-Regierung durch England und Frankreich, die natürlich das Aufhören der Anerkennung der Negrin-Regierung einschließt. Der "Temps" bereitet diese Entwicklung vor durch Hinweise auf die Anwesenheit Azanas und des Präsidenten der Cortes in Frankreich. Beide Mächte wollen nur noch zuvor sich Zusagen Francos über die baldige Entfernung der italienischen und deutschen Truppen aus Spanien verschaffen.

Ist auf der einen Seite die diplomatische und militärische Hilfe für Franco, um die Negrin-Regierung zur vollen Kapitulation zu zwingen, das Mittel, mit dem man sich Francos Gunst erwerben will, so sind es auf der anderen Seite die "goldenen Regeln": englische Kredite für den "Wiederaufbau" Spaniens, die Franco angeboten werden.

Wenn in Spanien selbst nur noch der Bruch mit der Volksfrontpolitik und die Aufrichtung der revolutionären Macht der Arbeiter und Bauern eine letzte Chance eröffnen könnte, um die militärische Lage noch zu wenden, so gilt genau dasselbe von der Hilfe, die die internationale Arbeiterklasse den Werktätigen Spaniens in dieser Lage liefern kann. Beides steht in enger Wechselwirkung. Wenn über Valencia und Madrid die Fahne der proletarischen Revolution aufgezogen würde, so würde das nicht nur die Kampfmoral der spanischen Werktätigen an der Front und im Hinterlande wieder herstellen, es würde auch der internationalen Arbeiterklasse neue Kampfkraft geben. Umgekehrt ist der einzige Weg der internationalen Arbeiterklasse, um die spanischen Arbeiter auf dem revolutionären Weg zu ermutigen, der, daß sie den Boden des Sozialpatriotismus und des Sozialimperialismus verläßt, daß sie offen und klar im Namen der proletarischen Revolution und der internationalen proletarischen Klassensolidarität dem englischen und französischen Imperialismus in breiten Massenaktionen drohend entgegentritt.

In diesem Sinne müssen die wirklich revolutionären Kräfte des internationalen Proletariats sich einsetzen - nicht nur um zu versuchen, um noch in letzter Stunde das Schicksal der Werktätigen Spaniens zu wenden und die Rechnung der imperialistischen Räuber zu durchkreuzen, sondern auch um der Zukunft der proletarischen Revolution in Spanien und in Europa willen.

.....

Z e n t r a l s p a n i e n

=====

Die Lage und die Kampfmöglichkeiten.

Obwohl noch in Spanien ein Viertel des Territoriums in Händen der republikanischen Regierung ist, ist die internationale Bourgeoisie dazu übergegangen, den Krieg tatsächlich als beendet zu betrachten. Die sogenannten demokratischen Mächte bilden hierin keine Ausnahme. Sie beileben sich, diplomatische Beziehungen zu Franco herzustellen, um ihre imperialistischen Interessen zu wahren. Mehr oder weniger offen spricht die englische und französische Bourgeoisie in ihrer Presse die Erwartung aus, daß der Widerstand aufhören werde, da er sinnlos geworden sei. In diesem Sinne hat England mit Zustimmung Frankreichs bereits gehandelt. Es hat seine Fährmannsdienste zur Insel Menorca geleistet, hat dort die antifaschistische Besatzung weggeholt und gleichzeitig die frankistische Besatzung hingebacht. Unter den militärischen Flüchtlingen des katalani-

schon Rückzugs leistet die französische Regierung praktisch Werbearbeit für Franco. Sie hat ihm bisher mehr als Zehntausend Soldaten zurückgebracht. Im Ganzen genommen: die Hoffnungen der spanischen Volksfront auf aktive Hilfe von den demokratischen imperialistischen "Freunden" konnten nicht krasser und schmähhlicher enttäuscht werden.

Welches war der Sinn der Widerstandsstrategie der Negrinregierung?

Wir erinnern an die Rede von Azana, die er besonders für das Spanien jenseits der Schützengräben hielt. Der Inhalt seiner Rede war: verständigen wir uns, der Krieg wird sehr teuer, wir werden ihn nie bezahlen können. Dann folgten zahllose offizielle Beteuerungen, in denen gesagt wurde, daß, wenn erst einmal die Italiener und die Deutschen den spanischen Boden verlassen hätten, man schnell zu einer Verständigung mit der Franco-Regierung kommen werde. Es war offensichtlich, daß die Volksfrontregierung Negrin gewillt war, mit Franco zu paktieren, unter der Bedingung, daß er seine Beziehungen zu Hitler und Mussolini abbreche. Dafür präsentierte Negrin sein Programm der 13 Punkte. Dieses Programm enthielt erstens die Bedingungen, unter denen der Fortgang der kapitalistischen Produktion wieder ermöglicht und gesichert werden sollte. Zweitens sollte die Kirche ihre Rechte wieder erhalten und ihre Einflußmöglichkeiten auf die Massen sollten wieder hergestellt werden. Drittens aber wandte sich dieses Programm gegen die demokratischen Rechte der Werktätigen. Die 13 Punkte waren gleichzeitig für das kapitalistische Ausland berechnet. Dieses sollte dadurch wieder Vertrauen zur Republik, das heißt zu ihrem reaktionären Charakter gewinnen. Das Ausland sollte auf Grund dieser Garantien Franco unter Druck setzen und ihn verhandlungsbereit machen. Man spekulierte dabei auf die militär-strategischen Interessen Frankreichs in den Pyrenäen; man erwartete, daß Frankreich mit allen Mitteln verhindern werde, daß diese Grenzen unter den Einfluß der "Achse" Rom-Berlin geraten. Inzwischen aber ist die Stellungnahme der sogenannten demokratischen Mächte vollständig klar geworden. Auch die Sowjetunion hat sich in den Hintergrund der politischen Bühne zurückgezogen. Die Hohlheit der Volksfrontpolitik konnte nicht drastischer demonstriert werden. Trotzdem hat sich ein Teil der Volksfrontregierung nach dem zentralen Gebiet begeben, um dort dieselbe Politik fortzuführen. Negrin und seine Gefolgschaft erinnern an den Spieler, der sein letztes Vermögen verspielt hat und nun noch auf den Zufall rechnet, der ihm das Glück bringen soll. Die Negrinregierung sieht offenbar ihre "Chance" in einem möglichen internationalen Konflikt.

Die Lage der Massen in dem von Franco noch nicht unterworfenen Teil ist verzweifelt. Die dauernden Niederlagen haben die Kampfmoral der Truppen angegriffen, während die Franco-Truppen durch die Erfolge ermutigt werden.

Trotzdem aber gibt es im zentralen Gebiet noch eine antifaschistische Kampfmoral. Die Truppen setzen sich zum großen Teil aus den früheren antifaschistischen Milizen zusammen, die an der Aragonfront gekämpft hatten und aus politischen Gründen von der Regierung an jene Fronten geschickt wurden, ehe die Verbindungen zwischen Katalonien und dem übrigen Spanien abbrachen. Stärker als zuletzt an der katalanischen Front liegen die Befehlsgewalten im Heer in Händen guter proletarischer und revolutionärer Elemente, die von Franco keinen Pardon erwarten und die unter den dazu geeigneten Bedingungen noch gewaltige Kampfkraft entfalten könnten.

Die Bedingung aber dafür ist der Bruch mit der Volksfrontpolitik und das Fortschreiten zur proletarischen Revolution.

Sie sind eine Armee von annähernd einer halben Million Arbeiter und Bauern. Sie verfügen über ein relativ gutes Waffenmaterial, über Tanks, Kanonen und Maschinengewehre. Es existieren noch Munitionsvorräte und eine

Eriegsindustrie, die für geraume Zeit noch zusätzliches Material produzieren kann. Ihr Hinterland kann, wenn auch mit Schwierigkeiten, die Versorgung der Truppen sicherstellen. Dieses Hinterland verfügt über Getreide, Gemüse und Früchte. Sozial setzt sich das Hinterland in Estremadura aus dem revolutionärsten Landproletariat Spaniens zusammen, das einem Kampf auf revolutionärer Grundlage alte Sympathien entgegenbringt. In Valencia hat die CNT und besonders der linke Flügel der Sozialisten politischen Einfluß. An den südlichen Fronten des zentralen Gebietes wurden bis in die letzte Zeit hinein wichtige militärische Erfolge erzielt. Alles das sind Bedingungen, die einen Widerstand auf revolutionärer Grundlage keineswegs sinnlos machen würden.

Aber alle diese Bedingungen können nur dann ausgenutzt werden, wenn die Revolution vorwärtsgetrieben wird. Nur unter dieser Bedingung können die Kräfte erzeugt werden, die den Faschisten erfolgreichen Widerstand leisten und die den gewaltigen Aufgaben gewachsen sind, die die Lage erfordert. Erst ein erfolgreicher Widerstand mit der Waffe in der Hand schafft die Voraussetzungen, daß die revolutionäre Propaganda die faschistischen militärischen Kräfte und das faschistische Hinterland zersetzt, das äußerst kriegsmüde und einer raschen Zersetzung zugänglich ist. Bis vor noch nicht allzu langer Zeit waren Tatsachen bekannt, daß revolutionäre bäuerliche Elemente Partisanenkämpfe in den Sierras gegen Franco im faschistischen Hinterland führten. Die konterrevolutionäre Politik der Volksfrontregierung hat diese Kräfte zum Ersticken gebracht. Aber eine revolutionäre Politik würde die höchstwahrscheinlich aufs Neue mitreißen.

Die russischen Erfahrungen zeigen, wie unter der Kerenski-Regierung die Kampfmoral der Soldaten an der Front vernichtet wurde. Die Soldaten desertierten in Massen von den Fronten und ließen den Gegner bis an die Tore von Petersburg herankommen. Erst als die revolutionäre Arbeiterschaft die Macht übernahm, konnte die Kampfmoral der Arbeiter und Bauern wieder hergestellt werden. Denn jetzt galt der Kampf nicht mehr imperialistischen Kriegszielen, die den Massen verhaßt waren. Der Kampf galt jetzt der Verteidigung der proletarischen Revolution. Die proletarische Revolution schuf die Kräfte, die in einer verzweifelten Lage den Kampf aufnahmen. Andererseits zersetzte die proletarische Revolution die Kräfte des Gegners.

Es gab Situationen im russischen Bürgerkrieg, wo die Lage nicht weniger erzwweifelt war, als sie jetzt in Spanien ist.

Auch hier, an der zentralen Front in Spanien, ist die proletarische Revolution der einzige Ausweg. Objektiv sind genügend Voraussetzungen vorhanden, die diesen Ausweg möglich machen würden. Die Volksfrontregierung hat nicht mehr das Vertrauen der Massen. So wie es die Kerenski-Regierung in Rußland war, so ist die Negrin-Regierung und ihre Volksfrontpolitik nur noch ein Faktor der Demoralisation.

Wie steht es mit den Kräften, die den revolutionären Umschwung herbeiführen und führen können?

Dafür kommt in erster Linie die POUM in Betracht. Ihre Kräfte sind jedoch von den vereinigten Kräften der Volksfront zerschlagen worden. Sie sind äußerst schwach im zentralen Gebiet. Die CNT, die syndikalistischen Gewerkschaften haben nicht einmal mehr das Vertrauen ihrer eigenen Mitglieder. Die oppositionellen und gesunden Teile der CNT haben noch keine organisatorische Basis gewinnen können. Ebenso steht es mit dem linken Flügel der Sozialistischen Partei, den Caballero-Leuten. Es hat keinen Sinn, sich über die wirkliche Lage in Bezug auf die Kräfte, die den revolutionären Umschwung noch herbeiführen könnten, zu täuschen. Das enthebt aber diese Kräfte nicht der Pflicht, noch alles, was in ihrer Kraft

steht, zu tun, um diesen Umschwung herbeizuführen und damit die unentbehrlichen Bedingungen zu schaffen, die noch erlauben würden, einen Ausweg aus der verzweifelten Lage zu bahnen. Gelingt es nicht, diesen Umschwung herbeizuführen, dann ist ernsthaft zu befürchten, daß das spanische Proletariat seinen bitteren Leidensweg bis zu Ende gehen muß. Aber auch in diesem Falle sind die Bemühungen, diesen Ausweg zu bahnen, nicht vergebens. Sie sind Ansätze, um die Zukunft vorzubereiten.

Die Änderungen des Statuts der KPISU

=====

Die Sowjetpresse hat die Thesen zum Parteitagebericht Shdanows über die Änderung des Parteistatuts der KPISU veröffentlicht. Die Thesen sind vom Politbüro des ZK "in den Grundzügen gebilligt".

Der hauptsächlichste Inhalt der Vorschläge ist folgender:

bisher waren die Aufnahmebedingungen in die Partei verschieden für Arbeiter, Bauern und Intellektuelle. Sie waren am leichtesten für Arbeiter, dagegen schwerer für Bauern und Intellektuelle. Diese Unterschiede sollen jetzt aufgehoben werden. Dies wird damit begründet, daß die früheren Unterschiede sich verwischt hätten. Insbesondere wird dies in Bezug auf die Intelligenz hervorgehoben. Es sei inzwischen eine "völlig neue, mit allen ihren Fasern mit der Arbeiter- und Bauernmacht verbundene Intelligenz" entstanden.

"Die Sowjetintelligenz dient nicht dem Kapitalismus, wie die alte Intelligenz, sondern dem Sozialismus und ist ein gleichberechtigtes Mitglied der sozialistischen Gesellschaft.... Somit verwischen sich die Klassengrenzen zwischen den Werktätigen der USSR und verwischen sich die wirtschaftlichen und politischen Gegensätze zwischen Arbeitern, Bauern und der Intelligenz".

Daher falle die Notwendigkeit, bei der Aufnahme in die Partei verschiedene soziale Kategorien zu unterscheiden, jetzt weg.

Das bisherige Statut enthielt Bestimmungen über die Pflichten der Parteimitglieder, aber keine über ihre Rechte. Es müssen jetzt Bestimmungen über die Rechte der Parteimitglieder hinzukommen, "zum Schutze der Parteimitglieder gegen Erscheinungen des Bürokratismus."

Als solche "Rechte" werden vorgeschlagen:

- (a) das Recht der Parteimitglieder, in Parteiversammlungen jeden beliebigen Parteiarbeiter zu kritisieren;
- (b) das Recht jedes Parteimitgliedes, in die Parteiorgane zu wählen und gewählt zu werden;
- (c) das Recht die persönliche Anwesenheit zu fordern, wenn durch die Parteinstanzen über ein Parteimitglied beschlossen wird;
- (d) das Recht jedes Parteimitgliedes, mit Fragen oder Ansuchen sich an beliebige Parteinstanzen, bis hinauf zum ZK, zu wenden.

Die bisherige periodische Massenreinigung der Partei soll abgeschafft werden. Sie habe zur "Standardisierung", statt zur individuellen Behandlung der einzelnen Fälle geführt. Sie habe zahlreiche unbegründete Ausschlüsse zur Folge gehabt. Sie sei von "feindlichen Elementen" in der Partei zur Hetze gegen ehrliche Arbeiter benutzt worden. Sie sei von "Karrierristen" und "getarnten Feinden" mißbraucht worden.

Anstelle der bisherigen periodischen Massenreinigung soll daher jetzt die "Reinigung" auf dem gewöhnlichen Wege "treten". Die Beschuldigungen gegen Parteimitglieder sollen sorgfältig geprüft werden. Die Rechte der Partei-

mitglieder sollen gegen bürokratische Willkür geschützt werden. Bei kleinen Vergehen solle nicht zu Ausschlüssen, sondern zu milderer Maßnahmen gegriffen werden.

Künftig wird nicht mehr die volle "Beherrschung" des Parteiprogramms gefordert, sondern nur seine "Anerkennung".

Es sollen selbständige Abteilungen für die Kader, ferner Organisations- und Instrukteur-Abteilungen geschaffen werden.

Das Zentrale Kontrollkomitee (ZKK) soll nicht mehr vom Parteitag, sondern vom Plenum des ZK gewählt werden. Es hat nach den Instruktionen des ZK zu arbeiten.

Als neue organisatorische Einrichtung wird die Unionsparteikonferenz eingeführt, sie soll einmal jährlich stattfinden. (Die Parteitage finden nur alle drei Jahre statt). Die Unionsparteikonferenz kann bis zu ein Fünftel der Mitglieder des ZK absetzen. Die Beschlüsse der Unionsparteikonferenz bedürfen der Festätigung durch das ZK.

Die Zeit des Parteikandidatentums wird für Arbeiter, Bauern und Intellektuelle gleichermaßen auf ein Jahr herabgesetzt.

Die Dauer der Parteizugehörigkeit, die für bestimmte Parteifunktionen vorgesehen ist, wird verkürzt und zwar für

- Sekretäre von Gebietskomitees von 12 auf 5 Jahre ;
- Sekretäre von Stadtkomitees von 10 auf 3 Jahre ;
- Sekretäre von Rayonkomitees von 7 auf 3 Jahre ;
- primäre Parteiorganisationen und
- Betriebsabteilungen von 3 und 2 Jahren auf ein Jahr.

Diese vorgeschlagenen Statutenänderungen sind in vieler Hinsicht bedeutend.

Sie geben den Parteimitgliedern keine wirklichen neuen Rechte, sie geben sie ihnen nur auf dem Papier. Es genügt, sich die Aufzählung der "Rechte" anzusehen, die künftig das Parteimitglied haben soll. Es sind dies an sich Selbstverständlichkeiten. Daß sie nun als "Rechte" statistisch niedergeschrieben werden, zeigt zweierlei:

1. daß sie bisher praktisch mit Füßen getreten worden sind und nicht existierten;
2. aber daß die Stimmung der Parteimitglieder gegenüber dem bestehenden Parteiprogramm offenbar derart ist, daß man durch Verbriefung papierener Rechte ein Ventil für diese Stimmung zu öffnen sucht. Diese Papierzugeständnisse weisen auf Druck von unten hin. Das ist das Bedeutsame daran.

Tatsächlich wird sich durch diese Papierbestimmungen an den wirklichen Rechten der Parteimitglieder nichts ändern. Warum sollen diese Rechte von der Parteibürokratie geachtet werden, nachdem sie auf das Papier des Statuts geschrieben sind, wo sie mit Füßen getreten wurden, als sie zwar noch nicht auf dem Papier standen, aber darum nicht weniger selbstverständliche Rechte des Parteimitgliedes entsprechend dem demokratischen Zentralismus waren?

Die Parteireinigung auf dem Wege des Einzelverfahrens bietet nicht mehr Garantien als die auf dem Wege der Massenreinigung. Sie ist nur unauffälliger.

Dagegen kann man sicher sein, daß die neuen Bestimmungen, die die Machtbefugnisse der Partei-Instanzen vermehren, nicht auf dem Papier bleiben. Zum Teil sind sie nur Fixierung bereits geschaffener Tatsachen. So vermehren die neuen Bestimmungen über die Wahl des ZKK und seine Aufgaben die unbeschränkte und unkontrollierte Herrschaft des ZK, das heißt praktisch Stalins. Nach Lenins Absichten sollte das ZKK eine vom ZK unabhängige Kontrollinstanz sein. Unter Stalin wurde das Schritt für Schritt abgebaut. Der Abbau ist jetzt zu Ende geführt.

Was sind demgegenüber die Statutenbestimmungen über die Rechte der Parteimitglieder anders als Possen, wenn dasjenige zentrale Organ, das eine Kontrolle über das ZK ausüben sollte, zu einem bloßen Werkzeug des ZK gemacht wird?

Die Unionsparteikonferenz ist ebenfalls ein Mittel, um die Macht der leitenden Partei-Instanzen noch zu verstärken, indem sie die durch Stalin vorgenommenen Entfernungen aus dem ZK sanktioniert und für ihre sonstigen Beschlüsse der Bestätigung durch das ZK bedarf. Auf diese Weise ist ein neues Instrument geschaffen, um die Parteitage schon vor ihrem Zusammentritt in ihren Beschlüssen festzulegen.

Daß Stalin es für notwendig gehalten hat, durch diese Mittel seine Befugnisse in der Partei noch zu vermehren, weist daraufhin - daß er eine solche Stärkung nötig hat.

Die Bestimmungen, die auf die Verjüngung der Kader der Parteifunktionäre abzielen, könnten an sich nützlich sein - vorausgesetzt, daß die Beförderung erfolgen würde nicht nach dem Grade von Ergebenheit für Stalin und seine Clique, sondern nach den Fähigkeiten. Der Zweck, den Stalin mit dieser Verjüngung verfolgt, ist sicherlich der, aus den jüngeren Kadern der Partei sich eine zuverlässige Gefolgschaft zu bilden. Diese Rechnung kann aber letzten Endes sehr wohl eine Fehlrechnung werden.

Die Aufhebung der Differenzierung zwischen Arbeitern, Bauern und Intellektuellen bei der Aufnahme in die Partei hat einen doppelseitigen Charakter:

einerseits drückt sie die tatsächliche Annäherung der Arbeiter und Bauern aus insofern die Bauern zum kollektiven Eigentum und Betrieb übergegangen sind, andererseits drückt sich darin aus die soziale Erhebung der Sowjetintelligenz über die Arbeiter und Bauern.

Noch ist zu bemerken, daß der Parteitag so frühzeitig nach der Veröffentlichung der Thesen angesetzt worden ist (10. März 1939), daß schon aus diesem Grunde von einer wirklichen Diskussion, von einer wirklichen demokratischen Vorbereitung der Parteitagsbeschlüsse nicht die Rede sein kann.

= = / / = =

Arbeiterpolitik

No. 8/ VI. Jahrgang

Vierte Februarwoche 1939

Die Anerkennung Francos und die internationale Lage.

=====

Die englische und die französische Regierung haben am 27. Februar 1939 gleichzeitig die Anerkennung de jure der Regierung Francos ausgesprochen. Dies schließt ein, daß die Regierung Negrin von nun ab von ihnen nicht mehr als legale Regierung Spaniens betrachtet und behandelt wird. Dementsprechend werden die spanischen Botschaften und Gesandtschaften in Paris und in London den Vertretern Francos übergeben werden usw.

Die Anerkennung Francos als de jure Regierung Spaniens ist etwas ganz anderes als die formelle Anerkennung einer "vollzogenen Tatsache" des vollständigen Sieges Francos in Spanien. Denn diese Tatsache ist noch nicht vollzogen. In den Händen der Republikaner ist immerhin noch ein Fünftel spanischen Gebietes, das mehr als ein Drittel der spanischen Bevölkerung und die Hauptstadt Madrid umfaßt. Die republikanische Regierung verfügt noch über rund $\frac{1}{2}$ Million Soldaten, über nicht unbeträchtliches Kriegsmaterial und die Verpflegungsmöglichkeiten des zentralen Gebiets sind besser als es die zuletzt Kataloniens waren, wenn sie auch keineswegs glänzend sind. Es ist einfach nicht wahr, daß die militärischen Aussichten für die Fortsetzung des Widerstandes auch nur vom rein militärischen Gesichtspunkt aus verschwunden sind. Allerdings ist die Fortsetzung des Widerstandes keine rein militärische Frage. Sie ist in erster Linie eine politische Frage und zwar die, ob die Arbeiterklasse im spanischen Restgebiet noch die Kraft aufbringt, dem Kampfe aufs Neue einen wahrhaft revolutionären Inhalt zu geben, das heißt die bankrotte Volksfront zu verabschieden und die Fahne der proletarischen Revolution aufzupflanzen. Eine solche Umwälzung und nur sie könnte mit einem Schlage auch die militärischen Faktoren der Lage in Spanien von Grund aus umwälzen und im Anschluß daran die internationalen Faktoren, indem sie die internationale Arbeiterklasse zur Verteidigung der proletarischen Revolution in Spanien mobilisieren würde. Daß solche Umschwünge in scheinbar verzweifelter Lage möglich sind - wenn die politischen Voraussetzungen dazu geschaffen werden - zeigt unter anderem das Beispiel der Türkei, wo es allerdings sich nicht um die proletarische, sondern um die bürgerlich-nationale Revolution unter Führung Kemal Paschas, um die Beseitigung des dekadenten Sultanregimes handelte - aber jedenfalls um eine grundlegende politische Umwälzung.

Die Anerkennung Francos durch die englische und französische Regierung ist somit nichts anderes als eine offene und brutale Intervention gegen die spanische Republik und gegen die Werktätigen Spaniens; um erstens dem noch möglichen Widerstand der Republik das Rückgrat zu brechen; zweitens aber um einen revolutionären Umschwung der Werktätigen Spaniens in letzter Stunde oder auch in naher Zukunft zu verhüten. Von dem letzteren Ziel spricht niemand, aber die Handlungen der englischen und französischen Regierungen, Behörden und Parlamente sprechen hier eine deutliche Sprache.

Da ist die Tatsache, daß die englische und französische Regierung darauf verzichtet haben, irgendeinen ernsthaften Druck auf Franco auszuüben, um dem Wüten des weissen Terrors gegen die Werktätigen Inhalt zu gebieten und eine Amnestie zu erzielen, ja daß sie den Terror Francos, der in der Form der Bestrafung der "Verbrecher" ausgeübt wird, bemänteln,

entschuldigen und totschweigen lassen. In dieser Hinsicht sind sehr aufschlußreich die Beobachtungen, die Léon Blum in der Sitzung der französischen Kammer machte, die tatsächlich über die Anerkennung Francos entschied.

Léon Blum schreibt im "Populaire" vom 26. Februar 1939 über die Haltung der jetzigen Parlamentsmehrheit während dieser Debatte u.a. Folgendes:

"Es gibt noch etwas Schlimmeres. Zur selben Zeit, wie ihre Anmaßung fühlte man ihre Grausamkeit erwachen. Als Izard, als Lapie, als Forcinal, als Vincent Auriol die Regierung beschworen, Frankreich nicht mit dem Blut der schon markierten Opfer zu behandeln, antwortete man ihnen auf den Bänken der Reaktion mit befriedigtem und wildem Hohngeächter. Die Siege des internationalen Faschismus haben bei ihr sichtlich den Klassenhaß neu belebt, den, der die großen Aderlässe vom Juni 1848 und vom Mai 1871 diktierte. "Der große Aderlaß der "Roten", das ist nicht so übel, das wäre nicht so übel in Frankreich!" , ich möchte schwören, daß bei der Rechten dieser Gedanke durch gewisse Gehirne ging. Ich glaube in aller Aufrichtigkeit nicht, daß meine Eindrücke übertrieben sind....."

Darin kommt nicht nur die Befriedigung der französischen Großbourgeoisie über den Sieg des Faschismus, über die "Roten" in Spanien als ein internationaler Sieg des Faschismus über die internationale Arbeiterklasse zum Ausdruck, sondern auch im Besonderen der Wille des englisch-französischen in Spanien angelegten Kapitals, blutige Rache an den spanischen Werktätigen zu üben, um für eine Reihe von Jahren dem Kapital in Spanien die innere "Ruhe" zu schaffen.

In dasselbe Kapitel gehört die Behandlung, die die französischen Behörden den spanischen Flüchtlingen angedeihen lassen. Die Behandlung steht unter dem Zeichen der Losung "Wehe den Besiegten des Klassenkampfes!" Dazu gehört die von der französischen Regierung gegenüber der Franco-Regierung übernommene Verpflichtung, gemeinsam Maßregeln zu treffen, "um darüber zu wachen, jeder auf seinem eigenen Gebiet, damit jede Tätigkeit verhindert wird, die gegen die Ruhe des Nachbarstaates gerichtet ist".

vor

Wenn jetzt Léon Blum und die Seinen/den Ausbrüchen der wilden Klassenrache der Bourgeoisie gegen die Besiegten der Volksfront erschrecken, so muß man ihnen sagen: "Tu l'as voulu, Georges Dandin" (Da hast es gewollt, Georg Dandin!) Die anfänglich indirekte und jetzt direkte Hilfe der englischen und französischen Bourgeoisie für Franco wäre nicht möglich gewesen ohne die Nicht-Interventionspolitik der französischen Volksfront und ihrer Regierung Léon Blum, die einerseits ein bequemer Wandschirm war für die anglo-französische Großbourgeoisie und die andererseits die Hilfe der internationalen Arbeiterklasse für die Werktätigen Spaniens lähmte und schließlich zermürbte. Aber weder die Léon Blum, noch die Thorez haben irgendetwas aus den katastrophalen Folgen ihrer eigenen Taten gelernt. Sie rufen jetzt übereinstimmend, daß die Republik in Frankreich in Gefahr sei und wenden sich beschwörend - an die Radikalsocialisten, deren Partei - und Regierungschef die Anerkennung Francos vollzogen hat.

Was bedeutet die Anerkennung Francos für die imperialistischen Interessen Frankreichs und Englands?

Es ist eine Tatsache, daß die französisch-englischen Verhandlungen mit Franco in dieser Hinsicht ganz im Sinne des faschistischen Italiens und Nazideutschlands verlaufen sind. Das kam demonstrativ zum Ausdruck in der von Mussolini ultimativ geforderten Beteiligung der italienischen Truppen bei dem Parade-Einmarsch der Francotruppen in Barcelona, bei dem die italienischen Truppen an der Spitze marschierten.

Franco hat keinerlei Garantien gegeben für den Abzug der italienischen Truppen und der deutschen "Techniker" aus Spanien, aber auch wenn eine solche Garantie gegeben worden wäre, wie sie nicht gegeben worden ist, würde sie wenig bedeuten. Sie ist nicht das Entscheidende vom Standpunkt der imperialistischen Interessen Englands und Frankreichs. Militärisch entscheidend ist nicht, ob die italienischen Truppen in Spanien bleiben oder nicht, sondern ob die Armee Francos selbst, die im Laufe des Bürgerkrieges zu einer ernstzunehmenden kriegsgeübten Macht geworden ist, unter dem politischen Oberkommando der "Achse" steht oder nicht. Alles spricht dafür, daß die Militärmacht Franco-Spaniens für absehbare Zeit in die Waagschale der "Achse" fällt, und daß bei der bevorstehenden Anmeldung der italienisch-deutschen Forderungen an die Westmächte Franco-Spanien mit der "Achse" parallel gehen wird. Die faschistische Propaganda in Deutschland und in Italien bereitet die gemeinsame Aktion vor unter dem Stichwort "Für ein starkes Spanien!" und sie läßt bereits durchblicken, daß Franco-Spanien auch die Frage von Gibraltar aufrollen wird.

Die militärischen Vorbereitungen in Italien und in Deutschland für die Mittelmeeraktion gehen systematisch ihren Gang weiter. Nach den letzten vorliegenden Meldungen sollen sie bis Ende März durchgeführt sein. Italien hat in Lybien seine Truppenstärken bereits wieder über den Stand, den sie vor den englisch-italienischen Abmachungen hatte, gebracht. Aus Deutschland kommende Meldungen besagen, daß zahlreiche Musterungen für den Tropendienst in der Reichswehr, SS, SA, und der Hitlerjugend stattfinden, daß bereits in großer Zahl Tropen-Uniformen, Karten von Tanganyika, Kenya und Abessinien bereitgestellt werden usw. Ebenso werden Vorbereitungen für rasche Durchführung von Truppentransporten getroffen. Allem Anschein nach liegt diesen Vorbereitungen der Gedanke zugrunde, daß auch in Afrika und im Mittelmeer deutsche Truppen gewissermaßen das Korsett der italienischen Streitkräfte bilden sollen, deren militärischer Wert von den deutschen Fachleuten nicht sehr hoch eingeschätzt wird.

Auf dem diplomatischen Gebiet zielte der Besuch Cianos in Polen darauf ab, bei dem kommenden Mittelmeerkonflikt wohlwollende Neutralität Polens zu erzielen. Dies scheint aber nicht gelungen zu sein, obwohl von der Achse die Vertretung polnischer Kolonialforderungen (das portugiesische Angola) in Aussicht gestellt wurde.

Die Westmächte ihrerseits wirken auf Polen und Rumänien. Sie suchen ferner Zeit zu gewinnen durch die Anknüpfung von Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland. England sucht nach neuen Fäden zu knüpfen, schon um zu verhindern, daß eine Annäherung zwischen der Sowjetunion und Hitlerdeutschland zustandekommt. Unter der Hand werden von französischer Seite bereits Angebote an Italien gemacht. (Freihafen in Dachibuti, Beteiligung Italiens an der Verwaltung des Suezkanals, Zugeständnisse rechtlicher Art für die Italiener in Tunis usw.) Die Wirkung solcher Angebote kann aber nur die sein, den Appetit der faschistischen imperialistischen Mächte zu reizen.

Die erwartete Rücktrittserklärung Azañas ist unmittelbar nach der offiziellen Anerkennung Francos durch Frankreich und England erfolgt. Sie stellt einen doppelten Dolchstoß in den Rücken der Republik dar. Einmal indem sie besagt, daß der politische Apparat der Republik innerhalb und außerhalb Spaniens "verschwunden" sei und damit den Westmächten das Argument liefert, um die Regierung Negrin nunmehr für illegal zu erklären. Sodann indem sie der Öffentlichkeit mitteilt, daß der Chef des Zentralen Generalstabes bereits vor einiger Zeit der spanischen Regierung erklärt habe, daß der Krieg "unrettbar verloren" sei. Das ist ein Dolchstoß in den Rücken des militärischen Widerstandes, bei dem die bürgerlichen Republikaner und die bürgerlichen Militärs zusammenwirken.

Schließlich noch ein Blick auf die Haltung der KP Spaniens. Die Pariser "Humanité" teilt mit, daß der Generalsekretär der KP Spaniens José Diaz sich wegen einer "heiklen" Operation in Moskau befindet. Das politische Büro der KP Spaniens hat seinerseits eine Resolution angenommen, aus der folgende Stelle angeführt sei :

" Indem es (das Büro) feststellt, daß die Mehrheit der Kräfte der Armee intakt ist und daß das Volk nicht geneigt ist, den Kampf aufzugeben, ist es der Meinung, daß die spanische Republik noch auf eine materielle Hilfe von Seiten der demokratischen Länder hoffen kann, deren Massen die Politik ihrer Regierungen ändern können. "

Die Ironie der Geschichte will, daß diese Resolution unmittelbar im Anschluß an die Anerkennung Francos durch England und Frankreich außerhalb Spaniens veröffentlicht wurde. Die Volksfront-Illusionen enden damit, daß sie in purem Schwindel und Betrug ausarten.

Und auch der Verrat begleitet die Volksfront bis zu Ende. Die Kommunistische Partei Spaniens hat öffentlich erklärt, daß sie sich der Regierung Negrin gegenüber verpflichte, für "Ordnung und Disziplin" im Lande zu sorgen. Das bedeutet nichts anderes als die Verpflichtung, eventuelle revolutionäre Erhebungsversuche im Lande niederzuschlagen. So spielt die Kommunistische Partei Spaniens ihre konterrevolutionäre Rolle bis zu Ende und versperrt damit die letzte Möglichkeit für die werktätigen Klassen Spaniens, noch einen Ausweg aus der Lage zu finden.

Die stalinistische Presse sucht von den wahren Ursachen der Katastrophe abzulenken, indem sie den "Verrat" der englischen und französischen Bourgeoisie an der "Demokratie" in Spanien und an ihren eigenen nationalen Interessen denunziert. Aber der Verrat der englischen und französischen Großbourgeoisie an der Demokratie in Spanien erfolgt letzten Endes in Übereinstimmung mit dem bürgerlichen Klasseninteresse. Der Verrat des Stalinismus und des Reformismus an der proletarischen Revolution in Spanien ist aber ein Verrat der proletarischen Klasseninteressen in Spanien und international. Er ist die wahre Ursache der Niederlage an den Fronten. Nur durch diesen Verrat wurde der "Verrat" des englischen und französischen Imperialismus wie der bürgerlichen Republikaner Spaniens möglich. Dieser Verrat übertrifft alles, was bisher in der Geschichte der Arbeiterbewegung vorgekommen ist, ihn gilt es vor allem der Arbeiterklasse zu denunzieren und klarzumachen, denn nur unter dieser Voraussetzung kann die spanische und internationale Niederlage der Arbeiterklasse vor dem Faschismus in der Zukunft wieder wettgemacht werden.

Zur Wirtschaftslage in I t a l i e n
=====

Die Schwierigkeit der wirtschaftlichen Lage Italiens wird durch folgende Einzelangaben beleuchtet.

Der Krieg in Abessinien und in Spanien hat Italien zirka 60 - 70 Milliarden Lire gekostet.

Die Steuerschraube ist im Laufe der letzten Jahre mächtig angezogen worden. Der Steuerertrag betrug 1934 = 18 Milliarden ; 1938 = aber bereits 30 Milliarden Lire. Trotzdem steigt das Defizit des Staatshaushalts. Es betrug 1931/32 = 3,9 Milliarden Lire ; 1938 = 15 Milliarden Lire. Die innere Staatsschuld belief sich 1929 = auf 87 Milliarden Lire ; 1938 = auf 170 Milliarden Lire. Die finanziellen Schwierigkeiten sind bereits derart, daß der Staat mit großen Beträgen bei der Zahlung seiner Lieferanten im Rückstand ist. Die Rückstände betragen 1936 = 5 Milliarden ;

1938 = 10 Milliarden Lire. Die Preise steigen, im Zusammenhang mit der Inflation. Der Index der Großhandelspreise betrug 1934 = 62,0; im November 1938 = 97,2 (1928 = 100)

Die Ernährungslage verschlechtert sich. Die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte ist in den ersten zehn Monaten 1938 gegenüber dem Vorjahr um 2,4 Milliarden Lire zurückgegangen. Die Getreide-Ernte dieses Jahres war dabei um 10 Millionen Doppelzentner geringer als im Vorjahre.

Die Ernährung pro Kopf der Bevölkerung ist seit 1934 um 30 % zurückgegangen. Die Krise ist besonders stark in den Konsumtionsmittelindustrien. Eine der Hauptursachen dafür ist der Mangel an Rohstoffen. Der Baumarkt liegt völlig darnieder. Selbst die Automobilproduktion ist zurückgegangen. Sie betrug im August 1937 = 5.060; im August 1938 = 4.583.

Die Zahl der Bankrotte und der Wechselproteste wächst. Die Zahl der Wechselproteste betrug im Oktober 1937 = 42.894, im Oktober 1938 = 62.179.

Die Zahl der Vollarbeitslosen beträgt 1.378.000, dazu kommen rund zwei Millionen Kurzarbeiter.

Dagegen steigen die Profite der großen Aktiengesellschaften. Sieben große Aktiengesellschaften erzielten 1938 einen Gewinn von 700 Millionen Lire. Im Durchschnitt sind die Gewinne der großen Aktiengesellschaften 1938 im Verhältnis zum Vorjahr um 20 % gestiegen.

Zur Regierungskrise in Belgien.

Die gegenwärtige Regierungskrise in Belgien ist keine der gewöhnlichen parlamentarischen Krisen, sie geht tiefer, es handelt sich um die beginnende Krise des bürgerlich-demokratisch-parlamentarischen Regimes im Lande. Zwei Fragen haben die Krise verschärft: die eine ist die flämische Frage. Die Flamen fordern mit steigendem Nachdruck die kulturelle und politische Autonomie. Es ist kaum zu bezweifeln, daß die Verschärfung der flämischen Bewegung von Nazideutschland aus genährt wird.

Die andere Frage ist die der Deflation, das heißt des Abbaus der Arbeiterlöhne, der Beamtengehälter usw., die von der Bourgeoisie gefördert wird. Wegen der letzteren Forderung sind die Sozialdemokraten wieder aus der Regierung Pierlot ausgetreten, noch ehe diese Regierung sich dem Parlament vorgestellt hat.

Unter diesen Umständen wird das traditionelle Kompromiß zwischen der liberalen, katholischen und sozialdemokratischen Partei immer schwieriger und im Zusammenhange damit wird das Eingreifen der Krone in die politische Entwicklung immer offener und weitergehend. Die unmittelbare Gefahr für das Regime in Belgien ist nicht der Rexismus, der augenblicklich ziemlich schwach ist, sondern das Eingreifen der Krone, die allen faschistischen, halb-faschistischen und sonstigen reaktionären Bestrebungen den Rücken stärkt.

Eine Rede Flandins.

Eine Rede, die Flandin kürzlich in Marseille hielt, enthielt Töne, die sehr bezeichnend sind für die gegenwärtige innere Lage in Frankreich. Die Rede Flandins forderte Zugeständnisse an Deutschland und an Italien auf wirtschaftlichem Gebiet. Sie wandte sich höhnisch gegen den "Etat électoral", das heißt gegen die parlamentarische Republik.

Flandin rühmte sich auch in seiner Rede offen, daß die Regierung Daladier und die radikalsozialistische Partei, deren Vorsitzender Daladier ist, die Politik der Rechten durchführen und ermunterte sie, auf diesem Wege fortzufahren.

Es ist keine Frage, daß der Sieg Francos in Spanien von der französischen Großbourgeoisie als ein internationaler Sieg der kapitalistischen "Ordnung" gegen die "Roten" in europäischem Maßstabe betrachtet und ausgewertet wird. Die Sprache und das Vorgehen der Reaktion in Frankreich werden demgemäß immer selbstbewußter und herausfordernder.

- - / / - -

Der Departementskongreß im Norden.

- - - - -

Der doesjährige Gewerkschaftskongreß im Departement Nord hat zu den heftigsten Zusammenstößen zwischen den Syndikalisten auf der einen Seite und den Stalinisten auf der anderen Seite geführt. Auf der Tagesordnung standen in der Hauptsache Fragen der Sozialpolitik, aber darüber wurde in den zwei Tagen fast garnicht gesprochen. Die Debatten drehten sich fast ausschließlich um die kommunistische Fraktionstätigkeit, die sogenannte "Kolonisierung" und um die internationale Politik.

Schon beim Tätigkeitsbericht kam es zu fast ununterbrochenen Lärmszenen. Die Syndikalisten warfen den Stalinisten vor, daß ihre politische Tätigkeit in den Gewerkschaften diese zugrunde richte, während diese hauptsächlich als Einheitsapostel und unter der Parole der "Gleichberechtigung" auftraten. In seinem Schlußwort verteidigte der Generalsekretär Georges Dumoulin die bekannte pazifistische Haltung der Syndikalisten an der Septemberkrise, ohne neue Argumente vorzubringen. Die Anerkennung Francos verurteilte er, wobei er einige "radikale" Töne anschlug, unter anderem mit der Frage:

"Habt Ihr die Überzeugung, daß die spanische Republik dem spanischen Proletariat immer gebracht hat, was sie ihm bringen mußte?"

Trotzdem der Bericht durchaus amtistalinistisch und im "Münchener Geiste" gehalten war, wurde er fast einstimmig, das heißt auch mit den Stimmen der Stalinisten angenommen.

Zum eigentlichen Tagesordnungspunkt über die internationale Lage hatte die Kommission eine Resolution ausgearbeitet, die sich nur auf Wohltätigkeitsfragen für die spanischen Flüchtlinge beschränkte. Trotz warmer Empfehlung der kommunistischen Berichterstatteerin hielt sich der Kongreß nicht an diese überschläue "Lösung" oder vielmehr Umgehung der Differenzen. Es war ein Vertreter der Lehrer von Lille, der kategorisch verlangte, daß die gesamte internationale Lage behandelt werden mußte. Über eine Stunde lang ging dann fast alles durcheinander, die Leitung hatte buchstäblich die Kontrolle über die tobende Versammlung verloren. Schließlich einigte man sich auf die Einsetzung einer paritätischen Kommission, die einen Text ausarbeiten sollte. Inzwischen war es fast Mittag geworden und mit größter Geschwindigkeit wurden die sozialpolitischen Tagesordnungspunkte erledigt.

Am Nachmittag trat Monsieur Léon Jouhaux, der bisher nur den "einfachen Zuschauer" gespielt hatte, auf den Plan. Man erwartete von ihm eine Versöhnungsrede, doch die "Versöhnler" kamen nicht auf ihre Kosten. Es scheint, als ob er diesmal deutlicher als sonst gegen die Einmischung der politischen Parteien in die Gewerkschaftsbewegung, das heißt praktisch gegen die KPF Stellung genommen hat. Doch wahrscheinlich handelt es sich dabei nur um eine Anpassung an das lokale Milieu, ist der Norden doch die Domäne der Syndikalisten, der alten Kampfgefährten aus alten Tagen.

Zwischendurch wurde dann der Fall Kléber Legay erledigt, den die Kommunisten aus voller Seele hassen, weil er in seiner Broschüre über die russischen Bergarbeiter den Russen einige unangenehme Wahrheiten gesagt hat. Jetzt wird er von den Stalinisten beschuldigt, beim letzten Streik mit Unternehmern und Polizei unter einer Decke gesteckt zu haben. Auch hier wurde das Ei des Kolombus in Form einer - Kommission gefunden, die den Fall weiter untersuchen soll.

Zu den hitzigsten Auseinandersetzungen kam es bei dem Punkt " Statuten-Änderungen " , über den die Debatte glücklich am Sonntagabend um 9 Uhr ihren Anfang nahm. Die Stalinisten hatten darauf ihre ganze Kraft konzentriert und sie operierten diesmal nicht ungeschickt, sie verlangten Parität in allen Körperschaften , mit zwei gleichberechtigten Generalsekretären an der Spitze , anstatt des einen bisherigen : Dumoulin. Unversehens drohte die Debatte auf den Fall Kléber Legay abzugleiten und der Kongreß war im Unsehen in zwei haßerfüllte Lager geteilt : die einen brachten ununterbrochen Hochrufe auf den Bergarbeitersekretär aus, während die anderen immerzu ausspuckten.

Dumoulin hatte von vornherein die Alternative gestellt : Ihr oder wir ! , eine Parität gibt es nicht. Ebenso wenig wie es zwei Päpste oder zwei Präsidenten der Republik oder zwei Stalins gibt, kann es zwei Generalsekretäre geben , war das Hauptargument der Syndikalistinnen. " Wo Ihr aber in der Minderheit seid, da verlangt Ihr gerade die Parität " , antwortete der stalinistische Gegenpapst.

Erst nachts um 1 Uhr wurde das Ergebnis der Abstimmung bekannt : die Statuten-Änderung wurde mit ungefähr 1.600 : 1.300 Stimmen abgelehnt.

Trotzdem sie unterlegen sind, ist das ein überraschend günstiges Ergebnis für die Stalinisten. Noch auf dem letzten Kongreß wurden sie einfach mit Hohn und Spott als ungefährliche Minderheit abgetan. Gewiß haben zu dem günstigen Ergebnis für sie auch die üblichen Schiebungen und Mandatserschleichungen , in denen sie Meister sind, und über die , wie überall auf solchen Tagungen die heftigsten Klagen geführt wurden, das Ihrige dazu beigetragen. Und sicher auch die geschickte Fragestellung der " Gleichberechtigung " , die dieschwankenden Elemente, die es immer gibt , auf ihre Seite gezogen hat.

Doch dieses allein erklärt nicht ihren Erfolg. Daß die Syndikalistinnen weniger straff organisiert sind, ist zwar richtig, trifft aber gerade auf den Norden viel weniger zu als auf das übrige Frankreich. Es müssen die ganzen örtlichen und bezirklichen Verhältnisse in diesem nach Paris wichtigsten Industriegebiet Frankreichs eine große Rolle dabei gespielt haben. Die Arbeiter sind die Politik des reformistischen Syndikalismus, der in diesem Gebiet seit Jahrzehnten ununterbrochen geherrscht hat, gründlich satt. Sie suchen einen Ausweg und fallen dabei im besten Glauben auf die uferlose Demagogie des dort noch unverbrauchten " Kommunismus " Stalinscher Prägung hinein. Das erklärt auch , warum die Stalinisten die Klippe " München " in der Resolution zur internationalen Lage so behutsam umschiffen wollten. Wissen sie doch zu gut, daß sie damit bei diesen alten Antimilitaristen und Pazifisten keinen Blumentopf gewinnen können.

Die bürgerliche Presse aller Schattierungen hat den Kongreß mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt. Den Sieg des syndikalistischen Pazifismus hat sie mit Befriedigung registriert, paßt er doch recht gut in ihre augenblickliche Rechnung . Sogar der ehrwürdige " Temps " bringt den Syndikalistinnen seine Glückwünsche dar. Das wird deren Kredit bei den mißtrauischen Arbeitern sicher nicht erhöhen.

Mit Bedauern muß festgestellt werden, daß der wirkliche proletarische Standpunkt , der eins geht mit dem Standpunkt des Kommunismus, auf dieser Tagung ebensowenig vertreten wurde, wie auf allen anderen vorhergehenden.

⊕ = = = = =

Unser englisches Bruderorgan, die " Socorr ", veröffentlicht Auszüge aus Reden der ILP-Abgeordneten - zur Diskussion zum Osterparteitag der ILP. Wir geben folgende Übersetzungen, um unseren Lesern einen Einblick in den Geist der rechten ILP-Abgeordneten zu ermöglichen. Es handelt sich hierbei um die offiziellen Stenogramme der Unterhausverhandlungen.

Auszüge : John McGovern über Palästina.

(Hansard, Vol. 337 - No. 126, 14.6.38.)

" Hier sehen die Araber den höheren Standard des jüdischen Volkes in Kultur und Erziehung und die kurze und moderne Kleidung, in der die jungen Männer und Frauen herumlaufen, bringt die Gemüter der arabischen Frauen in Aufruhr. Sie wissen nicht, was verkehrt ist... "(In der Tat, Herr McGovern!)

" ... wir wollten die Fackel des Fortschritts in den Osten tragen, die Gemüter der arabischen Bevölkerung zu entflammen, um sie aus ihrem Schmutz zu einem besseren Lebensstandard herauszuziehen und dem Osten die Zivilisation zu geben, die wesentlich ist ... "(Laßt uns die Parole von " des weissen Mannes Last " übernehmen !)

" Das Teilungsschema der Regierung ist ganz falsch, die sind mit dem Mandat einverstanden, das ich damals angezweifelt hätte, wenn ich in jener Zeit Politiker gewesen wäre und sie haben ihre Ehre verpfändet, um ihre Verpflichtung gegenüber der Bevölkerung dort zu erfüllen. (Welche Verpflichtung und gegenüber welcher Bevölkerung ?). Die Juden haben Unternehmungsgeist mitgebracht und sollten nicht nur nach Palästina gehen, sondern auch nach Transjordanien... "(Das spricht nicht nur der Politik der ILP in der Mandatsfrage Hohn, sondern er verlangt tatsächlich, daß die zionistische Kolonisierung, d.h. die imperialistische Kolonisation und Spekulation auf Transjordanien ausgedehnt wird !)

" Ich begnüge mich heute damit, dem Staatssekretär für die Kolonien zu sagen, daß ich alles Gute in seiner Stellung wünsche. So sehr ich auch anderer Meinung bin als er und seine Regierung. Ich hoffe, er wird dem Volke im Kolonialreich Maßnahmen der Erleichterung bringen können, und ich bin zuversichtlich, daß wir, wenn er sein Amt niederlegt, zumindestens zu ihm sagen können : " Sie haben während Ihrer Amtsperiode manchen Fortschritt gebracht ". Und ob bei den nächsten allgemeinen Wahlen die Regierung ihr Amt niederlegen wird, was ich hoffe, oder nicht, wir werden für diese Zeit sagen können : " Gut gemacht, Du guter und treuer Diener ! " (McGovern liebt diese Phrase sehr, aber warum bringt er sie nicht vollständig ? - " Gehe ein in die Freude des Herrn! Gehe ein in das himmlische Reich !)

(Hansard, Band 341, No. 13 - 24.11.38.)

" Wir wissen ganz genau, daß der Mufti das Haupt des reaktionären Kampfes gewesen ist (Den Kampf um nationale Unabhängigkeit nennt er reaktionär !) Er wurde abgesetzt nach einer Periode von beinahe zwanzig Jahren, während dieser Zeit erhielt er mit Zustimmung des ehemaligen Kolonialsekretärs in diesem Hause britisches Gold und war gleichzeitig in seiner Führung der Geschäfte verräterisch und feindlich gegenüber England. Er hatte Geld bekommen und nicht der Sache gedient, der er den Untertaneneid geschworen hatte (dem britischen Imperialismus, Herr McGovern !), sondern anderen Kräften, die den Krieg in dieses Land brachten... "(der arabischen nationalen Revolution !)

" ... entschiedenes und energisches Handeln hätte den Terrorismus und Mord ausmerzen können, die die Regierung zugelassen hat, daß die Bedingungen einen Zustand erreicht haben, wo Waffengewalt zur Unterdrückung notwendig ist." (Verdammt, Herr, wir wollen den Verbrechern zeigen, was eine Harke ist !)

" Man hat mir gesagt , daß Palästina die Juden nicht in großen Mengen aufnehmen kann. Ich möchte Ihnen ein Zitat von Sir Charles Warren geben, der 1875 eine Erklärung über dieses Thema abgab (!!!)... Er schlug damals vor , Palästina sollte einer Gesellschaft übergeben werden, die der alten Ost-Indien-Compagnie entspricht . (Sehr schön ! Weiss Herr McGovern wirklich so wenig ? Vielleicht schickt ihm ein freundlicher Leser eine Geschichte dieses berühmtesten imperialistischen Abenteurers) und das Land zwanzig Jahre lang entwickeln und regieren sollte -

" mit der anerkannten Absicht, reinrassige und einfache Juden hereinzulassen, die schließlich das Land besetzen und regieren würden "

(Kann es jetzt noch Zweifel daran geben, daß McGovern einen jüdisch regierten Staat in Palästina anstrebt ?)

" Man hat uns gesagt , daß wir die arabische Opposition beachten müssen. Wenn es eine wirkliche Opposition bei den einfachen Männern und Frauen des Landes geben würde , wäre ich bereit , einen langen Weg zu gehen, um ihr entgegenzukommen (Wirklich, sehr freundlich von Ihnen !) , wer steht an der Spitze dieser Agitation und Revolte ?

Bei der Konferenz , die vor 12 Monaten in Syrien stattfand , lag die Arrangierung in den Händen von deutschen und italienischen Agenten und ich zweifelte nicht daran , daß die Finanzierung der Mordkampagne weitgehend in den Händen der italienischen und deutschen Regierung lag. Ich wundere mich, warum wir in einem solchen Ausmaß gegenüber Deutschland und Italien zurückweichen sollten ; wir können nicht Dinge zulassen , die heute in der ganzen Welt bekannt sind , in Bezug auf die Hand der beiden Diktatoren in Angelegenheiten.... "

" es ist nicht richtig, daß man von uns verlangen sollte, zurückzuweichen.... "

" Ich sage offen , wir sollten der Welt zeigen, wie die Agitation weitergeht und von diesen Ländern mit Geld unterstützt , um Revolten anzusetzen.... " (diesmal kein Moskauer Gold !)

" Wenn Sie in diesem politischen Kampf die Anderen merken lassen, daß Sie Angst haben , der Situation ins Gesicht zu sehen (Schatten der Tschechoslowakei) , können Sie im Falle Palästinas einpacken und das Land ganz räumen, um es den Diktatoren zur Fortsetzung ihrer Arbeit zu überlassen. Wir verlangen von Ihnen, denen man dieses Land anvertraut hat, daß Sie sich gigantisch anstrengen. Man sagt uns, die Araber werden Einwände machen, und wir müssen sie zu einer Konferenz einladen. Was denkt sich die britische Regierung dabei ? Soll man diese Leute zusammenbringen : " Wir wollen Euch in einem Zimmer einschließen , wie ein Gericht in einem Mordprozeß . In einigen Tagen werden wir zurückkommen, und wenn Ihr uns sagt , was Ihr beschlossen habt, werden wir es durchführen, was es auch sein möge " ? Heißt das, wirklich regieren ? Heißt das stattmännisch handeln ? Ist das kluge Führung ? Haben Sie irgendetwas zu diesem Problem beizusteuern ? Wenn nicht , überlassen Sie das Mandat einer anderen Nation (!!!) " Gebt der jüdischen Bevölkerung Palästinas Waffen. Gebt ihnen das Recht der Einwanderung in das Land. Aufbauen und verteidigen werden sie es selbst " (Haben Sie schon mal von Jabolinsky gehört, Herr McGovern ?)

(Der " New Leader " kündigt an, daß im Unterhaus eine Kampagne in der Palästinafrage beginnen soll. Eines ist sicher, daß man sich in dieser Frage nicht auf die ILP-Abgeordneten verlassen kann. Wir glauben, daß nicht einmal , Brockway in dieser Angelegenheit Illusionen hat. Beobachten wir die Entwicklung mit Aufmerksamkeit. - Socorr !)

Die Wählerarbeit der Nazis in Dänemark.

In den letzten Monaten ist die Aktivität der Nazis in Dänemark, wie in den anderen skandinavischen Ländern, mit besonderer Schärfe zutagegetreten. Wir wollen hier nur kurz die wichtigsten Ereignisse der letzten Zeit erwähnen. Dabei muß daran erinnert werden, daß die Frage des deutschen Einflusses in Dänemark sozusagen mit einem Tabu belegt ist. Aus Rücksicht vor allem auf die Handelsbeziehungen zu Hitlerdeutschland werden die Fragen soweit überhaupt möglich in der Presse verschwiegen. Was öffentlich bekannt wird, kann deshalb nur ein Streiflicht über die wirkliche Spionagearbeit der Nazis werfen. - Kurz nach der Septemberkrise wurden zwei hochrangige Offiziere entlassen. Begründung: sie hatten unerlaubte Verbindungen mit einer fremden Macht aufgenommen. Der eine von ihnen ist nach seiner Entlassung in deutschen Militärdienst gegangen. Es ist dies nicht das erste Mal, wo es sich gezeigt hat, daß es unter dänischen Offizieren aktive Nazis gibt. Vor wenigen Wochen stellte sich weiter heraus, daß wenigstens zwei Polizeibeamte, die in der politischen Polizeiabteilung tätig waren, organisierte Nazis sind. Sie haben den Nazis geheime Dokumente (u.a. auch über die deutschen Emigranten zur Verfügung gestellt).

Eine Spionage-Organisation, die offenbar von Berlin aus organisiert war, und die vor allem zur Aufgabe hatte, die Schifffahrt nach Regierungsspanien zu beobachten, wurde vor kurzem entlarvt und vor Gericht gestellt. An der Spitze dieser Spionage-Organisation stand Hauptmann Pflugk-Hartung, ein Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, er wurde zu 1½ Jahre Gefängnis verurteilt.

Im Dezember organisierte eine dänische Nazi-Organisation einen Einbruch in das Parteibüro der Sozialdemokratie. Unter den gestohlenen Dokumenten war auch ein Tätigkeitsbericht der illegalen deutschen Sozialdemokratie. Dieser wurde später von der Zeitung der deutschen Minderheit in Nord-schleswig zu einer Kampagne gegen die Sozialdemokratie benutzt.

.....
K r u p s k a j a †
 = = = = =

Nadjeschda Krupskaja, die Witwe Lenins, ist am 27. Februar 1939 unmittelbar nach ihrem 70. Geburtstag nach schwerer Krankheit gestorben. Lenin hat seine Frau immer als seinen treuesten politischen Kampfgefährten bezeichnet. In der Tat war sie nicht nur die organisatorisch-technische Helferin Lenins bei seiner illegalen Arbeit, sondern stand ihm auch politisch am nächsten.

Was Krupskaja zu der Entwicklung des Stalin-Regimes seit dem Tode Lenins gesagt hat, wird vermutlich erst dann zutagekommen, wenn das Stalinregime gestürzt ist. Es gab für sie keine Möglichkeit unter dem Stalinregime, ihre wahre Meinung zu äußern. Es sei daran erinnert, daß der Bruch des persönlichen Verhältnisses, den Lenin in seinen letzten Lebenstagen gegenüber Stalin vornahm, seinen Ausgangspunkt nahm von einer groben Beleidigung, die sich Stalin gegenüber der Genossin Krupskaja erlaubt hatte.

.....
Richtigstellung :
 =====

Das Bulletin des Erweiterten Londoner Büros hat aus der " Arbeiterpolitik " No. 2 /1939 den Artikel " Deutsche Jahresbilanz " übernommen. Die französische Übersetzung wimmelt von Fehlern sachlicher und grammatischer Art, Auslassungen usw., so daß teilweise der Sinn vollkommen entstellt ist. Für die Auffassungen der KP(O) ist nur der deutsche Text des Artikels maßgebend.

.....
 Verantwortlich : E.Hirtzel, Strasbourg

Arbeiterpolitik

No. 9/ VI. Jahrgang

Vierte Februarwoche 1939

Die Dolchstöße in den Rücken der spanischen Republik .

=====

Nach dem Falle Kataloniens vollzieht sich der Zusammenbruch der Volksfrontpolitik in Spanien und der " demokratischen Front " außerhalb Spaniens in der ebenso abstoßenden , wie deutlichen Form , daß die bürgerlichen Bestandteile diese wirklichen oder eingebildeten Fronten der spanischen Republik Dolchstöße in den Rücken versetzen und offen Verrat üben.

Die Negrin-Regierung geht den Weg der Volksfront auch nach dem Fall Kataloniens " bis zu Ende " . Praktisch äußert sich das darin , daß sie auch nach dem offenen Verrat der englischen und französischen Bourgeoisie , während sie nach innen vom " Widerstand bis zu Ende " redet , gegenüber Franco nur noch solche Forderungen erhebt , von denen sie glaubt , daß sie auf der Linie des englischen und französischen Imperialismus liegen : die Forderung einer Amnestie , eines Plebiszits , der Entfernung der italienischen und deutschen Truppen . In Wirklichkeit handelt es sich dabei um die Form der Kapitulation vor Franco. Das ist alles , was vom republikanischen Programm noch übriggeblieben ist. Es ist klar , daß sich auf einer solchen Grundlage kein erfolgreicher Widerstand organisieren läßt. Die neuen moralischen Kräfte , die für diesen Widerstand notwendig wären , lassen sich nur erzeugen durch den fortreißenden Schwung der proletarischen Revolution . Aber wie soll dazu die Volksfront imstande sein , die die Ansätze zur proletarischen Revolution , die sich in Spanien zeigten , gewaltsam niedergeschlagen hat ? Es ist angebracht , sich jetzt zu erinnern , daß die Negrin-Regierung aus den Maitagen von Katalonien hervorgegangen ist . Die Maitage aber waren der Wendepunkt nicht nur der Revolution im Innern , sie waren eben dadurch auch der wahre Wendepunkt des Krieges.

Aber nicht nur , daß sich auf dieser Grundlage der Kampf nicht mit Erfolg fortführen läßt - es läßt sich auf ihr nicht einmal die Kapitulation unter für die Werktätigen weniger unerträglichen Bedingungen durchführen. Denn die bürgerlichen Parteien der Volksfront , wie der illusionären demokratischen Friedensfront enthüllen jetzt ihr wahres Gesicht und wenden sich dem Sieger zu.

Zwar hat die französische Regierung gleich in den ersten Tagen des Übertritts des Präsidenten der Republik, Azana , und von Mitgliedern der Regierung Negrin und der Cortes auf französischen Boden erklären lassen , daß sie nicht berechtigt seien , auf französischem Boden irgendwelche Regierungshandlungen vorzunehmen.

Offenbar sind es keine Regierungshandlungen, wenn Azana/sich kategorisch weigert , nach Zentralspanien zurückzukehren , um dort seine Funktion als Präsident der Republik weiter auszuüben , wenn er die rasche Kapitulation fordert und außer mit dem Rücktritt noch mit einem Kapitulationsmanifest an das spanische Volk droht. Azana ist die repräsentative Figur der bürgerlichen Republikaner Spaniens. Sein Verhalten drückt den offenen Verrat der bürgerlichen Republikaner an der spanischen Republik aus .

Das ist der letzte Akt , mit dem die Volksfront in Spanien zusammenbricht

Der Außenminister der Negrin-Regierung , Alvarez del Vayo , der nach Paris kam, um Azana zu verhindern , seinen Rücktritt zu erklären , und ein Kapitulationsmanifest herauszugeben , konnte nur erreichen, daß Azana davon absah , sofort seinen Rücktritt zu erklären und sein Manifest herauszugeben. Das ist aber offenbar nur verschoben. Azana will die Anerkennung der Franco-Regierung durch die englische und französische Regierung abwarten , um sodann durch seinen Rücktritt diesen beiden Regierungen den Vorwand zu geben für die Erklärung , daß eine republikanische Regierung in Spanien nicht mehr existiere.

Im Übrigen weigert sich Azana kategorisch , nach Spanien zurückzukehren. Vorseiner Rückkehr nach Spanien erstattete Del Vayo noch einen Besuch bei dem französischen Außenminister Bonnet. Das Ergebnis ?

" Del Vayo , meldet der im Allgemeinen gut unterrichtete Pariser Bericht-erstatte der " Frankfurter Zeitung " , hat bei seinem Besuch beim Außenminister Bonnet den Eindruck davon getragen , daß die Politik d. . Widerstandes von England und Frankreich verurteilt wird, und daß das tragische Abenteuer nunmehr mit Negrin oder ohne ihn liquidiert werden muß. "

Der italienische Faschismus läßt heute ganz offen vernehmen, daß er Major-ka behalten wird. Italienische Soldaten sollen als " Kolonisten " in Spa-nien bleiben. Italienische Truppen stehen zwar nicht unmittelbar an der Pyrenäengrenze , aber nicht weit davon entfernt . Italien schickt Franco neue Truppen und Material zur Wiederkämpfung Zentralspaniens und zur Er-oberung Madrids. Was Nazideutschland anlangt, so sind für sein Verhält-nis zu Franco-Spanien die Aufschlüsse vielsagend , die Sir Charles Haring-ton , bis vor kurzem englischer Gouverneur von Gibraltar , in einem Vor-trag in der " Empire Society " in London gemacht hat. Im September 1938 habe zwar Hitler Franco erlaubt , sich für den Fall eines allgemeinen europäischen Krieges " neutral " zu erklären, er habe sich aber das Recht vorbehalten, Flugplätze in Nord-spanien als Ausgangspunkte für deutsche Bombenflugzeuge zu benützen.

Jetzt , während der französische Senator Bérard in Burgos mit dem Auße-minister Francos im offiziellen Auftrage der französischen Regierung ver-handelte , wird angekündigt, daß Franco seinen Schwiegersohn Suner , ein ausgesprochen mit Italien und Deutschland verbundener Phalangist , zu seinem Ministerpräsidenten machen wird.

Was England und Frankreich anbelangt, so ist die Anerkennung de jure der Franco-Regierung nach allen vorliegenden Nachrichten nur noch eine Frage weniger Tage. Die englische Regierung hat bereits im Prinzip die Anerken-nung Francos de jure beschlossen. Die Durchführung soll gleichzeitig und gemeinsam mit der französischen Regierung erfolgen.

Der Unterhändler der französischen Regierung wurde von Franco mit ausge-sprochener Mißachtung behandelt. Er wurde von Franco nicht einmal persö-nlich empfangen. Zuletzt waren von englisch-französischen Forderungen an Franco nur noch zwei übriggeblieben : die Amnestie und eine Zusage , daß Franco-Spanien sich nicht durch Sonderabkommen mit Italien und Deutsch-land binde. Beide Forderungen sind praktisch von dem Vertreter Francos unter Berufung auf die Souveränitätsrechte und die Würde " National-spaniens " abgewiesen worden und hinterher wird das von der englischen und französischen Presse auch ganz " begreiflich " gefunden. Aber es be-steht kein Zweifel daran, daß trotzdem Franco die englisch-französischen Anerkennung erhalten wird, denn , so wird von den Kreisen der englischen und französischen Regierung argumentiert, wenn wir das nicht tun, so würde Franco nur umso mehr in die Hände Italiens und Deutschlands geraten.

Es dreht sich bei dieser Auseinandersetzung nur noch um den Kampf um die spanische Beute zwischen den beiden imperialistischen Lagern . An diesem Kampf ist die internationale Arbeiterklasse nicht interessiert . Sie ist interessiert an dem Schicksal der werktätigen Klassen Spaniens und sie kann ihnen am besten helfen, wenn sie nicht im Namen der englischen und französischen imperialistischen Interessen , sondern im Namen d. internationalen proletarisch-revolutionären Solidarität den faschistischen Henkern und Unterdrückern der spanischen Werktätigen und ihren " demokratischen " Helfershelfern entgegentritt.

Wie die Sowjetunion den Zusammenbruch der Volksfrontpolitik in Spanien behandelt , kann man aus folgenden Ausführungen der Moskauer " Deutschen Zeitung " vom 17. Februar 1939 ersehen :

" Die Londoner und Pariser Politik der " Nichteinmischung " endet mit einem offenen Verrat und mit einem Dolchstoß in den Rücken der spanischen Regierung " .

Der " Frieden " , den die Kapitulanten bei Franco erkaufen wollen, gehe auf Kosten der Erniedrigung Frankreichs und der weiteren " Einbüßung seiner Machtpositionen " . " Frankreichs Weg nach Burgos ist der Weg des Selbstmords . "

Der Stalinismus wäscht sich die Hände in Unschuld und appelliert von dem selbstmörderischen englischen und französischen Imperialismus an den besser seiner Interessen Bewußten

Aber selbst in der Sowjetunion wird sich die Frage nicht unterdrücken lassen (wenn sie auch nicht laut geäußert werden wird) :

Wer hat die Politik der spanischen Kommunisten auf die bürgerliche Republik und auf die Hilfe der Mächte des " demokratischen " Imperialismus eingestellt ?

Wer hat die Ansätze der proletarischen Revolution gewaltsam niedergeschlagen ?

Wer trägt für all das die Hauptverantwortung ,wenn nicht diejenigen, die gestützt auf das Prestige der russischen Revolution in Spanien die proletarische Revolution erwürgt und damit den Sieg des spanischen und internationalen Faschismus ermöglicht haben ?

Statt von " Selbstmord " des französischen Imperialismus zu reden, sollten die Verantwortlichen an ihre eigene Rolle in Spanien denken und an die mörderischen Schläge , die dieser Ausgang nicht nur für die werktätigen Klassen Spaniens , sondern auch für die internationale Arbeiterklasse und nicht zuletzt auch für die Sowjetunion selbst bedeutet.

.....
Die P.S.O.P. zur spanischen Frage .
=====

In No. 42 von " Juin 36 " nimmt Marceau Pivert in einem Artikel " Erste Lehren des spanischen Dramas " eine erfreulich aktive und in der allgemeinen Linie klare und richtige Stellung zu den Ereignissen in Spanien ein. Wir geben folgende Stellen daraus wieder. Der Artikel beginnt :

" Vor allen Dingen ist jetzt eine mächtige Protestbewegung gegen die infamen Absichten der internationalen Bourgeoisie nötig. "

Dann folgt eine Solidaritätserklärung mit den Kräften der spanischen proletarischen Revolution und ein lebendiger Protest gegen die Behandlung der in Frankreich Internierten . Nach einer knappen Feststellung des Bankrotts der Volksfrontpolitik , die in Spanien die Ursache der Niederlage bildet , in Frankreich zum Burgfrieden mit der französischen Bourgeoisie und " Vernichtung der sozialen Errungenschaften des französischen Proletariats führte " , wird als zweite Lehre gezogen :

" Die Arbeiter und Bauern sollen für die vollständige Eroberung der

Dann folgt eine Solidaritätserklärung mit den Kräften der spanischen proletarischen Revolution und ein lebendiger Protest gegen die Behandlung der in Frankreich Internierten. Nach einer knappen Feststellung des Bankrotts der Volksfrontpolitik, die in Spanien die Ursache der Niederlage bildet, in Frankreich zum Burgfrieden mit der französischen Bourgeoisie und " Vernichtung der sozialen Errungenschaften des französischen Proletariats führte " , wird als weitere Lehre festgestellt :

" Die Arbeiter und Bauern sollen für die vollständige Eroberung der politischen Macht kämpfen , dem Kapitalismus die Leitung der ökonomischen Macht entreißen , seinen Staatsapparat zerstören und so rasch wie möglich , Beides der revolutionären Führung übertragen. Um den Krieg revolutionär zu führen, müssen sie den Oktobertraditionen der russischen Revolution von 1917 folgen , und nur so kann die gegnerische bürgerliche Armee zersetzt werden. Sich anschließen in die Verteidigung des " Vaterlandes " bedeutet die gesetzmässige bürgerliche Demokratie zu respektieren und das bürgerliche Eigentum , das ist reiner Selbstmord. "

Die dritte Lehre :

" Der endgültige Sieg der proletarischen Revolution fördert das freie Spiel aller schöpferischen Kräfte der Arbeiterklasse. "

" Die Attacke auf die Telefonzentrale in Barcelona im Mai 1937 , der Sturz Caballeros am Vorabend der Offensive in Astremadura , der Prozeß gegen die POUM , die Ermordung Nins , haben der Niederlage das Bett bereitet. "

Die PSOP ist die einzige Arbeiterpartei in Frankreich , die aus der spanischen Niederlage die richtigen Konsequenzen zieht und sich unserem Standpunkt sehr nähert.

Der " reine " Syndikalismus in der Sackgasse.



Am vergangenen Sonnabend hat die syndikalistisch-pazifistische Fraktion innerhalb der CGT in einem Pariser Restaurant ein großes Bankett veranstaltet. Unter den üblichen Klageliedern über die stalinistische " Kolonisation " in den Gewerkschaften wurden die beiden " Märtyrer " Cordier und Minot , ehemalige Sekretäre des Bauarbeiterverbandes präsentiert. " Ich habe eine Spaltung erlebt " , erklärte Cordier , " und ich halte mich nicht für fähig , eine neue durchzuführen. " Das ist recht lobenswert , ersetzt aber nicht ein wirklich revolutionäres Kampfprogramm gegen den reformistischen Stalinismus. " Aber Frankreich ist ein Land , das keine Diktatur ertragen wird, weder von rechts , noch von links , fügte er hinzu. Dieser Ausspruch zeigt , daß die " Reinen " schlecht bewandert sind in der Geschichte Frankreichs. Fügen wir hinzu , daß ihre gewerkschaftliche Praxis um keinen Deut besser ist , als die aller anderen Reformisten , einschließlich der stalinistischen Neu-Reformisten.

Die Kanone des Abends war Delmas von den Lehrern, der ein langes Referat über die neue internationale Krise hielt. Er verteidigte ihre Haltung in der Septemberkrise. Wenn man einwende, es habe sich nur um einige Wochen Aufschub gehandelt , so müsse man während dieses Aufschubs einen neuen Aufschub vorbereiten . Spanien wolle heute nur den Frieden.

" Man muß neue Massaker im Interesse der Freiheit Spaniens verhindern, denn die die Flamme der Demokratie in Spanien gewesen sind, dürfen

" nicht vernichtet werden. Jetzt muß erreicht werden, daß der Kampf aufhört, daß eine Amnestie gewährt wird und daß die Männer und Frauen in ihr Land zurückkehren, weil sie nicht dazu da sind, um bei uns zu leben".

Weiterer Widerstand sei eine Illusion und ein Verbrechen und erst recht die Hoffnung auf den Weltkrieg. Die einzige Hoffnung liege in einer Vermittlung. Die Angriffe gegen Chamberlain seien ungerechtfertigt. Die deutschen Forderungen seien nicht die Kolonialforderungen.

" Man wirft uns von allen Seiten vor, daß wir nachgeben wollen. Ich gehöre aber nicht zu der Kategorie derjenigen, die aus Gewissenskonflikten Pazifisten sind, ich bin Anhänger einer realistischen Politik, die sich nach den Tatsachen richtet. "Deutschland gegenüber wäre eine Haltung der Unnachgiebigkeit schwer durchzuführen. Italien stecke in erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die durch einen Gebietszuwachs nicht behoben werden könnten.

" Die Politik der wirtschaftlichen Gegensätze muß einer Politik der Zusammenarbeit Platz machen. Niemand wird Italien ausschließen, weil es faschistisch ist. Und Deutschland wird ebenfalls seine Schwierigkeiten im Verlaufe einer Konferenz geltend machen können... Man denkt nur daran, den Krieg zu gewinnen. Aber in Italien und in Deutschland hat man auch denselben Gedanken (?) "

Die Rüstungslasten würden immer unerträglicher. Ein dauerhafter Friede könne nur auf der Grundlage der internationalen Gerechtigkeit erzielt werden.

Diese Ausführungen des " realistischen Pazifisten " zeigen, daß er aus dem September nichts gelernt hat. Er kennt nicht die Stimmung in Deutschland und in Italien in Bezug auf den Krieg. Es ist das Geschwätz eines ganz oberflächlichen bürgerlichen " Pazifisten ". Objektiv wird hier nichts anderes gespielt als das Spiel der hitlerfreundlichen französischen Bourgeoisie, ja des internationalen Faschismus überhaupt. Diese Sorte " Pazifismus " ist nicht im mindestengeeignet, die Kriegsgefahr zu bannen oder auch nur herabzumindern. Sie erleichtert der Bourgeoisie nur ihr heuchlerisches Doppelspiel.

Die ultrapatriotischen Exzesse der Stalinisten sind keinerlei Entschuldigung für diese Haltung. Indem sie beide Hände vor dem Faschismus in die Höhe heben, sind diese Leute gefährlicher wie die Sozialpatrioten.

Besonders bezeichnend ist die Haltung von Delmas in der spanischen Frage. Er ist einfach für die Kapitulation für Franco, das Wort " Vermittlung " dient nur zur Verschleierung. Noch schlimmer: er ist glattweg dafür, daß die spanischen Antifaschisten der " Gnade " Francos ausgeliefert werden.

Nach diesen schönen Bekenntnissen wäre es ein Fehler, sich mit dieser Sorte " Pazifisten " und " Antifaschisten " irgendwie zu verbünden in der Meinung, daß sie ernsthafte Kriegsgegner seien. Sie sind das ebensowenig, wie die Bourgeoisie, die aus ihrer Haltung Nutzen zieht. Dieser " blökende Pazifismus " ist nichts anderes als der Helfershelfer des Faschismus und muß als solcher schärfstens bekämpft werden.

Die englische Aufrüstung .

= = = = =

Die englische Aufrüstung beschleunigt ihr Tempo und nimmt gewaltigen Umfang an . Für das Finanzjahr 1939 sind nicht weniger als 532 Millionen Pfund vorgesehen . Die Regierung hat in ihrem Weissbuch angekündigt, daß der für die fünf Jahre 1937/41 geschätzte Gesamtaufwand von 1500 Mill. Pfund aller Voraussicht nach überschritten werden wird. Die Regierung hatte bis jetzt die Vollmacht , 400 Millionen Pfund auf dem Anleihewege für die Rüstungen aufzunehmen. Der Betrag soll verdoppelt werden. Die Hauptbeträge gehen für die Flotten- und Luftaufrüstung. Selbst für England stellen diese Summen eine gewaltige Belastung vor , zumal trotz der Aufrüstung die Zahl der Arbeitslosen im Januar wieder über zwei Millionen betragen hat.

Gleichzeitig versucht die englische Regierung (zusammen mit der französischen) auf dem Wege von Wirtschaftsverhandlungen den faschistischen Maßnahmen entgegenzukommen. Solche Verhandlungen werden demnächst mit Hitlerdeutschland aufgenommen. Welche Hintergedanken diesen Verhandlungen zugrundeliegen , kann man Ausführungen des Pariser " Temps " vom 21. Februar 1939 entnehmen, der u. a. bemerkt :

" England und Frankreich, eben weil sie den Frieden wollen, weil sie ständig darum besorgt sind, günstige Bedingungen für eine fruchtbare Zusammenarbeit auf der internationalen Ebene zu schaffen , sind geneigt - wobei es selbstverständlich ist , daß sie auch vor allem auch auf den Schutz ihrer eigenen Interessen achten müssen - Deutschland den Übergang von der Rüstungsökonomie zu einer normalen Ökonomie zu erleichtern, der notwendigerweise heikel ist.... "

Aber es müßten Garantien gegeben werden, daß eine finanzielle und wirtschaftliche Hilfe an Hitlerdeutschland das Wettrüsten nicht noch beschleunige.

" Es wäre Zeit , fährt der " Temps " fort , kann man denken, dem Abkommen von München und den deutsch-englischen und französisch-deutschen Erklärungen , die sie begleitet haben oder ihm gefolgt sind , eine wahrhafte Substanz zu geben. Die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und den beiden westlichen Großmächten und eine Zusammenarbeit , um dem Reich die Rückkehr zu einer normalen Ökonomie zu erleichtern , könnten der Anfang zu einer Bewegung in der Richtung einer Rüstungsbeschränkung und später einer Abrüstung bezeichnen.

Ein Versuch, Deutschland auf diesem Wege zu veranlassen, seine Aufrüstung einzustellen und zu einer " normalen Ökonomie " überzugehen, kann jetzt schon als aussichtslos bezeichnet werden. Aber ein solcher Versuch kann sehr wohl dazu führen , daß Deutschland die finanzielle und wirtschaftliche Hilfe Englands und Frankreichs ausnützt , um die wachsenden finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, auf die es jetzt bei der Fortsetzung seiner Aufrüstung gestoßen ist , für eine Zeitlang wieder zu überwinden. Wer wollte zweifeln, daß Hitlerdeutschland für eine solche Hilfe alle " Garantien " auf dem Papier geben wird , die verlangt werden, Wirkliche Garantien gibt es auf diesem Gebiete nicht und kann es nicht geben, es sei denn eine vollständige Kontrolle über die deutsche Wirtschaft durch das Ausland , die ausgeschlossen ist. Die englischen und französischen Arbeiter haben daher alle Ursache , die geplanten Schritte der englischen und französischen Regierung mit dem größten Mißtrauen zu verfolgen und sich gegen jede finanzielle und wirtschaftliche Hilfe, die Hitlerdeutschland unter welchen Vorwänden auch immer gegeben wird, zu wenden.

Eine englische Wirtschaftskommission soll auch nach der Sowjetunion gehen. Zu ihrer Vorbereitung hat Lord Halifax vor der außenpolitischen Kommission der Konservativen Partei im Unterhaus einen Bericht gegeben, in dem er die Notwendigkeit betonte, wieder engere Fühlung mit der Sowjetunion aufzunehmen. Den Anstoß dazu haben offenbar die verstärkten Vorstöße Japans im Fernen Osten (Besetzung der Insel Hainan, Bombardierung des Hongkonger Gebietes) gegeben und nicht zuletzt die Befürchtung, daß die Sowjetunion sich außenpolitisch Hitlerdeutschland nähern könne. Der englische Imperialismus hätte vielleicht nichts dagegen, wenn die Sowjetunion sich im Fernen Osten gegen Japan engagiert, dagegen hat die Septemberkrise klargemacht, daß der französische und englische Imperialismus einen wahren Horror davor haben, daß die Rote Armee der Sowjetunion sich nach Westen in Bewegung setzt.

Sir Stafford Cripps hat jetzt seiner Kampagne für die Bildung einer Volksfront in England die Form der Unterschriftensammlung für eine Petition an das englische Parlament gegeben. Die Form ist der Chartistenbewegung des vorigen Jahrhunderts entlehnt. Der Inhalt hat aber nichts damit zu tun. Der erste Punkt der Petition lautet:

"Verteidigt die Demokratie gegen Angriffe von innen und von außen!"

Der dritte Punkt verlangt ein "Friedensbündnis mit Frankreich und Rußland" usw. Die Kampagne von Cripps findet starken Beifall in einem Teil der liberalen Presse Englands und zieht auch Kreise in der Arbeiterschaft. Der Bankrott der Volksfront in Spanien und Frankreich ist offenbar kein Hindernis dafür, daß versucht wird, diesen faulen Zauber nunmehr auch in England zu wiederholen.

 Der angebliche Plan des deutsch-italienisch-japanischen Dreiecks
 =====

In Deutschland und in Italien finden in aller Stille individuelle Einziehungen zum Heer statt, die allem Anschein nach darauf berechnet sind, daß beide Länder bis Anfang März "mobil" sind, um dann mit aller Macht wieder die Kriegstrommel zu schlagen. Zwischen Deutschland und Japan finden Verhandlungen über eine engere politische und militärische Zusammenarbeit statt. Die geplante Aktion soll nach gewissen Nachrichten, die in der französischen Presse gegeben werden, in drei Tempos vor sich gehen:

1. Japan bedroht von Hainan aus das französische Indochina, um evtl. Frankreich zu veranlassen, einen Teil seiner Flotte aus dem Mittelmeer nach dem Fernen Osten zu schicken.
2. Italien verursacht Unruhen in Dschibuti und in Tunis und stellt seine Forderungen an Frankreich.
3. Hitlerdeutschland meldet seine Kolonialforderungen an und zwar in der Form eines Anspruchs auf das "Recht", Kolonien zu besitzen.

Gleichzeitig fordert Hitlerdeutschland finanzielle und wirtschaftliche Hilfe von England und Frankreich als Entschädigung für die "zu Unrecht bezahlten" Reparationen.

Es ist natürlich nicht gesagt, daß dieser "Plan" in allen Einzelheiten zutrifft. Aber er gibt einen allgemeinen Umriss, der nicht ganz aus der Luft gegriffen sein dürfte. Jedenfalls zeigt die Besetzung der Insel Hainan durch Japan, die unmittelbar auf den Fall von Katalonien folgte, daß bei bevorstehenden Aktionen Japan-Hitlerdeutschland-Italien eng zusammenarbeiten werden.

Deutsche Vorbereitungen .

=====

Die deutsche Nazipresse hat angekündigt, daß der Kieler Kanal auf das Doppelte verbreitert werden solle. Hitler hatte Chamberlain in München versichert, daß das nicht der Fall sein würde. Der entscheidende Grund für die Verbreiterung ist nicht der vorgeschobene zur Beschleunigung des Verkehrs von Handelsschiffen durch den Kieler Kanal, sondern ein see-strategischer: die Möglichkeit, auch die größten Kriegsschiffe rasch durch den Kanal von der Ostsee in die Nordsee und umgekehrt passieren zu lassen. Es ist ohne Weiteres ersichtlich, daß diese Erweiterung des Kieler Kanals eine Vorbereitung dafür ist, um gegebenenfalls in der Nordsee stärker gegen England auftreten zu können.

Über die Umgruppierung der deutschen Luftwaffe berichtet B. Jacob im "Neuen Tagebuch" No. 8 Folgendes:

" Das prinzipale Ereignis der Umgruppierung ist die Zerlegung der offensiven und der defensiven Streitkräfte in vollkommen voneinander getrennte autonome Organisationen.

Nach der Reorganisation vom 4. Februar 1938 unterstand die Gesamtheit aller offensiven und defensiven aviatischen Machtmittel drei "Luftwaffen-Gruppen-Kommandos" - Das erste, für den Osten bestimmt, hatte seinen Sitz in Berlin. Das zweite, mit der Zweckbestimmung West, befand sich in Braunschweig. Das dritte, genannt "Süd", war in München domiziliert.

Dieser Aufbau ist jetzt von Grund aus umgestürzt worden. Die deutsche Luft- und Luftabwehrmacht ist in drei ihrem Zweck nach getrennte Organisationen zerlegt:

1. drei "Luftflotten", in welchen die Gesamtheit der offensiven Geschwader zusammengefaßt ist;
2. die "Luft-Wehr", das ist die Organisation aller Verteidigungs-Geschwader und die Boden-Defensive;
3. eine autonome Organisation namens "Luft-Verteidigungs-Zone West", umfassend die spezielle Luft-Verteidigungs-Organisation gegenüber Frankreich.

Das Ziel dieser Umgruppierung kann zweierlei bedeuten:

1. die wirkliche Umstellung von der Theorie der selbständigen Aktion der Luftwaffe als Mittel der Kriegsentscheidung;
2. die Änderung der Stoßrichtung - defensiv gegen Frankreich, offensiv nach Nordwesten und Süden, Mittelmeer, das heißt zum offensiven Kampf gegen England und defensivem Verhalten gegen Frankreich.

Ein neues Gesetz bestimmt, daß künftig alle Arbeiter nur mit Genehmigung des Arbeitsamtes den Betrieb wechseln können. Diese Bestimmung hebt den letzten Rest der Freizügigkeit der Arbeiter auf und gibt der Regierung und den Unternehmern eine Waffe in die Hand, um zu verhindern, daß die Arbeiter den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und an Arbeitskräften überhaupt zu Lohnsteigerungen ausnutzen können.

Das Defizit des deutschen Außenhandels betrug im Januar 1939 - 31 Millionen Mark (für das ganze jetzige Reichsgebiet). Für das alte Reichsgebiet, ohne Österreich und die Sudeten, käme ein Ausfuhrüberschuß von 9 Millionen Mark in Betracht. Ein- und Ausfuhr sind im Verhältnis zu

Januar 1938 zurückgegangen - trotz des vergrößerten Reichsgebietes.

Der Reichskultusminister Rust hat die katholisch-theologische Fakultät der Universität München im Zusammenhang mit einem Konflikt wegen der Besetzung einer Professur geschlossen. Man kann aus diesem Schritt auf das Bevorstehen eines der schärfsten Vorgehen gegen die katholische Kirche schließen.

 Zum Landarbeiterkongreß

Der Landarbeitermangel in Frankreich ist gróßtenteils eine auch anderwärts gestellte Folge der menschen-unwürdigen Zustände, unter denen das Landproletariat lebt. Der junge Landarbeiter sucht, sobald wie möglich, von Dorfe wegzukommen, da es ihm nichts bietet als endlose Plackerei unter den schlechtesten Arbeitsbedingungen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß der landwirtschaftliche Betrieb in Frankreich zu einem großen Teil überhaupt nur durch ausländische Arbeitskräfte, insbesondere Polen, Italiener, Spanier aufrechterhalten werden kann.

Diese ausländischen Arbeiter sind so gut wie rechtlos, wenn sie aufbegehren werden sie über die Grenze befördert; die Agrarier nutzen diese Rechtlosigkeit nach Kräften aus, die Fremden sind sozial noch schlechter dran als die Einheimischen und das wirkt sich wieder ungünstig auf die Lage der letzteren und auf die Lage des ländlichen Proletariats in seiner Gesamtheit aus.

An diesen Zuständen hat die Volksfront so gut wie nichts geändert. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Löhne und der sozialen Gesetzgebung, die sich das französische Proletariat durch die Junistreichs erzwingen hatte, ist auf dem Lande fast spurlos vorübergegangen. Die Volksfrontkoryphäen hatten damals erklärt, daß die Landarbeiter "später" ankommen würden, daß man auf die "Landwirtschaft" Rücksicht nehmen müßte und was dergleichen Phrasen mehr waren. Die wenigen Ansätze zu einer verspäteten sozialen Gesetzgebung sind dann auch noch glücklich in der parlamentarischen Maschine hängengeblieben. So das Gesetz über den Arbeitsvertrag, das zwar von der Kammer angenommen, vom Senat aber seit Jahr und Tag mit Nichtachtung behandelt wird.

Liest man den Bericht über den Kongreß des Landarbeiterverbandes, der vom 16. - 18. Februar in St. Quentin stattfand, in den großen Arbeiterblättern, so müßte man freilich bald meinen, das französische Landproletariat sei das glücklichste der Welt. Ein ganzer Schwarm von sozialistischen und kommunistischen Deputierten, Sekretären und abgehalfterten Staatssekretären marschierten auf der Tribüne auf und versicherten, daß sie im heiligen Wetteifer "l'impossible" - das Unmöglichste für die Landarbeiter getan hätten und noch tun würden. Unter diesen Würdenträgern der beiden Richtungen trat keine Dissonanz zutage, hier herrschte vollkommene Brüderlichkeit und Einstimmigkeit im demagogischen Wettlauf. Aus Paris hatte man noch eine ganze Reihe von Sekretären der verschiedensten Verbände (Bauarbeiter, Metallarbeiter usw.) aufmarschieren lassen, die aböde in wortreichen Ausführungen versicherten, welche Vorliebe, sie schon "von Jugend auf" fürs Land gehabt hätten und wie die Landproleten sich auf ihre Solidarität verlassen könnten. Allen voran Herr Racamond als Vertreter der CGT, der die Delegierten fisch dazu fast einen ganzen Nachmittag mit dem konstruktiven Plan der CGT langweilte. Braucht man noch lange auseinanderzusetzen, daß diese Solidarität der beiden "Bruderparteien" in puncto Demagogie eine sehr einfache Ursache hat? Sie haben nämlich in Bezug auf Vernachlässigung der Proleten auf dem Lande gleichermaßen Dreck am Stecken.

Außer den Bonzen sind auch eine Anzahl wirklicher Proleten zu Worte gekommen. Allerdings nicht in den Zeitungsberichten.

Der Verband hat angeblich " noch " 100.000 Mitglieder , während er viele " Konjunkturritter " verloren habe. Die Gründe , warum die Faschisten beträchtliche Erfolge gerade auf dem Lande haben, wurden natürlich nicht gegeben. In den acht Departements der Pariser Region und im Pas-de-Calais und Nord (Weizen und Zuckerrüben) gibt es 400.000 ständige Landarbeiter und über 60.000 Saisonarbeiter. Hier ist das Hauptrekrutierungsfeld des Verbandes. Wenn es hier schon so schlecht aussieht : wie mag es erst in der tiefen Provinz aussehen ?

Zugegeben werden mußte , daß es seit dem Frühjahr 1937 " nicht mehr vorwärtsgeht " , daß man sich " in der Abwehr befindet " . Die materielle Lage der proletarischen Frauen und Mädchen auf dem Lande sei unerträglich geworden , in vielen Departements arbeite keine Französin mehr auf dem Lande, die Landflucht gerade unter dem weiblichen Proletariat sei sehr groß , ebenfalls unter den Kleinbauern - bei diesen noch stärker als bei dem männlichen trotz des Militärdienstes.

So sieht also in Wirklichkeit das " glückliche Frankreich " aus, von dem die Volksfrontschwindler immer Wunderdinge erzählen.

.....
Aus D ä n e m a r k :

Beschränkung der gewerkschaftlichen Demokratie.

=====

Vor zwei Jahren hat die Leitung der Zentralorganisation der Gewerkschafter einen Vorschlag eingereicht zu einer Revision der Abstimmungsregeln, wonach den Gewerkschaftsleitungen bei Entscheidungen über Tarifregelungen eine außerordentlich große Kompetenz auf Kosten der Mitglieder zugesichert werden sollte. Dieser Vorschlag stieß auf starken Widerstand nicht nur unter den Mitgliedern , sondern auch unter leitenden Gewerkschaftsfunktionären . Die Opposition trat dafür ein , daß bei allen Tarifregelungen nur die Urabstimmung der Mitglieder selbst maßgebend sein sollte.

In diesen Tagen ist endlich die Frage entschieden worden, indem der Vorschlag der Gewerkschaftszentrale , wenn auch in abgeschwächter Form , angenommen wurde. Nach den neuen Abstimmungsregeln sollen die Schlichtungsvorschläge usw. immer den Mitgliedern zur Urabstimmung vorgelegt werden - wenn aber weniger als 75 % der stimmberechtigten Mitglieder an der Abstimmung teilnehmen, so soll eine " kompetente Versammlung " (das heißt meistens die Verbandsleitung) für die übrigen Mitglieder bis auf 75 % stimmen. Bei den gewerkschaftlichen Abstimmungen nimmt oft ein ziemlich geringer Prozentsatz der Mitglieder (30. - 50 %) an der Abstimmung teil. Nach der neuen Regeln kann also die Verbandsleitung eine solide Mehrheit unter den an der Abstimmung teilnehmenden Arbeitern in eine Minderheit verwandeln. Wenn zum Beispiel 37 % der Mitglieder gegen einen Schlichtungsvorschlag stimmen, und keiner dagegen , so kann die Verbandsleitung, die in diesem Falle über 38 % der Stimmen verfügt , die Annahme des Vorschlages erzwingen.

Dieser Anschlag gegen die gewerkschaftliche Demokratie wurde damit begründet , daß dadurch verhindert werden soll, daß eine " zufällige " Minderheit der Arbeiter über Krieg und Frieden entscheiden kann. Der wirkliche Zweck ist natürlich , der Regierung und der Gewerkschaftsspitze zu ermöglichen, unpopuläre Schlichtungsvorschläge durchzusetzen , ohne zu Zwangsschlichtungen und ähnlichen Manövern greifen zu müssen , wie das in den letzteren Jahren mehrmals der Fall war.

Arbeiterpolitik

No. 10/ VI. Jahrgang

Zweite Märzwoche 1939

Das Pronunciamiento in Madrid.

"Pronunciamiento" ist in Spanien und in südamerikanischen Staaten der hergebrachte Name für einen Putsch der Armee, das heißt des Offizierskorps. Der Putsch des Generals oder Obersten Casado ist in dieser Form des Pronunciamientos vor sich gegangen. Casado ist Berufsoffizier. Er bildete zunächst ein "Komitee der nationalen Verteidigung" (C.N.D.) im Namen der "Volksarmee", das heißt in Wirklichkeit der Offiziere, die die rasche Kapitulation vor Franco durchführen wollen. An Casado schloß sich der bekannte General Miaja an, der Verteidiger von Madrid, der der Kommunistischen Partei Spaniens beigetreten war. In der von Casado gebildeten "Regierung" übernahm Miaja den Vorsitz. Die dieser Regierung angehörigen Zivilisten sind nur Dekoration. Darunter ist der rechtssozialdemokratische Besteiro, zwei Angehörige der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaften (CNT), ein Vertreter der reformistischen Gewerkschaften (UGT), sowie einige bürgerliche Republikaner. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Militärdiktatur. Über den Zweck des Putsches lassen die Erklärungen von Casado und Miaja keinen Zweifel. Es handelt sich um die Aufgabe des militärischen Widerstandes, um die Kapitulation vor Franco.

Die vorliegenden Nachrichten lassen keinen Zweifel daran, daß die Hand der englischen und französischen Regierungen dabei im Spiele war. Die konservative englische Zeitung "Daily Telegraph" teilt mit, daß die Vorbereitung des Staatsstreiches durch Casado und Besteiro bereits seit 8 Tagen in London bekannt war. Der englische Konsul in Madrid hatte mit Casado verhandelt und gemeinsam mit ihm die Vorbereitungen getroffen. Ebenso waren die französischen Regierungskreise vorher unterrichtet, was den Schluß zuläßt, daß auch sie an den Vorbereitungen mitbeteiligt waren. Zu diesen Vorbereitungen gehörte auch der Rücktritt Azanas, des bisherigen Präsidenten der Republik, sowie sein Rücktrittsschreiben, das den raschen Friedensschluß und die Aufgabe weiteren Widerstandes forderte. Es ist kein Geheimnis, daß der Rücktritt Azanas auf den Druck der englischen und französischen Regierung erfolgte. Die militärische Junta mit Casado an der Spitze berief sich gerade auf diesen Rücktritt, um nach dem Vorbild der englischen und französischen Regierungspresse zu erklären, daß nach diesem Rücktritt die Regierung Negrin keine gesetzliche Grundlage mehr besitze. Aber welches ist die Grundlage der "Regierung" der Militärjunta CASADOS? Sie ist lediglich der militärische Putsch, sie ist noch brüchiger als es die Grundlage der Regierung Negrin nach dem Rücktritt Azanas war. Aber dieselbe englische und französische Regierungspresse, die die Einwände gegen die Legalität der Regierung Negrin erhob, schweigt sich bezeichnenderweise jetzt vollständig aus über die Legalität der "Regierung" Casado. Da die Miaja-Casado dem Willen der englischen und französischen Bourgeoisie entsprechend die rasche Kapitulation vor Franco durchführen wollen, so wird von ihnen die Frage ihrer Legitimation vorsichtigerweise überhaupt nicht aufgeworfen. Diese Frage ist für sie augenblicklich von keinem Interesse. Aber für die Zukunft der werktätigen Klassen Spaniens ist es nicht ohne Bedeutung festzustellen, daß die Militärjunta Miaja-Casado keinen Auftrag von ihnen bekommen hat und daß sie also nicht legitimiert ist, im Namen der Werktätigen Spaniens zu sprechen und zu handeln.

Die Junta gibt sich aus als die Befreierin Spaniens von der " kommunistischen Tyrannei " (Erklärung Besteiros) , sie appelliert an Franco und die Faschisten mit der Behauptung , daß durch das Ausscheiden der Kommunisten nunmehr im republikanischen Lager " jeder fremde Einfluß " ausgeschaltet sei. Das ist ein plumper Schwindel - Der " Regierung " Casado ist deutlich der Stempel des englisch-französischen Imperialismus auf die Stirn geprägt. Die englische Regierungspolitik hegte ja längst den Plan , das von ihr gewünschte Kompromiß mit dem Faschismus durch die " Soldaten " , das heißt durch die republikanischen faschistischen Offiziere abmachen zu lassen. Und das offiziöse Organ des französischen Auswärtigen Amtes bestätigt zu allem Überfluß diesen Sachverhalt , indem es schreibt :

" Unter Soldaten , die in den respektiven Lagern loyal ihre Pflicht getan haben , sollte es nicht unmöglich sein, sich über die Bedingungen einer Regelung sich zu verständigen , die vollständig diktiert wird durch den Sieg der Nationalisten und die Unmöglichkeit für die Republikaner , wirksam den Widerstand fortzusetzen. "

(" Temps " 8. März 1939)

Casado und die Seinen mit Miaja haben in Madrid die kommunistischen Parteilokale besetzt und zahlreiche Kommunisten verhaftet. Gegen den Putsch haben sich einige kommunistische Bataillone erhoben und leisten auch Arbeiter der Vororte von Madrid Widerstand. Die Regierung Casado geht gegen sie mit Tanks und Flugzeugen vor und fordert die Milizianos durch einen Rundfunkaufruf auf , die kommunistischen Offiziere und Führer niederzuschießen , die sie auffordern , sich gegen die Regierung zu wenden. Negrin und seine Minister , sowie eine Anzahl kommunistischer Führer und Offiziere haben sich nach Frankreich geflüchtet , darunter der kommunistische Minister Uribe , die Pasionaria , der bekannte Oberst Lister usw. Die republikanische Flotte hat sich nach dem französischen Hafen Bizerta in Tunis begeben , wo sie entwaffnet und interniert wird.

Dem Pronunciamiento von Madrid war am Morgen desselben Tages ein Putschversuch im Hafen von Karthagena vorausgegangen, der aber anscheinend mißglückte.

Die Regierung Negrin und die Kommunistische Partei Spaniens erscheinen jetzt in der Rolle, daß sie den Widerstand bis zum Letzten fortsetzen wollten. In Wirklichkeit ließ auch ihre Politik keinen anderen Ausweg. Die Casado-Miaja und Besteiro haben ihnen dieses undankbare Geschäft abgenommen.

Der Militärputsch Casados ist nur das logische Ergebnis der Regierung Negrin und der Volksfront . Die Regierung Negrin hatte nach den Mai-kämpfen von Barcelona die revolutionären Errungenschaften der Arbeiter und Bauern liquidiert und die wirkliche Kommunistische Partei Spaniens: die POUM für illegal erklärt und ihre Führer verhaftet oder ermordet. Schließlich blieb auch vom bürgerlich-republikanischen Programm nichts mehr übrig , als die nationalistische Losung " Spanien den Spaniern " , das heißt die Entfernung der fremden italienischen und deutschen Truppen vom spanischen Boden , die " Wiederversöhnung " der Spanier, das heißt die Versöhnung mit den spanischen Faschisten. In der Armee war alle Macht in die Hände der Offiziere gelegt worden. Der Militärputsch Casados war nur die Vollstreckung dessen, was von Negrin und der Kommunistischen Partei Spaniens vorbereitet worden war. Die " Soldaten " , das heißt die bürgerlichen Offiziere gaben schließlich dem Bißchen, was von der bürgerlichen Republik noch übriggeblieben war, den Fußtritt und schwenkten sich auf dem bei ihnen üblichen Wege des Pronunciamientos gestützt auf den Belagerungszustand in den Sattel. Der einzige Ausweg wäre für die werktätigen Massen Zentralspaniens , wenn sie von dem Widerstand gegen das Pronunciamiento von Casado-Miaja dazu übergangen, nicht für die Wiederherstellung der Herrschaft Negrins und der Stalinisten , sondern für die Errichtung ihrer eigenen, der proletarischen Diktatur zu kämpfen.

Leider sind die Aussichten dafür gering. Die Volksfront, die Vernichtung der revolutionären Errungenschaften der Arbeiter und Bauern Spaniens durch die Volksfront, die im Interesse der spanischen Bourgeoisie und zum Besten des englischen und französischen Imperialismus erfolgt ist, hat im weiten Maße die Kampfkraft der Werktätigen zermürbt. Um den Ausweg zur proletarischen Diktatur zu bahnen, dazu gehört die Führung durch eine wirkliche revolutionäre Partei. Die einzige revolutionäre Partei des Proletariats, die in Spanien vorhanden war: die POUM war immer im zentralspanischen Gebiet sehr schwach. Sie ist natürlich durch die Verfolgungen der Stalinisten und Reformisten noch weiter geschwächt.

Das Pronunciamento der Casado und Miaja war nur möglich durch die tiefe Enttäuschung, Ehtmutigung und Demoralisierung der werktätigen Massen, die die Folge der Volksfrontpolitik war. Von der bürgerlichen Republik, um deren Willen Stalinisten, Reformisten und die anarcho-syndikalistischen Führer die Ansätze der proletarischen Revolution mit Gewalt und List vernichtet hatten, blieb schließlich nur noch der Offizierssäbel zurück, der mit einer Handbewegung die republikanischen Kulissen beiseiteschiebt, die Negrin und die Stalinisten wegräumt, um sich mit Franco zu verständigen. So verwirklicht sich die Losung der Wiederversöhnung der Spanier.

Es ist jetzt aber schon völlig klar, daß Franco an keine "Verhandlungen" mit der Junta von Madrid denkt. Seine Presse fordert die bedingungslose Übergabe. Noch mehr, sie erklärt, daß Madrid genau wie Barcelona militärisch fallen müsse.

Und es ist sehr bezeichnend, daß jetzt unisono die franquistische Presse, die Presse Mussolinis und die Nazipresse ihrerseits die Frage der Legitimierung der Regierung Casado-Miaja aufwirft und erklärt, sie werde nicht den Streich von Menorka wiederholen lassen, sie werde nicht in die vom englisch-französischen Imperialismus gestellte Falle gehen usw. Casado-Miaja bleiben nur übrig, sich mit der weißen Fahne in der Hand nach Burgos zu begeben.

Die deutsche Nazipresse erklärt, die militärische Bezwingung Madrids sei deshalb nötig, damit nicht später die Republikaner erklären könnten, sie seien nicht militärisch geschlagen worden. Bekanntlich ist ja gerade die junkerlich-militaristische und faschistische Reaktion in Deutschland jahrelang mit der Lüge krebserkrankt, die deutsche Armee sei im Weltkrieg nicht militärisch geschlagen, sondern von hinten vom "Marxismus erdolcht" worden. Vor allem aber braucht Mussolini den militärischen Sieg Francos über das zentrale Spanien, um seine Ansprüche gegenüber Franco zu erhöhen und um einen Vorwand zu haben, um seine Truppen, solange es ihm beliebt, in Spanien zu halten.

Die Arbeiter und Bauern Spaniens brauchen keine Legenden, Sie sind an der Front und im Hinterland durch ein und dasselbe geschlagen worden: durch die Volksfrontpolitik, durch die Erwürgung der proletarischen Revolution, für die vor der spanischen Arbeiterklasse, wie vor der internationalen Arbeiterbewegung der Stalinismus die Hauptverantwortung trägt. Nur wenn der Widerstand, den ein Teil der Madrider Milizen und Arbeiter gegen das Pronunciamento der Casado-Miaja leistet, sich zum Ziele setzen und imstande sein würde, die proletarische Diktatur aufzurichten, nur dann würde eine Aussicht bestehen, um noch die Lage zu wenden. Der Bankrott der Volksfrontpolitik, ihr militärischer, politischer, wirtschaftlicher Bankrott, ist eine Lehre von entscheidender Bedeutung nicht nur für die werktätigen Klassen Spaniens, für die sie die Voraussetzung ihrer revolutionären Wiedererhebung ist, sie hat darüber hinaus eine allgemeine Bedeutung für die internationale Arbeiterschaft. Ob die spanische Arbeiterklasse noch die Kraft aufbringt, zur proletarischen Diktatur vorzustößen, werden die nächsten Stunden und Tage zeigen. Es ist jeden-

falls klar, daß die wirklichen Revolutionäre Spaniens bei dem Widerstand gegen das Pronunciamento der Casado und Miaja sich nur dieses Ziel stellen können.

Sollte die Kraft dazu nicht mehr ausreichen, so wird die Lehre von der katastrophalen Wirkung der Volksfrontpolitik die unerläßliche Voraussetzung werden für die revolutionäre Wiedererhebung der spanischen Arbeiterklasse in der Zukunft.

Die englische Presse rechnet bereits mit dem Zusammenbruch von Madrid und damit Zentralspaniens in einigen Tagen. Das war der Zweck des Putsch von Casado und auf diesen Zweck gründen sich die Hoffnungen der englischen und französischen Großbourgeoisie.

Wie dabei die Interessen des englisch-französischen Imperialismus fahren würden, ist nicht die Sorge der internationalen Arbeiterklasse, und wenn je, so wäre es gerade jetzt grotesk, von einem Gesamtinteresse der "europäischen Demokratie" zu reden.

Dagegen ist es die ureigenste Sache der internationalen Arbeiterklasse, sich schützend und helfend vor die werktätigen Klassen Spaniens zu stellen, die der Terror und der Verrat des Faschismus, wie der bürgerlichen Demokratie von allen Seiten umstellt hat.

Krieg und Frieden .

Die Sitzung des Nationalrats der SFIO.

Am 4. und 5. März 1939 fand in Paris die Tagung des Nationalrats (Conseil National) der SFIO statt. Die Sitzung war beherrscht von der Kriegsfrage. Die Sitzung zeigte, daß die Kriegsfrage bereits jetzt noch vor dem Ausbruch des Krieges einen tiefen Riß in die SFIO hineingebracht hat, der nur noch äußerlich überkleidet ist. Die Gegensätze zwischen der sozialpatriotischen und der sozialpazifistischen Richtung, die einen unter dem Namen Léon Blums, die anderen unter dem des Parteisekretärs Paul Faure traten sich mit großer Schroffheit und in zugespitzten Formulierungen gegenüber. Die Versuche der Versöhner (Anhänger der Synthese) waren vergeblich. Der proletarisch-revolutionäre Standpunkt fand im Conseil National keinen Ausdruck.

Es wurde beäugnet, einen außerordentlichen Parteitag der SFIO vom 27. bis 30. Mai 1939 in Nantes stattfinden zu lassen.

Sodann entspann sich die allgemeine Debatte über die Kriegsfrage, die Außenpolitik, die spanische Frage, die Innenpolitik, das Verhältnis zur Kommunistischen Partei Frankreichs, insbesondere zu ihrem an den Conseil National gerichteten Angebot einer Einheitsfrontpolitik im Lande.

Wir geben im Folgenden charakteristische Auszüge aus den Diskussionsreden wieder:

Le Bail: (ein Vertreter der sozialpazifistischen Richtung) sagte u. a.: Man darf nicht eine Politik in der Opposition haben und eine andere, wenn man an der Macht ist. Es ist demagogisch, eine Politik der Festigkeit vorzuschlagen, ohne im Innern die Mittel für diese Festigkeit zu verwirklichen.

Der Redner behauptet, daß die freie Durchfuhr der Waffen in Katalonien

nicht ausgereicht hätte, um die Lage zu retten. Wenn etwas mehr dazu nötig war, so hätte man es sagen müssen. Selbst die Sendung von Truppen hätte nach seiner Ansicht nicht genügt. Der Redner bedauert, daß der "Populaire" die spanischen Republikaner aufgefordert hat, den Widerstand fortzusetzen. Er erklärt sich gegen die "Union nationale", gegen den Burgfrieden. Die Kommunistische Partei habe sich durch ihre Haltung im September diskreditiert. Daher ist er gegen die "organisatorische Einheit" hinter dem Stalinismus. Die Partei müsse danach streben, die Tradition des Klassenkampfes wieder aufzunehmen.

Es ergibt sich aber aus seinen Ausführungen, daß er diese Aktion des Klassenkampfes sich im Sinne des Pazifismus vorstellt. Er sagte zum Schluß:

"Die Partei muß die große Partei des Friedens sein. Versinken wir nicht im Trieb sand des Stalinismus."

Ein Redner von Senegal wendet sich scharf dagegen, daß die eingeborenen Bevölkerungen nur als Tauschobjekte oder Einsätze für die kapitalistischen Mutterländer behandelt werden. "Wir wollen nicht das Objekt von möglichen Abkommen sein", erklärte er.

Deixonne (Cantal) erklärt sich für die organisatorische Einheit mit der Kommunistischen Partei, aber nicht für die Unterordnung unter sie.

Leo Lagrange erklärt: "Entweder wir machen den Sozialismus oder man wird gegen uns eine Karikatur des Sozialismus machen".

Es bleibt bei dieser allgemeinen Phrase.

Roucaÿrol (Hérault) erklärt zur Frage der internationalen Konferenz, man dürfe für sie nicht Bedingungen stellen, wie die der Wiederherstellung der republikanischen Souveränität in Spanien oder der Rückkehr der Sudetendeutschen zur Tschechoslovakei.

"Man muß zu dieser Konferenz in dem Geisteszustand gehen, daß wir es sind, die die meisten Zugeständnisse zu machen haben...."

Marx Dormoy wendet ein: "Ja, in einer allgemeinen Regelung".

Roucaÿrol stimmt ihm zu. Man dürfe nur eine Bedingung für die Konferenz stellen, die der kontrollierten Abrüstung.

Die Resolution zur inneren Lage besagt im Wesentlichen, daß der Nationalrat der Meinung ist, daß die parlamentarische Gruppe sich bemühen muß, eine Mehrheit wieder herzustellen, die dem Ergebnis der Wahlen und den wahren Interessen des Landes entspricht. Diese Resolution wird mit 6.704 : 490 Mandaten angenommen.

In der allgemeinen Debatte spricht weiter Zyromski, der mit dem Léon Blum-Flügel zusammengeht:

"Die Einkreisung Frankreichs geht weiter.... Ebenso die "Einkreisung unseres Kolonialreiches (!) Alle unsere imperialen Wege sind abgeschnitten."

Er ist für eine "Politik der Initiative und der Kühnheit". Er fordert insbesondere

1. die Aufhebung des Statuts der Italiener in Tunis und die Zurücknahme des 1935 abgetretenen Gebietes;
2. die sofortige Besetzung der strategischen Punkte von Valencia bis Karthago;
3. wirksame Hilfe für die Republikaner.

Was nötig ist, ist einen Block der antifaschistischen Nationen gegen

die totalitären Staaten zu machen. Man muß ein Überlegenes Kräfteverhältnis zugunsten der Demokratien wieder herstellen.

Diese Politik enthalte ein Kriegsrisiko, "Aber in gewissen Augenblicken muß man verstehen, das Risiko des Krieges zu laufen, um den Frieden zu erlangen". Den Sozialpazifisten ruft er entgegen:

"Nein, wir sind die lebendigen Revolutionäre, wir haben die Flammendes traditionellen Sozialismus bewahrt, Ihr habt nur seine Asche behalten".

Lussy sagte: Es handele sich bei der sozialpazifistischen Minderheit nicht mehr um eine Opposition der Richtung (opposition de tendance), sondern es handle sich um einen Tendenzprozeß in Permanenz (procès de tendance en permanence).

Lebas, der Vertreter der Federation du Nord: Gegenüber den Vorwürfen der sozialpazifistischen Minderheit weist er darauf hin, daß die Militärkredite einstimmig von der parlamentarischen Gruppe angenommen worden seien. Ebenso die Beibehaltung der zweijährigen Dienstzeit und die technische Verbesserung der Kader. Alles das, habe man zusammen gemacht:

"Und unter der Regierung Léon Blum hat man vergessen, daß man die Mittel der Sicherheit des Landes entwickeln mußte? Wer hat bei den Kabinettsberatungen protestiert? Niemand. Alle unsere Minister sind einstimmig gewesen. Und alle unsere Abgeordneten. Und die Partei selbst. Also...?"

Der schlimmste Feind sei der Faschismus. Er sei der Attila.

"Die Demokratie, selbst die bürgerliche, erlaubt dem Proletariat, seine Fähigkeit zur Selbstbefreiung zu erreichen".

Er beruft sich dabei auf Engels. Er erklärt sich für die englisch-französische Entente und für den französisch-sowjetischen Pakt. Gegenüber den Forderungen des faschistischen Italiens und Nazideutschlands erklärt er:

"Ich sage Euch ganz klar, eine Forderung, selbst wenn sie begründet ist, aber auf Drohungen gestützt wird, kann die Sozialistische Partei sie nicht annehmen."

Als Vorbedingung für die internationale Konferenz müsse man die vorherige Räumung Spaniens fordern. Eine andere Bedingung sei die Abrüstung.

Alle Staaten müssen eingeladen werden. Er schließt mit den Worten:

"Setzen wir unsere Anstrengungen fort, unseren Kampf gegen die Sozialreaktion und lassen wir das Land wissen, daß unsere Partei bereit ist, noch schwerere Verantwortungen zu übernehmen, als diejenigen von gestern."

Das ist im Grunde das Angebot zum Burgfrieden und zur Teilnahme an einer Burgfriedensregierung.

Arnol, Sozialpazifist: "Die Kolonialfrage, es sei leicht zu sagen, wir werden Nordafrika nicht abtreten. Ist man niemals dafür gewesen, mit Deutschland über die Kolonien zu verhandeln?"

Lebas wirft ein: "Im Rahmen einer allgemeinen Regelung".

Weiter sagt Arnol: "Man klammert sich nicht genügend an alle Möglichkeiten, um den Frieden zu retten. Um ihn zu retten, sind wir bereit, alle möglichen Kontakte aufzunehmen. Und Ihr (das gilt den Sozialpatrioten) habt nicht das Recht, den eifigen Gedanken einer internationalen Konferenz durch ich weiss nicht welche Vorbedingungen zu ersticken. Wenn Ihr überzeugt seid, daß wir mit dem Rücken zur Mauer stehen, dann sagt, daß der Burgfriede selbst in der Zeit des Friedens praktiziert werden muß."

Bracke ruft dazwischen : " Niemals und selbst in der Zeit des Krieges hätten wir ihn niemals angenommen. "

Wozu zu bemerken ist, daß Bracke hier sicherlich nicht die allgemeine Meinung der Mehrheit ausdrückt.

Der Versöhnler Rivière charakterisiert den gespannten Zustand in der Partei. " Ein Mißverständnis ist zu einem chronischen Spannungszustand geworden, der sich jeden Tag verschärft. Man ist dazu gekommen, daß man sich in allen Fragen entgegentritt... "

Er erklärt , die Nichtintervention ist die Verteidigung des Friedens gewesen. Worauf Marius Moutet dazwischen wirft :

" Die Nichtintervention ist eine notwendige diplomatische Fiktion gewesen. - Moutet war der Kolonialminister der Regierung Blum . - Die Intervention wäre eine ganz besonders furchtbare Lage gewesen . "

Lazurik erklärt : Um Deutschland in den Wirtschaftsstrom einzuschalten, muß man ihm Erleichterungen und Möglichkeiten geben " .

Marx Dormoy wirft einem Anhänger der Minderheit vor , daß er gehässige Artikel gegen die Vertreter der Mehrheit geschrieben habe und erinnert bei dieser Gelegenheit an die Hetzkampagne , die 1914 gegen Jaurès getrieben worden sei. " Ihr kennt, was darauf folgte " . Der Redner betont, daß man nicht mehr dieselbe Sprache in der Partei spreche.

Spinasse : " In der gegenwärtigen Lage würde die Wiederherstellung der spanischen Republik in ihrer Souveränität die Intervention im Kriege bedeuten, die die Partei ausgeschaltet hat Indem wir den ökonomischen Hebel benutzen, werden wir langsam die wirtschaftliche Freiheit wieder herstellen, die das deutsche politische Regime beeinflussen wird.. Das ist unsere einzige Chance , den Krieg zu vermeiden. "

Vincent Auriol erklärte u.a. : " Hitler weiss, daß im Falle des Konflikte die Hälfte von Frankreich nicht marschieren würde. "

Zur Frage der Beziehungen der SFIO zur KP bringt Arnol einen Zusatzantrag ein, der sich gegen eine Einheitsfrontkampagne zusammen mit der KP ausspricht .

Ein Zusatzantrag Zyromski erklärt sich für das Angebot der KP und für " eine verstärkte Volksfront " .

Paul Faure erklärt sich für den Zusatzantrag Arnol,

Bei der Abstimmung ergeben sich :

für das Amendment Arnol 3.330 Mandate ,
Zyromski 1.387 "
2.693 Enthaltungen.

Darauf erklärte Lebas , bei der großen Zahl der Enthaltungen könne man den gefaßten Beschluß nicht als Richtlinie annehmen und solle der Parteileitung das Weitere überlassen. Dabei scheint sich der Conseil National zu beruhigen.

Die Abstimmung über die außenpolitische Resolution ergab :

4.018 Mandate für die Resolution der Mehrheit (Lebas)
3.140 " " Minderheit (Spinasse)
200 Enthaltungen
183 abwesend .

Aus dieser Abstimmung geht hervor , daß die Spaltung in die Richtungen des Sozialpatriotismus und des Sozialpazigismus in der SFIO so ziemlich mitten durch die Partei geht.

Wirtschaftliches aus Deutschland.
=====

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten wachsen. Ein Erlaß der letzten Tage fordert die Durchkämmung des Handwerks, um aus dem Handwerkertum zusätzliche gelernte Arbeiter für die Großbetriebe herauszuholen. Aus den Angaben der Nazipresse ergibt sich, daß eine erhebliche Anzahl von Handwerkerkern , vielleicht ein Drittel oder mehr, davon betroffen wird. Aufgelöst werden sollen solche Handwerkerbetriebe , für die kein genügendes Bedürfnis bestehe oder solche, deren Inhaber nicht die nötige Qualifizierung für das Handwerk besitze usw. So trampelt der Faschismus seine Versprechungen für die Rettung des Handwerks unter die Füße.

Ein helles Licht auf die Lage der Arbeiterschaft werfen die zahlenmäßigen Angaben , die im Handelsteil der " Frankfurter Zeitung " über den Rückgang der Förderleistung im Ruhrbergbau gemacht werden. Als Ursachen werden genannt : 1. die ungenügende Ernährung der Bergleute ; 2. die Hereinnahme nicht genügend fachlich ausgebildeter Arbeiter. In außergewöhnlichem Umfange hat die Erscheinung zugenommen, daß die Arbeiter Schichten ausfallen lassen. Die Unternehmer schlagen vor, den Bergleuten wie im Kriege Schwerarbeiterzulagen zu geben.

Aus einem Vortrag des Generalbevollmächtigten für das Baugewerbe, Todt, geht hervor, daß jetzt für die Bautätigkeit nicht mehr nur der Mangel an Metallen ein Hindernis sei , sondern daß dazu auch der Mangel an Bauholz gekommen ist. Der Generalbevollmächtigte zieht daraus die Folgerung , daß für das Baujahr 1939 die angemeldeten Bauvorhaben um die Hälfte reduziert werden müssen.

= = /// = =

Eine neue Etappe im Lohnkampf der deutschen Arbeiter .

ITF. Ein offener Kampf um Lohnerhöhungen ist im Deutschland des Naziterrores unmöglich. Doch viele deutsche Arbeiter konnten in höher entlohnte Berufe und in besser zahlende Betriebe hinüberwechseln , vielen gelang es , durch Drohung mit Abwanderung in einen Konkurrenzbetrieb , Lohnzulagen zu erzwingen. Die Lohnwanderungsbewegung nahm einen außerordentlichen Umfang an. Zeitweise wechselten , wie Staatssekretär Syrup feststellte, in einem Monat 1½ Millionen Arbeiter den Arbeiterplatz (" Frankfurter Zeitung " 26.2.39.) Im Baugewerbe , in der Metallindustrie und in der mittel-deutschen Chemie durften Arbeiter zwar nur mit Genehmigung des Arbeitsamtes eingestellt werden, doch diese Anordnung wurde immer wieder umgangen. Die Nazidiktatur hat daher jetzt angeordnet, daß in den von ihr bestimmten Berufen Arbeiter und Angestellte ihren Arbeitsplatz nur noch mit ausdrücklicher Erlaubnis des Arbeitsamtes aufgeben dürfen. Als erste sollen (wie der " Deutsche Volkswirt " am 17. Februar mitteilt) auf Grund dieser Verordnung Bergarbeiter, Landarbeiter , Arbeiter im Baugewerbe und in der Chemie , Ziegler und Steinbrucharbeiter auf unbegrenzte Zeit an den Arbeitsplatz gebunden werden. Das Unternehmerorgan hofft, daß diese Maßnahme " auf die Lohnentwicklung und die Fluktuation wohl-tätig und beruhigend " sein werde - wohltätig und beruhigend für die Unternehmer !

Wahrscheinlich aber haben die Nazis die Widerstandskraft der deutschen Arbeiter unterschätzt. Schon einmal haben sie vergeblich versucht, Arbeitern eines ganzen Berufszweiges ein Abwandern unmöglich zu machen. 2½ Jahre lang durften in den wichtigsten Industrie- und Verkehrsbetrieben Landarbeiter nur noch mit besonderer Genehmigung des Arbeitsamtes eingestellt werden; in diesen Betrieben konnten Unternehmer gezwungen werden, ehemalige Landarbeiter zu entlassen. Im November 1936 aber mußte diese Ausnahmeverordnung gegen das Landproletariat wieder aufgehoben werden.

" Derartige Verbote bewirken lediglich, daß die Arbeiter die Arbeit als Zwangsarbeit ansehen und versuchen werden, mit allen Mitteln das Verbot zu durchbrechen " - schrieb damals resigniert der Presse-Referent des Reichsarbeitsministeriums.

Es wird jetzt nicht anders sein. So lange die Nazis im gleichen Tempo weiter rüsten, wird in Deutschland der Kampf um die Freizügigkeit, der Kampf um das Recht auf Abwanderung an den besser bezahlten Arbeitsplatz weitergehen.

=0=0=0=0=0=

" Dienst nach Vorschrift " .
= = = = =

ITF. In den Ausbesserungswerkstätten der Deutschen Reichsbahn haben sich entscheidende Arbeitergruppen gegen die am 1. Januar verfügte Verschlechterung der Stückzeiten zur Wehr gesetzt. Da offener Widerstand unöglich ist, wird von diesen Arbeitergruppen konsequent nur noch " nach Vorschrift " gearbeitet. In einzelnen Werken hat daher die Untersuchung der Lokomotiven bereits einige Tage länger gedauert als vorgesehen. Die Betriebsleitung dieser Werke war über diese Verzögerung wütend, denn die Reichsbahn kann heute keine Lokomotive entbehren. Es wurde geschimpft, es wird noch schärfer angetrieben, doch dadurch steigt nur die Erbitterung der Arbeiter. Der passive Widerstand nahm zu. Die Stimmung ist in verschiedenen Werkstätten derart gereizt, daß die Betriebsleitungen beruhigend versprochen, die alten Stückpreise wieder zu zahlen, falls es sich nach zwei oder drei Monaten gezeigt hätte, daß mit den neuen Stückzeiten kein Auskommen sei. Die Arbeiter verlangen aber, daß schon heute die tatsächlich geleistete Zeit bezahlt wird und nicht nur die auf Grund der neuen Verschlechterungen angerechnete.

.....
Ein englisches Kompromißangebot an die Araber in Palästina .
= = = = =

Die englische Regierung hat in den letzten Tagen auf der Londoner Palästina-Konferenz den Arabern ein Kompromißangebot gemacht, das den arabischen Wünschen sehr weit entgegenkommt und ein schwerer Schlag für die Zionisten ist. Die Einzelheiten dieses Angebotes sind noch nicht bekannt gegeben worden. Die Zionisten lehnen das Angebot schroff ab, da es das Ende aller Hoffnungen auf einen selbständigen zionistischen Staat, die Einschränkung der jüdischen Einwanderung usw. bedeuten würde. Die Araber ihrerseits stellen weitergehende Forderungen. Der englische Kompromißvorschlag enthielt eine gewisse Übergangszeit, bis zu der die staatliche Selbständigkeit Palästinas auf arabischer Grundlage verwirklicht werden sollte. Die Araber verlangen die Streichung dieser Übergangsfrist. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird zuletzt die englische Regierung ihren Kompromißvorschlag den beiden Parteien aufkotroyieren. Die Opferung des Zionismus in Palästina und die weitgehendsten Zugeständnisse an die nationalen Forderungen der Araber sind für England unter

anderem auch ein Gegenmanöver gegen die vom deutschen und italienischen Faschismus in Palästina betriebene Agitation.

=o=o=o=o=

Aus der " Socorr " entnehmen wir ,im Anschluß an die Ausführungen in der letzten Arpo-Nummer : (ILP-Abgeordneten)

Auszüge aus der Rede Campbell Stephens im Unterhaus vom 31. Januar :

Nachdem ich den Debatten über die auswärtigen Angelegenheiten zugehört habe , muß ich bekennen ,daß ich dem ehrenwerten Mitglied für Bow und Bromley (Lansbury) näherkomme, ich werde immer mehr davon überzeugt, daß der pazifistische Weg der bessere Weg ist.

Ich schlage vor, daß der Premierminister die deutsche, französische, italienische, russische und amerikanische Regierung(warum wurde Japan vergessen ?) zu einer Konferenz einlädt , die eine Weltkonferenz einleiten soll. Aber England muß bereit sein, die Garantie zu übernehmen,daß eine solche Konferenz Wirklichkeit wird. Wenn der Premierminister die Regierungen informieren würde , daß das britische Volk (!) bereit ist (!), die gesamten Einkünfte des britischen Weltreiches (was ist mit den Millionen Eingeborner ?) , unser individuelles Eigentums (einschließlich der Parlamentsdiäten ?) und auch unser Nationaleigentum (!) in einen gemeinsamen Topf zu tun , um auf diese Weise die Armut zu beseitigen. Ich glaube , wir sollten diese einzig wahre Befriedungspolitik , die zum Weltfrieden führt , verfolgen. "

Zur Papstwahl.
= = = = =

Als Nachfolger für Pius XI. hat das Kardinalskollegium den Cardinal Pacelli , den früheren Staatssekretär Pius XI. gewählt. Die Wahl kann als eine demonstrative Antwort der katholischen Hierarchie auf die Einsprüche des italienischen und deutschen Faschismus gegen Pacelli betrachtet werden. Der Papst nennt sich Pius XII. Schon dadurch, wie auch durch andere Kundgebungen hat er seine Kampfstellung gegen die faschistischen Ansprüche gegenüber der katholischen Kirche betont.

Die Presse der sogenannten demokratischen Länder knüpft an die Wahl von Pacelli allerhand illusionäre Hoffnungen, daß der neue Papst ein Faktor sein werde, um den Ausbruch eines Krieges hinauszuschieben. Diese illusionären Hoffnungen sind ein Symptom für das Schwächegefühl der englischen und französischen Bourgeoisie, für ihre Neigung, sich an jeden Strohalm zu klammern.

Für die internationale Arbeiterklasse ist dieses demonstrative Vorgehen der katholischen Kirche ein Symptom dafür , daß die Kirche die innere Stellung Mussolinis und Hitlers als nicht sehr stark betrachtet. Die katholische Kirche kann im Allgemeinen als sehr gut informiert betrachtet werden.

= // =

Verantwortlich : E. Hirtzel, Strasbourg

Arbeiterpolitik

No. 11/VI. Jahrgang

Dritte Märzwoche 1939

Das ENDE der Tschechoslowakei .

=====

Ende der vorigen Woche wurde von der englischen Regierung an die Presse eine Direktive gegeben, wonach die internationale Lage sich gebessert habe und für die nächste Zeit keine erheblichen Störungen mehr zu erwarten seien. Der spanische Krieg würde rasch zu Ende kommen. Dann werde man die italienisch-französischen Streitpunkte bereinigen. Die italienischen Forderungen seien mässig. Sie gehen immer nach der englischen Regierungsquelle, nicht hinaus über die Forderung eines Freihafens in Dschibuti, eines größeren italienischen Anteils an der Bahn Dschibuti-Addis-Abeba, einer Beteiligung Italiens an der Verwaltung des Suezkanals - Fragen, über die sich reden lasse. Dann werde man mit Deutschland und Italien über ein Luftabkommen verhandeln: Verbot der Luftangriffe auf die Zivilbevölkerung. Und schließlich, vielleicht am Ende des Jahres, werde man eine internationale Abrüstungskonferenz einberufen können. Vorhergegangen waren im Parlament die Erklärungen des britischen Luftfahrtsministers über die kolossale und rasch fortschreitende Aufrüstung Englands zu Lande und zur Luft, die Vorbereitung einer englischen Expeditionsarmee von 19 Divisionen usw. Die optimistischen Direktiven der englischen Regierung über die internationale Lage waren offensichtlich dazu bestimmt, die englische öffentliche Meinung zu beruhigen und die "Atmosphäre" vorzubereiten für die Entsendung der englischen Wirtschaftsdelegation nach Deutschland, die nicht nur konkrete Abmachungen mit Deutschland treffen sollte über eine Abgrenzung der deutschen und englischen Wirtschafts- und Handelsinteressen in von beiden bestrittenen Gebieten, sondern die auch Hitlerdeutschland vom Pfad der Kriegswirtschaft auf den einer "normalen Wirtschaft" bringen sollte.

Ein nicht unwichtiger Zweck dieses Manövers war weiterer Zeitgewinn für die englisch-französische Aufrüstung, um das militärische Kraftverhältnis noch weiter zugunsten der Westmächte zu verbessern. Chamberlain hatte der Entsendung der englischen Wirtschaftsdelegation nach Deutschland eine "versöhnliche" Note an die deutsche Regierung vorangehen lassen.

Der diplomatische Berichterstatter des "Manchester Guardian" gab eine nicht uninteressante Erläuterung über die Hintergründe und Motive der offiziellen Ankündigung einer Besserung der internationalen Lage:

die Ankündigung beziehe sich auf die unmittelbaren Aussichten. Das Land sei in den letzten Wochen an einer internationalen Krise vorbeigegangen, ohne ihrer gewahr zu werden. Die Nachrichten über einen beabsichtigten Angriff Hitlerdeutschlands auf Holland und/oder die Schweiz seien richtig gewesen. In Verbindung damit habe Italien seine Truppen in Lybien verstärkt. Deutschland habe seine Kader mobilisiert und Kriegsmaterial in großem Umfang nach Italien geschickt. Gegen diese Gefahren habe die englische Regierung zwei öffentliche Warnungen erlassen: die Chamberlains vom 6. Februar und die von Lord Halifax vom 23. Februar. Warnungen, die die volle Solidarität Englands und Frankreichs betonten und sich auf die unmittelbare Lage bezogen. Diese Warnungen hätten in Deutschland gewirkt, weil die Westmächte gleichzeitig in starker Aufrüstung befindlich seien.

Die unmittelbare Gefahr eines bewaffneten Zusammenstoßes zwischen der "Achse" und den Westmächten sei dadurch für einige Zeit verschwunden. Der Zeitgewinn sei günstig für die Westmächte : 1. weil dadurch die Aussicht besteht , daß die Westmächte Hitlerdeutschland in der militärischen Rüstung überholen können ; 2. wegen der schwierigen Lage Hitlerdeutschlands. Wenn der Friede für ein Jahr gesichert werden könne, dann sei er vielleicht für Jahre , ja für Generationen gesichert. Die italienischen Forderungen seien mässig. Dschibuti sei kein " britisches Lebensinteresse " . Über Tunis seien nur in untergeordneten Dingen Zugeständnisse möglich. Das Zugeständnis eines besonderen Rechtszustandes für die italienische Bevölkerung von Tunis sei nicht möglich , weil sie eine Schwächung der englisch-französischen strategischen Stellung im Mittelmeer bedeuten würde. Da ein Vorgehen gegen die Westmächte gegenwärtig für die "Achse" zu gefährlich sei , so habe sich Deutschland wieder nach Südosten gewandt (Tschechoslovakei). Die Slowaken sollen " ein verbündeter Vasall " werden. Die Tschechen - bloße " Vasallen " . In Spanien gehe gegenwärtig ein " stiller Kampf " zwischen der "Achse" und den Westmächten vor sich. Die "Achse" müsse aber schließlich Spanien aufgeben, da seine Beherrschung durch die "Achse" nicht vereinbar sei mit der weiteren Existenz von Frankreich und England als Mittelmeermächte. Solange der stille Kampf um Spanien dauere , sei keine fundamentale Änderung der internationalen Lage zu erwarten.

Die englisch-französische imperialistische Politik sah demgemäß die Ablenkung Hitlerdeutschlands nach dem Südosten , das heißt nach der Tschechoslovakei mit günstigen Augen an . Sie rechnete offenbar damit, daß dies die Aufschiebung oder vielleicht gar den Verzicht der "Achse" auf die Aufrollung der Mittelmeerfragen bedeuten würde.

Inzwischen hat Hitlerdeutschland seinen Vorstoß " gegen Südosten " anfangs dieser Woche unternommen und rasch zu Ende geführt.

Die propagandistische Vorbereitung in Hitlerdeutschland umfaßte diesmal nur einige Tage , während sie im vorigen Jahre noch Monate gedauert hat. Die militärische Vorbereitung geschah ebenfalls in verkürzter Frist und in geringerem Umfange. Sie umfaßte etwa 200.000 Mann, die an den Grenzen der Tschechoslovakei bereitgestellt wurden und ohne Widerstand einmarschiert sind. Das Opfer war schon im September tödlich getroffen worden. Es stand von vornherein fest , daß weder England, noch Frankreich, noch die Sowjetunion sich noch um es kümmern würden. Es galt nur noch, das Opfer vollständig fertig zu machen , die Tschechoslovakei vollständig zu zerschlagen. Es ging diesmal schon ohne "europäische Krise" . Die englische und französische Presse erklärt, daß die Westmächte hier nur "Zuschauer" seien. Der englische Premierminister erklärte im Unterhaus , daß die englisch-französischen Garantien für den Bestand der Tschechoslovakei , die im Münchener Abkommen gegeben worden waren, nicht in Betracht kommen , da bis jetzt "kein unprovoked Angriff" auf die CSR vorliegt. Die " Times " erklärt, England habe sich nicht einzumischen. Der " Temps " stellt fest, die CSR "löse sich von selbst auf". Er stellt gleichzeitig fest , daß von dem Münchener Abkommen nichts mehr übrig sei - nicht einmal die dort abgemachten Verabredungen zur gegenseitigen Konsultation , wozu auch das französisch-deutsche Abkommen verpflichtete. Dabei ist ein großes Stück offizieller Heuchelei . Hitlerdeutschland hatte zuvor an England und Frankreich , eine - wie der " Temps bemerkt " ziemlich im " kavaliermässigen Tone " gehaltene Note gerichtet , die besagte , daß die deutschen Garantien für die CSR nicht in Betracht kommen, ehe nicht die zwischen der Berliner und Prager Regierung schwebenden Fragen geregelt seien. Was war das anderes als die diplomatische Ankündigung der bevorstehenden Aktion Deutschlands gegen die Tschechoslovakei . Die englische und französische Regierung zogen jedoch vor , sich taub und blind zu stellen , entsprechend dem bekannten Kernspruch : " Lieber Florian, verschon mein Haus, zünd andere an ! "

Die Aktion Hitlerdeutschlands gegen den Restbestand der CSR umfaßt nun Folgendes :

1. die Slowakei hat sich von Hitlerdeutschland bearbeitet vom tschechischen Staat getrennt, sich "unabhängig" erklärt, und fordert den "deutschen Schutz" an - ganz wie irgendein kleiner afrikanischer Negerstaat, der sich in den "Schutz" einer europäischen Macht begibt. Die Slowakei wird also im buchstäblichen Sinne eine deutsche Kolonie, die Deutschland politisch, wirtschaftlich und militärisch vollständig ausgeliefert ist. Möglicherweise wird Deutschland "Preßburg" (Bratislava) und Umgebung direkt annektieren, um sich so direkt und vollständig die Beherrschung des Donauweges zu sichern.

2. das Gebiet des tschechischen Staates, das Böhmen und Mähren umfaßt, ist erledigt. Es hat sich durch den Präsidenten der tschechoslovakischen Republik "in den Schutz Hitlerdeutschlands" begeben. Böhmen und Mähren werden einfach deutsche Provinz. In Prag wird ein deutscher Statthalter amtieren. Die entscheidenden Posten der Verwaltung werden von deutschen Beamten ausgeübt. Die Tschechen sollen allenfalls sich noch in der lokalen Verwaltung beteiligen können und eine gewisse kulturelle Autonomie besitzen. Die tschechische Armee wird auf die Stärke einer Polizeitruppe reduziert und "schließt ein Bündnis" mit Hitlerdeutschland. Hitlerdeutschland führt also auf militärischem Gebiet in Böhmen und Mähren entsprechendes durch, wie das die Ententemächte gegenüber Deutschland nach der Niederlage von 1918 getan haben. Das Gold der tschechischen Bank fließt in die Kasse der Reichsbank. Die deutschen Truppen sind in das böhmisch-mährische Gebiet einmarschiert. Prag, Brünn und andere Städte sind von ihnen "symbolisch" besetzt worden. Der tschechische Staat ist vernichtet. Das tschechische Volk wird einer Fremdherrschaft in der brutalsten und vollständigsten Form unterworfen.

Allem Anschein nach ist die Prager Regierung zuerst zu ihrem Vorgehen gegen die Slowakei von deutscher Seite ermuntert worden.

3. Die "Karpato-Ukraine" hat sich gleichzeitig mit der Slowakei für "unabhängig" erklärt und "deutschen Schutz" angerufen. Sie wurde aber sofort vor ein ungarisches Ultimatum gestellt. Die Ungarn sind einmarschiert und reichen auf der anderen Seite den Polen die Hände. Ein Stück Karpato-Rußlands soll durch die Polen den Rumänien übergeben werden.

Karpato-Rußland ist der Probestein für die weiteren Absichten Hitlerdeutschlands und der "Achse". Wenn Hitlerdeutschland jetzt zulassen wird, daß Polen und Ungarn vermittels Karpato-Rußland ihre gemeinsame Grenze verwirklichen, was Hitlerdeutschland bisher verhindert hatte, so ist der Sinn klar: es handelt sich darum, Polen und Ungarn auf Kosten Karpato-Rußlands zu befriedigen, um der "Achse" für die Aufrollung der Mittelmeerfrage im Osten den Rücken zu decken. Die Erledigung der Tschechoslowakei wäre dann nur eine vorbereitende Etappe für den kommenden Stoß nach Westen. Würde aber Hitlerdeutschland die gemeinsam polnisch-ungarische Grenze rückgängig zu machen suchen, so würde dies darauf hindeuten, daß es zunächst den Mittelmeervorstoß verschieben und seinen Vorstoß nach dem Osten fortsetzen würde (Rumänien, Polen, Jugoslawien). Das Erstere scheint das Wahrscheinlichere. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Ungarn seinen Vorstoß nach Karpato-Rußland nach vorheriger Verständigung mit Hitlerdeutschland und Italien gemacht hat. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß zunächst weitere Vorstöße gegen Rumänien und Jugoslawien erfolgen.

Die Vernichtung der Tschechoslowakei in der Art, wie sie jetzt geschehen ist, gibt Hitlerdeutschland folgenreiche neue strategische und politische Stellungen in die Hand:

1. wenn die Slowakei eine deutsche Kolonie wird und Hitlerdeutschland auch die Tatra besetzt, so beherrscht es damit strategisch Ungarn, Böhmen,

Rumänien, Südpolen.

2. an politischen Folgerungen kommen in Betracht :

(a) die Vasallisierung Ungarns durch Auflösung des ungarischen Parlaments, Vernichtung der Linksparteien in Ungarn, Einsetzen einer Deutschland ergebenen Regierung;

(b) ein Vorstoß gegen Rumänien, um dort die Anti-Nazipolitik des Königs Carol zu liquidieren und die Hand auf das Land, auf sein Getreide und sein Erdöl zu legen.

(c) ein Vorstoß gegen Jugoslawien, um dort Stoyadinowitsch wieder einzusetzen.

Italien seinerseits läßt durch Radio erklären: der Geist von München sei auf dem Marsch, die Demokratien seien besiegt. In London rechnet man jetzt mit der baldigen Anmeldung der italienischen Forderungen an Frankreich. Andererseits meldet die italienische Presse bereits kommende Forderungen des "imperialen Spaniens" an. Die Abrüstung Maltas und Korsikas, die Abtretung von Teilen Französisch-Marokkos, die Räumung Gibraltars durch England usw.

Es ist klar, daß der rasche, vollständige und widerstandslose Erfolg Hitlerdeutschlands bei der Vernichtung der Tschechoslowakei Hitlerdeutschland und die "Achse" nur ermuntern kann, den Westmächten neue Schläge zu versetzen. Dabei ist aber im Auge zu behalten, daß die jetzige Aktion gegen die Tschechoslowakei von vornherein von ihnen zugelassen wurde, eben um Hitler von einem Angriff auf ihre "lebenswichtigen Interessen" im Mittelmeer abzulenken, und daß sie bei einem Angriff auf diese wohl anders reagieren würden. Die widerstandslose Zertrümmerung der Tschechoslowakei ist zweifellos ein außenpolitischer Prestigegewinn Hitlerdeutschlands und der "Achse" gegenüber den Westmächten. Die Liquidierung der Tschechoslowakei in der Form, wie sie geschehen ist, verstärkt die strategische Gesamtstellung der "Achse" gegenüber den Westmächten im Rahmen Europas.

Die allgemeine Kriegsgefahr mag für ganz kurze Zeit verschoben sein, aber insgesamt ist sie vergrößert.

In Deutschland selbst hat die Aktion gegen die Tschechoslowakei nur die Furcht und den Haß der breiten Massen gegen den Krieg vergrößert. Daß Hitler ein halbes Jahr nach München schon die neue Aktion aufgezo-gen hat, beweist, wie sehr er sie innenpolitisch nötig gehabt hat. Aber sie wird ihm keine innerpolitische Erleichterung bringen, eher im Gegenteil.

Dem unmittelbaren Prestige- und Machtgewinn Hitlers steht aber außenpolitisch auch ein starkes Minus gegenüber. Die brutale Vernichtung des tschechoslowakischen Staates ist eine Warnung für alle anderen kleinen Staaten. Hitlerdeutschland kann durch die brutale Versklavung der Völker der CSR, diese eine Zeitlang unter Druck halten, aber es ist klar, daß damit die Fragen der nationalen Befreiung dieser unterdrückten Völker aufs Neue gestellt sind. Der Südosten wird ein Pfahl im Fleische Hitlerdeutschlands sein. Die Vernichtung der Tschechoslowakei erinnert in etwas an den brutalen Frieden von Brest-Litowsk, den das kaiserliche Deutschland durchsetzte. Dieser Friede sicherte zwar Deutschland gewisse unmittelbare Vorteile, war aber ein gewaltiges Minus für das deutsche Ansehen in der Welt. Es ist keine Frage, daß die Vernichtung der Tschechoslowakei ein ebensolches Minus vorstellt. Bei der Annexion von Österreich und des Sudetengebietes konnte der Vorwand gebraucht werden, daß es sich um den "Anschluß" deutschen Gebietes, um die Schaffung Großdeutschlands handle. Der Vorwand fällt jetzt weg, es handelt sich jetzt um nackte, brutale imperialistische Versklavung fremder Nationen.

Für die internationale Arbeiterklasse ist die Vernichtung der Tschechoslowakei durch Hitlerdeutschland und die Haltung, die die sogenannten

demokratischen Mächte dabei eingenommen haben, ein weiterer schlagender Beweis, daß die Arbeiterklasse nicht auf diese demokratischen Mächte rechnen kann, wenn es gilt, den Frieden zu verteidigen oder die nationale Existenz vom Imperialismus bedrohter Staaten zu retten. Nur das selbständige revolutionäre Auftreten der Arbeiterklasse kann der Gefahr des imperialistischen Krieges, des imperialistischen Raubes, der imperialistischen Vergewaltigung die Spitze bieten.

.....

Der Kampf um Madrid.

=====

Bereits eine Woche kämpfen in Madrid die "Kommunisten" gegen die Militärjunta Casado-Miaja. Die letzten Meldungen, die von der Militärjunta kommen, behaupten, daß die Junta in Madrid die Überhand gewonnen habe und daß nunmehr "Ruhe" in Madrid herrsche. Die Meldungen aus der Juntaquelle hatten wiederholt in den letzten Tagen behauptet, daß Casado-Miaja "Herren der Lage" in Madrid seien - die Kämpfe aber gingen weiter. Die letzten Meldungen aus Burgos besagen, daß der Kampf auch jetzt noch weitergehe.

Es ist unmöglich, aus den vorliegenden Presse- und Radio-Meldungen sich ein wirkliches Bild der Kämpfe zu machen. Nur so viel steht fest, daß die Gegner der Militärjunta ihr einen erbitterten und umfassenden Widerstand geleistet haben. Auf der Seite der "Aufständischen" haben mindestens zwei Divisionen mit etwa 30.000 Mann eingegriffen. Dazu sind offenbar noch zahlreiche bewaffnete Arbeiter gekommen. Zeitweilig war Madrid von ihnen umzingelt. Der Kampf beschränkte sich nicht nur auf das Madrider Gebiet. Er hat sich anscheinend bis auf Andalusien erstreckt. Casado-Miaja ließen den Gürtel von Madrid durch eine von außerhalb herangezogene Truppe durchbrechen. Der Kampf wurde von beiden Seiten mit Einsatz von Tanks, Geschützen und Flugzeugen geführt. Zu Beginn des Kampfes ließ die Junta zahlreiche gefangene Kommunisten erschießen. Die "Aufständischen" haben als Gegenmaßregel zahlreiche Geißel genommen. Die Franco-Truppen haben bisher nicht eingegriffen.

Die "Frankfurter Zeitung" meldete unterm 8. März 1939 aus Burgos:

"Auf der nationalen Seite hat man im Augenblick nicht die Absicht, sich in die Kämpfe einzumischen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß es den Nationalen ganz gelegen kommt, wenn die radikalen Elemente sich dort gegenseitig aufreiben. Damit wird die spätere Säuberungsaktion nur erleichtert. Die nationalen Soldaten liegen in ihren Gräben und warten - genau so wie die bereitgestellten Polizei-, Sanitäts- und Verpflegungs-Bataillone - auf den Marschbefehl Franco's."

Wer kämpfte auf den beiden Seiten und um welche Ziele?

Auf der einen Seite kämpfte die Militärjunta - die meisten leitenden Offiziere der "Volksarmee" mit den Truppen, die sich ihnen zur Verfügung stellten. Sie kämpften als Vollstrecker der Aufträge der bürgerlichen Republikaner (Azana usw.) und des englisch-französischen Imperialismus. Der Auftrag war, so rasch wie möglich ohne weiteren Widerstand vor Franco zu kapitulieren. Der Vorwand, mit dem die Junta kämpfte, war, "günstige" Bedingungen der Kapitulation vor Franco zu erzielen. Daß dies nur Vorwand war, und daß die Casado-Miaja sich keine Illusionen konnten darüber, daß sie nur bedingungslos vor Franco zu kapitulieren haben, geht unzweideutig aus der Presse Francos, wie aus den deutschen und italienischen Pressemeldungen hervor. Weder die Fahne des Antikommunismus, die die Militärjunta anpflanzen, noch ihre nationalistischen Rufe "Viva España", mit denen sie zu Beginn des Kampfes jeden ihrer

Aufrufe schloß , haben in dieser Beziehung irgendeine Wirkung auf die Franco-Regierung gehabt. Wie hier die Dinge stehen, kann man beispielsweise aus folgender Stellungnahme der " Frankfurter Zeitung " 9.3.39² ersehen :

" Man sträubt sich noch , schrieb das Blatt, die weitergehende Folgerung aus dieser Tatsache (der angeblich schon vollendeten Niederlage des roten Spanien) zu ziehen, aber die Regierung von Burgos hat es deutlich gemacht , daß diese Folgerung den Machthabern in Madrid ,wie sie sich auch jeweils zusammensetzen mögen, nicht erspart bleibe : die vollständige und bedingungslose Übergabe..... Aber Miajas Ruf " Es lebe Spanien !" überzeugt nach all dem Vorgefallenen nicht im nationalen Lager. Das Alibi will nicht gelingen.... Es kann sich also nicht darum handeln, an die Übergabe irgendwelche Bedingungen zu knüpfen. Erst recht kann es sich nicht um Bedingungen handeln, von denen schon bei der Anerkennung Francos durch England und Frankreich die Rede war , und die damals nicht aufrechterhalten werden konnten. Die Art und Weise, wie in der englischen und französischen Presse der Sturz Negrins dargestellt wird, konnte den Verdacht erwecken, als wenn jene Bedingungen nur durch eine Hintertür des spanischen Hauses eingeschmuggelt werden sollten..... "

Auch die Spekulation der Westmächte , durch die Gasado-Miaja zu Abmachungen im Sinne der Absichten des englisch-französischen Imperialismus zu kommen, hat sich also als Fehlspekulation erwiesen.

Auf der anderen Seite kämpften aber nicht " die Kommunisten " , es kämpfte in Wahrheit der entschlossenste und revolutionärste Teil der Arbeiter und der Milizianos . Dies geht schon aus den Angaben über die zahlenmäßige Stärke auf der "aufständischen " Seite hervor. Unter den Truppen, die in und um Madrid auf der Seite der "Aufständischen " kämpften, war auch ein erheblicher Teil katalanischer Truppen, unter denen sicherlich die Anhänger des Anarchismus-Syndikalismus , der CNT und FAI , zahlenmäßig überwogen. Man kann auch nicht von kommunistischer Führung reden, wobei dahingestellt sei, wie weit überhaupt von "Führung" auf der Seite der "Aufständischen" die Rede war. Die hauptsächlichsten kommunistischen Führer waren mit Negrin nach Frankreich geflohen und haben ihre Genossen sich selbst überlassen. Das konnte überdies nur ein Vorteil für diese sein.

Wofür wollten Negrin und seine stalinistischen Hintermänner den Kampf weiterführen ?

Das geht klar hervor aus Angaben ,die der Pariser Berichtersteller des " Manchester Guardian " nach Aussagen einer Person , "die in Verbindung mit Negrin stand " , gemacht hat (8.3.39.):

" Indem sie vorschlugen, bis zum bitteren Ende zu kämpfen, glaubten Dr.Negrin und Senor Del Vayo nicht einen Augenblick , daß sie den Krieg gewinnen , oder auf Burgos marschieren , oder Barcelona wieder erobern könnten, aber sie glaubten ,daß der Widerstand , den die zentrale Zone zu leisten imstande war, so stark sein würde, daß General Franco statt nach monatelang weiter zu kämpfen, einer genügenden Anzahl von Garantien zustimmen würde - etwas viel Substantielleres als die wahren Versprechungen der Milde, die der englischen und französischen Regierung gegeben worden waren. "

Auch Negrin und die stalinistischen Führer, deren Werkzeug Negrin war, wollten nur für "günstige " Kapitulationsbedingungen fechten.

Die Milizianos und die Arbeiter, die acht Tage einen heldenhaften Kampf gegen die Militärjunta geführt haben , haben begreiflicherweise nicht formuliert , wofür sie kämpfen oder jedenfalls ist das bis jetzt nicht bekannt geworden.

Es ist aber klar, daß sie sich mit aller Kraft aufbäumten dagegen, daß der Widerstand eingestellt werde, solange noch eine Kampfmöglichkeit vorhanden war und daß sie gegen die Kapitulation vor Franco waren. Und es ist ausgeschlossen, daß sie für dasselbe kämpften, wie Negrin und die stalinistischen Führer, sonst hätten sie nicht die Kraft für den energischen Widerstand aufgebracht. Wahrscheinlich wußten sie gut, gegen was und wen sie kämpften, aber weniger wo für sie kämpften. Das konnte ihnen nur eine wirkliche revolutionäre Führung sagen, die fehlte, die jedenfalls nicht die stalinistischen Führer bilden konnten. Der Kampf konnte nur erfolgreich sein, wenn er nicht nur für ein negatives, sondern wenn er für ein positives revolutionäres Ziel geführt wurde: für die eigene revolutionäre Macht der Arbeiter, Bauern und Soldaten, für die proletarische Diktatur. Dieses Kampfziel war schon dadurch geboten, daß jetzt auf der anderen Seite der Barrikade die bürgerlichen Republikaner standen, repräsentiert durch die bürgerlichen Offiziere und daß bei ihnen schließlich nur noch die nationale Losung und die Vasallenschaft unter dem englisch-französischen Imperialismus übriggeblieben war. Auf der anderen Seite der Barrikade stand nur noch eine bürgerlich-nationalistische Militärdiktatur. Die Aufgabe der wirklichen Kommunisten, wirklichen proletarischen Revolutionäre, wäre gewesen, dem Widerstand der Milizianos und Arbeiter gegen den Verrat der Militärjunta das positive revolutionäre Ziel zu geben, das Ziel der proletarischen Diktatur. Nur ein solches positives Ziel konnte den Kämpfenden neue moralische Kraft geben, nur unter dieser Voraussetzung bestand noch eine Aussicht, das Schicksal des Kampfes überhaupt zu wenden. Der achtstägige Kampf um Madrid zeigte, welche gewaltig bewundernswerte Kampfkraft immer noch den besten Teil der Milizianos und der revolutionären Arbeiter beseelte. Gerade dadurch, daß die kommunistischen Parteimitglieder, die an dem Kampf beteiligt waren, von ihren Führern im Stiche gelassen worden waren, gerade das verbesserte die Chance für wirkliche Revolutionäre, dem Kampf ein neues positives revolutionäres Ziel zu geben, das den Bruch mit der Volksfront, den Bruch mit der Politik des Stalinismus und Reformismus, wie des Anarcho-Syndikalismus bedeutete.

Wir wissen nicht, ob tatsächlich irgendwelche revolutionären Kräfte vorhanden waren, um den Kämpfenden die revolutionäre Führung zu geben, die sie brauchten. Wir wissen nur, daß dies die Aufgabe der Stunde war, daß es die einzige und letzte Chance sowohl des Sieges im Kampfe gegen die Militärjunta, als auch der Herbeiführung einer Wendung im Kampfe gegen Franco war. Selbst wenn die Aufständischen für die proletarische Diktatur kämpfend, geschlagen worden wären, so hätte das eine ungeheure Bedeutung für die Zukunft haben müssen.

Die Opfer der kampflosen Kapitulation vor Franco werden nicht geringer, sondern eher größer sein, als die des revolutionären Widerstandes und für die Zukunft des revolutionären Klassenkampfes in Spanien ist es ein himmelweiter Unterschied, ob die Arbeiter und Milizianos mit der Fahne der Revolution in der Hand das Schlachtfeld verlassen, oder mit der ~~weißen~~ Fahne der Kapitulation.

Arbeiter in Franco-Spanien.

ITF. Der Generalsekretär der von den spanischen Faschisten vernichteten katholischen Gewerkschaften im Baskenland hat eine Übersicht über die Lage der Arbeiter in Franco-Spanien veröffentlicht. Er berichtet: "Das Baskenland ist unglücklicherweise der überwältigenden Übermacht der Feinde erlegen. Im Baskenland wurde eine Militärdiktatur errichtet, deren einheimische und ausländische Stützen geschworene Feinde der Arbeiter und der Arbeiterrechte sind, gleich, ob es sich um christliche oder marxistische Arbeiter handelt. Die Militärdiktatur hat eine pompös

" Arbeitsgrundgesetz " genannte Verordnung veröffentlicht, in der von Gewerkschaften, Einheitsorganisationen, Wirtschaftsprozeß, hierarchischer Ordnung... gesprochen wird, aber mit allen schönen Worten kann man nicht die simple Tatsache verdecken, daß die Löhne (unter der Militärdiktatur) einschneidend gekürzt wurden und daß die Gewerkschaften vernichtet worden sind...

Fast alle Arbeiterorganisationen (die noch in Franco-Spanien bestehen werden von der Phalange espagnole kontrolliert, was natürlich bedeutet, daß sie im Interesse der Kapitalisten arbeiten müssen. Das System ist nach italienischem Muster aufgebaut und die Tätigkeit der faschistischen Arbeiterorganisationen in Italien ist genügend bekannt. Man begnügt sich, wie schon so oft gezeigt wurde, damit, von der Regierung diktierte Maßnahmen zu schlucken und durchzuführen, Maßnahmen, die immer den das System stützenden Unternehmern zugutekommen...

Die Löhne sind in der Mehrzahl der Fälle heute noch schlechter als zur Zeit der Monarchie... Alle Löhne sind niedriger als vor Kriegsausbruch - trotzdem die Lebenshaltungskosten sich seitdem verdoppelt haben".

Die Pariser Gewerkschaftskonferenz

Der dreitägige Kongreß des Pariser Gewerkschaftskartells Ende vergangener Woche bewegte sich im Rahmen der für solche Tagungen üblich gewordenen Debatte zwischen den Stalinisten und den "Munichois". Der Gewerkschaftssekretär Herr Reynaud entwarf ein recht düsteres Bild über die Lage der Pariser Arbeiter infolge "der Offensive der 200 Familien": Abschaffung der Vierzigstundenwoche, Zerstörung der gewerkschaftlichen und politischen Freiheit, harte Strafen gegen die Funktionäre, ein ganzer Hagel von Entschuldigungsverfahren, die die Finanzen der Gewerkschaften ruinieren sollen, verleumderische Pressefeldzüge, "denen man mit juristischen Mitteln" entgegentreten müßte. Die Hauptschuld an diesem Zustand trage die Regierung Daladier-Bonnot, deren verräterische Außenpolitik Frankreich zugrunde richte. Nur die Interessen der Arbeiter seien mit denen Frankreichs identisch, die Bourgeoisie sei anti-national.

Delsol von den Gasarbeitern sagte das übliche Sprüchlein der "Munichois" her, Charbit von den Buchdruckern sprach sich gegen die Fortsetzung der Volksfrontpolitik aus. Bureau von den Lehrern verteidigte ebenfalls die pazifistische Linie und fügte hinzu, die Völker der totalitären Länder seien im Gegensatz zu ihren Diktatoren friedliebend.

Diese paar vernünftigen Äußerungen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Opponenten der Stalinisten ebensowenig eine richtige Politik betreiben, wie diese selbst.

Den Vogel schoß unstreitig Frachon vom Bundesbüro der CGT ab:
" Der Generalstreik ist kein Fehlschlag gewesen, sondern der Anfang des Kampfes gegen die Notverordnungen ". !!

Der Tätigkeitsbericht wurde mit 2.036 : 193 Stimmen angenommen. In der Schlußresolution, die von Hénaff vertreten wurde, sind folgende 4 Forderungen aufgezählt: Arbeit für Alle, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Verteidigung der noch verbliebenen Freiheiten, Aufrechterhaltung des Friedens.

Die ersten drei Punkte wurden einstimmig, der letzte gegen die Stimmen der Pazifisten angenommen.

Diese Tagung des Pariser Gewerkschaftskartells zeigt drastisch, auf welchem Tiefstand die französische Arbeiterbewegung bereits angelangt ist.

Joe Elwood : Die Militarisierung der amerikanischen Jugend

dem "Workers Age" entnommen.

Die Politik der Regierung vernebelt das Ziel.

Die schmerzlichste Seite des durch die Krise hervorgerufenen Elends ist die Tragödie der Jugend. Nach einem von D.L. Hartley für den Direktor der amerikanischen Jugendkommission ausgearbeiteten Bericht gibt es jetzt annähernd 6 Millionen Jugendliche, die ganz oder teilweise arbeitslos sind. Überall wird es mehr und mehr bekannt, daß es gewisse Faktoren im amerikanischen Leben gibt, die darauf hinwirken, daß die Jugend keinen normalen Platz in der heutigen Gesellschaft finden kann.

Wer hält die Lager in Betrieb?

Daß der Staat die Wichtigkeit dieses Problem erkannt hat, kann man aus der letzten Rede des Präsidenten ersehen, die voll von hochklingenden Lobreden für die jüngere amerikanische Generation ist. Aber sogar schon am 21. März 1933, erst wenige Monate nach seinem Amtsantritt stellte Roosevelt in seiner Botschaft an den Kongreß klar fest: "Wir können eine große Armee von diesen Arbeitslosen in gesunde Umgebung bringen. Wir können bis zu einem gewissen Grade die Gefahr ausmerzen, die verstärkter Müßiggang der geistigen und sittlichen Festigkeit bringen kann". In dieser Botschaft hat er die Errichtung des Emergency Conservative Works- (Notarbeitsprogramm) vorgeschlagen, im Volksmunde bekannt als das CCC. Aber der Hauptzweck war, wie wir zeigen werden, nicht so sehr, der arbeitslosen Jugend geistige und sittliche Festigkeit zu bringen, als vielmehr die Kriegsvorbereitungskampagne der Regierung vorwärtszutreiben. Die Regierung hat das wiederholt geleugnet und darauf hingewiesen, daß die Lager nicht nur vom Kriegsministerium, sondern auch vom Arbeits-, Innen- und Landwirtschaftsministerium überwacht werden. Nichtsdestoweniger kann nicht geleugnet werden, daß 4.000 Offiziere der Armee die Lager in Betrieb halten. Nichts illustriert besser die Einstellung der Armee zu ihrer neuen Aufgabe im CCC als die Rede des Generalmajors Mowley vor der Reserve-Offiziers-Vereinigung im Mai 1933, in der er erklärte: "die Regierung hat sie (die CCC-Jungen) der Armee übertragen, sie sind nun in unserer Obhut und wir werden etwas Ordentliches aus ihnen machen". In einem Artikel in der "Liberty" (6.1.34.) hat es der Staatssekretär im Kriegsministerium Woodring noch klarer ausgedrückt: "Die CCC-Mobilisierung ist für uns mehr als eine militärische Großtat sie ist eine Generalprobe für die Armee, unter verfassungsmässiger Autorität in den Kampf gegen die Krise einzugreifen". Das System trägt dazu bei, den Lohnstandard in der Notarbeit und in der Privatwirtschaft zu zerschlagen. Sobald die CCC-Akte durchgegangen war, kommentierte der Wholey-Eaton Bericht (Financial Digest 3.4.33.): "Nichts kann bezeichnender sein, als daß der Präsident plant, den Leuten, die bei dem Aufforstungsprogramm beschäftigt werden, nur einen Dollar pro Tag zu zahlen. Das wirft die ganze Praxis der Löhne bei Notarbeiten über den Haufen und wird es erleichtern, Leute aus ihrer Arbeit zu nehmen, um sie für die Regierung arbeiten zu lassen. Es ist eine der wichtigsten Verordnungen, die die Regierung in Bezug auf Arbeit bisher erlassen hat".

Bis zu Ende durchgeführte Militarisierung.

Die Notwendigkeit, den militärischen Charakter des CCC zu verbergen, hat sich als Hemmnis gezeigt. Im Augenblick ist Mr. Roosevelt mit einem Plan beschäftigt, nach dem das CCC stark und permanent für die "nationale Verteidigung" eingesetzt werden soll. ... Der Plan basiert auf Beobachtungen, die seine Autoren in Hitlerdeutschland gemacht haben, und diese schlagen vor, ein Blatt aus Hitlers Buch zu nehmen. Die offene Militarisierung des CCC dürfte wohl der erste Schritt zur allgemeinen Wehrpflicht sein.

Die Arbeiterschaft muß sich darüber klar sein, daß die Militarisierung der Jugend der Anfang des Rückschritts für die Arbeiterbewegung ist. Die heutige CCC ist ein Teil der Kriegsmaschine trotz der Rooseveltschen Reden von "geistiger und sittlicher Festigkeit".

(verkürzt)

Taktische Probleme in Großbritannien.

(der "Socorr" entnommen)

Schon eine ganze Zeit lang üben "New Leader" und "Socorr" Kritik an der Volksfront und stellen vor den Arbeitern die Parole der "Arbeiterfront" auf.

Leider ist dieser Gedanke niemals so klar und konkret ausgebaut worden, wie die Volksfrontler ihr Bündnisprogramm ausgearbeitet haben.

Solche Programme wurden nicht nur von Reynolds News und Sir Stafford Cripps ausgearbeitet, sondern auch von aktiven Ortsgruppen des "Left Book Clubs", der "Peace Councils" und der Volksfrontkomitees. In fast allen Wahlbezirken wurden lebhafte Diskussionen geführt, die Meinungen ausgetauscht, schließlich Kompromisse abgeschlossen. Im Vergleich zu dieser Aktivität und konkreten Diskussion gab es nichts Dergleichen bei den Kräften in der Arbeiterklasse, die für eine "Arbeiterfront" sind. Die Tatsache, daß wir die Parole der "Arbeiterfront" mechanisch in vagen und allgemeinen Ausdrücken vertreten und uns darauf beschränkten, die Volksfront anzugreifen, antwortete unsere Kritik in den Augen derer, die von uns bisher nicht überzeugt worden waren, weitgehend als rein destruktiv.

Ein Teil der von Cripps ausgesprochenen Kritik z.B. sein Angriff auf die Führer des rechten Flügels, wie Morrison, die mit der Nationalregierung zusammenarbeiten, seine Bedenken, daß die Churchill-Leute möglicherweise durch demagogische Annahme des Gewerkschaftsjugend-Programms gewinnen könnten, sind sehr gerechtfertigt. Infolgedessen sehen viele linke Labour-Party-Mitglieder seine Politik als die weniger schlechte an, verglichen mit der rechten Labourführer, aber eine dritte Alternative sehen sie nicht, weil unser Programm der "Arbeiterfront" weder sorgfältig durchdacht, noch breit propagiert wurde, noch Versuche gemacht worden sind, diese Einheit in die lokale Praxis umzusetzen, so wie die Volksfront in die lokale Praxis umgesetzt wurde. Die Volksfrontidee ist auch in den Hilfsorganisationen propagiert worden und hat sich zur praktischen Arbeit entwickelt.

Der Mangel an praktischer Aktivität bei der Hilfe für Spanien hat zusammen mit der Kritik an der republikanischen Regierung zu Mißverständnissen über die Haltung der ILP und ihrer Anhänger geführt. Das ist z.T. wieder auf ungenügende Propaganda zurückzuführen, z.T. aber ist es die Folge eines natürlichen Widerstrebens, sich mit Volksfronteinheiten, wie die Peace Councils, zu verbinden, die wenigstens an die praktischen Fragen der Lebensmittelsendungen nach Spanien herangingen. Solche Hilfsorganisationen können eine gute Plattform bilden, von der man den Standpunkt der linken Sozialisten in Bezug auf die Volksfront in Spanien und die POUM-Prozesse beeinflussen kann, vorausgesetzt, daß man auch aufbauend praktische Arbeit mit ihnen leistet.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, daß die KP gegen die Wehrpflicht (National Register) ist. In dieser Frage hat sie sich von allen anderen Elementen, die die Volksfront bilden, getrennt und steht in Opposition zu ihnen. Durch gemeinsame Arbeit unter den Parteien der Arbeiterklasse gegen das National Register würde ein Keil in die Reihen der Volksfront getrieben und die Grundlage für eine Arbeiterfront geschaffen werden. Dadurch, daß man die KP zwingt, gegen Churchill und alle Anderen, die für das National Register eintreten zu kämpfen, würden viele KP-Mitglieder in eine neue Richtung gebracht werden, was darauf hinauslaufen würde, sie in den Klassenkampf hineinzuziehen das wäre für viele von ihnen zum ersten Male. Solche Arbeiterfronten gegen das National Register sollten unverzüglich an jedem Ort gebildet werden.

Ferner ist eine Zusammenarbeit aller Parteien der Arbeiterklasse durch Unterstützung und Teilnahme an den Kämpfen der Arbeitslosen möglich.

Dies sind einige Beispiele für die unmittelbaren Fragen, die die Basis von lokalen Einheitsfront-Aktionen bilden können. Wenn erst einmal Einheitsfrontaktionen stattfinden, wird das Gefühl des Defaitismus, das zu nicht-sozialistischen Bündnissen und Fronten führt, verschwinden, und das Vertrauen auf die unabhängige Aktion der Arbeiterklasse wird wieder gewonnen werden.

Verantwortlich : E. Hirtzel, Strasbourg

Arbeiterpolitik

No. 12./VI. Jahrgang

Vierte Märzwoche 1939

Zur internationalen Lage.

Es ist uns leider nicht möglich, an dieser Stelle eine einigermaßen vollständige Übersicht über die Fülle der internationalen Ereignisse der letzten acht Tage zu geben. Wir beschränken uns darauf, 1. den augenblicklichen Stand der Dinge anzugeben; 2. einige Fingerzeige für die Beurteilung der Geschehnisse und der nächsten Perspektiven zu geben.

Trotz des deutschen Dementis steht nunmehr fest, daß ein Ultimatum an Litauen geschickt wurde. Sein Wortlaut ist in Kaunas (Kowno), der litauischen Hauptstadt, veröffentlicht worden. Das Ultimatum wurde abgeschickt, als der litauische Außenminister Urbsys sich eben auf den Rückweg von Berlin nach Litauen gemacht hatte. Das Ultimatum fordert die Erklärung von Memel zur "freien Stadt", die Räumung des Memeler Gebietes von litauischen Truppen, die Übergabe der Verkehrsmittel an Memel usw. Im Falle der Ablehnung wurde Litauen mit der sofortigen militärischen Besetzung des Landes gedroht. Reichswehrtruppen sind an den Grenzen des Memeler Gebietes aufmarschiert. Im Falle der Annahme wird Litauen der Gebrauch des Memeler Hafens und eine Garantie seines Gebietes zugesichert. Litauen, ohne jede Unterstützung von auswärts, ist nichts übriggeblieben, als zu kapitulieren. Die Verwandlung Memels in eine "freie Stadt" ist nur eine Form der Annexion durch Hitlerdeutschland. Litauen selbst wird unter diesen Umständen, wenn nicht der Form, so dem Wesen nach, eine deutsche Kolonie. Damit ist Hitlerdeutschland im Norden näher an die Grenze der Sowjetunion gerückt. Es ist nur durch Lettland noch davon getrennt.

Gegenüber Rumänien, dem nächsten Hauptziel Hitlerdeutschlands, im Osten nach der Vernichtung und Annexion der Tschechoslowakei hat Hitlerdeutschland für den Augenblick angesichts des von England geleisteten Widerstandes noch davon abgesehen, gleich aufs Ganze zu gehen. Rumänien ist von erstrangiger Bedeutung für den deutschen Imperialismus, wenn er einen längeren allgemeinen Krieg aushalten will - vor allem wegen des rumänischen Petroleums, das für die deutsche Kriegsführung unentbehrlich ist, sodann wegen der Lebensmittel, die Rumänien liefern kann. Die volle Auslieferung der rumänischen Erdölproduktion und Getreideüberschüsse ist das hitlerdeutsche Ziel in Rumänien. Die ausschlaggebende Bedeutung Rumäniens als Öl- und Getreidelieferant für Deutschland zur Durchführung eines langen Krieges einerseits, die Bedrohung der Stellung des englischen und französischen Imperialismus im westlichen Mittelmeer andererseits, wenn es Hitlerdeutschland gelingen sollte, durch Rumänien seine Stellungen bis ans Schwarze Meer vorzuschieben, sind dagegen für den englischen und französischen Imperialismus die Hauptgründe, warum sie versuchen, die wirtschaftliche und militärische Beschlagnahme Rumäniens durch Hitlerdeutschland zu verhindern. Aus denselben Gründen ist aber anzunehmen, daß Hitlerdeutschland nicht auf die Länge darauf verzichten wird, auf Rumänien seine Hand zu legen.

Ungarn ist von Hitlerdeutschland dazu ausersehen, um die Unterwerfung Rumäniens durchzuführen. Ungarn sollte dafür mit einem Stück von Transsylvanien (Siebenbürgen) abgefunden werden. Ungarn hat bereits starke Truppenkörper an der rumänischen Grenze mobilisiert, während es gleichzeitig noch mit der Besetzung Karpatho-Rußlands beschäftigt ist.

Rumänien hat seinerseits seine Grenze gegen Ungarn und Karpatho-Rußland besetzt.

Die slowakischen Minister sind in Berlin. Sie wurden in Wien nicht von Hitler empfangen, da sie sich noch sträubten, das Protektorat in der von Hitlerdeutschland ihnen vorgelegten Form unbeschadet zu schlucken. Es ist aber kaum zweifelhaft, daß sie keine Kraft haben, um den deutschen Forderungen, die auf eine vollständige Kolonisierung des Landes, wenn auch in etwas anderen Formen als in Böhmen und Mähren, hinauszulaufen, auf lange Widerstand zu leisten. Ihre "Unabhängigkeit" hat gerade 48 Stunden gedauert. Wie Prag, so wurde auch Preßburg (Bratislava) mit einem Luftbombardement bedroht.

Ein neuer Zug ist noch der augenblicklich von Hitlerdeutschland unternommene Versuch, von Island die Einräumung deutscher Flughäfen zu erzwingen. Hitlerdeutschland hat, wie einem kürzlichen Bericht des "Manchester Guardian" zu entnehmen ist, in Island seit längerer Zeit eine umfassende und wirksame propagandistische und organisatorische Vorarbeit für den Faschismus geleistet. Die Insel, die ökonomisch und politisch bedeutungslos ist, ist jedoch luftstrategisch wichtig, vor allem gegen England und weiterhin gegen die Vereinigten Staaten.

Im Fernen Osten benützt Japan die Gelegenheit, um die Besetzung der Insel Hainan weiterzuführen und dort Flugplätze und Flottenstationen anzulegen. Das richtet sich einmal gegen die französische Kolonie Indochina, zum andern gegen die Verbindungslinie Singapur-Hongkong, die von der Insel Hainan aus zu flankieren ist. Gleichzeitig verstärkt Japan seinen Druck gegen die englischen und amerikanischen, sowie französischen Konzessionsgebiete in China (Schanghai, Tientsin usw.).

Die von Hitler beabsichtigte Reichstagsrede ist verschoben worden, ebenfalls das öffentliche Auftreten Mussolinis. Der zusammenberufene Große Faschistische Rat hat sich einstweilen damit begnügt, die Solidarität Italiens mit Hitlerdeutschland aufs Neue zu betonen, ohne aber bereits die italienischen Forderungen an Frankreich offiziell und konkret anzumelden.

Diese Zögerungen erklären sich offenbar daraus, daß Hitler und Mussolini zunächst abwarten wollen, was aus dem von England unternommenen Versuch wird, eine umfassende Koalition gegen das weitere Vordringen Hitlerdeutschlands und gegen die Ansprüche der Achsenmächte überhaupt zustande zu bringen.

+ + +

Was waren die Motive, die Hitlerdeutschland gerade in diesem Augenblick dazu bestimmten, den Vorstoß nach Südosten zu machen und die Tschechoslowakei in der Form des Protektorats zu annektieren?

Aus den Berichten, vor allen Dingen der englischen Presse, ist zu entnehmen, daß zwischen Januar und Februar von Hitlerdeutschland der Plan gehegt worden war, Holland zu besetzen oder die Schweiz oder gleichzeitig beide, um so einen entscheidenden Druck auf die Westmächte auszuüben. Die englische Regierung ließ im Laufe des Februar zwei Warnungen durch den Premierminister Chamberlain und den Außenminister Halifax ergehen. Unter diesen Umständen sah Hitlerdeutschland von der Verwirklichung dieser seiner Pläne vorläufig noch ab und wandte sich gegen Südosten, gegen die Tschechoslowakei. Die englische und französische Regierung war nach dem Bericht des diplomatischen Berichterstatters des "Manchester Guardian" mindestens drei Wochen vorher davon informiert, daß der Vorstoß Hitlerdeutschlands gegen die Tschechoslowakei erfolgen sollte. Die englische Regierung hat nicht die geringsten Versuche unternommen, so wenig wie die französische, um den Stoß aufzuhalten. Sie war froh, daß der unmittelbare Angriff auf den Westen zunächst nach dem Süd-

osten abgelenkt war. Weitere Motive für Hitlerdeutschland waren die wachsenden wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten im eigenen Lande, die sich verschlechternde Stimmung der Arbeiterklasse und sonstiger Teile der Bevölkerung. Dazu kam ferner, daß die CSR einer Anzahl der an sie gerichteten deutschen Forderungen (Zollunion, Verminderung des Heeres, vollständige innere Gleichschaltung usw.) hartnäckigen Widerstand leistete. Nach der Besetzung des tschechischen Festungsgürtel und nachdem die Sicherheit bestand, daß niemand der CSR jetzt zur Hilfe kommen würde, war das Land nicht mehr fähig, militärischen Widerstand zu leisten. Die Slowakei war reif gemacht worden, sich von den Tschechen zu trennen, ebenso war die Karpatho-Ukraine bearbeitet worden. Ungarn war die Eroberung der Karpatho-Ukraine zugesagt worden.

Es galt für Hitlerdeutschland, durch den Vernichtungsschlag gegen die Tschechoslowakei und ihre Annexion und durch weitere Schritte, die sich daran anschließen konnten, sich zunächst im Osten die Basis und die Rückendeckung zu schaffen, die es für einen Stoß nach Westen gemeinsam mit Italien bedurfte. Es galt, Polen zu bestimmen, sich für bewaffnete Neutralität im Falle eines Konfliktes im Westen zu erklären, das heißt faktisch sein Bündnis mit Frankreich zu annullieren. Es galt, Ungarn zu sichern und die Ölquellen und Getreidevorräte Rumäniens sich zu verschaffen. Dies waren die Hauptgründe, warum Hitlerdeutschland in diesem Augenblick den Schlag gegen die Tschechoslowakei führte. Es war im Augenblick die Richtung des geringsten Widerstandes und des geringsten Risikos.

+ + +

Die Ergebnisse für Hitlerdeutschland sind sowohl positiv als negativ. Unter den positiven Ergebnissen sind folgende die wichtigsten:

die tschechische Armee in der Stärke von 40 Divisionen ist entwaffnet und aufgehoben. Das gesamte umfangreiche und ausgezeichnete Kriegsmaterial für 40 Divisionen ist in deutsche Hände gefallen. Besonders wichtig ist dabei die Artillerie. Ebenso ist die ganze tschechische Luftflotte Hitlerdeutschland zugefallen. Dazu einer der größten Waffenfabriken Europas: die Skoda-Werke und andere Rüstungsbetriebe. Die leeren Kassen der Reichsbank wurden mit den Gold- und Devisenvorräten der tschechischen Staatsbank wieder aufgefüllt. Durch die Annexion der CSR erhält Deutschland eine umfassende und modern ausgerüstete Metallindustrie, die ihm erspart, selbst Fabriken für die Herstellung von Maschinen neu bauen zu müssen. Es erhält ferner eine beträchtliche Zahl hochqualifizierter Arbeitskräfte, die es beliebig in seinen Dienst stellen kann.

Der strategische Gewinn Deutschlands erstreckt sich weit über die CSR hinaus. Durch die Vernichtung der CSR und ihrer Armee kann jetzt Hitlerdeutschland in dem ganzen Gebiet zwischen den Grenzen der Achsenmächte und der Sowjetunion im militärischen Sinne frei verfügen. Es stößt auf keine ernsthaften Hindernisse mehr, - es sei denn, daß die Sowjetunion eingreift. Polen ist von zwei Seiten umklammert, ebenso Ungarn. Deutschland ist an die Grenze Rumäniens indirekt herangerückt. Das ganze große Gebiet zwischen den Achsengrenzen und den Sowjetgrenzen steht dem deutschen Zugriff frei. Ein militärisches Eingreifen der Westmächte in diesem Gebiet ist unmöglich geworden. Sie können nur noch vermittels der Sowjetunion eingreifen.

Negative Wirkungen für Hitlerdeutschland:

mit den Tschechen und Slowaken hat sich Deutschland eine slawische Bevölkerung einverleibt. Die Frage der nationalen Befreiung des tschechischen und slowakischen Volkes ist aufs Neue gestellt. Dieses slawische Gebiet ist ein Pfahl im Fleische Hitlerdeutschlands.

Hitlerdeutschland hat das tschechische und slowakische Gebiet in ein deutsches "Protectorat" verwandelt, das heißt es behandelt diese Gebiete wie afrikanische Kolonien. Es ist klar, daß dies für alle anderen kleineren Staaten abschreckend wirken muß. Das deutsche Protectorat über Böhmen, Mähren und die Slowakei ist gewissermaßen in seiner Wirkung das Brést-Litowsk Hitlerdeutschlands. Es besteht nur der nicht unwichtige Unterschied, daß das kaiserliche Deutschland sein Brést-Litowsk im letzten Kriegsjahr 1918 machte, während Hitlerdeutschland sein Brést-Litowsk macht, ehe überhaupt der allgemeine Krieg begonnen hat.

Eine weitere Wirkung der Vernichtung des tschechoslowakischen Staates und der Methoden, die dabei von Hitlerdeutschland angewandt wurden, ist die, daß das Vertrauen in irgendwelche Abkommen mit Hitlerdeutschland unrettbar erschüttert ist. Es wird jetzt den englischen und französischen Regierungen aufs Äußerste erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht, die Politik der imperialistischen Kompromisse mit Hitlerdeutschland, die sogenannte Münchener Politik fortzusetzen.

Was die Wirkung im Innern anbelangt, so ist zu erwarten, daß die Vernichtung der Tschechoslowakei nicht einmal das Maß von zeitweiliger Entspannung bewirkt, das die Annexion von Österreich und des Sudetengebietes bewirkt hat. Auch in diesen beiden Fällen war die Wirkung auf die innere Lage nur sehr kurzlebig und oberflächlich. Und zwar trotz m dafür die großdeutsche Idee propagandistisch ins Feld geführt werden konnte. Im Falle der CSR versucht jetzt die deutsche Presse krampfhaft, die Idee des heiligen römischen Reiches wieder in Erinnerung zu bringen. Aber das ist altes Gerümpel, das keinen Hund vom Ofen lockt.

¶ ¶ ¶

Die wesentlichste Auswirkung der Vernichtung der Tschechoslowakei und der sich daran weiter anschließenden Aktionen Hitlerdeutschlands besteht darin, daß jetzt die englische Regierung nach einigem Schwanken und Zögern mit der sogenannten Münchener Politik, das heißt mit der Politik eines für längere Zeit berechneten imperialistischen Kompromisses mit den Achsenmächten gebrochen hat und die Initiative dazu ergreift, um eine große Koalition gegen das weitere Vordringen Hitlerdeutschlands zustande zu bringen.

Die Hauptursachen für diese Wendung der englischen Außenpolitik sind in Folgendem zu erblicken:

1. darin, daß der französische und englische Imperialismus sich davon überzeugt hat, daß das Vordringen Hitlerdeutschlands in der Richtung nach Osten, die Verwirklichung von Mitteleuropa, nur ein Sprungbrett ist, um gestützt auf diese Basis dann den Stoß gegen Westen, das heißt gegen unmittelbare Lebensinteressen des französischen und englischen Imperialismus zu führen.

2. daß das weitere Vordringen Hitlerdeutschlands an die Ufer des Schwarzen Meeres und des Mittelmeeres eine schwere Gefährdung für die Stellung Englands und Frankreichs im Mittelmeer bedeutet.

3. daß wenn Hitlerdeutschland in Mitteleuropa sich eine genügende Öl- und Getreide-Basis schafft, die Blockadewirkungen der englischen Flotte in größerem oder geringerem Maße pariert werden können und daß Hitlerdeutschland dadurch in den Stand gesetzt werden könnte, einen länger dauernden Krieg durchzuhalten.

Wie steht es augenblicklich mit dem von England unternommenen Versuch, eine große Koalition gegen Hitlerdeutschland und gegen die Achsenmächte zusammenzubringen? (der Titel der "kollektiven Sicherheit", mit dem diese Sache jetzt etikettiert wird, ändert nichts daran, daß es sich um die Schaffung einer umfassenden Koalition gegen die Achsenmächte handelt).

Der gegenwärtige Stand dieser Versuche ist für England und Frankreich nicht allzu ermutigend. Die Hauptschwierigkeit wird von dem Pariser " Temps " vom 22. März 1939 in Folgendem ausgesprochen :

Das Blatt schreibt :

" Welche Gefahr zum Beispiel stellen für das britische Imperium und übrigens auch für das französische Imperium ein deutsches Reich vor, das sich direkt oder durch Vasallenstaaten bis zu den Ufern des Mittelmeeres erstreckt... Aber Frankreich und Großbritannien können nicht allein das Vordringen des germanischen Kolosses nach Osten oder nach Südosten aufhalten. Es ist unentbehrlich, daß die am direktesten interessierten Mächte in der Lage sind, diesem Vorstoß wirksamen Widerstand zu leisten".

Es gäbe auf diesem Wege zwei Haupthindernisse :

" Das erste ist die Bolschewisierung Rußlands, des traditionellen Schutzwalls des europäischen Ostens gegen die germanischen Unternehmungen. Es ist nicht wahr, daß diese Bolschewisierung die militärische Kraft des ehemaligen Zarenreiches vernichtet hat, aber es ist sicher, daß sie bei gewissen Nachbarländern der Sowjetunion eine Befürchtung geschaffen hat, die eine aktive Propaganda legitimiert und die in gewissen Fällen die Furcht, die diesen Ländern die deutschen Appetite einflößen, das Gegengewicht hält. "

Als den zweiten hemmenden Faktor nennt das Blatt die Verbindung des faschistischen Italiens mit Hitlerdeutschland.

Polen hat auf die englische Anfrage hin erklärt, daß es jedenfalls gegen das Einrücken sowjetischer Truppen in sein Gebiet sei. In dem Rumänien König Carols bestehen dieselben Einwände gegen den sowjetischen Nachbarn. So ist es zu erklären, daß jetzt eine Meldung der TASS, der offiziellen Telegraphen-Agentur der Sowjetunion besagt, die Gerüchte, daß die Sowjetunion Polen und Rumänien seinen militärischen Schutz angesagt habe, falls sie von Hitlerdeutschland angegriffen werden, nicht zutreffen. Weder Polen, noch Rumänien hätten bis jetzt die Sowjetunion um solchen Schutz ersucht oder ihr mitgeteilt, daß sie sich als gefährdet betrachten. Es liegen nur vor eine Anfrage der englischen Regierung an die Sowjetregierung vom 18. März, wie die Sowjetregierung sich im Falle eines Angriffs Hitlerdeutschlands auf Rumänien verhalten würde. Die Sowjetregierung habe darauf die Einberufung einer internationalen Konferenz aller der Staaten, die sich einem weiteren Vordringen Hitlerdeutschlands widersetzen wollen, vorgeschlagen. Die englische Regierung habe eine solche Einberufung für verfrüht erklärt. Damit schließt diese offizielle Erklärung ab.

Es ist jetzt die Rede davon, daß binnen kurzem England, Frankreich, die Sowjetunion und einige kleinere Mächte, die sich anschließen wollen, eine gemeinsame Erklärung abgeben werden, daß sie sich gemeinsam widersetzen werden, falls Deutschland einen neuen Gewaltakt begehe. Im Augenblick, wo wir dies schreiben, ist eine solche Erklärung noch nicht erfolgt, dagegen liegen Nachrichten vor, daß die regierenden Kreise Hitlerdeutschlands eine gewisse Erleichterung verspüren über die Schwierigkeiten, auf die der englische Imperialismus bei seinem Versuch, eine große Koalition gegen Hitlerdeutschland zusammenzubringen, gestoßen ist.

Von Seiten der Sowjetunion ist es unter den gegebenen Umständen begreiflich, daß sie sich nicht allzusehr beeilt, sich zu verpflichten, für den französischen und englischen Imperialismus " die Kastanien aus dem Feuer zu holen ". Welcher Art die Bedenken sind, die die Sowjetregierung hemmen, wird in einem Artikel des " Journal de Moscou " angedeutet, der in der Pariser " Humanité " vom 22. März 1939 zitiert wird. Es heißt in

diesem Artikel u.a. :

" Die Illusionen von München sind durch den Marsch der Ereignisse zerstreut worden. Die Urheber des Münchener Abkommens selbst geben sich wahrscheinlich davon Rechenschaft. Indessen beweist nichts, daß die Münchener von Paris und London nicht versuchen werden, von Neuem zu beginnen, solche lügnerischen Illusionen zu verbreiten, um ihre alte Politik fortzusetzen "

Die Frage, die nirgends offen ausgesprochen wird, die aber wenigstens vom " Temps " angedeutet wird, und die sicherlich in der oder jener Form von den imperialistischen Mächten an die Sowjetunion gestellt werden wird, ist die : ob sie für die Zwecke des Bündnisses mit den imperialistischen Mächten auf ihre revolutionäre Rolle auf internationalem Gebiete zu verzichten bereit ist. Praktisch wird diese Frage von den bürgerlichen Regierungen als die Frage der kommunistischen Propaganda gestellt werden. Von dem konkreten Verhalten der Sowjetregierung in dieser Beziehung wird wesentlich abhängen, wie die internationale Arbeiterklasse eine Beteiligung der Sowjetunion an einer vom britischen Imperialismus geführten großen Koalition gegen Hitlerdeutschland zu beurteilen haben wird.

+ + +

In Frankreich haben zwar die Vertreter der SFIO und der KPF in der Kammer und im Senat gegen das Ermächtigungsgesetz der Regierung Daladier gestimmt, aber ihre Erklärungen im Parlament und in der Presse lassen nicht den geringsten Zweifel daran, daß diese Parteien prinzipiell auf dem Boden des Sozialpatriotismus stehen und bereit sind, sich in die " nationale Einheit " einzugliedern. Die Hauptbeschwerde, die sie gegen die Regierung Daladier führen, ist, daß Daladier darauf verzichtet hat, die beiden Arbeiterparteien zu einer Regierung der " nationalen Einheit " heranzuziehen. Mit dieser Stellungnahme ist gegeben, daß die stalinistische, wie die reformistische Partei Frankreichs bereit sein werden, ohne Rückhalt in den Diensten der imperialistischen Kriegführung zu treten und daß es sich nur noch darum handelt, daß ihnen die nötigen Zugeständnisse in Bezug auf die Teilnahme an der Regierung gewährt werden.

Bei der ungeheuren Verwirrung, die durch die stalinistischen und reformistischen Parteien in der internationalen Arbeiterklasse geschaffen worden ist, ergibt sich als die nächstliegende Aufgabe aller proletarischen Revolutionäre, aller wirklichen Kommunisten, die elementarsten Grundsätze einer proletarisch-revolutionären Stellung zum imperialistischen Krieg in der Arbeiterklasse wieder zum Bewußtsein zu bringen. Man muß wieder mit dem Anfang anfangen.

Der reaktionären Diktatur entgegen

Der Schlag Hitlers gegen die Tschechoslowakei hat auch seine unmittelbaren Auswirkungen in Frankreich gehabt : Daladier hat sich bis zum 30. November 1939 unbeschränkte Vollmachten von der Kammer und dem Senat erteilen lassen. Diese Vollmachten erstrecken sich auf die " nationale Verteidigung ". Wie weitläufig dieser Begriff ist, geht aus der Ablehnung der Zusatzanträge hervor, die besagten, daß die Versammlungs-, Vereinigungs- und Pressefreiheit nicht angetastet, daß das Wahlsystem und die Dauer der Legislaturperiode nicht geändert werden dürfen. Die Regierung Daladier hat damit ausdrücklich das Recht erhalten, die Grundgesetze der Republik aufzuheben, das Budgetrecht des Parlaments einzuschränken, die Presse zu unterdrücken, politische Parteien aufzulösen usw. Die Kammer hat damit der reaktionären Diktatur den Weg gebahnt und

Daladier, der Volksfrontmann, wird jetzt von den Leuten des 6. Februar 1934 gestützt.

Das persönliche Auftreten Daladiers in der Kammer war recht bezeichnend dafür, aus welcher Richtung jetzt der Wind weht. "Ich habe nicht nötig, anzugeben, welche Maßnahmen notwendig sind", erklärte er in seiner Begründungsrede. Man müsse ebenso handeln, wie die totalitären Regimes: schnell und im Geheimen. Dafür seien die demokratischen Methoden nicht geeignet, deshalb müsse man sie außer Kraft setzen. Freudige Zustimmung bei der neuen Mehrheit und Verlegenheitsphrasen bei der KPF und SFIO.

"Sie behandeln uns wie ein Diktator", rief Léon Blum in der Debatte aus. Im Übrigen die alte Leier: Angebot der union nationale, des Burgfriedens schon vor dem Kriege. "Wir bleiben trotz alledem vom Geiste der Selbstlosigkeit, des Desinteresses und des Patriotismus be-seelt". Die SFIO erläßt einen Aufruf an alle "Republikaner", auf der Wacht zu sein. In dasselbe Horn stoßen die Redner der KPF. Ihre Hauptanklage ist, daß die Regierung nicht "französisch" sei, daß sie das Vaterland verraten habe. Auf eine Anfrage in der Finanzkommission erklärte Daladier, er werde die KPF solange nicht auflösen, als sie die "französische und republikanische Gesetzmäßigkeit" wahre. In seinem Schlußwort erklärte er nochmals: "Die Zeiten der atheniensischen Republik (d. h. der Beschaulichkeit) sind vorüber". Jeder müsse zusätzliche Arbeit verrichten nach dem Beispiel anderer Länder, will besagen: nach dem Beispiel Hitlerdeutschlands. Und als "Begründung" gegen die Annahme der erwähnten Zusatzanträge erklärte er: "Ich will ganz einfach die Vollmachten. Meine Haltung wird von den Umständen abhängen".

Nur knapp anderthalb Dutzend Radikalsozialisten haben zusammen mit SFIO und KPF gegen die Vollmachten gestimmt.

Der erste "Zug" der neuen Verordnungen ist bereits erschienen. Die wichtigsten sind die Verlängerung der Arbeitszeit in den kriegswichtigen Betrieben bis zu 60 Stunden in der Woche, die zwangsweise Einreihung der Erwerbslosen in diese Betriebe, die Vordringlichkeit der militärischen Bestellungen, das Verbot, andere Nachrichten über die militärischen Verhältnisse zu bringen als die von der Regierung erlaubten. Zur Peitsche fügt Daladier das Zuckerbrot der Demagogie hinzu, indem er die Maßregelungen der wegen des Generalstreiks Bestraften aufhebt, und ihre Wiedereinstellung verankert. Entsprechende Anträge der KPF, SFIO und CGT waren zuvor abgelehnt worden.

Es ist klar, daß das nur ein bescheidener Anfang ist. Am 30. November 1939, wenn die Vollmachten der Regierung Daladier zu Ende gehen, wird es in Frankreich ganz anders aussehen als heute. Vielleicht sind dann gar keine neuen Vollmachten mehr nötig. Es sei denn, daß die französische Arbeiterklasse bis dahin ein Machtwort gesprochen hätte. Aber man darf sich keine Illusionen machen: es sieht vorerst garnicht danach aus. Allzu gründlich haben die Blum und Thorez dafür gesorgt, daß die französischen Arbeiter das Vertrauen in die eigene Kraft verloren haben. Die KPF ist zwar noch eine "große Partei", aber jedermann ist sich darüber klar, daß sie zur Zeit kampfunfähig ist. Die SFIO steht vor der Spaltung. Die sozialpazifistische Richtung am Paul Faure gibt bereits ein eigenes Wochenblatt "Le Pays socialiste" heraus. Die revolutionären Kräfte außerhalb dieser Parteien haben noch bei weitem nicht die Klarheit und Festigkeit, die notwendig ist, um dem kommenden Sturm standzuhalten.

Zum XVIII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion .

=====

1. Die außenpolitische Stellungnahme Stalins.

Der XVIII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der am 10. März 1939 begonnen hatte, ist beendet. Es liegt jetzt der ausführliche Bericht über das Referat Stalins (Bericht des ZK) vor. Wir beginnen mit der Behandlung des Stalinschen Berichts und zwar zunächst mit der darin enthaltenen außenpolitischen Stellungnahme.

Bei der Charakterisierung der bürgerlichen Staaten durch Stalin besteht jetzt das Neue darin, daß die bisherige Unterscheidung zwischen "demokratischen" und nicht-demokratischen oder faschistischen Staaten für die Stellungnahme der Sowjetunion fallengelassen worden ist. Es wird jetzt stattdessen die Unterscheidung gemacht zwischen "aggressiven" und "nicht-aggressiven" Staaten. Darin kann man eine der Folgerungen aus den Erfahrungen erblicken, die mit der sogenannten demokratischen Friedensfront in Spanien und in der Tschechoslowakei gemacht worden sind. Jedoch ist charakteristisch, daß diese Unterscheidung jetzt nicht ersetzt wird durch eine Stellungnahme vom revolutionären, kommunistischen Standpunkt, sondern durch eine, die lediglich davon ausgeht, ob es sich um Staaten des hungrigen oder des gesättigten Imperialismus handelt. Letzten Endes geht diese Unterscheidung aus vom engen nationalen Interesse der Verteidigung des bestehenden Zustandes, das heißt vor allem des Stalinschen Regimes in der Sowjetunion und dementsprechend nimmt das Stalinsche Regime auch Stellung für die Erhaltung des bestehenden imperialistischen Zustandes in Europa und in der übrigen Welt. England und Frankreich, sagt Stalin, haben die "Position der Nichteinmischung, der Neutralität bezogen". Das bedeutet eine Ermunterung für die Aggressoren. Der englische und französische Imperialismus hätte nach dem Münchener Abkommen versucht, die Deutschen anzustacheln, nach dem Osten, nach der Sowjetunion vorzustoßen.

" Es hat den Anschein, erklärte Stalin wörtlich, als ob dieser verdächtige Lärm (gemeint ist der Lärm wegen der Ukraine) den Zweck hatte, bei der Sowjetunion Wut gegen Deutschland zu erregen, die Atmosphäre zu vergiften und einen Konflikt mit Deutschland, ohne daß hierfür sichtbare Gründe vorliegen, zu provozieren " .

Aus dieser Äußerung geht hervor, daß die Sowjetregierung jedenfalls nicht besonders daran interessiert ist, ohne zwingende Gründe in einen Konflikt mit Hitlerdeutschland zugeraten.

Der Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund wurde von Stalin folgendermaßen erklärt und begründet :

" Die Sowjetunion ist der Ansicht, daß man in so unruhigen Zeiten nicht einmal eine so schwache internationale Organisation, wie den Völkerbund, ignorieren soll " .

Tatsache ist, daß der Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund in Verbindung mit der Stalinschen Außenpolitik der Sowjetunion keinerlei irgendwie greifbare Vorteile gebracht hat, dagegen dazu beigetragen hat, in die internationale Arbeiterbewegung neue Verwirrung hineinzutragen. Die Tribüne des Völkerbundes kann natürlich von einem proletarischen Staat nur mit sehr großen Einschränkungen für die Propaganda einer revolutionären außenpolitischen Stellungnahme benützt werden. In gewissen Fällen sind diese Möglichkeiten von den Sowjetvertretern im Völkerbund benützt worden, aber in sehr vielen anderen Fällen haben die Vertreter der Sowjetdiplomatie die Tribüne des Völkerbundes in einem Sinne benützt, der der internationalen Arbeiterbewegung nur schaden konnte.

Stalin erklärte, die Sowjetunion sei "für die Festigung sachlicher Beziehungen zu allen Ländern ... soweit sie nicht versuchen werden, die Interessen unseres Landes zu verletzen".

Besonders bemerkenswert ist bei der Aufzählung Stalins über die Grundsätze der sowjetischen Außenpolitik der dritte Grundsatz, der so formuliert ist:

" 3. Wir sind für die Unterstützung der Völker, die Opfer der Aggressoren geworden sind und für die Unabhängigkeit ihrer Heimat kämpfen. "

Diese Formulierung stimmt in allem Wesentlichen überein mit derjenigen, die schließlich von der Negrinregierung gebraucht wurde, als sie darauf spekulierte, zu einem Kompromiß mit dem faschistischen Lager zu kommen und selbst darauf verzichtete, zu erklären, daß sie auch nur für die bürgerlich-demokratische Republik kämpfe. Der Standpunkt dieser Erklärung ist der rein-nationale Standpunkt. Der Standpunkt der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit ohne Rücksicht darauf, um welche soziale oder politische Regimes es sich handelt. Das eröffnet die Aussicht, daß die Sowjetunion unter Stalinscher Führung sich gegebenenfalls, wenn dies vom engen nationalen Interesse der Sowjetunion aus geboten erscheint, auch für die Verteidigung faschistischer oder anderer autoritärer Staaten einsetzen wird. Praktisch hat ja die Sowjetunion im Anschluß an die Septemberkrise und das Münchener Abkommen bereits versucht, engere Beziehungen zu dem faschistischen Polen anzuknüpfen. Und jetzt steht die Sowjetunion vor der Frage, die vom englischen Imperialismus gestellt wird, gegebenenfalls das absolutistische Rumänien gegen einen Angriff Hitlerdeutschlands zu unterstützen. Die entscheidende Frage dabei ist die, ob die Sowjetpolitik in einem solchen Falle sich bereit findet, darauf einzugehen, daß sie nach außen auf ihre revolutionäre Rolle, das heißt praktisch auf die revolutionäre Propaganda verzichtet. Die von Stalin abgegebenen Erklärungen lassen diese Möglichkeit offen und die sowjetische Politik in Spanien hat bereits gezeigt, daß es sich hier nicht nur um eine Möglichkeit handelt, es ist der erste Fall, wo die Politik der Sowjetunion als konterrevolutionärer Faktor aufgetreten ist und es besteht danach aller Anlaß, mit der Möglichkeit zu rechnen, daß dies nicht der einzige Fall bleibt.

Die Außenpolitik der Sowjetunion stützt sich nach der Erklärung Stalins

- "1. auf die wachsende wirtschaftliche, politische und kulturelle Macht der Sowjetunion ;
2. auf die moralisch-politische Einheit unseres Sowjetvolkes ;
3. auf die Freundschaft der Völker unseres Landes ;
4. auf die Rote Armee und die Rote Kriegsmarine ;
5. auf ihre Friedenspolitik ;
6. auf die moralische Unterstützung seitens der Werktätigen aller Länder, deren ureigenstes Interesse die Erhaltung des Friedens ist ;
7. auf die Einsicht jener Länder, die aus diesen oder jenen Gründen an einer Verletzung des Friedens nicht interessiert sind. "

Bei dieser Aufzählung ist ebenfalls charakteristisch, daß von einer Verteidigung der Demokratie nicht mehr die Rede ist, Ferner ist charakteristisch, daß jetzt die eventuelle Hilfe jener vürgerlichen Staaten, die aus irgendwelchen Gründen an der Erhaltung des Friedens interessiert sind, an die letzte Stelle gesetzt wird, währenddem der Appell an die moralische Unterstützung der Werktätigen für die Erhaltung des Friedens vorangeht.

Es kommt aber alles darauf an, welche konkreten Folgerungen aus einer solchen Revision der bisherigen praktischen Stellungnahme der sowjetischen Außenpolitik gezogen werden. Im Übrigen taucht jetzt in der kommu-

nistischen Parteipresse außerhalb der Sowjetunion nach dem Überfall Hitlers auf die CSR die demokratische Friedensfront in den verschiedensten Variationen wieder auf.

Die Erklärungen Stalins machen also wohl den Weg frei, damit die Sowjetunion gegebenenfalls auch Bündnisse mit nicht-bürgerlich-demokratischen Staaten eingeht, aber die Phrase von der demokratischen Friedensfront, von der Verteidigung der Demokratie, ist damit noch keineswegs in den kommunistischen Parteien verabschiedet.

Schließlich faßte Stalin die außenpolitischen Aufgaben der Sowjetpolitik und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in folgenden Leitsätzen zusammen :

- " 1. Auch in Zukunft eine Politik des Friedens und der Festigung sachlicher Beziehungen zu allen Ländern zu betreiben.
2. Vorsicht zu beobachten und den Kriegsprovokateuren, die es gewohnt sind, sich von anderen die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen, nicht die Möglichkeit zu geben, unser Land in Konflikte hineinzuziehen.
3. Die Kampfkraft unserer Roten Armee und unserer Roten Kriegsmarine mit allen Mitteln zu stärken.
4. Die internationalen Freundschaftsbeziehungen mit den Werktätigen aller Länder, die am Frieden und an der Freundschaft zwischen den Völkern interessiert sind, zu festigen. "

In dieser Aufzählung ist von einem besonderen Verhältnis der Sowjetunion zu den bürgerlich-demokratischen Staaten auf außenpolitischem Gebiete überhaupt nicht mehr die Rede.

Der zweite Punkt ist offensichtlich gegen die Außenpolitik der englischer und französischer Regierung gerichtet, insbesondere die Warnung, sich nicht durch sie zum Krieg provozieren zu lassen und für sie nicht "die Kastanien aus dem Feuer zu holen".

Diese Stellungnahme erklärt, warum die Sowjetunion auf die englische Initiative zur Bildung einer großen Mächtekonstellation gegen die weiteren Vorstöße des deutschen Imperialismus kühl und zurückhaltend geantwortet hat.

Aus D e u t s c h l a n d

Aus W i e n erhalten wir die Nachricht über lärmende Kundgebungen in Metallbetrieben bei der verkürzten Lohnauszahlung. Aus einem Betrieb mit 300 Mann wurde von einer Versammlung berichtet. Auf die Vorstellung des Referenten mit " Heil Hitler !", antwortete niemand, auch nicht während des Referates und nicht zum Schluß. Nach Schließung der Versammlung und während des Weggehens lautes Geschimpfe der Leute. In dem Betrieb, indem X. arbeitete, mit 500 Mann Belegschaft, wurde am 12. Februar von den Arbeitern eine Gedenkpause von einigen Minuten für die Gefallenen von 1934 veranstaltet, das heißt, die Mittagspause wurde um 5 Minuten später beendet. Die Firma rief die Gestapo, es wurde aber niemand verhaftet. Ein Arbeiter, der im Altreich auf Waffenübung war, berichtete, daß es in Hannover mehrmals zu Schlägereien zwischen Preußen und Österreichern gekommen ist und daß ständig große Spannungen bestehen. Über die näheren Ursachen sagte er leider nichts weiter.

Verantwortlich : E. Hirtzel, Strasbourg

Arbeiterpolitik

No. 13/VI. Jahrgang

Fünfte Märzwoche 1939

Die "Pause", die Mittelmeerkrise und die große Koalition.

Von Deutschland aus wurde angekündigt, daß der Führer geruhen werde, Europa eine kleine Osterpause bis zum 20. April 1939 zu gewähren. In der Presse der Westmächte wurde diese Ankündigung mit Erleichterung begrüßt - ein Beweis dafür, wie groß hier das Bedürfnis dazu ist, und wie gering die Bereitschaft zur raschen und wirksamen Gegen-Aktion.

Indessen zeigen die Tatsachen, wie sehr relativ diese "Pause" zu verstehen ist. Nicht nur, daß die "Pause" ausgefüllt wird dadurch, daß das faschistische Italien seine Forderungen an Frankreich angemeldet und damit die Mittelmeerkrise sozusagen offiziell eröffnet hat: auch Hitlerdeutschland selbst bereitet in der "Pause" sehr aktiv die nächsten Etappen seiner weiteren Aktionen im Osten vor. Die Ankündigung der "Pause" durch Hitlerdeutschland ist offenbar dazu bestimmt, die Aktion des gegnerischen imperialistischen Lagers zu bremsen, neue Kompromißstimmungen zu erwecken und Hitlerdeutschland die Fristen zu gewähren, die es braucht, um im Südosten sich notdürftig einzurichten und umzugruppieren.

Man muß sich vor Augen halten, daß nach der Vernichtung der Tschecho-Slowakei der ganze Ostraum zwischen den Grenzen der Achsenmächte und der Sowjetunion dem deutschen Zutritt offenliegt. Es gibt hier keine ernststen militärischen Hindernisse mehr für Hitlerdeutschland.

Die Eröffnung der Mittelmeerkrise soll die allgemeine europäische Spannung aufrechterhalten. Es ist bezeichnend, daß die Nazipresse planmäßig Öl ins Feuer gießt und die von Mussolini angeschlagenen Töne noch erhöht, und verstärkt. Die Rede Mussolinis wird als "Ultimatum an Frankreich" hingestellt, das Stichwort "Tunis" wird so gedeutet, daß damit die sofortige und vollständige Abtretung von Tunis an Italien gemeint sei usw. Damit aber keineswegs gesagt ist, daß Nazideutschland daran gelegen ist, die Mittelmeerkrise sofort auf die Spitze zu treiben. Das unmittelbare Ziel ist weitere Einschüchterung, Zermürbung und womöglich Auseinandermanövrieren der Westmächte.

Die Presse der Westmächte hat größtenteils erleichtert aufgetan, daß die Rede Mussolinis nicht gleich ein Ultimatum an Frankreich enthielt, sondern den Weg zu Verhandlungen freizuhalten schien. Dieses Verhalten zeigt wenig Verständnis für die faschistische Taktik. Es ist mit Recht daran erinnert worden, daß auch Hitler seine Kampagne gegen die Tschecho-Slowakei mit "mäßigen" Tönen eröffnete. Die Notwendigkeit dazu ergibt sich schon aus Gründen der Propaganda-Technik. Eine auf längere Frist berechnete Propagandakampagne kann nicht in fortissimo-Tönen begonnen werden. Dazu kommen noch andere Gesichtspunkte. Erstens die Wirkung nach innen in Italien selbst. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Masse des italienischen Volkes keineswegs von Kriegsfuror beseelt ist, sondern im Gegenteil müde und enttäuscht an dem abessinischen und spanischen Abenteuer und nichts so sehr wünscht als den Frieden. Der Jubel, mit dem das römische Publikum die Wahl Pacellis zum Papst begrüßte, war eine Demonstration gegen das faschistische Regime. Daher Mussolinis Phrasen vom "langen Frieden", den er wünsche, daher sein Versuch, es so

darzustellen, als ob Italien bereits bei der Kündigung des Laval-Abkommens von 1935 seine Forderungen angemeldet habe, auf die Frankreich mit hartnäckigem und hochmütigem Schweigen geantwortet habe. Zweitens waren Form und Inhalt der Rede Mussolinis auch darauf berechnet, die Richtung in der französischen Bourgeoisie anzuspornen und zu bestärken, die zu weitgehenden Zugeständnissen an den italienischen Imperialismus bereit ist, in der Spekulation auf eine Lockerung oder Spaltung der "Achse", sowie aus "ideologischen" Gründen, aus Sympathien mit dem Faschismus. Daher war die Rede Mussolinis so angelegt, daß die Forderungen (Dschibuti, Suez, Tunis) scheinbar ermäßigt sind (keine Nennung von Korsika, Nizza, Savoyen), daß sie die Deutung zulassen, als ob sie nicht territorialer Natur seien und daß die Frage so gestellt erscheint, ob der französische Imperialismus überhaupt bereit sei zu verhandeln, und ersucht wird, irgendwelche Angebote zu machen (was offenbar hinter den Kulissen schon geschehen ist).

Die Reaktion der französischen Presse zeigte auch offensichtlich die Wirkung dieser Manöver. Die Meinungen gehen hier denkbar weit auseinander. Eine Strömung, die die Kommunistische Partei Frankreichs und einen Teil der Rechten (Kerillis) brüderlich umfaßt, erklärt: keinerlei Angebote - keinerlei Verhandlungen. Eine entgegengesetzte Strömung, der jetzt Fl. - die Ausdruck gegeben hat, die für weitgehende Angebote und für Verhandlungen ist. Die regierungsoffizielle Linie, wie sie im "Temps" zum Ausdruck kommt, Mussolini aufzufordern, seinerseits seine Forderungen zu "präzisieren". Aber das ist anscheinend gerade das, was Mussolini noch vermeiden möchte. Er wird dazu ermuntert von Nazideutschland, das ihn dazu zu bestimmen sucht, daß er zuerst auf der "grundsätzlichen" Anerkennung seines "Rechtes" auf seine Forderungen besteht, ehe er sie präzisiert.

Indessen bleibt es nicht bei bloßen Reden. Die italienischen Truppen sendungen nach Libyen gehen weiter. Hitlerdeutschland schickt weiter Italien Hilfskontingente für Afrika. Göring und Göbbels inspizieren die Mittelmeerstellungen in ihrer ganzen Ausdehnung. Hitlerdeutschland hatte Italien einen Teil seiner in der Tschechoslowakei gemachten riesigen Beute an Kriegsmaterial abgegeben (schwere Artillerie im selbem Umfange, wie die ganze deutsche Armee sie bisher besaß und ausgezeichnete Qualität, ca. 40.000 Maschinengewehre, die ganze tschechische Luftflotte usw.)

Die weiteren Aktionen und Vorbereitungen Hitlerdeutschlands umfassen eine ganze Reihe von Schritten:

1. die vollzogene Annexion von Memel und der Abschluß eines "Nichtangriffsvertrages", das heißt der Vasallisierung Litauens. Aus Berichten der englischen Presse geht hervor, daß Litauen nach bewährtem Muster mit der Besetzung des Landes durch deutsche Truppen und einem "Aufstand" in Memel gedroht wurde. Es wurde versucht, den litauischen Außenminister bei seiner Anwesenheit in Berlin nach dem gegenüber der CSR angewandten Muster zu zwingen: ein Ersuchen um ein deutsches "Protectorat" an Hitler zu schicken. Das ist zwar noch mißlungen, aber nichtsdestoweniger ist Litauen jetzt das Rückgrat gebrochen.

Die Hauptbedeutung von Memel und Litauen für Hitlerdeutschland ist die einer wirksamen Verstärkung seiner strategischen Aufmarschstellung gegen Polen.

2. Der Abschluß des deutsch-rumänischen Wirtschaftsabkommens. Das Abkommen sichert Hitlerdeutschland große Öl- und Lebensmittellieferungen von Rumänien. Rumänien ist damit noch nicht völlig zerbrochen und Hitlerdeutschland ausgeliefert, aber es ist schwer angeschlagen. Eine "Rettung" Rumäniens durch die Westmächte steht außerhalb der prakti-

schen Möglichkeit. Sie könnte nur durch das militärische Eingreifen der Sowjetunion erfolgen.

3. Der deutsche Druck gegen Polen wird planmäßig verstärkt. Es ist jetzt von drei Seiten von Deutschland eingeklammert: durch den slowakischen Festungsgürtel im Süden, von der deutschen Ostgrenze her, im Norden durch Memel-Litauen. Der deutsche Druck zielt vor allem darauf ab, Polen zu verhindern, sich der britischen Koalition anzuschließen und sich mindestens seiner Neutralität bei einem Vorstoß gegen Westen zu versichern. Zu diesem Zweck wird jetzt die Frage Danzig und des Korridors angeschnitten und werden die jüngsten anti-hitlerischen Demonstrationen in Bromberg usw. aufgegriffen. Polen soll bereits mehr als eine Million Mann mobilisiert haben. Der Kampfwert der polnischen Armee gegen Hitlerdeutschland ist nicht sehr hoch einzuschätzen. Er ist jedenfalls weit geringer als es der der tschechoslowakischen Armee war.

Strategisch setzt ein Angriff auf Rumänien mindestens die sichere Neutralisierung Polens voraus.

4. Bereits wird auch die Zange gegen Jugoslawien angesetzt. Jugoslawische Unterhändler sind nach Berlin geladen, einschließlich des Prinzregenten Paul. Die Berufung des "Führers" der deutschen Minderheit in Jugoslawien nach Berlin zeigt, daß hier auch von innen her der Hebel angesetzt werden soll. Eine weitere Zange ist die kroatische nationale (autonomistische) Bewegung. Von Süden her ist Albanien eine italienische Halbkolonie. In der internationalen Presse zirkulieren Gerüchte von der Absicht Italiens, Albanien militärisch zu besetzen.

5. Zur Minierarbeit in Griechenland und der Türkei ist jetzt Göbbels entsandt worden.

So sieht die "Pause" aus - von der "Achse" aus gesehen. Die Initiative und die Bestimmung des Tempos ist durchaus auf der Seite der "Achse". Das Schicksal Memel-Litauens nach dem der Tschechoslowakei zeigt drastisch, wie weit bei den Westmächten noch der Weg von der Proklamation des Willens, den "Angreifer" aufzuhalten bis zu den Taten ist.

+ + +

Wie steht es gegenwärtig mit dem vom britischen Imperialismus eingeleiteten Versuch, eine große Koalition gegen das weitere Vordringen Hitlerdeutschlands zusammenzubringen?

Da ist zunächst festzustellen, daß der englische Versuch, rasch eine Gegenfront auf Grund einer gemeinsamen öffentlichen Erklärung zustandezubringen, gescheitert ist.

Dem raschen Gelingen standen zwei Haupthindernisse im Wege:

1. die Begrenztheit und Unbestimmtheit bei den militärischen Verpflichtungen Englands im Osten. Nach den vorliegenden Nachrichten ging der Inhalt des ursprünglichen englischen Vorschlages nicht über die gegenseitigen Verpflichtung hinaus, sich im Falle drohender neuer Angriffe Hitlerdeutschlands sofort über die betreffenden Abwehrmaßnahmen zu konsultieren. Aber Polen und Rumänien forderten - begründlicherweise - die Zusage sofort wirksamer militärischer Hilfe. Eine solche Zusage kann weder England, noch Frankreich geben, da sie technisch vom Westen her nicht möglich ist. Es ist begründlich, daß, wenn ein französisches Blatt Polen und Rumänien die Perspektive eröffnete, daß sie zwar im Falle des Konfliktes mit Hitlerdeutschland von diesem zunächst überrannt werden würden, daß aber bei einem glücklichen Ausgang des Krieges ihr Gebiet schließlich wieder frei werden würde, diese Perspektive den beiden Ländern keineswegs verlockend erschien.

2. die Furcht Polens und Rumäniens vor einer Hilfe durch die Rote Armee der Sowjetunion, die einzige, die in der gegebenen Lage militärisch wirksam sein könnte.

Polen hat infolgedessen die Beteiligung an der von England vorgeschlagenen öffentlichen Erklärung abgelehnt. Ebenso Rumänien. Von den anderen Kleinstaaten hat unter diesen Umständen keine das Risiko eingehen wollen, sich den deutschen Drohungen auszusetzen. Selbst die Erklärungen der englischen Dominions enthalten allerhand Vorbehalte und Klauseln.

Was die Stellung der Sowjetunion anlangt, so berichtet die englische Presse, daß die Sowjetregierung die Beteiligung Polens zur unerläßlichen Bedingung ihrer Teilnahme an der von England vorgeschlagenen Erklärung mache. Ferner, daß sie von den Westmächten eine nicht nur einseitige, sondern gegenseitige Hilfsverpflichtungen forderte.

Die erste öffentliche und offizielle Stellungnahme der Sowjetunion war die Forderung der Einberufung einer internationalen Konferenz nach Bukarest.

Dann erfolgte eine Mitteilung der TASS, der amtlichen Sowjettelegraphen-Agentur, die besagte: 1. Polen und Rumänien hätten sich bis jetzt nicht an die Sowjetunion um Hilfe gewandt, sie hätten ihr nicht einmal mitgeteilt, daß sie sich als durch Hitlerdeutschland gefährdet betrachten. 2. daß die englische Regierung nur angefragt habe, wie sich die Sowjetunion zu einer Bedrohung Rumäniens durch Hitlerdeutschland stelle und daß der sowjetische Vorschlag der Einberufung einer internationalen Konferenz als "verfrüht" abgelehnt wurde.

Es ist anzunehmen, daß folgende Meldung des "Manchester Guardian" aus Moskau vom 22. März 1939 die Stellungnahme der Sowjetregierung innerhalb gewisser Grenzen widerspiegelt:

"Die Sowjetunion hat nicht die Absicht, sich von den Westmächten in eine Lage hineinmanövrieren zu lassen, wo sie allein die Hauptlast des Widerstandes gegen Herrn Hitler zu tragen hätte. Man glaubt, daß irgendwelche Bestrebungen, Rußland allein zu verpflichten, Rußland nur überzeugen würden, daß die englische Politik versucht, die Sowjetunion in einen gegenseitig ruinösen Krieg mit Deutschland zu verwickeln."

Die Stellung der Sowjetunion als eines Staates mit sozialistischer Wirtschaftsgrundlage in dem Konflikt der beiden imperialistischen Lager, die sich heute in der Welt gegenüberstehen, ist eine Frage, die die gesamte internationale Arbeiterklasse angeht und zu der sie Stellung nehmen muß.

Nach unserer Überzeugung ist die Stellung der Sowjetunion, die dem Interesse der internationalen Arbeiterbewegung und zugleich der des Sowjetstaates selbst entspricht, die, daß sie sich aus dem Konflikt der beiden imperialistischen Lager heraushält, ihre Kräfte unversehrt hält, um in einem günstigen Augenblick im Sinne der proletarischen Revolution einzugreifen. Der erste außenpolitische Akt der Bolschewiken nach Eroberung der Macht bestand darin, sich aus dem Konflikt der Mittelmächte und der Entente auszuschalten. Die von den Bolschewiki dazu gegebene Begründung war: 1. daß die Werktätigen Rußlands sich nicht weiter als Werkzeuge für die imperialistischen Ziele der Westmächte gebrauchen lassen sollten; 2. daß Bedürfnis der siegreichen proletarischen Revolution nach Frieden für den Aufbau des Sozialismus.

Umsoweniger ist die Sowjetunion heute daran interessiert, sich in den Konflikt der beiden imperialistischen Lager einzuschalten, wo sie selbst noch nicht unmittelbar bedroht ist, wo sie der Gefahr ausgesetzt ist, daß sie von den imperialistischen Mächten, die jetzt an ihre Hilfe appell-

lieren, im entscheidenden Augenblick Hitlerdeutschland gegenüber allein gelassen wird oder daß sie nur Hilfsdienste für den westlichen Imperialismus zu leisten hat - als "Ersatz" für das zarische Rußland.

Eine Reihe von Andeutungen, die in der französischen und englischen Presse erschienen sind, lassen darauf schließen, daß der englische und französische Imperialismus auch nach der Richtung hin Versuche unternimmt, um die Sowjetregierung zu verpflichten, daß sie im Falle einer militärischen Hilfeleistung für Rumänien den politischen und sozialen bestehenden Zustand dieser Länder nicht antastet, was sich praktisch in der Form ausdrücken würde, daß die Sowjetregierung und die Komintern sich verpflichten, auf revolutionäre Propaganda außerhalb der Grenzen der Sowjetunion im Kriegsfalle zu verzichten. Nach der Rolle, die die Sowjetregierung, sowie die Kommunistische Internationale unter Stalinscher Leitung in Spanien gespielt hat, zu urteilen, ist die internationale Arbeiterklasse verpflichtet, in dieser Hinsicht die größte Wachsamkeit walten zu lassen, ohne dabei zu vergessen, daß die wirtschaftliche Grundlage der Sowjetunion eine sozialistische ist und daß Stalinsche Politik nur eine bestimmte Phase der russischen Entwicklung ist.

Die Übergabe von Madrid.

=====

Am 28. März 1939 ist Madrid von der Junta Miaja-Casado ausgeliefert worden. Nach englischen Meldungen haben kurz zuvor in den Straßen von Madrid noch Kämpfe zwischen den "Anhängern des Friedens" und denen des "Krieges bis zum Äußersten" stattgefunden, das heißt Kämpfe zwischen den Anhängern der Militärjunta und dem Teil der Arbeiter, der nicht bereit war, unter den schändlichen Bedingungen, die von Franco und seinen faschistischen Hintermännern gestellt worden waren, zu kapitulieren. Diese Bedingungen waren unter anderem die vorherige Übergabe der Luftflotte, das Aufziehen der weißen Fahne, Verzicht auf irgendwelche Garantien gegen die faschistischen Repressalien. Italienische und Franco-Truppen haben zusammen ihren Einsatz in Madrid gehalten. Die Übergabe von Madrid und die Bedingungen, unter denen sie erfolgt ist, sind die logischen Folgen, die unvermeidlichen Früchte der Volksfrontpolitik-

In Madrid und im übrigen Zentralspanien wird jetzt ungehemmt der faschistische Terror wüten. Die internationale Arbeiterklasse hat umso mehr die Pflicht, den schärfsten Einspruch gegen den bevorstehenden Terror zu erheben, als die internationale Bourgeoisie einschließlich der englischen und französischen sich nicht einmal mehr auch nur zu heuchlerischen Protesten dagegen aufschwingt. Man soll nicht die Erklärung des Lord Halifax im englischen Oberhaus vergessen, die klar besagte, daß das bürgerliche England damit einverstanden ist, daß die "Verbrechen" der revolutionären Proletarier Spaniens bestraft werden.

Die englisch-französische Rechnung auf irgendein den französisch-englischen imperialistischen Interessen dienliches Kompromiß zwischen der Junta Casado-Miaja und Franco hat sich, wie so viele, als eine Fehlrechnung erwiesen. Die englische Presse drückt denn auch die schlimmsten Befürchtungen aus, daß Franco-Spanien sich dem Antikominternpakt anschließen werde und daß der "wirtschaftliche Wiederaufbau des Landes" unter Hauptbeteiligung der Achsenmächte und unter Beiseiteschiebung Englands und Frankreichs erfolgen soll. Es liegt in der Natur der Sache, daß der englische und französische Imperialismus mit Franco-Spanien noch allerhand Überraschungen erleben wird.

Der Raubzug Hitlers gegen die Tschechoslowakei - zweiter Akt :

=====

Von unseren sudetendeutschen Genossen wird uns geschrieben :

Kein ernstzunehmender Politiker hat sich wohl der Hoffnung hingegeben , daß der deutsche Imperialismus sich mit der Einverleibung des Sudetengebietes zufriedengestellt fühlt. Der Raub der Sudeten bedeutete für Hitler nur die erste Etappe . Die zweite Etappe : die vollständige Beseitigung der Tschechoslowakei folgte sehr rasch.

Mit der Einverleibung der Sudeten mußte Hitler neben den Vorteilen, die er einheimste , auch schwere Nachteile in Kauf nehmen. Diese bestanden in einer sehr hochentwickelten Industrie , die in ihrer Kapazität vor 20 Jahren die gesamte österreichisch-ungarische Monarchie versorgte und darüber hinaus noch einen lebhaften Export betrieb. Hatte schon der Zerfall Österreich-Ungarns für diese Industrie schwerwiegende Folgen gehabt , umso mehr jetzt nach der Loslösung von dem bisherigen Absatzgebiet. Vor allem die Textilindustrie , die Porzellan- und Glas-Industrie hatten unter der Loslösung vom tschechoslowakischen Wirtschaftsgebiet schwer zu leiden, weil sie sowohl den Binnenmarkt , als auch die bis dorthin noch bestandenen Exportmöglichkeiten verloren. Zu dem kommt, daß in diesen Industriezweigen das deutsche Reich selbst genügend Unternehmung besitzt.

Hitler vermochte in dem besetzten Sudetengebiet keineswegs, die Arbeitslosenfrage zu lösen. Im Gegenteil : unter seiner Herrschaft stieg die Anzahl der Arbeitslosen . Nach einem Ausweis , den wir einer sudetendeutschen Zeitung entnehmen, gab es zum Jahresende im Sudetengebiet 210.000 Arbeitslose. Diese Zahl ist weit höher als zuvor, besonders wenn man erwägt , daß außerhalb des Sudetengebietes jene Landesteile , die an Österreich , an Bayern und an Schlesien abgetreten wurden, in dieser Zahl nicht einbegriffen sind, daß weiter hinzugerechnet werden müssen der gesamte Staatsapparat und Hunderttausende von Flüchtlingen, die ins Innerer der CSR gegangen sind und ferner die Tausende, welche Hitler in die Konzentrationslager und auf Zwangsarbeit geschickt hat.

Was Hitler im September 1938 nicht bekam , holte er sich jetzt:

1. einen ziemlich bedeutenden Absatzmarkt sowohl für die Industrie des Sudetengebietes , als auch des Gesamtreiches ;
2. die für Hitler sehr benötigten Agrargebiete Innerböhmens und Mährens mit einer hochentwickelten landwirtschaftlichen Produktion : Getreide, Zucker und Vieh.
3. die tschechischen Bestände an Gold und Devisen , aufgestapelte Fertigkeiten und Rohstoffe, zu welchen noch hinzukommen die beträchtlichen Vermögensbestände der Juden in der CSR , die Hitler sicher nach seine bisherigen Methoden ausplündern wird;
4. die Erze des Pilsener und Kladnoer Gebietes , sowie der Slowakei. In der Slowakei gibt es auch Edelmetalle;
5. Die Rüstungsbetriebe der CSR , die zu den besten der Welt zählen. Zu ihnen gehören die Skodawerke in Pilsen, die Česko-Moravska und die Kolben-Danek-Fabriken in Prag, die Brünnner Waffenwerke , die Eisenwerke von Witkowitz mit dem dazugehörigen Mährisch-Ostrauer Kohlenrevier, sowie die Waffenfabrik in der Slowakei.
6. Die vorhandenen Rüstungsbestände aller Art für eine gutausgerüstete Armee in einer Kriegsstärke von mehr als 2 Millionen Mann

Deutschland " erwirbt " 1500 ausgezeichnete Flugzeuge... die Ausrüstung für 36 Divisionen , darunter die besten Tanks , Maschinengewehre und schwere Geschütze... Vorräte an Rohmaterialien nach englischen Schätzungen : Lagervorräte an Handelsprodukten und Kriegsmaterial von 250 Millionen Pfund Sterling = 3 Milliarden Mark.

7. Die Bata-Schuhwerke , die im Kriegsfall allein den gesamten Kriegsbedarf an Schuhen zu decken vermögen.
8. Die riesigen Holzbestände der Slowakei.
9. Hitler erzielt durch die Einverleibung von Böhmen , Mähren und die Slowakei militär-strategisch gute Grenzen , er erreicht damit , daß ein eventueller Angriff von Osten von vornherein auf das Gebiet fremder Nationen verlegt wird.

Bei der Besetzung der CSR hat Hitler seine Masken fallen gelassen. Während er bisher vorgab, daß es sich ihm nur darum handle, alle Deutschen in einem Reich zusammen zu führen, unterwarf er diesmal zwei fremde Völker. Der Empfang der deutschen Truppen in Prag zeigt wesentlich andere Symptome als dies in Österreich und im Sudetengebiet der Fall war. Die tschechische und auch die slowakische Bevölkerung ist in ihrer großen Majorität gegen Hitler und gegen den Faschismus. Beim Einmarsch der Truppen in Prag sangen Teile der Bevölkerung auf den Straßen die tschechische Nationalhymne , andere weinten. Die Truppen wurden auch mit Schneebällen beworfen. Sowohl die tschechische , als auch die slowakische Bevölkerung hat einen jahrhundertlangen Kampf um ihre nationale Freiheit geführt. Dieser Kampf beginnt mit der Besetzung von deutschen Truppen von neuem. Die slowakische Bevölkerung hat in der letzten Wahl, wenn sie auch den heuchlerischen Parolen der Hlinkapartei folgt, nicht den Anschluß an Deutschland gestimmt. Die Hlinkapartei mit Tiso und Sidor stellte die Parole für eine autonome Slowakei im Rahmen des tschechoslowakischen Staates auf. Von dieser Parole hat sich das slowakische Volk einfangen lassen. Tiso und Sidor erwiesen sich jedoch als die Lakaien Hitlers. Mit der Besetzung der CSR beginnt die Wiedergeburt der tschechischen und slowakischen Irredentas. Den deutschen Antifaschisten entsteht innerhalb des jetzigen deutschen Reiches ein mächtiger Verbündeter , wobei es nur darauf ankommt, unter den Tschechen und Slowaken im marxistischen Sinne zu arbeiten, den nationalen Befreiungskampf mit dem Klassenkampf des Proletariats zu verbinden, zumal die tschechischen Arbeiter durch die jetzigen Ereignisse die Lehre erhalten haben, daß eine nationale Befreiung im Rahmen der kapitalistischen Ordnung für sie nicht von Dauer ist , sondern daß eine nationale Befreiung nur im Gefolge einer sozialen Revolution möglich ist.

Die deutschen Truppen , die im fremdsprachigen Gebiet stationiert sein werden , werden zersetzt. Aus der Einverleibung des tschechischen Gebietes ergeben sich für den Faschismus auch andere Schwierigkeiten . Der deutsche Faschismus kann die Beamten des tschechischen Staatsapparates nicht in der gleichen Weise versetzen , wie er dies in Österreich getan hat. Er muß diese Angestellten und Beamten aus fast allen Zweigen der Verwaltung entfernen , wird aus sprachlichen , wie aus politischen Gründen diese Leute nicht in der gleichen Eigenschaft im Deutschen Reich verwenden können. Er muß sie verproletarisieren und unter Zwangsarbeit stellen. 40.000 auf einem Schlag entlassene Offiziere stehen vor dem Nichts. Der deutsche Faschismus wird ferner die tschechischen Arbeiter in den Rüstungsbetrieben und auf der Eisenbahn als unzuverlässig entfernen und sie durch getreue Nazi-Elemente ersetzen müssen. Er wird die tschechische Polizei und Finanzwache nicht oder nur zum Teil gebrauchen können. Er wird die tschechischen Intellektuellen verproletarisieren

Die Behandlung der Bauern durch Einführung der Zwangswirtschaft wird auch diese in Opposition gegen Hitler bringen, was umso bedeutender ist,

als die Bauern bisher der Partei **Barans** gefolgt sind - diese Partei trägt eine Hauptschuld an den Geschehnissen. Zudem wird sich die allgemeine Lebensmittelknappheit auch im tschechischen Gebiet bemerkbar machen, weil Hitler dieses Gebiet genau so ausplündern wird, wie Österreich und das Sudetengebiet.

Der Terror im besetzten Gebiet ist bereits im Gange. Im tschechischen Gebiet haben sich noch sehr viele Emigranten aus dem Sudetengebiet, als auch aus Österreich und Deutschland befunden, und zwar Angehörige der verschiedenen Organisationen. Zum Unterschied von der Kommunistischen Partei muß man bei dieser Gelegenheit erwähnen, daß sich die Sozialdemokratische Partei vorbildlich um ihre Leute bemüht und Tausende rechtzeitig ins Ausland geschafft hat. Wenn jetzt noch viele Tausende den Faschisten in die Hände fallen, so ist dies vor allem auf das Schuldkonto der Sowjetunion zu buchen, die nicht einmal ihren eigenen Leuten ein Asyl gewährt hat. Bei den Emigranten herrscht Panikstimmung. Tausende haben sich in die Konsulate der fremden Mächte geflüchtet. Die deutsche Gestapo hat sofort eingegriffen und Zehntausend Leute, Angehörige der Linksparteien und Juden in einen großen Prager Park, welcher an der Moldau liegt, zusammengetrieben.

Auch diese letzte Tat Hitlers ist nur eine Etappe. Sie verschafft Hitler eine derartige Bewegungsfreiheit, daß zu befürchten ist, daß seine Raubüberfälle auf benachbarte Staaten sich in rascherem Tempo wiederholen werden. Die Durchführung seiner Expansionsziele im Osten und Südosten steht für ihn so günstig, daß er jederzeit zu weiteren Angriffen übergehen kann. Zweifelloß hat das internationale Proletariat die Aufgabe, aus den Geschehnissen in der CSR die Lehre zu ziehen, daß nur es selbst und keineswegs die Bourgeoisie einer fremden Macht den Faschismus schlagen kann. Dies erfordert vollständigen Bruch mit dem Reformismus, mit der jetzigen katastrophalen Politik der Komintern und die Neuformierung der Kräfte der internationalen Arbeiterklasse. Die KP(O) muß und wird hierzu die treibende Kraft sein.

-. - . - . - . - . - . -

Brief aus P R A G :

= = = = =

Die Besetzung der CSR war für uns eine ziemliche Überraschung. Die hiesige Presse war dauernd unter Zensur, sodaß man nur den Dementis einige politische Tatsachen entnehmen konnte. Die Nazis, das heißt das deutsche Militär wurde mit Fäusten und Schneebällen empfangen. Auf dem Wenzelplatz wurde das deutsche Militär mit Pfuirufen begrüßt. Die Masse hat mit erhobener Faust die Nationalhymne gesungen. Wahrscheinlich war dieser Empfang von KP-Leuten organisiert. Jetzt Befreundet sich die Bevölkerung mit den Soldaten an. Doch ist die Grundstimmung die: wir sind geheiratet worden, doch von Liebe keine Spur....

Die deutschen Soldaten finden alles billig und kaufen, was sie kaufen können. Die Läden werden leer. Die deutschen Soldaten geben ihrer Verwunderung Ausdruck über die Ruhe und Ordnung. Man hatte ihnen erzählt, daß Städte und Dörfer brennen. Sie erklären vielfach, daß sie von all dem genug hätten und am liebsten friedlich heimkehren möchten.

Ein Konzentrationslager scheint noch nicht zu funktionieren. Die meisten verhafteten Kommunisten sind wieder freigelassen worden. Die Gestapo hat sie freundlich behandelt. Sie wollten in erster Linie wissen, wer illegal gearbeitet hat.

Bei den Emigranten ist keine verheerende Panik : Es scheint, daß teilweise Emigranten in die Wälder geflüchtet sind.

Die Stribny-Presse tritt für die Einführung der Nürnberger Gesetze ein. Stribny erklärte in einem Leitartikel, daß die Juden schuld wären an der Verarmung der Nation. Es sei nur gerecht, wenn sie jetzt der Nation alles ersetzen müßten. Als erste Zahlung sollten sie gezwungen werden, 10 Milliarden Ko. zu zahlen. So verhält sich das "nationale Bürgertum", mit dem die Volksfrontler gegen Hitler kämpfen wollten.

Zum XVIII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.

2. Zur innerpolitischen Stellungnahme Stalins.

Wir haben im ersten Artikel die außenpolitische Stellungnahme Stalins behandelt, wir behandeln jetzt seine innerpolitische Stellungnahme.

Stalin scheute sich nicht zu erklären, daß die "volle Demokratisierung des politischen Lebens des Landes" durchgeführt sei. "Unsere Verfassung ist die demokratischste der Welt". Als Ergebnis dessen rühmte er gegenüber den kapitalistischen Ländern "die völlige Stabilität der inneren Lage".

Wir werden sehen

Aus den Angaben Stalins über das Wachstum der Industrie ergibt sich klar die Hemmung im sozialistischen Aufbau, die durch die innere Krise verursacht ist, in der sich die Sowjetunion durch das Stalinsche Regime befindet. Die Zuwachsraten der industriellen Produktion betragen

1934	=	20,1 %
1935	=	22,1
1936	=	30,2
1937	=	14,4
1938	=	11,3

Die Zuwachsraten der industriellen Produktion sind also in den Jahren 1937-38 auf die Hälfte oder weniger der vorhergehenden Jahre zurückgegangen. Der Zusammenhang mit der Desorganisation der Wirtschaft durch die Stalinschen Methoden des Terrors und der Parteidreinigung liegt auf der Hand: Man sucht aber in der Rede Stalins vergebens nach irgendeiner Erklärung für die Halbierung der Zuwachsraten der industriellen Produktion in den letzten beiden Jahren.

In technischer Hinsicht, erklärte Stalin, habe die Sowjetunion die wichtigsten kapitalistischen Länder eingeholt und überholt insofern, als der größte Teil der sowjetischen Industrie heute mit der modersten Technik ausgestattet ist. Aber man sei in ökonomischer Hinsicht zurückgeblieben, das heißt "in den Ausgaben unserer industriellen Produktion pro Kopf der Bevölkerung". Um dieses Zurückbleiben in ökonomischer Hinsicht wettzumachen, sei erforderlich, "das wirkliche und ungestüme Verlangen vorwärtszuschreiten und die Bereitschaft, Opfer zu bringen, bedeutsame Kapitalinvestitionen vorzunehmen". Es sei nicht möglich, in dieser Hinsicht die kapitalistischen Länder in der Frist von 2-3 Jahren zu überholen. Als Beispiel führt Stalin die Stahlerzeugung an, sie sei etwa um 2-2½ Millionen Tonnen jährlich zu steigern. Ein größeres Ausmaß der Steigerung seien Phantasien. Angenommen, daß diese Zuwachsraten zutrifft, - was bei der Fortdauer des Stalinschen Regimes durchaus nicht sicher ist - so ergibt sich die Möglichkeit für die Sowjetunion, zum Beispiel die Vereinigten Staaten in der Stahlerzeugung erst in Jahrzehnten zu überholen.

Aus den Angaben Stalins über die Landwirtschaft ist zu erwähnen, daß die Kollektivwirtschaften jetzt 18 Millionen Bauernwirtschaften und 93,5 % aller Wirtschaften umfassen. Die Zahl der Traktoren betrug 1938, - 483.500 und die der Mährescher. - 152.500.

Aus den Angaben über den Viehbestand ergibt sich, daß in Bezug auf den Pferdebestand seit 1933 keine erheblichen Fortschritte gemacht worden sind. Dagegen sind große Fortschritte gemacht worden in Bezug auf den Bestand an Großhornvieh (63,2 Millionen | 38,4 Millionen in 1933), ebenso in Bezug auf den Bestand von Schafen und Schweinen.

Die Kollektivwirtschaften sollen jährlich 1½ Millionen Arbeitskräfte an die Industrie abgeben, die durch die Entwicklung der landwirtschaftlichen Technik freigesetzt werden.

Die Geldeinnahmen der Kollektivwirtschaften werden für das Jahr 1933 mit 5.661,4 Millionen Rubel und für das Jahre 1938 mit 14.801 Millionen Rubel angegeben.

An Getreide sollen die Kollektivwirtschaften durchschnittlich im Jahre 1933 - 61 Pud pro Kopf und Jahr erhalten haben, im Jahre 1938 - 144 Pud (1 Pud = 16 Kilo)

Es wäre von Interesse, zu wissen, wie sich diese Geld- und Naturaleinnahmen auf die Kollektivwirtschaften in den einzelnen Gegenden und innerhalb jeder Kollektivwirtschaft auf die einzelnen Familien verteilen, jedoch findet man darüber in dem Bericht Stalins keine Angaben.

Stalin rühmte auch an dieser Stelle als ein besonderes Zeichen des kulturellen Fortschritts die Herausbildung einer neuen Sowjetintelligenz. Er erklärte dazu:

" Ich denke, daß die Entstehung dieser neuen aus dem Volke hervorgegangenen sozialistischen Intelligenz eines der wichtigsten Ergebnisse der Kulturrevolution in unserem Lande ist. "

Stalin rühmte wieder die " Einheit der Sowjetgesellschaft " , er erklärt:

" Dies bedeutet u.a. ,daß im Falle eines Krieges das Hinterland und die Front unserer Armee infolge ihrer Homogenität und inneren Einheit fester sein werden als in irgendeinem anderen Lande, woran die ausländischen Liebhaber kriegerischer Zusammenstöße denken sollten. "

In Wahrheit ist diese angebliche Einheit der Sowjetgesellschaft, diese innere Homogenität ein grober Schwindel. Gerade umgekehrt: was die Entwicklung der Sowjetgesellschaft unter dem Stalinregime kennzeichnet, ist gerade das Eintreten einer neuen gesellschaftlichen Differenzierung, die Herausbildung einer neuen gesellschaftlichen Schicht, die politisch, sozial, kulturell sich von der breiten Masse der Werktätigen abhebt, sie beherrscht und auch materiell eine privilegierte Stellung genießt. Diese Tatsache wird in dem Stalinschen Bericht und in der ganzen offiziellen Propaganda damit verdeckt, daß ständig darauf hingewiesen wird, daß die alten ausbeutenden Klassen, die Kapitalisten, die Großgrundbesitzer, die Kulaken verschwunden sind. Aber wenn man die Entwicklung der Sowjetgesellschaft verstehen will, so kommt es gerade darauf an, den Blick zu richten nicht auf die stattgehabte Vernichtung der alten ausbeutenden Klassen, sondern auf die Herausbildung einer neuen gesellschaftlich, wirtschaftlich, politisch, kulturell privilegierten Schicht auf der neugewonnenen sozialistischen und kollektivistischen Wirtschaftsbasis. Davon ist in der ganzen offiziellen Propaganda natürlich nicht die Rede, viel mehr ist sie gerade darauf eingestellt, die Blicke der Massen von dieser grundlegenden neuen Tatsache abzulenken.

Wir werden aber im folgenden Artikel sehen, wie Stalin genötigt ist, in der Form der Behandlung " einiger theoretischer Fragen " auf diese neuen

und charakteristischen Erscheinungen des Lebens der Sowjetgesellschaft einzugehen.

Von einer beispiellosen Schamlosigkeit ist die Art und Weise, wie Stalin sich mit seinem Terrorfeldzug gegen "Trotzkisten, Bucharinisten usw." abfindet. Er erklärte dazu wörtlich:

"Da sie nicht den Mut hatten, sich dem Willen des Volkes zu unterwerfen, zogen sie es vor, sich mit den Menschewiki, den Sozialrevolutionären, den Faschisten zu verschmelzen, bei der ausländischen Spionage in Dienst zu treten, sich als Spione zu verdingen und sich zu verpflichten, den Feinden der Sowjetunion zu helfen, unser Land zu zerstückeln und die kapitalistische Knechtschaft in unserem Lande wieder herzustellen.

Das ist das rühmlose Ende der Gegner unserer Parteilinie, die nachher zu Volksfeinden wurden.

Sonst erklärt Stalin den blutigen Terror, den er über der Partei verhängt hat, damit, daß es sich gehandelt habe um die "Hinausdrängung der Unzuverlässigen", um die "Auslese der Besten".

Es wäre nur nötig hinzuzufügen, daß es sich bei der "Hinausdrängung der Unzuverlässigen" darum handelte, die für das Stalinsche Regime und die Stalinsche Person unzuverlässigen Elemente "hinauszudrängen". Natürlich ist es bei Stalin nicht so gemeint, sondern es soll sich um diejenigen handeln, die vom Standpunkt des Kommunismus unzuverlässig gewesen seien.

Allerdings erklärt Stalin, habe es bei dieser Reinigung einige Schönheitsfehler gegeben:

"Es läßt sich nicht behaupten, erklärte er mit zynischem Hohn, daß die Reinigung ohne ernsthafte Fehler durchgeführt wurde".

Aber mit dem Ergebnis im Allgemeinen ist er zufrieden:

"Die Partei, erklärte er, festigt sich dadurch, daß sie sich vom Unrat säubert".

Als allgemeine Richtlinie für die organisatorische Tätigkeit gab Stalin für die nächste Zeit an, daß es sich darum handle, übergroße Organisationen in Partei und Staat aufzuteilen, um sie dem Leben näherzubringen. Das ist jedoch nur ein grob-mechanisches Mittel, den desorganisierenden Konsequenzen der bürokratischen Überorganisation zu entgehen. Es beweist, daß Stalin selbst nicht mehr imstande ist, sich über das bürokratische Denken zu erheben und die wirklichen Probleme der Liquidierung der Überzentralisation auch nur zu sehen, geschweige, sie zu lösen. Ein neues bürokratisches Schema: das ist alles. Man vermehrt die Zahl der Volkskommissariate, man teilt die oder jene Behörden in kleine Einheiten wieder auf, man führt bei den Volkskommissariaten wieder die vor einigen Jahren abgeschafften Kollegen wieder ein usw. Es ist die vollkommene Sterilität, die sich hier offenbart.

Bei der Diskussion der Frage, ob man sich bei der Auswahl der Kader auf die jüngeren oder die älteren Parteimitglieder vorwiegend stützen solle, erklärte Stalin, daß man beide Elemente zweckmässig vereinigen müsse. Ein Prinzip, das an sich richtig ist, das aber in der praktischen Anwendung durch Stalin darauf hinausläuft, die "zuverlässigen" Jungen und diejenigen von den Alten, denen das Rückgrat gebrochen ist, zu kombinieren.

Eine Zwangsanleihe mit Prämien in Deutschland.

Um die außerordentlichen Ausgaben, die durch die weitere Aufrüstung und die militärischen und außenpolitischen Aktionen Hitlerdeutschlands erforderlich sind, zu finanzieren, hat man jetzt eine neue Methode gefunden. Das Reich will jetzt in großem Umfange sogenannte "Steuer Gutscheine" herausgeben. Es sollen zwei Klassen dieser Steuer Gutscheine herausgegeben werden, die erste Klasse soll vom 7. Monat ab auf Steuerzahlungen angerechnet werden können, die zweite Klasse vom 37. Monat ab. Die Nazipresse sucht die Einführung von Steuer Gutscheinen anstelle neuer innerer Anleihen damit zu begründen, daß dadurch dem Reich Anleihezinsen gespart werden sollen. Aber das ist der reine Betrug. Die Steuer Gutscheine der Klasse II werden vom Staat nach drei Jahren zu 112 % ihres Nennwertes angenommen, das heißt sie werden in Wirklichkeit zu 4 % jährlich verzinst. Die Steuer Gutscheine der Klasse I sind mit der Berechtigung verbunden, daß die Firmen, die sie 10 Monate ununterbrochen besitzen, größere Abzüge an ihrem fixen Kapital bei der Steuerbewertung vornehmen können. Im Grunde handelt es sich also bei diesen Steuer Gutscheinen um eine Zwangsanleihe mit Prämien.

Daß die Naziregierung zu solchen Mitteln gegriffen hat, beweist 1. daß ihre wirtschaftliche und finanzielle Lage sich durch ihre Manipulationen und die damit verbundenen Aufwendungen für Rüstungen, Mobilisationen usw. nicht verbessert, sondern verschlechtert hat, und 2. daß die Aussichten für die Aufbringung neuer innerer Anleihen auf dem deutschen Markt schlecht sind.

Auch die erwartete stimmungsmässige Wirkung der Aktion gegen die "Tschechoslowakei" ist nach den darüber vorliegenden Berichten ausgeblieben. Die aus Deutschland eintreffenden Stimmungsberichte besagen, daß die Bevölkerung trotz allem Druckes von Seiten der Nazibehörden diesmal in großem Umfang sogar das Flaggen der Häuser bei der Rückkehr des Siegers von Prag und von Memel sabotiert hat.

Von der KPD(O) wird uns Folgendes mitgeteilt :

B e s c h l u s s !

Das AK der KPD(O) hat in seiner Sitzung vom 20. März 1939 die Genossen

Alfred, Eiden, Elli, Kuno, Leo und Richard

wegen beharrlichen organisationschädigenden Verhaltens aus der KPD(O) ausgeschlossen.

G r ü n d e :

Die Mitglieder der KPD(O) haben in monatelanger Diskussion zu dem fraktionellen Treiben der genannten Genossen Stellung genommen, ihre politische Haltung verurteilt und von ihnen die sofortige Einstellung ihrer Fraktionstreibereien gefordert.

Als Antwort darauf verschicken Alfred, Eiden, Elli, Kuno, Leo und Richard ein vom 18. März datiertes neues Fraktionsschreiben an die Mitglieder der KPD(O) und kündigen darin den verschärften Fraktionskampf an.

Verantwortlich : E. Hirtzel, Strasbourg

Arbeiterpolitik

No. 14/VI. Jahrgang

Erste Aprilwoche 1939

Die Wendung der englischen Außenpolitik .

Die nach der Märzaktion Hitlers in der Tschechoslowakei unternommene Wendung der englischen Außenpolitik, wie sie durch die Erklärungen Chamberlains im Unterhaus vom 31. März und 3. April umschrieben worden ist, bedeutet praktisch den Versuch des britischen Imperialismus, eine möglichst umfassende und starke Koalition gegen Hitlerdeutschland, das heißt gegen den deutschen Imperialismus und seine eventuellen Helfer und Trabanten zustandezubringen. Die Begründung, die dafür jetzt von englischer Regierungsseite gegeben wird, ist in der Hauptsache die, daß durch das Vorgehen Hitlers gegen die Tschechoslowakei das Vertrauen der anderen Mächte erschüttert worden sei, daß sich Hitlerdeutschland nur mit der Einverleibung deutscher Bevölkerungsteile außerhalb seiner Grenzen begnügen werde. Wie es aber auch mit diesem "Vertrauen" der englischen und französischen Regierungen zu Hitlerdeutschlands Versprechungen bestellt gewesen sein mag, so sind die wirklichen Gründe der Wendung der englischen Politik gegenüber Hitlerdeutschland darin zu erblicken, daß England jetzt seine eigenen imperialistischen Besitztümer, Interessen und Verbindungslinien durch die Aktionen und die Vorbereitungen von Hitlerdeutschland und seiner Verbündeten oder Werkzeuge für bedroht hält. Das bezieht sich sowohl auf die Aktion Hitlerdeutschlands in Osteuropa, wo England insbesondere vorbauen will, daß Hitlerdeutschland nicht an das Schwarze Meer und das östliche Mittelmeer gelangt, wie auf die gegen Westeuropa vorbereitete, bei der Italien der marschierende Flügel sein soll. Für England dreht es sich dabei vor allem um die Sicherstellung seines Seeweges nach Indien, seiner Stellungen im Mittelmeer, seiner Stellungen im Vorderen und Mittleren Orient, sowie darum zu verhindern, daß Hitlerdeutschland durch die weitere Ausdehnung nach Osten sich den Wirkungen einer englischen Blockade mehr oder weniger entziehen oder sie erschweren könnte. Darum versucht es jetzt, an der Linie Polen-Rumänien einen Abwehrwall gegen den deutschen Imperialismus aufzurichten und im übrigen in die geplante Koalition alles hereinzuziehen, was ihm möglich und dienlich ist.

England gebraucht schon garnicht mehr den Vorwand, daß es sich um die Verteidigung der Demokratie handle, es wäre dies auch schwer angesichts dessen, daß es sich zunächst um die Einbeziehung des faschistischen Polens und des absolutistisch-reaktionären Rumäniens in die Koalition handelt. Es handelt sich ebensowenig wie bei Hitler um die Erhaltung des Friedens. Es handelt sich lediglich um die Verteidigung des britischen und französischen Imperialismus durch die umfassende diplomatische und militärische Vorbereitung für den imperialistischen Krieg. Alles andere ist Geschwätz, Propaganda, Täuschung.

Bei diesem Versuch tritt sowohl beim englischen, wie beim französischen Imperialismus der innere Widerspruch der Abwehr klar hervor, der Widerspruch zwischen den allgemeinen bürgerlichen Klasseninteressen und den Erfordernissen der militärischen Zweckmäßigkeit.

Im Osten soll Polen zum Kernstück der militärischen Abwehr gegen Hitlerdeutschland gemacht werden, nicht die Sowjetunion. Aber nach dem Zusammenbruch der Tschechoslowakei könnte in Wirklichkeit nur noch die Sowjetunion eine wirksame militärische Abwehr gegen Hitlerdeutschland im

Osten aufrichten. Aber sowohl die polnische, wie die rumänische Regierung wehren sich entsetzt dagegen, daß rote Truppen in ihr Gebiet einziehen sollten, wenn auch als Helfer und das tatsächliche Verhalten der englischen und französischen Regierungen trägt dem Rechnung. Die Sowjetunion ist unter allerhand wohlwollenden Redensarten in den Hintergrund abgeschoben. Die Rolle, die ihr zugeordnet war, sollte die sein, Polen und Rumänien im Kriegsfall Waffen und Rohstoffe zu liefern, dagegen Lieferungen an Deutschland und Italien einzustellen. Es ist klar, daß es das bürgerliche Klasseninteresse ist, die die englische und französische Bourgeoisie trotz aller süßlichen Erklärungen veranlassen, nach wie vor die Sowjetunion von einem direkten militärischen Eingreifen in Richtung Westen abzuhalten. Die Sowjetregierung ihrerseits hat jetzt durch eine Meldung der offiziellen sowjetischen Telegrafien-Agentur TASS die von Havas gebrachte Meldung dementiert, daß sie diese Verpflichtungen für Polen und Rumänien und gegen die Achsenmächte übernommen habe. Das zeigt, daß sie ernstwillen nicht die Rolle übernehmen will, die ihr der englische und französische Imperialismus zugeordnet hat. Eine solche Rolle würde weder im Interesse der Verteidigung der Sowjetunion, noch in dem der internationalen Arbeiterklasse liegen. In der gegebenen Lage ist beiden Interessen am besten gedient, wenn die SU sich aus dem Konflikt der beiden imperialistischen Lager heraushält. Das praktische Verhalten der Sowjetunion stimmt zwar nicht mit der vom Stalinismus in den letzten Jahren propagierten Theorie von der kollektiven Sicherheit, von der Friedensfront usw. überein, aber es ist besser, daß diese bankrotte Theorie in die Binsen geht, als daß die Sowjetunion sich dazu hergibt, für den französischen und englischen Imperialismus "die Kastanien aus dem Feuer zu holen". Im Übrigen ist diese Entwicklung noch keineswegs abgeschlossen und die enigmatische Stellungnahme der Sowjetpolitik bleibt abzuwarten.

Es ist klar, daß die Stützung der Westmächte im Osten auf Polen-Rumänien nur zwei Aussichten als wahrscheinlich erscheinen läßt:

entweder daß trotz aller Zusagen, aber bei der praktischen Unmöglichkeit für England und Frankreich den beiden Ländern irgendwie ernsthafte militärische Hilfe zu leisten, die Westmächte auch diese Länder überrennen lassen - wobei sie sie aber jetzt zum Widerstand ermuntern - oder daß sie einen Angriff Deutschlands auf Polen-Rumänien zum Ausgangspunkt eines allgemeinen Krieges nehmen. Aber auch in diesem Falle würden Polen und Rumänien zunächst von Hitlerdeutschland überrannt werden.

So drückt sich der innere Widerspruch, in dem sich heute der englische und französische Imperialismus befindet, in Verstößen gegen die elementarsten militärischen Zweckmäßigkeiten aus. Die Folgen können weder für die Schützlinge des Imperialismus der Westmächte, noch für diesen selbst andere als negativer Art sein.

Während England sich um Polen und Rumänien bemüht, scheinen die Achsenmächte die Zange bei Jugoslawien ansetzen zu wollen. Das würde der Einmarsch italienischer Truppen in Albanien bedeuten, der allem Anschein nach schon weitgehend vorbereitet ist. Mit einem solchen Angriff würden die Achsenmächte die Stellung Polen-Rumänien umgehen - sogar noch ehe sie aufgerichtet ist. Inzwischen hat Italien durch Mussolini seine Forderungen an Frankreich sozusagen durch Kapitelüberschriften offiziell anmelden lassen. Die Antwort Daladiers besagte, daß Frankreich zwar keine größeren territorialen oder rechtlichen Ansprüche Italiens annehme, aber bereit sei, im Rahmen des Laval-Mussolini-Abkommens von 1935 oder gleichwertiger Abmachungen zu verhandeln. Das ist sofort von Italien zurückgewiesen worden. Italien wartet ab, aber weder passiv, noch unbegrenzt. Die Achse hat schon aus technischen Gründen eine Anzahl weiterer Vorbereitungen zu treffen, ehe sie im Westen vorstoßen kann.

Die Wilhelmshavener Rede Hitlers zeigt, daß Hitler durch die Wendung der englischen Außenpolitik sich nicht veranlaßt sieht, seine imperialistischen Ansprüche einzuschränken und daß es durch Drohungen und Vorbereitungen gegen die Staaten auftritt, die England für seine Koalition gegen den deutschen Imperialismus zu gewinnen sucht.

Stellt man die Handlungen und Erklärungen der englischen und der deutschen Regierungen nebeneinander, so zeigt sich klar, daß sich hier zwei imperialistische Lager gegenüberstehen, die sich auf die imperialistische Generalabrechnung vorbereiten und daß diese unvermeidlich ist, falls nicht die Arbeiterklasse eines der beiden oder der beiden Länder noch vor dem Zusammenstoß auf revolutionärem Wege mit dem kapitalistischen Regime in ihren Ländern aufräumt.

Zum Ende des spanischen Bürgerkrieges ;
=====

Der letzte Akt des spanischen Bürgerkrieges hat seinen Abschluß gefunden. Er wurde mit dem Fall von Katalonien eingeleitet, mit der kampflosen Preisgabe von Barcelona und der Flucht der republikanischen Regierung nach Frankreich. Dem folgte die neue Übersiedlung von Negrin nach Madrid, um die vollkommen inhaltlos gewordene Politik des "resistir" unter der Konzeption der 13 Punkte, die auf eine Verständigung mit den Faschisten abzielten, fortzusetzen.

Mit dem Zusammenbruch von Katalonien war auch die Volksfront selbst zusammengebrochen. Das zeigte sich einmal in dem Intermezzo Negrin-Azana und zum andern in dem schmachvollen Hinauswurf der letzten Volksfront-Überbleibsel aus Madrid, in der Übernahme der Regierung durch den Nationalen Verteidigungsrat, der CND, mit Casado, Miaja und Besteiro an der Spitze.

Miaja gab die Erklärung ab, daß die Mission der CND sei, "in humanitärer und ehrenvoller Form den Krieg zu beenden". Besteiro von den rechten Sozialisten und Mena von den Anarchisten unterstützten mit ähnlichen Radio-Aufrufen diese politische Position, die in sich den letzten Verrat an der Revolution und an ihren Kämpfern einschloß.

Die offene Vorbereitung der Übergabe an die Faschisten löste in Madrid einen kurzen und erbitterten Straßenkampf aus, ein Versuch von Arbeitern und Milizianos, diesem Verrat zu begegnen. Es war eine letzte Bewegung der Auflehnung, des Protestes. Eine Opposition ohne Führung, ohne konkrete Ziele, unfähig, in letzter Stunde dem Kampf die alten ursprünglichen revolutionären Grundlagen zurückzugeben. Relativ schnell konnte darum diese Rebellion von der neuen Regierung erstickt werden.

Am 18. März schickte der CND nach Burgos eine Botschaft, in der sie Franco erklärten: "Der Moment ist gekommen, wo der CND seine Mission zu erfüllen hat. Er wendet sich an Eure Regierung, um ihr mitzuteilen, daß wir bereit sind, die Verhandlungen aufzunehmen, die uns einen Ehren-Frieden sichern".

Die Antwort der Faschisten war, daß der Ehrenfrieden nur die bedingungslose Unterwerfung, der "totale Sieg" der nationalen Armee sein könne.

Trotz aller vorhergehenden Beteuerungen bis zum letzten Tropfen Blut zu kämpfen, wenn den Republikanern und den Milizianos keine Schutzgarantien gewährt würden, hat die CND-Regierung die weiße Fahne hissen lassen und ohne ernsthaften Widerstand das gesamte Territorium den Faschisten überlassen. Dem kampflosen Fall von Bilbao, Santander und Barcelona schloß

sich nun der kampflose Fall von Madrid und Valencia an.

Bei der Zurückziehung der republikanischen Kräfte aus den Orten ergab sich Folgendes :

fast überall waren die Elemente der Fünften Kolonne zur Stelle, die die administrativen Funktionen und Verwaltungen sofort übernahmen und in vielen Fällen bereits bevor Franco einmarschierte. Die SIM-Arbeit hat also gegenüber den Faschisten vollkommen versagt. Ihr einziger Erfolg und fürwahr der negativste und traurigste, den sie für sich buchen kann, ist, daß sie mit ihrer Tätigkeit der Revolution ins Mark traf, daß sie ehrliche revolutionäre Elemente als Faschisten zu diffamieren verstand, daß sie Leute, wie Andres NIN ermordete, die POUM-Genossen in die Gefängnisse warf und mit gefälschten Dokumenten prozessierte. Der Fünften Kolonne hat sie aber nicht das Handwerk zu legen verstanden, denn der größte Teil von ihr hatte sich in die Organisationen der KP und der PSW eingeschlichen und sich dort versteckt. Wäre die GPU und nichts anderes war die SIM ernsthaft den Faschisten zu Leibe gegangen, dann wäre von der Größe und Herrlichkeit der KP und der PSUC, zu der sie nach dem 19. Juli 1936 gelangte, wahrscheinlich nicht allzuviel übriggeblieben.

Was die Faschisten unter dem "totalen Sieg" verstanden, darüber hat sich niemand Illusionen gemacht. Er bedeutet die unbegrenzte Rache der Reaktion an den Kämpfer der Revolution, des 19. Juli 1936, an dem die Militärclique ihre Schlappe bezog. Die Verkündung des Standrechts und die ersten Maßnahmen zeigen, daß man planmässig die Rache organisiert. Mit blutigen terroristischen Methoden wird die Denunziation zur Bürgerpflicht gemacht, zur Denunziation wird befohlen. In allen Stadtbezirken schlagen die Militärtribunale ihre Quartiere auf, um sich an die Aufspürung und Verfolgung der "roten Verbrecher" zu machen. Den faschistischen Organisationen "Falange Espanola" und "JONS" sind die Polizeifunktionen übergeben worden. In den ersten 48 Stunden wurden in Madrid allein laut Pressemeldungen schon 3.500 Zivilpersonen verhaftet, in einem Konzentrationslager über 17.000 Milizianos eingesperrt. Gründlich sollen die aktiven revolutionären Elemente aus der Masse herausfiltriert werden. Die "neue" Ordnung ist wieder hergestellt. Hitler sagte seinerzeit: "Köpfe werden rollen". Franco sagt: "Ich habe 2 Millionen auf meinen Listen".

Die betrogenen Betrüger: die KP Spaniens und die Stalinisten in den anderen Ländern jammern über den letzten Verrat ihres Volksfrontgenossen Miaja, Casado, Besteiro. Sie können die Verantwortung nicht auf diese Schurke abwälzen. Die Stalinisten hatten die Führung im Verrat.

In Madrid kämpfte ein Teil der Proleten gegen die Kapitulanten, als sie den Verrat bemerkten, zu spät. Diese Proleten haben auch dann nichts mit den Stalinisten gemein, selbst wenn sie auf das letzte Geschrei der Negrin hereingefallen und ihnen geglaubt haben sollten. Ehre dieser Helden der spanischen Revolution, die ohne politische Führung, wie die Barcelonaer Arbeiter im Mai 1937 verwirrt, betrogen und dann geschlagen wurden. Im Mai 1937 hätte die spanische Revolution noch gerettet werden können, wenn die kampfwillige Barcelonaer Arbeiterschaft eine politische Führung gehabt hätte, die den Straßenkampf bis zum Siege über die Volksfrontregierung geführt und die proletarische Revolution organisiert hätte. Im März 1939 war die Rettung der Revolution nur deshalb unwahrscheinlicher, weil sich in der Zwischenzeit die revolutionäre kommunistische Partei nicht gebildet hatte, dagegen die POUM durch Verfolgungen geschwächt, in Madrid in den Kämpfen gegen die Kapitulanten überhaupt nicht in Erscheinung trat.

der Polizei übergeben sollen, damit sie die Masken verkauft. Dann würden die Portiersfrauen alias Hauswarte schon nicht mehr trauen, irgendwelche Ausreden hervorzubringen.

=0=0=0=0=0=0=0=

Deutschland preßt Arbeiter als Fremdenlegionäre - "Schweizer Legion" und "Holländische Legion" in Deutschland.

ITF. In Deutschland arbeiten, bedeutet heute für jeden ausländischen Arbeiter eine besondere Belastung. Wer die Arbeit eines zur Armee oder zur Kriegsindustrie eingezogenen Deutschen übernimmt, muß sich nicht nur den rigorosen Anforderungen der Nazi-Unternehmer fügen und auf jeden Widerspruch gegen die gelbe Nazipropaganda verzichten. Stets besteht die Gefahr, daß die Nazis versuchen, ihn als Fremdelegionär gegen seine Heimat zu mißbrauchen. Im Sommer 1938 haben die Nazibehörden fast 50.000 sudetendeutsche Arbeiter nach Deutschland geholt. Viele dieser Arbeiter wurden polizeilich über ihre politische Vergangenheit und jetzige Gesinnung vernommen. Sie wurden militärärztlich untersucht und ihre militärische Ausbildung wurde in eine Art Stammrolle eingetragen. Manche noch nicht militärisch Ausgebildete wurden von der deutschen Armee gedrillt. Ein großer Teil dieser drei Divisionen Grenzgänger mußte in den kritischen Septembertagen mit Henleins "Sudetendeutschem Freikorps" an der deutschen Grenze marschieren.

Nach der Preisgabe der tschechoslowakischen Republik haben die deutschen Arbeitsämter systematisch slowakische Arbeiter angeworben. Im März 1939 wurde aus diesen Arbeitern eine "slowakische Legion" zusammengestellt und nach Preßburg geschickt. Und seit Anfang 1939 werden Vorbereitungen für eine schweizer und eine holländische Legion getroffen.

In der Schweiz werben deutsche Arbeitsämter Facharbeiter und ungelernete Arbeiter an, die Ungelernten häufig durch Vermittlung des Büros verschiedener von Berlin abhängiger sogenannter schweizer "Erneuerungsbewegungen". Die Nazibehörden legen großen Wert auf diese schweizer Nazis. Sie lassen etwa 6.000 nazifromme Reichsdeutsche in der Schweiz stempeln gehen, damit in Deutschland für schweizer Nazis Arbeitsplätze freibleiben.

Auch auf holländische Nazis legt Deutschland Wert. Westdeutsche Arbeitsämter wurden um die Jahreswende vertraulich angewiesen, nach Möglichkeit nur noch holländischen Arbeitern Arbeit zu vermitteln, die der von Berlin abhängigen "National Socialistischen Bewegung" (NSB) nahestehen. Die Arbeitsämter haben den Naziparteistellen mitteilen müssen, daß in den Reihen der NSB nur wenige der in Deutschland gesuchten Fachkräfte zu finden seien.

Die Nazibehörden aber bestehen darauf, daß wenigstens bei gleichwertigen Bewerbern NSB-er bevorzugt werden. Die Nazis scheinen der Auffassung zu sein, daß Arbeiter, die Arbeit in Deutschland annehmen, sich der Hitlerschen Fremdenlegion verkaufen müssen.

=0=0=0=0=0=0=0=

Die Steuergutscheine

Aus den weiteren Mitteilungen über die Steuergutscheine, die in Deutschland eingeführt werden, geht hervor, daß sie auch und zwar innerhalb sehr weiter Grenzen Geldfunktion (als Zahlungsmittel für Beträge über 500 Mark) übernehmen sollen. Damit ist auch gegeben, daß sie bei dem vor auszusehenden großen Umfang ihrer Ausgabe auf die Länge inflationistische

Der bürgerliche Staat habe zwei Hauptfunktionen : nach innen die ausgebeutete Mehrheit im Zaume zu halten , nach außen : das Territorium zu verteidigen usw. Gewisse Funktionen des alten Staates könnten erhalten bleiben , " die sich entsprechend den Erfordernissen des proletarischen Staates verändert haben " . Auch die Form des sozialistischen Staates unterliege der Veränderung , der Entwicklung.

Seit der Oktoberrevolution seien zwei Hauptphasen in der Entwicklung des sozialistischen Staates und der Sowjetunion zu unterscheiden :

(a) vor der Oktoberrevolution bis zur Liquidierung der Ausbeuterklassen - die Hauptaufgabe des Staates während dieser Periode war die Unterdrückung des Widerstandes der gestürzten Klassen, die Verteidigung des Landes, die Wiederherstellung der Industrie, die Vorbereitung der Liquidierung der kapitalistischen Elemente . Während dieser Periode sind drei Hauptfunktionen des Staates zu unterscheiden :

1. die Unterdrückung der gestürzten Klassen im Innern des Landes ;
2. die Verteidigung des Landes gegen Überfälle nach außen ;
3. die wirtschaftlichen, organisatorischen und kulturell erzieherischen Aufgaben des Landes.

(b) Zweite Phase : Liquidierung der kapitalistischen Elemente in Stadt und Land . Hauptaufgabe in dieser Phase ist die Organisation der sozialistischen Wirtschaft , die Liquidierung der letzten Überreste kapitalistischer Elemente , die Organisation der Kulturrevolution, die Organisation einer völlig modern ausgerüsteten Armee . Die Funktion der militärischen Unterdrückung innerhalb des Landes falle weg , " stirbt ab " , Stattdessen trete ein die " Funktion des Schutzes des sozialistischen Eigentums vor Dieben und Vergeudern des Volksgutes " . Die Funktion des Schutzes des Landes vor Überfällen bleibe bestehen, daher die Notwendigkeit der Beibehaltung der Roten Armee , der Roten Marine , der Straforgane , des Nachrichtendienstes. Ebenso bleiben die Funktionen der wirtschaftlichen , organisatorischen und kulturell erzieherischen Arbeit der Staatsorgane erhalten. " Jetzt besteht die Hauptaufgabe unseres Staates im Innern des Landes in der friedlichen wirtschaftlichen Organisation und kulturell erzieherischer Arbeit. Was unsere Armee, die Straforgane, den Nachrichtendienst anbelangt, so ist nun ihre Spitze nicht nach dem Innern des Landes gerichtet , sondern nach außen gegen die äußeren Feinde. "

Schließlich wirft Stalin die Frage auf " Wird der Staat bei uns auch in der Phase des Kommunismus erhalten bleiben ? " Er gibt darauf folgende Antwort :

" Ja, er wird erhalten bleiben , wenn die kapitalistische Umgebung nicht liquidiert , wenn die Gefahr kriegerischer Überfälle von außen nicht beseitigt wird.... Nein, er wird nicht erhalten bleiben , er wird absterben , wenn die kapitalistische Umgebung liquidiert , wenn sie durch eine sozialistische Umwelt abgelöst wird " .

Die Verfälschung der Grundlehren des Marxismus-Leninismus vom Staat , die hier vorliegt , ist so grober Art , daß sie mit Händen zu greifen ist.

Solange die kapitalistische Umwelt besteht , muß der sozialistische Staat seine Verteidigung nach außen organisieren. Das ist eine Binsenwahrheit , die sicherlich weder Friedrich Engels , noch Lenin entgangen ist. Friedrich Engels und Lenin haben daher nicht gefordert , daß der sozialistische Staat , solange für ihn noch die Notwendigkeit der Verteidigung nach außen besteht , auf die Organisation der militärischen

Abwehr verzichte. Vielmehr haben sie eine dem Wesen des sozialistischen Staates entsprechende grundlegende Änderung der Organisation der Verteidigung, der Heeresorganisation, gefordert. Sie forderten anstelle des stehenden Heeres die "Miliz", die Volksmiliz Sie hielten auf sozialistischer Basis diese Form der militärischen Organisation auch für die stärkere Form der Verteidigung. Worin besteht der grundlegende Unterschied zwischen stehendem Heer und sozialistischer Miliz? Sie besteht im Wegfall eines aus dem übrigen Volk herausgehobenen, von ihm abgesonderten, ihm gegenüberstehenden militärischen Gewaltapparat. Die sozialistische Miliz ist "das Volk in Waffen". Hier decken sich das gesamte Volk und seine militärische Organisation. Der Gegensatz beider ist weggefallen und unmöglich geworden. Die Armee kann also auch nicht mehr zur Unterdrückung des eigenen Volkes verwandt werden. Dagegen ist sie zur Verteidigung nach außen stärker als die stehende Armee, eben weil dieser Gegensatz äußerlich und innerlich weggefallen ist, weil sie mit dem gesamten Volk eine moralische und materielle Einheit bildet.

Die grobe Fälschung Stalins besteht darin, daß er den Eindruck zu erwecken sucht, daß Engels und Lenin die Frage der Verteidigung des sozialistischen Staates nach außen überhaupt übersehen hätten. Das ist ebenso grotesk in Bezug auf Friedrich Engels, den man den General nannte und der sozusagen militärischer Spezialist war, wie für Lenin des Jahres 1917, mitten im imperialistischen Weltkrieg. Welchen Sinn hätten dann ihre Gedanken über die Miliz oder die Volksmiliz gehabt? Die These Stalins besagt dagegen, daß die Verteidigung des sozialistischen Staates nur durch das stehende Heer möglich sei. Das ist der Bruch mit einer der Grundlehren des Marxismus-Leninismus.

Das stehende Heer in einer sozialistischen Gesellschaft ist nicht die stärkere, sondern die schwächere Form der Verteidigung nach außen. Der Grund, warum Stalin ihre Beibehaltung theoretisch begründet, liegt nicht in der Notwendigkeit der Verteidigung des sozialistischen Staates nach außen, er liegt in der in der Sowjetgesellschaft eingetretenen sozialen Differenzierung, in der Herausbildung einer politisch, wirtschaftlich und sozial privilegierten Schicht auf der Grundlage der sozialistischen Produktion. Diese Schicht allerdings braucht die Beibehaltung des stehenden Heeres aus inneren Gründen! - zur Verteidigung ihrer gesellschaftlichen Privilegien gegenüber den breiten nicht-privilegierten Massen der Arbeiter und Bauern. Ja, sie muß den Gegensatz zwischen Volk und Heer noch verstärken - durch die Wiedereinführung der militärischen Titel und Grade usw.

Es ist also nicht richtig, wenn Stalin behauptet, Friedrich Engels habe, wenn er vom Absterben des Staates sprach, die stillschweigende Voraussetzung gemacht, daß der sozialistische Staat keine kapitalistische Umgebung mehr habe. In diesem Falle hätte er nicht von Miliz reden dürfen, sondern davon, daß jede Form militärischer Organisation unter dieser Voraussetzung wegfallen könne und müsse.

Die zweite grobe Fälschung Stalins besteht darin, daß er erklärt, in der zweiten Phase der Entwicklung des sozialistischen Staates richten die Armee, die "Straforgane", der Nachrichtendienst ihre Spitze nicht nach dem Innern des Landes, sondern nach außen gegen die äußeren Feinde".

Daß auf einem Parteitag der KPdSU eine solche ungeheuerliche Behauptung in Bezug auf die Sowjetjustiz, in Bezug auf die GPU ohne Widerspruch aufgestellt werden konnte, zeigt nur, daß ein solcher Parteitag mit dem wirklichen Leben der breiten Massen des Sowjetvolkes, der Arbeiter und Bauern nichts mehr zu tun hat und wie ungeheuerlich die Unterdrückungsfunktion des Sowjetstaates nach innen überwuchert hat: wo jedes Kind in der Sowjetunion weiß, daß die "Straforgane" und die GPU es in der

Hauptsache nicht mit Ausländern , sondern mit Sowjetbürgern zu tun haben

Die Stalinsche These von der notwendigen Stärkung des Sowjetstaates läßt sich nicht durch die kapitalistische Umgebung begründen. Sie ist begründet lediglich in inneren Gründen , in der besonderen Entwicklung , die die Sowjetgesellschaft und der Sowjetstaat unter dem Stalinschen Regime genommen hat. Die Begründung mit der kapitalistischen Umwelt soll die Aufmerksamkeit der breiten Massen von diesen wahren und wirklichen Gründen ablenken.

Diese wirklichen Gründe werden zum Teil von Stalin unfreiwillig aufgedeckt in seinen " theoretischen " Ausführungen über die " Sowjetintelligenz " - dem jetzt üblich gewordenen Ausdruck für die neue privilegierte Schicht der Sowjetgesellschaft und des Sowjetstaates.

In der Frage der " Sowjetintelligenz " herrsche " Unklarheit, Durcheinander " . " Die Träger dieser unrichtigen Anschauungen legen bekanntlich der Sowjetintelligenz gegenüber ein verächtliches, geringschätziges Verhalten an den Tag , betrachten sie als eine der Arbeiterklasse und der Bauernschaft fremde , und sogar feindliche Macht " . Das ist außerordentlich aufschlußreich über die wirkliche Stimmung der breiten Massen der Arbeiter und Bauern gegenüber der privilegierten Schicht , deren oberste Spitze der Generalsekretär Stalin selbst ist.

Der Versuch Stalins , diese Stimmung darzustellen als Ausfluß eines theoretischen Irrtums und sie dadurch zu beseitigen, wirkt hoch komisch.

Worin besteht die theoretische Aufklärung Stalins ?

Das Mißtrauen paßt auf die alte Intelligenz , die aus der Bourgeoisie stammte oder ihr anhing , sie passe nicht mehr auf die neue Intelligenz, die " neue sowjetische Volksintelligenz " .

" Für die neue Intelligenz ist eine neue Theorie nötig , die auf die Notwendigkeit des freundschaftlichen Verhaltens zu ihr, der Sorge um sie , der Achtung vor ihr , der Zusammenarbeit mit ihr , im Namen der Interessen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft hinweist. "

Übrigens ist nicht zu vergessen , daß diese " theoretische " Belehrung nur die Ergänzung zu der alltäglichen , praktischen und terroristischen Belehrung der Volksmassen über die " Achtung usw. " ist , die sie der Sowjetintelligenz schulden.

Die " theoretische " Belehrung Stalins über den Sowjetstaat und die Sowjetintelligenz ist , wie man sieht , von sehr praktischen Motiven eingegeben . Sie wirft ein helles Licht auf den wirklichen Stand der Sowjetgesellschaft und des Sowjetstaates von heute.

Mit einer Weiterentwicklung der marxistischen und leninistischen Theorie hat sie nichts zu tun. Sie ist denkbar größte Verfälschung und Verkehrung dieser Theorie.

Die Volkszählung in der Sowjetunion

Sie hat eine Gesamtbevölkerung von 170 Millionen Köpfen ergeben (1926 = 147 Millionen). Die Zunahme zeigt seit 1920 = 25,2 Millionen, also durchschnittlich rund 2 Millionen jährlich - beträchtlich weniger als die gangbaren Schätzungen lauteten.

Arbeiter und Angestellte wurden 27,8 Millionen gezählt (1928 = 11,6 Mill. Die städtische Bevölkerung hat sich verdoppelt. Zur " Sowjetintelligenz " wurden 9,6 Millionen Köpfe gezählt.

Verantwortlich : E.Hirtzel, Strasbourg

Organ der KP(O)-Elsass
Sektion der IVKO.

Arbeiterpolitik

No. 15/VI. Jahrgang

Zweite Aprilwoche 1939

Die internationale Lage.

=====

1. Die militärische Lage.

Zählen wir kurz die wichtigsten Elemente der militärischen Lage des Augenblicks auf :

italienische Truppen in einer Stärke , die auf etwa 100.000 Mann geschätzt wird , bewegen sich in raschem Tempo auf den von Italien gebauten Straßen durch Albanien in der Richtung der griechischen und jugoslawischen Grenze. An einzelnen Punkten leisten albanische Truppen und Freischärler Widerstand und hemmen den Vormarsch. So sehr dieser Widerstand wichtig ist in Bezug auf die Möglichkeit Italiens , sich wirklich des ganzen Landes zu bemächtigen , so ist er von geringer Bedeutung für den Vormarsch und den Durchmarsch der italienischen Truppen gegen die griechischen und jugoslawischen Grenzen , also für die militärische Aktion Italiens auf dem Balkan. Denn die Albanesen können natürlich das Vorrücken der modern ausgerüsteten italienischen Truppen auf den gebahnten Straßen des Landes nicht hindern oder für längere Zeit aufhalten. Die von Italien gegen Albanien aufgebotene Truppenstärke geht weit über das Maß dessen hinaus , was für die militärische Aktion in Albanien selbst notwendig wäre. Sie hat nur einen Sinn, wenn sie darauf abzielt , Albanien zum Ausgangspunkt militärischer Aktionen auf dem übrigen Balkan zu machen , sei es unmittelbar im Anschluß an den Durchmarsch durch Albanien , sei es nach einer kürzeren oder längeren Pause.

Gleichzeitig hat Italien eine Truppenmasse , die auf 45.000 Mann geschätzt wird , auf die Inseln des Dodekanes geworfen. Sie bedrohen Griechenland und die Türkei.

Zum Ersatz der nach Albanien entsandten Truppen hat Italien 300.000 Mann Reservisten neu eingezogen , Die mobile Truppenstärke Italiens wird im Augenblick auf 1,2 Millionen Mann geschätzt. Jedoch ist im Auge zu halten, daß durch seine Aktionen auf verschiedenen Kriegsschauplätzen , die weit voneinander entfernt sind , die bewaffneten Kräfte Italiens stark verzettelt sind (Abessinien, Spanien, Albanien , Dodekanes, Libyen) und daß die Bewegungsfreiheit dieser Truppen im Ernstfall stark begrenzt oder behindert ist durch die eventuelle englisch-französische Flottenaktion.

Auf dem Balkan ist bekannt geworden, daß Griechenland seine Grenze gegen Albanien deckt . Die rumänische und ungarische Mobilisierung besteht offensichtlich weiter.

Die englische und französische Flotte haben im Mittelmeer Stellungen bezogen . Die englische Flotte im östlichen , die französische Flotte im westlichen Mittelmeer. Die englische Flottenstärke im Mittelmeer umfaßt nach öffentlich gemachten Angaben 4 Linienschiffe und drei Kreuzer , insgesamt 40 Einheiten. Die englisch-französische Flottenstärke im Mittelmeer ist der italienischen zweifellos weit überlegen.

Im westlichen Mittelmeer kommt jetzt Franco-Spanien ins Spiel. Die italienischen Truppen in Spanien sind nicht zurückgezogen , sondern verstärkt. Sie werden nach den Häfen von Alicante , Almeria , Valencia dirigiert.

Franco-Spanien schickt 80.000 Mauren nach Spanisch-Marokko. Sie sind offenbar dazu bestimmt, Frankreich zu nötigen, einen Teil seiner in Tunis stationierten Truppen nach Marokko abzuziehen. Zwischen Spanien und den Achsenmächten ist am 7. April ein militärisches Abkommen getroffen worden (als Ausführungsprotokoll zum Antikominter-Abkommen), das vorsehen soll, daß für 18 Monate sämtliche Luft- und Flottenbasen Spaniens, sowie die spanische Armee (auf 700.000 Mann geschätzt) den Achsenmächten zur Verfügung stehen und daß das Gebiet 80 km hinter den Pyrenäen befestigt wird.

Polen hat die deutsche Forderung auf Demobilisierung seiner Reservisten abgelehnt. Hitlerdeutschland fährt fort, seine Truppen gegen die polnischen Grenzen zu konzentrieren. An der holländischen Grenze hat Hitlerdeutschland starke Luftstreitkräfte zusammengezogen. Holland hat offiziell den Zustand der Kriegsgefahr verkündet und seine Grenzbedeckung mobilisiert. Ebenso hat die Schweiz militärische Vorsichtsmaßregeln getroffen.

Die von Frankreich getroffenen militärischen Maßregeln sind im Einzelnen nicht bekannt gemacht worden.

Diese Angaben umfassen nur das, was bis jetzt öffentlich bekannt geworden ist, sie sind natürlich unvollständig.

Ziehen wir daraus einige Schlußfolgerungen :

1. die gegenwärtigen militärischen Maßregeln erstrecken sich von Spanien bis nach Griechenland. Sie umfassen das Mittelmeer, den Balkan, Zentral-europa, Nord- und West-europa. Der militärische Aufmarsch für die "Mittelmeerkrise" und für Osteuropa verschlingen sich.
2. Aus diesen militärischen Maßregeln allein ergibt sich eine ungeheure Verschärfung der allgemeinen Kriegsgefahr. Der Spielraum des Zufalls als Faktor der Auslösung eines allgemeinen Krieges ist riesig erweitert, selbst vorausgesetzt, daß keine der beiden Mächtegruppen im Augenblick bewußt dem allgemeinen Krieg zusteuern würde.
3. Die Kriegsgefahr wird noch verschärft einerseits durch die von England-Frankreich gegebenen Garantien, andererseits dadurch, daß die Sowjetunion nicht in das System der Westmächte einbezogen ist.

Rein militärisch bleibt nach wie vor die Tatsache bestehen, daß nach dem Zusammenbruch der tschechoslowakischen Stellung die Westmächte im ganzen Ostraum zwischen den Grenzen der Achsenmächte und der Sowjetunion keine direkte und wirksame militärische Hilfe leisten können. Es sei denn Flottenhilfe für Griechenland und die Türkei. Die Alternative, die unter diesen Umständen den Westmächten in Osteuropa gestellt ist, ist die : entweder erneutes Zurückweichen vor einem Vorstoß der Achsenmächte oder allgemeiner Krieg! Ein lokales Zurückhalten der Achsenmächte im Osten durch die Westmächte ist eine Luftblase.

2. Die diplomatische Aktion.

Die diplomatische Aktion ist gegenwärtig vor allem ein beschleunigter Wettlauf der Achse und der Westmächte um die Gewinnung der kleinen und mittleren Mächte für eines der beiden imperialistischen Lager, dessen führende Macht auf der einen Seite England, auf der anderen Seite Deutschland ist. Diplomatische und militärische Aktionen wirken hier eng zusammen, wobei die Initiative bisher auf Seiten der Achsenmächte war, vor allem die militärische Initiative.

Die gegenwärtige diplomatisch-militärische Bewegung ist teils noch Nachwirkung der Annexion der CSR durch Hitlerdeutschland, teils die Wirkung der neuen Aktion Italiens gegen Albanien.

Albanien war bisher schon italienische Halbkolonie. Es soll jetzt vollständig italienische Kolonie werden bei vollständiger militärischer Be-

setzung und politischer Unterwerfung des Landes. Die staatsrechtliche Form die dafür von Italien gewählt werden wird, ist von untergeordneter Bedeutung. Bei dem Gerade von einem "Dominionstaate" oder ähnlichem, von der Einberufung einer "verfassungsgebenden Versammlung" (deren Mitglieder von Italien ernannt werden), lohnt es nicht, sich auch nur einen Augenblick aufzuhalten.

Worum es sich für Italien handelt, ist, das Land als Sprungbrett für weitere Vorstöße im Balkan zu benutzen. Ob die Flankensicherung Italiens durch die Besetzung Albanien tatsächlich verstärkt wird, ist fraglich. Obwohl dieses Motiv von Italien angerufen wird, Der Schwerpunkt liegt nicht darin, sondern in der Benützung Albanien als Angriffskopf gegen den Balkan.

Die am nächsten, direktesten durch die Besetzung Albanien bedrohten Länder sind Jugoslawien, Griechenland - weiterhin die Türkei. Jugoslawien hat bisher gegenüber Italien eine Stellung wohlwollender Neutralität eingenommen. Sein Stillhalten wurde offenbar durch folgende hauptsächlich Faktoren erzielt: 1. durch seine geografisch-militärische Lage: an der Nordgrenze steht bereits Hitlerdeutschland (Klagenfurt), an der Südgrenze Italien mit verstärkter Stellung in Albanien. Jugoslawien ist räumlich auf der Landseite von Norden und Süden von den Achsenmächten eingeklemmt und von der Seeseite her in der Adria eingeschlossen. 2. Italienische Versprechungen der Abtretung eines Teiles von Albanien. 3. Durch den inneren Konflikt zwischen Kroaten und Serben. 4. Durch die starke wirtschaftliche Stellung der Achsenmächte im Lande. Das alles zusammengenommen, gibt Jugoslawien den Achsenmächten in die Hand. Zwischen Deutschland und Italien sollen bereits Abmachungen getroffen sein zur Aufteilung Jugoslawiens, wobei Italien Dalmatien zufallen würde, Deutschland das übrige Gebiet. Deutschland soll sich dabei Transit- und Hafenrechte an der dalmatinischen Küste vorbehalten haben.

Mit Jugoslawien zur Verfügung der Achsenmächte können von ihnen Bulgarien und Ungarn gegen Rumänien angesetzt werden. Rumänien wäre dann von drei Seiten eingekreist. Bei Bulgarien soll sein Drang nach der Dobrudscha ausgenutzt werden, bei Ungarn sein Bestreben nach der Zurückgewinnung Siebenbürgens.

Würde noch Polen von Hitlerdeutschland in der oder jener Form als Gegner ausgeschaltet, so würde Rumänien den Achsenmächten als reife Frucht in den Schoß fallen.

An Polen ist von Deutschland die kategorische (der Form nach noch nicht ultimative) Forderung gerichtet worden, die 600.000 von ihm eingezogenen Reservisten zu demobilisieren. Polen hat die Forderung abgelehnt angesichts der fortdauernden deutschen Truppenkonzentrationen an seinen Grenzen. Die Forderungen Deutschland erstrecken sich bis jetzt auf Danzig und auf den Korridor. Über Danzig scheint Polen bereit zu sein, zu verhandeln. Dagegen nicht über den Korridor. Es ist kaum zweifelhaft, daß wenn Hitlerdeutschland Polen ultimativ vor die Frage stellt, die Forderungen Deutschlands sich ausweiten würden (Oberschlesien, ukrainische Gebiete Polens usw.) Die polnische Regierung beharrt nach wie vor in ihrer ablehnenden Haltung gegen ein engeres militärisches Verhältnis zur Sowjetunion.

In Bezug auf Griechenland scheint die Absicht der Achsenmächte zu sein, angesichts der Tatsache, daß Griechenland für das britische Reich ein sogenanntes vitales imperialistisches Interesse darstellt (Weg durch das Mittelmeer nach Indien) ein mehr indirektes und etappenweises Verfahren zu wählen, indem vor allem Bulgarien dafür angesetzt wird.

In Spanien haben die Achsenmächte noch rasche Fortschritte gemacht. Die Westmächte ernten, was sie gesät haben. Bereits am 27. März 1939 unter-

zeichnete Franco-Spanien das Antikomintern-Abkommen. Es wurde am Vorabend des Vormarsches Italiens nach Albanien veröffentlicht. Am 7. April unterzeichnete Franco-Spanien ein Militärabkommen, dessen Inhalt obenangeführt ist. General Pétain brachte nach Frankreich die Nachricht mit, daß die spanischen Häfen den Achsenmächten zur Verfügung stehen. Die Achsenmächte melden in ihrer Presse bereits die neuen "imperialistischen Ansprüche" Francos an: sie beziehen sich vor allem auf Französisch-Marokko und wenden sich gegen die Gibraltarstellung Englands. Es wird erwartet, daß Franco-Spanien demnächst den Westmächten seine Forderungen anmeldet, wobei es nur das Instrument der Achsenmächte sein wird.

In diesem Zusammenhang ist noch bemerkenswert, daß Spanien an Hitlerdeutschland eine der Fernando-Po-Inseln abgetreten haben soll, die der früheren deutschen Kolonie Togo gegenüberliegt.

Die diplomatische Gegenaktion der Westmächte wird von England geführt, wobei Frankreich eine Sekundantenrolle spielt.

Die englische Diplomatie hat aus dem Vorgehen Italiens gegen Albanien noch nicht den Schluß gezogen, das italienisch-englische Abkommen als erledigt zu betrachten. Einer der Hauptgründe dafür scheint die Erwägung zu sein, daß durch die Kündigung oder Verfallserklärung des englisch-italienischen Abkommens England formell den Anspruch auf die Räumung Spaniens durch italienische Truppen verlieren würde. Aber darüber hinaus versucht England wieder einmal in Bezug auf Italien den Weg des Kompromisses: "Übersehen" des albanischen Gewaltstreiches gegen Räumung der italienischen Truppen aus Spanien. Diese Methode scheint jedoch ziemlich aussichtslos. Um Albanien zu behalten, ist Italien nicht auf die Westmächte angewiesen. Warum soll es also dafür irgendeine "Kompensation" geben? Im Übrigen könnten die Westmächte Italien nichts geben (außer finanzieller Hilfe), was nicht auf Kosten ihrer eigenen imperialistischen Besitztümer oder Interessen ginge. Wenn das ausscheidet, so bleibt ihnen nur der Weg der Bedrohung Italiens, vor allem durch die Flottenkräfte, um es von der Achse zu trennen.

Die englisch-französische diplomatische Aktion hat durch den Vorstoß Italiens gegen Albanien bereits die Möglichkeit der Gewinnung Jugoslawiens für ihre Front verloren. Das ist die erste diplomatische Frucht der italienischen Aktion in Albanien. Die diplomatische Aktion der Westmächte erstreckt sich jetzt vor allem auf Griechenland und die Türkei. Hier hat England vermöge seiner Flottenmacht starke Trümpfe in der Hand. Der englische Imperialismus betrachtet Griechenland und die Türkei als für sich "vital". Mit oder ohne Abkommen mit diesen Ländern würde er sicherlich seine Stellung in diesen Gebieten verteidigen.

Das Hilfsabkommen mit Rumänien schwebt noch. Polen hat sich erboten, den ziemlich aussichtslosen und schwerlich ernstgemeinten Versuch zu machen, zwischen Ungarn und Rumänien zu vermitteln. Das englische Abkommen mit Polen ist noch nicht formell und definitiv abgeschlossen.

Die Sowjetunion steht noch außerhalb des Kreises der imperialistischen Frontbildungen. Das beruht ebensowohl auf der Haltung der Westmächte und ihrer Trabanten: Polen und Rumänien, als auf der Haltung der Sowjetunion selbst.

Übersieht man die diplomatische Bilanz der letzten Tage, so hat sie sich zweifellos zugunsten der Achsenmächte verbessert: Ausschaltung Jugoslawiens als eventueller Partner der Westmächte, festere Bindung Franco-Spaniens an die Achse, Gewinnung Albanien als Ausfallpforte im westlichen Balkan.

Was die internationale Arbeiterbewegung anlangt, so liegt hier nichts Neues von Belang vor. Der stalinistische und reformistische Sozialpatriotismus setzt sich augenblicklich besonders ein für die Einbeziehung der Sowjetunion in das Lager der Westmächte.

Die Sowjetunion selbst verhält sich demonstrativ zurückhaltend und mißtrauisch - wozu für sie aller Anlaß besteht. Nimmt man jedoch beide Aktionen zusammen, die der Kominternparteien und die der Sowjetdiplomatie, so treffen sie offensichtlich in dem Bemühen zusammen, die Angebote der Westmächte für eine eventuelle sowjetische Hilfeleistung zu erhöhen.

Das dringendste Erfordernis vom Standpunkt der internationalen Arbeiterklasse im gegebenen Augenblick wäre, daß sie endlich unter ihren eigenen Klassenfahnen auftritt und beiden imperialistischen Lagern gegenüber die Perspektive der proletarischen Revolution aufrollt.

Aus dem deutschen " Protektorat "

Die deutschen " Protektoren " gehen jetzt in Böhmen-Mähren dazu über, die tschechischen Bürgermeister auch in den Orten durch Deutsche zu ersetzen, die nur eine verschwindend kleine oder gar keine deutsche Minderheit besitzen. Außer in einer Reihe kleiner Landstädte ist dieses auch in Budwoo geschehen. Der neue Ortsgewaltige dort ist Mitglied der deutschen NSDAP und trägt den rein arischen Namen " David " .

In Olmütz sind Oberbürgermeister und Bürgermeister ^{nur} noch Deutsche. Als Polizeidirektor war der sudetendeutsche Henlein-Anhänger Benda aus Reichenberg eingesetzt worden. Seine Herrlichkeit hat nicht lange gedauert. An seine Stelle ist jetzt der reichsdeutsche SS-Führer Schulz getreten. Offenbar sind die Henleinleute in den Augen der Gestapo auch schon verächtlich.

Dem tschechischen Pressewesen geht es mächtig zuleibe. In die Redaktion jedes Winkelblattes sind Gestapogenten gesetzt worden. Deren Aufgabe besteht darin, die Haltung des Blattes zu überwachen und " Sabotageakte " aufzudecken und gleich am Ort und Stelle zu sühnen. So wurden bereits eine Reihe von Redakteuren von ihnen davongejagt, weil ihre Zeitung schlechte Fotos von Hitler gebracht hatte.

Es ist übrigens anzunehmen, daß dergleichen " Verstöße " sich auch aus anderen Gründen nicht mehr lange ereignen werden. Von überall wird nämlich gemeldet, daß die Tschechen die Zeitungen massenhaft abbestellen.

Aus Prag hört man, daß zahlreiche Transporte mit Mannschaften und Kriegsmaterial in der Richtung der polnischen Grenze abgefahren sind. Die deutschen Soldaten haben in Prag mit der Bevölkerung sehr freimütig gesprochen: wir wären froh, wenn wir in Prag bleiben könnten, denn hier gefällt es uns sehr. Wir fürchten aber, daß wir bald fort müssen und zwar nach Polen.

Nach Böhmen und Mähren werden immer mehr SA und SS aus dem Reich gebracht. In der letzten Woche allein über 12.000. Sie nehmen die Stelle der deutschen Besatzungstruppen ein. Bis zum 12. April müssen sämtliche Kasernen von den tschechischen Behörden geräumt sein. Es werden dort Rekrutendepots für ältere ungediente Jahrgänge hergerichtet, die von nun an in Böhmen und Mähren ausgebildet werden sollen.

In funkelnelneuer SS-Uniform hat der deutsche " Protektor " von Böhmen und Mähren, Herr Baron von Neurath, in Prag seinen Einzug gehalten. Vom Wilsonbahnhof wurde er durch eine " Ehrengarde " von 700 Gestapo-Beamten abgeholt. Die Prager Schulen waren an diesem Tage geschlossen und man hatte die Lehrer gezwungen, mit ihren Schülern Spalier zu bilden. Auf dem Wenzelsplatz wurde aus diesem Anlaß die vierte Militärparade innerhalb drei Wochen abgehalten. Die Zivilbevölkerung hatte deswegen vorher freiwillig den Platz und seine Umgebung fluchtartig geräumt.

Die meiste Arbeit hat in Böhmen und Mähren die Gestapo. Sie hat bereits einen Plan fix und fertig ausgearbeitet, nach dem im Kriegsfall 60.000 weitere " Verdächtige " in Konzentrationslager überführt werden sollen. Weiterhin sollen 120.000 tschechische Arbeiter nach Innerdeutschland deportiert, in Arbeitslagern vereinigt, unter Kriegsrecht und unter Polizeiaufsicht gestellt werden. Immerhin würden dann doch nach ca. 8 Millionen Tschechen auf freiem Fuße bleiben

--..... und aus dem " Schutzstaat " Slowakei.

Der " friedliche " Abtransport tschechischer und slowakischer Arbeiter nach Deutschland ist übrigens schon in vollem Gange. Bei den Tschechen sind es besonders Facharbeiter, bei den Slowaken Landarbeiter. Der " Chef des Stabes " der Hlinka-Garden, Murgas, der an diesem Menschenhandel anscheinend auch materiell interessiert ist, teilt mit, daß im ganzen zunächst 10.000 Kandarbeiter, 2.000 Bergarbeiter, 2.000 Walzarbeiter und 1.000 Arbeiter sonstiger Berufe aus der Slowakei nach Deutschland gebracht werden sollen.

Die Hlinka-Garden haben übrigens ebenfalls deutsche Kommissare erhalten.

Die weitere Abtretung von slowakischem Gebiet mit 50.000 Einwohnern und die Besetzung bedeutender Teile der Slowakei durch deutsche Truppen hat dort sehr viel böses Blut erregt. Im Schoße der slowakischen Regierung in Preßburg gibt es Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf die Zukunft der Slowakei. Einige Minister vertreten die Ansicht, daß die Slowakei sich mit Ungarn vereinigen müßte....

Die Slowaken, die im September vorigen Jahres unter polnische Oberhoheit geraten sind, haben nichts zu lachen. Die polnischen Gendarme nehmen Massenverhaftungen vor, mit der Beschuldigung, daß die Slowaken sich nach Deutschland gewandt hätten wegen Anschluß ihres Gebietes an die Slowakei und daß sie Spionagedienste leisteten.

=0=0=0=0=0=0=

Aus einem Brief aus Hitlerdeutschland.

--..... eine Bekannte fuhr dieser Tage im Zuge nach Wien. Im Wagen befand sich heimkehrende österreichische Soldaten und Offiziere. Sie sei erschreckt gewesen, sagte sie, wie offen und laut Mannschaft und Offizier geflücht hätten über die gemeine Behandlung, die sie in den deutschen Kasernen erfahren hätten. Trotzdem Nazis mit Parteiabzeichen in dem Wagen saßen, übten die Offiziere reinen Landesverrat, fluchten auf Hitler und das Regime, sie erzählten voller Empörung, daß man sie österreichische Hunde tituliert habe und sie jeder um einen Rang degradiert worden seien. Die österreichischen Offiziere lasse man im Viehwagen fahren. Der Schliff in den Kasernen in Deutschland sei unerhört.

Stimmungsbild aus der Schweiz .

Hier herrscht Panik. Die Leute bringen ihre Möbel (!) und Silber ins Gebirge. Gerüchte von Truppenzusammenziehungen der Nazis an der Schweizer Grenze werden gerumgereicht. Gleichzeitig nimmt die Soldatenspielerei und der Chauvinismus zu. Leidtragende des letzteren sind ... die Emigranten. Bereits sind die Konzentrationslager für politische Flüchtlinge, Emigranten etc. fertig geplant, nachdem man die Juden in Konzentrationslager an der deutschen Grenze (!!) mit Erfolg eingelocht hat. Wie die Regierung

wirklich denkt, ersieht man daraus, daß - ohne jegliche vorherige dis-
bezügliche Diskussion - ein führender Militär eines Tages in Graubünden,
eine Rede hält, " er müsse offen gegen die Gerüchte auftreten, daß man
die Gebietsinteressen Italiens (Südschweiz, Tessin, Graubünden, Wallis)
befriedigen werden. Seine Soldaten würden diese Gebiete nicht hergeben.
Dabei hat niemand über solche Abtretungen vorher etwas gesagt. Es handelt
sich also aller Wahrscheinlichkeit nach um Kapitulationstendenzen in der
Schweizer Regierung. Inzwischen erhält die reaktionäre Regierung von den
" Volks-" Vertretern immer neue militärische, politische, wirtschaftli-
che Vollmachten bewilligt, sodaß der letzte Rest von Kampfgeist in der
Arbeiterschaft völlig niedergetrampelt werden kann.

Keine Arbeitsruhe am 1. Mai

Am 6. und 7. April hat wieder einmal der Bundesrat (Conseil National) der CGT getagt. Jouhaux beschäftigte sich in seinem Referat auch mit der Maifeier. " Ich will, sagte er, die einstimmige Meinung des Bundesvorstandes zum Ausdruck bringen und beantragen, daß die CGT dieses Jahr keinen Aufruf für die allgemeine Arbeitseinstellung am 1. Mai erläßt ". So wurde denn auch beschlossen.

Begründet wurde der Antrag einmal damit, daß die Arbeiter doch nicht der Aufforderung zur Arbeitseinstellung folgen würden, zum andern, daß Frankreich das einzige Land sei, wo die Arbeiter bisher am 1. Mai nicht gearbeitet haben. Das Letztere ist dieselbe Begründung, die die Unternehmer immer gegen die Maifeier vorbringen - und sie ist übrigens nicht einmal richtig. Dasselbe trifft auf die erste Begründung zu. Wir sind der Überzeugung, daß, wenn die CGT fest entschlossen wäre, die Arbeitsruhe am 1. Mai durchzusetzen, ihr das bei einem erheblichen Teil der Arbeiter auch gelingen würde. Den Verzicht auf die Arbeitsruhe mit der Niederlage vom 30. November zu begründen, wie das Jouhaux getan hat, ist oberfaul. Einmal ist die Lage eine ganz andere und zum andern sind die französischen Arbeiter noch nicht so weit, daß sie sich überhaupt nicht mehr rühren können. Aber der Beschluß zeigt, wieweit die Führung der Arbeiterbewegung aller Richtungen bereits gekommen ist. Von diesen Leuten ist nichts mehr zu erwarten, als die Kapitulation.

Neben dem bloßen Protestieren über die Verfolgungen und sonstiges Unge-
mach gab es noch eine längere Debatte über die internationale Lage. Da die " Munichois " mit der " Friedenserrettung " in München keinen Staat mehr machen können, sind sie auf eine andere Idee verfallen: sie ent-
rüsteten sich über die Einkreisung Hitlerdeutschlands, die ganz nach dem Muster Delcassés vom Jahre 1910 erfolge und auch zu denselben Folgen füh-
ren müsse, wie damals, nämlich zum Kriege. Dumoulin und Delmas stehen immer noch auf dem Standpunkt, man müsse Hitler geben, was er braucht und das würde dann den Frieden retten. In Wirklichkeit würde ihndas natürlich ebensowenig retten, wie die Einkreisung. Diese Stellung zeigt nur die ganze Hilfslosigkeit des Pazifismus.

Demgegenüber hatte diesmal Frachon (KPF) es leicht, wenn er nachwies, daß die Westmächte deswegen Hitler immer wieder gewähren lassen, weil sie nicht wissen, oder vielmehr, weil sie nur zu gut wissen, was nach Hitlers Sturz in Deutschland kommen und welche Auswirkungen eine Arbeitermacht in Deutschland auf ihre eigenen Länder haben würde.

Völlig unlogisch ist dann bloß die Schlußfolgerung Frachons: ein Bündnis mit Leuten, die nicht Revolutionäre sind, die aber jetzt die

Nation verteidigen wollen. Der Stalinismus erlaubt eben seinen Anhängern nicht, logische Folgerungen aus den richtigen Ansichten zu ziehen, die sie zuweilen von sich geben.

Am zweiten Tage legte eine vorher eingesetzte Kommission eine Resolution vor, die England, Frankreich, Rußland und Polen auffordert, einen Damm gegen neue Angriffe Deutschlands und Italiens aufzurichten und die im übrigen eine internationale Konferenz forderte.

Die Annahme dieser Resolution gegen 3 Stimmen und eine Enthaltung, das war die ganze Arbeit des Conseil National am zweiten Tage. Dann fuhren alle nach Hause.....

Zum XVIII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion .

IV. Der dritte Fünfjahresplan -----

Den Bericht über den Dritten Fünfjahresplan erstattete Molotow. Die Grundzüge des Berichtes waren bereits in den Thesen über den Dritten Fünfjahresplan einige Wochen vor Beginn des Parteitages veröffentlicht worden. Für den Bericht ist vielleicht noch mehr charakteristisch, was nicht darin steht, als was darin steht. So sucht man vergeblich nach einem Wort, das zu erklären versuchte, warum der Dritte Fünfjahresplan erst zu Beginn des zweiten Jahres desselben vorgelegt wurde. Ebenso findet man kein Wort der Erklärung dafür, warum das Wachstumstempo der industriellen Produktion in den beiden letzten Jahren auf die Hälfte des Durchschnitts der vorhergehenden Jahre gesunken ist. Die schwere innere Krise, in der sich die SU befindet und die sich in der Herabminderung der Wachstumsrate der Produktion auf die Hälfte ausdrückt, wird vollständig ignoriert. Das alles wird durch den offiziellen Optimismus übertüncht. Diese fundamentale Tatsache wird übergegangen, sie wird überhaupt nicht als Frage gestellt - sodaß also auch keine Antwort darauf möglich ist. Molotow bringt dieses Kunststück auf einfache Weise fertig: indem er die Zahlen des Anfangsjahres des Zweiten Fünfjahresplanes (1932) dem des Schlußjahres (1937) gegenüberstellt. So verschwinden die Charakteristiken der einzelnen Jahre und Abschnitte innerhalb der Periode des Zweiten Fünfjahresplanes. Soweit kritische Bemerkungen in dem Bericht enthalten sind, laufen sie im ausgefahrenen bürokratischen Geleise und erstrecken sich nur auf untergeordnete Einzelheiten. Keine einzige grundlegende Frage wird behandelt. Aus begreiflichen Gründen - denn das würde eine Kritik des Stalinschen Regimes und seiner Wirkungen auf wirtschaftlichem Gebiete bedeuten.

Der Dritte Fünfjahresplan fällt nach Molotow in die " Periode der Vollen- dung des Aufbaus der klassenlosen sozialistischen Gesellschaft und des allgemeinen Überganges vom Sozialismus zum Kommunismus ". Der Dritte Fünfjahresplan bildet eine " wichtige Etappe bei diesem Übergang " .

Der Zweite Fünfjahresplan habe als grundlegende Aufgabe die restlose Liquidierung aller Ausbeuterklassen erfüllt. Aber die neue Tatsache ist die Herausbildung einer neuen wirtschaftlich und politisch privilegierten Schicht. Von dieser Tatsache schweigt des Sängers Höflichkeit

Über die allgemeine Tendenz der Sowjetgesellschaft in ihrem jetzigen Stadium sagt Molotow Folgendes :

Wir haben " zwei befreundete Klassen " : Arbeiter und Bauern. Die Grenz- linien zwischen diesen beiden Klassen verwischen sich immer mehr. Ebenso

zwischen diesen Klassen und der " Intelligenz " .

Die Wirklichkeit der Entwicklung der Sowjetgesellschaft ist ganz anders. Die Differenz zwischen der gesellschaftlichen Lage und Rolle der Masse der Arbeiter und Bauern ist allerdings verringert, vor allem dadurch, daß die Masse der Bauern vom privaten, kleinen Einzelbetrieb zum Kollektivbetrieb in der Form des Artells der landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften übergegangen ist. Aber aus der Masse der Arbeiter und Bauern ist " die Sowjetintelligenz " hervorgegangen. Die Grenzlinien zwischen der Masse der Arbeiter und Bauern und der " Sowjetintelligenz " sind nicht im Begriff, sich zu " verwischen ", sondern gerade umgekehrt, sie verschärfen und befestigen sich.

Molotow machte einzelne interessante Angaben über den zahlenmäßigen Bestand der Sowjetintelligenz. Sie umfaßt nach ihm heute 9.591.000 Köpfe. Mit Familien macht sie etwa 14 % der Sowjetbevölkerung aus. Über ihre Gliederung machte er folgende Angaben :

1. Leiter administrativer Institutionen	450.000	Personen
2. Direktoren industrieller Betriebe	350.000	
3. Vorsitzende von Kollektivwirtschaften	582.000	
4. Direktoren von Maschinen- und Traktorenstationen	19.000	
5. Direktoren von Genossenschaften	750.000	
6. Direktoren von Kaufläden (und Leiter)	40.000	
7. Direktoren von Speisehallen usw.	60.000	

1.751.000 Personen

Das ist das höhere und mittlere leitende Personal der Wirtschaft.

Dazu kommen :

8. Ingenieure und Architekten	250.000
9. mittleres technisches Personal	810.000
10. Agronomen	80.000
11. sonstiges agrotechnisches Personal	96.000
12. Wissenschaftler	80.000
13. Lehrer	969.000
14. Bibliothekare, Klubleiter usw.	297.000
15. Ärzte	132.000
16. mittleres Sanitätspersonal	382.000
17. Ökonomen, Statistiker	822.000
18. Buchhalter, Rechnungsführer	1.617.000
19. Staatsanwälte, Richter	46.000
20. Studenten	550.000
21. andere Gruppen der Intelligenz	1.550.000

9.591.000

Es ist nicht klar, ob in dieser Ziffer die führenden Parteikader, sowie die der Armee eingereicht sind oder nicht. Die Zahl ist also eine Minimalzahl.

Die eingetretene gesellschaftliche Differenzierung tritt zutage in der Verteilung des Volkseinkommens auf die vorhandenen gesellschaftlichen Kategorien. Aber darüber erfahren wir in dem Bericht Molotows nichts. Wir erfahren, daß in der Industrie die Reallöhne des Zweiten Fünfjahresplanes durchschnittlich um 101 % gestiegen seien, eine Zahl, deren wirkliche Bedeutung nicht nachzuprüfen ist. Wir erfahren ebenso, daß das durchschnittliche Geldeinkommen der Kolchosbauern auf das Dreieinhalbfache gestiegen sei. In diesen Durchschnittszahlen wird die tatsächlich eingetretene gesellschaftliche Differenzierung ersäuft. Wie verteilen sich innerhalb der industriellen Arbeiterschaft die verschiedenen Lohnstufen? Wie war die Entwicklung der verschiedenen Lohnstufen während des Zweiten Fünfjahresplanes? Wie haben sich die Einkommen der " Sowjetintelligenz " im Verhältnis zu denen der Masse der Arbeiter und Bauern entwickelt?

Darüber fehlen in dem Bericht Molotows alle Angaben. Aber gerade diese Angaben wären von erstrangiger Bedeutung für die Feststellung und Beurteilung der gesellschaftlichen Differenzierung, die in der Sowjetgesellschaft auf der sozialistischen Grundlage eingetreten ist und ihre Entwicklungstendenz.

Auch in seinem Bericht machte Molotow noch weitere Angaben über das Zurückbleiben der Sowjetwirtschaft in der Produktion pro Kopf der Bevölkerung. Vergleich zu den entwickeltsten kapitalistischen Ländern :

in dieser Beziehung sind folgende Tabellen von Interesse :

Produktion pro Kopf der Bevölkerung (SU = 1937)

<u>Produktions-</u> <u>mittelindustrie</u>	<u>SU</u>	<u>Ver. Staaten</u>	<u>Deutschland</u>	<u>England</u>	<u>Frankreich</u>	<u>Japan</u>
Stahl - kg	105	397	291	229	188	62
Kohle - kg	157	3429	3313	5165	1065	643
elektrische Energie- Kwh	215	1160	735	608	490	421
<u>Konsumtionsmittelindustrien:</u>						
Baumwollgewebe-m	16	58	-	60	31	57
Wollgewebe - m	0,6	2,8	-	7,4	-	-
Seife - kg	3	12	7	11	10	-

Als Hauptursache wird für dieses Zurückbleiben von Molotow die jahrhundertlange Rückständigkeit des vorrevolutionären Rußlands angeführt. Das ist in erheblichem Umfange zutreffend. Aber es genügt nicht zur Erklärung, warum die Produktionszunahme in den beiden letzten Jahren um die Hälfte gesunken ist. Zu der alten russischen Rückständigkeit ist die Entwicklung des bürokratischen Regimes auf der neugewonnenen sozialistischen Grundlage als Hemmnis neu hinzugekommen.

Die Hauptaufgabe sei, die kapitalistischen Länder auch in ökonomischer Hinsicht zu überholen. Dafür werden einige konkrete Angaben gemacht, die nicht ohne Interesse sind.

Um beispielsweise in der Produktion von Roheisen England zu überholen, müßte die SU 25 Millionen t jährlich erzeugen (der Dritte Fünfjahresplan sieht 22 Millionen t für 1942 vor). Um Deutschland zu überholen, wäre eine Produktion von 45 Millionen t notwendig. Um die Vereinigten Staaten zu überholen - : 50-60 Millionen t. " Eine Aufgabe, erklärt Molotow, die über den Rahmen des Dritten Fünfjahresplanes beträchtlich hinausgeht. " Allerdings !

Bisher wurde das " Einholen und Überholen " der kapitalistischen Länder als eine unmittelbare Aufgabe hingestellt. Diese Losung war eine leere Prahlerei : Es zeigt sich, daß dies eine Aufgabe von Jahrzehnten ist : vorausgesetzt, 1. daß unter dem Stalinschen Regime nicht die Weiterentwicklung in steigendem Maße behindert wird ; 2. daß nicht der Krieg dazwischen kommt .

No. 2 hängt nicht allein von der Sowjetunion ab, aber No. 1 ist eine innere Frage des Sowjetregimes.

(Schluß im folgenden Artikel)

Verantwortlich : E.Hirtzel, Strasbourg

Arbeiterpolitik

Nö. 16/VI, Jahrgang

Dritte Aprilwoche 1939

Die internationale Lage .

In den diplomatischen Wettlauf, um Verbündete und Trabanten zwischen den Westmächten und der Achse, haben jetzt die Vereinigten Staaten durch die Botschaft Roosevelts an Hitler und Mussolini eingegriffen. Damit melden die Vereinigten Staaten in offizieller Form ihre Interessiertheit an den europäischen Auseinandersetzungen an. Und zwar in noch stärkerer Form, als dies in der Septemberkrise geschehen ist. Die früheren Ankündigungen Roosevelts, daß die Vereinigten Staaten stärker als früher ihr Gewicht in die Waagschale der europäischen Auseinandersetzungen werfen werden, werden damit in diplomatische Praxis umgesetzt. Der humanistische und pazifistische Anstrich der Aktion Roosevelts sollte nicht darüber täuschen, daß es sich um eine großzügig vorbereitende Aktion des amerikanischen Imperialismus handelt, die im weiteren Verlaufe sein Gewicht als imperialistische Macht im Weltmaßstabe verstärken soll. Die amerikanische Presse selbst macht sich kaum irgendwelche Illusionen über die unmittelbare Wirkung dieser Aktion zur Erhaltung des Friedens. Sie erklärt aber, daß bei dem zu erwartenden negativen Ergebnis jedenfalls das eine Resultat herauskomme, daß die "Angreifer" und Friedensstörer unzweideutig bezeichnet werden. Der Zweck der Aktion ist also, bei dem erwarteten Weltkonflikt die aktive Stellungnahme der Vereinigten Staaten auf der Seite der Westmächte politisch und stimmungsmässig vorzubereiten. Insbesondere handelt es sich für Roosevelt, darum, die Beseitigung der amerikanischen Neutralitätsakte beschleunigt durchzusetzen.

Die Aktion Roosevelts schließt an sich selbst bereits ein näheres Eingreifen Amerikas in die imperialistischen Fragen Europas ein, insofern sie - unter den vorgeschlagenen Bedingungen einer Nichtangriffsverpflichtung der Achsenmächte für mindestens 10 Jahre - die Beteiligung der Vereinigten Staaten an einer Weltkonferenz über internationale Abrüstung und internationale Wirtschaftsregelungen vorsieht. Der letztere Vorschlag geht auf die Förderung der internationalen Handelsbeziehungen und des Bezugs von Rohstoffen usw. für die Zwecke einer "friedlichen Wirtschaft". Es ist hier wohl kaum nötig, darauf hinzuweisen, daß eine solche Lösung unter kapitalistischen Verhältnissen utopisch ist.

Der Appell Roosevelts wendet sich somit nicht nur an das allgemeine Friedensbedürfnis der Völker, sondern auch an das Interesse des amerikanischen Kapitals, die nicht abreißenden internationalen Spannungen, die auf die Wirtschaft drücken, zu beseitigen. Darüber hinaus ist es auch ein Appell an entsprechende kapitalistische Interessen in den anderen Ländern.

Vom inner-amerikanischen Gesichtspunkt aus ist der Friedensappell Roosevelts ein demagogisches Manöver, um die isolationistischen Strömungen in Amerika zurückzudrängen und die aktive Beteiligung der Vereinigten Staaten an einem kommenden Weltkrieg zu fördern.

Die Achsenmächte waren unter Führung Hitlers offenbar anfänglich geneigt, den Appell Roosevelts einfach zu ignorieren. Dann aber haben sie sich entschlossen, mit einem Gegenangriff zu antworten, was von ihrem Standpunkt aus sicher das Wirksamere ist. Die Ursache zu dieser Wendung ist sicher in den Auswirkungen des Roosevelt'schen Manövers auf die Volkstimmung in Deutschland und Italien, aber auch in anderen Ländern zu erblicken. Aus denselben Gründen haben die Achsenmächte sich entschlos-

sen, die Antwort zu verzögern, um Zeit zu lassen für die Wirkung ihrer Gegenpropaganda bei sich zu Hause und im Ausland.

Die Linie des Gegenangriffes der Achsenmächte ergibt sich aus der Sachlage von selbst und wird durch die Äußerungen der Nazipresse und der faschistischen Presse bestätigt.

Die Grundlinie der Antwort wird also nicht ein einfaches Nein sein, sondern die Erklärung, daß die Achsenmächte zu internationalen Verhandlungen und zu Friedensgarantien bereit sind, wenn ihnen zuvor im Prinzip ihre Forderungen auf imperialistische Neuverteilung der Welt zugestanden werden, sodaß also die Konferenz nur noch die Durchführung im Detail zu regeln hätte. Unter dem Titel der "gleichen Chancen", der Gewährung des "Lebensraumes", der wirtschaftlichen Gleichberechtigung usw. können dann die Achsenmächte ihr ganzes imperialistisches Programm noch einmal feierlich anmelden, verbunden einerseits mit der Beteuerung, daß ihre Gewährung den Frieden verbürge, andererseits mit der Drohung, daß im Falle der Ablehnung die Kriegsgefahr permanent bleibe und mit der Behauptung, daß die Verantwortung dafür dann der Gegenseite zufalle.

Es handelt sich also um ein Weltduell in Demagogie, wobei Hitler seinerseits auf die Kompromißneigungen seiner imperialistischen Konkurrenten spekuliert und auf die isolationistischen Stimmungen in den amerikanischen Volksmassen und die Anti-Roosevelt-Stimmungen in den führenden kapitalistischen Kreisen Amerikas.

In den homerischen Gesängen geht dem wirklichen Zweikampf der Helden häufig ein gegenseitiges Schimpfduell voraus. So ist es auch jetzt, nur daß die Mittel erweitert und modernisiert sind und daß es sich nicht mehr um die Eroberung von einem Dutzend Ochsen oder einer Rüstung handelt, sondern um den Machtkampf zweier großer imperialistischer Lager. Den Kern dessen, um was es sich handelt, kann man in ziemlich nüchterner Sprache in einem führenden Artikel der "Frankfurter Zeitung" vom 16. April entwickelt sehen, der die Überschrift trägt "Macht gegen Macht - Die Tragödie des status quo".

Es sei ein Fehler, wird darin gesagt, daß die "neue Epoche" der englischen Politik "vom Gedanken des status quo (des bestehenden Zustandes) beherrscht sei, des "krampfhaften Festhaltens an den letzten Resten von der Erbschaft von Versailles", statt einer "aktiven und auf den Grund der Dinge reichenden Politik der Revision und der Neuverteilung der Chancen und Lebensgrundlagen". Diese Starrheit der französischen und englischen Politik "nimmt der Politik der Westmächte jede moralische Berechtigung und beraubt die jeder Fruchtbarkeit... Wir werden deshalb aber nicht auf die Neugestaltung verzichten".

Der status quo sei weder im Osten, noch im Mittelmeer zu halten. Die Blockbildung gegen die neuen Kräfte bedeute "schärfsten Gegensatz und eine immer heftigere Machtprobe... Es sind noch Revisionen zu machen". Es werde sich zeigen, "wer den stärkeren Willen hat und wer ihn durchzusetzen vermag".

England sei nicht imstande, Rumänien zu helfen, seine Garantie bedeute daher nur die Anmeldung "vitaler" englischer Interessen, um die es bereit sei, einen europäischen Krieg zu führen. Es sei unklug, von England "solche schwachen Stellen zu plakatieren". Es sei "für uns alle besser, wenn sich die Engländer neue Enttäuschungen und neue Einbußen an Ansehen ersparen, doch vorläufig würden sie wohl an der Politik der "neuen Epoche" festhalten." Diese Politik bedeute "Macht gegen Macht... später wird man vielleicht den Ausgleich suchen und finden".

Hier ist in nüchterner Geschäftssprache entwickelt, was aller Voraussicht nach dann Hitler im Namen der Achse mit dem obligaten demagogischen Brim-

borium am 28. April vor dem Forum des " Reichstags " entwickeln wird.

An der Schärfe des imperialistischen Konfliktes wird durch dieses Wortduell nichts geändert.

Hitlerdeutschland und Italien war seit längerer Zeit bekannt, daß sie mit dem Eingreifen der Vereinigten Staaten auf der Seite der Westmächte zu rechnen haben. Die Vorschläge Roosevelts bringen also in dieser Beziehung nichts Neues, höchstens daß sie die Beschleunigung und Verstärkung dieses Eingreifens in Aussicht stellen. Die Berechnung der Achsenmächte ist aber die, daß die Westmächte vielleicht noch einmal vor den Kriegsdrohungen der Achse mürbe werden und sich zu einem neuen umfassenderen München, diesmal auf ihre eigenen Kosten entschließen, oder fall das nicht der Fall ist, daß die Achse ihre Aktion in Europa durchführen kann, ehe die amerikanische Hilfe wirksam wird.

Die nächste Absicht der Achsenmächte ist offenbar die, durch neue Teilaktionen, von denen angenommen wird, daß die Westmächte sie ohne Widerstand hinnehmen werden, ihrem Prestige und ihrer Machtstellung neue Schläge zu versetzen und dadurch die von England aufgezoogene Gegenkoalition, soweit sie bereits vorhanden ist, wieder auseinanderzusprengen und ihren weiteren und festeren Ausbau zu verhindern.

Bei dieser Berechnung stützen sich die Achsenmächte auf die keineswegs verschwundenen Kräfte in der englischen und französischen Bourgeoisie, die zu einem imperialistischen Kompromiß bereit sind, insbesondere darauf, daß die Westmächte bei abermaligen " lokalen " Angriffen der Achsenmächte noch einmal vor dem allgemeinen Krieg zurückschrecken werden. Würde diese Berechnung zutreffen, so würde das vielleicht ein entscheidender Schlag gegen die imperialistische Weltstellung der Westmächte sein, würde sie nicht zutreffen, so bedeutete es den allgemeinen Krieg und zwar unter schlechten Aussichten für die Achsenmächte.

Inzwischen geht der diplomatische Wettlauf zwischen der Achse und den Westmächten um Verbündete und Trabanten weiter. Griechenland und Rumänien sind von den Westmächten Garantiezusagen gemacht worden. Die Verhandlungen mit der Türkei und der Sowjetunion gehen weiter und sollen demnächst vor dem Abschluß stehen. Ein neuer Zug ist die Erklärung Chamberlains im englischen Unterhaus, daß England auch an der Unabhängigkeit Dänemarks interessiert ist (in Bezug auf die Schweiz und Holland bestätigt diese Erklärung Chamberlains nur die zwischen England und Frankreich am 29. Januar dieses Jahres bereits in Bezug auf Holland und die Schweiz getroffenen Abmachungen). Die Garantiezusicherungen Englands für Polen und Rumänien stehen nicht auf dem gleichen Fuße, wie die für Griechenland bereits gemachten und für die Türkei in Aussicht genommenen. Für Polen und Rumänien können weder England, noch Frankreich effektive militärische Hilfe leisten, Griechenland und die Türkei können dagegen durch die englische Flotte wirksame Hilfe erfahren. In Bezug auf die beiden letzteren Länder sagt die englische Garantie im Grunde nur, daß England so oder so Griechenland und die Türkei nicht unter die Herrschaft der Achse fallen lasse und jedenfalls darum kämpfen werde.

Die diplomatische Gegenaktion der Achse besteht im Augenblick in der Einwirkung auf Polen durch Drohungen und Versprechungen, in der Wirkung auf Rumänien, dessen Außenminister nach Berlin geladen worden ist, auf Jugoslawien und Bulgarien. Herr von Papen wird als Gesandter nach Ankara, der Hauptstadt der Türkei, geschickt, um dort seine Künste zu erproben. Im Osten ist der entscheidende Faktor für die Westmächte, ob sie sich bereit finden, die Sowjetunion militärisch vollwertig in ihr Koalitionssystem einzubeziehen und ob die Sowjetunion selbst zu dieser Rolle bereit ist.

Was die Stellung der Sowjetunion anbelangt, so sind folgende Äußerungen im Leitartikel des " Journal de Moscou " vom 11. April 1939 bemerkenswert

" Man kann nicht den Frieden gegen die Angriffswelle partiell auf isolierten Sektoren garantieren, indem man den Angreifern auf einem gegebenen Punkt eine Barrikade entgegenstellt und indem man ihnen die Freiheit auf anderen Punkten läßt. Es sind Handlungen nötig, mit denen die Angreifer schließlich gezwungen sind, zu rechnen. Die Presse in England und Frankreich schreibt viel über das " Mißtrauen und den Skeptizismus von Moskau " in Bezug auf die Wendung der englischen Politik, Moskau hat mehr Gründe als notwendig ist, um skeptisch zu sein. Aber das wäre nur ein halbes Übel. Das Unglück ist, daß Berlin und Rom sich weigern, die Erklärungen Englands und Frankreichs über das Eintreten einer " neuen Aera " in den internationalen Beziehungen und über den Willen, den Angreifern zu antworten, ernstzunehmen. Deshalb fahren sie fort, diesen Willen durch Bajonettstöße und Bombenabwürfe auf die Probe zu stellen. Eine dieser Proben, denen dieser Wille unterworfen wird, ist das albanesische Abenteuer, das glücken kann, wenn es nicht bereits geglückt ist. Aber es ist nicht die letzte. Man muß neue Proben erwarten. "

Das Stichwort, das sowohl die Sowjetdiplomatie, als auch die Kominternpartei ausgeben, ist das " der kollektiven Sicherheit " als angeblich wirksames Mittel, um den Frieden zu retten. In Wirklichkeit ist es nichts dergleichen, es ist nur ein Mittel, mit dem auf der Seite der Westmächte die imperialistische Gegenkoalition gegen die Achse zur Erhaltung des imperialistischen status quo aufgezo-gen wird. Das einzige Mittel, um wirklich den Frieden zu erhalten, ist die internationale revolutionäre Aktion der Arbeiterklasse und dabei ist von ausschlaggebender Bedeutung die revolutionäre Aktion der deutschen und italienischen Arbeiter, die durch die Politik der " kollektiven Sicherheit " nur gehemmt werden kann. Um die revolutionäre Aktion der deutschen und der italienischen Arbeiter zu fördern, um damit die " imperialistischen Aggressoren " auf revolutionäre Weise über den Haufen zu werfen, ist die revolutionäre Aktion der französischen und englischen Arbeiter im eigenen Lande eine unentbehrliche Voraussetzung.

Die Stimmung in P o l e n .

Die polnische Presse ist angefüllt mit Artikeln über die deutsche Kriegsstärke. Die allgemeine Linie, die darin zum Ausdruck kommt, ist die, daß das deutsche Heer nicht dieselbe Schlagkraft besitze, wie das kaiserliche Heer von 1914. Es stecke noch immer in den Vorbereitungsarbeiten, die deutsche Wirtschaft und die Transportmittel seien einer totalen Mobilisierung nicht gewachsen. Der moralische Faktor wird als besonders minderwertig hingestellt. Es könne gar keine Rede davon sein, daß die militärische Stärke Deutschlands der der Westmächte überlegen sei.

Besondere Aufmerksamkeit wird der Luftabwehr zugewendet. In ganz Polen finden ununterbrochen Luftschutzübungen statt. An Hand der spanischen Erfahrungen wird nachzuweisen versucht, daß bei einer guten Abwehr die Wirkung von Luftangriffen nur gering sein könne. Die Flakartillerie sei zum Beispiel soweit entwickelt, daß sie jedes Flugzeug bis zu 4.000 m Höhe mit höchstens 15 Schuß herunterhole usw.

Die drei wichtigsten Punkte, an denen man anscheinend einen Angriff wartet, sind die Karpatho-Ukraine, Oberschlesien und der Korridor. Aus der Karpatho-Ukraine wird nicht nur von starken deutschen Truppenmassierungen berichtet, sondern auch von umfangreichen Befestigungsarbeiten. In Oberschlesien versucht man besonders die Arbeiterbevölkerung durch Massenmärsche usw. auf die Beine zu bringen. Im Korridor

versucht man die deutsche Minderheit durch amtlichen und nicht-amtlichen Terror einzuschüchtern.

Jeden Tag kann man in der Presse von zahlreichen Bestrafungen Deutscher " wegen Beschimpfungen Polens " - " wegen Verbreitung falscher Gerüchte " " wegen Verbreitung defaitistischer Stimmung " - " wegen Versuchs Nazi-Organisationen zu gründen " , lesen , aber auch über " Abstrafung vorlauter Deutscher durch das Publikum in öffentlichen Lokalen usw. "

Die Sprache der Presse gegen Deutschland selbst könnte man eher als gemäßigt bezeichnen , besonders wenn man sie mit der Sprache derselben Presse in den Septembertagen gegen die Tschechoslowakei vergleicht. Im Wesentlichen werden nur Auszüge aus englischen Zeitungen gebracht. Offenbar waltet hier die Zensur ihres Amtes. Absolut deutschfeindliche Artikel , wie der des General Sikorski im " Kurjer Warszawski " vom 6. April sind bis jetzt noch eine Ausnahme in dem allgemeinen Konzert. Offenbar ist die Stimmung unten bei den Volkemassen gegen Hitlerdeutschland geladen , während man oben anscheinend nicht alle Brücken abbrechen möchte-.

Die Haltung der oppositionellen Presse unterscheidet sich nicht viel von der der Regierungspresse . Sie ist eher noch patriotischer . Das trifft vor allem auf die PPS zu. Schrieb doch ihr Führer Niedzialkowski dieser Tage im " Robotnik " :

" Für die Anleihe ist eine noch größere Anstrengung der ganzen Gemeinschaft notwendig. Raffen wir uns auf zu einer noch größeren Anstrengung aller polnischen Bürger . Dafür sei ein Ansporn der schöne Aufruf der Juden, im Heer der Unabhängigkeit kämpfen zu wollen , die vor den Mauern Warschaus erzwungen worden ist . Die Anleihe für die Flugwaffe ist weder eine Sache des Regierungslagers , noch der PPS , sie ist weder eine Sache der Rechtsparteien , noch der Linksparteien . Sie wird die Sache ganz Polens sein. Das Regierungslager begeht einen großen Fehler wenn es sich bemüht , dieser großen Sache der Allgemeinheit einen Parteistempel aufzuprägen. Das hilft garnichts. Das stört nur. Hier hört jeder Parteikampf auf . Die Pflicht gegenüber Polen muß uns zu einem Wettstreit im Opfern veranlassen " .

Aus einem Briefe aus Hitlerdeutschland :

Ein Teil der Unglücksfälle durch das Hetztempo in den Fabriken Berlins sind in Wirklichkeit Mittel , um Gestapo-Agenten verunglücken zu lassen. In den Betrieben sind die Gestapoagenten , die auch an der Werkbank stehen , bekannt und werden - falls die Belegschaft takko ist - mit geeigneten Mitteln fertig gemacht.

Die Hausblockwarte haben die Gestapo-Kartotek anlegen müssen. Wenn sie wirkliche Nazis sind , so werden sie auf alle mögliche Weise schikaniert. Besonders beliebt ist es , daß die alten Leute ihnen so lange in den Ohren liegen , ob es nicht Winterhilfe gibt , bis die Blockwarte sich überhaupt nicht mehr sehen lassen.

50 % der Arbeiter sind antisemitisch , darunter viele früher organisierte Arbeiter , die durch die Nazipropaganda infiziert sind. Aber 80 % sind feste Kriegsgegner und das überwiegt jedes andere Problem. Bei den SA-Rollkommandos der Judenpogrome sind die alten KPD-Unterweltler des RFB wieder zu sehen gewesen , die auch dann , wenn es mal anders kommt , sehr gefährlich werden können.

Eindrücke von Madrid.

= = = = =

La Voz de Espana ,die in San-Sebastian herausgegeben wird , brachte unter anderem folgendes interessantes Stimmungsbild aus Madrid :

Ein trauriges Volk, das so heiter war !

Wenn ihr die Wahrheit erfahren wollt von der Traurigkeit und der Katastrophe von Madrid , dann nehmt den Weg über die Chaussée der Carabanchelas. Hier kam und ging ich , um 10 $\frac{1}{2}$ Uhr vormittags und um 6 $\frac{1}{4}$ Uhr nachmittags, am Dienstag , den unvergeßlichen Tag der Befreiung.

Und es war ,als ob man nach Golgatha kam , nachdem man die Straßen der Bitterkeit und der Buße durchging.

Weil die große Tragödie von Madrid sich nach den südlichen Wegen wälzte; der ganze tierische Ausdruck von Madrid , der schamlosen Verbrecher vom Juli bis zum November , das ganze Madrid des " no pasaran " (sie werden nicht durchkommen !) diktiert durch Rußland und der Auswurf der Internationalen , zieht sich an den Ufern des Manzanares , von Pazuelo und Aravaca bis Vaciamadrid . Das Übrige , der Außenviertel , die innere Stadt selbst , ist das Bedeutungsloseste. Das konnten wir sehen in jeder der befreiten Städte , in Barcelona , in Santander oder in Bilbao. Der Schanden der Innenstadt von Madrid erreicht nicht im entferntesten den von Lerida , den von Oviedo , von Teruel und Toledo zu schweigen.

Aber auf dem angezeigten Wege ist etwas fürchterliches. Von der Schule der Kriegswaisenkinder bis zum Tor von Toledo und der Ronda de Atocha , die große Katastrophe , die Explosion des marxistischen Hasses ist beispiellos.

Und die Leute , die den Abhang an den alten Schlachthöfen hinaufgehen, Gauner und Taschendiebe von Madrid der berüchtigten Stadtviertel sind auch beispiellos. Sie zeigten sich mit der ihnen eigentümlichen Gleichgültigkeit. Denken , kleiden sich und sprechen ,wie vor einem Monat. Dasselbe ist/ ihnen , ob sie die geballte Faust erheben oder die offene Hand.

Einige Mädels der Wirtshäuser treffen auf meinem Weg einen Pfarrer , der seinen Pfarrock trägt und der mir gerade erzählte , daß er seine alte Mutter sucht. Die Mädels sehen ihn, umkreisen ihn und rufen ihm zu : " Beschlafen Sie die Frauen gut ? " - " Sagen Sie ja " . " Ist das Ihr Rock und Ihr Hut ? " Und eine noch schamloser , sagt ihm ins Gesicht : " Mir gefallen die Pfaffen mit N.... "

Es schien ,als ob die turbulente Masse mit Begeisterung aus Madrid ging, unseren Soldaten entgegen , um sie zu feiern , hochleben zu lassen , sie bis zum Sonnentor zu begleiten. Nichts davon ! Auch nahe mir , auf der Toledostraße , kommen die ersten Truppen , es waren Marokkaner . Die Massen drängen sich zwischen sie , aber die Ströme gingen in entgegengesetzten Richtungen , und ich schreie , ich hörte nicht einen einzigen Hochruf , keinen Beifall. Die Marokkaner sangen ihre Siegespsalmen, die von Madrid gingen zwischen ihnen , sie mit dem Ellbogen streifend , um schneller - nach der Front zu kommen , um dort Brennholz zu holen. Luden es sich auf den Rücken und stiegen den Hang wieder hinunter zu ihren Wohnvierteln von Arapias , Magdalena , Inclesa , Hospital, Embajadores und La Latina . Das Einzige , was sie am Tage der Befreiung von Madrid interessiert , war , sich mit dem Brennholz zu versehen , was ihnen die Feuerlinie gab , die Monate und Monate Eisen versprengte.

In den Straßen des Zentrums gab es Gruppen, hauptsächlich Frauen, die Franco, Spanien und die Armen hochleben ließen. Aber man sah sehr bald, daß es unsere eigenen Leute waren, die Überlebenden der brutalen Verfolgungen.

Eine Wahrheit ist es, daß es kein Geld gibt, aber selbst, wenn es die Madrider hätten, es würde ihnen nichts nützen, denn es gibt nichts zu kaufen. Aber trotzdem ist dieses die Wahrheit, und ebenso gewiß ist, daß das untere Volk in Zufriedenheit das Regime des "Schlangenstehen" weiterleben würde. An jeder Ecke stehen Schlangen, alle 100 Schritt stellen sich die Leute an, ohne zu wissen, wofür, ohne genau zu wissen, was sie empfangen werden, wenn die Schlange sich bewegt und sie an die Reihe kommen. Aber den Tag sich damit zu vertreiben, von einer Schlange zur anderen zu stehen, ist die einzige Beschäftigung der Frauen von Madrid. In diesen Schlangen leben sie. ... Zehn Tage ist die Stadt schon befreit und immer noch gibt es eine Legion von ungekämmten Frauen. Vielleicht ist dieses das Typischste des Marxismus: die ungekämmten Haare und die schmutzigen Gesichter. Und dieses ist es, was am stärksten den Eindruck der Traurigkeit von Madrid hervorrufft, von jenem Madrid der blitzsauberen Mädelchen der Stadtviertel.

ber - damals wuschen und sägen die Frauen von Madrid - und wenn sie heute singen wollten, so würden sie höchstens den Hymnus des Fünften Regiments, die Internationale und jene denkwürdige Musik kennen, die soviel Blut und Tränen gekostet hat.

Theodor G A B B E Y †

=====

Aus Berlin erreicht uns die traurige Nachricht vom Ableben unseres Genossen Gabbey. Im besten Mannesalter ist er der tückischen Krebskrankheit erlegen. Die KPD(O) verliert in ihm einen ihrer besten Genossen. Schon im Kriege stand er an der Seite Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts im Kampfe gegen den Chauvinismus. Nach dem Kriege war er einer der unermüden Kommunisten, die zielklar für die Eroberung der Gewerkschaften kämpften. Als Mitglied der Gewerkschaftsleitung des Zentralkomitees der KPD hat er mit großem Erfolg die Opposition seines Buchdruckerverbandes gestärkt. Seine reiche Erfahrung und seine feste Überzeugung brachten ihn in Opposition zu dem sektiererischen Kurs der KPD, die sich einbildete, ohne die mühsame Arbeit der Gewerkschaftseroberung und ohne die Anwendung der leninistischen Einheitsfronttaktik schneller zum Ziel zu kommen. Dafür wurde Genosse Gabbey 1928 aus der KPD ausgeschlossen und kämpfte mit der kleinen KPD(O)-Gruppe weiter für das alte Ziel.

Auch unter dem schweren Druck des Naziregimes ist er seiner Überzeugung treugeblieben und wurde er zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt. Infolge seines hoffnungslosen Krankheitszustandes mußte er jedoch entlassen werden.

Die Kunde von seinem Tode wurde uns von mehreren Seiten zugleich mitgeteilt. Wir können daraus ersehen, wie unser Genosse Theo in den Reihen der heute so brutal unterdrückten Arbeiterklasse geachtet wurde. Wir sind sicher, daß seine opferreiche Tätigkeit reiche Früchte tragen wird.

=0=0=0=0=0=0=

V. Der Dritte Fünfjahresplan (Schluß)

An allgemeinen Gesichtspunkten, die Molotow für den Fünfjahresplan entwickelte, sind folgende zu erwähnen:

es sei wichtig, Vorräte für die Verteidigung anzulegen. Der Kontrolle der Planerfüllung sei beim Zweiten Fünfjahresplan nicht die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt worden. Auch seien Fehler in der Planung selbst vorgekommen. Wenn zum Beispiel der Plan des Baus von elektrischen Kraftwerken im Zweiten Fünfjahresplan nur zu 55 % erfüllt worden sei, so beruhe das auf Fehler in der Planung.

Für den Dritten Fünfjahresplan soll das "Volkseigentum" auf das 1,8-fache vermehrt werden. Das Wachstumstempo der Industrie ist auf 13,5 % im Jahresdurchschnitt festgesetzt, also unter dem Durchschnitt des Zweiten Fünfjahresplanes. Die Produktion für die Artikel des Massenbedarfs soll 11 % jährlich wachsen, die der Produktionsmittelindustrien um 15 %. Zwischen Wolga und Ural soll eine neue Erdölbasis aufgebaut werden. Dies offenbar nicht zuletzt aus strategischen Rücksichten. Man müsse beim Bau von Kraftwerken von der "Gigantomanie" abkommen und das Schwergewicht auf den Bau kleiner und mittlerer Werke legen, die schneller fertigzustellen seien. Daß die "Gigantomanie" auf Rechnung des ZK selbst fällt, vergaß Molotow zu erwähnen.

Die Volkskommissariate für die Industrie seien weiter aufzuteilen, dadurch bringe man die Leitung näher an die Betriebe heran. Dies ist eine echt bürokratische Manier, um der Überzentralisierung der Wirtschaft zu begegnen. Man ist jetzt dazu übergegangen, die "Kollegien" bei den Volkskommissariaten, die eine Zeitlang abgeschafft worden waren, wieder aus der Versenkung hervorzuholen. Das ist ein typisches Beispiel der bürokratisch-organisatorischen Gedankenarmut, die sich im Kreise dreht, weil sie nicht wagt, den Dingen auf den Grund zu gehen. Die Überzentralisation in der Wirtschaft ist keine Frage innerhalb der bürokratischen Organisation, sondern die Frage der breiten Entfaltung der Selbsttätigkeit der Massen in der Leitung und Kontrolle der Wirtschaftsführung, das heißt des Abbaus des bürokratischen Regimes selbst.

Ein seltsames Licht auf die Entwicklung der Kollektivwirtschaften wirft die Angaben Molotows, daß es Beispiele von Kollektivbauern gebe, die das ganze Jahr keine einzige Tagesnorm leisten oder ehren- und schandenthalber nur 20 - 30 Tagewerke arbeiten. Das bedeutet, daß eine bestimmte Schicht der Kollektivbauern das Schwergewicht ihrer Arbeit legt auf die häusliche und individuelle "Nebenwirtschaft", statt auf die Kollektivwirtschaft. Es wäre wichtig zu wissen, ob es sich hier nur um Einzelfälle und Rückstände, oder um typische Fälle und neue Entwicklungstendenzen handelt. Im letzteren Falle würde das auf schwere Krankheitssymptome der Kollektivwirtschaften hinweisen.

Es sollen 11.000 km neue Eisenbahnen gebaut werden. Die Bahnen seien überlastet. 8.000 km neue Geleise sollen gelegt und die Elektrifizierung der Bahnen weitergeführt werden. Der Automobilpark soll von 0,5 auf 1,7 Millionen Wagen gebracht werden. Nebenbei wurde erwähnt, daß in den letzten Jahren die Bautätigkeit sich verteuert habe.

An geplanten Großbauten zählte Molotow auf:

1. die Schaffung eines zweiten Baku zwischen Wolga und Ural;
2. der Bau zweier Wasserkraftwerke im Gebiete von Koujbishev von 3,4 Mil-

tionen Kwh. Sie sollen auch die Bewässerung der Dürregebiete jenseits der Wolga erlauben.

3. Erweiterung der See- und Hochseeflotte ;
4. der Ausbau der Autowerke von Moskau und Gorki.
5. der Ausbau des Hüttenkombinats von Magnitogorsk.

1.500 neue Maschinen- und Traktorenstationen sollen angelegt werden. Ferner seien große Bewässerungsanlagen zu bauen. Die Industrie sei näher an die Rohstoff- und Verbrauchergebiete heranzubringen, um weite Transportwege zu sparen. Artikel des Massenverbrauchs müßten mehr lokal erzeugt werden. Ein neues Stichwort lautet β "Komplexe", Entwicklung der Wirtschaftsgebiete des Landes", damit ist gemeint, daß die einzelnen Wirtschaftsgebiete eine solche Kombination verschiedener Industrien bekommen sollen, die es ihnen ermöglicht, die örtlichen Bedürfnisse in größerem Umfange durch die eigene Produktion zu befriedigen. Der Ferne Osten müsse Selbstversorger werden in Bezug auf Baustoffe, Metalle, Maschinen, Zement, Holz, ebenso von Baumaterialien überhaupt; ebenso der meisten schwertransportablen Produkte der Fertigungsindustrien, und von Gemüse, Kartoffeln usw. Die ökonomische Rolle des Wolgagebietes müsse gehoben werden.

Zur Beschleunigung der Bauten seien Schnellbaumethoden in der Praxis anzuwenden. Der Kampf gegen "Mißwirtschaft" müsse verstärkt werden: gegen Rohstoffverschwendung, gegen langes Stillliegen der Maschinen, gegen Nichtbeachtung der Rentabilität usw. Die Lebenshaltung der Bevölkerung soll auf das Anderthalb- bis Zweifache gesteigert werden. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten soll von 27 auf 32 Millionen, der Durchschnittslohn um 35%, das Durchschnittseinkommen des Kollektivbauern auf das 1,7-fache erhöht werden. Das Dorf soll in wachsendem Tempo des Einkommens und des Warenumsatzes der Stadt etwas vorangehen.

Als allgemeines kulturelles Ziel wird aufgestellt: das kulturelle und technische Niveau der Arbeiterklasse auf das Niveau der Ingenieure und Techniker zu heben. Dazu seien einige Jahrzehnte notwendig, "aber wir schreiten auf diesem Wege erfolgreich vorwärts". Wir haben die Frage bereits aufgeworfen, ob die Entwicklung nicht gerade, den umgekehrten Weg nimmt, nämlich den der Vertiefung und Fixierung des gesellschaftlichen Abstandes zwischen der Masse der Arbeiter und Bauern und der der Techniker und Ingenieure und der übrigen "Sowjetintelligenz".

Zum Schluß ergint sich Molotow in einigen allgemeinen Ausführungen.

Das Wichtigste sei, "daß unser junger Sowjetstaat endgültig erstarkt ist, daß er ein Staat ist, voll Kraft, Gesundheit und unerschütterlicher Einheit". Im Wettbewerb mit den kapitalistischen Ländern sind wir uns "unserer inneren Kraft und unseres Sieges gewiß". Die Stütze der Fünfjahrespläne sei die moralische und politische Einheit des Volkes. Kapitalistische, auch faschistische Wirtschaft, seien ihrem Wesen nach mit wirklicher Wirtschaftsplanung unvereinbar. Es handle sich um den Wettbewerb zweier Wirtschaftssysteme: des Kapitalismus und des Sozialismus.

"Was zeigt uns der Bericht des Genossen Stalin auf diesem Parteitag? Er zeigt uns, daß die bolschewistische Seele dieses unseres Werkes das Wirken, das Denken und das Wort unseres Stalin ist."

Es folgt ein Hinweis auf die "außerordentlich verantwortliche Rolle unserer Intelligenz". Die Aufgabe erzieherischer Art der kommunistischen Erziehung der Werktätigen trete jetzt in den Vordergrund. Es gelte gleichzeitig, das Volk im Zustand der "Mobilisationsbereitschaft" zu halten.

Die refrainartige Betonung der moralischen Einheit des Volkes läßt gerade umgekehrt darauf schließen, daß es daran fehlt, wie übrigens aus den Ausführungen Stalins über das Verhältnis der Masse der Arbeiter und Bauern zur "Sowjetintelligenz" klar hervorgeht.

Wirkliche, auf den Grund der Fragen der Sowjetwirtschaft gehende Gedanken fehlen, wie man sieht. An ihre Stelle sind kleine bürokratische Routinemittelchen getreten, die am Kern der Fragen vorbeigehen und allgemeine Phrasen, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben.

Das bürokratische Regime zeigt damit anschaulich, wie es in der Routine erstarrt.

Einen wirklichen Einblick in die Wirtschaft und in ihre wirklichen Fragen könnte nur der Blick von unten geben. Die Diskussion zeigte davon nichts und konnte auch nichts davon zeigen. Die Stimme des wirklichen Durchschnittsarbeiters war in der Diskussion über den Dritten Fünfjahresplan nicht zu vernehmen und das besagt deutlicher als alles andere, wo das Übel sitzt.

Der Gesamtüberblick zeigt, daß die Sowjetwirtschaft auch im Dritten Fünfjahresplan noch bei weitem nicht die Produktivität der entwickelten kapitalistischen Wirtschaften erreichen wird. Das liegt zu einem Teil an Gründen, die von dem gegenwärtigen Regime unabhängig sind, nämlich an der Rückständigkeit der kapitalistischen Wirtschaft, von der die Sowjetgesellschaft und der Sowjetstaat auszugehen hatten. Die Aufgabe, die in diesen Verhältnissen wurzelte, war die, auf der sozialistischen Produktionsbasis den Vorsprung der kapitalistischen Länder erst einmal einzuholen. Man muß sich klarmachen, daß das eine Aufgabe ist, die für den Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschaft nicht typisch ist, sondern einen Sonderzug der russischen Entwicklung darstellt. Es muß auch zugegeben werden, daß dieses Einholen der kapitalistischen Wirtschaft der entwickelten kapitalistischen Länder auf kapitalistischer Basis nicht in dem Tempo hätte vorangehen können, wie dies auf sozialistischer Basis möglich war.

Dazu kommt aber, daß die Entwicklung des bürokratischen Regimes das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung in sichtbarem Grade hemmt und daß es dazu dient, die gesellschaftliche Differenzierung innerhalb der Sowjetgesellschaft statt sie abzubauen, zu steigern und zu befestigen.

Die Beseitigung des bürokratischen Regimes, die Entfaltung der Selbsttätigkeit der breiten Massen der Werktätigen in der Leitung und Kontroll der Wirtschaft ist daher die Grundfrage der weiteren Entwicklung der Sowjetwirtschaft und der Sowjetgesellschaft geworden.

Verantwortlich : E. Hirtzel , Strasbourg

Arbeiterpolitik

No. 17/VI. Jahrgang

Vierte Aprilwoche 1939

Vor der Rede Hitlers.

Die englische und die französische Regierung haben noch vor der Rede Hitlers ihre Gesandten wieder nach Berlin zurückgeschickt. Die offiziellen Begründungen, die dafür gegeben werden, sind ziemlich fadenscheinig. Von englischer Seite wird angegeben, es handle sich darum, Hitler vor seiner Rede wissen zu lassen, daß England nach wie vor den Frieden wolle, daß es aber keinen weiteren gewaltsamen Angriff im Osten dulden werde und daß es zu diesem Zweck die allgemeine Wehrpflicht einführe, ein Abkommen mit der Sowjetunion schliesse und Churchill ins Kabinett berufe. Die englische Regierungspresse betont geflissentlich, daß es sich keineswegs um einen Rückfall in die Münchener Politik handle. Jedenfalls ist dieser Schritt der englischen und der französischen Regierung in seiner Bedeutung noch unaufgeklärt. Sollte es sich darum handeln, Hitlerdeutschland irgendwelche neuen Angebote zu machen oder Zusicherungen zu geben? Handelt es sich um die Verhandlungen mit der Sowjetunion, um irgendwelche Mitteilungen darüber, die Deutschland beruhigen sollen?

Das Kernstück der diplomatischen Aktion auf Seiten der Westmächte sind gegenwärtig die Verhandlungen mit der Sowjetunion. Über die beiderseitigen Stellungen ist wenig Genaues bekannt geworden. Der englische Vorschlag soll darin bestehen, daß die Sowjetunion eine Garantie für Polen und Rumänien übernehmen soll, ihnen, im Falle sie angegriffen werden und sie sich verteidigen wollen, in dem Umfange und in der Art, wie diese Länder es selbst wünschen. Über die Verpflichtungen, die England bereit ist, gegenüber der Sowjetunion zu übernehmen, ist bis jetzt einigermaßen Zuverlässiges nicht bekannt geworden. Die Vorschläge der französischen Regierung sollen ~~bestehen~~ ^{bestehen} darin, daß die Sowjetunion die Verpflichtung, die sie bisher auf Grund des franco-sowjetischen Hilfspaktes hatte, nämlich Frankreich zu Hilfe zu kommen für den Fall, daß das französische Territorium angegriffen wird, auch auf das Gebiet Polens und Rumäniens ausdehne. Die Sowjetregierung hat zunächst einen Gegenvorschlag im Sinne der "kollektiven Sicherheit" für alle von Deutschland bedrohten Staaten gemacht. In diesem Sinne hat auch Kalinin die letzte diplomatische Aktion Roosevelts begrüßt. Aus Äußerungen von Regierungsvertretern im englischen Unterhaus kann man auch schließen, daß die Sowjetregierung den Westmächten auch die Hilfeleistung im Falle eines Angriffs Japans auf die Sowjetunion und die Einbeziehung Chinas in einen allgemeinen Vertrag kollektiver Sicherheit vorgeschlagen habe. Die Verhandlungen gehen darum, ein Kompromiß zwischen diesen verschiedenen Vorschlägen zu finden.

In der Sowjetunion macht sich jetzt eine gewisse Wendung gegenüber den Westmächten bemerkbar. So wurde im "Journal de Moscou" vom 18. April 1939 erklärt:

"Die letzte Rede des englischen Premierministers und die Erklärung der englischen Regierung stellen gleicherweise (wie der Schritt Roosevelts) einen Schritt nach vorwärts dar zur Aufklärung der Probleme, die alle friedlichen Völker bewegen. Die Politik mehrerer Staaten entwickelt sich in einer Richtung, die den Interessen des Friedens entspricht."

Es hat den Anschein, daß die Bemühungen der Sowjetregierung bei den Verhandlungen mit den Westmächten hauptsächlich nach drei Richtungen gehen:

1. zu versuchen, daß bei den Garantie-Abmachungen von den Westmächten keine solchen Lücken gelassen werden, die Hitlerdeutschland auf dem Wege des Angriffs gegen die Sowjetunion ermutigen;
2. zu verhindern, daß die SU, nachdem sie von den Westmächten zur Abwehr gegen Hitlerdeutschland ermutigt worden ist, dann von ihnen allein gelassen wird;
3. volle Gegenseitigkeit oder Gleichwertigkeit der gegenseitigen Hilfsverpflichtungen zu erzielen.

Die Achsenmächte ihrerseits haben ihre Bemühungen in den letzten Tagen vor allem auf Ungarn, Jugoslawien und Rumänien, sowie Bulgarien erstreckt. Mit dem allgemeinen Ziel, den Damm, den die Westmächte aufzurichten versuchen, zu durchbrechen, die Balkan-Entente zu sprengen, Jugoslawien vollständig unter ihren Einfluß zu bringen, Rumänien zu isolieren.

Von Ungarn soll verlangt werden, daß es sich einerseits mit Jugoslawien vorläufig verständigt, daß es andererseits gegenüber Rumänien einen Druck ausübe in dem Sinne, daß es je nach der Einstellung Rumäniens zu den Achsenmächten die siebenbürgische Frage aufrollt oder einstweilen zurückstellt. Die ungarischen Magnaten werden gelockt mit der Aussicht, daß Ungarn im alten Umfange, das Ungarn der Stephanskronen, wieder hergestellt wird - wobei aber dieses vergrößerte Ungarn sich in vollständiger Abhängigkeit von den Achsenmächten befinden würde.

Jugoslawien ist allem Anschein nach bei den letzten Verhandlungen in Rom noch keine neuen Verpflichtungen eingegangen, aber es wird gemeinsam von Hitlerdeutschland und Italien steigendem Druck ausgesetzt. Vor allem zielen die Achsenmächte darauf ab, daß Jugoslawien mit ihnen einen dem rumänisch-deutschen analogen, aber noch weitergehenden Wirtschaftsvertrag abschließen und im Falle eines allgemeinen Krieges sich mindestens zur Neutralität verpflichte. Die italienische Flotte unternimmt in diesen Tagen Kreuzfahrten in der Adria an der jugoslawischen Küste, um dem Lande vorzuführen, daß es in der Adria eingeschlossen ist.

Der rumänische Außenminister Gafencu ist bei seinem Aufenthalt in Berlin von Ribbentrop und Hitler in Behandlung genommen worden, wobei er für den Fall besonders bedroht worden ist, daß Rumänien sich irgendwelche Hilfsleistungen von der SU gefallen lassen. Dieser Druck scheint nicht ohne Wirkung geblieben zu sein.

Bulgarien handelt ganz im Sinne der Achse, indem es durch seinen Premierminister im Parlament erklären ließ, es sei bereit, der Balkan-Entente beizutreten, wenn ihm die Gebiete zurückgegeben würden, die ihm seinerzeit durch die Friedensverträge genommen worden sind.

Die Frage Polens ruht augenblicklich diplomatisch, insofern Polen gegenwärtig keine Verhandlungen mit Hitlerdeutschland führt, aber die Vorbereitungen Hitlerdeutschlands gegen Polen gehen weiter, sowohl militärisch, als auch propagandistisch.

Für die Entwicklung der außenpolitischen Stellung Spaniens ist bezeichnend eine Ansprache, die Franco am 20. April in Malaga an Phalangisten hielt und in der er u. a. sagte:

"Wir haben nicht gegen die Spanier gekämpft, wir haben gegen die Welt gekämpft, die unsere Einheit und unsere Größe nicht leiden kann. Das nötigt uns, im Alarmzustand zu bleiben. Achtung, Phalangisten, der Krieg ist noch nicht zu Ende!"

Inzwischen fährt ein Teil der deutschen Flotte in Richtung Spanien, mit welchen genauen Zielen steht noch nicht fest. Durch die internationale Presse ging in den letzten Tagen auch eine Meldung, daß Japan auf Ersuchen der Achsenmächte ca. 30 Schiffe nach dem Mittelmeer schicken werde. Es verlautet jetzt, daß zwar Italien im Auftrage der Achse ein solches Ersuchen an Japan gerichtet hat, daß aber Japan abgelehnt hat. In der Tat, wenn Japan auf eine solche Abenteuerlichkeit eingegangen wäre, hätte es damit rechnen müssen, daß die Versuchung der britischen Admiralität stark wird, diese Schiffe zu versenken. Die bisherigen Pläne gehen umgekehrt dahin, daß Japan in der nächsten Zeit im Fernen Osten irgendeinen Vorstoß gegen die Westmächte unternimmt, um sie zu veranlassen, einen Teil ihrer Flottenkräfte aus dem Mittelmeer abzuziehen. Indessen geht es dem japanischen Imperialismus selbst im Fernen Osten gegenwärtig nicht besonders gut. In Südchina haben die chinesischen Truppen die japanischen bis 30 km von Kanton zurückgeworfen, was eine ziemlich ernste Schlappe für Japan ist.

Die Bemühungen der Achsenpolitik erstrecken sich in der letzten Zeit auch auf Portugal. Der Diktator Portugals, Salazar, hat die Forderung der Achsenmächte, dem Antikominternpakt beizutreten, abgelehnt. Die Bemühungen um Portugal richten sich natürlich in erster Linie gegen England. Der Besitz und die Beherrschung Portugals hätte eine große seestrategische Bedeutung für die Achsenmächte zur Störung der englischen und französischen Seeverbindungen mit den Vereinigten Staaten. Dazu kommt, daß demjenigen, der Portugal beherrscht, die portugiesischen Kolonien zur Verfügung stehen - Salazar hat indessen erklärt, daß er bei dem alten englischen Bündnis bleibe - wozu Portugal sicher sehr triftige Gründe hat.

Zum Zwecke der Vorbereitung seiner Rede hat Hitlerdeutschland an eine Reihe von Kleinstaaten eine diplomatische Rundfrage gerichtet, "ob sie sich durch Deutschland bedroht fühlen", worauf die Meisten so geantwortet haben, wie es ihrer Lage entsprechend zu erwarten war: daß sie sich nicht bedroht fühlen. Dieser deragogische Schachzug ist jedoch so grob, daß er eher die gegenteilige Wirkung hervorruft, als die beabsichtigte. Der militärische Aufmarsch bei Hitlers Geburtstagsfeier war in erster Linie darauf berechnet, die Kleinstaaten durch die Vorführung motorisierter Divisionen zu beeindrucken und ihnen vorzudemonstrieren, daß Hitlerdeutschland starke "Blitzangriffe" durchführen kann.

Über die Grundlinie der Außenpolitik Hitlerdeutschlands sind folgende Ausführungen der "Frankfurter Zeitung" vom 23. April 1939 aufschlußreich, die unter der Überschrift "Zweifel an der neuen Politik" erschienen sind:

"Jedenfalls, sagt das Blatt, liegen verschiedene Anzeichen dafür vor, daß die Durchführbarkeit der "neuen Politik" in England, bereits heute vielfach ebenso bezweifelt wird, wie ihre Weisheit. Zu den Zweiflern scheinen auch Franzosen zu gehören. Kein Wunder, wenn Frankreich in Osteuropa Machtpolitik betreiben wollte, so hätte man sie besser zu einer Zeit geübt, in der die tschechoslowakische Festung noch nicht verloren war. Und hätte man die "russische Karte" noch einmal ausspielen wollen, so hätte man sie besser garnicht erst so weithin sichtbar zerrissen.... Die Revisionsperiode ist noch nicht abgeschlossen - "so oder so" wird sie ihren Fortgang nehmen. Die Methode des Verhandeln ist weder in Berlin, noch in Rom unbekannt - nur darf man nicht erwarten, daß wir mit solchen verhandeln - die der Fall nichts angeht - selbst wenn sie Amerikaner sind."

Über die Grenzen der Politik der Westmächte wird gesagt, es seien "die gewaltigen deutschen Defensivlinien, die offensichtlich zu Lande, zu Wasser und in der Luft, die nun sehr starke und leistungsfähige Kontinentalbasis Deutschlands und Italiens, die durch klug gewählte

" Freundschaften und Interessengemeinschaften vergrößert wurde und noch anwächst , die strategische Hilfslosigkeit aller zwischen Deutschland und Italien und der Sowjetunion lebenden und den Westmächten verpflichteten Staaten und die Gefährlichkeit der Sowjetmacht nicht nur für Osteuropa , sondern auch für gewisse englische und französische Interessen während eines großen Krieges "

Für die Zusammenfassung beider europäischer Achsen fehlt es nicht an Vermittlern , sondern an " Voraussetzungen " , insofern die Westmächte sich an den status quo klammern, statt die Revision zuzulassen und dafür auch selbst " Opfer " zu bringen.

Der stärkste Trümpf der Achsenmächte im diplomatischen Kampf in Osteuropa ist in der Tat die " strategische Hilfslosigkeit " der zwischen den Grenzen der Achsenmächte und der Sowjetunion liegenden Oststaaten nach der Preisgabe der " tschechoslowakischen Festung " . Die Diplomatie der Achse nützt dieses grundlegende Element der Lage in Mittel- und Osteuropa mit Erfolg aus.

Die Quittung der französischen Bourgeoisie für die Burgfriedenspolitik der französischen Arbeiterklasse.
=====

Ein ganzer Hagelschauer von gesetzlichen Verordnungen ist in den letzten Tagen über Frankreich niedergegangen . Es mangelt uns an Raum , sie im Einzelnen aufzuzählen, geschweige denn , eine nach der anderen eingehend unter die Lupe zu nehmen . Sie laufen alle auf die finanzielle, wirtschaftliche und militärische Mobilisierung hinaus , wobei ein Stück der sozialen Gesetzgebung nach der anderen in Fetzen zerrissen wird.

Es handelt sich zunächst darum, weitere zusätzliche 15 Milliarden frs. für die Rüstungen aufzubringen. Zu diesem Zweck werden eine Reihe von finanziellen und Verwaltungs-Maßnahmen getroffen, deren Hauptstück die Einführung einer " Verbrauchssteuer " von 1 % ist . Es ist überflüssig darzulegen , welche preissteigernde Wirkung diese Steuer haben muß und daß sie hauptsächlich die arbeitenden und werktätigen Schichten belastet. Sie wird ausdrücklich mit der Notwendigkeit der Rüstungssteigerung begründet und der Finanzminister , der anscheinend immer noch zum Scherzen aufgelegt ist , hat den Geschmack gehabt , sie mit dem " Sou du soldat " in Parallele zu bringen (Der " sou du soldat " ist angeblich eine Abgabe, die die Arbeiter sich freiwillig auferlegen , um das Los ihrer zum Militär eingezogenen Klassenbrüder zu erleichtern) .

Damit es nach etwas aussieht , wird auch die andere Seite herangezogen: die Rüstungsgewinne werden auf 10 % beschränkt und die großen Einkommen sollen stärker kontrolliert werden . Über die Wirksamkeit der letzteren Maßnahmen - die übrigens ein immer wiederkehrendes Prunkstück bei jeder neuen Massenbelastung ist - ist weisse Salbe. Die Rüstungsgewinnler brauchen sich auch nicht aufzuregen , selbst wenn der unwahrscheinlichste Fall eintreten sollte , daß es ihnen nicht gelingt , Steuern zu hinterziehen , so wird schon allein durch den ständig steigenden Umfang der Rüstungsaufträge der goldene Segen für sie unaufhörlich steigen.

Hand in Hand mit den Steuererhöhungen geht eine weitgehende Einschränkung der zivilen Ausgaben . Die großen öffentlichen Arbeiten werden eingestellt , in den öffentlichen Verwaltungen werden Massenentlassungen an Personal , besonders an Hilfspersonal , stattfinden. Und zwar nicht nur beim Staat , sondern auch bei den Gemeinden und öffentlichen Instituten. Um dies durchzuführen , wird die Selbstverwaltung der Gemeinden eingeschränkt , soweit bei der zentralistischen Präfektenwirtschaft in

Frankreich von einer solchen überhaupt die Rede sein konnte. Nach Marseille und anderen Städten kommt jetzt Paris an die Reihe, für das einengende Vorschriften in dieser Hinsicht erlassen werden, und weitere werden folgen.

Die 40-Stundenwoche wird jetzt radikal beseitigt. Jeder hat jetzt mindestens 45 Stunden in der Woche zu arbeiten - für Überstunden dürfen nicht mehr als 5% Zuschlag gezahlt werden. Herr Reynaud hat dazu erläuternd und vorausschauend erklärt, Frankreich könne sich die 40-Stundenwoche nicht weiter leisten, wenn in Deutschland 60 Stunden gearbeitet wird. Vom kapitalistischen Standpunkt aus ist das ganz konsequent. Die Anfänge des Arbeitszwanges sind auch schon da, die Verordnungen über Arbeitsannahmen und Einstellung werden verschärft, so daß der Arbeitslose bis zu einem Jahr seine Unterstützung verliert, wenn er die vermittelte Stelle nicht annimmt. Und wo sind die Zeiten geblieben, wo die Vertretung der Arbeiter im Betrieb ein gewichtiges Wort bei den Einstellungen und Entlassungen mitzureden hatte?

Die Fülle der neuen Verordnungen bringt so zugleich eine Fülle der sozialen Verschlechterungen mit sich. Aber auch die Einschränkung der politischen Freiheiten geht damit Hand in Hand. Als Sturmblock dienen hier besonders die Ausländer. Ihnen werden jetzt dieselben militärischen Pflichten auferlegt, wie den Franzosen, ohne daß sie auch dieselben Rechte hätten. Allerdings, wenn es so weitergeht, wird die Rechtsgleichheit bald hergestellt sein, aber in der Richtung, daß dann die Franzosen ebenso rechtlos sein werden wie die Ausländer. Man nehme nur die Verordnung über die Vereinigungen der Ausländer, sie werden nicht nur einer scharfen behördlichen Kontrolle unterworfen, man kann ihnen im Verwaltungswege den Hals abbrechen, wann und wie man will. Diese Bedrückung und Atomisierung der ausländischen Arbeitskräfte und der Flüchtlinge führt unweigerlich auch eine Verschlechterung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse für die Inländer nach sich. Das zeigt sich sofort in der Verordnung über die Organisationen, die vom Ausland finanzielle Unterstützungen erhalten. Damit kann man zum Beispiel ohne viel Federlesens die KPF auflösen, wenn auch die Regierung zunächst gegen einige allzu offene Naziorganisationen im Elsaß eingeschritten ist. Selbst wenn man annimmt, daß wirklich die Absicht besteht, den Faschisten zuleibe zu gehen, so macht schon die Natur des bürgerlichen Verwaltungs- und Unterdrückungsapparates es diesem unmöglich, wirksam gegen die Faschisten vorzugehen, denn er ist zur Niederhaltung der besitzlosen Massen geschaffen und zu nichts anderem.

KPF, SFIO und Gewerkschaften haben ein lautes Gejammer über diese Verordnungen angestimmt. Vorläufig dürfen sie wenigstens noch klagen, aber auch das wird bald vorbei sein, auch ihnen wird der Maulkorb enger angezogen werden. Bei weiterer Zuspitzung der Verhältnisse wird die Bourgeoisie ihnen auch nicht einmal mehr gestatten können, in Demagogie zu machen. Denn reine Demagogie ist es, wenn sie gegen die Massenbelastungen und die Zerstörung der sozialen Errungenschaften wettern und in gleichem Atemzuge für die Aufrüstung eintreten und sich - und hier schlägt auch nach wie vor die KPF alle Rekorde - zugleich als Überpatrioten gebärden. Wer für die Verteidigung des kapitalistischen Frankreichs, des imperialistischen Frankreichs eintritt, der muß dafür bezahlen und Opfer bringen.

Überflüssig hinzuzufügen, daß von irgendwelchen Kampfmaßnahmen der Arbeiterorganisationen, oder selbst ihrer Inkündigung, auch nicht eine Spur zu sehen ist. Daran kann man den weiteren Abstieg der Arbeiterklasse gegenüber dem November des Vorjahres ermessen. Dem Marsch zum Abgrund zu, kann nur Einhalt geboten werden, wenn die Arbeiter über die Köpfe ihrer Führer hinweg, sich zum revolutionären Kampf gegen Krieg und Imperialismus sammeln.

Aus der Tschechoslowakei :

Die KPTsch-Opposition hat nachstehendes Bundschreiben herausgegeben :

Der 15. März und die Aufgaben der tschechischen Arbeiterklasse
die erhöhte Gefahr eines imperialistischen Krieges .

=====

Der 15. März 1939 ist der Schlußstrich hinter die Geschichte eines selbstständigen tschechischen Klassenstaates . Hitlerdeutschland hat mit der Besetzung Böhmen-Mährens und der Übernahme des " Schutzes " für die Slowakei eine weitere Fessel zur Verhinderung seiner imperialistischen Expansion gesprengt. Der deutsche Imperialismus hat sich damit den Weg nach Südosten zu weiteren imperialistischen Expansionen geöffnet. Hitlerdeutschland hat bereits jetzt durch ultimative Forderungen ein sehr weitgehendes Wirtschaftsabkommen mit Rumänien erreicht. Das Wirtschaftsabkommen bedarf allerdings noch der politischen Fundierung. Die nächsten Schritte Hitlerdeutschlands nach dem Südosten werden deshalb der Bereinigung der politischen Atmosphäre im Südosten gelten.

Der deutsche Imperialismus stößt mit der Politik des " Auffressens der Kleinen " immer stärker an die unmittelbaren Interessensphären der imperialistischen Großmächte England und Frankreich. Das neuerlich gespannte politische Verhältnis zu Polen ist der Ausdruck dessen ; Frankreich und England versuchen Polen durch Garantieverprechen enger an sich zu ketten. Hitlerdeutschland ist aber in die Phase seiner imperialistischen Expansion getreten , wo es mit der Eventualität der kriegerischen Auseinandersetzung rechnet. Nur so ist es zu verstehen , daß der Annexion Böhmen- Mährens , dem " Schutze " der Slowakei und dem Wirtschaftsabkommen mit Rumänien unmittelbar die " Befreiung der Deutschen " in Memel folgte . Die neuen Expansionen sollen das deutsche Imperium wehrpolitisch sichern und kriegswirtschaftlich unabhängig machen .

Die Süd-Ostraumpolitik Deutschlands stellt eine gewisse Belastungsprobe für die Achse Berlin-Rom dar. In diesem Raum schneiden sich die Interessenlinien Deutschlands und Italiens . Für die Gegenwart ermöglicht die Achse dem italienischen Imperium jedoch den Ausbau seiner militärischen und wirtschaftlichen Positionen in Spanien. Sie ermöglicht ihm seine Forderungen mit größerem Nachdruck erneut an Frankreich zu stellen. Hoffnungen darauf , daß sich auf Grund der Süd-Ostraumpolitik Deutschland die Achse zerschlägt , sind deshalb völlig verkehrt.

England und Frankreich reagieren auf die Expansionen Hitlerdeutschlands im Südosten und Italiens in Spanien mit wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen und erhöhter Aufrüstung . Es ist der englischen und französischen Bourgeoisie klar , daß letzten Endes nur der Krieg das Machtverhältnis der Großmächte zueinander festlegt und regelt. Beide Imperien bereiten den Krieg vor . Deshalb das intensivere Verhältnis zu Amerika und das neuerliche Liebgügeln mit der SU. Die englische und französische Bourgeoisie finden zu ihrer Politik der Kriegsvorbereitung tüchtige Helfer in den Sektionen der sozialdemokratischen und kommunistischen Internationale. Diese Parteien stehen nicht mehr auf dem Boden des internationalen proletarischen Klassenkampfes , sie stehen im Lager ihrer heimatlichen Bourgeoisie.

Die tschechische Arbeiterklasse ist dem Faschismus ausgeliefert!

Die CSR ist dem äußeren Ansturm erlegen , weil die inneren Voraussetzungen dafür vorhanden waren. Sie war ein Klassen- und Nationalitätenstaat. Geschaffen mit der Hilfe der Großmächte England und Frankreich, war die CSR als Klassen- und Nationalitätenstaat dauernd an die Großmächte England und Frankreich gebunden.

Nichts weist so deutlich darauf hin, als die Haltung der tschechischen Bourgeoisie und ihrer Regierungen im letzten halben Jahr. Nachdem die englische und französische Regierung den Forderungen Hitlers in München beitraten, war bei der tschechischen Bourgeoisie die Kapitulation beschlossen. Die Hodza-Regierung trat dem Münchener Abkommen bei. Die Syrový-Regierung schuf die innerpolitischen Voraussetzungen dazu. Die Beran-Regierung tat den weiteren Schritt, den der völligen Auslieferung des Restes der CSR an Hitlerdeutschland. Eine Regierung löste die andere ab. Doch eine Regierung hat wie die andere die Politik der vorhergehenden vertieft. Aus Regierungen der "nationalen Verteidigung" wurden Regierungen des "nationalen Verrats".

Die Verteidigung der CSR wäre als revolutionärer Verteidigungskrieg möglich gewesen. Doch die Arbeiterklasse unter Waffen wäre der Sieg der Arbeiter über die tschechoslowakische Bourgeoisie gewesen. Nichts fürchtete die tschechische Bourgeoisie mehr als das. Sie zog den nationalen Verrat dem Verzicht auf ihre Klassenvorrechte vor. Heute wird die tschechische Bourgeoisie zum Bestandteil der großdeutschen Bourgeoisie. Ihre Rolle ist eine entsprechende. Schon besteht ihr politisches Organ, das Narodni sourasentci, das Gegenstück zur deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Das Gegenstück der SA = die Poradatelsky sbory werden geschaffen.

Die tschechische Bourgeoisie fand auf dem Wege der Kapitulation, zur Auslieferung und Gleichschaltung, positive Hilfe durch die sozialdemokratische und kommunistische Partei. Die Koalitionspolitik und die Volksfrontpolitik ermöglichten die Kapitulation. Die Gleichschaltungspolitik der "Nationalpartei des arbeitenden Volkes" und das positive Verhältnis der ehemaligen KP zur "Nationalpartei des arbeitenden Volkes" haben die Auslieferung vorbereitet. Eine sozialdemokratische Partei und eine KP gibt es heute nicht mehr, die Wirkung ihrer Politik unter der Arbeiterklasse ist geblieben.

Die Aufgaben und das Ziel der tschechischen Arbeiterklasse.

Die Aufgaben der tschechischen Arbeiterklasse sind groß. Vor ihr steht der Kampf gegen den imperialistischen Krieg, der Kampf gegen das faschistische Regime, der Kampf um den Sozialismus! Diesen Aufgaben kann die tschechische Arbeiterklasse nur gerecht werden, wenn sie der Führung einer revolutionären kommunistischen Partei unterstellt ist. Eine solche Partei gibt es heute nicht. Sie muß erst geschaffen werden, und zwar unter illegalen Bedingungen. Die revolutionäre kommunistische Partei kann in der jetzigen Situation nicht Massenpartei sein, sie wird Kaderorganisation sein. Die revolutionäre kommunistische Partei muß auf den kommunistischen Grundsätzen aufgebaut sein. Sie muß die internationale Zusammenarbeit mit den Gruppen aufnehmen, die auf dem Boden des internationalen revolutionären Klassenkampfes stehen. Das Organisationsprinzip der revolutionären kommunistischen Partei ist der demokratische Zentralismus.

Der Aufbau auf den kommunistischen Grundsätzen setzt den vollkommenen Bruch mit dem Reformismus und der Volksfrontpolitik voraus. Der Bruch mit dem Reformismus und der Volksfrontpolitik ist keine theoretische Angelegenheit der Vergangenheit, sondern hat unmittelbare praktische Bedeutung. Die Rede von Benesch ist der Beweis, daß Benesch seine Tätigkeit für einen selbständigen tschechischen Klassenstaat, die er während des Weltkrieges im Ausland ausübte, wieder aufnimmt. Seine Tätigkeit wird durch den Reformismus und die Volksfrontpolitik unterstützt. Es ist kein Zufall, daß Benesch bei der sozialdemokratischen und kommunistischen Internationale Wiederhall findet. Beide Internationale treten für einen selbständigen tschechischen Staat - lies: Klassenstaat - ein. Das Ziel

eines selbständigen tschechischen Klassenstaates ist aber nicht revolutionär, sondern reaktionär. Die Politik für die Verwirklichung dieses Zieles wird sich so auswirken, wie sich die Politik der Polen und Tschechen für einen selbständigen Klassenstaat während der siegreichen russischen Revolution ausgewirkt hat, nämlich konterrevolutionär. Man erinnere sich nur an die Rolle der tschechischen Legionäre in Rußland während der Zeit der proletarischen Revolution.

Das Ziel des tschechischen Proletariats ist nicht der selbständige tschechische Klassenstaat, sondern der Bund sozialistischer Räte-republiken Deutschlands. Der Sozialismus ist die einzige Garantie für die soziale und nationale Befreiung. In einer Gesellschaft, in der die Ausbeutung der Menschen durch den Menschen aufgehört hat, hat auch die Unterdrückung einer Nation durch die andere aufgehört.

Die tschechische Arbeiterklasse kann ihren Kampfpartner nicht in der tschechischen Bourgeoisie finden. Ihr Kampfpartner wird das deutsche und darüber hinaus das internationale Proletariat sein. Nur in rückhaltloser Zusammenarbeit mit der deutschen und internationalen Arbeiterklasse wird es ihr gelingen, das faschistische Regime zu brechen, erfolgreich den imperialistischen Krieg zu bekämpfen und die siegreiche proletarische Revolution durchzuführen.

.....

Aus Hitlerdeutschland.

=====

Während der ganzen letzten Ereignisse : Tschechoslowakei und Memel, stand die Arbeiterklasse hinter dem Vorhang beiseite. Sie war stumm, erschreckt und ein jeder spürte, daß es mit Riesenschritten dem nächsten Kriege entgegengeht. Als einen innenpolitischen Erfolg kann das Regime diese Eroberungen, wie es noch beim Saargebiet der Fall war, nicht pfeifen buchsen. Ein jeder weiß, daß das nur Sprungbretter für den nächsten Krieg sind und daß im Augenblick für die Masse der Werktätigen damit nur neue Opfer verbunden sind. Das ist unmittelbar darauf auch von der deutschen Presse angekündigt worden. "Die neuen Gebiete erfordern für den Aufbau neue Mittel - Opfert!" Unsere Auffassung ist die, daß immer umfassendere Vorbereitungen für den Angriff auf die Sowjetunion getroffen werden, und daß die nächste Eroberung die Sowjetunion sein soll. Ich habe hier gegenteilige Auffassungen gehört, daß Deutschland sich auf eine Auseinandersetzung mit den Westmächten vorbereitet, und versuchen wird, die Sowjetunion zu neutralisieren. Es ist auch die Auffassung eines großen Teiles der deutschen Arbeiterklasse, daß das nächste Opfer die Sowjetunion sein soll. Wir glauben, daß bei einer Auseinandersetzung zwischen Deutschland und der Sowjetunion England sich neutral verhalten wird, denn es hat ein Interesse an der Schwächung beider Mächte, daß aber, sollte sich das militärische Übergewicht der Sowjetunion herausstellen, England Deutschland unterstützen wird.

Ihr fragt, was die anderen Parteien und Gruppen zu den Ereignissen sagen - garnichts. Denn von ihrem Vorhandensein ist überhaupt nichts mehr zu spüren. Es scheint, daß wir die einzigen sind, die noch über eine feste Verbindung verfügen.

Heftige Diskussionen hatte in den Betrieben im vorigen Monat wieder die angekündigte Steuererhöhung hervorgerufen. Es sollten erfaßt werden alle Ledigen und alle über 5 Jahre Verheirateten ohne Kinder, insofern sie einen Jahresverdienst von über 1.800 Mark hatten. Man hörte Äußerungen wieß" es hat überhaupt keinen Zweck mehr, 6 Tage in der Woche zu arbeiten. Da werden die Abzüge so hoch sein, daß man bei drei Tagen

Arbeit auch nicht weniger hat " , Oder " es hat gar keinen Zweck mehr , Zulage zu verlangen oder eine gut bezahlte Arbeit anzunehmen. Am Schluß verdient man doch immer gleich wenig " .

Die endgültige Gesetzesfassung verlegte die Grenze von 1.800 auf 3.000 Mk. Es scheint tatsächlich , daß die Empörung in den Betrieben ihre Wirkung erreicht hatte.

In den Betrieben wird jetzt rücksichtslos die Bestrafung von " Sabotage " vorgenommen . " Sabotage " heißt : ohne wichtige Begründung der Arbeitsstelle fernbleiben , heißt : langsamer arbeiten oder Material verderben. Folgende Fälle sind uns bekannt : ein gutbezahlter Arbeiter der Metallbranche blieb an einem Sonnabend vom Betrieb fern , mit der Begründung , er hätte an den übrigen 5 Tagen genug verdient und könnte ruhig einmal einen Tag feiern. Er bekam eine Geldstrafe von 150 Mark . In einem anderen ähnlichen Falle wurde über einen Arbeiter 6 Wochen Zwangsurlaub verhängt. Er bekam während dieser Zeit keine Unterstützung , wurde nach keiner anderen Stelle vermittelt und mußte nach den 6 Wochen bei derselben Firma wieder anfangen. An die Unternehmer ist jetzt ein Rundschreiben gegangen , danach können solche Fälle von " Sabotage " bis zu drei Monate Gefängnis bestraft werden. Das Nachlassen im Arbeitstempo und der hohe Materialverschleiß wurde früher von Arbeitern oft angewandt , um ihre Kündigung zu erzwingen , wenn sie Aussicht auf besser bezahlte Arbeit hatten , da ja von sich aus niemand mehr kündigen darf. Auch dieser Methode ist jetzt der Riegel vorgeschoben worden . In einer Reihe von Betrieben hängen bereits Anschläge , die Fernbleiben von der Arbeit , Nachlassen im Tempo und übernormalen Materialverschleiß mit Bestrafung wegen Sabotage ankündigen.

In einer Reihe von Großbetrieben ist der Kampf gegen den " Leerlauf " aufgenommen worden. " Leerlauf " heißt : Essen während der Arbeitszeit , Rauchen beim Arbeiten , Rauchen auf der Toilette , Pausen zwischen der Anfertigung von zwei Arbeitstücken . In einem Großbetrieb war das Rauchen während der Arbeit verboten . Die Arbeiter kehrten sich nicht nach dem Verbot und rauchten soviel sie wollten , weil sie wußten , daß sie nicht hinausgeschmissen werden. Damit wird es jetzt aus sein. In demselben Großbetriebe kündigte vor kurzem der Vertrauensrat auf einer Betriebsversammlung die Steigerung des Arbeitstempos an. Ich habe , sagte er , bereits zwei Arbeitskameraden , die sich freiwillig gemeldet haben , verpflichtet , in Zukunft in derselben Arbeitszeit 20 % mehr zu leisten. Es sprach sich im Betrieb herum , wer die Beiden sind , und solidarisch wurden die Beiden von allen boykottiert.

Die Gemüse- , Obst- , Fleisch - und Fettknappheit nimmt immer erschreckendere Formen an . Kohl ist nicht zu haben . Apfelsinen sehr wenige , man muß Glück haben , Apfel gibt es sehr wenige . Dann nur schlechte , diese kosten dann 50 Pfennig das Pfund . Braucht ein Lungenkranker auf ärztliches Attest hin zusätzlich Butter (es gibt im Durchschnitt 150-170 gr pro Kopf und Woche) , so muß dieser Antrag erst durch die Behörden laufen , bis die Reichsärztekammer zusätzliche 100 gr pro Woche bewilligt. Aus Handwerkerkreisen haben wir gehört , daß dort schon das Verlangen von höheren Löhnen bestraft wird , ebenso das Zahlen von über-tariflichen Löhnen.

Die Liquidierung des Kleinbürgertums und des Mittelstandes geht mit Riesenschritten vorwärts. Es werden jetzt alle erfaßt , deren Einkommen steuerfrei war , oder die ihre Steuern nicht bezahlen konnten , die ihren Angestellten bzw. Arbeitern nicht regelmäßig pünktlich die Löhne zahlen können , die seit dem 1. Januar 1937 bis jetzt in drei Monaten Unterstützung empfangen haben , oder die " fachlich nicht geeignet " sind.

Alle werden in die Großbetriebe überführt. Das sind also die Kreise, die die ersten Zulkäufer zur NSDAP waren und deren Enttäuschung und Haß jetzt am größten ist.

Auch der Abbau in der Beamtenschaft ist angekündigt. Alle, die nicht Berufsbeamten sind, oder die 1933 auf Grund ihres "alten Kämpfer"-Ausweises in gutbezahlte Bonzenstellungen gingen (DAF-Angestellte) werden herausgefischt, zuerst die gelernten Metallarbeiter.

Für die Arbeiter an der Westfront ist jetzt der Abbau einer Reihe von Sondervergünstigungen angekündigt. Um welche es sich im Einzelnen handelt, weiß ich noch nicht. Auf jeden Fall fällt der sogenannte "Härteausgleich" fort, das ist die Differenz, die zugezahlt wurde, wenn ein Arbeiter auf seiner früheren Stelle mehr verdiente als an der neuen. Weiter fällt jetzt die Beschränkung auf drei Monate fort, sie ist in Zukunft unbegrenzt.

Bei einigen Sympathisierenden von uns waren bis vor kurzem noch ein paar Volksfrontillusionen, die jetzt aber restlos beseitigt sind. Den Stoß dazu haben die letzten Ereignisse in Madrid gegeben.

=0=0=0=0=0=

Gut zureden - Arbeitermangel und Gestapoterror :

Der Gestapoterror in den deutschen Betrieben funktioniert nicht mehr ganz so wie ehemals. Wenn sich früher eine antifaschistische Inschrift an der Wand fand oder ein "Greuelmärchen" den Betrieb durchlief oder an den Maschinen hörbar gemurrt wurde, verhaftete man ein paar Dutzend Arbeiter aus dem Betriebe heraus. Bei dem jetzt herrschenden Arbeitermangel würden derartige Verhaftungsaktionen - wie sie noch vor einiger Zeit im ganzen Reich üblich waren - zu schweren Produktionsstörungen führen. So ist es schon verschiedentlich geschehen, daß die Gestapo trotz eingehender Untersuchung "die Rädelsführer nicht finden konnte" und selbst bei deutlich sichtbaren Widerstandsbewegungen auf ein ernsthaftes Einschreiten verzichten mußte.

Aufgabe der Betriebsredner ist es nun, den Arbeitern diese neue Haltung zu erklären, damit sie nicht auf den Gedanken kommen, es handle sich um eine unfreiwillige Milde.

Bei einem Betriebsappell des Werkes Rath der Mannesmannröhrenwerke sprach zum Beispiel der Gau-Obmann der Deutschen Arbeitsfront Heini Bangert. Er sagte laut Bericht der "Rheinischen Landeszeitung" No.100:

"Wir sind der festen Überzeugung, daß der deutsche Arbeiter alles tut, was im Interesse des Volkes notwendig ist. Nur muß man ihn überzeugen, nicht aber ihm drohen. Mit Strafbestimmungen und Verordnungen kann jeder Esel regieren! Über allem steht das Lebensrecht der Nation. Deshalb können wir auf der einen Seite keine Deserteure der Arbeit dulden, aber auf der anderen Seite ebensowenig Tscheka- und Stachanoffmethoden."

Der DAF-Redner hat recht, "mit Strafbestimmungen kann jeder Esel regieren". Ob jedem Esel auch noch andere Methoden zur Verfügung stehen, muß die Zeit lehren.

P.S. Diese Nachricht des "Neuen Vorwärts" vom 23.4.39. scheint uns insofern von besonderer Bedeutung, weil die Nazis erneut in solcher Form Demagogie machen müssen, und der brutale Zwang allein nicht mehr ausreicht.

Der " Socialist Correspondence " vom 15. April entnehmen wir :

Die I.L.P. - K o n f e r e n z -
= = = = =

Wir geben in Folgendem die unmittelbare Reaktion dreier prominenter ILP-Mitglieder auf die Ergebnisse der Scarborough-Konferenz der ILP wieder. Die ausgesprochenen Ansichten sind ihre eigenen. Wir selbst werden in den nächsten Ausgaben eine Analyse geben.

Reginald Reynolds ist Sachverständiger in Kolonialfragen und Autor von " Weisse Sahibs in Indien ". Wegen Platzmangel können wir nur seine Schlußfolgerungen wiedergeben, die wir uns einer langen Analyse der Scarborough-Konferenz und der Situation in der ILP, die zur Konferenz geführt hat, herauschneiden müssen.

Arthur Ballard ist der Sekretär des britischen Zentrums gegen Imperialismus.

Jack Huntz war der offizielle Delegierte, der den Divisional Council von London und den südlichen Bezirk auf der Konferenz vertrat.

Jede Stellungnahme zu diesen Angelegenheiten von Mitgliedern und Nichtmitgliedern der ILP werden uns zur Veröffentlichung in den folgenden Nummern willkommen sein.

Die Redaktion der " Socorr " .

-.

Nach Scarborough : Was nun ? - Das Ende der ILP ?
= = = = =

... Wem wir jetzt realistisch ins Auge zu sehen haben, das ist unserer eigenen Furcht, daß die Partei in Scarborough ihr eigenes Todesurteil unterzeichnet hat.

Die reaktionäre Haltung der Parlamentarier und gewisser anderer Einzelpersonen ist etwas, an das wir uns schon lange gewöhnt haben. Viel ernster ist die Frage, ob wir sagen können, daß die Parteimitgliedschaft als Ganzes sich ihrer demokratischen Pflichten fähig gezeigt hat. Gibt es irgendeine Hoffnung für eine Partei, die von persönlicher "Loyalität" und von Vorurteilen gegenüber der Vernunft beherrscht wird, und durch absurde geographische Grenzen in lokale "Clans" geteilt ist, welche durch bloßes Tam-tam-schlagen und Schreien des bösen Wortes "London" zur Raserei aufgehetzt werden können?

Für mich gibt es da nur eine Antwort. Eine lange Erfahrung, die ihren Gipfel in Scarborough hat, beweist endgültig die Unmöglichkeit der Aufgabe, die einige von uns sich gestellt haben, die ILP in eine revolutionäre Partei umzuschweißen. Für die, die zu den Prinzipien des revolutionären Sozialismus stehen, ist die Zeit gekommen, gemeinsam zu überlegen, was kollektiv zu tun sei, ohne Rücksicht darauf, was der Rest der Partei zu tun beschließt.

Aber nicht nur in ihrer nationalen Politik, sondern, wie man erwarten konnte, auch in ihren internationalen Bindungen verfolgte und verfolgt die Partei eine Politik des Kompromisses und der Widersprüche. Wieder einmal erscheint Palästina vor unseren Augen, denn die schlimmste Schand des Internationalen Büros war lange die palästinensische Arbeiterpartei, eine dünn übertünchte zionistische Organisation.

Brockway erklärte bei der Konferenz, daß die Partei sowohl Araber, als auch Juden enthielt. Als Beweis führt er an, McGovern und Campbell

Stephan hatten in Palästina " sowohl arabische, als auch jüdische Sozialisten getroffen ". Da der internationale Bericht nicht diskutiert wurde, gab es keine Gelegenheit, ihn zu fragen, wieviel Araber es in der Palästina'sischen Arbeiterpartei gäbe!

Diese Partei und der Hashomer Hazair beherrschen die ILP-Politik in einer wesentlichen Frage, und den Führern des Hashomer Hazairs wurden in einem geheimen Rundschreiben ihre erfolgreichen Manipulationen bei Konferenzen des Erweiterten Büros bescheinigt. Ungeachtet der Tatsache, daß unsere Politik in " The Socialist Challenge " S.12 festgelegt ist, als eine der " uneingeschränkten Unterstützung " von " nationalen Freiheitsbewegungen ", sogar wenn diese " von bürgerlichem Charakter sind ", ist die ILP hier mit Parteien verbunden, die aktiv imperialistisch sind. Unser Nichtübereinstimmen mit der Politik der SAP darf uns nicht verblenden gegenüber der Wahrheit des folgenden Punktes in ihrer Erklärung, die sie abgaben, als sie das Büro verließen:

" Gegen unseren Protest hat das Londoner Büro die Palästina'sische Arbeiterpartei aufgenommen, die bereit ist, revolutionäre Prinzipien anzunehmen, die aber in ihrer täglichen Politik den Interessen des britischen Imperialismus dient. Die aktuellen Ereignisse beweisen die Wichtigkeit dieser Tatsache! "

Wie die Partei in einer wichtigen Frage zum britischen Imperialismus neigt, was durch " aktuelle Ereignisse " festgelegt ist, wird uns von solchen Leuten wie Moodekhay Orenstein gezeigt, der im " New Leader " vom 19.6.36. schrieb:

" Wir kämpfen auf der gegenwärtigen historischen Stufe innerhalb des Rahmens des Mandates "

und in der Nummer vom 11.11.38. erklärt er die ganze nationale Freiheitsbewegung in Palästina als bloßen von faschistischen Agenten inspirierten antijüdischen Terrorismus.

Unsere Stellung muß neu erwogen werden.

Wir haben die Konfusion zu lange geduldet. Welche Partei mit einer Unze von Selbstachtung würde jemals zu einer solchen Farce gestanden haben, wie die mit der die Scarborough-Konferenz endete, wo Resolutionsen und Zusatzanträge in der letzten Stunde der Tagesordnung zusammengehäuft so schnell durchgingen oder zurückgewiesen würden, daß es kaum möglich war, die Ergebnisse zu notieren; wo der Vorsitzende manchmal die Abstimmungsergebnisse bekannt gab ohne vom Tisch aufzublicken? Was ist eine Partei wert, wo solche Dinge vorkommen können, wo der Jahresbericht durchgeht, ohne daß auch nur die wichtigsten Punkte diskutiert werden? Kann man die Schlußfolgerung vermeiden, daß die allgemeine Mitgliedschaft wie die der Labour Party es zufrieden ist, wie Schafe geführt zu werden?

Das drängt sich einem auf, es kann und muß etwas getan werden, um solche Apathie zu bekämpfen. Aber wenn wir uns an eine derartige Aufgabe machen sollen, könnten wir uns genau so gut direkt auf die Labour Party richten, wo die Lage nicht hoffnungsloser ist, und die Ergebnisse selbst der kleinsten Erfolge viel weiterreichen würden. Unsere Parlamentarier sind als " Pazifisten " bezeichnet worden - es wäre richtiger zu sagen, daß sie wie die Führer der Labour Party von Grund auf Imperialisten sind; und wenn wir diesen Imperialismus bekämpfen sollen, können wir unsere Energien ebensogut an dem größeren Problem einsetzen. Ich habe diese Folgerung erst seit Scarborough gezogen, und ich zog sie mit größtem Widerwillen. Aber mir scheint, man kann sich dem nicht entziehen. Ich habe mir vor Augen gehalten, wir müssen unsere Stellung neu erwägen, von dem Augenblick an, als John McGovern zweimal in der offenen Konferenz

der Lüge überwiesen wurde (einmal von John Aplin und ein anderes Mal von mir), jedes Mal mit unwiderlegbarer Klarheit und dennoch das Vertrauen der Mehrheit behalten hat. Wenn wir solche Korruption bekämpfen müssen, wollen wir sie an ihrer Quelle, in der reformistischen Bewegung bekämpfen.

Grundlage für die zukünftige Arbeit.

Mißlungene Versuche zur "Einheit", so wie die "Einheitskampagne" vor zwei Jahren, sind nicht der richtige Weg zur Einheit der Arbeiterklasse und müssen bei allen künftigen Diskussionen ausgeschaltet werden. Wir können aber unsere neue Politik auf die Arbeit beschränken, wie sie bisher von den Parteimitgliedern laufend durchgeführt worden ist, in der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung; obgleich es richtig ist, daß vieles, was zugunsten der Angliederung gesagt worden ist, sich gerade auf diese Arbeitsgebiete bezog (Carmichaels Hinweis auf den Generalstreik von 1926 und auf die Arbeiterkomitees usw.). Auch dürfen wir uns nicht vorstellen, daß es irgendeinen mechanischen Ersatz für die eiserne Logik der Tatsachen gibt, oder daß revolutionäre Theorien in Britannien irgendeinen aufsehenerregenden Erfolg haben werden, bevor nicht durch Krieg oder den Zusammenbruch der imperialistischen Wirtschaft (oder durch beides) die ökonomische Basis des Reformismus zerstört ist.

Aber aus demselben Grunde bleibt die ILP im Wesentlichen reformistisch und wird es bleiben. Wenn sie jemals gezwungen wird, diese Stellung aufzugeben, so wird es durch ökonomische Kräfte geschehen, die die ganze Arbeiterbewegung selbst durchschütteln und zusammenreißen werden, und deshalb muß unsere Aufmerksamkeit darauf gerichtet sein.

Noch einmal: es gibt keine absolute Garantie dafür, daß der Zusammenbruch des Reformismus, wie viele Redner in Scarborough hingewiesen haben, unvermeidlich zu einer Schwenkung nach links führen wird. Deshalb ist alles, was wir tun können, das Vertrauen der Massen wiederzugewinnen und um ihre Bedürfnisse und Wünsche zu erfüllen, ihnen geduldig aufzuzeigen, daß der unvermeidliche Bankrott der gegenwärtigen Politik der Arbeiterbewegung nicht der Bankrott des Sozialismus ist, sondern der des Kapitalismus.

Zur Erreichung dieses Zieles sind grundsätzlich vier Dinge nötig, die ins Auge gefaßt werden müssen, um zu versuchen, die wirksamsten Mittel für unsere Zwecke festzulegen:

(1) Die Energie, die zu lange bei den Versuchen, aus der ILP eine revolutionäre Partei zu machen, aufgewendet wurde, muß von jetzt an direkt bei der Massenbewegung eingesetzt werden, sowohl politisch, als auch gewerkschaftlich.

(2) Um unsere zukünftigen Aufgaben zu erleichtern, müssen diejenigen, die zusammen in der ILP für die Sache des revolutionären Sozialismus gearbeitet haben, als Gruppe zu gemeinsamer Aktion, Diskussion, Herausgabe von Literatur usw. zusammenhalten.

(3) Sehr sorgfältig muß überlegt werden, um die beste Taktik zu finden, und die taktischen Fehler der Kommunisten und "Grippisten" zu vermeiden, die sehr schnell von den Parteimassen isoliert worden sind.

(4) Bei unseren Bemühungen Kontakt mit der Massenbewegung zu bekommen, wie wir sie in Britannien haben, müssen wir stets daran denken, daß die tatsächliche Massenbewegung das internationale Proletariat und die Bauernschaft (besonders in den Kolonien) ist und daß während die britische Arbeiterbewegung das natürliche Feld für unsere Tätigkeit ist, das Interesse der internationalen Bewegung der maßgebende Faktor unserer Politik sein muß. Um das zu sichern, müssen wir uns mit den kräftigsten Sozialisten und Arbeiterbewegungen des Auslandes verbinden. Dazu kann noch Zeit sein.

Reg. Reynolds.

Eine Zeitlang waren die revolutionären Sozialisten der Ansicht, daß die ILP die revolutionäre Partei Britanniens werden würde. Die ILP hatte auf dem Papier gezeigt, daß sie bereit war, gewisse revolutionäre Prinzipien anzunehmen. Als die ILP jedoch vor einer Kriegskrise stand, hat sie bewiesen, daß sie unfähig ist, diese Politik in die Praxis umzusetzen. Bei der Abessinienfrage hat sich das ganz klar gezeigt. Bei dieser Gelegenheit hat man uns erzählt, daß die Frage nichts mit den britischen Arbeitern zu tun habe, und daß die Abessinienfrage "nicht den Verlust eines einzigen britischen Lebens wert sei" (McGovern). Bei diesem Problem stand nicht die Frage des Verlustes von Menschenleben, es stand die Frage der unabhängigen Aktion der Arbeiterklasse.

Die Parlamentsfraktion der ILP, die für die Änderung in der Haltung der Partei verantwortlich war, konnte durch ein Plebiszit und andere Methoden den Beschluß der Parteikonferenz umstoßen. Dessenungeachtet waren einige Parteigenossen der Ansicht, dies würde vielleicht nicht wieder vorkommen. Aber die Reden der Parlamentsfraktion während der Münchener Krise haben gezeigt, daß diese Ansicht ein Trugschluß war. Einige haben geglaubt, die Parteikonferenz würde gegen diese Haltung vorgehen, indem sie die Reden verurteilte. Welch kindliche Hoffnung!

Diesben abgeschlossene Konferenz von Scarborough sollte die revolutionären Sozialisten von der gänzlichen Unzulänglichkeit des Glaubens überzeugen, daß die ILP als Ganzes für den revolutionären Sozialismus gewonnen werden könne.

Maxton hat in seiner Eröffnungsrede auf eine Erklärung von Trotzki hingewiesen, der gesagt habe, "daß der Mann, der vor allem anderen Ruhe und Frieden will, vermutlich zur falschen Zeit geboren worden sei". Ich bin der Mann, sagte Maxton, den Trotzki damit gemeint hat. Diese Haltung war typisch für die ganze Rede, die vollkommen defeatistisch war. Wenn die Arbeiterklasse nach einer Führung sucht, plätschert Maxton in einem Sumpf von Pessimismus und Defaitismus herum.

Die beiden Hauptfragen auf der Konferenz: Angliederung an die Labour Party und die "Münchener Reden".

Bei der Münchener Frage wurde der ganze Angriff gegen den Londoner Bezirk losgelassen, der in der vordersten Front der Opposition gegen die Parlamentsfraktion gestanden hatte. McGovern sagte, daß er jedes Wort, das er bei der Beglückwünschung Chamberlains im Parlament geäußert habe, verteidige. Er sei, sagte er, von den Zentren der Partei angegriffen worden und man hätte ihn sehr gemein angegriffen. Er sagte weiter, daß er einen innerlichen Kampf ausgefochten habe, ob er den Kampf gegen den Aggressor unterstützen solle. "Der Londoner Bezirk muß zur Ordnung gerufen werden (lauter Beifall) und C.A. Smith (der neue Vorsitzende) sollte lieber vorsichtig sein". Ferner würde er Maxton jederzeit unterstützen. Dann griff er Brockway an, der, wie er sagte, eine Politik des Gandhismus und Leninismus mache. Das war die politische (!) Verteidigung John McGovern's.

Maxton sagte zu seiner Verteidigung, es sei nötig unter gewissen Umständen kapitalistischen Ministern zu danken. Er behauptete, wenn es falsch sei, daß er es getan habe, dann sei die Politik der Partei falsch. Er sagte weiter, daß er nicht wisse, wie ein Tadelsvotum seine Haltung beeinflussen solle. Mit anderen Worten: er könne nicht garantieren, daß ähnliche Reden nicht wieder gehalten werden würden, obgleich er, wie er sagte, versuchen würde, es so wenig wie möglich zu tun. Endlich stellte er sich hinter das, was McGovern gesagt hatte.

Brockway machte in seiner Antwort an McGovern einige interessante Bemerkungen. Er forderte auf, im "New Leader" nachzusehen und festzustellen, wie dorgfältig er die Parlamentsfraktion verteidigt habe. Er hätte die Parlamentsfraktion auch öffentlich verteidigt. Einige der anwesenden Delegierten waren bestürzt über Brockways schwächliche Haltung in dieser Frage. Es war augenfällig, Brockway glaubt, die Partei könne nicht weiterbestehen, wenn die Parlamentsfraktion ginge; aus diesem Grunde war er nicht so stark in seiner Kritik, wie er hätte sein können. Es ist immer die alte Geschichte - die Einheit der Partei.

Die Konferenz verwarf die Zurückweisung des Berichtes und wies auch das Mißtrauensvotum gegen die Parlamentsgruppe zurück. Sie wies ferner einen Antrag, der die Parlamentarier zu ihren Reden beglückwünschte, zurück. Es bleibt jedoch die Tatsache, daß der Standpunkt der Mehrheit auf der Konferenz deutlich pro-mextonistisch war, das heißt im Wesentlichen für die Beglückwünschung Chamberlains. Es war augenfällig, daß man die Parlamentarier nicht öffentlich beglückwünschen konnte, denn das hätte die ILP zu sehr als das gezeigt, was sie ist.

Auch in der Frage des Eintritts in die Labour Party war die Konferenz geteilt. Sie verwarf einen Unterkomiteebericht, der darauf hinauslief, Einzelmitgliedern die Arbeit in der Labour Party zu gestatten und die ILP als unabhängige Organisation darzuerhalten. Der Bericht, dem von den verschiedenen Unterzeichnern verschiedene Auslegungen gegeben wurden, war ein Versuch, die verschiedenen Meinungen in der Partei miteinander in Einklang zu bringen.

John Aplin, der seinen Namen von dem Bericht zurückgezogen hatte, wies darauf hin, daß die Vorschläge des Berichtes nur für eine revolutionäre Partei passen könnten und die Diskussion über die Münchenfrage habe ihn überzeugt, daß die ILP nicht diese Partei sei.

Der Eintritt wurde zurückgewiesen und die Konferenz entschied sich für eine "bedingte" Angliederung (die "Bedingungen" wurden nicht festgelegt, ihre Auslegung wurde dem NAC überlassen). Es ist augenfällig, daß der gegenwärtige Zustand nicht aufrechterhalten werden kann, und daß die Partei sich wegen dieser Frage spalten wird. Es ist durchaus möglich, daß die ILP noch in die Labour Party eintreten wird, aber als ein trauriger, reduzierter Rest ihres früheren Zustandes. Es ist sicher, McGovern und seine Anhänger werden wieder in die Labour Party eintreten und schon das wird seine Wirkung auf die ILP haben, was die Leute auch immer für Ideen über die Zusammenhaltung der Partei haben können, die inneren Kräfte werden ihren Zusammenbruch herbeiführen.

In der Palästinafrage wurde die Zurückweisung des Berichtes abgelehnt. McGovern trat für strenge Kritik ein auf der Grundlage seiner Parliamentsreden (siehe "Socorr" Bd. 3, No. 6). Er machte keinen Versuch, die politischen Fragen zu behandeln, die in dem Antrag für Zurückweisung aufgeworfen worden waren. Es war tatsächlich eine der schlechtesten Reden, die man je auf einer ILP-Konferenz gehört hat. Er sprach von der Notwendigkeit für uns, für die Zusicherungen einzutreten, die unter dem Mandat gegeben worden waren und unseren Zusicherungen gegenüber den Juden; dabei hatte er bei der Münchendiskussion Chamberlain zu seinem Wortbruch gegenüber den Tschechen beglückwünscht. Er umging die ganze Frage der Unterstützung des nationalen Kampfes gegen den britischen Imperialismus und schwatzte davon, daß die Araber von Hitler und Mussolini finanziert würden. Nicht ein Wort über den Verrat an beiden: Juden und Arabern. Er sagte deutlich, daß er für die gewaltsame Kolonisierung Palästinas eintrete, selbst wenn sie gegen die Willen der Eingeborenen durchgeführt wird. Die Wirkung von McGovern's Rede war augenfällig - sie war der letzte Strohalm. Am Tage vorher war eine Resolution durchgebracht worden, die unter gewissem Vorbehalt die Partei zur Unterstützung des Kampfes für die nationale Unabhängigkeit verpflichtete, doch die Rede McGovern's war eine vollständige Verneinung dieser Resolution.

Die Konferenz schien McGovern's Standpunkt gutzuheißen, denn sie überschütete ihn mit wildem Beifall, als er die Opposition angriff, und der "New Leader" brachte in seinem Konferenzbericht die Überschrift: "Die Palästina-Politik ist klar!"

Auch die Resolution über den "kapitalistisch-imperialistischen Frieden" wurde zurückgewiesen. Diese Resolution versuchte darauf hinzuweisen, daß kein Sozialist das Recht habe, einen kapitalistischen Krieg oder kapitalistischen Frieden gutzuheißen, beides müßten verurteilt werden.

Eine Resolution, die eine Kontrolle der Tätigkeit der Parlamentsgruppe verlangte, wurde ebenfalls verworfen, zusammen mit anderen wichtigen Zusatzanträgen zu verschiedenen Resolutionen. Die allgemeine Stimmung zeigte einen Anti-London-Komplex, wenn London in einer Richtung stimmte, stimmte die Mehrheit der Konferenz mit Ausnahme von Lancashire und einiger weniger anderer Organisationen entgegengesetzt.

Aus diesem kurzen Bericht von der ILP-Konferenz kann man ersehen, daß die Partei nicht bereit ist, sich mit den Problemen auseinanderzusetzen, die vor ihr stehen. Tatsächlich ist alles, wofür man in den letzten Jahren gekämpft hat, durch die Beschlüsse dieser Konferenz völlig liquidiert worden. Es wird nun außerordentlich interessant sein, zu sehen, wie die Stellung der ILP-Führung in der kommenden Kriegskrise sein wird, wenn die Arbeiterklasse eine klare Führung nötig haben wird.

Die revolutionären Sozialisten müssen jetzt offen der Frage der ILP ins Auge sehen und überlegen, ob den Interessen der revolutionären Bewegung durch weitere Unterstützung der ILP noch gedient ist.

Die lebenswichtige Frage, die vor uns steht, ist die des Aufbaues einer revolutionären Opposition in Britanien gegen den bevorstehenden imperialistischen Krieg. Wenn die ILP-er glauben, daß die Maxton, McGovern usw. diese Opposition führen können, werden sie die ILP weiterhin zusammenhalten, wenn nicht, werden sie selbst Schritte tun müssen, um diese Opposition hier und jetzt aufzubauen. Innerhalb der ILP befindet sich ein Teil dieser Opposition. Wie diese Elemente mit den revolutionären Sozialisten in anderen Organisationen vereinigen, das ist im Augenblick die dringendste Notwendigkeit.

Arthur A-Ballard

=o=o=o=o=o=o=

Die ILP-Konferenz, der Anfang vom Ende.

=====

In einer Zeit, wo es dringend notwendig war, bei der außerordentlich kritischen internationalen Situation eine klare Führung zu schaffen, hat die ILP-Konferenz nicht nur dabei versagt, die unheilvolle Politik der Parlamentsgruppe zu verwerfen, hat sie ihr nicht nur gestattet, so wie bisher weiterzumachen, sondern sie hat auch die augenblickliche Situation außer Acht gelassen und hat nichts unternommen (wo die Presse von dem Einfall in Albanien voll war), die vorhandene gefährliche Situation auch nur zu kommentieren. Brockway schwatzt weiter von "unabhängiger Aktion der Arbeiterklasse; McGovern erklärt, die Lösungen, die vernünftig sind, sind nicht vernünftig". Der Eine schlägt die revolutionäre Trommel, der Andere bläst die pazifistische Flöte. Über allem herrscht Verwirrung. Brockway verspricht, er werde die ILP-Politik bei der internationalen Konferenz auseinandersetzen. Es verspricht eine interessante Vorstellung zu werden.

Eines ist ganz klar: die ILP als Ganzes kann nicht zur revolutionären Partei werden. Der Versuch, die ganze ILP umzuwandeln, würde eine unhei-

Energieverschwendung bedeuten. Die Aufgabe der Revolutionäre in der ILP heißt jetzt : durch Zusammenbringen aller revolutionären Kräfte , sowohl innerhalb , als auch außerhalb der ILP , eine revolutionäre Opposition in Britanien aufzubauen. Man muß sie einigen auf der Grundlage eines Programms und einer Plattform des Kampfes gegen die Gefahr des imperialistischen Krieges , die sich in der proletarischen Massenbewegung auswirkt. Das ist die Aufgabe . Man darf keine Zeit verlieren , um diese Elemente zusammenzubringen.

Wenn man diese Woche den " New Leader " liest , kann man glauben , alles ist gut . Das ist eine völlige Irreführung . Die Konferenz hat durchaus nichts anderes getan , als sich ihren eigenen Bankrott zu bescheinigen. Jede Resolution und jeder Verbesserungsantrag von Wichtigkeit wurde von der Konferenz verworfen. Die Änderung der Zusammensetzung des NAC bedeutet sehr wenig , sie werden weiterhin " diesen Mann , diese Partei abgöttisch lieben " , um das Wort von Dan Johnson zu gebrauchen , das C.A. Smith zitierte , um Maxton seinen Tribut zu zahlen. Das von dem neuen Parteivorsitzenden , der die " Linke " vertrat.

Die Haltung Brockways war am aufschlußreichsten . Anstatt mit den Revolutionären zusammenzugehen , auch wenn man ihn noch so scharf und skrupellos angreifen würde , gab er sich Mühe , leise zu treten . Auf ihn paßt am besten die französische Redensart : le plus ça change , le plus c'est la même chose - je mehr er sich ändert , desto mehr bleibt er derselbe . Nicht einmal machte er den Versuch , bei den boshaften und unnötigen Angriffen McGoverns zu protestieren . Er blieb stumm , als die Londoner Delegation den gemeinsten Beschimpfungen ausgesetzt wurde. Seine einzige Verteidigung war , daß er versucht habe , die Parlamentsgruppe zu verteidigen und daß er entzückt gewesen sei , als er die ganze Rede las , die Maxton nach München gehalten hatte und sah , daß sie nicht so schlimm gewesen sei , wie man es hingestellt hätte !!!

Es war ein vergeblicher Versuch , die ILP vor dem Zerfall zu bewahren. Dieser " Befriedigungs"-versuch ist gänzlich fehlgeschlagen , da der " rechte " Flügel entschlossen war , die Gangart zu beschleunigen.

Vor der Eröffnung der Konferenz war neben der Rednertribüne ein Banner mit dem Wort von Lenin : " keine parlamentarische Demokratie , sondern eine Republik der Arbeiter und Bauern " angebracht worden. Das war zu viel für Brockway , der anordnete , es " an einer weniger hervorragenden Stelle " anzubringen. Wenn jemand die Definition für einen " Zentristen " sucht , hier ist sie. Ein Sozialdemokrat hätte gesagt : schmeißt es in den Müllkasten . Auch hier ist die Grabesinschrift für die Konferenz die Grabesinschrift für die ILP ! Die revolutionäre Politik ist an eine " weniger hervorragende Stelle " gesetzt worden.

Für alle diejenigen , denen es in sieben Jahren des Kampfes gelungen war , der ILP eine Politik zu geben , die auf dem Papier revolutionär ist , ist der Augenblick gekommen , sich darüber klar zu werden , die ILP-Führerschaft führt so viele Worte im Munde , daß die ILP selbst völlig unfähig ist , dieser Politik Leben zu geben.

Die Opposition innerhalb der ILP muß organisiert werden , sie muß Verbindung bekommen zur Opposition innerhalb der Labour Party und muß danach trachten , die organisatorische und Aktionseinheit mit ihr zu erlangen. Verbindung muß ebenfalls mit der kleinen , aber wachsenden Opposition in der KP hergestellt werden . Aus allen diesen Elementen wird die Struktur einer wirklichen revolutionären Opposition innerhalb der Massen der britischen Arbeiterbewegung entstehen. Dazu ist noch Zeit

Die Londoner ILP-er können ihren Teil dazu beitragen, indem sie mit-helfen, die vielen Mitglieder aus der Provinz zu organisieren und zusam-menzubringen, die mit ihrer Linie einverstanden gewesen wären und sich als revolutionär erklärt hatten.

Die Aufgabe, eine revolutionäre Opposition aufzubauen, wird keine leicht-sein, aber sie kann nicht umgangen werden. Das ist die Lehre der ILP-Konferenz.

Jack Huntz

=0=0=0=0=0=

In No. 16 der " Socialist Correspondence " (Socorr) vom 22. April 1939 wird eine Zuschrift von W. Walter S a w y e r, einem Delegierten auf dem Parteitag der ILP zu Scarborough veröffentlicht, den wir nachstehend den Lesern der " Arpo " zur Kenntnis bringen:

Die Lage in der I.L.P.

= = = = =

Verschiedene Londoner Genossen drückten in der " Socialist Correspondence " der letzten Woche die Ansicht aus, daß es für die Revolutionäre in der ILP lebenswichtig sei, ohne Rücksichtnahme auf andere Sektionen der ILP zu handeln. Ihre Ansicht stützte sich auf Geschehnisse auf der Kon-ferenz zu Scarborough. Aus persönlicher Kenntnis vieler Bezirke in Schottland und in Nordengland kann ich die Richtigkeit dieser Ansicht bestätigen.

Bei den lebenswichtigsten Entscheidungen in Scarborough wurde der Aus-schlag gegeben vom Bezirk Norwich, der auf der Grundlage von 400 Mit-gliedern ein Dutzend Stimmen abgab. Diese Mitglieder sind jedoch nur gesellschaftliche Verbindungen. Es wird zugegeben, daß sie keine akt-iven Parteimitglieder sind. Es ist klar, daß die Politik ernsthafter Genossen nicht der Laune solcher Umstände überlassen werden darf.

Auf dem Papier soll die ILP nur aktive Genossen als Mitglieder zulassen, aber in der Praxis hat es sich als unmöglich erwiesen, das durchzusetzen. In einigen schottischen Bezirken wurde eine solche Lage geschaffen, d die aktiven Mitglieder herausgedrängt werden konnten. Edinburg wurde alle seine eifrigen jungen Mitglieder los, weil sie mit der herrschenden Clique in Konflikt kamen. Diese und ähnliche Fälle sind auf der Bezirksleitung von Schottland bestritten worden, aber es hat sich immer als unmöglich erwiesen, eine Mehrheit für revolutionäre Disziplin zu be-kommen. Die Grundlagen der Organisation ist in der Mehrheit der Bezirke nicht der Klassenkampf von heute, sondern Überreste aus der Vergangen-heit, die sich um die Stadt- und Gemeinderäte der ILP drehen.

Es ist überflüssig zu sagen, daß in den herrschenden Cliquen in Schott-land keine Entwicklung stattfindet. Es gibt viele gute ILP-Bezirke, ins-besondere in Ostschottland, obwohl gute Bezirke und einige gute Mitglieder in jedem Gau gefunden werden können. Eifrige junge Mitglieder werden ent-tauscht und gehen weg. Wenn sie gehalten werden, so ist es nur durch irgendeine " unoffizielle " linke Gruppe.

In Glasgow, dem wichtigsten Zentrum der ILP, ist die ILP am wenigsten fähig. Wiederholte Versuche, ein industrielles Komitee zu bilden, sind gescheitert und die Partei enthält nicht die führenden Kämpfer der

Arbeiterklasse. Innerlich ist sie geteilt durch scharfe fraktionelle Kämpfe, die die neuen Mitglieder, die gewonnen werden, abstoßen. Dieser skandalöse Zustand wird von den Arbeitern allgemein anerkannt, aber sie sind niemals bereit, in feste Aktionen dagegen zu treten.

Die 40 % der Partei, die München verurteilen, kamen hauptsächlich aus dem Londoner Bezirk und aus Lancashire. Es gab einige Unterstützung von Ortsgruppen aus Mittelengland. Die übrige Opposition war mehr zerstreut. Die schottische Delegation brachte dazu drei Stimmen, was aber nicht dem Umfang der Opposition in Schottland entspricht.

Eine weitere Anklage gegen das gegenwärtige Regime in der ILP ist die flagrante Unehrlichkeit der Berichterstattung des "New Leader": "Die Palästinafrage; die ILP-Politik ist klar!" war eine typische Überschrift. Nichts von der wahren Atmosphäre der Konferenz oder dem kämpferischen Tone der Reden der Delegierten erscheint in den abgerundeten Phrasen des Berichtes des "New Leader" (Organ der ILP)

Künftige Politik

- - - - -

Wenn man diejenigen Bezirke der ILP nimmt, die mir persönlich bekannt sind, so möchte ich sagen, daß die ILP-Linke den Sättigungspunkt erreicht hat: fast alle die Genossen, die zur revolutionären Tätigkeit fähig sind, sind jetzt in Verbindung miteinander. Die künftige Arbeit muß sich auf diejenigen außerhalb der ILP erstrecken. Diese Sache wird sehr erleichtert werden durch einen reinlichen Bruch mit dem opportunistischen Flügel.

Reginald Reynolds meint, daß die "wirtschaftliche Basis des Reformismus" in England so stark ist, daß wir vielleicht zuerst für unsere Unterstützung nach dem kolonialen Kampfe Ausschau halten müssen. Das heißt die Möglichkeiten der englischen Arbeiterklasse ziemlich unterschätzen. Große Teile der englischen Arbeiter sind heute inaktiv, nicht weil sie zufrieden sind, sondern aus Verzweiflung. Sie sehen keine Führerschaft, die fähig ist, die Apathie aufzulösen, die 1931 geschaffen wurde. Eine Besserung kann aus zwei Richtungen erwartet werden:

1. dem Erscheinen einer disziplinierten Führung; 2. einer Wiederbelebung des wirtschaftlichen Kampfes infolge der Aufrüstung. Es ist besonders wichtig, sich zu hüten vor jedem Geist des Wartens auf eine plötzliche Änderung. Die Revolution setzt nicht nur akute Not voraus, sondern auch einen vollständigen Bruch mit überlieferten Gedanken. Eine solche ideologische Wandlung kann nur vorbereitet werden durch Jahre von ständiger organisatorischer Arbeit unter fortgeschrittenen Arbeitern.

Unsere Ziele müssen sein:

1. die intensive Schulung kleiner Gruppen für anhaltende revolutionäre Arbeit, was von den ILP-Funktionären vollständig vernachlässigt worden ist;
2. die Herstellung von Verbindungen mit den Arbeitern im wirtschaftlichen Kampfe.

W.W. Sawyer

=0=0=0=0=

Verantwortlich: E. Hirtzel, Strasbourg

Arbeiterpolitik

No. 18/VI. Jahrgang

Erste Maiwoche 1939

Die polnische Probe .

=====

Die Reichtagsrede Hitlers vom 28. April 1939 hat, wie zu erwarten, die Ablehnung der Roosevelt'schen Vorschläge gebracht. Die Form, in der diese Ablehnung erfolgt, ist offensichtlich wesentlich mitbestimmt durch die innere Lage des Naziregimes. Die Furcht vor einem großen Kriegsabenteuer und der Haß dagegen wächst in der deutschen Bevölkerung. Daher war Hitler genötigt, die Ablehnung der Roosevelt'schen Vorschläge demagogisch zu maskieren, gegen die "Kriegshetzer" auf Seiten der Westmächte zu donnern und sich selbst als das Unschuldslamm hinzustellen. Von diesem Gesichtspunkt aus ist auch der Versuch Hitlers bemerkenswert, es so darzustellen, als ob die Nazis trotz der Annexion der Tschechoslowakei ihre Rassenidee nicht aufgegeben hätten. Das weist darauf hin, daß der Übergang von der großdeutschen Idee, mit der die Annexion Österreichs und des Sudetengebietes propagandistisch begründet wurde, zu der des "deutschen Lebensraumes" und der Wiederherstellung des alten Reiches in der deutschen Bevölkerung auf Widerspruch stößt und Befürchtungen erweckt über unbegrenzte Eroberungsabsichten der Nazis. Hand in Hand mit diesen Beschwichtigungsversuchen gingen aber die Bekräftigung des Bekenntnisses zum "Lebensraum" und zur Wiederherstellung des alten deutschen Reiches - als unentbehrliche propagandistische Grundlage für die zweite Phase der imperialistischen Expansion Hitlerdeutschlands, die mit der Annexion der Tschechoslowakei begonnen hat. Der Beschwichtigung der wachsenden Kriegsfurcht in der deutschen Bevölkerung dienten ferner die bombastischen Versicherungen von der angeblichen Unangreifbarkeit der deutschen Befestigungen im Westen.

Nach außen gerichtet waren die Manöver in der Rede Hitlers, die darauf abzielten, in den Vereinigten Staaten die isolationistischen Stimmungen gegen Roosevelt zu mobilisieren, sowie die Kompromißneigungen in der englischen und französischen Bourgeoisie zu stärken, ferner die geflüsterliche Unterlassung von Angriffen gegen die Sowjetunion.

Das Hitlersche Angebot, mit den von Roosevelt bezeichneten Staaten Nichtangriffspakte abzuschließen, falls sie einzeln solche Ersuchen an Hitlerdeutschland richten und zur Gegenseitigkeit bereit sind, ist das alte Manöver, um die gegnerische Front zu zermürben und aufzulösen, irgendwelche praktische Bedeutung hat es sonst nicht.

Die einzigen praktischen Schritte, die in der Rede Hitlers enthalten waren, sind 1. die Kündigung des englisch-deutschen Flottenabkommens, 2. die Kündigung des polnisch-deutschen Abkommens von 1934.

Die Kündigung des englisch-deutschen Flottenabkommens hat mehr demonstrative, als praktische Bedeutung. Die Hauptbestimmung des Flottenabkommens war die Begrenzung der deutschen Flotte auf höchstens 35% der britischen Flottenstärke, des deutschen Unterseebootbaues auf 100% der britischen U-Boot-Stärke, sowie die Begrenzung der Schiffsgrößen und des Kalibers der schweren Schiffsgeschütze. Praktisch war von vornherein klar, daß Hitlerdeutschland seine Flottenstärke nicht durch das Papier dieses Abkommens begrenzen würde, sondern durch seine materielle

Fähigkeit, Schiffe zu bauen. Hier aber liegt der Knüppel beim Hunde. Die Baufähigkeit Hitlerdeutschlands ist materiell in engen Grenzen eingeschlossen. Daher ist von England die Kündigung des Abkommens mit aller Ruhe aufgenommen worden. Die demonstrative Bedeutung der Kündigung besteht aber darin, daß Hitlerdeutschland damit ankündigt, daß es künftig das englische Weltreich nicht mehr als für sich unantastbar betrachtet, daß es also die Voraussetzung, unter der das Flottenabkommen abgeschlossen wurde, für sich als aufgehoben ansieht. Die Kündigung ist also eine demonstrative Kampfansage gegen das englische Weltreich. Indem Hitler jedoch gleichzeitig ankündigte, daß er zu neuen Verhandlungen bereit sei und sich in überschwenglichen Lobeshymnen auf die kolonialisatorische Rolle Englands erging, versuchte er in den herrschenden Klassen Englands aufs Neue Hoffnungen zu erwecken, daß England durch neue Zugeständnisse auf Kosten anderer Staaten sich Sicherheit für sein Weltreich erkaufen könne.

Eine andere Bedeutung hat die Kündigung des polnisch-deutschen Abkommens von 1934 in Verbindung mit der öffentlichen Anmeldung der deutschen Forderungen an Polen: der Abtretung Danzigs und der Einräumung eines extraterritorialen Durchganges durch den polnischen Korridor für Deutschland. Damit ist die deutsch-polnische Krise in ein akutes Stadium getreten und die Machtprobe eröffnet.

Abgesehen von dem unmittelbaren Zweck handelt es sich dabei für Hitlerdeutschland darum, die Festigkeit der im Aufbau befindlichen Front der Westmächte gegen die Achse auf eine entscheidende Probe zu stellen.

Dieser Zweck wird in einem Artikel der "Frankfurter Zeitung" vom 28.4. "Frankreich verlangt" offen ausgesprochen. Es heißt in diesem Artikel: "Daladier und Bonnet waren es also, die sich dem Optimismus hingaben, die Polen hätten vergessen, daß man ihnen aus Paris im vergangenen Jahre erklärte, sie möchten nun nach so viel Eigensinn und Torheit gefälligst in ihrem eigenen Fett am deutschen Feuer schmoren. Aber wie kurz muß das Gedächtnis der Ost- und Südoststaaten sein, wenn sie wirklich nicht mehr wüßten, daß die Erhaltung der Unabhängigkeit, ja Integrität der Tschechoslowakei (wir könnten auch Österreich nennen) von Frankreich geradezu als eine französische Lebensforderung proklamiert worden war. Wie töricht müßte die Welt sein, wenn sie heute glaubte, was ihr gestern als falsch nachgewiesen worden ist; wenn sie glaubte, daß alte Spiel würde besser laufen, nachdem sich die Karten, die Frankreich und England in der Hand halten, verschleudert haben. Selbst Mr. Roosevelt kann den Ausfall der Tschechoslowakei aus der strategischen Kombination nicht in einen Gewinn für die Westmächte umzaubern... Wir allordings glauben, diese Garantien seien auch mit Dienstpflicht wertlos... Welche Vorteile könnten sich die Ost- und Südoststaaten, auf die England spekuliert, von einer solchen Dienstpflicht der Briten versprechen?... Das Ende der starrköpfigen Allianzpolitik der Westmächte ist also noch nicht abzusehen. Es wird erst kommen, wenn sie zum zweiten, dritten oder vierten Male als wertlos und für die Westmächte selber schädlich nachgewiesen ist."

Die Nazipolitik spekuliert also darauf, daß die Westmächte, wenn sie unter gehörigen Druck gesetzt werden, Polen ebenso im Stiche lassen werden, wie sie die CSR im Stich gelassen haben, daß sie wegen Danzig und dem Korridor keinen allgemeinen Krieg wagen werden, daß durch den negativen Ausgang dieser Probe das Gebäude der Allianzen der Westmächte zusammenbreche, daß damit sowohl ihr Prestige, als ihre reale Macht einen unverwindlichen Stoß erhalten und das Übergewicht der Achsenmächte in Europa definitiv gesichert werde. Daraus geht hervor, daß für die Westmächte die Preisgabe Polens ein noch weit schwererer Schlag wäre als die Preisgabe der CSR.

Die Haltung Polens gegenüber den deutschen Forderungen soll in den nächsten Tagen durch den polnischen Außenminister Beck öffentlich bekanntgemacht werden. Aus der polnischen Presse ist zu entnehmen, daß Polen wahrscheinlich mit einer Reihe von Gegenforderungen antworten wird. Als solche Gegenforderungen werden genannt: die Einrichtung eines polnischen Protektorats über Danzig mit Besetzung Danzigs durch polnische Truppen; Vetorecht Polens gegenüber den Beschlüssen des Danziger Senats; Polen wird Deutschland keinen exterritorialen Durchgang durch den Korridor zugestehen, aber erklärt sich bereit im übrigen, den deutschen Verkehr durch den Korridor zu erleichtern. Die polnischen Forderungen eines Protektorats über Danzig sollen damit begründet werden, daß Danzig zum "polnischen Lebensraum" gehöre. Diese polnische Forderung ist die Kopie des deutschen Verfahrens gegenüber der Tschechoslowakei. Es ist von vornherein anzunehmen, daß Hitlerdeutschland auf solche Forderungen nicht eingehen wird und es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß, wenn die diplomatische Aktion nicht die deutschen Forderungen befriedigt, die militärische Aktion, das heißt die Besetzung Danzigs und des Korridors durch deutsche Truppen versucht werden wird. Von polnischer Seite ist erklärt worden, daß eine deutsche Besetzung Danzigs als Kriegsfall betrachtet werden wird. Wenn dies tatsächlich der Fall sein sollte und die Westmächte an ihrer Garantie Polens festhalten, so würde das den allgemeinen Krieg bedeuten.

Polen selbst kann nur durch das Eingreifen der Sowjetunion wirksam verteidigt werden. Die Kündigung des deutsch-polnischen Abkommens durch Hitlerdeutschland hat anscheinend in Polen selbst die bisherigen Hemmnisse für die Annahme sowjetischer militärischer Hilfe geschwächt, aber noch nicht vollständig beseitigt. Ebenso wenig sind auf der Seite der Westmächte die Hemmnisse, die gegenüber einem direkten militärischen Eingreifen der Sowjetunion außerhalb der Sowjetgrenzen bestehen, völlig beseitigt. Auf der sowjetischen Seite besteht noch die Befürchtung, daß die Westmächte die Sowjetunion in eine Lage hineinmanövrieren möchten, wo sie sich allein Hitlerdeutschland gegenübergestellt sehe. Dies sind die hauptsächlichsten Gründe, die den Abschluß eines Abkommens zwischen den Westmächten und der Sowjetunion verzögern. Der letzte Vorschlag der Sowjetunion soll darauf hinauslaufen, daß die Sowjetunion sich bereit erkläre, auch Holland, Belgien und die Schweiz als Vorgelände der Westmächte zu garantieren, falls die Westmächte ihrerseits das sowjetische Vorgelände von Estland und Lettland herab bis zum Schwarzen Meer garantieren.

Über die allgemeinen Gesichtspunkte für die Beurteilung der Haltung der Sowjetunion vom Standpunkt der internationalen Arbeiterklasse ist hier schon früher das Notwendige gesagt worden. Hier sei nur wiederholt, daß der entscheidende Gesichtspunkt dafür nicht der ist, ob die Sowjetunion ein Bündnisabkommen mit den Westmächten eingeht oder neutral bleibt, sondern ob sie bei jeder außenpolitischen Konstellation ihre revolutionäre Rolle nach außen erfüllt oder im Stiche läßt. So sehr in dieser Beziehung unter dem Stalinschen Regime insbesondere nach der spanischen Erfahrung gewichtige Ursachen zum Zweifel bestehen, so falsch wäre es, die Frage jetzt schon für entschieden zu halten. Die Sowjetunion hat ein Doppelgesicht: das des Stalinschen Regimes, des politischen Überbaus und das der sozialistischen Wirtschaftsbasis und der sozialistisch erzogenen Massen der Arbeiter, Bauern und einfachen Soldaten. Welcher dieser Faktoren sich im Kriege selbst endgültig durchsetzen wird, ist eine noch offene Frage.

Es fehlt nicht an negativen Zeichen - abgesehen von der sozialpatriotischen Rolle der stalinistischen Parteien außerhalb der Sowjetunion -: so die von sowjetischer Seite angekündigte Einstellung des "Journal de Moscou", des offiziellen Organs des sowjetischen Außenkommissariats in französischer Sprache.

Dieses Organ war von der Regierung Daladier nach München in Frankreich verboten worden. Nach dem März 1939 wurde seine Einfuhr nach Frankreich wieder erlaubt. Wenn jetzt die Sowjetregierung das Erscheinen des Organs einstellt, so könnte dies hindeuten auf ein geheimes Abkommen zwischen England, Frankreich und der Sowjetunion zur Einstellung der kommunistischen Propaganda nach außen. Ein vielleicht noch wichtigeres Symptom ist das neue Dekret der Sowjetregierung, das den kommunistischen Parteistellen in der Armee jede Einmischung und Kontrolle der militärischen Tätigkeit der Offiziere und der politischen Kommissare untersagt und diese Kontrolle ausschließlich den vorgesetzten Offizieren und politischen Stellen vorbehält. Es ist nicht ganz ausgeschlossen, daß es sich dabei um Tarnungsmanöver handelt, aber es kann sich auch um etwas anderes handeln. Eine Tatsache steht aber fest: daß die stalinistischen Parteien der sogenannten demokratischen Länder vollständig auf die Linie des Sozialpatriotismus und der nationalen Einheit eingeschwenkt sind, was ihre revolutionäre Rolle im Kriege ausschließt und eine konterrevolutionäre Rolle möglich macht.

Die Verhandlungen der Westmächte einerseits, der Sowjetunion andererseits mit der Türkei sind ebenfalls noch nicht abgeschlossen.

Auf der Seite der Achsenmächte kann Ungarn nunmehr vollständig als in ihrem Schlepptau befindlich betrachtet werden. Das wurde durch den Besuch des ungarischen Premierminister in Berlin und durch die bei dieser Gelegenheit gewechselten öffentlichen Erklärungen unterstrichen. Es handelt sich in Wahrheit um die Einrichtung eines kaum verhüllten deutschen Protektorats über Ungarn. Zur Wahrung des Gesichts für die herrschenden Klassen Ungarns soll ihnen in der oder jener Form die Slowakei oder Teile von ihr ausgeliefert werden ("Anschluß"), was jedoch an der deutschen Oberherrschaft über dieses Gebiet nichts ändern würde.

.....
 Fünfzig Jahre erster Mai .
 = = = = =

" Sonne , Maiblumen und wenig Streikende " - lautet die Überschrift der bürgerlichen Zeitungen bei ihren Berichten über den fünfzigsten Jahrestag der Maifeier in Frankreich. In der Tat, man muß viele Jahre, ja Jahrzehnte zurückgehen, wenn man einen Vergleich dafür finden will, in welchem geringem Maße sich die Arbeiter an der Arbeitsruhe beteiligt haben, wie es dieses Jahr der Fall war. Es war ein Tag, wie jeder andere, der durch seine " Ruhe " selbst die bürgerliche Welt in Erstaunen setzte. Dieser 1. Mai war ein Vorspiel zum " Burgfrieden ", in welchem das Proletariat freiwillig auf seine Errungenschaften verzichtet, in welchem es selbst darauf verzichtet, sein eigenes Gesicht zu zeigen.

In Paris hat nur ein Teil der Bauarbeiter die Arbeitsruhe durchgeführt und sich an der Versammlung in der Arbeitsbörse am Vormittag beteiligt. In der Hauptsache wurden Abendveranstaltungen abgehalten, die selbst nach den Berichten der " Humanité " nicht übermäßig stark besucht waren. Das ist kein Wunder, wenn man sich vor Augen hält, daß die Arbeiterorganisationen gegen die Proklamierung der Arbeitsruhe aufgetreten sind.

Es ist noch garnicht so lange her, daß das Pariser Proletariat zu Hunderttausenden bei den Maifeiern aufmarschierte, daß es selbst den polizeilichen Verboten zum Trotz um keinen Preis auf seine Demonstrationen an diesem Tage verzichten wollte. Die ganze Geschichte des französischen Proletariats ist angefüllt mit hartnäckigen Kämpfen um den 1. Mai. Aber als der Erfolg bereits durchgesetzt schien, zur Zeit der Hochblüte der Volkspolitik, wies dieser Erfolg zugleich Vorzeichen des künftigen Bankrotts auf. Neben der roten Fahne der proletarischen Revolution hatte auch die Trikolore der bürgerlichen Republik ihren Platz in den Mai-Umzügen eingenommen, derselben Republik, die die Kommunisten niederschla-

gen hatte, neben der "Internationale" ertönte auch die "Marseillaise", die sich schon aus dem Gesang der Revolution in das offizielle Lied der französischen Bourgeoisie verwandelt hat.

Besser als in Paris scheint die Arbeiterruhe in den Bergbaubezirken des Nordens durchgeführt worden zu sein, wenn sie auch dort bei weitem keinen Vergleich mit der Beteiligung in den vergangenen Jahren aushält. Immerhin ist es bemerkenswert, daß in kommunistischen Paris die revolutionäre Bewegung stärker ist, als in anderen Gebieten. Hier zeigt sich klar der besonders unheilvolle Einfluß des stalinistischen Neu-Reformismus auf die Arbeiterbewegung.

Auch aus den Meldungen aus dem Ausland geht hervor, daß dort die Beteiligung schwächer war als sonst. Mit Befriedigung wird hervorgehoben, daß in den Zügen die "Internationale" weit weniger ertönte als früher, daß nirgends mehr mit erhobener Faust marschiert wurde. Außer im Frankreich hatten auch in einigen anderen Ländern, zum Beispiel in Polen die Arbeiterorganisationen freiwillig auf Arbeiterruhe und Umzüge verzichtet, ja sie hatten die Arbeiter sogar aufgefordert, ihren Verdienst an diesem Tage für die "nationale Verteidigung" abzuführen. Das zeigt anschaulich den tiefen Fall der internationalen Arbeiterbewegung, selbst dort, wo sie noch Bewegungsfreiheit hat. Freiwillige Arbeit für die Bourgeoisie und den kapitalistischen Staat am 1. Mai - daß es noch soweit kommen würde, das haben sich die Delegierten des Kongresses, der vor 50 Jahren die Arbeiterruhe am 1. Mai proklamierte, wahrhaftig nicht träumen lassen.

Hat das Proletariat in den "demokratischen" Ländern und dort, wo es noch einigermaßen Bewegungsfreiheit hat, diesmal freiwillig auf die Maidemonstration gegen die Bourgeoisie verzichtet, so ist es in Deutschland und anderen faschistischen Ländern diesmal wiederum gezwungen worden, hinter seinen Bedrückern unter dem konterrevolutionären Zeichen des Faschismus aufzumarschieren. Der freiwillige Verzicht in den einen, wie der erzwungene Aufmarsch in den anderen Ländern, geschehen im Namen der "Einheit der Nation", der Vorbereitung des imperialistischen Krieges. Vor 50 Jahren ist der 1. Mai auch als ein Symbol des Kampfes um den Weltfrieden aufgerichtet worden; heute stehen Millionen und Abermillionen von Proletariern in allen Ländern bereit - die einen erzwungenermaßen, die anderen freiwillig - die Welt in ein neues Blutbad zu stürzen, einen neuen ungeheuren Aderlaß an sich zu vollziehen.

Wenn bei den diesjährigem Mai-Aufmarsch in Moskau auch diesmal wieder darauf hingewiesen wurde, daß die SU das einzige Land des Sozialismus sei und daß die Rote Armee bereit sei, dieses Land gegen alle Angriffe zu verteidigen, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß das Stalinsche Regime die sozialistische Wirtschaft in der SU in eine Sackgasse gebracht hat, daß es dadurch und durch seinen konterrevolutionären Terror die Verteidigungsfähigkeit des Landes ernstlich in Frage stellen droht. Nach der Probe, die die Stalinsche Politik in Spanien abgelegt hat, ist es nicht ausgeschlossen, daß sie auch bei der kommenden imperialistischen Weltauseinandersetzung versuchen wird, den Lakai eines der imperialistischen Lager zu spielen. Das müßte die militärische Kraft und Schlagfähigkeit der Roten Armee, die auf ganz anderen Voraussetzungen aufgebaut worden ist, aufs stärkste gefährden und damit auch die Chancen der Sowjetunion, den Krieg siegreich zu überstehen.

Wenn die internationale Arbeiterklasse heute fast überall niedergeschlagen oder auf dem Rückzug befindlich ist, wenn die großen Perspektiven, die die spanische Revolution dem Weltproletariat eröffnet hatte, heute vernichtet und dahin sind, so trägt die Hauptschuld daran gerade die Stalinsche Volkfrontpolitik. Sie hat den Hauptverbündeten der SU: das Weltproletariat, dadurch außer Gefecht gesetzt. Der Zusammenbruch der Sowjetunion als sozialistisches Land würde die Arbeiterklasse auf lange hinaus zur Ohnmacht verdammen. Deshalb ist sie verpflichtet, die SU zu unterstützen und dadurch den russischen Arbeitern und Werktätigen zu helfen, mit dem konterrevolutionären Stalinregime noch rechtzeitig fertig zu werden.

Die allgemeine Wehrpflicht.

Die britische herrschende Klasse hat sich endlich entschlossen, die allgemeine Wehrpflicht zur Verteidigung ihrer ureigensten imperialistischen Interessen bei den britischen Massen durchzusetzen, sowohl die industrielle, als auch die militärische Dienstpflicht. Diese Aufgabe des Erzwingens der Wehrpflicht war von der Führung der britischen Labour Party erleichtert worden, da der Nationalrat der LP die Notwendigkeit der nationalen Verteidigung gegen den Angreifer im Prinzip anerkannt hatte. Die kapitalistische Presse hat nicht verfehlt, darauf hinzuweisen, daß die offizielle Labour Führerschaft inkonsequent wäre, wenn sie sich in Opposition zur Wehrpflicht erklären würde. Nur die "Trotzkisten", sagt sie, seien konsequent in ihrer Opposition. So werden alle revolutionären Sozialisten von der bürgerlichen Presse in derselben Sprache klassifiziert die die KP benutzt.

Léon Blum hat in einem Artikel im "Populaire" an die britische Arbeiterbewegung appelliert, die Pläne der Nationalregierung zur allgemeinen Wehrpflicht nicht zu bekämpfen; Er ruft zur "nationalen Einheit im Interesse der nationalen Verteidigung" auf usw. Jedoch der Labour-Nationalrat, die Gewerkschaftsführer und die Nationalregierung wissen ganz genau, daß die Opposition sowohl gegenüber der militärischen, als auch der industriellen Dienstpflicht weitverbreitet und tief verwurzelt ist. Daher die Opposition zu den offiziellen Labour-Führern. Daher die Begrenzung der Dienstpflicht auf die Altersklassen zwischen 20 und 21 Jahren. Diese Begrenzung ist aber nur eine Probe, um die Reaktion der Labour-Führer in der Praxis zu sehen und die Reaktion der Massen zu prüfen. Wenn es keine breite und sofortige Massenaktion gegen die Vorschläge gibt, wird man die Altersgrenzen ausdehnen und erweitern.

Wenn die britische Arbeiterbewegung diese Drohung zunichte machen soll, muß glatt mit jeder Mitarbeit für die nationale Einheit gebrochen werden. Man muß die Nationalregierung die Kraft der organisierten Arbeiterschaft fühlen lassen. Zu diesem Zwecke muß Folgendes sofort durchgeführt werden:

1. Alle Labour-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsvertreter müssen aus dem National Service Komitees zurückgezogen werden,
2. Alle Luftschutzfunktionäre aus LP, Gewerkschaften und Genossenschaften müssen von ihren Funktionen zurücktreten;
3. Strikte Durchsetzung der "No Overtime Rule" - keine Überstunden - in den Rüstungsbetrieben und der Industrie im Allgemeinen;
4. Kampagne zur Erzwingung der 40-Stundenwoche in allen Industrien;
5. Aufruf zu einem eintägigen Generalstreik als Protest gegen die Vorschläge zur Dienstpflicht.
6. Forderung einer Neuwahl.
7. Kampagne zur Ausdehnung des Wahlrechts auf die im dienstpflichtigen Alter Befindlichen, nämlich auf die 20 und 21-jährigen.

Um diese Punkte kann die gesamte Arbeiterbewegung gesammelt werden. Lassen wir die Labour-Führerschaft ihren Willen zeigen, der Dienstpflicht Widerstand zu leisten! Die sofortige Durchführung der Punkte 1, 2 und 3 würde die Pläne der Regierung von Anfang an über den Haufen werfen. Es würde praktisch das Ende der "nationalen Einheit" bedeuten. Die Mitglieder der Arbeiterbewegung können dieses Ergebnis erzwingen. Die 7 aufgestellten Punkte sind die Basis für die Einheit der kämpfenden Arbeiter. Die Regierung treibt zum Totalitarismus in der Industrie. Die gewerkschaftlichen Bedingungen, Rechte und Freiheiten sind bedroht. Wenn die Regierung geschlagen werden soll, ist es jetzt Zeit. Schon haben die Vorschläge zur Einziehung der 20- und 21-jährigen Unruhe bei den Jungens und ihren Familien geschaffen. Der Vorschlag lautet, sie einzuziehen und ihnen Armeesold zu zahlen. Das bedeutet nicht nur, daß man sie aus ihren Arbeitsstellen herausnehmen wird, ohne jede Garantie trotz der Versprechungen der Arbeitgeberorganisationen, daß man sie der Furcht überlas-

sen wird, ihre Stellen werden nach ihrer Rückkehr nicht mehr vorhanden sein, sondern es bedeutet auch eine direkte Herabsetzung ihres persönlichen Einkommens und des Einkommens ihrer Familien usw. Das wird für die große Mehrheit der Arbeiterjugend und ihrer Familien zweifellos große Not bedeuten. Das ist ein Punkt, auf den mit großer Wirkung hingewiesen werden kann.

Die Möglichkeiten des Widerstandes.

Als ein junger Metallarbeiter von der Dienstpflicht hörte für die 20- und 21-jährigen, sagte er sofort: "Wenn ich eingezogen werde, wird einander meine Arbeit übernehmen müssen. Es wird billige Arbeit sein und wenn ich zurückkomme, werde ich arbeitslos sein". Dieser Gedanke des Arbeitfindens nach Beendigung der Dienstpflicht und der Wirkung auf die Gewerkschaftsbewegung, das scheinen gegenwärtig die Hauptfaktoren zur Bekämpfung der Dienstpflicht zu sein. Die Stärke dieses Widerstandes kann aus der Tatsache beurteilt werden, daß sogar die Labour Party Einwendungen macht; sicherlich nicht, weil das Blut ihrer Mitglieder bei dem Gedanken an die Dienstpflicht vor Wut kocht, sondern weil, wie der "Daily Herald" vom 27.4. zugibt, die Parlamentsfraktion aus allen Teilen des Landes Telegramme und Zuschriften erhielt; das Thema fast aller war äußerster Widerstand gegen die Dienstpflicht. Das Verlangen der offiziellen Führer nach einem Kompromiß zeigt sich in folgender Bemerkung des "Herald": "Es wird eine Erklärung herauskommen, die die völlige Opposition der Labourbewegung gegen die Dienstpflicht in diesem Stadium zum Ausdruck bringen wird". Was heißt "dieses Stadium"? Bis die Arbeiter sich ein wenig abgekühlt haben?

Man hat uns Widerstand im Parlament verprochen, aber wir erinnern nur an ein Ereignis: als die nationale Regierung bei der Agitation gegen die neuen UAB-Vorschriften nachgab, tat sie es nicht wegen des Widerstandes im Parlament, sondern weil die Konservativen Angst bekamen, die Arbeiter draußen würden etwas tun. Es wird diesmal von demselben Faktor abhängen. Es hat dank dem Druck der Mitgliedschaft bereits Streiks in vielen Fabriken gegeben. Es ist jetzt keine günstige Zeit für die Regierung, die Dienstpflicht einzuführen, aber wahrscheinlich fühlt sie, es kann später noch schwerer sein, und ist die Dienstpflicht einmal eingeführt, kann sie zur Brechung von Streiks und zur Aufhaltung jedes weiteren Widerstandes benutzt werden.

Um die Metallarbeiter zu überlisten, erklärt die Regierung, daß Leute in fester Stellung nicht eingezogen werden. Aber was ist mit einem Metallarbeiter, der wegen Streik entlassen worden ist? Ist er in fester Stellung?

Schon hat man Obleute in Metallbetrieben entlassen, weil sie Kämpfe organisiert und die Rechte der Arbeiter, die sie vertreten, verteidigt haben. Es ist kein Zufall, daß bei Rolls Royce, Euxton (Chorley), Siemens usw. Streiks ausgebrochen sind. Beim Siemensstreik hat man Flottenangehörige eingesetzt, um zu versuchen, den Streik zu brechen. Die offiziellen/der AEV haben dabei geholfen, indem sie sich weigerten, den Streik anzuerkennen. Doch wird die Sache nicht enden, die Kämpfer sind auf dem Posten und I. W. Little, dem Präsidenten der AEV hat man bewiesen, daß "wenn dort irgendeine Form der Dienstpflicht eingeführt wird, gibt es ganz sicher Unruhe in den Werkstätten. Das ist Herr Little aus Rothesay.

Wir sind fest davon überzeugt, daß die Mitglieder der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung um die von uns aufgestellten Forderungen geeinigt werden können. Diese Forderungen müssen aufgestellt werden in jeder Gewerkschaftsorganisation, in jeder Genossenschaftsorganisation, in jeder Organisation der Labour Party, in allen Arbeiterorganisationen. Die britische Arbeiterbewegung hat die Gelegenheit, den Boden wiederzugewinnen, den sie in den letzten Jahren verloren hat. Die Opposition im Parlament genügt nicht. Die Regierung muß die organisierte Aktion der

Arbeiterklasse fühlen und fürchten.

Zum Zögern ist keine Zeit, die mutige und kühne Aktion kann die Kriegspläne des britischen Imperialismus zu Fall bringen.

Zur Konferenz der F.O.I.
=====

Die zum 27.-29.4.1939 angekündigte Konferenz der der "Internationalen Arbeiterfront gegen den Krieg" (FOI) angeschlossenen Organisationen hat stattgefunden. Unter den Teilnehmern waren die Delegierte der ILLA-Amerika, der ILP-England, PSOP-Frankreich, der PCUM-Spanien, der Maximalisten-Italien, RSAP-Holland, KPD(O) und "Der Funke" und "Neuer Weg"-Deutschland vertreten, weiterhin ein Vertreter einer palästinensischen Organisation, Vertreter französischer Gewerkschaftsorganisationen und Kolonien-Gruppen.

Die Tagesordnung umfaßte drei Punkte: 1. Bericht über die allgemeine politische Lage, der wachsenden Kriegsgefahr; 2. Die Gewerkschaften und der Kampf gegen den imperialistischen Krieg; 3. die Aufgaben und der Kampf der revolutionären kolonialen Organisationen gegen die imperialistische Unterdrückung. Im Anschluß daran fand am 30. April noch eine Sitzung statt, auf welcher über die Möglichkeit der Verbreiterung der FOI diskutiert wurde, die negativ verlief.

Der Gesamtkonferenz mangelte vor allem die gründliche Vorbereitung, darunter litt die ganze Tagung. Außer zur Gewerkschaftsfrage lagen keine Referate und Anträge vor. Zur allgemeinen Lage und zur Lage in den französischen Kolonien wurde erst eine Woche vorher ein Material verbreitet. Die zur Verfügung stehende Zeit für die Konferenz ließ eine gründliche Diskussion und Klärung der wichtigen Fragen nicht zu, z.B. wurden die Fragen, die im kommenden Kriege mit der Existenz der Sowjetunion verknüpft sind, beinahe überhaupt nicht behandelt. Eine allgemeine Resolution kam nicht zustande. Die Gewerkschaftsresolution konnte nicht abgestimmt werden, weil die Redaktionskommission keine Zeit zur Beratung fand. Die Konferenz beschloß nur ein allgemeines Manifest, das wir in der nächsten Nummer bringen werden.

Zur Gründung des "neuen revolutionären Zentrums":

Parallel zur FOI-Konferenz wurden die Sitzungen abgehalten, um ein "neues revolutionäres Zentrum aus den marxistischen Parteien der FOI zu bilden. Vertreten waren dieselben Länder, dieselben Organisationen wie auf der FOI-Konferenz. Die RSAP-Holland und die PSOP-Frankreich erklärten, nicht an dem "neuen revolutionären Zentrum" teilzunehmen. Im "neuen Zentrum" wird Frankreich durch die PUP vertreten, deren Aufnahme im Londoner Büro nach der Februarkonferenz 1938 abgelehnt worden war. Das "neue revolutionäre Zentrum" besteht aus den alten Parteien des Londoner Büros. Das Komitee soll die Vorbereitungsarbeiten für eine Herbstkonferenz leisten, eine Zweimonatsschrift und ein Diskussionsorgan herausgeben. Im Gegensatz zum Kartellverhältnis des Londoner Büros sollen von nun ab die Mehrheitsbeschlüsse des Komitees bindend sein. Revolutionäre Fraktionen in den einzelnen Organisationen dürfen von keiner angeschlossenen Organisation unterstützt werden. Das "neue revolutionäre Zentrum" ist weder neu, denn es besteht aus den alten Gruppen, noch revolutionärer, wie das Londoner Büro. Die KPD(O) hat an den Beratungen teilgenommen, aber von vornherein erklärt, daß für sie weder das Verbot der revolutionären Fraktionsarbeit, noch die Verpflichtung zur Disziplin gegenüber Mehrheitsbeschlüssen annehmbar sind. Das Verbot der Fraktionsarbeit wurde zwar abgelehnt, aber nach der Ablehnung wurde ein amerikanischer Antrag zur Berücksichtigung an den neuen Vorstand überwiesen, der das Verbot von Fraktionsarbeit verlangt, ohne den Namen "Fraktion" zu nennen. Die Preisgabe der revolutionären Fraktionsarbeit und die Verpflichtung, Mehr-

heitsbeschlüsse für bindend zu erklären, bedeuten in dieser Gruppierung nichts anderes als die rechten und zentristischen Tendenzen gegen die kommunistischen zu stützen. Das "neue revolutionäre Zentrum" ist ein politischer Rückschritt gegenüber der Februarkonferenz 1938. Auf der Februarkonferenz wirkte die Erfahrung der spanischen Revolution und das einheitliche Auftreten der IVKO in der Richtung einer Entwicklung zum Kommunismus. Mit der Niederlage der spanischen Revolution sind in der ILP die rechten opportunistischen und pazifistischen Tendenzen wieder in den Vordergrund getreten und bestimmen mit Hilfe der Zentristen um Fenner Brockway den politischen Kurs der ILP. Die ILLA-Amerika hat nach der Preisgabe des kommunistischen Namens noch rascher die kommunistischen Grundsätze preisgegeben und führt jetzt die Opportunisten und Zentristen. Die POUM ist gespalten. Der reformistische Flügel beschloß mit einer Stimme Mehrheit die Auflösung des Londoner Büros und Gründung des "neuen revolutionären Zentrums".

Es fanden sich Tendenzen, die etwas "Klareres und Disziplinierteres" für die revolutionäre Arbeit wollten: der revolutionäre Flügel der POUM - mit der ILLA und der ILP, die etwas "Neues" wollten, um ihre opportunistische Praxis in ihren Ländern mit einer falschen revolutionären Phraseologie aufzuputzen. Die Ausgeschlossenen der KPD(O)-Emigration waren mit 5 von ihren 6 Personen umfassenden Fraktion vertreten, einmal alle amerikanische Gesandte, ein anderes Mal als "internationale Marxisten".

Die Lage in der französischen Provinz

Wir entnehmen einem Brief folgende Schilderung der Lage:

Hier ist von Kampf Stimmung überhaupt nichts zu merken. Man kann aber die Feststellung machen, daß, im Gegensatz zum September, die ideologische Vorbereitung zum Kriege perfekt ist. Wenn auch hier, und da die Äußerung zu hören ist, daß auch der kommende Krieg mit imperialistischen Zielen geführt wird, so ist doch allgemein die Auffassung, daß es ein "gerechter Krieg" französischerseits sein wird. Weshalb es ganz an der Ordnung ist, daß die Ausländer Militärdienst etc. als ihre "moralische" Pflicht zu empfinden haben.

Überhaupt hat dieses decret-loi ausnahmsweise Popularität erreicht. Alle Volksschichten nahmen es mit Freuden auf. Ein Wochenblättchen der KPF hatte ja schon vorher die Ausländer zur Freiwilligkeit des Militärdienstes aufgefordert. Ein Leitartikler der "Depêche" meinte, es ginge ja auch nicht an, daß die Ausländer immer nur davon sprechen, im Hinterlande die Frauen der französischen Soldaten befriedigen zu wollen. Auf diesem Niveau bewegen sich übrigens die meisten Leitartikler der südlichen Provinzblätter....

Leider gibt es keinerlei Anzeichen dafür, daß die französische Arbeiterklasse sich nochmals vor einem Kriege erheben wird. Es ist kaum anzunehmen, daß das französische Proletariat durch ein spontanes Aufflammen seine Klassenkraft zurückgewinnen wird. Ich neige zu der Auffassung, daß es eines langen Prozesses zur ideologischen Klärung oben und unten bedarf. Dieser Sturz: von der Entfaltung gewaltiger Klassenenergien, wie wir sie 1936 beobachten konnten, in diese tiefe Schlucht der Niedergeschlagenheit, des Fatalismus, der Unsicherheit, der mangelnden Sicht und was mehr noch, wird von so nachhaltiger Wirkung sein, daß an einen Neuaufstieg in absehbarer Zeit kaum zu glauben ist.

Es fehlt der französischen Arbeiterschaft, vor allem aber auch ihrer Führung in Bezug auf die Einsicht in die geschichtliche Dialektik

schon heute mehr als dem deutschen Proleten nach mehr als 6-jähriger faschistischer Barbarei.

Die Klassenmässigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung kommt den Leuten ja kaum in den Sinn. Bestenfalls gibt es ein primitives Klassenbewußtsein. Ich entsinne mich kaum, bisher einen Arbeiter getroffen zu haben, der sich ernsthaft mit der marxistischen Wissenschaft beschäftigt hätte. Die Standartwerke der Altmeister des Sozialismus verstauben in den recht mageren Gewerkschaftsbibliotheken. Die Organisationen versuchen in keiner Weise, die Arbeiter oder wenigstens die Funktionäre zu schulen. Die Arbeiterpresse ist schlechter Abklatsch der republikanisch-bürgerlichen Presse, manchmal ein wenig polemisch gegen den rechtsradikalen Flügel....

Der Gedanke des Internationalismus ist in seiner ausgeprägtesten Form hier garnicht bekannt. Man kann für den spanischen Kampf in sehr gefühlsmässiger Weise Stellung nehmen, wie man auch seine Sympathien für das chinesische Volk, die Tschechen usw. ausdrückt. Aber gerade das sind gar keine Hindernisse für die chauvinistische Entwicklung in der Mentalität der Massen.

Daß diese Ereignisse von allen und jedem so losgelöst von den Klassenzusammenhängen behandelt werden, daß ist die beste Voraussetzung für die Schaffung einer Massenbasis zu Gunsten des französischen Imperialismus. Gerade das schafft in den Hirnen der Massen die Vorstellung vom "gerechten Krieg", in dem das französische Volk wie ein Mann zusammenstehen muß.

Genosse Weinreiter ermordet.
=====

Wir erhalten verspätet die Nachricht von der Ermordung unseres Genossen Weinreiter aus Sessenheim. Er war ein stiller, tapferer Genosse, der 1920 die Ortsgruppe der Kommunistischen Partei gegründet hat. Er genoß das Vertrauen aller revolutionären Arbeiter seines Arbeitsgebietes, des Nordwesten von Frankfurt-am-Main.

1929 schloß er sich der KPD(O) an und 1930 wurde er aus der KPD ausgeschlossen, als er es ablehnte, auf der RGO-Liste zu kandidieren. Er war auch Gemeinderatsmitglied und hat ununterbrochen illegal unter der Naziherrschaft gearbeitet. Das haben die Bluthunde jetzt damit quittiert, daß sie ihn nach schweren Folterungen ermordeten.

Genosse Weinreiter ist ein Beispiel für den stillen heldenmütigen revolutionären Kämpfer, auf deren Arbeit der Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland beruht.

Wir werden ihn dadurch ehren, daß wir seinem Beispiel nachleben.

Verantwortlich : E. Hirtzel, Strasbourg

Arbeiterpolitik

No. 19/VI. Jahrgang

Zweite Maiwoche 1939

In der S c h w e b e .

— — — — —

1. Litwinow - Molotow - Stalin.

Die plötzliche Enthebung Litwinows vom Posten des Außenkommissariats hat in der internationalen bürgerlichen Presse zu den verschiedensten Spekulationen Anlaß gegeben, denen fast durchweg eine völlige Verkennung der politischen Methoden des Sowjetregimes im Allgemeinen und des Stalinregimes im Besonderen zugrundeliegt. Die Vorbereitungen Stalins zur Enthebung Litwinows sind schon lange Zeit im Gange und zeigen durchaus die typischen Züge solcher Prozeduren: systematische Isolierung und Entwurzelung des Betroffenen durch Wegnahme seiner Mitarbeiter im Volkskommissariat und im diplomatischen Außendienst und nach Abschluß dieser Vorarbeit die "plötzliche Enthebung", die in Wahrheit nichts weniger als plötzlich ist. Die Stufen, die dann folgen, sind gebräuchlicherweise: Aufhören der Erwähnung in der Öffentlichkeit, Versetzung auf einen niedrigeren Posten, Erklärung zum "Volksfeind", zum "Spion einer fremden Macht", schließlich Verschwinden in den Gefängnissen der GPU, sei es mit oder ohne Prozeß. Das Mißtrauen Stalins gegen nicht hundertprozentig seiner Person Ergebene ist schon genügender Grund. Litwinow hat ebensowenig wie Tschitscherin im Außenkommissariat eine "persönliche" Politik führen können. Die von ihm betriebene Politik war selbstverständlich in der Grundlage und in allen Einzelheiten die des Politbüros, das heißt Stalins. Das schließt aber nicht aus, daß die Erledigung Litwinows eine taktische oder weitergehende Wendung der Außenpolitik Stalins einleiten kann. Die Erledigung Litwinows ist die in solchem Falle übliche Methode Stalins: die Verantwortung für die Fehler und Mißerfolge seiner eigenen Politik einem für diesen Zweck ausersehenen Sündenbock aufzuladen.

Um was es sich im gegebenen Falle handelt, läßt sich mit ziemlicher Sicherheit aus den öffentlich bekannten Tatsachen ablesen. Litwinow wurde die Verantwortung aufgebürdet für das Fiasko der Völkerbundspolitik, der Politik der "demokratischen Friedensfront" zusammen mit den Westmächten und zuletzt für das Projekt einer umfassenden kollektiven Sicherheit, das von der englischen und französischen Regierung abgelehnt worden ist. Die Stalinsche Außenpolitik kann jetzt eine nur taktische oder auch eine weitergehende Wendung vornehmen. Die Versicherung Molotows an den englischen Botschafter in Moskau, daß die Außenpolitik der Sowjetunion "keine tiefere Veränderung" vornehmen werde, ist so vieldeutig, daß sie alles Mögliche bedeuten kann. Es kommt ganz darauf an, was man unter "tiefer Veränderung" verstehen will. Es kann sich um Zweierlei handeln: 1. daß Stalin jetzt bereit ist, auf ein weniger umfassendes und weniger bindendes Garantieprojekt einzugehen, aber unter der Voraussetzung, daß es verbunden ist mit einem englisch-sowjetischen Hilfsvertrag auf der Grundlage vollständiger Gegenseitigkeit, das heißt daß die Sowjetunion eine bindende Zusage der englischen und französischen militärischen Unterstützung erhält, wenn ihre Westgrenze angegriffen wird von den Achsenmächten infolge der Ausführung sowjetischer Garantieverpflichtungen an Polen oder Rumänien. 2. daß die jetzigen sowjetischen Verhandlungen und Angebote nur taktische Manöver sind, um schließlich, solange wie möglich und nützlich, eine Stellung der Neutralität zwischen den Achsenmächten und den Westmächten zu beziehen. Ein aktives Zusammengehen Stalins mit den Achsenmächten scheint dagegen ziemlich unwahrscheinlich und zwar noch mehr von Seiten der Achsenmächte als von der Stalins.

Um was es bei den jetzigen Verhandlungen zwischen der Sowjetregierung und den Westmächten geht, geht ziemlich klar hervor sowohl aus der letzten Meldung der TASS, der offiziellen sowjetischen Telegraphenagentur, aus der Stellungnahme der kommunistischen Parteien des Westens, insbesondere Frankreichs. Die vom 9. Mai datierte TASS-Meldung dementiert eine englische Reutermeldung, wonach der letzte englische Vorschlag - der am 8. Mai in Moskau überreicht wurde) vorsah: 1. daß die SU die baltischen Polen und Rumänien einseitig garantiere; 2. daß England sich verpflichte, der Sowjetunion zur Hilfe zu kommen, falls sie in Ausführung dieser Garantien an ihrer Westgrenze angegriffen würde. Demgegenüber erklärt die offizielle TASS-Meldung: 1. von der Sowjetunion seien keine Einzelgarantien für Rumänien, Polen und die baltischen Länder verlangt worden, sondern nur die Verpflichtung, England und Frankreich militärisch zu unterstützen, falls sie in Ausführung ihrer Garantien im Osten in einen Krieg verwickelt würden. 2. daß aber England keinerlei wechselseitige Verpflichtungen angeboten habe für den Fall eines Angriffs auf die Westgrenze der Sowjetunion. Im selben Sinne fordert der Sekretär der KPF: Thorez, in einer Rede in Nancy vom 8. Mai das Bündnis der Westmächte mit der SU "auf dem Fuße absoluter Gleichheit".

Dies ist der springende Punkt der Verhandlungen zwischen England und der Sowjetunion. Die Sowjetregierung will Vorsorge treffen dagegen, daß sie nicht vom englischen und französischen Imperialismus in einen Krieg mit Hitlerdeutschland hineinmanöviert und dann von ihnen im Stich gelassen wird. Die englische und französische Politik ist dagegen bestrebt, sich soviel als möglich Schlupflöcher für diesen Zweck offenzuhalten. Daher das Bestreben, ein festes militärisches Bündnis mit der Sowjetunion zu vermeiden, die sowjetische Hilfe von der Anforderung Polens und Rumänien abhängig zu machen - die auch ausbleiben kann, was Hitlerdeutschland ermöglichte, bis an die Grenzen der Sowjetunion vorzustoßen, ohne von England und Frankreich daran gehindert zu werden. Schließlich das Offenlassen der Möglichkeit, daß Japan den Angriff auf die Sowjetunion unternehmen kann, ohne daß deshalb eine Hilfsverpflichtung der Westmächte eintreten würde. Die Haltung der Westmächte gegenüber der Sowjetunion entfernt sich also nicht sehr weit von derjenigen, die sie in und nach der Septemberkrise eingenommen haben und die zuerst darauf abzielte, die Sowjetunion aus Mittel- und Westeuropa auszuschalten und sodann den Angriff Hitlerdeutschlands auf sie abzulenken. Die Achsenmächte üben über Italien, Spanien und Japan einen Druck auf England aus, um es zu verhindern, bindende und wechselseitige Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion einzugehen, aber es sind auch starke Strömungen in der englischen und französischen Bourgeoisie vorhanden, die in dieser Richtung wirken - trotz des Stalinregimes, aber wegen des noch bestehenden sozialistischen Unterbaus der Sowjetrepublik.

Vom Standpunkt der internationalen Arbeiterklasse ist nicht entscheidend, ob die Sowjetunion ein Bündnis oder sonstiges Abkommen mit den Westmächten eingeht oder ob sie einstweilen in der Stellung der Neutralität verharret, sondern ob sie im einen, wie im anderen Falle revolutionären Zielen dient oder konterrevolutionären, das heißt ob sie darauf abzielt, die revolutionären Kräfte außerhalb der Sowjetgrenzen zu fördern und zu unterstützen oder ob sie im Gegenteil hilft, sie lahmzulegen und sie zu vernichten, wie das in Spanien geschehen ist.

In jedem der beiden Fälle ist in dieser Beziehung sowohl eine revolutionäre, als auch eine konterrevolutionäre Politik möglich. Wir sind allerdings nach wie vor der Ansicht, daß der zweite Fall, der der Neutralität für die revolutionäre Politik günstigere Aussichten bietet, aber sie sind auch im ersten Falle nicht ausgeschlossen.

Es sind allerdings bereits ominöse Zeichen vorhanden dafür, daß die Stalinsche Politik in den in Spanien zuerst eingeschlagenen konterrevolutionären

ren Weg fortzusetzen beabsichtigt :

eine revolutionäre Kriegführung setzt revolutionäre Propaganda und Aktion der kommunistischen Parteien außerhalb der Sowjetunion voraus. Es ist anzunehmen, daß über diesen entscheidenden Punkt, über den fast nichts in der Öffentlichkeit verlautet, Geheimverhandlungen geführt werden. Die ominösen Zeichen, die teils länger zurückliegen, teils neue Tatsachen sind, sind folgende :

1. die burgfriedliche, sozialpatriotische und sozialimperialistische Politik der stalinistischen Parteien in den sogenannten demokratischen und den Kolonialländern.
 2. die Einstellung des " Journal de Moscou " , des Organs des Außenkommissariats der Sowjetunion in französischer Sprache aus angeblich " technischen " Gründen . Dieser Schritt läßt auf eine geheime Abmachung zwischen der französischen und der Sowjetregierung in Bezug auf kommunistische Propaganda schließen . Und
 3. der " Temps " vom 10. Mai berichtet vom Besuch Potemkins, des gegenwärtigen sowjetischen stellvertretenden Außenkommissars bei seinem Besuch in Bukarest :
- " er soll haben durchblicken lassen eine sehr bestimmte Erklärung seiner Regierung in Bezug auf die sofortige Liquidierung jeder Tätigkeit der Komintern in Rumänien und habe bestätigt, daß die russischen Forderungen auf Bessarabien definitiv aufgegeben sind. "
4. die bereits vor längerer Zeit erfolgte Auflösung und Vernichtung der Kommunistischen Partei Polens und derjenigen ihrer führenden Kader, die in der Sowjetunion waren.

Vielleicht wird man einwenden, daß die Zusage der Liquidierung jeder Tätigkeit der Komintern in Rumänien und ähnliche Dinge nur " Kriegslisten " sein können, aber die spanische Erfahrung zeigt, was herauskommt, wenn die realen revolutionären Kräfte im Lande vernichtet werden mit der Spekulation, sich durch die eigenen Organe der führenden Posten zu bemächtigen und so zur Macht zu kommen. Die Revolution kann nicht unter falschen Vorwänden auf den Bajonetten der Roten Armee und mit den Mäusern der GPU importiert werden, wenn die realen Kräfte der Revolution in dem betreffenden Lande vernichtet oder auf dem Weg der Konterrevolution geführt werden. Die Revolution kann nicht auf dem Wege der Konterrevolution, nicht auf dem Wege einer bürokratischen Konspiration auf konterrevolutionärer Basis durchgeführt werden. Die Revolution kann nur das Ergebnis der sich vorbereitenden revolutionären Politik im betreffenden Lande selbst sein. Keine revolutionäre Politik ohne vorbereitende revolutionäre Propaganda und Agitation und Organisation. Keine Verpflichtung, jede Tätigkeit der Komintern in Rumänien zu liquidieren, würde real nicht nur den Verzicht auf die Revolution, sondern die positive Verpflichtung zur Konterrevolution bedeuten - die " Liquidierung " jeder Tätigkeit der Komintern in Rumänien bedeutet aktives Auftreten gegen die revolutionären Kräfte im Lande, die Verpflichtung, sie zu lähmen, sie niederzuschlagen und auszurotten. Es ist nicht anzunehmen, daß diese Mitteilung des " Temps " einfach aus der Luft gegriffen ist und es ist vielsagend, daß bis jetzt kein Dementi der Pariser " Humanité " erfolgt ist.

Auf diese Seite der diplomatischen Verhandlungen der Sowjetregierung unter Stalinscher Führung muß die Arbeiterklasse umso mehr ihre Aufmerksamkeit richten, als sie der Natur der Sache nach möglichst geheimgehalten wird.

2. "Verteidigung der Demokratie" und "imperialistischer Krieg" :

In der Pariser "Humanité" finden wir jetzt zur Unterstützung der Stalin'schen Politik eine Sophistik entfaltet, die einen groben und frechen Betrug an der Arbeiterklasse darstellt. Es wird unterschieden zwischen dem "Krieg zur Verteidigung der Demokratie", den die Westmächte dann führen sollen, wenn sie ein festes Bündnis mit der Sowjetunion schließen, und dem "imperialistischen Kriege", den sie führen, wenn sie das nicht tun.

So schreibt der bekannte Außenpolitiker der Kommunistischen Partei Frankreich: Péri in der "Humanité" vom 6. Mai 1939 :

"Wenn man nun dieser Politik (des festen Bündnisses mit der SU) den Rücken kehrt, so ist die einzige, zu der man sich verdammt, die, die die Sowjetunion aus der Verteidigungskoalition entfernt, die das Proletariat aus der nationalen Verteidigung ausschließt, die aufhört, die Verteidigung der Demokratie zu sein. Es ist die, die über neue Münchener Abkommen den imperialistischen Krieg vorbereitet."

Und im selben Sinne am 8. Mai 1939 :

"In dem Kampf der Demokraten, die entschlossen sind, die Freiheiten gegen den Faschismus zu retten, stellt sich die Arbeiterklasse entschlossen auf die Seite der Demokraten. Aber wo ist gegenwärtig die Wasserscheide? Sie verläuft zwischen der Arbeiterklasse und der Sowjetunion auf der einen Seite und den faschistischen Mächten und ihren Komplizen von London und Paris auf der anderen Seite. Das erstere Lager ist das des Widerstandes gegen den Faschismus, das andere ist das der Vorbereitung des imperialistischen Krieges. Wir sind im ersten Lager"

Welch eine Roßtäuscherei!

Der Krieg wird auf Seiten der französischen und englischen Bourgeoisie in jedem Fall ein imperialistischer Krieg sein, ob mit oder ohne Bündnis mit der Sowjetunion, er wird in keinem Falle ein Krieg zur Verteidigung der Demokratie und sei es auch nur der bürgerlichen Demokratie, sein.

Was hat im Besonderen die Verteidigung Polens und Rumäniens mit der "Verteidigung der Demokratie" zu tun? Polen hat bekanntlich ein faschistisches Regime, Rumänien ein militaristisch-monarchistisch-reaktionäres.

Was die Sowjetunion anbelangt, so kann sie ihrerseits den Krieg als revolutionären Krieg führen, wenn sie an ihren revolutionären Zielen außerhalb der Sowjetgrenzen festhält. Sie kann ihn aber auch als reaktionären, als konterrevolutionären Krieg führen, wenn sie diese Ziele aufgibt und sich zur Lähmung und Unterdrückung der revolutionären Kräfte außerhalb der Sowjetgrenzen hergibt.

3. Polen, der deutsch-italienische Pakt und die französische und englische Bourgeoisie :

Nach wie vor bleibt die fundamentale strategische Tatsache bestehen, daß ohne die aktive Mitwirkung der Sowjetunion eine Verteidigung Polens und Rumäniens durch die Westmächte nach der Preisgabe der Tschechoslowakei nicht möglich ist. Verzichten die Westmächte auf ein Bündnis oder Garantieabkommen mit der SU, so sind alle Garantien, die sie Polen und Rumänien gegeben haben, nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben sind. Der Ausgang der englisch-sowjetischen Verhandlungen ist daher entscheidend dafür, ob die Achsenmächte in Polen und Rumänien neue Fälle einer CSR schaffen werden, ob die "neue Politik" Chamberlains ein Kartenhaus ist oder nicht.

Sowohl im Lager der englischen, wie der französischen Bourgeoisie treten verstärkte Anzeichen auf, die auf die Möglichkeit eines neuen "München" schließen lassen. So der in der französischen radikalsozialistischen Zeitung "Oeuvre" erschienene Artikel von Déat: "Sterben für Danzig?" so Äußerungen der "Times", daß Danzig keinen europäischen Krieg wert sei, so Erklärungen Chamberlains im Unterhaus, daß England eine gütliche Erledigung der Danziger Frage erwünscht sei usw.

Das deutsch-italienische Bündnisabkommen hat vorwiegend propagandistisch-taktische Zwecke. Aber damit sind auch Abkommen über das konkrete diplomatische und militärische Vorgehen der beiden Mächte in der nächsten Zeit verbunden, so in Polen, im Donauraum, im Mittelmeer; In Bezug auf Danzig scheint die Absicht Hitlerdeutschlands zu sein, durch Danzig selbst eine vollendete Tatsache schaffen zu lassen, den Anschluß an Deutschland, die Liquidierung der polnischen Zollverwaltung und der sonstigen administrativen Rechte Polens in Danzig. Und im Falle polnischen militärischen Eingreifens die Reichswehr zu Hilfe rufen zu lassen. Der taktische Vorteil für Hitlerdeutschland wäre in diesem Falle, daß es Polen als Angreifer erscheinen lassen kann....

Die päpstliche Vermittlungsaktion wegen Danzig und der damit verbundene Vorschlag einer Fünfmächtekonferenz in der Vatikanstadt ist sicher nicht ohne die Mitwirkung Mussolinis erfolgt. Der offensichtliche Zweck dabei ist, die Sowjetunion auszuschalten und ein neues "München" vorzubereiten.

Die skandinavischen Staaten haben, belehrt durch das Schicksal des polnisch-deutschen Abkommens, das Angebot Hitlers auf den Abschluß eines Nichtangriffsabkommens abgelehnt.

*.....

Arbeiterwiderstand gegen die Nazidiktatur

=====

No. 9 des Nachrichtenorgans "Faschismus" des ITF entnehmen wir folgende Zusammenstellung:

In 6 Jahren unablässiger Agitation haben die Nazis die entscheidenden Schichten deutscher Arbeiter nicht gewonnen. In den 6 Jahren seit der Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften haben sie die Widerstandsbe-
wegung der Arbeiter nicht brechen können. Die folgenden durch die nationalsozialistische Zensur bestätigten Meldungen aus nationalsozialistischer Quelle geben Ausschnitte aus dem ununterbrochenen Kampf deutscher Arbeiter für Freiheit und Lebensrecht.

Offene Kritik an Hitler: bricht sich seit der Kriegskrise im September 1938 in vielen deutschen Betrieben Bahn. Die Nazispitzel kommen in Verlegenheit, wenn sie alle Arbeiter, die Nazimaßnahmen kritisieren, verhaften wollten, müßten ganze Betriebsabteilungen geschlossen werden.

"Der Ruhrarbeiter", ein Wochenblatt der Deutschen Arbeitsfront, erklärt deshalb den übereifrigen Betriebsspitzen, daß man im Augenblick die Kritik in den Betrieben nicht unterdrücken könne:

"Wer darüber spricht, daß die Eier knapp sind; wer sich Gedanken darüber macht, ob es Krieg gibt oder nicht; wer sich deutlich darüber ausspricht, daß manche Preise anziehen; wer sich überlegt, wann die Welt zur Ruhe kommen wird; ja, wer schon mal auf den Tisch haut, daß sich die Balken biegen, weil die Anspannungen im Betrieb immer intensiver werden.., der ist doch noch kein Leckerer oder Staatsfeind".

Die Arbeiterproteste gegen die Antreiberei und die niedrigen Löhne schockiert das Naziblatt lieber tot. Aber schon aus dieser Aufzählung kann man zugleich ersehen, wogegen deutsche Arbeiter sich am häufigsten wen-

den : gegen Hitlers Kriegspolitik , gegen die Teuerung und den Lebensmittelmangel.

" Leistung nur nach Lohntüte " : Die in deutschen Betrieben wachsende Widerstandsbewegung gegen Überanstrengung und Lohnrückgang hat die Nazis zu ungewöhnlichen Maßnahmen veranlaßt. Die Nazi-Behörden sehen sich gezwungen , in allen Betrieben des Ruhrgebietes eine Warnung anschlagen zu lassen, in der sie Arbeitern und Angestellten, die " pflichtwidrig der Arbeit fernbleiben , die Arbeit verweigern oder böswillig mit der Arbeitsleistung zurückhalten " , schwere Strafen androhen.

Diese Bewegung beschränkt sich nicht auf das Ruhrgebiet. Auch im mitteldeutschen Industriegebiet macht der passive Widerstand der Arbeiter den Bezuhörden außerordentliche Sorgen. Da auch hier patriotische Appelle keine Wirkung hatten, hat der Naziarbeitsminister " in allen Betrieben und Betriebsabteilungen " des Wirtschaftsbezirks Mittelelbe (Magdeburger Revier) durch Aushang schwere Strafen für Arbeiterverweigerung und Zurückhaltung mit der Arbeitsleistung androhen müssen.

Die Widerstandsbewegung greift über die großen Industriegebiete hinaus. Selbst im verhältnismäßig schwach industriellen Württemberg verlangen die Arbeiter höhere Löhne oder das Recht auf Abwanderung in besser bezahlende Betriebe. Viele Arbeiter versuchen durch Arbeitsverweigerung oder Zurückhalten mit der Arbeitsleistung einen höheren Lohn zu erzwingen. Der Naziarbeitsminister hat jetzt in allen Betrieben Württembergs den Arbeitern und Angestellten, die das Recht auf Abwanderung in besser zahlende Betriebe erzwingen wollen, drohen lassen : " pflichtwidrige Arbeitsverweigerung , böswilliges Zurückhalten mit der Leistung oder sonstige Disziplinlosigkeit vor oder nach einer Kündigung, in der Absicht, eine vorzeitige Lösung des Arbeitsverhältnisses (zwecks Abwanderung in besser zahlende Betriebe) herbeizuführen... werden von mir... mit Gefängnis und Geldstrafe ... bestraft " (laut " Amtlichen Mitteilungen des Reichstreuhänders " vom 1.4.39. für Württemberg)

Nur noch mit Polizeimaßnahmen glauben die Nazis der Lohnbewegung der Arbeiter Herr werden zu können.

Deutsche Arbeiter machen blau : Wütend beschwert sich das " Sozialamt der Deutschen Arbeitsfront " darüber , daß " vor allem solche Arbeitskräfte , die im Augenblick unentbehrlich sind, die also wissen, daß sie ihren Arbeitsplatz nicht verlieren werden " wiederholt vor und nach den Feiertagen blaumachen , " um eine möglichst große Zahl Wochen- und Feiertage für ihre persönlichen Interessen zu gewinnen " - . Jeder Ausfall einer Arbeitsschicht verzögert Hitlers Kriegsvorbereitung. Die Arbeitsfront verlangt deshalb , daß diesen Arbeitern zur Strafe trotz gesetzlicher Vorschrift die Wochenfeiertage nicht bezahlt werden.

(Der Deutsche Volkswirt"
14.4.39.

Nicht jeder ist Nazi , der " Heil Hitler " ruft :

Auf allen Schulen in Deutschland müssen sich die Lehrer am Anfang und Ende jeder Unterrichtsstunde mit " Heil Hitler " grüßen lassen und den Hitlergruß erwidern. Ein Mindestmaß Nazi-Agitation ist für jeden Unterrichtsstoff vorgeschrieben worden. An Nazifeiertagen müssen Lehrer Nazi-propagandafäden halten.

Fast alle Lehrer fügen sich dem äußeren Druck , manche als Bequemlichkeit, viele Entschlossene zähneknirschend , weil sie sich nicht sinnlos der Gestapo ausliefern wollen und weil sie nicht wünschen, daß auf ihrem Platz ein gewissenloser Nazi die Kinder vergiftet ; nicht alle Lehrer, die " Heil Hitler " rufen, sind Nazis.

Eine Verhandlung vor dem Reichsdienstetrafhof , dem höchsten deutschen

Beamtendisziplinargerichtshof, gab ein Bild dieser Spannungen auf deutschen Schulen. Ein mißtrauischer Nazisammler hatte schon ihm unterstellten Volksschullehrer nach seiner politischen Anschauung gefragt. Außenpolitisch gehe er mit der Regierung, erklärte der Lehrer vorsichtig, um nicht als "Landesverräter" gemabregelt zu werden, wenn es aber im Innern zum Kampfe kommen sollte; so stehe er auf der anderen Seite. Die Richter des Reichsdienststrafhofes hatten den Mut, den Lehrer freizusprechen, da er seine Auffassungen nur seinem Vorgesetzten mitgeteilt hätte und sich nicht staatsfeindlich betätigt habe.

Das Wochenblatt der "Gestapo" "Das Schwarze Korps" ist darüber empört. "Das Urteil sieht beinahe so aus, als spräche man diesen Leuten so etwas wie eine "Gewissensfreiheit" zu". Gewissensfreiheit gäbe es in Deutschland nicht. "In politischen Dingen darf der Beamte keine eigene Meinung haben, als die des Staates". Übereinstimmung mit der Naziaußenpolitik bedeute gar nichts. "Die Floskel über die Außenpolitik ist ganz und gar nebensächlich. Man kann sie selbst von Juden hören". Zurückhaltende Oppositionelle seien besonders gefährlich: "gefährlich sind die Stillen im Lande, die immer Beherrschten, die niemals eine sichtbare staatsfeindliche Tätigkeit entfalten" ("Das Schwarze Korps" 2.3.39.)

Aus dem "Protektorat" und der "unabhängigen" Slowakei.

Nach dem Muster des alten Österreich werden jetzt die tschechischen Arbeitskräfte zum Bau von Festungswerken an den Grenzen verwandt. Den tschechischen Arbeitslosen wird von den Arbeitsämtern im Protektorat ein Arbeitsvertrag für das Reich vorgelegt, der alles enthält, nur nicht den Arbeitssort und die Höhe des Lohnes. Verheiratete Leute dürfen ihre Familien nicht mitnehmen. Einer Gruppe Arbeitsloser, die vor 14 Tagen von Prag nach Deutschland abgingen, wurde mitgeteilt, daß sie bei den Befestigungsarbeiten an der deutsch-belgischen Grenze beschäftigt werden würden.

In Mähren wird rücksichtslos germanisiert. Überall werden nur deutsche Aufschriften angebracht, besonders auch in den Regierungs- und Amtsgebäuden. Mähren hat in kürzester Zeit ganz den Anstrich eines deutschen Landes bekommen. Bei den Feiern dürfen nur noch Hakenkreuzfahnen herausgehängt werden und keine Lokal- oder Staatsfahnen mehr, wie in Böhmen. In Brünn wurde eine Kundgebung des Polizeipräsidenten Schwab angeschlagen, in der es hieß, die Aufgabe des neuen Regimes sei es, das tschechische Volk "sittlich zu heben". Die Anschläge in tschechischer Sprache sind oft vollkommen unverständlich. In einer Kundgebung des mährischen Heereskommandos wurden in 20 Zeilen 17 schwere sinnentstellende Fehler festgestellt: in einem Prager Anschlag des General Blaschkowitz in fünf Sätzen 71 schwere Fehler.

Beim Einzug in Prag reagierten die deutschen Soldaten nicht auf die Protestäußerungen der Bevölkerung, während die SS-Formationen gleich ihre Maschinengewehre auf die Leute richteten. Auch nachher verhielten sich die Soldaten ganz anständig. Ganz anders die SS-Leute, die sich ganz wie in einem eroberten Lande aufführten. Sie trugen ganz offen zur Schau, wie sie die Tschechen verachteten, sie sind arrogant und grob. In den ersten Tagen wurde die SS hauptsächlich in die Arbeiterviertel geschickt und wurde dort in die Volkshäuser einquartiert, von wo aus Treibjagden auf die Bevölkerung - besonders auf die weibliche - unternommen wurden. Die Arbeiterviertel wurden in den ersten Tagen von 8 Uhr an geschlossen und niemand wurde mehr hinein-, noch hinausgelassen.

In den Hauptstraßen von Prag laufen jetzt zahlreiche Individuen herum, die auf dem Rockaufschlag das Zeichen der Sokols und darunter die Marke der Gestapo tragen. Sie hörchen die Leute aus und provozieren sie zugleich. Sie sprechen ganz gut tschechisch, denn es handelt sich meistens um Sudetendeutsche, aber es gibt auch Tschechen, die sich zu diesem schmutzigen Handwerk hergeben. Das Ziel dieser Burschen waren im Anfang besonders die Schutzleute und die Taxichauffeure, mit denen sie Gespräche anknüpften, wobei sie auf Hitler und die Deutschen zu schimpfen begannen. Im Anfang sind auch einige darauf hineingefallen, aber die Schutzleute verhaften jetzt diese Burschen bei ihren ersten Äußerungen gegen Hitler und auf dem Karlsplatz kam es dieser Tage zu einer großen Schlägerei, als die Taxichauffeure unter Heilrufen auf Hitler über die Provokateure herfielen.

Dem deutschen Militär ist der Besuch der Prager Wirtschaften verboten worden. Die deutschen Soldaten haben nämlich, wenn sie angesäuelt waren, aus ihrem Herzen keine Mördergrube gemacht und den Tschechen offen erzählt, was sie wirklich denken.

In Brüx, Dux, Iglau und Rakowitz nimmt der Terror der Henleingarde - jetzt SA - seinen Fortgang. Die Leute werden geprügelt und gefoltert, Wohnungen werden zerschlagen, ausgeräumt und in Brand gesteckt. Das trifft gleichmässig auf Juden, Tschechen und deutsche "Marxisten" zu. Jeden Tag werden in die Krankenhäuser Leute mit Rippenbrüchen, zerschlagenen Gliedern und vollständig entstellten Gesichtern eingeliefert. In den letzten Wochen stürmten SA-Leute in Rakowitz ein tschechisches Tanzlokal. Es kam zu einer großen Messerstecherei mit vielen Verwundeten. Natürlich wurden nur Tschechen als "Schuldige" verhaftet.

In der Slowakei werden mit Hilfe der Deutschen "Freischaren" gebildet, die sich aus Leuten zusammensetzen, die aus den von den Polen besetzten Gebieten geflohen sind. Bis jetzt hat man 4.500 Mann gesammelt, die unter dem Befehl eines gewissen Stankosch stehen.

Die deutschen Truppen haben in der "befreiten" Slowakei die Linie Preßburg, Ratschendorf, Modra, Pezierk, Trentsiscka, Tepla, Zilina, Vrutky besetzt (also auch die ungarische Grenze entlang). Diese Linie ist feldmässig befestigt worden.

In der Slowakei werden zu Hunderten Magyaren und Juden, aber auch tschechische Gendarmen verhaftet, die bei dem letzten Einbruch der Ungarn in die Slowakei aus ihrer Heimat geflohen sind. Es scheint, daß in der Slowakei überhaupt keine Verwaltung mehr besteht. Außer der deutschen Heeresverwaltung und der Gestapo hausen in vielen Orten die Hlinkagarden, die sich einen Dreck um die Verordnungen der Preßburger Regierung kümmern, auf eigene Faust requirieren, Steuern eintreiben und nach Gutdünken Leute verhaften.

Über die polnische und ungarische Grenze versucht man ständig, Leute zu befördern, deren Staatsangehörigkeit nicht klar ist. Sie werden aber weder von den Polen, noch von den Ungarn hereingelassen und die Grenzwachen geben sie immer wieder zurück und umgekehrt.

In der Slowakei ist fast das ganze rollende Material der Eisenbahn von den Deutschen beschlagnahmt und zu Militärtransporten und für militärische Zwecke im Allgemeinen verwandt worden. Private bekommen um keinen Preis Waggons. Das Geschäftsleben ist deshalb vollständig lahmgelegt. Das allgemeine Durcheinander ist durch die Ankunft neuer Truppen noch vergrößert worden. Während in Böhmen wenigstens einigermaßen wieder Ordnung eingetreten ist, herrscht in der Slowakei vollkommene Anarchie.

.....

Zum XVIII. Parteitag der KPdSU.

V. Der Bericht Manuilskis über die Kommunistische Internationale.

Für die Delegation der KPdSU bei der Kommunistischen Internationale erstattete auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU Manuilski den Bericht. Eine kritische Auseinandersetzung mit diesem Bericht ist schwer möglich und zwar aus dem einfachen Grunde, weil der Bericht so gut wie überhaupt keinen Gedanken irgendwelcher Art, keine Argumente, mit denen man sich auseinandersetzen könnte, enthält. Der Bericht ist lediglich eine Lobpreisung alles dessen, was die Kommunistische Internationale in den letzten fünf Jahren gemacht hat und eine Verherrlichung Stalins. Manuilski hielt es dabei weder für nötig, die eingetretenen taktischen und prinzipiellen Änderungen zu begründen, noch die schweren Niederlagen der Kommunistischen Internationale, die sie in dieser Zeit erlitten hat, zu erklären. Es war alles richtig, es war alles gut, es dient alles zum Besten, man hat es zu glauben und damit basta - wer nicht daran glaubt, ist ein trotzkistisch-bucharinistischer Verräter, ein Spion der Gestapo, Francos usw. Das Niveau dieses Berichtes ist auf einer unvorstellbar niedrigen Stufe und so an sich selbst der Beweis, wozu Stalin heute die Kommunistische Partei der Sowjetunion und die Kommunistische Internationale gemacht hat.

Es kann sich also nur darum handeln, einige Kostproben aus diesem Bericht zu geben, die für sich selbst sprechen.

" Die faschistischen Abenteurer, erklärte Manuilski, beeilen sich, zur Offensive überzugehen, weil sie das Anwachsen der Volksfrontbewegung, den wachsenden Widerstand der Völker gegen die faschistische Aggression, weil sie die Vereinigung, den Zusammenschluß der Völker zu einer internationalen Kampffront gegen die faschistischen Kriegsbrandstifter fürchten. "

Daß die Volksfront in ihrem Mutterland: in Frankreich - zusammengebrochen ist, daß sie ebenfalls in Spanien zusammengebrochen ist und zur Niederlage im Kampfe gegen Franco geführt hat, das sind zwar Tatsachen, die aber für den Berichtersteller der KPdSU über die Kommunistische Internationale nicht existieren und für die man also auch keine Erklärung zu liefern hat.

Über die Leistungen der kommunistischen Parteien im Kampfe gegen den Faschismus erzählt Manuilski folgendes Märchen:

" Überall waren die kommunistischen Parteien, die im Prozeß des Kampfes die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, die Aktionseinheit aller Werktätigen schmiedeten, die treibende Kraft dieses Massenwiderstandes gegen den Faschismus. "

So sieht die Volksfrontpolitik nach dem Bericht Manuilskis aus.

Über die Leistungen der stalinistischen Parteien in den französischen Kolonialländern erzählt Manuilski folgende Märchen:

" In den französischen Kolonien Indochina, Algerien, Tunis, Syrien erringen die werktätigen Massen infolge des Sieges der Volksfront in Frankreich einige demokratische Freiheiten. Hier bildet sich ebenso wie in Indien eine gesamt-nationale Front des Kampfes gegen die imperialistische Unterdrückung heraus " .

Jedermann, der die Tatsachen kennt, weiss, daß das faustdicke Lügen sind. Die Leistungen der stalinistischen Partei unter der Volksfrontpolitik haben darin bestanden, daß sie den Kampf der unterdrückten Kolonialvölker gegen die imperialistische Herrschaft des eigenen Landes verriet und für die Unterstützung des französischen, englischen usw. Imperialis-

mus durch die Eingeborenen Propaganda machte.

Zu der Niederlage der Arbeiterklasse im Kampfe gegen den Faschismus in Spanien sagte Manuilski Folgendes :

" Fast drei Jahre führt das schlecht bewaffnete spanische Volk, verraten von den sogenannten bürgerlich-demokratischen Staaten den ungleichen heroischen Kampf für seine Unabhängigkeit, für die Sache der gesamten fortschrittlichen und fortgeschrittenen Menschheit. Es führte diesen Kampf gegen die militärische Intervention zweier imperialistischer Großmächte : des faschistischen Italiens und Deutschlands und gegen die versteckte Intervention der Weltreaktion, die in Europa unter der heuchlerischen Losung der " Nichteinmischungspolitik " , in Amerika unter der ebenso heuchlerischen Losung der Isolationspolitik die Blockade gegen die spanische Republik durchführte .

Mit keiner Silbe verrät der Berichterstatter, daß die ganze Politik der stalinistischen Parteien gerade auf die Unterstützung durch die demokratischen Mächte angepaßt war, also auf die Mächte, denen der Berichterstatter jetzt den " Verrat " vorwirft. Es besteht dabei nur der kleine Unterschied, daß die bürgerlichen Klassen der sogenannten demokratischen Mächte dabei ihre kapitalistischen Klasseninteressen keineswegs verraten haben, während das, was die stalinistischen Parteien getan haben, der glatte Verrat der proletarischen Klasseninteressen war.

Aber Manuilski hat einen Trost für das niedergeschlagene spanische Proletariat. Er erklärt bombastisch :

" Es wird jedoch der Weltreaktion nicht gelingen, das spanische Volk auf die Knie zu zwingen. "

Das sagt Manuilski im März 1939 - nach der Niederlage von Katalonien.

Der Bankrott der Volksfrontpolitik führt den Berichterstatter der Kommunistischen Internationale nicht zu dem Schluß, daß man die Ursachen dieses Bankrotts untersuchen müsse, sondern umgekehrt zu der Folgerung, daß man die Volksfrontpolitik noch erweitern müßte :

" Die Verräterpolitik der Münchener, erklärt er, bringt diejenigen Schichten in Bewegung, die dem politischen Kampfe bisher ferngestanden haben, sie bildet den Ausgangspunkt für eine noch umfassendere Konzentration der Kräfte gegen die Weltreaktion als es die Volksfront ist, sie verleiht der antifaschistischen Bewegung in der ganzen Welt und vor allem in England einen neuen Impuls, sie beschleunigt das Heranreifen der Idee des Sturmes gegen den Kapitalismus in den Massen "

Mit der " umfassenderen Konzentration der Kräfte gegen die Weltreaktion " ist nichts anderes gemeint als die Bildung der " nationalen Einheit " in den einzelnen Ländern unter Beteiligung der Kommunisten und die Bündnisse der bürgerlichen Regierungen gegen den faschistischen Imperialismus. Es gehört eine eiserne Stirn dazu, um diese " Konzentration " im Zeichen der Verteidigung des Imperialismus als das " Heranreifen der Idee des Sturmes gegen den Kapitalismus in den Massen " darzustellen.

Als Richtschnur für das Verhalten der stalinistischen Parteien im Falle des Krieges zitiert Manuilski folgende Stelle aus dem " Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU (B) :

" Es gibt (a) einen gerechten Krieg, der kein Eroberungskrieg, sondern ein Befreiungskrieg ist, der das Ziel hat, entweder das Volk gegen einen äußeren Überfall und gegen Versuche zu seiner Versklavung zu verteidigen oder das Ziel der Befreiung des Volkes von der Sklaverei des Kapitalismus oder endlich das Ziel der Befreiung der Kolonien und ab-

"hängigen Länder vom Joche der Imperialisten und (b) einen ungerechten, einen Eroberungskrieg, der das Ziel hat, fremde Länder zu erobern, fremde Länder zu versklaven."

Das heißt in Wahrheit die Grundlehren des Marxismus und des Leninismus in Bezug auf die Rolle der Arbeiterklasse im imperialistischen Kriege aufheben und verleugnen. Manuïlski aber erklärt, das entspreche der Lehre des Marxismus-Leninismus, die den Krieg in gerechte und ungerechte einteile. Diese Einteilung läuft in Wahrheit einfach darauf hinaus, daß die Arbeiterklasse sich für den imperialistischen Krieg einsetzen muß, wenn es nicht ein offensiver, sondern ein defensiver Krieg ist. Das alles widerspricht aufs Größlichste den Lehren des Marxismus und Leninismus, nach denen nicht der Gesichtspunkt der Offensive oder Defensive, sondern der des Klassencharakters und Klasseninhalts des Krieges über die Stellung der Arbeiterklasse entscheiden muß.

Besonders grobe Lügenmanöver leistet sich Manuïlski in der Frage des Verhaltens der kommunistischen Parteien in den kolonialen Befreiungskriegen. Er erklärt einerseits entsprechend den alten Formeln des kommunistischen Programms:

"es ist nicht ihre Sache (der kommunistischen Partei), die bestehenden Kolonialreiche zu verteidigen".

Andererseits erklärt er:

"Bei der Verteidigung des Rechts der Kolonialvölker auf Selbstbestimmung bis zur Lostrennung unterordnen die Kommunisten in Übereinstimmung mit der Lehre Lenins-Stalins die Verwirklichung des Rechtes auf Lostrennung den Grundinteressen des Befreiungskampfes der Kolonialvölker selbst, dem Ziel der Zerschmetterung des Faschismus, dieses schlimmsten Feindes der Werktätigen und dem Ziele des Sieges der internationalen Arbeiterklasse über ihre Ausbeuter."

Der zweite Satz kann sich nicht auf Lenin, sondern nur auf Stalin berufen, er ist in Wirklichkeit die Aufhebung der kommunistischen Grundeinstellung zum Befreiungskampfe der Kolonialvölker. Er stem-pelt den ersten Satz zur hohlen und verlogenen Phrase.

Über die Kommunistische Partei Spaniens erklärt Manuïlski:

"Die KP Spaniens erwarb sich durch ihre richtige Politik, dadurch daß sie die Interessen des Sieges des spanischen Volkes in den Mittelpunkt aller ihrer Sorgen und Gedanken stellte, in allen Schichten des Volkes gewaltige Autorität. Sie gewann das Vertrauen des Volkes durch ihren grenzenlosen Heroismus."

Man erinnere sich wieder, daß das im März 1939 gesagt worden ist, wo sich herausstellte, daß die große Masse der werktätigen Bevölkerung des republikanischen Spaniens jedes Vertrauen zu der Politik der stalinistischen Partei in Spanien verloren hatte und von tiefem Haß gegen sie erfüllt war.

Eine besondere Perle ist die Begründung, die Manuïlski für die Auflösung der Kommunistischen Partei Polens und die Ermordung ihrer führenden Kader durch die stalinistische Bürokratie gibt. Er sagt darüber:

"Als am stärksten durch feindliche Elemente versucht erwies sich die Kommunistische Partei Polens, in deren Führung Agenten des polnischen Faschismus eingedrungen waren. Diese Lumpen versuchten im Mai 1926 die Partei auf den Weg der Unterstützung des faschistischen Umsturzes Pilsudskis zu zerren. Als dieser Versuch mißlang, sprachen sie reuig von ihrem "Maifehler", führten vor der Komintern eine Komödie der Selbstkritik auf, betrogen sie ebenso, wie seinerzeit Lovestone und die Polizeispitzel- "Fraktionisten" in der ungarischen und in der jugoslawischen Partei die Komintern betrogen haben."

Jede Bemerkung zu diesem Schmutz ist überflüssig; ebenso wie wir es uns ersparen, das wüste Geschimpfe Manuilskis gegen die trotzkistisch-bucharinistischen Verräter usw. wiederzugeben oder zu kommentieren.

Der Bericht Manuilskis schließt mit einem byzantinischen Hymnus auf Stalin, aus der wir als Probe folgende Stellen anführen:

" Unter seiner Führung schlug die KPdSU(B) diese Agenten auf's Haupt, fegte sie das verächtliche faschistische Gewürm von dem siegreichen Weg der Erbauer der klassenlosen sozialistischen Gesellschaft hinweg und festigte damit die Positionen des Weltkommunismus.

Genosse Stalin hat die große Lehre von Marx-Engels-Lenin nicht nur vor Entstellungen durch feindliche Elemente bewahrt, sondern er hat sie auch in Anwendung auf die neuen Bedingungen der Epoche der allgemeinen Krise des Kapitalismus und des Sieges des Sozialismus in der USSR weiterentwickelt. Er rüstete mit dieser Lehre das internationale Proletariat aus; eröffnete ihm noch weitere Horizonte; konkretisierte die Perspektiven seines Kampfes noch mehr; erfüllte die Arbeiter aller Länder mit noch größerer Siegeszuversicht.... Diese Hoffnungen (die Hoffnungen der Weltbourgeoisie) sind zuschanden geworden, weil das mächtige Land des Sozialismus nicht nur täglich, sondern stündlich stärker wird, weil den kommunistischen Parteien die Fackel der unsterblichen Lehre Marx-Engels-Lenins-Stalins den Weg ihres Vormarsches erhält. (Stürmischer Beifall)

Die Hoffnungen der Weltbourgeoisie wurden und werden zuschanden, weil der Genius der werktätigen Menschheit, Genosse Stalin, über die Interessen der Arbeiterklasse und der Werktätigen der ganzen Welt wacht. (stürmischer Beifall, alle erheben sich von den Plätzen, Rufe: Hurra, es lebe der große Führer des Weltkommunismus: Genosse Stalin!)

Es sei nur daran erinnert, daß niemand zu Lebzeiten von Marx, Engels und Lenins die Geschmacklosigkeit besaß, ihnen ins Gesicht ihre Lehre als " unsterblich " zu bezeichnen. Das blieb den Trabanten des " großen Stalin " vorbehalten. Das Maß der Lobhudelei gegenüber den angeblichen Leistungen Stalins als Fortsetzer des Werkes von Marx, Engels, Lenin steht in einem direkten Verhältnis zu dem Zerstörungswerk, das Stalin praktisch und theoretisch am Werk von Marx, Engels und Lenin verübt hat.

Aus Mussolini-Italien:

In ganz Italien finden große Truppenbewegungen statt, die sich in verschiedenen Richtungen bewegen. Die für Albanien bestimmten Truppenteile werden nach Brindisi und Bari befördert, wo auch große Vorräte von Kriegs- und Verpflegungsmaterial angehäuft werden. In Sizilien werden die Truppen und das Material konzentriert, die für Lybien und den Dodekanes bestimmt sind; von Genua, Spezia und Neapel gehen die Verstärkungen für Spanien ab. Je mehr die Truppenbewegungen von Norden nach Süden fortschreiten, destomehr wird der Norden von den Deutschen besetzt.

Auf dem Dampfer " Calabria " sind vor einigen Tagen von Genua nach Spanien abgegangen: eine Abteilung Alpini aus dem Bezirk Bergamo und eine Abteilung Bersaglieri (ebenfalls Gebirgstruppen) aus Brescia, insgesamt rund 12.000 Mann, diese Truppen sind für die Pyrenäen bestimmt.

In den letzten Apriltagen sind 120 deutsche und italienische Flugzeuge längs der adriatischen Küste nach Brindisi geflogen. Sie sind für Albanien und den Balkan bestimmt. Die Apparate waren mit deutschen und italienischen Truppen beladen. Die Flugzeugbasen auf Sizilien sind am 26. April durch 24 deutsche Junkersflugzeuge vom Typ K verstärkt worden.

Arbeiterpolitik

No. 20/VI. Jahrgang

Dritte Maiwoche 1939

An die Arbeiter aller Länder !

=====

In einer Welt, die zu einem wahrhaften Pulverfaß geworden ist, lauert der Krieg, überall die Funken bereithaltend.

Die Gewaltstrieche der totalitären Staaten auf die Tschechoslowakei und auf Albanien, die gewaltige Rüstung der "demokratischen" Staaten, die amerikanische Initiative, zeigen heute, daß die Voraussetzungen für einen Weltkonflikt gegeben sind.

Die Niederlagen des Proletariats und als ihre Folgen: der Verrat der sozialistischen und stalinistischen Führer der französischen Volksfront haben in erster Linie die Verwirrung ins Arbeiterlager geworfen und verhindern bis heute, dem Aufstieg des Faschismus und Militarismus energischen Widerstand zu leisten.

Das Ungeschick der spanischen Revolution, die von den vereinigten Kräften der faschistischen Staaten geschlagen, von den "demokratischen" Staaten blockiert und ausgehungert, und schließlich vom stalinistischen Rußland und unter Mitschuld gewisser anarchistischer Führer von der gesamten Volksfrontpolitik von hinten erdolcht wurde, hat die Zersetzung nur anwachsen lassen und Spanien zu einem neuen und wichtigen Kriegsherd gemacht.

Die Zweite und Dritte Internationale sind als Klassenkampforganisationen tot; die sozialdemokratischen Parteien, die noch bestehen, sind an die Stelle der Parteien der Bourgeoisie getreten, und sind in den "demokratischen" Staaten die Verteidiger der engen nationalen Interessen ihrer Länder. Die kommunistischen Parteien sind weiterhin nur die diplomatisch-militärischen und Polizei-Agenturen des Sowjetstaates.

Unter diesen tragischen Bedingungen, wo der Tod seine lähmende Drohung über der ganzen Menschheit ausbreitet, erhebt die Internationale Arbeiterfront gegen den Krieg (die die revolutionären sozialistischen Organisationen zusammenfaßt) die Fahne des Internationalismus, außerhalb dessen es keine Rettung für das Proletariat aller Länder gibt.

Das Ende der Münchener Illusionen.

Das peinliche Kompromiß zwischen den totalitären und "demokratischen" Staaten, das in München versucht wurde, hat sich als von sehr kurzer Dauer erwiesen. So findet sich die Warnung vor den Illusionen eines sogenannten Münchener Frieden gerechtfertigt, die die FOI vor 6 Monaten an die Arbeiter gerichtet hatte. München war nur eine Frist, um den totalitären Staaten die Expansion, den "demokratischen" Staaten die Aufrüstung zu ermöglichen. Aber die Illusionen von München werden noch von den sozialistischen und reformistischen Führern gepflegt, die ihre Blicke auf den Präsidenten Roosevelt richten und eine internationale Wirtschafts- und Abrüstungskonferenz verlangen; dem schließen sich auch die Stalinisten an.

Nun ist in der kapitalistischen Welt, wo mehr und mehr militärische Gewalt und Räubermethoden herrschen und wo sich durch Überproduktion die Absatzkrise in Permanenz festgesetzt hat, eine internationale Konferenz

nach dem Rezept von Roosevelt entweder unmöglich oder ein simples Manöver ohne mehr Bedeutung als ihre jämmerlichen Vorgänger, die Abrüstungskonferenz und die Internationale Wirtschaftskonferenz in London (1933).

Die Botschaft Roosevelts hat, abgesehen von ihrer Phraseologie, über den Frieden, nur ein Ziel: die Achse Berlin-Rom und ihre japanische Verlängerung als Gegner der Vereinigten Staaten kenntlich zu machen, die ihre kapitalistischen Interessen bedrohen, besonders in Südamerika und China. Die Botschaft bedeutet, daß die Vereinigten Staaten mehr und mehr mit ihrer isolationistischen Politik brechen und das Gewicht ihrer gewaltigen Macht in das französisch-englische Lager werfen.

Imperialistischer Krieg und nicht Krieg der Demokratien.

Die sozialdemokratischen und stalinistischen Parteien täuschen plump die Arbeiter, wenn sie behaupten, der Krieg sei der Krieg der Demokratie gegen den Faschismus, der Krieg der Freiheit gegen die Tyrannei. Mit diesen lügnerischen Phrasen strafen sie sich selbst Lügen, indem sie sich in allen noch "demokratischen" Ländern zu Komplizen der militärisch-kapitalistischen Offensive gegen die Volksmassen machen.

Wie in den faschistischen Staaten liegt die ungeheure Last der Rüstungen gänzlich auf den Volksmassen, daher führt sie zur Herabsetzung des Lebensniveaus der Arbeiter, zur Erhöhung der Arbeitszeit, zur Liquidierung der sozialen Gesetze, zur wachsenden Einschränkung der demokratischen Freiheiten, zur permanenten Mobilisierung der Männer, zur zwangswweisen Heranziehung der Frauen für die "nationale Verteidigung" und umfassend zur Militarisierung der Meinungen und des Bewußtseins; was die demokratischen Staaten jeden Tag ihren faschistischen Vettern ähnlicher macht.

Der Faschismus und der Nationalsozialismus versuchen ihrerseits, mit den demagogischen Phrasen vom Kampf der proletarischen Länder gegen die Plutokraten die italienischen und deutschen Massen in das Kielwasser ihrer Imperialismen zu ziehen.

In Wahrheit ist der bevorstehende Krieg ein imperialistischer Krieg, wo es nicht darum geht, die Freiheiten zu verteidigen, sondern sich der Kapitalinvestierungsgebiete zu bemächtigen, wo es nicht darum geht, die Demokratie zu verteidigen, sondern die Rohstoffquellen und Absatzmärkte zu behalten, wie auch darum, aus der Ausbeutung der Kolonialvölker den maximalen Profit zu ziehen.

Unter etwas anderen ideologischen Marken wiederholen sich heute die gleichen Kämpfe wie 1914; das Deutschland Hitlers, wie damals das Wilhelm's, verfolgt seinen Weg nach Osten, um für seine Wirtschaft die Agrar- und Rohstoffländer zu annektieren.

Nach der Unterwerfung des tschechischen Volkes stößt es auf seinem Marsch zu den polnischen Erzen, dem Petroleum und Getreide Rumäniens, den riesigen Märkten Asiens, auf den englisch-französischen Kapitalismus, der als Gegenstoß den Faschisten Beck und den Diktator-König Carol unter die Verteidiger der "Demokratie" aufnimmt.

Italien, der Vormund Francos, sucht die imperialen Verbindungslinien Englands und Frankreichs zu zerstören. Indem es sich Albanien bemächtigt hat es sich ein Sprungbrett zur Bedrohung der britischen Flottenbasen im östlichen Mittelmeer geschaffen. England verlegt ihm den Weg, indem es Griechenland und seinen Diktator Metaxas "garantiert".

Japan sucht sich bei der Ausbeutung Chinas an die Stelle des englischen und amerikanischen Imperialismus zu setzen.

Endlich nehmen Italien und Deutschland ihre Forderung der Neuaufteilung der Kolonien wieder auf.

Die scharfen Auseinandersetzungen sind keine ideologischen Kämpfe, son-

dern Gangsterkämpfe , obwohl im Gegensatz zu Gangstern , die sich selbst gegenseitig töten , die beiden imperialistischen Lager sich ihre Hegemonie durch die Niedermetzelung von Millionen Opfern sichern wollen. Das ist jetzt der einzige Ausweg der kapitalistischen Herrschaft , die durch die seit 1929 bestehende chronische Krise zu Tode getroffen ist.

Das stalinistische Manöver.

Die Anwesenheit der stalinistischen Regierung in einem der Lager ändert nichts am imperialistischen Charakter des Krieges. Schon lange hat Stalin das Bündnis mit dem internationalen Proletariat durch das Bündnis mit den imperialistischen Staaten ersetzt. Heute macht die Polizeiregierung Stalins , deren barbarische und konterrevolutionäre Haltung den Sozialismus , den sie für sich beansprucht , entehrt , den Konflikt so weit wie möglich von seinen Grenzen entfernt zu lokalisieren. Deshalb hält sich Rußland halb-neutral , obwohl es gleichzeitig die verschiedenen kommunistischen Parteien in den angeblich demokratischen Ländern in aktive Agenten zur Entfesselung des Krieges umwandelt , und behält sich vor , später mit einem Maximum von Profit in den Konflikt einzutreten. Nun , weder das internationale , noch das Sowjetproletariat haben irgendein Interesse daran , daß das Stalinregime in einem Kriege die Rolle des Genarmes des demokratischen Imperialismus spielt.

Arbeiter aller Länder !

Die Zivilisation hat keinen Ausweg im Rahmen des Kapitalismus , welches auch seine politische Form sein möge. Die Welt ist an einige große Imperialismen verteilt , deren Wettlauf um den Profit zur Folge hat , daß zuviel produziert und noch mehr zerstört wird. Infolge dieses Widerspruchs wird die Welt immer mehr in der Barbarei untergehen , wenn es Euch nicht gelingt , dieses unmenschliche System zu stürzen und das Schicksal der Menschheit durch die Aufrichtung des Sozialismus selbst in die Hand zu nehmen.

Arbeiter ,

die Ihr von der faschistischen Diktatur unterdrückt seid : widersetzt Euch der rassistischen und nationalistischen Hysterie , kämpft mit allen Euren Kräften gegen die Vorbereitung des Krieges , und wenn er trotzdem kommen sollte , macht Euch gefaßt auf den günstigen Augenblick , wo die Diktatoren Euch bewaffnet haben und Euch so die Kraft geben , um ihre verbrecherische Herrschaft zu zerschlagen.

Arbeiter der " demokratischen " Staaten !

Widersetzt Euch der Militarisierung und der Unterdrückung der demokratischen und gewerkschaftlichen Freiheiten ; verteidigt Eure Löhne , Eure Arbeitsbedingungen und Eure sozialen Errungenschaften ; verweigert jede Erhöhung der Arbeitszeit und erzwingt die Einstellung der Arbeitslosen ; verlangt die Arbeiterkontrolle , in erster Linie der Kriegsproduktion , die die größte Profitquelle für den Kapitalismus ist. Erhebt Euch gegen die Militärausgaben und die Verminderung der sozialen und kulturellen Budgets ; unterstützt die von den großen " Demokratien " unterworfenen Kolonialvölker . Verlangt das Recht auf Arbeit und die Meinungsfreiheit für die eingewanderten Arbeiter.

Dieser ganze Kampf ist nur möglich , wenn die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Mitarbeit ihrer Organisation an der kapitalistischen Kriegsvorbereitung und die Einreichung dieser Organisationen in den militärischen Apparat des Imperialismus auf das Energischste bekämpfen ; denn diese Politik der Klassenzusammenarbeit sabotiert nicht nur die Interessen der Arbeiter , sondern liefert auch den faschistischen Diktatoren die besten Argumente , um ihre betrogenen Völker in die große Schlächtereie hineinzutreiben.

Arbeiter , die Ihr Euch in die " demokratischen " Länder geflüchtet habt:

Weist mit Verachtung die Appelle der sozialdemokratischen und stalinistischen Parteien zurück , die Euch zu Südländern der " demokratischen " Imperialismen machen wollen, denkt daran , daß die provokatorische Haltung dieser Parteien letzten Endes nur dazu dient, die Autorität der Diktatoren über ihre Völker zu stärken. Denkt daran, daß im Falle eines militärischen Sieges die " demokratischen " Imperialismen die besten Gendarmen der Konterrevolution in den besiegten Ländern sein würden.

Proletarier aller Länder !

Nur die Zerstörung des kapitalistischen Systems und der bürgerlichen Staaten , die Enteignung der besitzenden Klassen , die Aufrichtung proletarischer Staaten , der direkte Einfluß der Volksmassen können in den erschütterten Welt das retten .was es in der modernen Zivilisation an Fortschrittlichem gibt , und können einen wirklichen Frieden schaffen , der nicht auf der Unterwerfung , sondern auf der Freiheit der Menschen und Völker aufgebaut ist.

Nieder mit der Union sacrée !

Es lebe der Klassenkampf !

Nieder mit dem Krieg !

Es lebe die proletarische Revolution !

Konferenz der Arbeiterfront gegen den Krieg.

Der Stand der Verhandlungen mit der Sowjetunion .

Die Stellung der Sowjetunion bei den Verhandlungen mit England ist in einem ausführlichen Artikel der " Istwestija " präzisiert worden. Die Sowjetregierung verlangt von England und Frankreich " volle Gleichheit, und Gegenseitigkeit " der Garantie , während England bisher zwar von der Sowjetunion Bereitschaft verlangte : 1. eine einseitige Hilfsgarantie für Polen und Rumänien zu übernehmen , die sich faktisch beschränken sollte auf Lieferung von Kriegsmaterial , Rohstoffen und Flugzeugen für diese beiden Länder ; 2. eine ebenso einseitige Hilfsgarantie für England-Frankreich für den Fall, daß diese beiden Länder infolge ihrer Hilfeleistung für Polen-Rumänien in Konflikt mit den Achsenmächten gerieten. Dagegen verlangt die Sowjetregierung eine gegenseitige und vollständige Garantie gegen einen Angriff der Achsenmächte gegen die sowjetischen Westgrenzen. Das bedeutet praktisch : 1. den Abschluß eines gegenseitigen Hilfspaktes zwischen England, Frankreich und der Sowjetunion , das heißt eines vollen militärischen Defensivbündnisses ; 2. daß auch die baltischen Staaten (Litauen , Lettland, Estland) von den Westmächten garantiert werden ; 3. daß der polnisch-rumänische Vertrag so abgeändert wird , daß er die Möglichkeit eines Angriffs gegen die Sowjetunion ausschließt . In diesem Sinne war nach den vorliegenden Presse-meldungen die letzte sowjetische Note an England gehalten . Sie hielt also an der von der Sowjetunion bisher eingenommenen Grundeinstellung fest : der Gleichheit , Gegenseitigkeit und Vollständigkeit der Garantien . Um ihre Festigkeit in Bezug auf diese ihre Grundeinstellung zu unterstreichen , hat die Sowjetregierung , nachdem sie die Tagung des Völkerbundes bis auf 22.Mai hat verschieben lassen, damit Potemkin als Sowjetvertreter dort erscheinen könne , ankündigen lassen , daß Maiski, der Sowjetbotschafter in London , ihr Genfer Vertreter sein würde.

Die französische Regierung hat in London einen Vermittlungsvorschlag gemacht . Er scheint darauf hinauszulaufen , daß zwar England und Frankreich jetzt noch von dem Abschluß eines förmlichen Militärbündnisses absehen, daß sie aber zusagen , im " Augenblick der Gefahr " sofort militärische

Verhandlungen einzuleiten. Der Artikel des " Temps " vom 17. Mai 1939 kann wohl als Kommentar zu diesem Vermittlungsvorschlag betrachtet werden. Der Artikel vertritt die These, daß für die Garantierung der Sowjetunion kein gegenseitiger Hilfspakt zwischen England, Frankreich und der Sowjetunion nötig sei, der allgemeinen Charakter habe, noch formelle gegenseitige Verpflichtungen zwischen Polen, Rumänien und der Sowjetunion. Die von der Sowjetregierung geforderte Garantie für die baltischen Staaten wird mit Stillschweigen übergangen. Noch bemerkenswerter als diese Ausführungen ist aber folgende Mitteilung:

" Man versichert zwar, daß die Unterhaltungen, die Herr Potemkin, Stellvertretender Volkskommissar für das Auswärtige, mit den rumänischen und polnischen führenden Kreisen bei seiner Rückkehr von Ankara gehabt habe, zum Ergebnis gehabt habe, diese Befürchtungen (Polens und Rumäniens wegen der revolutionären Auswirkung der Sowjethilfe) fühlbar abzuschwächen. Formelle Versicherungen sollen insbesondere gegeben worden sein in Bezug auf die Unterdrückung jeder Tätigkeit der Komintern in den beiden Ländern. "

Das Blatt setzt hinzu:

" Das politische Problem, das die russische Hilfe stellt, bleibt nichtsdestoweniger sehr verwickelt. "

Wir bemerken, daß auch diese Mitteilung, ebenso wie die vorhergehende des " Temps ", die sich auf die Zusicherung der Einstellung jeder Komintern-tätigkeit in Rumänien durch Potemkin bezog, bisher nicht von der stalinistischen Presse dementiert worden ist, daß sie also als zutreffend unterstellt werden kann. Diese Seite der Verhandlungen, von denen in der Öffentlichkeit nur in Andeutungen, wie sie der " Temps " macht, die Rede ist, verdient die schärfste Aufmerksamkeit der internationalen Arbeiterklasse, denn sie ist ausschlaggebend für die Beurteilung der Rolle der Sowjetunion bei einem Abkommen mit den Westmächten vom Standpunkt der Arbeiterklasse. Was Polen anbelangt, so ist bekanntlich die kommunistische Partei Polens schon vor längerer Zeit von Stalin aufgelöst und ihre Führer soweit sie in der Sowjetunion waren, sind in der oder jener Weise " liquidiert " worden. Die Zusicherungen Potemkins müssen sich also viel weiter erstrecken als auf die Einstellung der revolutionären Tätigkeit der nicht mehr existierenden kommunistischen Partei Polens. Was können unter diesen Umständen die Zusicherungen Potemkins andere sein, als die Garantie des sozialen und politischen status quo in Polen, das heißt der militärisch-faschistischen Diktatur und der Herrschaft der Großgrundbesitzer und Kapitalisten, eine Garantie nicht nur in Bezug auf die polnische Arbeiter- und Bauernbewegung, soweit sie von der Sowjetunion beeinflußt wird, sondern auch in Bezug auf die direkte oder indirekte Rolle der Roten Armee gegenüber Polen. Nach der Rolle, die das Stalinische Regime in Spanien gespielt hat, nach seinem Verzicht auf die Agrarrevolution in China, nach der Aufgabe der Unterstützung der revolutionären Bewegungen in den Kolonialländern, wäre eine solche Zusicherung nicht weiter Überraschend. Es ist naheliegend, daß über diese Fragen auch zwischen England, Frankreich und der Sowjetunion verhandelt worden ist und verhandelt wird. Das eigentliche Verhandlungsobjekt zwischen der Sowjetregierung und den Westmächten ist demnach offenbar Folgendes: auf der einen Seite fordert die Sowjetunion die Gleichheit, Gegenseitigkeit und Vollständigkeit der Garantien für sich selbst; auf der anderen Seite fordern die Westmächte volle Garantie für den politischen und sozialen status quo in ihren eigenen Ländern und in denen ihrer Vasallenstaaten. Die erste Seite dieser Verhandlungen ist in volles Tageslicht gerückt, die andere Seite bleibt aus begreiflichen Gründen im Halbdunkel. In diesen Fragen ringen nicht nur in den kapitalistischen Ländern verschiedene Tendenzen miteinander, sondern offenbar auch in der Sowjetunion selbst. Eine endgültige Entscheidung ist noch nicht gefallen. Wie sie gefallen ist, wenn sie fällt, wird man dann aus der Haltung der Kominternparteien, wie aus den konkreten Formen der Hilfe-

leistung der Roten Armee für Polen und Rumänien ablesen können .

Selbst die Frage bleibt noch offen , ob die Verhandlungstaktik der Sowjetregierung nicht darauf abzielt , die Verhandlungen scheitern zu lassen , um eine Stellung der Neutralität zu beziehen und die Verantwortung dafür den Westmächten aufzuladen. Wir haben hier wiederholt betont, daß wir vom Standpunkt der Arbeiterklasse das Herausbleiben der Sowjetunion aus dem Konflikt der beiden imperialistischen Lager für die bessere Lösung halten.

Die Entscheidung über das künftige Verhältnis der Sowjetunion zu den Westmächten ist von ausschlaggebender Bedeutung für die weitere Entwicklung der internationalen Lage. Der englischen Regierung soll ein Sachverständigen Gutachten eingereicht worden sein , das besage , daß ohne die volle militärische Hilfe der Sowjetunion die Garantien der Westmächte für Polen und Rumänien nicht durchzuführen seien. Aber das ist eine strategische Binsenwahrheit ! Die " Pause " von unbestimmter Dauer, die gegenwärtig in der Aktion der Achsenmächte eingetreten ist , hängt offensichtlich mit der noch nicht erfolgten Klärung des Verhältnisses zwischen der Sowjetunion und den Westmächten zusammen . Es ist klar , daß es für die Achsenmächte von ausschlaggebender Bedeutung ist , ob sie mit einem Zweifrontenkrieg zu rechnen haben oder nicht und daß sie ihre Gesamtaktion , wie ihre Einzelaktionen davon abhängig machen werden.

Das türkisch - englische Abkommen.

Der Abschluß des türkisch-englischen Abkommens ist ein nmso stärkerer Schlag für die Achsenmächte , als Hitlerdeutschland bereits umfangreiche Kredite und Lieferungen an die Türkei gegeben hatte . Das Abkommen , das provisorischer Natur ist , verpflichtet die beiden Staaten zu gegenseitiger Hilfeleistung im Falle eines Angriffs der Achsenmächte im östlichen Mittelmeer und auf dem Balkan . Es schließt die Öffnung der Dardanellen für englische Kriegsschiffe ein , also die Möglichkeit für die englische Flotte , Rumänien zur See Hilfe zu leisten . Somit stärkt das Abkommen die Stellung der Westmächte gegenüber den Achsenmächten auch auf dem Balkan . Das englisch-türkische Abkommen bedarf der Ergänzung durch ein französisch-türkisches Abkommen. Seinem Abschluß steht noch die Verständigung beider Staaten über das Gebiet von Alexandrette entgegen.

Danzig - Polen .

Die Aktionen Hitlerdeutschlands gegen Danzig sind bis jetzt immer wieder aufgeschoben worden, was aber keineswegs zu bedeuten braucht, daß sie aufgehoben sind . Die Gründe für den bisherigen Aufschub sind in drei Momenten zu erblicken : 1. in der noch nicht gefallenen Entscheidung bei den Verhandlungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion ; 2. in der Abneigung Italiens , Hitlerdeutschland wieder lediglich für seine eigene Rechnung vorgehen zu lassen ; 3. in dem Anwachsen der Antikriegsgestimmung im italienischen Volk speziell für den Fall , daß Italien dabei nur den Sekundanten Hitlerdeutschlands zu spielen habe. Allem Anschein nach hat Hitler die Hoffnung noch nicht aufgegeben , daß er Danzig wegnehmen könne, ohne daß die Westmächte eingreifen. Diese Hoffnung stützt sich auf gewisse Einstellungen in den herrschenden Kreisen Englands selbst. Die Rede Chamberlains in der Albert Hall, die scheinbar kräftige Töne gegenüber den Achsenmächten anschlug , ließ wieder Hintertüren auf , die Hitlerdeutschland hoffen lassen können, daß England Danzig nicht zum Kriegsfall machen würde. Die Erklärung Chamberlains lautete, daß ein gewaltsamer Versuch Hitlerdeutschlands , sich Danzig zu bemächtigen , von der Art , daß dadurch die Unabhängigkeit Polens

bedroht würde, einen Weltkrieg entfesseln würde, an dem England beteiligt sein würde. Diese Formulierung läßt die Türe offen dafür: 1. daß der "Anschluß" Danzigs an Deutschland als "friedlich" hingestellt wird; oder 2. daß ein gewaltsamer Angriff Deutschlands auf Danzig als keine Bedrohung für die Unabhängigkeit Polens behandelt wird. Die internationale Presse weisst selbst von gewissen Gerüchten zu melden, wonach England Polen für den Fall des Verlustes von Danzig koloniale Entschädigungen in Aussicht gestellt habe.

An der Turiner Rede Mussolinis

ist vor allem bemerkenswert die starke Betonung, daß keine der schwebenden Fragen zum Kriege führen müsse. Das läßt auf die Stärke der Antikriegsstimmungen des italienischen Volkes im Ganzen und der Turiner Arbeiter im Besonderen schließen. Natürlich bedeutet das keineswegs den Verzicht des faschistischen Italiens auf seine imperialistischen Eroberungspläne, sondern daß Mussolini (wie Hitler) seine Versuche verstärkt, sich als den von den Westmächten Angegriffenen hinzustellen.

Die Meldungen über Differenzen unter den leitenden militärischen Kreisen Italiens über die Frage des Blitzkrieges, die in der letzten Zeit die englische und französische Presse brachte, erhalten eine gewisse Bestätigung durch die Nachricht, daß die Befugnisse Badoglio als Chef des italienischen Generalstabes eingeschränkt werden sollen, sodaß er nur als "technischer Berater" Mussolinis zu gelten habe.

"Reinigung" in den militärischen Kreisen Hitlerdeutschlands:

Diesen italienischen Nachrichten gehen parallel Nachrichten über die Absetzung verschiedener höherer militärischer Kommandeure der Reichswehr durch Hitler, die gegenüber den Hitler-Göringsschen militärischen Plänen kritisch eingestellt seien.

Zu der wachsenden Kohlenknappheit in Deutschland, die durch die steigenden Erfordernisse der Durchführung des Vierjahresplanes hervorgerufen ist (Ersatzstoffe usw.), ist nun noch eine Knappheit an Kalk getreten. Die Kohlenknappheit hat bereits zur Einschränkung der Produktion des führenden Zementwerkes (Mainz-Amöneburg), sowie zur Erhöhung der deutschen Kohleneinfuhr aus England geführt.

Vor dem kaudinischen Joch.

Ende voriger Woche gab es im Anschluß an die bekannte Erklärung Daladiers über die internationale Lage eine zweitägige Debatte über die innere und äußere Politik der Regierung. Die Regierung Daladier ist bekanntlich eine Regierung der "Taten" und sie liebt das lange Geschwafel in der Kammer nicht. Zwei Tage genügten deshalb nach ihrer Meinung vollauf, um der "Opposition" Gelegenheit zu geben, ihre Klagelieder an den Mann zu bringen.

Die Vertreter der SFIO, wie der KPF erklärten sich grundsätzlich mit der Regierungspolitik einverstanden. Sie haben nur einige Schönheitsfehler an ihr auszusetzen: sie ist nach ihrer Meinung gegenüber den totalitären Staaten noch nicht fest genug, im Innern weist sie die von ihnen in der aufdringlichsten Weise immer wieder angebotene nationale Einheit schnöde zurück, sie verteilt die Lasten, die aus der Aufrüstung entstehen, nicht in der richtigen Weise, die Kommunisten speziell setzen sich entsprechend der aus Moskau ergangenen Anweisung für die berühmte "kollektive Sicherheit" ein, und was dergleichen Meckereien noch

mehr sind, Alles das läuft auf das bekannte Argument hinaus, daß die Regierung Daladier noch nicht "patriotisch" genug ist. Von einer wirklichen Vertretung des Standpunktes der Arbeiterklasse ist keine Spur zu entdecken.

Demgegenüber hat das Regierungsoberhaupt von seinem Standpunkt aus ganz richtig erklärt:

"Gibt es einen Menschen, der anstelle der Wahrheit, so hart sie auch sein mag, an diesem nutzlosen Wortschwall der Volksredner und der Demagogen der Vergangenheit Gefallen findet?"

Die harte Wahrheit ist diese: wer für die Aufrüstung ist, der hat auch dafür zu bezahlen, die kapitalistische Regierung nimmt die 50 Milliarden frs. daher von den arbeitenden Massen und nicht von den Kapitalisten, denn wie die Lasten "verteilt" werden, das bestimmt die kapitalistische Regierung und nicht die Demagogen. Im Übrigen braucht die Regierung diese nicht und will sie auch garnicht.

Um das aller Welt zu demonstrieren, hat die Regierung durch den Radikalsocialisten Chichery kurz und bündig eine Tagesordnung anbringen lassen; die Kammer nimmt die Erklärung der Regierung entgegen, vertraut auf sie; weist jeden Zusatzantrag zurück und geht zur Tagesordnung über.

Die "Volksvertreter" der SFIO haben sich die Beine abgelaufen, um das Ding wenigstens in zwei Sätze zu zerlegen, damit sie für die Außenpolitik und - um vor den Massen das Gesicht zu wahren - gegen die Innenpolitik der Regierung stimmen konnten. Es war nichts zu machen, Daladier hat sich nicht einmal auf Verhandlungen oder Besprechungen eingelassen, Léon Blum ist in höchsteigener Person noch einmal auf die Tribüne gestiegen, um seinen Schmerz über die Hartherzigkeit der Regierung auszuweinen, Vergebens! Darauf Unterbrechung der Sitzung, damit die Fraktion der SFIO noch einmal beraten konnte. Mit der Zufallsmehrheit von 48 : 42 Stimmen bei 9 Enthaltungen wurde diesmal noch beschlossen, gegen das Vertrauensvotum zu stimmen. Interessant ist, daß bei dieser Abstimmung die "munichois" und die "bellicistes" (Kriegstreiber) bunt durcheinanderstimmten, so zum Beispiel Blum und Grumbach dafür, Lebas dagegen usw. Sie sind alle einander wert, ob Sozialpatrioten oder Sozialpazifisten, und sie werden alle zusammen bis zu Ende den Weg gehen, den die deutsche Sozialdemokratie gegangen ist.

Aus der Zufallsmehrheit wird bald eine Minderheit werden und die französische Sozialdemokratie wird dann durch das kaukasische Joch kriechen, vor dem sie diesmal noch zurückgeschreckt ist. Aber auch das wird sie nicht retten, die Zeiten sind bald ganz vorbei, wo die französische Bourgeoisie noch mit sich spaßen ließ, sie weiss, daß harte Unnachgiebigkeit das beste Mittel ist, die SFIO ganz in den Staub zu zwingen und sie vor den Massen jedes Kredits zu berauben.

Die Stalinisten hatten folgende Tagesordnung eingebracht:

Die Kammer ist entschlossen, den Frieden in der Freiheit und Unabhängigkeit aller Völker zu verteidigen; sie ist entschlossen, alles ins Werk zu setzen, damit weder Gewalt, noch List etwas gegen Frankreich ausrichten können; sie ist der Meinung, daß das Werk der gegenseitigen Unterstützung, das den Zweck hat, den faschistischen Angreifern den Weg zu versperren, unter Teilnahme der SU in vollständiger Gleichheit und Gegenseitigkeit verwirklicht werden muß; sie ist von der Notwendigkeit überzeugt, daß allen Opfer auferlegt werden müssen, um das französische Volk in einer gemeinsamen Anstrengung zum Heil des Landes zu einigen; sie weist jeden Zusatzantrag ab und geht zur Tagesordnung über.

Die Haltung, die aus dieser Fassung spricht, ist noch charakterloser, als die der SFIO. Geradezu ängtlich ist auch das leiseste Wort des Ta-

del an der reaktionären Innenpolitik der Regierung , an ihrer Politik der schwersten Massenbelastungen vermieden worden. Höhnisch erklärte Herr Daladier , daß er die Resolution ausgezeichnet finde , besonders den Satz über die Notwendigkeit , allen Opfer aufzuerlegen. Im Übrigen kein Wort davon , es ist ihm völlig wurst , was die Kommunisten sagen oder beantragen , erpfeift auf ihre Stimmen, er will, sie garnicht haben.

Trotz allem gegenteiligen Geschrei sind die Stalinisten offenbar bereit, alles, aber auch alles von Seiten der Regierung zu schlucken ,wenn diese nur den Wünschen der Sowjetregierung in außenpolitischer Beziehung nachkommt. Sicherlich wird es unter ihnen noch eine ganze Menge Leute geben, die der Meinung sind - trotz allem unbehaglichen Gefühls dabei - daß man auf diese Weise der Sowjetunion und der Sache der internationalen Arbeiterklasse am besten diene. Doch nichts ist verhängnisvoller als das. Diese hundsföttische Politik ermuntert die französische Regierung geradezu dazu , in ihrer Innen- und Außenpolitik keinerlei Rücksichten auf das Proletariat zu nehmen. Und was die Sowjetunion betrifft, so wird ihr " Schutz " , der damit angeblich erzeugt werden soll, in den Augen der breiten Massen unvermeidlich mit dem Abbau aller sozialen Errungenschaften , mit der Aufbürdung unerträglicher Steuerlasten , mit dem Verlust aller politischen Freiheiten im eigenen Lande verbunden. Welche Auswirkung das auf die Dauer haben muß , braucht man nicht weiter auszumalen.

Die Arbeiterklasse Frankreichs kann sich nur retten, wenn sie die Kraft aufbringt , mit dem Reformismus alten Schlages und mit dem Neo-Reformismus der Stalinisten zu brechen .

.....
Aus H i t l e r d e u t s c h l a n d .
=====

ITF. Die Nazis hatten versucht , die Belegschaften durch in militärähnlichen Verbänden zusammengefaßte zuverlässige Betriebsarbeiter überwachen und niederhalten zu lassen. Der Versuch ist gescheitert . Die Arbeitsfront hat diese Verbände , die " Werkscharen " als selbständige Formationen aufgelöst und die Werkscharamitglieder der Nazipartei als Funktionäre eingegliedert. Die vorhandenen Werkscharuniformen dürfen aufgetragen werden , in absehbarer Zeit aber sollen alle Werkscharamitglieder die braune Uniform der Nazipartei-Agitatoren tragen. Die Werkscharamitglieder werden zu Partei-Agitatoren oder doch zu Partei-Agitations-Anwärtern ernannt (in Nazisprache heißt das : zu " politischen Leitern " oder zu " politischen Leiter-Anwärtern) . Sie sind keine selbständige Betriebsgruppe mehr - sie sind nur noch Agitationsfunktionäre der zuständigen Ortsgruppe der Nazipartei.

Mit der Werkschar tragen die Nazis große Hoffnungen zu Grabe. Auf dem Parteitag 1936 hatte Ley prahlerisch versichert :

" Ich kann Ihnen melden , mein Führer (Hitler) , daß - durch die Werkscharen - die Sicherheit und der Frieden in den Betrieben nicht nur für normale Zeiten garantiert sind , sondern auch in schwersten Krisenzeiten Erschütterungen wie Munitionsstreiks ... ausgeschlossen sind "

(" Völkischer Beobachter " 14.9.1936)

Die Gegner des geschwätzigigen Leys haben bald nachweisen können, daß Ley geblufft hat . Zum 1.Mai 1938 sah Ley sich genötigt , in einem Aufruf die Werkscharen an ihre Aufgaben zu erinnern :

" Sollte Deutschland wieder mal eine schwere Belastungsprobe bestehen müssen , und sollten sich daraus , wie im großen Kriege , auch schwere Wirtschaftsstörungen in den heimatlichen Gebieten ergeben , so muß jeder Betrieb so in sich geordnet sein , daß er die notwendigen Maßnahmen selbst ergreift und bei sich selber (d.h. ohne Hilfe der Gestapo , die Red.) Ordnung schafft. Es muß die Ehre eines jeden Betriebes im nationalsozialistischen Deutschland sein , ohne äußere (!) Machtmittel , gerade in der Stunde der Gefahr jede auftretende Störung , Unordnung oder gar unverantwortliche Hetzerei augenblicklich zu beseitigen und auszurotten. "

(" Völkischer Beobachter " 28.4.1938)

Heute - nur ein Jahr später - versucht in fast allendeutschen Betrieben die Polizei die passive Resistenz entscheidender Arbeitergruppen zu bekämpfen. Die Werkscharen haben versagt , die Gestapo blieb das letzte Mittel der Nazisozialpolitik .

In diesem stummen Kampfe in den Betrieben zeigte es sich , daß ein großer Teil der 360.000 Werkscharamitglieder nur unter Druck die schwarze Uniform der Chauffeure der Deutschen Arbeitsfront angezogen hat , daß viele Arbeiter in Werkscharuniform im Lohnkampf in den Reihen der Arbeitskameraden stand.

1938 mußte Dr. Ley anordnen :

" Es muß mit allen Mitteln verhindert werden , daß aus der Werkschar... die ... sich zum weitaus größten Teil aus Angehörigen einer Klasse zusammensetzt... jemals eine Klassenorganisation werden könnte " .

1939 muß Ley die Klassenorganisation auflösen.

Faschisten wollen Krieg - Italien will Frieden .

Aus dem " Eisenbahner " - Schweiz - 5. Mai 1939 :

Eine Fahrt durch Italien , auf den Hauptstrecken , ganz besonders auf den Nebenstrecken , vermittelt dem Reisenden , auch wenn er nur kurze Zeit im Lande bleibt , Eindrücke , die im krassen Gegensatz stehen zu dem , was in gewissen großen Kundgebungen als die wahre Stimmung des Volkes der Weltöffentlichkeit durch Presse und Radio hingestellt wird , berichtet ein Schweizer Eisenbahner. Die kleinen Bahnhöfe der Nebenstrecken sind belagert von Frauen und Kindern , von ganzen Familien , die bis hierhin ihren Angehörigen , die zu den Zügen gerufen wurden , das Geleit geben. Das Schluchzen der Frauen , das Weinen der Kinder , wenn der Zug in die Station einführt , und der Augenblick des Abschieds , für viele vielleicht für immer , da ist , spricht eine beredte Sprache. Von Kriegsbegeisterung ist da wahrlich nicht zu bemerken . Es spielen sich , noch bevor der Krieg begonnen hat , dieselben ergreifenden Szenen ab , wie es in Deutschland am Ende des Weltkrieges der Fall war. Denn die Bauernsöhne und Landarbeiter , die erst im September vorigen Jahres und nun zum zweiten Male mobilisiert werden , haben nur den einen Wunsch : in Ruhe und Frieden den heimatlichen Boden zu bestellen. Der Unmut über die neuerliche Mobilisierung findet ganz besonders bei den Frauen drastischen Ausdruck. Sie sind ganz allgemein der Auffassung , daß das Dritte Reich die treibende Kraft hierbei sei und der Duce nur mitmache , weil Hitler es so bestimme.

Verantwortlich : E. Hirtzel , Strasbourg

Arbeiterpolitik

No. 21/VI. Jahrgang - 4. Mai 1939

Die Verhandlungen mit der Sowjetunion.

Von Genf aus ist von den Vertretern der Westmächte ihrer Presse das Signal gegeben worden, daß der Abschluß der englisch-sowjetischen Verhandlungen unmittelbar bevorstehe. Es seien neue Kompromißvorschläge gemacht worden, die vorsehen: 1. eine gegenseitige Hilfeverpflichtung zwischen England, Frankreich und der Sowjetunion, bei einem direkten Angriff der Achsenmächte gegen einen von ihnen. 2. Gegenseitige Hilfe, falls einer der Beteiligten bei der Ausführung der Garantieverpflichtungen gegenüber kleineren Staaten in Krieg mit der Achse verwickelt wird. 3. Ausdehnung der Garantieverpflichtung der Westmächte auf die baltischen Staaten, die der Sowjetunion auf Belgien, Holland, Schweiz. Dagegen werden von sowjetischer Seite pessimistische Meldungen verbreitet.

Die Verhandlungen seien nicht wesentlich vorangekommen. Es könnte sein, daß es sich bei den optimistischen Meldungen der Westmächte darum handelt, den sowjetischen Partner als das Haupthindernis für einen raschen Abschluß darzustellen und so einen Druck auf ihn auszuüben. Während die pessimistischen sowjetischen Meldungen darauf abzielen, den Druck der sogenannten öffentlichen Meinung in England und Frankreich auf die Regierung Chamberlain zu verstärken.

Um was es sich konkret für die englische Regierung handelt, geht am klarsten hervor aus der mit großer Hartnäckigkeit von den englischen Unterhändlern verfochtenen Ablehnung: 1. Einer Garantie für die baltischen Staaten. 2. Einer Garantie der Sowjetunion gegen einen direkten Angriff Hitlerdeutschlands auf die Westgrenzen der Sowjetunion. Es handelt sich dabei um den Versuch, Hitlerdeutschland den Weg zum Angriff gegen die Sowjetunion im Norden durch die baltischen Länder offenzuhalten. Der deutsche Angriff im Süden über Polen-Rumänien ist den Westmächten weniger genehm, weil er ihre eigenen strategischen und imperialistischen Interessen direkter und stärker bedroht.

Die Schwierigkeit und Länge der Verhandlungen mit der Sowjetunion von Seiten der Westmächte war bedingt durch den realen Widerspruch zwischen der Tendenz der Westmächte, sich die Möglichkeit der Ablenkung Hitlerdeutschlands gegen die Sowjetunion bis zuletzt offen zu halten, andererseits aber ihrem Bedürfnis, die Sowjetunion zur Sicherung ihrer imperialistischen Interessen in Ost- und Südosteuropa heranzuziehen. Dazu kommt noch die Fragen der Sicherung des sozialen status quo der kapitalistischen Staaten. Welche der beiden sich widerstrebenden Tendenzen sich bei den Westmächten durchsetzt, werden wahrscheinlich die nächsten Tage zeigen. Sie werden ebenso zeigen, ob bei der Sowjetunion die Tendenz überwiegt sich vorläufig aus dem imperialistischen Konflikt herauszuhalten, oder die, sich auf der Seite des imperialistischen Lagers zu engagieren, das den territorialen und imperialistischen status quo verteidigt. Wenn die gegenärtige stalinische Doktrin zwischen dem "gerechten" Krieg unterscheidet, der den bestehenden Zustand der Machtverteilung verteidigt und dem "ungerechten", der ihn angreift, so hat das zwar mit der marxistisch-leninistischen Auffassung des Krieges nichts zu tun, für den nicht die Frage der Verteidigung oder des Angriffs, sondern die des imperialistisch-reaktionären oder revolutionären und fortschrittlichen Klasseninhalts des Krieges entscheidend ist. Diese Doktrin ist vielmehr der "theoretisch" verkleinerte Ausdruck der einfachen Tatsache, daß der Sowjetstaat die hungrigen imperialistischen Mächte mehr fürchtet, als die gesättigten.

Sollte es zu einem Abschluß der Verhandlungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion kommen, so darf man jedoch keineswegs vergessen, daß die Tendenzen der Westmächte, die bei den Verhandlungen zutage traten, Hitlerdeutschland gegen die Sowjetunion abzulenken und sich den Weg zu einem Kompromiß offenzuhalten, durch einen Vertragsabschluß zwar zeitweilig zurückgedrängt, aber keineswegs ausgelöscht sind. Diese Tendenzen werden auch nach dem Vertragsabschluß weiter bestehen und es wird mit ihnen zu rechnen sein. In dieser Beziehung waren die englisch-sowjetischen Verhandlungen für die internationale Arbeiterklasse sehr aufschlußreich, ebenso wie die Verhandlungen Potemkins in Bukarest und Warschau aufschlußreich waren für die Bereitschaft des Stalinschen Regimes, den Verzicht auf die revolutionäre Kriegsführung auszusprechen.

Das englische Weißbuch über Palästina.

Die englische Regierung hat ihr Weißbuch über Palästina veröffentlicht, das ihren Plan über die künftige Gestaltung der palästinensischen Verhältnisse enthält.

Die Grundzüge des Planes sind folgende:

Es sei nicht das Ziel der englischen Regierung, einen jüdischen Staat in Palästina zu gründen. Die arabische Bevölkerung Palästinas solle nicht gegen ihren Willen einem jüdischen Staat unterworfen werden. Aber es "soll ein Staat sein, wo die beiden Völker, das arabische und das jüdische, sich die Regierungsgewalt teilen, sodaß die wesentlichen Interessen von beiden gewahrt bleiben". Die Voraussetzung dafür sei, die Verbesserung der jüdisch-arabischen Beziehungen. Daher sei eine Übergangszeit notwendig. Die Absicht der englischen Regierung sei, innerhalb von 10 Jahren einen "unabhängigen palästinensischen Staat" zu schaffen, der mit England "Verbindungen" hat, durch die die wirtschaftlichen und strategischen Interessen "beider Länder" (lies: Englands) gewahrt bleiben. Während der Übergangszeit wird die englische Verwaltung bestehen bleiben. Aber Araber und Juden sollen in wachsendem Umfange an der Regierung beteiligt werden. Diese Beteiligung soll beginnen nach Herstellung der "Ordnung". Palästinensische Araber und Juden sollen zu Chefs von Regierungsdepartements ernannt werden unter Kontrolle des englischen Hochkommissars und assistiert durch englische "Räte". Diese Beteiligung soll schrittweise so erweitert werden, bis alle Regierungsdepartements von Palästinensern besetzt sind. Dann soll der Exekutivrat beim englischen Hochkommissar in einen Ministerrat verwandelt werden. Keine Gesetzgebende Versammlung ist vorgesehen. Sie soll dann in Betracht gezogen werden, wenn die "öffentliche Meinung" dafür ist. Fünf Jahre nach der Herstellung der "Ordnung" soll eine aus Palästinensern und Engländern bestehende Körperschaft über die Schaffung eines "unabhängigen palästinensischen Staates" entscheiden. Eine weitere Verschiebung um 10 Jahre ist möglich. Die jüdische Einwanderung darf höchstens bis zu einem Drittel der arabischen Bevölkerung ansteigen. In den nächsten fünf Jahren wird die Einwanderung auf insgesamt höchstens 75.000 Köpfe beschränkt. Nach diesen fünf Jahren soll keine weitere Einwanderung ohne Zustimmung der Araber stattfinden. Der Landverkauf der Araber an Juden wird eingeschränkt. Es soll verhindert werden, daß weitere landlose Bauern entstehen.

Der Plan ist ein entscheidender Schlag gegen das Kernstück des Zionismus: die Schaffung eines jüdischen Staates in Palästina. Er schafft aber auch für die Araber keine wirkliche nationale Unabhängigkeit. Er ist zugeschnitten auf ein Kompromiß mit der feudalen arabischen Oberschicht, sowohl gegen die Juden als auch gegen die werktätige arabische Bevölkerung, die Bauern und Arbeiter. Bis jetzt lehnen sowohl die palästinensischen Araber, wie die Juden den Plan ab. Sie haben gegen ihn demonstriert. Vom Standpunkt der werktätigen Klassen, der arabischen, wie der jüdischen, ist der Plan abzulehnen. Eine wirkliche Lösung der palästinensischen nationalen und Klassenfragen ist nicht möglich von Gnaden des britischen Welt-

reiches, sie ist nicht möglich auf zionistischer Grundlage, sie ist nur möglich durch die gemeinsame und selbstständige Aktion der jüdischen und arabischen werktätigen Klassen Palästinas.

Zum Parteitag der SFIO in Nantes.
=====

Der auf dem Weihnachtsparteitag in Montrouge offen zum Ausbruch gekommene Konflikt zwischen Sozialpatrioten und Sozialpazifisten in der SFIO hat sich in den letzten fünf Monaten verschärft und vertieft. Der Ton der Debatten ist gehässiger geworden, man hat den Eindruck, daß - besonders unter den führenden Leuten - sich Gegensätze aufgetan haben, die auf die Dauer kaum mehr zu überbrücken sind. Ein Zeichen dafür war die Sitzung des Parteivorstandes vom 10. Mai. Der Generalsekretär Paul Faure hatte einen Tätigkeitsbericht verfaßt, in dem er aus seiner sozialpazifistischen Meinung kein Hehl machte. Die sozialpatriotische Mehrheit des Parteivorstandes nahm den Bericht nicht zur Kenntnis, ja sie lehnte sogar ab, darüber auch nur zu diskutieren. Der Generalsekretär hat ahntrotzdem an die Sektionen und Ortsgruppen der Partei verschickt. Daraufhin nahm der Parteivorstand in der erwähnten Sitzung vom 10. Mai mit 13 zu 15 Stimmen nach einer hitzigen Debatte eine Resolution an, in der festgestellt wurde, daß der Generalsekretär sich gegen den Parteivorstand aufgelehnt habe und daß dieser Akt ohne Vorgang in der Geschichte der Partei sei.

An der Sitzung hatten die beiden Häupter der feindlichen Fraktionen nicht teilgenommen. Als Antwort auf den Beschluss des Parteivorstandes sandte Faure ein Telegramm, daß er den Beschluss nicht annehme und daß er auf der Tribüne des Parteitages das Nötige dazu sagen werde.

Es ist in diesem Zusammenhange nicht ohne Reiz festzustellen, daß hier Paul Faure dasselbe getan hat, weswegen man vor einem Jahr die "Revolutionäre Linke" aus der SFIO ausgeschlossen hat: Versendung von Material an die Sektionen und Föderationen ohne Zustimmung des Parteivorstandes. Und Paul Faure war damals gerade der Haupttreiber bei dem Ausschluß der Fraktion um Pivert....

Zum Parteitag liegen im ganzen vier Resolutionen vor. Die erste, die u. a. von Paul Faure, Aliemane, D'Héveder, Maurice Paz, Roucaurol, Sévèrac, Spinasse und anderen unterzeichnet ist, verlangt die Unverletzlichkeit des französischen Gebietes, die Verteidigung der politischen Unabhängigkeit des Landes, eine neue Verteilung der Rohstoffe und Rüstungsbeschränkung. Sie wirft der Regierung vor, daß sie aus den Beschlüssen von München nicht die richtigen Folgerungen gezogen habe, nämlich die Einberufung einer internationalen Konferenz. Man erkenne nicht die Notwendigkeit der militärischen Aufrüstung und der Garantien für die gegenseitige Sicherheit. Aber das dürfte nicht dazu führen, die Wirtschaft der totalitären Länder zu erschüttern und so die Diktatoren zum Krieg zu reizen. Sie ist gegen den Burgfrieden oder die "französische Einheit", weil dies nur zu Kriegsabenteuern führe. Sie ist dagegen, daß die Notwendigkeit der militärischen Verteidigung zu einer Politik der sozialen Reaktion ausgenützt werde. Die Lastenverteilung dürfe nur im Einverständnis mit den Arbeiterorganisationen vorgenommen werden. Die Partei müsse bereit sein, mit den Vertretern solcher politischen Parteien eine Regierung zu bilden, die den Begriff des Vaterlandes niemals von dem Begriff der Republik und der sozialen Gerechtigkeit getrennt haben. Gegenüber den Radikalen und den Kommunisten müsse die Selbstständigkeit der Partei betont werden, trotz aller notwendigen Zusammenarbeit.

Die Resolution Blum, die auch von Bracke, den beiden Grumbach, Lébas, Dormoy, Zyromski, Blumel, Louis Lévy, Graziani und anderen unterzeichnet ist, behauptet, daß nur die Diktatoren die Angreifer sein können. Indem die Partei den Faschismus bekämpfe, kämpfe sie zugleich die Unabhängigkeit und Frei-

heit Frankreichs, Frankreich müsse durch gegenseitige Beistandspakte alle Völker um sich sammeln, die ebenfalls bereit seien, ihre Freiheit und Unabhängigkeit zu verteidigen. Nach dem Zusammenbruch der Münchener Politik habe England und Frankreich diese Politik angenommen und die Partei werde dabei aus aller Kraft mitarbeiten. Sie verkenne keineswegs die Notwendigkeit einer internationalen Konferenz, so wie sie Roosevelt vorgeschlagen habe, aber die Möglichkeit dafür hänge von der Haltung der Diktatoren ab. Im Inneren müssten alle Parteien, Organisationen und Individuen zusammengeschlossen werden, die bereit seien, für die Unabhängigkeit des Landes und die Unversehrtheit der republikanischen Einrichtungen einzutreten. Die Regierung verfolge nicht diese Politik und sei deshalb zu tadeln.

Die Resolution der " Sozialistischen Wiederaufrichtung " betont eingangs die Unvermeidlichkeit der imperialistischen Gegensätze. Die Münchener Beschlüsse jedoch hätten der Ausgangspunkt fuer wirtschaftliche und Abrüstungsabkommen werden koennen, wenn die Demokratien diese Gelegenheit benutzt haetten. Auch jetzt sei es besser, fuer die Diktaturen wünschenswerter zu machen, als sie den Krieg fürchten zu lassen. Besonders müssten die wirtschaftlichen Notwendigkeiten Deutschlands beruecksichtigt werden, aber das duerfe zu keiner politischen oder sozialen Unterjochung von seiner Seite fuehren. Zugleich mit der von Roosevelt verlangten Konferenz sei Abrüstung notwendig und die Rede Hitlers vom 28. April oeffne den Weg fuer solche Verhandlungen. Buendnisse seien eine zweiseitige Sache, der Sozialismus duerfe nie als Kriegstreiber auftreten. Wenn der Krieg ausbrechen wuerde, so muesste alles getan werden, um ihn moeglichst einzuschraenken und abzukuerzen. In diesem Sinne muessten die Arbeiter und die Sozialisten unabhaengig handeln. Im Innern gegen die nationale Einheit. Gemeinsame Regierung mit den Radikalen nur, wenn sie " strukturelle Reformen " annehmen. Verteidigung der Freiheit des Individiums gegen Faschismus, Staatskapitalismus und Stalinismus.

Unterzeichnet ist diese Resolution von Zoretti, Deixonne, Berthe Fouchère und anderen. Diese Gruppe gilt gemeinhin als das Ueberbleibsel der " Revolutionaeren Linken " in der SFIO. Wie weit dies der Fall ist entzieht sich unserer Beurteilung; ihr ideol. gischer Restbestand jedenfalls ist einfach klaeglich. Sie ist nur eine andere Schattierung der Sozialpazifisten.

Zum Schluss noch die " integralen Pazifisten ". Sie stellen fest, dass die Aufrüstung weder mit dem Glueck noch mit der Freiheit vereinbar sei; sie beurteilen jede Art von Mobilisierung und Rüstung, verlangen sofortige Teilabrüstung Frankreichs und sind gegen jede Art von Krieg. Diese Resolution ist nur von zwei Leuten unterzeichnet. Es handelt sich hier um den sogenannten " bbkenden Pazifismus " .

Vergleicht man die beiden ersten, die Hauptresolutionen, miteinander, so muss man feststellen, dass der Unterschied nicht bedeutend ist. Das ist aber nur Schein. Sie sind beide bestrebt, die Schwankenden einzufangen und deshalb jedem etwas zu bieten.

Ein anderer Streitpunkt ist auch die Mitarbeit der Parteimitglieder an anderen politischen Organisationen. Hier liegen zwei Berichte vor, einer von Blumel, einer von Eaz, die anscheinend in der Hauptsache beide dasselbe wollen, naemlich Verbot der Mitarbeit an den stalinistischen Hilfsorganisationen. In Wirklichkeit geht aber hier der Streit um eine wichtige Waffe im Fraktionskampf: Um die Fraktionsorgane. In Vorausahnung der kommenden Dinge hat sich Paul FAURE vor einiger Zeit ein eigenes Organ geschaffen, " Pays Socialiste ", und darum dreht sich im Grunde genommen alles. Die Blumisten wollen es verbieten, und nach den Beschlüssen der Foederationskongresse zu schliessen, wird innen das in Nantes auch gelingen. Fuer diesen FALL hat Faure in der letzten Nummer bereits erklart,

" Pays Socialiste" sei kein Tendenz organ, es sei überparteilich, die anderen, die die Unterdrückung seines Blattes verlangen, geben lustig weiter ihre Fraktionsblätter heraus und im Uebrigen lache er nur über solche Beschlüsse.

So weit die Ergebnisse der Föderationskongresse überblicken lassen, werden die Blumanhänger eine schwache Mehrheit in Nantes haben. Von den zehn grössten Föderationen haben die Pazifisten in fünf die Mehrheit und in den anderen fünf beträchtliche Minderheiten. Dafür haben sich dann in der letzten Woche die grossen Kanonen Dormoy, Lebas, Blumel Moch usw. mächtig ins Zeug geworfen, aber Blum wird seine Mehrheit nur der absoluten Beherrschung eines halben Dutzend kleiner und kleinster Föderationen verdanken. Der Sozialpazifismus ist im Vormarsch in der SFIO, das ist unverkennbar.

Neben den zwei Haupt- und zwei Nebenrichtungen gibt es noch eine fünfte Richtung in der Partei, die sich vielleicht in Nantes als die stärkste wenn auch nicht der Zahl nach erweisen wird: Die "Heuler" oder "Versöhnler". Sie sind die rührigsten von allen, sie sind überall vertreten, in allen Nuancen, fast in allen Föderationen ist es ihnen gelungen neben der Kampfstimme eine Versöhnungsresolution durchzudrücken und so den Boden für ein Kompromiss in Nantes zu schaffen, und so weit wird es diesmal wahrscheinlich auch noch kommen.

Zum ersten Parteitag der PSOP.

=====

Die Sozialistische Arbeiter und Bauernpartei haelt zu Pfingsten ihren ersten Parteitag ab. Die Partei ist in einer schwierigen Lage, sie soll inmitten einer allgemeinen rückläufigen Bewegung eine neue revolutionäre Organisation aufbauen. Nachdem die KPF alle kommunistischen Grundsätze preisgegeben hat, hat die französische Arbeiterbewegung keine wahrhaft revolutionäre Partei mehr. Der PSOP ist es bisher nicht gelungen aus der "revolutionären Linken", als die sie aus der SFIO ausgeschlossen wurde, zu dieser revolutionären Partei zu werden. Weder zahlenmässig noch ideologisch. Das ist kein Geheimniss und wird von den Mitgliedern der Partei selbst am allerwenigsten geleugnet.

Von der Debatte, die in den Organisation der PSOP vor dem Parteitag geführt worden ist, ist uns nichts bekannt. Es liegen uns nur die April und Maihefte der "Cahiers Rouges" vor. In diesen gibt zunächst Marceau Pivert den Bericht des politischen Sekretariats, der bei einer Stimmenthaltung vom Bureau der Partei angenommen worden ist. Hier ist vor allem die Bemerkung wichtig, dass es das Ziel der "revolutionären Linken" seit zehn Jahren war, die Einheit des Proletariats durch Verschmelzung mit der kommunistischen Partei herzustellen. Dass dieses Ziel jetzt nicht mehr vorhanden ist, ist ganz natürlich, aber aus dem Bericht geht in ganz ungenügender Form hervor was an dessen Stelle treten soll. "Sammlung aller revolutionären Minderheiten" wie es an einer anderen Stelle heisst, kann unmöglich ein Ersatz dafür sein. Und "weder eine sozialdemokratische, noch eine bolschewistische Partei" ist viel zu zweideutig. Durch die berüchtigte, von der Komintern praktizierte "Bolschewisierung" sollte man sich nicht abschrecken lassen, anzustreben, was das russische Proletariat allein befähigt hat den Sieg zu erkämpfen: eine einheitliche, fest disziplinierte und ideologisch geschlossene, d. h. eine kommunistische Partei.

Inbezug auf den Pazifismus heisst es: "Man muss den instinktiven antimilitaristischen Pazifismus der Massen nicht fürchten. Er ist gesund. Und inbezug auf den Imperialismus kann er einen wirklichen revolutionären

naeren Charakter und Bedeutung annehmen. Der Nationalismus, der Chauvinismus sind im Gegensatz dazu Importartikel des feindlichen Lagers und sie muessen als solche scharf bekaempft werden". In DIESER Auffassung liegt eine der wesentlichsten Schwaechen der PSOP. Der Pazifismus ist genau so eine buergerliche Erscheinung wie der Chauvinismus. In den Klassenauseinandersetzungen ist er ein Mittel der Bourgeoisie, um das Proletariat einzuschlaefern, um es wehrlos zu machen. Das revolutionaere Proletariat muss den Pazifismus genau so ablehnen, wie den Chauvinismus, nur die revolutionaere Gewalt ist der Geburtshelfer der neuen Gesellschaft. Gelingt es der PSOP nicht die pazifistischen Stroemungen in ihrem Schosse zu ueberwinden, so wird sie nie die revolutionaere Partei des franzoesischen Proletariats werden.

Zur Programmdebatte liegt zunaechst ein Artikel von Michel Collinet ueber die Kriegsfrage vor. Hier wird in erfreulicher Weise der Pazifismus entschieden abgelehnt mit der Begrueundung, dass der Frieden nicht zu erreichen ist ohne die Zerstoerung des kapitalistischen Systems. Die Stellung zum revolutionaeren Defaitismus wird durch folgenden Satz charakterisiert: "... er ist nichts anderes als das gleich verderbliche GEGENSTUECK zur chauvinistischen Kriegstreiberei ". Begrueundet wird diese Stellung damit, dass aus der Niederlage eines Landes keinwegs sicher die sozialistische Revolution hervorgehen wird. "och schlimmer steht es mit einem zweiten Artikel desselben Verfassers " Ueber die internationale Lage" inbezug auf die Sowjetunion. Ihre Verteidigung wird abgelehnt, weil das nur das stalinische Regime staerken wuerde!

Lucien Herard bringt einen laengeren ARTIKEL ueber die Porespektiven der Machtergreifung. Die Lage in Frankreich wird darin nicht schlecht charakterisiert, dann folgt ein Versuch, den Begriff oder die Erscheinungsform des Faschismus zu definieren. Man koenne nicht sehen, welcher Kategorie von Kapitalisten er von Vorteil sei zum Schaden anderer kapitalistischer Kategorien. Wir wuerden dem Verfasser raten, nur nach Deutschland zu blicken um das festzustellen! Der Faschismus ist die politische Ausdrucksform des Monopolkapitals in der Verfallsperiode des Kapitalismus. Die kapitalistischen Monopole werden nicht nur nicht angefasst, sondern gestoerzt unter Benachteiligung und teilweiser Vernichtung der anderen kapitalistischen Erscheinungsformen. Die schwaechste Seite des Artikels ist aber, dass der buergerlichen Demokratie zwar ganz richtig das Todesurteil gesprochen wird, dass aber in keiner Weise fuer das Proletariat der einzig moegliche Ausweg gezeigt wird: Die Machtergreifung durch den bewaffneten Aufstand und die systematische Vorarbeit dazu durch die revolutionaere Partei des Proletariats.

Der Artikel Daniel Guérins zur nationalen und Kolonialfrage nimmt zu diesen Fragen vom richtigen Gesichtspunkt aus Stellung, abgesehen von einigen Ueberspitzungen. In der Gewerkschaftsfrage liegen zwei sich schroff widersprechende Auffassungen vor, die eine von Lucien Vaillant, die darauf hinauslaeuft, den Parteimitgliedern freie Hand in den Gewerkschaften zu lassen und die andere von Carton, die fordert, dass die Parteimitglieder dort als Fraktion mit einer einheitlichen Auffassung aufzutreten haben. Die erste Auffassung ist im wesentlichen eine Folgeerscheinung der Verwuestungen, die die Fraktionspolitik der Stalinisten auf diesem Gebiet angerichtet hat. ES handelt sich doch garnicht darum, die Gewerkschaften in ein willenloses Werkzeug der Partei zu verwandeln, in eine Organisation die einfach die Anweisungen und Parolen der Partei durchzufuehren hat. Es handelt sich vielmehr darum, den Tageskampf der Gewerkschaften auf die Revolution auszurichten im Gegensatz zu den Reformisten, die ihn auf die Beduerfnisse und die Notwendigkeit der Erhaltung des kapitalistischen Systems beschraenken. In der Auffassung von Vaillant kommt uebrigens auch noch die syndikalistische Einstellung der Vermischung der Rolle von Partei und Gewerkschaft zum Ausdruck.

Aus den Bemerkungen in den Diskussionsartikeln geht hervor, dass die Auffassung von Vaillant bisher die offizielle Auffassung oder wenigstens die Praxis der PSOP war. Sollte das so bleiben, so wäre das von verhängnisvollstem Einfluss auf die weitere Entwicklung der Partei.

Den Artikel von Weitz ueber die Frage der internationalen Beziehungen ist zu entnehmen, dass er die gleichzeitige Existenz von FOI und revolutionaeren Zentrum fuer ueberfluessig haelt. Es ist aber durchaus nicht klar ersichtlich, ob er deswegen den Beitritt zu dem sogenannten neuen Zentrum ablehnt. Aus dem Artikel ueber die Bauernarbeit ist zu ersichen, dass die Partei auch dieses Problem in Angriff nimmt. Das ist sicher notwendig, aber die unbedingte Voraussetzung zu einer erfolgreichen Arbeit auf diesen Gebiet ist die feste ideologische und organisatorische Verankerung in der Arbeiterklasse. Einen seltsamen Eindruck macht die ziemlich ausgedehnte Debatte ueber die Freimaurerei. Wir zweifeln ernstlich daran, ob das wirklich ein Problem ist, das die franzoesischen Arbeiter bewegt.

Weniger aus den Diskussionsartikeln, als aus der letzten Nummer von "Juin 36" geht hervor, dass der Trotzkismus bereits ein Problem fuer die junge Partei geworden ist. Der Verlaef des Parteitags wird erst zeigen wie weit sich sein Einfluss erstreckt.

Es waere sicherlich zuviel verlangt, wenn man erwarten wuerde, dass dieser Parteitag schon alle Probleme loesen oder auch nur in Angriff nehmen wuerde. Zwei scheinen uns aber lebenswichtig fuer die Weiterentwicklung, ja fuer die Fortexistenz der Partei ueberhaupt zu sein: Das sind die Gewerkschaftsfrage und die Frage des Kriegs und Pazifismus. Die Gewerkschaftsfrage haengt aufs engste zusammen mit einer richtigen Einstellung zu den Massen. Die Annahme und natuerlich auch die Durchfuehrung der Resolution von Andre Carton wuerde in dieser Beziehung einen entscheidenden Fortschritt bedeuten. Die Abstreifung der aus der SFIO mitgebrachten pazifisitischen Ueberlieferungen, Einstellungen und Gewohnheiten wuerde auf der anderen Seite einen wichtigen Schritt in der Richtung zu dem bedeuten, was die PSOP heute noch nicht ist und naturnotwendigerweise auch noch nicht sein kann: Die revolutionaere Partei der franzoesischen Arbeiterklasse.

Wird Ungarn gleichgeschaltet ?

=====

Das deutsch-italienische Bündnis - genannt: der stählerne Pakt - rückt Ungarn immer schärfer in den Vordergrund der mitteleuropäischen Politik. Bekanntlich war Ungarn zur Zeit der Friedensverträge praktisch der italienischen Interessensphäre zugewiesen worden. Bereits während der Räterepublik war Italien die einzige Großmacht, die mit Ungarn annähernd regelmäßige diplomatische Beziehungen unterhielt (sogar einiges Kriegsmaterial lieferte). Italien stand als "Schützer" über Ungarn als die Besetzung des in St. Germain an Österreich zugesprochenen Burgenlandes akut wurde, Italien setzte einen für Ungarn günstigen Nachvertrag in Venedig durch und verhinderte zugleich die Verwirklichung des geplanten tschechoslowakisch-jugoslawischen Korridor über Westungarn, die die vollkommene Einkreisung Ungarns durch die kleine Entente bedeutet hätte. Das italienische Protektorat drückte sich auch aus in Ungarns Aussenhandelsbilanz, in der Italien Jahre hindurch an erster Stelle stand; auch unter den Staaten, die in Ungarn investiert haben, führte in der ganzen Nachkriegsperiode Italien.

Seit Deutschlands verschäftem Kampfe um Österreich (also noch vor der Machtergreifung) ist Italiens eindeutige Hehemonie in Ungarn ersichtlich. Die zehn Jahre lang stabile italienfreundliche Bethlem-Regierung wurde von Regierungen abgelöst, die mit Deutschlands Machtzuwachs Rechnung

gen wollten. Es kam eine Periode der Versteigerung, die man in der Devise "dem Meistbietenden zu verkaufen" zusammenfassen kann. Die Besetzung Österreichs hat die Waage bereits für Deutschland stark gesenkt und dieser Zustand verschärfte sich natürlich noch vielmehr seit der Verschlingung der CSR durch Deutschland.

Die Achsenpolitik Deutschland-Italien wollte natürlicherweise sowohl den soeben geduldeten Expansionskampf als auch die Manöverierungsmöglichkeiten Ungarns verringern. Sie wurden jedoch nur verringert, nicht aber abgeschafft. Man kann aber vermuten, dass Ungarns Lage, durch Deutschlands Hegemonie innerhalb der Achse, sich verschlimmern wird. Es wäre aber oberflächlich, die deutsche Vormacht in Ungarn bereits jetzt gesichert zu sehen, wie dies oft in der Weltpresse - auch in der Arbeiterpresse, geschieht. Man darf hierbei nicht vergessen die historische Tradition der Jahrhunderte dauernden Kämpfe nationaler Unabhängigkeit, die Rolle, die in diesem Kampfe die Zusammenarbeit mit Polen bedeutete und das tiefverwurzelte Mißtrauen des ungarischen Bauern gegen alles "deutsche" - Habsburger wie Preussen gleichermaßen -.

Drei Faktoren sind es die Deutschlands Propaganda zum Ausgangspunkt nimmt:

1. Die hohe Anzahl und der starke Einfluß der "Juden" in Ungarn.
2. Das Bestehen einer starken und legalen Arbeiterbewegung: Sozialdemokratische Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften, Sport- und Kulturbewegung.
3. Das Vorherrschen des Großgrundbesitzes. - Hinzu kommt noch der übliche Vorwand des Schutzes der deutschen Minderheiten, die von deutscher Seite auf 700.000 geschätzt wird. Tatsächlich sind kaum 250.000 deutschsprechende sogenannte "Schwaben" in den Bezirken Pest (um Budapest herum), Tolma und in den österreichischen Grenzgebieten. Die übrigen 1/2 Millionen "Deutsche" werden nach Namen, "familienkundlichen Nachforschungen" und ähnlichen Beweisen errechnet.

Nach dem Fehlschlagen der antisemitischen Propaganda in den ersten Nach-revolutionsjahren war es der Nazipropaganda nicht leicht gewesen, das Judenproblem in Ungarn neu aufzurollen. Im Verhältnis zu den aufgewandten ungeheuren Geldmitteln, dem wirtschaftlichen und militärischen Druck, sind die Erfolge nicht erheblich. Man kann feststellen, daß in den Reihen der nichtjüdischen Kleinbürgerschichten, bei dem niederen Landadel und unter den Flüchtlingen der von den Nachfolgestaaten besetzten Gebieten, die antisemitische Agitation großen Erfolg hat. Aber nur bei diesen Schichten. Weder die Bauern, noch die Arbeiter, noch Großbourgeoisie und Feudaladel, wurden bisher gewonnen. Die letzten drei Regierungen, Daranji, Imredi und Teleky, haben die antisemitischen Strömungen stark unterstützt; sie haben einen ganz unerhörten und an die Zeiten des weißen Terrors erinnernden Terror zugelassen, die Terroristen selbst durch Justiz und Polizei geschützt. Trotzdem gelingt es den Arbeitern öfters antisemitische Versammlungen zu sprengen, wie eine in den letzten Tagen von Imredi (dessen jüdische Herkunft öffentlich nachgewiesen wurde) einberufene Kundgebung.

Die Bestrebungen zum Verbot der SPU und der Gewerkschaften sind ebenfalls nicht neu. Nach dem Sturz der Räterediktatur versuchte man die Arbeiterbewegung durch weiße Terrorbanden niederzuschlagen, die Arbeiter einzuschüchtern und in weiße Verbände hineinzutreiben. Die Arbeiterschaft aber ist ihren Organisationen treu geblieben. Trotz des Triumphes der reformistischen Führer, die für die Niederlage die Kommunisten verantwortlich machten, sind die Gewerkschaften in dem Rahmen der Möglichkeiten Kampfverbände geblieben. Nach jahrelanger illegaler kommunistischer Arbeit, nach heroischem Kampf kleiner Gruppen, hat sich die Arbeit der Kommunisten immer mehr auf die legalen Verbände verlegt. Ultralinke RGC-Politik, Volkfrontparolen und die Politik der "main tendue" gegenüber den Klerikalen, haben das Vertrauen der Arbeiter zu der offiziellen KP völlig zertrümmert: Nichtsdestoweniger sehen die großen Massen der Arbeiter keinen anderen Ausweg als die Wiedererrichtung der proletarischen

Diktatur. Zwanzig Jahre reformistische "Einwickelungsversuche" haben - dank der realen Situation - die Idee Räteungarns nicht zertrümmern können. Daher der Haß der Bourgeoisie gegen die Arbeiterorganisation, daher die neuen Zerschlagungsversuche.

Die Regierung hat auf Grund von "Anzeigen" zu den Gewerkschaftsverbänden Regierungskommissare ernannt, die die Finanzgebärden der Gewerkschaften untersuchen sollen. Als Vorwand diente eine Anzeige wonach die Verbände für die jetzt laufende Wahlpropaganda der SP 300.000 Pengö (ca. 3 Millionen Franken) flüssig gemacht hätten und dies widerspreche ihren eingestandenem Zwecken als Berufsverbände. Nun kann man heute nicht voraussehen, wie weit die Regierung sich auf diesem Wege wagt. Die Reaktion der Arbeiterschaft ist ungewöhnlich scharf. Aber auch die Beschlagnahme der Kasse der "Fachverbände" würde das Bestehen der "freien Verbände" nicht berühren. Diese doppelte Einrichtung der ungarischen Gewerkschaften (Trennung der rein fachlichen Zwecken dienenden Beiträge von den Kampfbeiträgen) stammt noch aus der Anfangsperiode der Arbeiterbewegung, als die Verbände noch halblegal waren, mit engbegrenzten Zielen. Die große Mehrheit der ungarischen Industriearbeiterschaft ist organisiert. Der weiße Terror und die jahrzehntelangen Verfolgungen haben sie widerstandsfähig gemacht. Man wird nächste Woche, bei den Wahlen feststellen können - soweit die Veröffentlichungen der Regierung auch nur entfernt richtig sein werden, daß in den städtischen Bezirken mit geheimer Wahl die SP ihre Stimmen halten wird; allein in kleinbürgerlichen Bezirken wird eine Abnahme der SP-Stimmen zu vermerken sein, infolge des Wahlterrors gegenüber den jüdischen Kleinbürgern und Intellektuellen.

Ungarn ist ein Land, in dem die Großgrundbesitzer ihre wirtschaftliche und politische Macht bis heute erhalten konnten. Der Friedensschluß des (mit den Habsburgern verbündeten) Feudaladels mit der in der 48er Revolution besiegten Bourgeoisie (1867) bewahrte die Grundbesitzer-Klasse vor dem Untergang. Der kleine Landadel (Gentry), vor 1918 immer Anhängsel der Feudalaristokratie, trat nach dem Kriege selbständig auf. Heute ist die Gentry das empfänglichste Element der Nazipropaganda. Von den Nazis erhoffen sie ihr Heil die Umorganisation von Industrie, Handel und Agrarwirtschaft, Ausschaltung der Juden und Besetzung ihrer Plätze. Die Ausschaltung der "jüdischen" (oder was sie so nennen) Intellektuellen bringt ihnen neue Möglichkeiten.

In der Tat ist der Antisemitismus in Ungarn von Seiten der Nazis keine bloße Propagandaformel sondern eine geeignete Methode zur Zersetzung der ungarischen Wirtschaft die sie selbst erobern wollen. Die Gentry, der unerfahrene Provinzler kann die vertriebene, geübte Administration nicht ersetzen. Zum Ersatz braucht man geübte Kaufleute, die die Nazis aus Deutschland zu importieren gedenken.

Die Bauern lehnen die Nazipropaganda gegen "jüdische Grundherren" ab, da es Ungarn keine jüdischen Grundherren gibt, und werden sie die Naziagenten - auch wenn sie ungarisch sprechen - für "Deutsche" halten und ihnen nicht trauen. Sie kennen ihre Feinde, die Großgrundbesitzer und die großagrarisches Genossenschaften.

Die Feudalherren selbst sind von der Nazipropaganda auch nicht begeistert, da sie das Spiel der Nazis übersehen und sich in ihrer Herrschaft bedroht fühlen. Ein großer Teil des Feudaladels steht heute bei den Wahlen im Bündnis mit der Opposition.

Für die Stimmung der Armee ist charakteristisch die zuletzt im Parlament eingereichte Petition einer großen Anzahl weißgardistischer Offiziere, die die Abschaffung der Judengesetze und ein schärferes Vorgehen gegen Nazipropaganda verlangen. Immerhin sitzen aber sowohl an sehr hohen als

auch an unteren Stellen Offiziere, die den Nazis wohlgesinnt sind.

Die nächste Zeit wird es zeigen, wie weit es den Nazis gelingen wird mit Betrug, Korruption und Terror die "Gleichschaltung" Ungarns zu erreichen. Leicht wird ihnen das nicht fallen.

Jugend tut den ersten wirklichen Schlag gegen die Dienstpflicht.

Aus unserem englischen Bruderorgan SOCOR vom 20. Mai 1939.

In der besten Tradition der "Red Clydeside" haben 300 Clydeside-Lehrlinge, die in den Scotstoun Geschützwerken von Herland und Wolfes beschäftigt sind, einen Streik gegen die Dienstpflicht durchgeführt, gerade in dem Augenblick als Chamberlain eine dritte Lösung für seinen Gesetzentwurf durchgebracht hatte. Von der Jugend der Clydeside ist der erste Versuch zur Klassenaktion der Arbeiterschaft gemacht worden, den unser Land seit Jahren gesehen hat. Was auch immer die unmittelbaren Ergebnisse sein mögen, daran besteht kein Zweifel, die mutige Tat dieser Lehrlinge wird ein Beispiel geben, das in den nächsten paar Jahren immer wieder wiederholt werden wird. Dies ist das erste Zeichen einer politischen Streikaktion, die in Britannien seit dem Generalstreik von 1926 stattgefunden hat. Darin liegt ihre Wichtigkeit. Es ist bezeichnend, daß die Jugend den Anfang gemacht hat.

Ausserdem wurde der Kampf gegen die Dienstpflicht mit der Forderung verbunden, ein Jugendsondergesetz durchzuführen, das enthält: Forderung erhöhter Löhne, die Vierzigstundenwoche, bezahlter Urlaub und Möglichkeiten der beruflichen Weiterbildung während der Arbeitszeit.

Da kann es kein Zögern geben. Diesen Jungen muß sofort geholfen werden. Jede Sektion der Labour-Bewegung muß ihnen Beistand leisten. Der Gewerkschaftskongress tritt Ende dieser Woche zusammen, die Lehrlinge haben im den Weg gezeigt. Erweitert die Streikbewegung, verlangt die Einstellung der Überstunden, verweigert die Zusammenarbeit mit der Regierung. Das sind die Forderungen der einfachen Mitglieder.

Die eben durchgeführten drei Ersatzwahlen zeigen die fürchterliche Niederlage der Regierung, selbst in Gebieten, die immer als Tory-Hochburgen angesehen wurden. Es bleibt allerdings die Tatsache, daß dieses Mißtrauen gegenüber Chamberlain und seiner Regierung nicht in eine offene Unterstützung der Labour-Party umgewandelt worden ist. Die letztere ist wenig vorwärtsgekommen, und wird nicht eher vorwärtskommen, als bis sie völlig damit gebrochen hat, hinter dem Schwanz der Regierung herzulaufen und einen wirklichen, nicht einen scheinbaren Kampf gegen die Regierung führt. Die Clyde-Jugend zeigt den Weg. Die Ausdehnung des Kampfes in der Industrie wird die Regierung an ihrer verwundbarsten Stelle treffen. Der parlamentarische Kampf um den Gesetzentwurf ist nahezu vorbei. Der wirkliche Kampf beginnt gerade jetzt.

Verantwortlich : E. Hirtzel, Strassbourg.

Arbeiterpolitik

No. 22/VI. Jahrgang

Erste Juniwoche 1939.

Der Stand der englisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen.
=====

Auf dem Kongress der Sowjetparlamente soll Molotow heute abend eine Erklärung über die sowjetische Aussenpolitik abgeben.

Der Stand der Verhandlungen ist folgender:

Auf Grund der Pariser und Genfer Verhandlungen zwischen den Vertretern Englands und Frankreichs einerseits und der Sowjetunion andererseits wurden der Sowjetregierung die letzten englisch-französischen Vorschläge übergeben.

Offizielle Angaben über den Inhalt dieser Vorschläge sind bis jetzt nicht erfolgt. Von englischer und französischer offizieller Seite wurde nur die Erwartung ausgedrückt, daß nunmehr diese Verhandlungen bald zum Abschluß kommen würden. Die offiziellen Angaben über den Inhalt des letzten englisch-französischen Vorschlages sind nicht völlig übereinstimmend. Jedoch herrscht Übereinstimmung darüber, daß die neuen Vorschläge eine gegenseitige automatische Hilfsverpflichtung der drei Mächte im Falle eines direkten Angriffes der Achsenmächte auf eine der drei Mächte, den Einschluß der baltischen Staaten in die gemeinsame Garantie und den sofortigen Beginn von Generalstabsbesprechungen nach Abschluß des Vertrages umfassen. Nach der Angabe des diplomatischen Berichterstatters des "Manchester Guardian" vom 26. Mai soll der Inhalt des englisch-französischen Vorschlages folgender sein:

1. gegenseitige Garantie der territorialen Integrität der drei Mächte,
2. Zusammenwirken bei der Verteidigung der Staaten, für die bereits Garantieverpflichtungen bestehen.
3. Zusammenstehen auch zur Verteidigung irgendwelcher neutraler Mächte, die angegriffen werden, unter der Voraussetzung, daß die Angegriffenen diese Hilfe verlangen. Jedoch soll dieser Punkt auf Europa beschränkt sein,

Der dritte Punkt ist sehr weitgehend. Die darin eingeschlossene Hilfsverpflichtung würde nach diesen Angaben alle europäischen Länder umfassen. Sie würde daher auch einerseits die baltischen Staaten einschliessen, wenn sie auch nicht ausdrücklich genannt sind, andererseits Belgien, Holland, und die Schweiz. Im Falle eines direkten Angriffes der Achsenmächte auf England, Frankreich oder die Sowjetunion soll die Hilfsverpflichtung automatisch wirken, in den anderen Fällen sollen Konsultationen der drei Mächte vorangehen.

Wenn diese Angaben zutreffend sind, so würden sie bedeuten, daß die Westmächte sich den sowjetischen Forderungen der Gleichheit, Gegenseitigkeit und Lückenlosigkeit der Hilfsverpflichtungen weiter als bisher angenähert haben. Die vorliegenden Angaben erlauben allerdings noch keinen Schluß darauf, ob und welche Hintertüren auch in diesen Vorschlägen noch offen gelassen sind, die den Westmächten erlauben würden, in kritischen Momenten die Sowjetunion im Stich zu lassen und eine abermalige Schwenkung in der Richtung eines Kompromisses mit den Achsenmächten vorzunehmen. Nach den vorliegenden Meldungen haben Polen und Rumänien erklärt, daß sie keinen Einwand gegen den Abschluß eines Bündnisses der drei Großmächte erheben

würden, jedoch ist noch keine Rede davon, daß Polen und Rumänien bereit wären, gegenüber der Sowjetunion gegenseitige Hilfsverpflichtungen einzugehen.

Sowohl in England, als in Frankreich hat die sogenannte öffentliche Meinung einen starken Druck auf die Regierungen ausgeübt, damit sie den sowjetischen Forderungen entgegenkommen und das Bündnis bald abschließen. In dieser Richtung haben gewirkt einerseits der Abschluß des deutsch-italienischen Bündnisvertrages, andererseits vor allem, soweit die bürgerlichen Kreise in Betracht kommen, die von Ptemkin an die polnische und rumänische Regierung gegebenen Zusicherungen der sofortigen und vollständigen Einstellung jeder Tätigkeit der Kommunistischen Internationale in diesen Ländern.

Ob und inwieweit derartige Zusicherungen an die englische und französische Regierung gegeben worden sind, entzieht sich bis jetzt der öffentlichen Kenntnis. Das wird erst aus den Tatsachen selbst abzulesen ein, die dem Bündnisabschluß folgen werden. Man soll sich darüber nicht täuschen, daß unter dem Einfluß des Reformismus und Stalinismus die breite Masse der Arbeiterklasse in England und Frankreich heute an das Bündnis mit der Sowjetunion keine revolutionären Erwartungen oder Hoffnungen knüpft, sondern davon einfach eine Verstärkung der Westmächte gegenüber den Achsenmächten erhofft, das heißt daß sie in der Sowjetunion lediglich eine Hilfskraft für den französisch-englischen Imperialismus erwarten. Es läßt sich über diesen Tatbestand, wie er heute vorhanden ist, zu täuschen. Das kann sich im Verlauf der Entwicklung ändern, aber nur dann, wenn 1. in Frankreich und England organisierte Kräfte in diesem Sinne in der Arbeiterbewegung sich geltend machen; 2. wenn in der Sowjetunion selbst Kräfte in dieser Richtung auftreten und sich durchsetzen und 3. wenn in Deutschland und in Italien die Arbeiterklasse gegenüber dem faschistischen Regime revolutionär auftritt. Diese drei Faktoren bedingen sich wechselseitig. Geschichtlich gesehen unterliegt es dabei keinem Zweifel, daß die deutsche und die italienische Arbeiterklasse es sind, die der Revolution am nächsten stehen, soweit die kapitalistischen Länder in Betracht kommen.

Die Achsenmächte ihrerseits unternehmen hinter den Kulissen verschiedene Manöver, um das Zustandekommen eines Bündnisses der Westmächte mit der Sowjetunion zu verhindern. Diese Manöver erstrecken sich hauptsächlich auf die Sowjetunion. Von Seiten Hitlerdeutschlands können sie anknüpfen an die von Stalin durch eine Reihe von Jahren hindurch unternommenen Versuche, um mit Hitlerdeutschland zu einem Abkommen zu gelangen. Von Hitlerdeutschland aus ist jetzt die Rede vom Angebot großer Kredite und Lieferungen an die Sowjetunion, andererseits von einem Angebot zur Aufteilung Polens zwischen Hitlerdeutschland und der Sowjetunion. (Zuvor hatte Göring Polen die Aufteilung der Sowjetunion als Preis für einen gemeinsamen Angriff gegen sie angeboten, wie aus Mitteilungen aus polnischer Quelle bekannt geworden ist.) Als deutsche Unterhändler werden genannt der bekannte Oberst Zhomar der wehrwirtschaftlichen Abteilung und der tschechische General Sirovy. Das faschistische Italien seinerseits sucht seine wirtschaftlichen Verbindungen mit der Sowjetunion (Petroleumlieferungen usw.) zu verbessern. Es ist klar, daß für die Achsenmächte die Aussicht auf einen Zweifrontenkrieg (soweit die Großmächte in Betracht kommen, im übrigen würde es sich um einen Velfrontenkrieg handeln) nichts weniger als erwünscht sein kann und daß die Neutralität der Sowjetunion für sie strategisch, wirtschaftlich und politisch von hohem Wert wäre. Für beide imperialistische Lager ist die Stellung der Sowjetunion ein gewichtiger Faktor, sowohl für ihren strategischen Aufmarsch für den Krieg als auch für den Fall neuer Kompromisse. Die letztere Möglichkeit kann noch keineswegs vollständig ausgeschlossen werden, auch dann nicht, wenn ein englisch-französisch-sowjetischer Dreiecksbund mit den denkbar bindendsten Klauseln zustandekommt. Für die Bestimmung der Sowjetpolitik sollten lediglich die gemeinsamen und übereinstimmenden Interessen der Verteidigung der Sowjetunion als eines proletarischen Staates und die revolutionären Interessen der internationalen Arbeiterklasse maßgebend sein.

Aus der Erklärung, die Molotow am 31. Mai in den Sowjetparlamenten abgegeben hat, geht folgendes hervor :

1. daß der letzte englisch-französische Vorschlag die gegenseitige Hilfe zwischen England, Frankreich und der Sowjetunion mit dem Artikel 16 des Völkerbundpaktes verbindet. Das kann nur eine Floskel sein, es kann aber auch bedeuten, daß der Hilfeleistung die Prozedur des Artikel 16 und 17 des Völkerbundpaktes vorausgehen soll (Versammlung des Rates, Vorlage eines Berichtes, Abstimmung usw.). Im letzten Falle hätten die Westmächte es in der Hand, jederzeit die Prozedur scheitern zu lassen.
2. daß der Vorschlag - entgegen vielen bisher vorliegenden Pressemeldungen - keine Garantie der Westmächte für die baltischen Staaten enthält, daher Hitlerdeutschland den Weg zum Angriff gegen die SU offen hält.

Molotow kommt daher zu dem Schluß, daß die Vorschläge noch so viele Vorbehalte enthalten, daß sie sehr wohl fiktiv sein könnten. Molotow erklärte daher, man könne noch nicht einmal sagen, ob ein wirklicher Wunsch der Westmächte vorhanden sei auf die Politik der Nichtintervention zu verzichten. Erst die Zukunft könne zeigen, ob die in der Politik der Westmächte eingetretenen Änderungen ernsthaft seien.

Die Erklärungen Molotows in Bezug auf Hitlerdeutschland und Italien sind zurückhaltend, aber keineswegs aggressiv.

Deutschland habe Ende 1938 zweimal Kredite und Wirtschaftsverhandlungen angeboten. Sie seien nicht angenommen worden. Mit Italien sei 1939 ein für beide Teile vorteilhafter Handelsvertrag abgeschlossen worden. Von einem endgültigen Zuschlagen der Tür gegenüber den Achsenmächten ist also noch keine Rede.

Der Standpunkt und die Forderungen der Sowjetunion selbst werden von Molotow folgendermaßen zur gestreift :

1. "Wir glauben, daß unsere Interessen sich auf der Seite der nichtangreifenden Mächte befinden und daß es unsere Pflicht ist, bei der Schaffung der Friedensfront zu helfen."

Das ist die prinzipielle Bereitschaft zur Schaffung des Dreibundes England, Frankreich, SU.

2. Forderung, daß der gegenseitige Hilfspakt zwischen England-Frankreich-SU ebenso automatisch wirke wie das Bündnis Deutschland-Italien.

3. Die Sowjetunion wird nur dann die Garantien für die Staaten geben, die bis jetzt von England und Frankreich garantiert sind, wenn die Westmächte ihrerseits ihre Garantien erstrecken auf "alle Länder, die an der Nordwestgrenze der SU gelegen sind."

Das schließt nicht nur die baltischen Staaten, sondern auch Finnland ein.

Molotow wiederholte die Erklärungen Stalins über die "Wachsamkeit" gegenüber Kriegsprovokationen und daß die SU nicht für andere Staaten "die Kastanien aus dem Feuer holen woll."

Der entscheidende Punkt ist, worauf wir bereits früher hingewiesen, ob die Westmächte bereit sind, der Sowjetunion eine territorial-lückenlose und in der Prozedur vorbehaltlose Garantie zu geben. Der Prüfstein dafür ist die Garantie für die baltischen Staaten.

Die Frage ist immer noch offen. Und damit ist auch für die Sowjetregierung die Entscheidung über ihr Verhältnis zu den beiden imperialistischen Lagern noch offen.

Die deutsche Taktik gegenüber Danzig.

=====

In der letzten Zeit werden von deutscher Seite die provokatorischen Angriffe auf polnische Beamte in Danzig und insbesondere auf die polnischen Zollstellen systematisch gesteigert. Die Angriffe auf die polnischen Zollbehörden dienen vor allem dem Zweck, den umfangreichen deutschen Waffenschmuggel von Ostpreussen nach Danzig zu erleichtern. Das war auch der Sinn des Angriffes auf die polnische Zollstelle bei Kalthöf. Diese Taktik zielt darauf ab, Danzig von innen heraus zu militarisieren.

Die Danziger Nazis werden planmäßig militärisch ausgebildet und bewaffnet, auch mit schweren Waffen und durch Zuzüge von Ostpreussen her verstärkt. Sie sollen im gegebenen Augenblick die offene militärische Besetzung der Stadt vornehmen. Ihre militärische Ausbildung und Bewaffnung soll ihnen erlauben, die zu erwartenden ersten Gegenangriffe von polnischer Seite in Schach zu halten und dann die Hilfe der Reichswehr anzurufen. Diese Taktik wird auch deshalb gewählt, um die eventuelle polnische militärische Gegenaktion in den Augen der deutschen Bevölkerung, wie in denen der Weltöffentlichkeit als einen "Angriff" auf die "Freiheit" und "Selbstbestimmung" der Danziger Bevölkerung darstellen zu können. Diese Taktik zielt offenbar darauf ab, Danzig zunächst durch eine "lokale" Aktion in die Hand zu bekommen. In einer weiteren Etappe soll dann von Danzig aus der Korridor genommen werden.

Die polnische Regierung ist natürlich von dieser Taktik unterrichtet, sie verstärkt ihren Grenz- und Zolldienst, sie hat aber bisher im übrigen die deutschen Provokationen, die darauf abzielten, sie ins Unrecht zu setzen, ignoriert und praktisch die geheime Militarisierung Danzigs durchgehen lassen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sie in diesem Sinne von englischer und französischer Seite beeinflusst.

Der Parteitag der SFIO.

=====

Der ganze Parteitag stand unter dem Einfluß der Kämpfe zwischen den Blumisten, den Sozialpatrioten, und den Paul-Fauristen, den Sozialpazifisten. Dabei ging es um schlecht verhüllte Claque-Kämpfe, um die Beherrschung der Parteimaschine, ebenso sehr, wie um die beiden ideologischen Formen des Arbeiterbetruges - Sozialpatriotismus und Sozialpazifismus.

Wir wissen nicht, ob Arbeiterdelegierte auf dem Kongress waren. Zu den "Heldenkämpfen" der beiden "feindlichen Brüdern" traten nur die bekannten zentralen und lokalen Bonzen in Erscheinung. Es ging in den 4 Tagen auch nicht um Fragen der Arbeiterklasse, um Klassenkampf und Sozialismus, sondern lediglich, um die beste Art und Weise, wie man die Arbeiter am besten zum Anhängsel der bedrohten imperialistischen Bourgeoisie machen könne. Alle Richtungen jammerten etwas darüber, daß die Regierung Daladier, die "Errungenschaften der Blumregierung" den Interessen der imperialistischen Vaterlandsverteidigung opfere. Aber das waren nur Nebenbemerkungen.

M. Riviere, der sich besonders verdient zu machen versuchte, um die "Synthese zwischen Blumisten und Paul-Fauristen herauszuarbeiten, begründete die Notwendigkeit eine "Weiße Negerlösung" zu finden damit, daß, bei der Frage der Abstimmung über das Vertrauensvotum für Daladier, 48 Blumisten und Paul-Fauristen gegen das Vertrauensvotum und 42 Blumisten oder Paul-Fauristen für das Vertrauensvotum stimmen wollten. Es ist nicht die Gegnerschaft zu Daladiers Politik, die die beiden Fraktionen trennt. Kein Redner des Parteitages rollte die Frage der Organisation des Kampfes der Arbeiter gegen die Politik der Kapitalsoffensive gegen die Arbeiter, geführt von der Regierung Daladier-Reynaud, auf. Blum verstieg sich, in einer seiner Agitationsreden, sogar zu einer Anklage gegen die Arbeiter, die seine Regierungspolitik durch Streiks mit Betriebsbesetzung gestört, und dadurch die Radikalsozialisten ins Lager der sozialen Reaktion getrieben hätten. Diese Beweisführung entbehrt nicht einer gewissen Logik. Ohne die selbständige

Klassenaktion der französischen Arbeiter, brauchte Daladier keine sozialen Errungenschaften abzubauen - weil es keine gegeben hätte.

Von der SFIO hat die französische Arbeiterklasse keinerlei Hilfe in Ihrem Klassenkampf zu erwarten. Wer das nicht bereits vor dem Parteitag in Nantes wußte - kann diese Lehre aus dem Verlauf des Partitages ziehen.

Statt der Hauptfragen der Arbeiterklasse und die der werktätigen Mittelklassen und Bauern, beschäftigte der Parteitag der mächtige Vorstoß der klerikalischen Reaktion gegen den Laizismus im Westen und Südwesten Frankreichs. Ein lothringischer Delegierter erklärte den "jammernden Verteidigern des Laizismus", in Elsaß und Lothringen habe die klerikale Reaktion nie aufgehört den herrschenden Einfluß auszuüben. Auch in dieser Frage, die für gewisse Wählerschichten der SFIO von Bedeutung ist, kam man über kleinbürgerliche Freidenkergerede nicht hinaus. Auch hier fiel es keinem dieser "Sozialisten" ein, daß das wirksamste Mittel gegen die klerikale Reaktion, nicht Freidenkergerede, sondern der gut organisierte Klassenkampf des Proletariats ist, der die religiös beeinflussten Bauern und Mittelschichten dadurch von der klerikalischen Reaktion löst, daß er sie durch den proletarischen Klassenkampf aufrüttelt, ihre Forderungen gegen die Bourgeoisie und klerikale Reaktion unterstützt, soweit diese nicht den proletarischen Interessen widersprechen.

Die erste Versöhnung zwischen den Hauptgruppen der Blumisten und Paul-Fauristen fand statt in der Frage des Kampfes gegen die Einheitskampagne der Kommunisten. Es wurde ein Beschluß gefaßt, wonach es den Mitgliedern der SFIO verboten ist, in sogenannten überparteilichen Organisationen der Arbeiter mitzuwirken, in denen die Kommunisten ihre üble Demagogie treiben (Freunde der SU usw.). Es gab eine Kampfabstimmung, die von den Paul-Fauristen provoziert wurde. Mit 4.054 Mandaten gegen 3.299 Mandate bei 197 Stimmenthaltungen wurde die Überweisung des Antrages an die Redaktionskommission abgelehnt. Ein Teil der Blumisten wollten in der Redaktionskommission, durch Zusatzanträge auch die Zugehörigkeit zu bürgerlichen, pazifistischen usw. Organisationen unter Verbot stellen. Obgleich Marx Dormoy mit dem Streick in der Resolutionskommission drohte, siegten die Paul-Fauristen.

Mit 5.490 Mandaten, gegen 1771, bei 264 Enthaltungen und 65 Abwesenden wurde der Antrag angenommen, wonach SFIO Mitglieder keinen mit den Kommunisten gebundenen sogenannten überparteilichen Organisationen angehören dürfen. Obwohl der Beschluß die Möglichkeit gibt, daß lokale SFIO Organisationen die Erlaubnis geben können und so umgangen werden kann, ist der Beschluß bezeichnend. Hier besteht die Volksfront noch von Daladier bis zur SFIO in gemeinsamer Kommunistenhetze.

Die zweite große Einigung der streitenden Brüder wurde in der Frage der Aussenpolitik erzielt, indem man der sozialpatriotischen Resolution von Blum, der Forderung nach "Festigkeit", d.h. in der Interessenvertretung der französischen Imperialisten, die Forderung der Paul-Fauristen anhängte, wonach Verhandlungen und Angebote auch und an den Hitler- und Mussolinifaschismus gemacht werden sollen.

Es bleibt aber alles beim alten.

Mit 6.395 Mandaten gegen 465 Mandate für Zyromski, 401 Mandate für Deixonne, wurde die weiße Neger Resolution um 1/2 7 Uhr morgens nach einer Nachsitzung angenommen. In der Frage der Proporzionalwahl wurde mit schwacher Mehrheit ein zustimmender Antrag angenommen.

Die CAP, die zentrale Verwaltungskommission, von der der Rechenschaftsbericht von Paul-Faure abgelehnt worden war, soll bis zum ausserordentlichen Oktoberparteitag unverändert bleiben. Da der Nantes-Parteitag den Bericht von Paul-Faure entgegennahm und nach einer Einfügung eines Entschuldigungssatzes von Paul-Faure vom Parteitag fast einstimmig angenommen worden ist, herrscht auch hier Burgfrieden, nach dem Motto - "Brüder liebet Euch untereinander - wer sollte Euch sonst lieben."

Der Parteitag der PSOP.

=====

Auf dem Parteitag der PSOP, der während der Pfingstfeiertage in Paris abgehalten wurde, waren die wichtigsten Fragen, die zur Diskussion standen, die allgemeine Orientierung, insbesondere das Verhältnis zum Pazifismus, die Gewerkschaftsarbeit, die internationale Orientierung und die Arbeit in den Kolonien.

In der allgemeinen Debatte schälten sich im großen und ganzen zwei Standpunkte heraus: Auf der einen Seite die Gruppe um Pivert und Hérard - die Mehrheit der Partei - die keinen fest umrissenen Begriff von der Rolle der Partei haben, die weder eine "bolschewistische (d.h. in diesem Falle kommunistische) noch eine sozialdemokratische Partei" wollen, sondern eine Sammlung aller revolutionären Strömungen mit einem ganz gehörigen Zuschuß von Pazifismus, eine "Partei, die ein nützliches Werkzeug für das Proletariat" sein soll. Auf der anderen Seite die Richtung Rous, Guérin, Weitz und die gesamte Jugendorganisation, die als Trotzlisten abgestempelt werden und die für eine Weiterentwicklung in der Richtung des Kommunismus eintreten. Der Gegensatz zwischen diesen beiden Richtungen beherrschte die ganze Debatte und meistens auch die Abstimmungen.

Die hitzigsten Debatten entspannen sich gleich eingangs über die Freimaurerei, ein seltsames Bild für eine proletarische Organisation, wie einige Delegierte ganz zutreffend bemerkten. Schließlich wurde mit beträchtlicher Mehrheit eine Resolution angenommen, die sich gegen die Freimaurerei ausspricht.

In der Kriegsfrage entwickelte Collinet als Berichterstatter einen durch und durch pessimistischen Standpunkt in bezug auf die Möglichkeit der proletarischen Revolution in einem Lande des Imperialismus nach dessen Niederlage. Deswegen verurteilt er ganz und gar den revolutionären Defaitismus, von dem er offenbar nicht ein Jotta begriffen hat. Die Debatte brachte viele pazifistische Illusionen zutage, der revolutionäre Defaitismus und der revolutionäre Krieg wurden wenig behandelt. Einig ist man sich nur in der Ablehnung des Bürgerfriedens vor und im Kriege. Die "Trotzkisten" ritten scharfe Attacken gegen den Pazifismus.

Die aus der Kommission hervorgegangenen Resolutionen zur Kriegsfrage gliederten sich in zwei Zeile: 1. Die Haltung vor und 2. die Haltung während des Krieges. Zum ersten Teil lag eine pazifistische Resolution Roger vor, dann eine von Collinet-Modiano, die sich gegen Koalition und Bürgerfrieden ausspricht und für eine Zusammenarbeit mit den Pazifisten insofern ist, als dadurch die Partei "ihr eigenes Gesicht bewahrt". (Die Zusammenstellung ist charakteristisch. Collinet ist scharfer Pazifistengegner, Modiano das Gegenteil). Dann eine dritte von Weitz-Rous, die vor allem den Pazifismus verurteilt. Collinet erhielt Zweidrittel, Weitz ein Drittel der Stimmen, Roger nur einige 20.

Zum zweiten Teil spricht sich die Resolution Modiano für die Forderung "eines sofortigen Friedensschlusses" nach Kriegsausbruch aus. Rous-Weitz in einer sehr umfangreichen Resolution für die Verwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats, für die Losung "der Hauptfeind steht im eigenen Land", für die Anwendung des revolutionären Defaitismus oder die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den revolutionären, je nach den gegebenen Umständen. Der revolutionäre Defaitismus soll auch in den Ländern angewandt werden, die mit der Sowjetunion verbündet sind. Die Resolution Hérard betont, daß ein imperialistischer Sieg über die faschistischen Länder nicht den Sieg der Revolution bedeuten würde, daß die Niederlage auch im allgemeinen nicht automatisch den Sieg der Revolution nach sich zieht. Die Verwandlung

des imperialistischen Krieges in den revolutionären würde gute Voraussetzungen für den Sieg des Proletariats schaffen. Doch dürfe dies keinen Block mit oder Unterstützung der Bourgeoisie bedeuten. Die Hauptlösung sei immer "sofortiger Friedensschluß". - Die Resolution Collinet ist einfach für die Fortsetzung des Klassenkampfes auch im Kriege, für den Sturz des Kapitalismus, für einen Frieden ohne Annexionen und für das Selbstbestimmungsrecht der Völker. - In der Abstimmung erhielt Modiano nur 15, die übrigen drei Resolutionen je ungefähr ein Drittel der Stimmen für sich.

Die Diskussion über die Gewerkschaftsfrage war katastrophal. Die meisten Redner waren für die sogenannte "Unabhängigkeit" der Gewerkschaften im syndikalistischen Sinne. Der Kongress nahm mit sehr großer Mehrheit eine Resolution an, die die Verpflichtung zur Fraktionsarbeit nicht anerkennt und den Mitgliedern der Partei vollkommene Freiheit bei ihrem Auftreten in den Gewerkschaften gibt. Dagegen stimmten nur eine Minderheit der Pariser Region (ein Sechstel) und einige wenige Föderationen im Lande.

In der Frage der internationalen Orientierung betonte Weitz, daß die "Arbeiterfront gegen den Krieg" (FOI) die in sie gesetzten Erwartungen nicht voll erfüllt habe. Das "Nouveau révolutionnaire Zentrum" ist genau so ein künstliches Gebilde wie die IV. Internationale Trotzkie. Es sei möglich auch im Rahmen der FOI alle wichtigen Probleme zu diskutieren. An der Septemberkonferenz des neuen Zentrums soll die PSOP teilnehmen, aber die Frage des Beitritts soll noch offen bleiben. Zu dieser Konferenz soll auch die IV. Internationale eingeladen werden. Pivert ist für eine bestimmtere Fassung zugunsten des neuen Zentrums, will aber dem Inhalt nach dasselbe. Die Debatte beschränkte sich im wesentlichen auf Rededuelle zwischen Weitz und Pivert mit ganz geringer Beteiligung der übrigen Delegierten. Nachdem man sich fast geeinigt hatte, ging schließlich die Auffassung Piverts mit Zweidrittelmehrheit durch. Man hatte den Eindruck, daß es sich dabei nur um eine Verlegenheitslösung handelt.

Die Debatte über die Arbeit unter den Kolonialvölkern zeigte im allgemeinen eine richtige Einstellung zu diesen Fragen. Sie kann ohne Zweifel als ein Höhepunkt des Kongresses bezeichnet werden.

Die Zusammensetzung des Kongresses zeigte kein schlechtes Bild. Das proletarische Element war zahlenmäßig entscheidend. Mit Ausnahme der internationalen Frage war die Beteiligung und die Diskussion über alle Gegenstände der Tagesordnung sehr lebhaft. Auch der Arbeitseifer der Delegierten war groß, man bemühte sich mit großem Ernst an die Lösung der Fragen heranzugehen und in dieser Beziehung stand der Kongress ohne Zweifel über dem gewöhnlichen Niveau solcher Tagungen.

Rein trotzkistische Auffassungen wurden nur von einem oder zwei Delegierten vertreten, die aus der trotzkistischen Organisation in die PSOP eingetreten sind. Insofern besteht ohne Zweifel eine gewisse Gefahr für die Organisation. Doch es wäre völlig verkehrt, richtige Auffassungen in der Frage des Pazifismus, der Gewerkschaftsarbeit und teilweise auch des Krieges einfach mit dem Etikett "Trotzkismus" abzutun. Und man hat auch keineswegs den Eindruck, daß die oppositionellen Elemente, die heute einfach als "Trotzkisten" hingestellt werden, oder die sich an den Trotzkismus anlehnen, alle oder auch nur in der Mehrzahl nicht mehr entwicklungsfähig sind.

Der rein pazifistische Flügel ist ebenfalls zahlenmäßig gering in der PSOP. Aber eine Tatsache ist, daß der pazifistische Einschlag, die pazifistischen Überlieferungen, in der Mehrheit der PSOP sehr stark sind. Das ist ein Hindernis für ihre weitere Entwicklung. Ausserordentlich bedenklich ist der Beschluß in der Gewerkschaftsfrage. Es ist nicht einzusehen, wie die Partei unter den fortgeschrittensten Schichten der Arbeiterklasse, zu den gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gehören, Fuß fassen will

ohne eine einheitliche Auffassung und ein streng diszipliniertes Auftreten in den Gewerkschaften. Ohne dies ist die Übermacht der Stalinisten und Reformisten dort nicht zu brechen. Gerade für eine kleine Partei wie die PSOP ist das einfach eine Lebensfrage.

Diese Frage hängt aufs engste zusammen mit der Einschätzung der Rolle der Partei. Mehr oder minder bewußt herrscht noch immer die Auffassung vor, daß die PSOP nichts anderes ist und zu bleiben hat als die selbständig gewordene "Revolutionäre Linke" der STIO. Sollte das so bleiben, so wäre die Partei ohne Zukunft. Sie hat nur dann eine Zukunft, wenn sie das wird, was dem französischen Proletariat heute fehlt: Eine wirklich kommunistische Partei. Doch bis es so weit ist, wird die PSOP noch eine ganze Reihe von Wandlungen durchmachen müssen.

Bericht aus Uruguay.

=====

Ich will Euch heute in großen Zügen ein Bild von den hier bestehenden Arbeiterorganisationen geben. Es sind allerdings nur unsere ersten Eindrücke, wie sie eben nach so kurzer Zeit erst möglich sind. Es bestehen drei politische Organisationen:

1. Partido Socialista mit Juventud Socialista de Montevideo. Die Partei gibt ein Wochenblatt heraus, den "Sol" mit einer Auflage von höchstens 2-2 1/2 Tausend. Die Partei steht voll auf dem Boden der II. Internationale und wenn ich auch nicht sagen kann, ob sie ihr organisatorisch angehört, so veröffentlicht sie doch im "Sol" des öfteren Informationen und Kundgebungen der II. Internationale.
2. Partido Comm. mit Federacion Juvenil Comm. Wochenblatt der Partei: "Justicia". Die FIC hat ein Monatsblatt "Estrella Roja". Auflagen etwa 2.000.
3. Federacion Obrera Regional del Uruguay (FORU) mit Juventud Libertario - Anarchisten - Organ "Voluntad", Auflage rund 1.000. Erscheint unregelmäßig.

Daneben noch eine Reihe von Gewerkschaften, von denen die weitaus bedeutendste die FOLC (Bauarbeiter) mit rund 20.000 Arbeitern ist. Die übrigen sind nur kleine Gruppen, wenn sich auch gerade in diesen Tagen eine starke Bewegung zur Bildung von Syndikaten bemerkbar macht, geleitet vom "Comite para la Unidad y Organizacion de la Clase trabajadora". Hinter diesem Comite steht die FOLC, die sonst die Führung in der Bildung neuer und Belebung alter Gewerkschaften innehat.

Schon daraus resultiert klar, dass die Gewerkschaften hier den fortgeschrittensten und entwickeltesten Teil der Arbeiterbewegung darstellen.

Die SP ist völlig reformistisch und ihre Losungen sind stets: Demokratie, Freiheit, Frieden etc. Sie scheint weniger Einfluß unter den Arbeitern als unter Angestellten und kleinbürgerlichen Intellektuellen zu haben; dasselbe gilt in noch stärkerem Maße von ihrer Jugend, die übrigens in letzter Zeit Schulungskurse durchführt. Ihr Sekretär ist Trugoni, der sich vor allem mit der Agrarfrage zu beschäftigen scheint; er hat in diesem Sinne auch kürzlich auf dem hiesigen Kongress der amerikanischen Demokratien gearbeitet. Im Parlament tritt er vor allem für Bau billiger Arbeiterwohnungen (nach Wiener Muster), für landwirtschaftliche Siedlung etc., auf. Und natürlich für Verfassungsreform.

Dazu ist hier zu bemerken, daß im März 1933 der damalige Präsident der Republik, Ferrera, Riverist, mittels eines Staatsetreiches die Verfassung aufhob

und sich zum Diktator machte. 1935 gab er eine neue Verfassung heraus, die 1938 noch ergänzt wurde. In ihr wurden einerseits gewisse Rechte wiederhergestellt, wie z.B. Presse- und Versammlungsfreiheit, andererseits aber für die Bildung der Staatsgewalten ungeheuerliche Bestimmungen getroffen. So ist die Wahl an die "lemas" die Parteienamen gebunden. Es gibt hier seit rund 30 Jahren zwei Parteien, die Partido Colorado (Rote) und die Partido Nacional (Weiße). Aber diese Parteien sind längst keine einheitlichen Parteien mehr, sondern jede von ihnen ist in eine demokratische und reaktionäre Partei gespalten, die aber beide den traditionellen Namen beanspruchen und sich gegenseitig Untreue an den alten Parteiidealen vorwerfen.

I. So ist die Partido Colorado gespalten :

1. in die P.C. Battlista, die Partei mit dem größten Masseneinfluß, auch unter der Arbeiterschaft, politischer Ausdruck des Bündnisses des Großgrundbesitzes mit dem städtischen Kleinbürgertum - demokratisch - .
2. in die P.C. Baldomerista (nach dem gegenwärtigen Präsidenten), die Riverristen, die eine nationale, konservative Partei darstellen.

II. Die Partido Nacional hinwiederum ist gespalten :

1. in die P.U. Independente, die am reinsten demokratische Partei, etwa den deutschen Demokraten vergleichbar, mit Einfluß auf Angestellte und vor allem Intellektuelle.
2. in die P.U. Herreristen, geführt von Dr. Herrera, mit faschisierender Tendenz.

Das Wahlgesetz bestimmt, daß Stimmen der Parteien mit gleichem Grundnamen zusammengezählt und dann in bestimmten Verhältnissen (3:1 und 2:1) auf die beiden gespaltenen Richtungen aufgeteilt werden. Wer also die demokratische P.U. Independente oder P.C. Battlista wählt, ist nicht sicher, ob seine Stimme nicht auf die faschistische P.U. oder reaktionäre P.C. Baldomerista zugeteilt wird.

Als Antwort auf dieses Wahlgesetz haben sich in den Wahlen 1938 die beiden demokratischen Flügel der Wahl enthalten.

Eine weitere Ungeheuerlichkeit besteht in der Bestimmung, daß 50% des Senates und der Regierung von der zweitgrößten Partei gestellt werden, falls die größte allein nicht über die Mehrheit der Stimmen verfügt.

Sodaß heute in der Regierung Baldomir neben 2 Baldomiristen (Inneres und Militär) 3 Herreristen sitzen und auch der Senat fifty fifty zusammengesetzt ist.

Weshalb ich das so ausführlich schreibe, obwohl es doch garnicht zum eigentlichen Thema gehört, liegt darin, daß der Nachfolger Terras, sein Schwiegersohn Baldomir, der 1938 zum Präsidenten gewählt wurde, mit Unterstützung des deutschen Kapitals, und der das Werk Terras in der Faschisierung des Landes vollenden sollte, sich gegen seine Auftraggeber gewandt hat, und versucht eine neue demokratische Verfassung durchzusetzen, aber sowohl in der Regierung als auch im Senat durch die Herreristische Mehrheit an Händen und Füßen gebunden ist.

Die P.S. unterstützt also, ebenso wie übrigens die P.C. Battlista und die P.U. Independente, alle Versuche Baldomirs in Richtung auf eine Demokratisierung des öffentlichen Lebens, ohne sich jedoch irgendwie zu binden und ohne auf die Kritik zu verzichten.

Anders die P.C. Diese Partei, gelehrige Schülerin der Volksfrontpolitik und des Koalitionismus, hat die Vokabeln Sozialismus, Klassenkampf und Revolution längst aus ihrem Vokabularium gestrichen. Nationale Einheit,

Arbeiterpolitik

NO. 23/VI. Jahrgang

Zweite Juniwoche 1939.

DIPLOMATISCHE AKTION UND GEGENAKTION.

Die Verhandlungen der Westmächte mit der Sowjetunion sind nach der Rede Molotows im Obersten Sowjet weitergeführt worden. Die sowjetische Note, die als Antwort an die vorhergehenden Vorschläge der Westmächte nach London und Paris geschickt wurde, forderte folgende wesentliche Abänderungen dieser Vorschläge :

1. daß im Falle der nichtgarantierten Staaten die gegenseitige Hilfeleistung der Großmächte und die Hilfeleistung für diese Staaten ohne vorhergehende Völkerbundsprozedur, d.h. automatisch eintrete, 2. daß von den Westmächten eine ausdrückliche Garantie auch für Estland, Lettland und Finnland gegeben werde. Die Sowjetunion würde dafür eine Garantie für Polen, Rumänien, Türkei und auch Belgien geben. Holland und die Schweiz, die vorher in diesem Zusammenhang genannt worden waren, sind in der sowjetischen Note nicht aufgezählt. Als Grund dafür wird angegeben, daß diese beiden Staaten bisher die Sowjetunion nicht anerkannt haben. Die offiziöse englische und französische Presse führt gegen die Garantien der baltischen Staaten ins Feld, daß diese Staaten selbst eine solche Garantie nicht fordern, ja ablehnen. Besonders wird hier ins Feld geführt eine Erklärung des estnischen Außenministers Sälte, daß von seinem Land eine nicht gewünschte Garantie als Anzeichen dafür aufgefaßt werde, daß die Sowjetunion im Falle einer deutschen Bedrohung diese Länder präventiv besetzen werde, was von Estland als Angriffsfall betrachtet würde.

In der Tat handelt es sich darum, daß aus elementaren strategischen Gründen die Sowjetunion auf keinen Fall zulassen kann, daß Hitlerdeutschland sich der baltischen Häfen und Flugplätze bemächtigt. Denn das würde die Gefährdung Leningrads und ganz Nordrußlands bedeuten, die baltische Sowjetflotte verhindern, aus dem finnischen Meerbusen auszulaufen und im Norden die Sowjetunion auf die Häfen des Weißen Meeres beschränken. Vom Standpunkt der Seestrategie sind aber auch die Westmächte aufs stärkste daran interessiert, daß der baltischen Flotte der Sowjetunion der Ausweg aus dem Finnischen Meerbusen freibleibt. Davon hängt unter anderem ab, ob die Flotte der Sowjetunion eingesetzt werden kann, um den Seetransport der schwedischen Eisenerze nach Hitlerdeutschland zu unterbinden oder nicht. Da Schweden der Hauptlieferant für Eisenerze für Deutschland ist, so liegt die entscheidende Bedeutung dieser Frage auf der Hand. Wenn trotzdem die Westmächte bisher zähen Widerstand gegen eine derartige Garantie der baltischen Staaten geleistet haben, so können die Gründe dafür nur die sein, daß sie : 1. sich bis zuletzt den Weg offenhalten wollen, um sich mit Hitlerdeutschland um den Preis der Auslieferung der baltischen Staaten zu verständigen und den Angriff Hitlerdeutschlands über die baltischen Staaten gegen die Sowjetunion abzulenken, 2. daß sie die Sowjetunion an jedem Vormarsch ihrer Truppen nach dem Westen verhindern und ihre militärische Aktion innerhalb der Sowjetgrenzen beschränkt wissen wollen. Die Sowjetunion soll politisch eine Hilfsrolle für den englischen und französischen Imperialismus spielen und strategisch auf die reine Defensiv beschränkt werden und zwar auf eine solche Art von Defensiv, die von vornherein eine Gefährdung der Sowjetunion in sich schließt. Bereits vorher war das Bestreben der Westmächte darauf gerichtet, die Sowjetunion an einem Einmarsch nach Polen und Rumänien zu verhindern. Soll

Ihr auch der Einmarsch in die baltischen Länder verwehrt werden, so wäre damit die Sowjetunion hinter einem lückenlosen Wall abgeriegelt. Wenn dies versucht wird, trotzdem Potemkin in Warschau und Bukarest die sofortige und vollständige Einstellung jeder Tätigkeit der Kommunistischen Internationale in Polen und Rumänien im Kriegsfall zugestand, das heißt eine Garantie für die Erhaltung der kapitalistischen Klassenherrenschaft in diesen Ländern abgegeben hat, so kann der Grund dafür nur der sein, daß die Westmächte und ihre Schutzstaaten eine solche Garantie durch Stalin nicht als genügende Sicherung betrachten, d. h. daß sie die Möglichkeit in Rechnung stellen, daß die antistalinistischen und revolutionären Massenkräfte in der Sowjetunion sich durchsetzen und dem Krieg der Sowjetunion einen revolutionären Charakter geben können. Rein strategisch-militärisch gesehen, hätten die Westmächte keinerlei Gründe, die "russische Dampfwalze" nicht soweit nach Westen rollen zu lassen, wie sie kann. Es ist also der Widerspruch zwischen den militärisch-strategischen und den kapitalistischen Klasseninteressen der Westmächte, der sich hier äußert. Nach den letzten Nachrichten sollen neue französische Vermittlungsvorschläge vorliegen, die englische Regierung soll jetzt bereit sein, in einer anderen als der von der Sowjetregierung vorgeschlagenen Form die sowjetischen Forderungen in Bezug auf die baltischen Staaten zu befriedigen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man vermutet, daß die Westmächte in diesem Falle von der Sowjetunion ähnliche Garantien verlangen werden, wie dies in Bezug auf Polen und Rumänien geschehen und vom Stalinregime auch bewilligt worden ist.

Noch ein weiterer Gesichtspunkt kommt hier in Betracht. Im Falle die Gefahr droht, daß die See- und Lufthäfen der baltischen Länder auf irgendeine Weise - sei es gewaltsam, sei es durch die "freiwillige" Unterwerfung der baltischen Staaten in die Hände Hitlerdeutschlands geraten, so müßte die Sowjetunion rein aus dem Interesse ihrer eigenen Verteidigung heraus dies verhindern und diese Stellen selbst besetzen, mit oder ohne Zustimmung dieser Länder. Das wissen natürlich die Westmächte ebenso gut wie sonst jemand. Wenn sie sich aber weigern würden, ihre Zustimmung dazu im vornherein zu geben, so müßte man bei ihnen auf die Absicht schließen, einen Einmarsch der Sowjettruppen in baltische Länder gegen den Protest ihrer Regierungen als willkommenen Anlaß zu nehmen, um ihre öffentliche Meinung für eine Schwankung gegen die Sowjetunion und in der Richtung Hitlerdeutschlands zu mobilisieren.

Die Achsenmächte verlieren keine Zeit, um die lange Dauer der Unterhandlungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion zu diplomatischen Gegenzügen auszunützen. Seit längerer Zeit verhandelte bereits Hitlerdeutschland mit Estland und Lettland über den Abschluß von Nichtangriffspakten. Beide Pakte sollen heute in Berlin unterzeichnet werden. Ihr Ziel ist natürlich: 1. Lettland und Estland davon abzuhalten, sich von den Westmächten und der Sowjetunion "garantieren" zu lassen und 2. sich vielleicht jetzt schon seestrategische und andere Stellungen in diesen Ländern gegen die Sowjetunion zu sichern. In der internationalen Presse zirkulieren in letzterer Hinsicht allerhand Gerüchte, zum Beispiel darüber, daß Hitlerdeutschland den baltischen Staaten Flugzeuge zur Verfügung stellen werde zur "Verteidigung ihrer Neutralität", jedoch sind diese Gerüchte nicht näher zu kontrollieren. Was Finnland anbelangt, so bestehen langjährige Beziehungen zwischen der deutschen und finnischen Reaktion aus der Zeit her, als die Deutschen den Finnischen Weißen gegen die Roten Truppen militärische Hilfe leisteten und ihnen halfen, die Revolution im Lande im Blut zu ersticken. Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß zwischen Estland, Lettland und der Sowjetunion bereits Nichtangriffspakte existieren, die diesen Ländern die territoriale Integrität und die staatliche Unabhängigkeit zusichern. Natürlich wäre es etwas ganz anderes, den Regierungen und den herrschenden Klassen dieser Länder eine Garantie gegen die Revolution im Innern zu geben.

Am 31. Mai 1939 wurde zwischen Hitlerdeutschland und Dänemark ein Nichtangriffspakt unterzeichnet. Die wichtigste Bestimmung dieses Vertrages, dessen Wortlaut veröffentlicht worden ist, ist die, daß "normaler Warenaustausch und Transit" nicht als Vorstoß gegen die Neutralität betrachtet werden soll. Hitlerdeutschland wird sich dadurch im Kriegsfall Lieferungen von Lebensmitteln, Rohstoffen usw. aus Dänemark und über Dänemark sichern. An sich könnte nach dieser Bestimmung Dänemark auch im Kriegsfall weiter Lebensmittel an England liefern, ob und in welchem Umfang das geschehen wird, wird jedoch nicht von den Vertragsbestimmungen, sondern von der Einschätzung des Kräfteverhältnisses der beiden imperialistischen Lager von der jeweiligen dänischen Regierung abhängen. Hitlerdeutschland hätte an sich kein Interesse, im Kriegsfall Dänemark zu besetzen - was es jederzeit tun könnte - wenn das Land während des Krieges als Liefer- und Durchgangsland dient. In diesem Falle wäre sogar die Besetzung durch Hitlerdeutschland vergleichsweise ein Minus. Die Geneigtheit, diese Rolle zu spielen, liegt dem Vertragsabschluß der dänischen Regierung zugrunde. Es ist keine Frage, daß dies ein Plus für Hitlerdeutschland ist.

Wie weit bei dem Besuch des Regenten Paul von Jugoslawien in Berlin die Bemühungen der Achse Erfolg gehabt haben, das Land wirtschaftlich, politisch und militärisch ihren Zwecken dienstbar zu machen, ist noch nicht zu übersehen. In seinem Trinkspruch erklärte Hitler, die jugoslawisch-deutsche Grenze als unveränderlich, während der Regent erklärte, die Beziehungen Jugoslawiens zu Deutschland seien seit Jahren geregelt. Das kann einen doppelten Sinn haben, den, daß die Annäherung der jugoslawischen Politik an Hitlerdeutschland, die von Stoyadinowitsch eingeleitet wurde, bestehen bleibe und weitergeführt werde, aber auch den, daß Jugoslawien über den gegenwärtigen Stand nicht hinausgehen wolle. Unter den an Jugoslawien gemachten Vorschlägen soll sich auch der eines Wirtschaftsabkommen nach dem Muster des deutsch-rumänischen befinden. Zu irgendwelchen endgültigen Festlegungen scheint es noch nicht gekommen zu sein.

Die diplomatische Aktion des Vatikans wird fortgesetzt. Ihr Sinn scheint der zu sein, zu verhindern, daß die "Friedensfront" der Westmächte mit der Sowjetunion zustande kommt, stattdessen will der Vatikan auf eine direkte Verständigung zwischen Frankreich und Italien sowie zwischen Hitlerdeutschland und Polen hinarbeiten. Das läßt darauf schließen, daß diese diplomatische Aktion des Vatikans, die mit all der Geschmeidigkeit, und Vorsicht geführt wird, die der vatikanischen Diplomatie traditionell ist, im Einverständnis der Achsenmächte geführt wird.

Es sind ferner Bemühungen im Gange, um Franco Spanien zu einem offenen Militärbündnis mit der Achse zu veranlassen. (Geheime Abkommen bestehen aller Wahrscheinlichkeit schon längst.) In dieser Hinsicht ist von Interesse eine schriftliche Erklärung, die Franco in den letzten Tagen auf dem Kongress der Phalangisten abgegeben hat. Die Erklärung ergeht sich in starken Vorwürfen an Frankreich und England, spricht sich für die Drosselung der Einfuhr aus und enthält die nicht mißzuverstehende Wendung:

"Wir müssen uns vorbereiten, uns zu verteidigen und der Einkreisung zu widerstehen."

Ein englischer Bericht aus Tokio weiß von starken Strömungen unter den herrschenden Klassen Japans zu berichten, sich von den Achsenmächten zu entfernen und sich den sogenannten demokratischen Mächten anzunähern, die im Kriegsfall als die wahrscheinlichen Sieger betrachtet würden. Dagegen spricht jedoch, daß der japanische Imperialismus nur auf Kosten der Westmächte und Amerikas etwas gewinnen kann.

INNERPOLITISCHE VORGÄNGE.

=====

Auf der jüngsten Konferenz der radikalsozialistischen Partei erging sich Daladier in starken Ausfällen gegen die von der SFIO und KPF geübten Kritik an seiner Innenpolitik. Er tastete dort auch die Stimmung seiner Partei über die Verlängerung des Mandates der Kammer auf dem Wege des Dekretes ab. Die Stimmung scheint eher dagegen zu sein. Der Proporz ist in der Kammer nicht ohne Mitwirkung der SFIO-Abgeordneten zufalle gekommen. Das kann der Regierung Daladier erleichtern, die Verlängerung des Parlamentes auf dem Wege der Notverordnung durchzuführen.

Die Rede Hitlers auf der Reichskriegertagung in Kassel suchte der Antikriegsstimmung der breiten Massen in Deutschland entgegenzuwirken durch die Behauptung, daß England jetzt dieselben Kriegsziele gegen Deutschland verfolge, die es angeblich 1914 verfolgt habe - die weitere imperialistische Ausdehnung Deutschlands zu verhindern oder rückgängig zu machen. Dabei leistete sich Hitler die groteske Behauptung, das kaiserliche Deutschland habe 1914 und im Laufe des Krieges gar keine Kriegsziele gehabt. Die französische und englische Presse führt dagegen die deutschen Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest ins Feld, bei denen bekanntlich das kaiserliche Deutschland der überwachten Welt sehr deutlich gezeigt hat, welcher Art seine Kriegsziele im Falle des Sieges sein würden. Ferner suchte Hitler die Stimmung zu heben durch den Hinweis auf den Unterschied zwischen der politischen Leitung des wilhelminischen Deutschlands durch den "als Major verkleideten Zivilisten Bethmann-Hollweg" und der heutigen politischen Führung Deutschlands durch den "Soldaten" Hitler. In Wahrheit war die politische Führung des wilhelminischen Deutschlands im Weltkriege nicht die "Zivilisten" Bethmann-Hollweg, Hertling, Hohenlohe, sondern die "Oberste Heeresleitung".

Die politische Primitivität und Unfähigkeit gerade dieser "Soldaten" war mit eine der Ursachen, warum das kaiserliche Deutschland den Krieg verlor, während es auf der Gegenseite gerade eine der wesentlichen Stärkepunkte war, daß "Zivilisten" wie Lloyd George und Clémenceau die politische und militärische Führung in der Hand behielten. "Zivilisten", die sich auf militärischem Gebiete den "Fachleuten" als überlegen erwiesen, weil nicht durch die militärische Routine gefesselt.

In Polen ist nunmehr ein Gesetz über den Kriegszustand angenommen worden, das nach seiner Verhängung sämtliche Gewalten, zivile und militärische, an den Obersten Befehlshaber des Heeres (Rydz-Smigly) übergehen lässt und alle verfassungsmäßigen Garantien aufhebt. Wie man sieht, wird es sich also in Polen, wenn es Krieg führt, nicht gerade um die "Verteidigung der Demokratie" handeln, sondern es wird die offene von allen Schranken befreite Militärdiktatur herrschen.

Die Sowjetpresse gibt nunmehr die ersten Ergebnisse der letzten Volkszählung der Sowjetunion bekannt. Wir behalten uns vor, bei Vorliegen von weiterem Material noch darauf zurückzukommen. Für jetzt sei nur auf Folgendes hingewiesen: die Gesamtbevölkerung der Sowjetunion wird nach der Zählung vom 17. Januar 1939 auf 170,5 Millionen Köpfe angegeben. Die Zählung vom 17. Dezember 1926 ergab 147 Millionen Köpfe. Der Zuwachs beträgt 15,9%. Die ukrainische Sowjetrepublik zählte 1926 - 29 Millionen, 1939 - 31 Millionen. Der Zuwachs beträgt hier nur 6,6% (für 13 Jahre). Sie bleibt also weit über den Landesdurchschnitt zurück. Es ist nicht anzunehmen, daß der natürliche Bevölkerungszuwachs der Ukraine hinter dem Landesdurchschnitt zurückliegt. Die Zahlen drücken also die furchtbaren Verluste der Ukraine im Gefolge der gewaltsamen Kollektivisierung aus, die massenhaften Verschickungen von Kulaken und die Opfer der Hungersnot von 1932/33. Rechnet man für die Sowjetukraine denselben natürlichen Zuwachs, wie für die großrussische Sowjetrepublik (RSFSR), der 16,9% betrug, so müßte der Zuwachs der Sowjetukraine 4,91 Millionen Köpfe betragen. Er beträgt nach der Zählung von 1933 1,92 Millionen. Der Ausfall ist also 2,99 Millionen, rund 3 Millionen Köpfe.

DIE WAHLEN IN UNGARN.

=====

Zum Verständnis der ungarischen Wahlergebnisse sind einige Vorkenntnisse unentbehrlich. Das Parlament hat 276 Mitglieder. 16 Mandate wurden verlängert, und zwar die der unlängst gewählten (unter Militärdiktatur und Gendarmen praktisch von der Regierung ernannten) Abgeordneten von den unlängst neuerworbenen ehemals slowakischen Gebieten. 260 Mandate wurden erneuert.

Das frühere System der offenen Wahlen wurde erst nach dem Kriege unter dem Druck der Massen insofern geändert als zuerst für Budapest, nachher für andere Städte die Geheimwahl eingeführt wurde. Stufenweise erreichte man den heutigen Zustand: 125 geheime und 135 offene Wahlbezirke. Aber nicht nur die Mehrheit der Bezirke, sondern infolge der ungerechten Bezirkseinteilung "wählt" eine noch größere Mehrheit der Wähler offen. "Offene" Wahl bedeutet daß der Wähler im Beisein der Gendarmen ankündigt, daß er für den Regierungskandidaten oder für den von der Bezirksadministration propagierten faschistischen Kandidaten stimmt. Wenn man dazu die Macht der Gendarmerie und der Bezirksverwaltung kennt, kann man erst die Ergebnisse eines Wahlvorgangs in Ungarn verstehen und entsprechend werten. Erst dann ist es zu verstehen, daß die Sozialdemokratie in Ungarn Wahlboykott geübt hat und daß zum ersten Mal unter dem weißen Terror Sozialdemokraten ins ungarische Parlament gewählt wurden (1920); damals wurde zum ersten Mal in Budapest geheim gewählt. Die höchste Mandatzahl, die die ungarische Sozialdemokratie erreicht hat, war 25 im Jahre 1925. Sieben Jahre später verlor die Sozialdemokratie unter dem Druck des von Gömbös wiederbelebten weißen Terrors (Standgericht gegen Kommunisten und Linkssozialdemokraten, Ungültigerklärung von Stimmen, Verhaftung von Kandidaten) 14 Mandate. Von jeher hat man in offenen Bezirken linke Kandidaturen verhindert und in geheimer Besänsken linke Stimmberechtigte am Abstimmen verhindert oder linke Wählerstimmen in großen Massen für ungültig erklärt.

Unter solchen Bedingungen ist es zu verstehen, daß die Regierung Teleky, wie jede Regierung, die in Ungarn Wahlen durchgeführt hat, aus den jetzigen Reichstagswahlen siegreich hervorging. Sie erhielt von 252 bisher erneuerten Mandaten 182. Mit den verlängerten slowakischen Mandaten zusammen hat die Regierung 198 Sitze im Parlament, anstatt ca. 132 bisher. Die "hungaristische" Pfeilkreuzer-Partei, die die offiziöse Unterstützung der deutschen Nazis hat, erhielt 28 Mandate. (Die Unterstützung der Nazis geht aus einem kürzlich in Ungarn beschlagnahmten grünen Buch hervor.) Das Buch wurde in Deutschland gedruckt und mit Charlottenburger Poststempel an Einzeldressen versandt). 4 andere kleinere, miteinander auf Kriegsfuß stehende faschistische Richtungen erhielten insgesamt 16 Mandate. Die Linksoption bekam insgesamt 26 Mandate, und zwar erhielten die kleinen Landwirte 14, die Demokraten 5, die Sozialdemokraten 5, die Unabhängigen 2 Mandate. Es fehlen noch die Ergebnisse von 8 Stichwahlen.

Über die Verteilung der Stimmen sind bisher keine genauen Angaben veröffentlicht worden. Soviel steht jedenfalls fest, daß nicht einmal die Hälfte der Stimmberechtigten für die Regierung stimmte (etwa 1 Million von weit über 2 Millionen Berechtigten). Die diversen faschistischen Richtungen erhielten ungefähr eine halbe Million Stimmen, die zum größten Teil von den bisherigen Wählern der bei den Wahlen völlig zusammengebrochenen Christlich-nationalen Partei abgegeben wurden. Diese bisher große Kleinbürger-Partei (seinerzeit die größte Stütze des Regimes des weißen Terrors) wurde jetzt völlig aufgerieben. Sie erhielt in einer ihrer Hochburgen 250 Stimmen, wobei 8000 frühere Wähler zu den Pfeilkreuzlern übergingen. Allem Anschein haben sich große Massen der kleinen Landwirte der Stimme enthalten, da sie mit der schwankenden Politik des Abenteurers und korrupten Eckardts, jetziger Führer der Partei der kleinen Landwirte, unzufrieden sind. In den 5 Bezirken, wo sozialdemokratische Kandidaten gewählt wurden, erhielt die SP etwa 125.000 Stimmen. In Wirklichkeit erhielt die SP aber vielmehr Stimmen: in einer Reihe von Bezirken wurde der Kandidat nicht

gewählt, da er die für ein Mandat notwendige Stimmzahl nicht erreichte. Diese Stimmen sind verlorengegangen. Ausserdem aber wurden massenhaft Stimmen ungültig erklärt, z.B. im Bezirk Borsod wurden von 19000 SP-Stimmen nicht weniger als 8000 Stimmen ungültig erklärt, auf die übrigen 11000 fiel kein Mandat. So ersehen wir, daß ein Regierungskandidat im Durchschnitt 5000, ein SP-Kandidat dagegen mehr als 25.000 Stimmen aufbringen mußte, um ein Mandat zu erhalten.

Wir müssen die auch in Ungarn verbreitete Volksfrontideologie mit in Betracht ziehen und annehmen, daß diesmal auch in den Städten viele linksgerichtete Wähler für die Regierung stimmten, in dem Glauben, daß diese ernstlich gegen den Faschismus kämpft. In Wirklichkeit gibt es unter den Regierungsanhängern eine große Anzahl offener Faschisten. Man muß in nächster Zeit auch mit einer Spaltung der neuen Regierungspartei rechnen.

Auch weiterhin hängt das Schicksal Ungarns von der allgemeinen Entwicklung der europäischen Verhältnisse ab. Die Wahlen bedeuten noch keineswegs ein Übergewicht des deutschen Einflusses. Jedoch muß dieser Einfluß stärker werden, in dem Maße wie Deutschlands Macht im Rahmen der deutsch-italienischen Achse stärker wird. Die letzten Regierungserklärungen nach den Wahlen deuten darauf hin, daß die Regierung die bisherige Politik des offenen Nachgebens, aber geheimen Widerstandes, weiter verfolgen will. Die mit dem italienischen Faschismus liebäugelnden Cliques der Feudalaristokratie und Bourgeoisie werden aber auch den deutschen Nazis keinen ernsthaften Widerstand entgegen setzen können. Nur die Wiedergesundung der ungarischen Arbeiter- und Bauernbewegung wird Ungarn von allen Spielarten des Faschismus befreien können.

ANDREE-NIN-TAG.

=====

Die Konferenz der FOI hat beschlossen, jedes Jahr, am 16. Juni, dem Tag der Verhaftung NINs, eine internationale Campagne - einen "ANDREE-NIN TAG" - zu organisieren. Am 24. Juni wurde NIN von Gepeou-Banditen der Orloffbrigade aus dem Gefängnis entführt und ermordet.

Wir bitten die Leser der "Arbeiterpolitik" den Beschluß zur Abhaltung eines Andree Nintages in der Form durchzuführen, indem sie auf der Arbeitsstelle, im Betrieb, im Bekanntenkreis, die Ermordung Nins durch die G.P.U. als den Beginn der Niederlage und des Verrates der spanischen Revolution, organisiert durch die Volksfront-Politiker, in Erinnerung rufen, und zum Kampf gegen diese Politiker mobil machen.

AUS SPANIEN.

=====

ZUR LAGE.

Obwohl die spanische Presse täglich die politische Einigkeit des Regimes beteuert und Franco als "Caudillo" feiert, so zeigen die verschiedenen Reden und Ereignisse in Spanien sehr deutlich das Gegenteil. Die Einheit der Reaktion hat während des Bürgerkrieges bestanden; einig waren die herrschenden Klassen Spaniens in dem Bestreben, die Arbeiter- und Bauernschaft niederzuknüppeln. Diese "nationale Tat" ist vollbracht worden; sie gelang dank der Unterstützung durch Hitler und Mussolini, mit deren Bomben und Legionären, und dank der Volksfront und Nicht-Interventionspolitik der II. und III. Internationale. Die spanischen Truppen werden demobilisiert, die deutschen und italienischen aus Spanien verabschiedet. Unter den Offizieren werden Medaillen verteilt, die die Aufschrift tragen: "Den Freiwilligen, die für Spanien, für die Zivilisation und gegen den Kommunismus kämpften." Undankbar zeigt man sich lediglich gegen Dr. Negrin, Blum und

Stalin, den Vätern der Volksfront- und Nichtinterventionspolitik, deren Verdienste ohne Zweifel im Kampf gegen den Kommunismus nicht genügend belohnt worden waren. Sie sollten die Ersten sein, denen man eine derartige Medaille auf die Brust zu heften hätte.

Nach dem Fall von Madrid stellten sich für die herrschenden Klassen die Fragen, was nun weiter geschahen sollte, und hier hörte die politische Einigkeit auf. Die Phalangisten treten für den vollständigen Anschluß an die Politik von Hitler und Mussolini, an die "Achse" ein, in den Fragen der Außenpolitik und in der Innenpolitik für die Durchsetzung der nationalsozialistischen Prinzipien. Dagegen treten die Traditionalisten, die Monarchisten und die Mehrheit der Offiziere auf und fordern die Wiedereinsetzung der Monarchie. Es sind die sogenannten "Gemäßigten", die den Interessen der Latifundien und der Kirche entsprechen, die alte Reaktion, die sich nicht an die "dunkle Zukunft" von Hitler binden wollen und eine Mittelstellung zwischen London-Paris und Rom-Berlin bezogen haben.

Die verschiedenen Anzeichen, die vorliegen, deuten darauf hin, daß Franco sich der Militärpartei anschließt, zumindestens aber verstärkt deren politischen Druck ausgesetzt ist. Er versucht in den ausenpolitischen Fragen von der "Achse" Abstand zu gewinnen und in der Umänderung der Regierung wird mit der Verstärkung der Militärpartei durch die Hinzuziehung von weiteren drei Generalen gerechnet. Der Oberst Salarzar, ein früherer Mitarbeiter von Mola, ist zum Unterstaatssekretär ernannt worden und in den Vorsitz des Ministerrates geschickt worden. Diese Ernennung zeigt den steigenden Einfluß der Traditionalisten. Zum anderen bemüht sich aber Hitler auch in diese Kreise einzudringen. Zur besseren Bearbeitung hat er sich eine Reihe von Offizieren nach Deutschland geholt. Queipo de Llano, der früher Republikaner war, wurde zum Sprecher der Traditionalisten und ist jetzt zu dem eifrigsten Freunde der Hitlerherrschaft geworden. Die Hitlerfaschisten scheinen von Franco enttäuscht zu sein; anlässlich des Empfanges der "Legion Condor" erklärte Göring in seiner Empfangsrede, Franco samt seiner treuen Marokkaner waren noch auf der anderen Seite des Mittelmeeres, als bereits die deutsche Hilfe einsetzte, um zu verhindern, daß die nationalen Offiziere in Spanien den Weg von Gode in Barcelona gingen.

Für die spanische Arbeiter- und Bauernschaft sind es natürlich unbedeutende Nuancen für den Moment, ob sie von Phalangisten oder Traditionalisten terrorisiert wird. Die Massenverhaftungen, besonders in Katalanien, hat ein nie gekanntes Ausmaß erreicht. In Orten, wie Figuera und Gerona ist fast der zehnte Teil der Bewohnerschaft verhaftet. Für die politischen Gefangenen der Arbeiterschaft sind Zwangsarbeit und Deportation nach den Kolonien vorgesehen. Für die Jugend ist allgemeine Zwangspflicht, sich den faschistischen Organisationen anzuschließen. Die Kinder von 7-11 Jahre haben sich den "Pelayos", von 11-15 Jahre den "Flechas" anzuschließen. Die Jugendlichen von 15-18 Jahre müssen den "Cadetes" angehören und über 18 Jahre den "Banderas Juveniles de la Falange." Die Organisationen entsprechen den deutschen und italienischen Jugendorganisationen.

An wirtschaftspolitischen Maßnahmen steht im Vordergrund die "Arbeitsbeschaffungscampagnen" und die "Freigeibubg der Bankkonten bis zu 15000 Peseten monatlich", mit Ausnahme von Katalonien, d.h. daß die Kontobesitzer diese Summen ohne nähere Angaben der Verwendung abziehen können. Bei der Arbeitsbeschaffung sollen innerhalb 14 Tagen alle Bauarbeiter beschäftigt sein. Wie diese Pläne auf dem Lande angewandt werden, zeigt folgende Notiz aus der "La Vanguardia" vom 1.6. ds. Jahres.:

"Der General (Queipo de Llano) setzte den Anwesenden in großen Linien seinen Plan auseinander, die Notwendigkeit, die Arbeit aufzunehmen, um den Fluß Guadimar einzufangen und zu kanalisieren, eine Arbeit, die in 20 Tagen in Angriff genommen werden soll. An einem geeigneten Platz soll ein Kampo geschaffen werden für 10000 Mann, die die Arbeit durchführen werden.

Der General erklärte in den Einzelheiten sein Projekt den Landbesitzern, die zu der Versammlung gekommen waren und forderte von ihnen, daß sie alle Unterstützung seinen Absichten geben, aber dabei hervorhebend, daß diejenigen, die nicht einverstanden sein werden, zwangweise expropriert werden, bei Entschädigung entsprechend von Schätzungen der Cataster. (Sevilla)".

Es ist Zwangsarbeit wie zu Zeiten Primos de Rivera, deren Unkosten den Kleinbauern aufgebürdet werden und deren Ertrag neue Einnahmen der herrschenden Klassen bringen soll.

Damit hat Primo de Rivera Vorarbeit für die Erschütterungen von 1928/29-32 geleistet, die den Sturz der Monarchie trotz allen Terrors nicht verhinderte. Obwohl im Moment die Organisationen der Arbeiter und Bauern geschlagen worden sind, werden sich wieder im höheren Maße denn je die Voraussetzungen für neue soziale Kämpfe entwickeln, neue Organisationen, neue Erfahrungen und ein neuer Kampfgeist.

DIE "FÜNFTE KOLONNE".

Unter dieser Überschrift bringt die "Frankfurter Zeitung" vom 17.5.39 einen Bericht ihres Madrider Korrespondenten über die Geheimarbeit der Falangisten hinter der republikanischen Front. Darin heißt es u.a.:

"Es waren natürlich keine organisierten Kolonnen, sondern kleine Kreise. Erst in den letzten Monaten des Krieges, als bis in die rotspanischen Amts- und Heeresstellen hinein schon die Kriegsmüdigkeit spürbar wurde, als eine ganze Reihe von kleinen Machthabern den Krieg für verloren ansah und sich nicht die letzten Möglichkeiten für ihr zukünftiges Leben verderben wollten, war es möglich sich ... zusammenzuschließen ... und ihre Arbeit zu organisieren. Zu diesen Kreisen ... gehörten ... : ehemalige Offiziere, Ärzte, Studenten, Juristen, Arbeiter, Bauern und vor allem viele junge Mädchen. ... Da ist die Geschichte eines Studenten der Architektur. Er wird von den oberen Befehlshabern eingezogen und kommt zu einem Bataillon für Befestigungsanlagen. Die Front liegt bereits am Stadtrande Madrids. Statt sich nun um die Anlage von Stellungen zu kümmern, gelingt es ihm, seinem Vorgesetzten klar zu machen, daß es auch notwendig sei, die architektonischen Schönheiten der Stadt zu schützen. Über ein Jahr lang arbeitet er nun mit seiner kleinen Gruppe daran, die Zugänge zu den Kirchen zuzubauen, beschädigte Teile zu stützen ... Gemälde und Kostbarkeiten aus Kirchen und Palästen zu bergen und ... sie in geheimen Verstecken unterzubringen. Schließlich wird der politische Kommissar auf das sonderbare Treiben der Gruppe aufmerksam und läßt sie ... verhaften. Nach einem Jahr kommt dieser Student im Herbst 1938 wieder frei. ... Dank der Vermittlung eines Freundes im rotspanischen Korpsstab kommt er als Befestigungsinspekteur an die Front, wo seine Aufgabe darin besteht, die Verteidigungsanlagen, Geschützstände, Reservelager und ähnliche Einrichtungen der Madrider Südfrent aufzuzeichnen, um die Skizzen seinem Protektor zur Weiterleitung an die Nationalen zuzustellen. Dieser gleiche Freund, der dank falscher Ausweispapiere als überzeugter Kommunist und deshalb als zuverlässige Person gilt, arbeitet vom Korpsstab aus im größten Umfange für Franco. Noch während die Nationalen in Katalonien kämpften, hatte das rotspanische Kommando ... zwei Entlastungsoffensiven vorbereitet. Beide Operationen sind durch diesen Mittelsmann bis auf alle Einzelheiten der nationalen Führung bekannt gegeben worden, sodaß die Angriffe bei Brunete leicht abgeschlagen werden konnten. Die zweite Operation (Guadarama) wurde ... garnicht erst begonnen. Diese Spionagestelle stand durch einen Geheimsender ständig in Verbindung mit Burgos. Die Ärzte begannen damit, daß sie die zum Heeresdienst aufgerufenen Söhne von Bekannten einfach krank schrieben. ... Geheime Zentren, die später sogar in den Rekrutierungsstellen ihre Leute hatten, verständigten ihre Freunde an der

Front, sich bei genau bezeichneten Ärzten als "schwindstüchtig zu melden". Über die Tätigkeit falangistischer Juristen wird u.a. gesagt, daß der Prozeß gegen 195 Personen in Barcelona (Herbst 1938) "trotz vorliegendem schweren Beweismaterial nur 7 Todesurteile" brachte, daß ein ähnlicher Prozeß gegen 165 in Madrid bis zum Einzug der Francotruppen "hinausgezögert werden" konnte. Weiter heißt es: "Durch geschickte Manöver bekam die Falange z.B. auch die Leitung der Madrider Ingenieurschule in die Hand Mit Hilfe ihrer Lastwagen machte die Schule immer wieder Expeditionen an die Front, um Freunde, die zu den Nationalen überlaufen wollten, an geeignete Abschnitte zu bringen Nach und nach hatte die Falange in allen wichtigen rotspanischen Zentren ihre Leute sitzen, so daß ihr zuletzt für ihre gefährlichen Arbeiten die Ausweispapiere und Stempel von "amtlichen" Organisationen zur Verfügung standen."

Wenn man auch ein gut Teil dieses Berichtes der bekannten faschistischen Ruhmredigkeit anrechnen muß, bleibt leider noch genug an traurigen Tatsachen, die beweisen, in welcher unglaublicher Weise die Tätigkeit der faschistischen Spione begünstigt worden ist, durch die verlogene Hetze gegen die revolutionären Elemente. Die Niederschlagung der Arbeiter in Barcelona im Mai 1937, die Meuchelorde an Revolutionären, die Massenein-kerkerung "Verdächtiger" durch den reaktionären, von der KP geführten und von den Falangisten durchgesetzten Polizeiapparat hat den Boden bereitet, auf dem die faschistische "Fünfte Kolonne" sich entwickeln konnte.

" GESCHICHTE DER K. P. d. S. U. "

" Kurzer Lehrgang. "

So nennt sich das Buch, das als "das größte (!) Ereignis im ideologischen Leben" der KPdSU bezeichnet wird in dem Beschluß des ZK vom 14.11.38. Letzterer wird als "Sonderdruck" der "Kommunistischen Internationale" Heft 12, 1938, dem Buche beigelegt. Der Gedanke zur Abfassung eines solchen Geschichtswerkes liegt aber schon weiter zurück: "es gilt den Unterricht in der Parteigeschichte für die Parteimitglieder auf die gebührende Höhe zu bringen und vor allem das Studium der Taktik und der Methoden des Kampfes gegen die parteifeindlichen Gruppierungen." So heißt es schon im Rundschreiben des ZK an die Parteiorganisationen anlässlich des Kirow-Mordes (1.12.34.), mit dem der Ausrottungsfeldzug gegen alle "die Trotz-kisten, demokratische Zentralisten, die Arbeiteropposition, die Sinowjew-leute, die Rechten, die rechts-linken Mißgestalten" begann (Siehe Seite 307 des Geschichtsbuches).

Zweck und Aufgabe des Geschichtsbuches.

Wie aus dem ZK Beschluß bei Erscheinen des Buches zu ersehen ist, sind es gar mancherlei Aufgaben, deren Lösung es dienen soll. Danach soll es sein: 1. ein einheitlicher "Leitfaden, der die offizielle, vom ZK .. geprüfte Behandlung der Hauptfragen der Geschichte der KPdSU und des Marxismus-Leninismus darstellt, die keinerlei willkürliche Auslegung zuläßt", der weiter "mit der Fülle vielseitiger Gesichtspunkte, die in einer Reihe früher herausgegebener Lehrbücher vorhanden waren." Schluß macht. (Seite 4 des Sonderdruck)

2. ein Mittel, um die "schädliche Kluft zu liquidieren, die sich in den letzten (!) Jahren auf dem Gebiet der Propaganda zwischen Marxismus-Leninismus gebildet ... hatte." Es wird gesagt, daß "man vergaß, daß der Leninismus auf der Grundlage des Marxismus emporgewachsen ist." (Wir werden später noch auf diesen vergeßlichen "man" zurückkommen müssen.)

3. die Grundlage zur "Erziehung der Parteikader in erster Linie auf Grund der Ideen des Marxismus-Leninismus im Gegensatz zu manchen alten Lehrbüchern, die die Geschichte ... vor allem um historische Persönlichkeiten herum darstellten" (S.4-5 S.D.) (Also gegen den historischen Führer?)

4. eine Handhabe "um die marxistische (!) Literatur von der Verflachung und Vulgarisierung in der Auslegung einer Reihe von Fragen der Theorie des Marxismus-Leninismus und der Parteigeschichte zu befreien," als da sind : Rolle der Persönlichkeit, Frage vom Sieg des Sozialismus in unserem Lande, unrichtige Aussichten über den Sowjetstaat ! - damit macht der "Kurze Lehrgang" Schluß und "stellt die Prinzipien des Marxismus wieder her" (S.7-8.S.D.).

5. eine Demonstration der marxistisch-leninistischen Theorie, "die wie jede Wissenschaft sich unausgesetzt entwickelt und vervollkommenet und die sich nicht davor fürchtet, einzelne veraltete Leitsätze und Schlußfolgerungen durch neue ... zu ersetzen, die den neuen historischen Bedingungen entsprechen" (S.8-9.S.D.).

6. eine Hilfe für die "theoretisch und propagandistisch arbeitenden Kader, um ihr theoretisches Zurückbleiben zu liquidieren".

Die Hauptmängel der Propagandaarbeit.

sollen bestehen nach der Meinung des ZK

1. im Fehlen der notwendigen Zentralisierung der Leitung der "Partei-propaganda" - weiter an dem "Überfluß an Zirkeln", die sich im Endergebnis verwandeln "in autonome und unkontrollierte Organisationen"

2. in der schädlichen "Trennung in der Organisation der Presse- und ml. lichen Propaganda, die ihren Ausdruck fanden in dem Nebeneinanderbestehen von Propaganda- und Presseabteilungen" bis hinauf in den ZK-Apparat, wodurch die Presse nicht ausgenützt und benachteiligt wurde (S.15-16.S.D.)

3. in dem wichtigsten Mangel : " ... die Geringschätzung der politischen Ausbildung unserer Sowjetintelligenz ... mit deren Hilfe die Arbeiterklasse und die Bauernschaft das Sowjetland verwalten ... durch die Parteiorganisationen." (S.16-17.S.D.)

Welche Sorgfalt dieser Schicht zugemessen wird, die nach Molotows Angaben auf dem Parteitag (März 1939) 9.591.000 Köpfe zählt - ohne die Meister in Fabriken-, die nebst Familienangehörigen ca. 14% der Bevölkerung ausmacht, zeigen noch folgende Stellen der ZK Resolution :

"Eine der Aufgaben, die sich der "Kurzgefaßte Lehrgang ... " stellt ist, mit dieser unsinnigen antileninistischen Einstellung zu unserer Sowjetintelligenz Schluß zu machen " (S.17.S.D.)

" Das ZK ... konstatiert, daß ungeachtet ihrer bedeutenden Rolle im Sowjetstaat, das geringschätzige Verhalten gegenüber unserer Intelligenz bis auf den heutigen Tag noch nicht überwunden ist, was an sich ein äusserstschädliches Übertragen jener Anschauungen und Beziehungen zur Intelligenz, die in der vorrevolutionären Periode verbreitet waren, als die Intelligenz im Dienste der Gutsbesitzer und Kapitalisten stand, auf unsere Sowjetintelligenz bedeutet" (S.19.S.D.)

Die sicher nicht unbegründete "Geringschätzung" wird zusammengestaucht : "Ein soches antibolschewistisches Verhalten zur Sowjetintelligenz ist abstoßend, rowdyhaft und für den Sowjetstaat gefährlich". (S.20.S.D.) Weahalb es denn noch ganz offiziell vom ZK "verurteilt" wird. (S.28.S.D.)

Weitere Sicherungen zur Erfüllung der gestellten Aufgaben zeigen sich neben anderem darin, daß für die zu schiffenden Propaganda-Seminare und für die Leitung der verschiedenen Agit.-Prop. Abteilungen politisch geprüfte Leiter gesichert werden müssen; daß das Marx-Engels-Institut zur Richtigstellung von "Fehlern, die einen Schädlingsscharakter tragen" und zur Beschleunigung der Neuausgabe der Werke von Marx-Engels-Lenin verpflichtet und das Institut selbst dem ZK unterstellt wird.

FORTSETZUNG FOLGT.

Verantwortlich B E. Hirzel, Strasbourg.

Arbeiterpolitik

No. 24/VI. Jahrgang

Dritte Juniwoche 1939.

DIE REISE MISTER STRANGS NACH MOSKAU.

Mister Strang ist inzwischen in Moskau angekommen. Um die Instruktionen, die ihm für seine Mission erteilt worden sind, hat es allerlei Auseinandersetzungen gegeben: im britischen Kabinett selbst; zwischen der englischen Regierung und der öffentlichen Meinung des Landes; zwischen dem englischen und französischen Kabinett. Dazu kam die Begleitmusik der Reden von Chamberlain und Galifax im englischen Parlament und die Reaktion der englischen und französischen Presse. Über die Instruktionen, die schließlich Mister Strang erteilt worden sind, läßt sich nur folgendes mit einiger Sicherheit sagen:

1. Mister Strang selber geht nach Moskau, nicht um selbst mit der Sowjetregierung zu verhandeln, sondern um den dortigen englischen Gesandten zu instruieren und zu beraten. Mit einem unmittelbaren Abschluß eines Paktes während seines Aufenthaltes ist also nicht zu rechnen. Die Londoner Regierung stellt behaltnis die letzte Entscheidung vor. Die Entsendung des Mister Strang anstelle eines bevollmächtigten englischen Regierungsgliedes, der direkt mit der Sowjetregierung hätte verhandeln können, ist als die englische Antwort darauf zu betrachten, daß die Sowjetregierung ihrerseits nicht wie vorher angekündigt Potemkin nach Genf geschickt hat. Es soll dadurch demonstriert werden, daß die englische Regierung sich dasselbe leisten kann, wie die Sowjetregierung und daß sie ebenso wenig Eile habe mit dem Abschluß des Paktes.

2. Mister Strang hat eine Mustersammlung von Formeln zur Auswahl für die Sowjetregierung mitbekommen. Eine ausdrückliche und namentliche Garantieung der baltischen Staaten ist jedoch nicht bei dieser Musterkollektion. Alle vorgeschlagenen Formeln laufen darauf hinaus, die baltischen Staaten durch eine allgemeine Formel mit zu erfassen, die sich auf die indirekte Bedrohung der Sowjetunion bezieht und in diesem Falle die englisch-französische Hilfe zusagt. Das Absähen von der namentlichen Formel der Garantie der baltischen Staaten wird noch immer damit begründet, daß die Regierungen der baltischen Staaten eine sowjetische Garantie ebenso wie eine Garantie der Westmächte gegenwärtig ablehnen.

3. Die vorgeschlagenen Formeln enthalten für bestimmte Fälle die Forderung einer vorhergehenden Konsultation zwischen England, Frankreich und der Sowjetunion.

Über diesen letzteren Punkt sagt der Pariser "Temps" vom 13.6. folgendes:

"Es würde sich im Ganzen darum handeln, die rechtliche und tatsächliche Schwierigkeit dadurch zu umgehen, daß man eine Beratung der drei interessierten Großmächte vorsieht über die zu leistende Hilfe im Falle einer Bedrohung von Staaten, die nicht namentlich bezeichnet und nicht vorher garantiert worden sind, aber deren Unabhängigkeit und Neutralität von großer Bedeutung ist für die russische Sicherheit, wie übrigens auch für die allgemeine Sicherheit."

Ein Artikel der "Prawda" zu dieser Frage erklärt dem Sinne nach, daß die Ablehnung der Garantie durch die baltischen Staaten kein Hindernis sein

dürfe. Entweder handele es sich darum, daß diese Regierungen heute die Gefahr eines Angriffes durch Hitlerdeutschland unterschätzen, wie dies anfänglich auch bei der polnischen und rumänischen Regierung der Fall gewesen sei, daß sie aber später die Größe der Gefahr verstehen werden. Oder es handle sich um ein Zusammenspiel dieser Regierungen mit Hitlerdeutschland. Deshalb müsse die Garantie evtl. auch ohne und gegen diese Regierungen gegeben werden, da sie im Interesse der baltischen Völker liege und von ihnen gewünscht würde.

In der Tat sind diese angeblichen Skrupel der englischen Regierung nicht als bare Münze zu nehmen. Niemand zweifelt daran, daß die englische Regierung sich über solche Skrupeln hinwegsetzen würde, wenn es sich um unmittelbare und wichtige englische Interessen handeln würde. In Wirklichkeit handelt es sich darum, daß die englische Regierung mit außerordentlicher Zähigkeit darum kämpft, sich noch irgendwelche Schlupflöcher offen zu halten, um vielleicht den Angriff Hitlerdeutschlands über die baltischen Länder auf die Sowjetunion abzulenken und zu einem Kompromiß mit den Achsenmächten zu kommen.

Aus den Äusserungen der hitlerdeutschen Presse geht hervor, daß die Nazi-Regierung die baltischen Staaten dazu bewegen sucht, daß sie deutsche militärische Hilfe gegen die Sowjetunion annehmen. (Lieferung von deutschen Flugzeugen, Ausbau von Befestigungen gegen die Sowjetunion usw.) Ein deutscher Generalstabsoffizier ist dieser Tage nach den baltischen Ländern abgereist.

Ein gewisses Symptom, das in der internationalen Presse viel beachtet worden ist, ist auch ein Vortrag, den Sir Raynold Lindsay, früherer englischer Gesandter in Tokio, im Auswärtigen Ausschuß der Konservativen Partei des Londoner Parlamentes gehalten hat, in der er sich offen gegen den Abschluß eines Bündnis mit der Sowjetunion aussprach. Er soll hier erklärt haben, "daß Großbritanniens Ansehen in der Welt vielleicht weniger litte, wenn die Verhandlungen mit der Sowjetunion scheiterten, als wenn sie erfolgreich ausgingen."

Manche englische Beobachter haben überhaupt den Eindruck gewonnen, als ob die englische Regierung die öffentliche Meinung des Landes auf das Scheitern der Verhandlungen mit der Sowjetunion vorbereiten wolle. Aber vielleicht handelt es sich auch dabei nur um Verhandlungstaktik.

DIE LETZTEN REDEN VON CHAMBERLAIN UND HALIFAX.

=====

Es ist sicher kein Zufall, daß die letzten Reden von Chamberlain und Halifax, in denen Einkreisungsabsichten gegen Hitlerdeutschland bestritten und vage Verhandlungsangebote an die Achsenmächte gemacht wurden, im Zusammenhang mit der Entsendung von Mister Strang nach Moskau gehalten worden sind. Diese Reden sind offenbar als Ouverture für diese Verhandlungen gedacht. Sie sind das Gegenstück zu den Äusserungen Molotows in seiner Rede im Obersten Sowjet, die auf sowjetische Verhandlungsmöglichkeiten mit Deutschland und Italien hinwiesen. Die englische Regierung will durch diese Reden einen Druck auf die Moskauer Verhandlungen ausüben, indem sie ihrerseits der Sowjetunion andeutet, daß auch die Westmächte sich solche Verhandlungsmöglichkeiten offenlassen.

Ein Nebenzweck dieser Reden war auch die Gegenwirkung gegen die Nazipropaganda von der Einkreisung Hitlerdeutschlands durch die Westmächte. Diese Reden werden vom englischen Rundfunk in deutscher und in italienischer Sprache versendet und haben die Absicht, das deutsche Publikum über die Köpfe der Naziregierung hinweg zu erreichen und zu beeinflussen.

Die Nazipresse und in ihrem Gefolge die italienische Presse reagieren ziemlich schroff auf diese Reden, eben weil sie darin die Absicht erblicken, über die Köpfe der Regierungen hinweg das deutsche und italienische

Publikum zu erreichen und außerdem weil sie die Gelegenheit benutzen wollen, um den Westmächten klar zu machen, welchen ihre Bedingungen und Vorbedingungen sind. Die Nazipresse erklärt demnach der englischen Regierung, wenn England ernsthaft verhandeln wolle, so möge es zuerst darauf verzichten, Polen in seinem Widerstand gegen die Naziforderungen zu bestärken; das Bündnis mit der Türkei rückgängig zu machen; die Verhandlungen mit der Sowjetunion abbrechen und die deutschen Kolonien zurückgeben. Wie man sieht, zeichnen sich diese Forderungen keineswegs durch Bescheidenheit aus, sie beweisen, daß der Preis, um den ein neues München zu haben wäre, noch größer ist als der, um den das erste München zu haben war. Denn es würde sich jetzt darum handeln, daß die Westmächte aus ihrer eigenen Tasche zahlen. Die Nazipresse sucht auch bei dieser Gelegenheit den Verdacht zu erwecken, daß die englische Regierung auf Kosten Frankreichs, das heißt, seiner Kolonialbesitzungen, zu einem Kompromiß zu gelangen suche.

JAPAN UND DIE KONZESSIONEN.

=====

Für heute war die Blockade der englischen und französischen Konzession in Tien-Tsin durch Japan angekündigt. Als Anlaß dazu war von Japan die Forderung der Auslieferung von 4 Chinesen genommen worden, die terroristischer Tätigkeit gegen Japan beschuldigt werden und sich im Konzessionsgebiete aufhalten. Von japanischer Seite wurde sodann erklärt, daß nach der Ankündigung der Blockade schon nicht mehr die Auslieferung der 4 Chinesen genüge, sondern daß England künftig auf jede Hilfeleistung für die Regierung Tschang-Kai-Schecks verzichten müsse. Inzwischen wird gemeldet, daß in London ein Kompromiß zustande gekommen sei, wonach die englischen Behörden des Konzessionsgebietes die 4 Chinesen den Japanern ausliefern und die Japaner auf die angekündigte Blockade verzichten.

Auch der Streit um die Konzession Amoy ist noch nicht beigelegt.

Man kann annehmen, daß das japanische Vorgehen gegen die Konzessionen der Westmächte und Amerika in China in Übereinstimmung mit den Achsenmächten erfolgt, um auch auf dieser Seite Unruheherde zu unterhalten.

Von englischer Seite ist im Zusammenhang damit jetzt darauf hingewiesen worden, daß ein engeres Zusammengehen zwischen den Vereinigten Staaten und England gegen Japan notwendig sei und daß Amerika darauf verzichten solle, Japan weiter mit Petroleum und Eisenschrott zu beliefern. Tatsache ist, daß diese Lieferungen weitergehen. Es liegt auf der Hand, daß hier eine Gelegenheit für die amerikanische Arbeiterklasse wäre, um selbständig einzugreifen und die Lieferungen von Petroleum und Schrott, sowie anderer kriegswichtiger Rohstoffe an Japan zu verhindern.

IM DEN PARLAMENTARISMUS IN FRANKREICH.

=====

Der ober- und unterirdische Kampf um die Verlängerung der Mandatsdauer des gegenwärtigen französischen Parlamentes und um seine Ausschaltung für unbestimmte Frist geht unter allerhand Wechselfällen weiter. Die Lage wird von dem radikalsozialistischen Blatt "Oeuvre" zutreffend so gekennzeichnet, daß die Parlamentarier in ihrer Mehrheit sich ganz gern die Verlängerung ihres Mandates gefallen lassen würden, daß sie sich aber scheuen, die Verantwortung dafür offen und direkt vor den Wählern zu übernehmen, daß sie daher geneigt sind, sich von Daladier auf dem Wege der Notverordnung sozusagen vergewaltigen zu lassen.

Interessant sind in diesem Zusammenhang die Äußerungen von Léon Blum und zwar mehr noch wegen seiner Hinweise auf die allgemeine Stimmung im Lande gegenüber dem Parlament und dem Parlamentarismus, als wegen der konkreten Frage der Parlamentsverlängerung selbst. Man kann annehmen, daß Léon Blum über die allgemeine Stimmung im Lande gut Bescheid weiß und daß er sie zutreffend wiedergibt.

Léon Blum schreibt also darüber am 16. Juni 1939 im "Populaire" :

Seite 4 fehlt im Original

dem Parlamentarismus, sondern um die Geneigtheit zum Verzicht auf die eigene politische und wirtschaftliche Aktion. Diese Stimmung wird nun von den herrschenden Klassen in Frankreich planmäßig ausgenutzt. Der Regierungschef und Chef der radikalsozialistischen Partei, Daladier, bekundet dem Parlament seine unverholene Mißachtung. Die Regierung läßt das Parlament überlaufen, wodurch es natürlich noch weiter diskreditiert wird. Der kürzliche Protest Flandins gegen die Ausschaltung des Parlamentes, gegen die Diktatur der Bürokratie usw. zeigt, wie weit die Dinge bereits gekommen sind. Flandin ist zwar ein waschechter Reaktionsär, aber ein Reaktionsär, der die parlamentarischen Formen noch erhalten wissen möchte.

Über den Entwicklungsgang der französischen Wirtschaft in der letzten Zeit macht der Pariser Korrespondent der "Frankfurter Zeitung" u.a. folgende Angaben:

"Der Produktionsindex ist zwar vom November 1938 bis März 1939 von 81 auf 92 gestiegen. Die durchschnittliche Arbeitszeit von 39 auf 40,5 Stunden in der Woche. Ungefähr 1/5 bis 1/4 des französischen Fluchtkapitals ist zurückgekehrt. Die Beschäftigung ist gut in den Rüstungsindustrien. Trotzdem kann die eisenschaffende Industrie nur die Hälfte ihre Kapazität ausnutzen. Dagegen liegen die Konsumtionsgüterindustrien darnieder. Der normale Bedarf wird infolge der aussenpolitischen Spannung zurückgestellt. Es herrscht eine Art "Käuferstau". Er ist insbesondere fühlbar in der Woll-, Baumwoll- und Seidenindustrie. Der Absatz der großen Warenhäuser ist rückläufig. Der Index des Absatzes der Warenhäuser ist von 62 im Dezember 1938 gefallen auf 50 Ende März 1939." Der Berichterstatter macht mit anscheinender Befriedigung darauf aufmerksam, wie auch in der französischen Industrie die Methoden des totalitären Staates schrittweise eindringen.

BOZINGEN IN TURIN

Aus Turin ist von einem Beobachter über die Vorgänge während des Besuchs von Mussolini dort folgender Bericht eingelaufen:

Da die Gefängnisse in Turin voll waren, mußte man die Verhafteten in die Provinz nach Ivrea und Orta schicken; anderen ist nahegelegt worden, während dieser Zeit zu verreisen. Wer ausserdem nicht einen besonderen Erlaubnisbeschein von den faschistischen Behörden erhalten hatte, hat besser getan, schon in den Tagen vor dem Besuch, abends lieber zuhause zu bleiben oder überhaupt "kranke" zu sein.

Nachdem auf diese Weise "die Luft rein geworden war", wurde die Begeisterung organisiert. Für die zivile Begeisterung hatte der "Capposa" (Blockwart) zu sorgen. Er erhält morgens die Befehle der Parteisektion und hat für deren Durchführung zu sorgen. Für die militärische und polizeiliche Begeisterung sind nicht ab 800 zusätzliche Geheimagenten nach Turin geschickt worden, das nicht allein die Miliz mobilisiert worden, sondern jeder Bezirk, in der Umgebung hat mindestens 4-500 Schwarzhemden schicken müssen. Alle diese Leute sind in Kasernen, Schulen und Kellern untergebracht worden.

Natürlich hat man auch die Schulkinder auf die Beine gebracht, manche mußten schon um 8 Uhr morgens antreten und von Sonnenaufgang an werden in Reihen von ihnen durch die Stadt geführt.

Wenn auch alle diese Vorbereitungen und die Geschäftigkeit, die dabei erhalten wurde, die organisierte Art von Begeisterung bei den dabei Beteiligten erzeugt haben, so war doch festzustellen, daß dies nirgends sonst der Fall war, wo der Zug mit dem wirklichen Leben in Berührung kam. Typisch ist dafür die abweisende Kälte der Arbeiter der FIAT-Werke, 5000 Personen waren auf dem Dach der neuen FIAT-Werke platziert, neben denen eine große Versuchsrennbahn liegt. Diese Versuchsbahn, die gut eingezäunt ist und icht ohne weiteres ueberschritten werden kann, sorgte dafür, dass

der notwendige und heilsame Abstand zwischen der Masse und dem Diktator gewahrt bleibt. Die Rennbahn war mit Polizeilautsprecher gestopft. Die Tribüne war teilweise in die Rennbahn hineingebaut und hier hätte leicht der Kontakt zwischen der Menge und dem Diktator hergestellt werden können. Natürlich waren dort nur ausgesuchte Leute untergebracht. Aber siehe da, die Worte Mussolinis wurden von keinerlei Beifallsausdrücken unterbrochen, alles blieb stumm und als er sah, dass seine Kunstpausen nicht vom Beifallsgeräusch ausgefüllt wurden, hörte er sehr bald auf und wandte sich nach dem Rückgang der Rede.

Dieser Vorgang ist um so bemerkenswerter, als der Metallarbeiter zur Zeit zu den verhältnismässig bevorrechtigten Schichten gehört. Die Kleinbesitzer und Landwirte wenden ihre letzten Sparpfennige an Bestechungsgeldern auf, um ihre Einkünfte zu erhalten, in der Stadt arbeiten zu dürfen. Die Kleinbauern haben am schwersten unter der Last des Regimes zu tragen. Sie müssen unter anderem sogar eine Steuer fuer die Kleinfamilien zahlen, die mit denen der Grossfamilien transportieren. Der Produktionswert der Kleinfamilien ist gering, die Produktion der Grossfamilien ist gross.

Recht bemerkenswert ist, dass jeden Sonntag eine Menge Arbeiter mit dem Auto aufs Land fahren, dort ihre Verwandten und Bekannten besuchen und so mit dem Bauer staendig in Verbindung stehen. Gegen diesen Kontakt hat das REGIME ohnmächtig zu tun. Die Ausgaben fuer Mussolinis Reise sind gewaltig gewesen. Auch die Kleinfamilien hat eine zweifache Einladung erhalten, was etwas davon zu bezahlen. Die Ausgaben fuer Mussolinis Reise sind gewaltig gewesen. Auch die Kleinfamilien hat eine zweifache Einladung erhalten, was etwas davon zu bezahlen. Die Ausgaben fuer Mussolinis Reise sind gewaltig gewesen. Auch die Kleinfamilien hat eine zweifache Einladung erhalten, was etwas davon zu bezahlen.

POLNISCHE WÄHLERSTIMMUNG



Das Ergebnis der Wahl von heute ist ein Erfolg fuer die Regierung. Die Regierung hat es meistens garnicht gewagt, unter dieser Bedingung aufzutreten. BEZIEHNEND DAFUER SIND die Verhaeltnisse in Kleinpolen (Kleinpolen) und die sozialen Verhaeltnisse auf dem Lande. Hier ging das Regierungslager auf die soziale Lage der Kleinpolen ein. Hier ging das Regierungslager auf die soziale Lage der Kleinpolen ein. Hier ging das Regierungslager auf die soziale Lage der Kleinpolen ein.

Das Regierungslager hat es meistens garnicht gewagt, unter dieser Bedingung aufzutreten. BEZIEHNEND DAFUER SIND die Verhaeltnisse in Kleinpolen (Kleinpolen) und die sozialen Verhaeltnisse auf dem Lande. Hier ging das Regierungslager auf die soziale Lage der Kleinpolen ein. Hier ging das Regierungslager auf die soziale Lage der Kleinpolen ein. Hier ging das Regierungslager auf die soziale Lage der Kleinpolen ein.

Das Regierungslager hat es meistens garnicht gewagt, unter dieser Bedingung aufzutreten. BEZIEHNEND DAFUER SIND die Verhaeltnisse in Kleinpolen (Kleinpolen) und die sozialen Verhaeltnisse auf dem Lande. Hier ging das Regierungslager auf die soziale Lage der Kleinpolen ein. Hier ging das Regierungslager auf die soziale Lage der Kleinpolen ein. Hier ging das Regierungslager auf die soziale Lage der Kleinpolen ein.

bauerlichen Massen und so konnte man in Kleinpolen das schoene Schauspiel erleben, wie die Magnatenfamilien der Lubomirski, der Potocki, der Czartoryski und andere, die dort ueber 80% des Landes in Besitz haben, vor den von Lasten aller Art schier erdrueckten Kleinbauern und Habenichtsen des Dorfes in "Volksgemeinschaft" und in "sozialen Frieden" machten. Das Hauptargument war natuerlich die aessere Gefahr, aber auch in sozialer Demagogie haben amtlicher Apparat, Gutsbesitzer und Pfaffen im trauten Verein diesmal wahre GIPfelleistung vollbracht. Wuerden alle diese Versprechungen nur zum Teil erfuehlt werden, wuerden alle diese oeffentlichen Arbeiten, Wegebauten, Schulneubauten, Unterstuetzung der Genossenschaften und viele andere schoene Dinge, die wie eine Kata Morgana vor den Augen der in unsaeglicher Armut dahinlebenden Landbevoelkerung bei diesem Anlaß auftauchten, durchgefuehrt werden, so wuerde Polen eines des gluecklichsten Laender der Welt werden.

Auch die Opposition, die bauerliche Volkspartei, hat natuerlich in der Wahlagitiation in ersten Linie die "nationale Unabhaenigkeit", die "Bedrohung des Landes durch die Deutschen" ins Treffen gefuehrt. Die Hauptforderung ist daneben die "Demokratie". Im uebrigen wurden moeglichst wenige konkrete wirtschaftliche und soziale Forderungen aufgestellt. Die Hauptlinge der Volkspartei wussten gar wohl warum, sind sie doch die Vertreter der begueterten Schichten, und sie haben vor einer wirklichen Bauernrevolution nicht weniger Angst, wie die regierenden Militaristen in Warschau. Im Besonderen mussten sie mit grossem Unbehagen feststellen, dass die Bauern sich nicht isolieren lassen. In allen Kreisen, wo es eine Arbeiterbevoelkerung gibt, haben die Bauern ihre Kandidaten mit den der Arbeiter verbunden, ja teilweise haben sie einfach fuer die Arbeiterkandidaten gestimmt. Diese Zusammenarbeit zwischen Arbeiter und Bauern ist nicht neu in Polen, schon bei den grossen Bauernstreiks vor zwei Jahren ist sie in Erscheinung getreten.

Die Rechte der Selbstverwaltungskoerper sind in Polen aeusserst beschraenkt aber sie sind zu mindest eine Tribuene, um dort die Bauernforderungen vorzubringen. Die polnischen Bauern spueren, dass man sie braucht, und diese Wahlen zeigen, dass ihr Selbstbewusstsein maechtig gestiegen ist. Sie werden diese Tribuene benutzen, um ihre Forderungen nach einer radikalen Agrarreform, die staenicht aufgegeben haben aufs neue aufzustellen. Darauf macht sich sowohl das Regierungslager wie die Opposition gefasst.

Diese neue Phase der politischen Aktion, des Erwachens des Selbstbewusstseins der bauerlichen Massen ist die Volkspartei vor neue und schwerwiegende Aufgaben gestellt. Es kann keine zweifelhafte Verbindung der Arbeiter mit den Bauernforderungen einerseits, zur gemeinsamen Aktion beider Klassen fuer die in Polen alle Voraussetzungen vorhanden sind und mit der Frage der von Hitlerdeutschland bedrohten nationalen Unabhaenigkeit andererseits, die in Polen aus den Ueberlieferungen des Landes heraus ein uebel zur Massenbewegung sein kann, gaebe jetzt einer wirklichen kommunistischen Partei unermessliche Chancen. Dass sie vom Stalinismus vernichtet und geopfert worden ist, ist eines seiner groessten Verbrechen und wird sich an ihm selbst noch bitter rachen.

AUS EINEM BRIEF AUS DEUTSCHLAND:

Die Konsolidierung des Systems macht sich trotz der allgemeinen Unzufriedenheit der Bevoelkerung und großer Schichten von enttauschter Nazis bemerkbar. Die allgemeine Stimmung der Arbeiter geht dahin, dass es nur über einen Krieg zur Änderung des Systems kommen kann. Dieser Ansicht müssen wir durch praktische Maßnahmen und durch Aufklärung entgegenwirken. Heute ist nur dies möglich: Wirtschaftliche Auseinandersetzungen, Kämpfe zu sagen wäre eine Übertreibung, können in den Betrieben ausgelöst werden. Die allgemeine Teuerung hat zur Senkung des Reallohnes geführt und löst überall den Wunsch nach höheren Löhnen aus. Trotz Lohnstopverordnung wurden die Löhne

In manchen Betrieben auf ständigen Frängen erhöht. In einigen Großbetrie-
ben seit vorigem Jahr um rund 25-30%. Aber nicht überall ist es so. Im
Kleidermachergewerbe wurde aus Konkurrenzgründen ein 7% Lohnabzug durch-
geführt um konkurrenzfähig zu sein. Nun soll auch die allgemeine Kran-
kenkasse aufgelöst und durch Betriebskassen ersetzt werden. Die wichtig-
ste Aufgabe ist nun die Schaffung kleiner Zirkel in den Betrieben, diese
müssen von den zentralen Gruppen aber geleitet werden. Trotz vieler Ver-
bindungen ist diese Gruppe aber noch nicht/Arbeitsfähig und nur sehr/voll/
schwer zu schaffen.

BRIEF AUS WIEN.

Bei uns hat sich im Großen nichts geändert. Wohl gibt es in den Betrie-
ben hier oder dort kleine Wirtschaftsbewegungen, doch man soll ihre Bedeu-
tung nicht überschätzen. So versuchte man vor 4 Wochen bei den Shell-Beh-
zins, den Chauffeuren die Mitfahrer wegzunehmen. Ganz spontan weigerten sich
die Chauffeure auszufahren. Nach 2 Stunden wurde die Neueinführung zurück-
genommen. Also Erfolg. Doch danach gab es einen Appell und es wurde von
Sabotage und Strafe gesprochen. Auch bei der Florisdorfer Lokomotivfabrik
wurde durch passive Resistenz eine Lohnerhöhung von 70 auf 90 Pfennig er-
reicht. In einem anderen großen Betrieb (Siemens) wurde ein Kameradschafts-
abend vorbereitet, doch die Arbeiter wollten davon nichts wissen und der
größte Teil kaufte keine Karten (das verlangte man nämlich). Die Direkti-
on ließ einige Arbeiter rufen, erklärte das wäre Sabotage und die Folgen
würden noch kommen. Trotzdem blieb der größte Teil dem Kameradschaftsabend
fern. Von KP und SP sieht und hört man nichts. Es wird aber doch ganz
kleine abgekapselte Zirkel aus dem früheren Bestand geben. Die Unzufrie-
denheit ist groß und es werden alle möglichen Fragen diskutiert, z.B. ob
man nicht eine Austrittsbewegung aus der DAF propagieren sollte, wer Hitler
stürzen wird und was nach den Nazis kommen wird usw.

Von Personen, die von militärischen Übungen aus dem Reich zurückkommen, wird
berichtet über große Spannungen zwischen Deutschen und Österreichern. Auch
über verschiedene Mängel bei den Waffen (Maschinengewehre ohne Ölkühlung),
Gemeckert wird von der ganzen Bevölkerung, einmal gibt es kein Fleisch,
dann keine Butter, Obst überhaupt nicht.

BERICHT EINES ÖSTERREICHERS, DER VOM KZ ZURÜCK KAM.

nicht

Verhaftung Ende Mai, 1938. Behandlung auf der Polizei/schlecht. Nach 4 Ta-
gen Transport nach Dachau, Begleitung Totenkopf-Standard Dachau, Furcht-
bare Nachtfahrt, ein Toter. Auf anderen Transporten 6 Tote und mehr. Da-
chau sehr sauber, gute Unterkunft, gutes Essen, gute Lagerkantine, Butter und
fast alles zu kaufen, Zehn Stunden schwere Arbeit, Kiesgrube, Straßenbau,
Sehr schlechte Behandlung durch Wachmannschaft, barbarische Strafen, Baum-
hängen, Prügelstrafe, Dunkelarrest. Das Lager unter Standrecht wie alle an-
deren auch. Lagerbauten fast vollendet. 26 Blocks mit je 200 Mann Belags-
möglichkeit, damals rund 6.000 Gesamtbelegschaft, davon 2.500 Juden, Modern-
ste Küche, Brausebad, einmal wöchentlich Bad, Ziemlich große Kluft zwischen
Ariern und Juden, ausgenommen die langjährigen Politischen. In der Nähe
große SS-Kaserne, Hauptstützpunkt der SS, Man sprach von 13.000 Mann Besatzung.
Zeitungen und Bücher standen uns zur Verfügung, auch Radio-Reden, sodaß man
die politische Entwicklung gut verfolgen konnte. Ende Sept ember Transport
nach Weimar-Buchenwalde. Belag damals gegen 10.000. Schlechte Behandlung,
Korruption, 10-12 Stunden Arbeitszeit und noch mehr, Strafen bei kleinster
Gelegenheit. Im Herbst 38 bei den Judenprogromen in Berlin wurden im Lager
alle Juden verprügelt. Dabei gab es 120 Tote.

Schlechte sanitäre Latrinen, Kleider und Filzläuse, im Februar 39 Thyphus,
Lagersperre, Furchtbarer Winter, 20 Grad unter Null. Im Dezember 246 Tote,
Seit Ende Februar eine neue Lagerleitung, auch allgemeine Besserung im Essen.

FORTSETZUNG : ZUR "GESCHICHTE DER KPdSU - KUTZER LEHRGANG "

Über den Zustand des inneren Partylebens kann man auf Grund folgender Stellen der ZK-Resolution einiges schlußfolgern :

"Man muß den Kommunisten den Glauben an ihre Kraft und Fähigkeit wiedergeben, die marxistisch-leninistische Theorie zu meistern." (S.15-SD.)

Das ZK beschließt "Alle Arbeiter der theoretischen Front aufzurufen, entschieden und schnell das unerträgliche Zurückbleiben der theoretischen Front und die Furcht vor einem kühnen Aufwerfen der theoretischen Fragen... zu überwinden". (S.29.S.D.)

" Das Losgelöstsein unserer theoretischen Zeitschriften von den brennenden Fragen des Lebens und des Kampfes unserer Partei, ihre Einkapselung und ihre Tendenz zum Akademismus zu vermerken". (S.30-S.D.)

All diese Feststellungen zeugen davon, daß der Stalinkurs jede notwendige Regung erstickt hat, deshalb die theoretische Zurückgebliebenheit, die Diskussionsfurcht, das Losgelöstsein vom tatsächlichen Leben, das mit Stalins Theorie unvereinbar ist. Es ist darum nötig und nützlich, dieses Dokument noch eingehend zu studieren.

1. Allgemeincharakter des Buches.

Nach dem warmen Empfehlungsschreiben, das dem Geschichtsbuch durch die ZK-Resolution mit auf den Weg gegeben wurde, ist es selbstverständlich, daß sich alle Bolschewiki mit und ohne Parteibuch (es gibt solche nach dem Wortlaut der ZK-Resolution!) das Werk anschaffen werden, zumal Stalin selbst zu seinem Verfasser gezählt wird. Es ist in allen Sprachen der Sowjetunion und in 9 ausländischen - wozu noch weitere 10 hinzukommen sollen - erschienen.

Das hervorstechendste Merkmal des 446 Seiten umfassenden Textes (in der deutschsprachigen Auflage) ist sein Doppeltcharakter. Es fehlt der einheitliche Zug, der Lenins Werke auszeichnet. Absolut Richtiges wechselt ab mit oft völlig falschen Behauptungen und Schlußfolgerungen. Diese Schwäche kennzeichnet insbesondere den Teil des Buches, der die Zeit nach Lenins Ausscheiden aus der Führung umfaßt. Wie ein roter Faden zeigt sich im Text das Bestreben: die physische Vernichtung der Parteioption als eine Naturnotwendigkeit darzustellen, um auf diesem dunklen Hintergrunde desto heller Stalins leuchtende Größe zu demonstrieren.

Die völlig unzureichende Berücksichtigung der internationalen Fragen - die für die Geschichte der führenden Partei der Kommunisten unstreitig eine wichtige Bedeutung haben, oder doch haben sollten - ist ein Mangel, der von kommunistischen Lesern innerhalb und ausserhalb Rußlands nicht übersehen werden kann.

2. Der Vernichtungskampf gegen die Opposition.

Es ist ein langes Sündenregister, das der Opposition vorgehalten wird. Gewissenhaft wird in der Geschichte (+ S.164) festgehalten, daß Lenin in der Zeit zwischen 1907 und 1912 Trotzki als "Jude" bezeichnete wegen seiner Unterstützung der Liquidatoren. Auf Seite 262 wird berichtet, daß das "Moskauer Gebietsbüro, das die "linkskommunistischen" (Bucharin, Ossinski ...) vorübergehend an sich gerissen hatten" eine Resolution annahm nach der "die Spaltung der Partei in der nächsten Zeit für kaum abwendbar" gehalten, und des weiteren vorgeschlagen wurde, "es auf die Möglichkeit der Preisgabe der Sowjetmacht, die jetzt nur rein formal ist, ankommen zu lassen".

+ Seitenzahl bezieht sich immer auf das Geschichtsbuch, wenn nichts weiter angegeben.

Das geschah Ende Februar 1918 anlässlich der Brest-Litowker Friedensverhandlungen. Jetzt schreibt das Geschichtsbuch zu diesem Fall :

"Damals war die wirkliche Ursache dieses parteifeindlichen Verhaltens noch nicht klar. Wie aber vor kurzem der Prozeß gegen den antisowjetische "Block der Rechten und Trotzkisten" (Anfang 1938) festgestellt hat, hatte damals Bucharin und die von ihm geleitete Gruppe "linker Kommunisten" zusammen mit Trotzki und den "linken" Sozialrevolutionären, wie offenbar wurde eine geheime Verschwörung gegen die Sowjetregierung angezettelt. Bucharin, Trotzki und ihre Mitverschworenen setzten sich, wie sich herausgestellt hat, das Ziel, den Brest-Friedensvertrag zu vereiteln; W.I. Lenin, J.W. Stalin, J.M. Swerdlow zu verhaften, sie zu ermorden, um eine neue Regierung aus Bucharinleuten, Trotzkisten und "linken" Sozialrevolutionären zu bilden." (S. 263)

Um die Zeit des V. Sowjetkongresses unternahm (4.7.18.) "linke" Sozialrevolutionäre den Putschversuch in Moskau und einigen anderen Stellen des Landes. Dazu stellt nun die "Geschichte" folgendes fest :

"Wie nunmehr im Prozeß gegen den antisowjetischen "Block der Rechten und Trotzkisten" festgestellt wurde, wer die Meuterei der "linken" Sozialrevolutionäre mit Wissen und Einverständnis von Bucharin und Trotzki angezettelt worden und bildete einen Teil des Gesamtplanes einer konterrevolutionären Verschwörung ...". (S. 269)

Bucharin wurde bei dem Attentat der Sozialrevolutionäre auf das ZK der Bolschewiki mit verwundet. Andere wurden getötet. Bucharin hat also ein Attentat gegen sich organisiert.

Über Trotzki's Rolle in der roten Armee wird berichtet, daß auf dem 8. Parteitag März 1919) praktische Beispiele dafür angeführt wurden :

"wie Trotzki eine ganze Reihe ihm mißliebiger verantwortlicher Kommunisten, die als militärische Funktionäre an der Front standen, erschießen lassen wollte, womit er dem Feind in die Hände arbeitete, und wie nur die Einmischung des Zentralkomitees und die Proteste der militärischen Funktionäre den Tod dieser Genossen abwendeten". (S. 284)

Der Beschluß auf Grund dessen Trotzki Erschießungen von Kommunisten gegenzeichnete, war ein Beschluß des ZK, dem auch Stalin zugehört hatte, wonach politische Kommissare, der Truppenteile, die zum Feinde überliefen, wegen Unachtsamkeit erschossen werden. Das ZK hatte das Bestätigungsrecht. Trotzki's Aufgabe war lediglich, die Fälle, wo nach dem Beschluß des ZK verfahren werden sollte, dem ZK vorzulegen. Es gibt keinen einzigen Fall, wo ohne Zustimmung des ZK ein politischer Kommissar erschossen wurde.

Man kann sich vorstellen, was das Stalin-ZK wohl mit den militärischen Funktionären gemacht hätte, wenn sie gewagt hätten gegen die Erschießung von Tuchatschewski und Genossen zu protestieren.

Bei der Schilderung des polnisch-russischen Krieges (April-Oktober 1920) heißt es u. a. auf Seite 292/93 :

"Eine völlige Niederlage der Truppen der polnischen Barone stand bevor. Aber die verdächtigen Handlungen Trotzki's und seiner Anhänger im Generalstab der roten Armee vereitelten die Erfolge der Roten Armee. Die Offensive der roten Truppen an der Westfront auf Warschau verlief durch Verschulden Trotzki's und Tuchatschewski's völlig unorganisiert Was die Truppen der Südfront betrifft, die vor den Toren Lembergs standen und dort die Polen bedrängten, so verbot der "Chef" des Revolutionären Kriegsrates Trotzki, diesen Truppen Lemberg einzunehmen ... Auf diese Weise wird durch den Schädlingbefehl Trotzki's den Truppen unserer Südfront ein unverständlicher und durch nichts begründeter Rückzug aufgezwungen, zum Jubel der polnischen Barone ... Einige Tage später wurde die Offensive der polnischen Truppen zum Stehen gebracht ... und unsere Truppen trafen ihre Vorbereitungen zu einem neuen Gegenschlag ... Polen jedoch, das nicht die Kraft hatte, den Krieg fortzusetzen und dem Gegenstoß der Roten voll Unruhe entgegenschah ... zog es vor, mit Rußland Frieden zu schließen".

FORTSETZUNG FOLGT.

Verantwortlich: E. Hirtzel, Strasbourg.

ARBEITERPOLITIK

No. 25/VI. Jahrgang

Vierte Juniwoche 1939

DER KAMPF UM DIE KONZESSIONEN IN CHINA.

=====

Am Ende des sogenannten Opiumkrieges erzwangen die Engländer von der Mandschu-Dynastie Chinas durch Vertrag vom 29. August 1842 die Abtretung von Hongkong und außerdem die Eröffnung von 5 sogenannten Vertragshäfen für den britischen und europäischen Handel. Diese 5 Vertragshäfen waren Kanton, Amoy, Fuchow, Ning-Po und Schanghai. Dieses war der Ausgangspunkt, der im weiteren Verlauf auch zur Bildung der sogenannten Konzessionen in China geführt hat., das heißt von Hafenplätzen, in denen die Fremdeniederlassungen besondere Privilegien genießen, selbständig die Stadtverwaltung ausüben usw. Diese Konzessionen sind Einfallstore des auswärtigen Kapitalismus in China. Formell besteht die Oberhoheit Chinas über diese Konzessionen weiter, tatsächlich ist sie aufgehoben. Die chinesischen Behörden haben in ihnen nichts zu bestimmen. Die bedeutendste dieser Konzessionen ist Schanghai. In den Konzessionen ballen sich gewaltige europäische und amerikanische Kapitalanlagen zusammen. Ihr Zweck ist selbstverständlich die Ausbeutung Chinas. An der Spitze steht der Kapitalgröße nach Großbritannien. Im weiteren Abstand folgen Amerika und Frankreich.

Die Abschaffung der Konzessionen und der "ungleichen Verträge" ist seit jeher eine der Hauptforderungen der chinesischen Befreiungsbewegung gewesen. In der Tat ist die nationale Unabhängigkeit des chinesischen Volkes unverträglich mit dem Bestand dieser Konzessionen.

Der japanische Imperialismus hat seit einiger Zeit die Losung der Aufhebung der fremden Konzessionen übernommen und versucht nun, gestützt auf die internationale Krise in Europa, sein Ziel zu verwirklichen. Natürlich dreht es sich dabei nicht um die nationale Befreiung des chinesischen Volkes, sondern einfach darum, daß der japanische Imperialismus sich an die Stelle des europäischen und amerikanischen setzen will. Der japanische Imperialismus kann dabei auf die Form der Konzessionen verzichten - denn er beansprucht ja die volle Herrschaft über China. Während der chinesische Nationalismus gegen die Konzessionen auftritt im Namen der Herstellung der vollen chinesischen Souveränität über die Konzessionsgebiete, tritt der japanische Imperialismus gegen die Konzessionen auf im Namen der japanischen Souveränität über chinesisches Gebiet. Daß die Chinesen selbst sich durch die grob gespönnene japanische Demagogie über die wirkliche Sachlage nicht täuschen lassen, wird bewiesen durch den Terror, den der chinesische Nationalismus in den Konzessionsgebieten gegen diejenigen Chinesen ausübt, die sich zu Werkzeugen des japanischen Imperialismus hergeben.

Andererseits sind diese Konzessionen auch innerhalb gewisser Grenzen Herde des Widerstandes des europäischen und amerikanischen gegen den japanischen Imperialismus. Dies kommt insbesondere zum Ausdruck in der Unterstützung, die von diesen Gebieten aus der Währung der Tschang-Kai-Schek-Regierung geleistet wird, während die Japaner versuchen, in den von ihnen eroberten Gebieten eine vom japanischen Yen abhängige neue Währung durchzusetzen.

Der japanische Kampf gegen die Konzessionen hat nicht erst mit der Blockade von Tien-Tsin begonnen, er geht schon längere Zeit zurück. Der Blockade

von Tien-Tsin ging vorher die Landung einer japanischen Truppenabteilung in der bei Amoy gelegenen Konzession Kulangsu vor, wo die japanische Blockade noch fort dauert. Das japanische Vorgehen gegen Tien-Tsin hat die Frage der Konzessionen in ein akutes Stadium treten lassen. Das Hauptziel ist natürlich Schanghai, wo die Japaner seit langem eine Verstärkung der Vertretung in der Stadt-Verwaltung der Konzession verlangen, was ihnen aber bisher verweigert worden ist. Die japanische Taktik ist darauf berechnet, vor allem das britische Prestige in China zu vernichten, und den britischen vom amerikanischen und französischen Imperialismus zu trennen, während England versucht, dem japanischen Imperialismus eine gemeinsame europäisch-amerikanische Front gegenüberzustellen. Diese Frontbildung stößt aber auf Hindernisse. Einer der hauptsächlichsten Gründe dafür ist der Umstand, daß seinerzeit bei dem Angriff Japans gegen die Mandschurei (1931) Washington bereit war, eine energische Politik gegen Japan einzuschlagen, aber von England im Stich gelassen wurde. Dazu kommt noch, daß während die amerikanischen Kapitalanlagen in China verhältnismäßig unbedeutend sind - sie werden auf ca. 400 Millionen Dollar geschätzt - die englischen betragen mindestens das drei- oder vierfache - der amerikanisch-japanische Handel von bedeutendem Umfange ist. Amerika allein liefert etwa 3/4 der japanischen Einfuhr, etwa die Hälfte der japanischen Baumwolleneinfuhr, den größten Teil der für die japanische Industrie unentbehrlichen Einfuhr von Eisenschrott und Roh Eisen, sowie große Mengen Petroleum. Seinerseits nimmt Amerika Japan den größten Teil seiner Seidenausfuhr ab. Ferner ist die japanische Industrie in ausschlaggebendem Maße angewiesen auf die Lieferungen der amerikanischen Maschinenindustrie - Werkzeugmaschinen, Textilmaschinen usw.

In welchem Zusammenhang steht der japanische Vorstoß gegen die europäisch-amerikanischen Kapitalsinteressen mit der Aktion der Achsenmächte in Europa ?

Es ist wahrscheinlich, aber nicht gewiss, daß die japanische Aktion gegen Tien-Tsin zeitlich in gemeinsamer Verabredung mit den Achsenmächten angesetzt worden ist. Sicher ist, daß die Achsenmächte und Japan wechselseitig ihre Aktionen für ihre Zwecke ausnützen. Der japanische Imperialismus nützt die europäischen Spannungen aus, um seine Eroberungszwecke im Fernen Osten zu fördern, die Achsenmächte nützen die japanischen Vorstöße aus, um ihrerseits aggressiver in Europa vorzugehen. Daß ein verstärkter japanischer Vorstoß gegen die "demokratischen" Mächte in China als Auftakt für neue Vorstöße der Achsenmächte in Europa dienen soll, ist seit längerer Zeit bekannt. Insbesondere sollte ein japanischer Vorstoß im Fernen Osten dazu dienen, um vielleicht einen Teil der englisch-französischen Flotte aus dem Mittelmeer nach dem Fernen Osten abzuziehen, und um dadurch für Hitlerdeutschland und Italien günstigere Bedingungen für eine Aktion im Mittelmeer zu schaffen.

Diese Absicht ist mit einer der Gründe, warum die englische Gegenaktion zögernd und zurückhaltend ist. Ein anderer Grund ist die Zurückhaltung des amerikanischen Imperialismus. Aber auch der japanische Imperialismus hat seinerseits gewichtige Gründe, die Aktion gegen die Konzessionen nicht so zuzuspitzen, daß sie unmittelbar zu einem allgemeinen Konflikt mit England, Frankreich und Amerika führt. In einem solchen Konflikt könnten die Achsenmächte Japan keine direkte Hilfe leisten, sie könnten ihm nur indirekt helfen, indem sie in Europa den Angriff gegen die Westmächte eröffnen.

Die europäisch-amerikanischen Mächte haben ihrerseits nicht nötig, stärkere Flottenkräfte nach dem Fernen Osten zu schicken, ganz abgesehen davon, daß sie heute über keine solchen verfügen, um der japanischen Flotte in ihren heimischen Gewässern die Spitze zu bieten. Sie verfügen über wirtschaftliche Waffen, um Japan ohne erheblichen militärischen Aufwand unfehlbar auf die Knie zu zwingen. Entscheidend sind hier Amerika und die englischen Kolonien. Amerika kann Japan matt setzen, indem

es ihm Eisenschrott, Roheisen, Öl und Baumwolle sperrt. Die englischen Kolonien können Japan einen starken Stoß versetzen, indem sie ihre Märkte gegen die japanische Einfuhr sperren. Selbst wenn die japanische Flotte und Armee unterdessen im Fernen Osten und im Pazifik Amok-laufen würden so hätte das keine entscheidende Bedeutung. Nach einer gewissen Frist, die auf ein halbes Jahr bis auf ein Jahr zu schätzen ist, würde dem japanischen Imperialismus unfehlbar der Atem ausgehen.

Warum haben der europäisch-amerikanische Imperialismus bisher diese Mittel nicht angewandt ? Warum zögern sie auch jetzt, sie anzuwenden ? Warum versuchen sie, eine Entscheidung hinauszuzögern, um zu einem vorläufigen Kompromiß mit Japan zu kommen ?

Warum leisten sie China nur sehr beschränkte Hilfe gegen Japan ?

Die wichtigsten Gründe dafür kann man in Folgendem erblicken :

1. In dem gemeinsamen Interesse des englisch-französisch-amerikanischen Imperialismus, den japanisch-chinesischen Konflikt möglichst lange hinauszuziehen, um auf diese Weise Japan und China sich gegenseitig so stark als möglich schwächen zu lassen. Sie sind zwar an der Schwächung Japans interessiert, aber nicht an einem raschen und vollständigen Sieg Chinas, der ihre eigenen imperialistischen Interessen in China aufs Spiel setzen würde.
2. In dem Interesse des britischen Imperialismus, Japan als Gegengewicht gegen die Sowjetunion zu erhalten.
3. In den Interessen der englischen Dominions, vor allem Australiens, das einen erheblichen Teil seiner Wolle nach Japan absetzt und mit starker militärischer Bedrohung durch Japan im Kriegsfall rechnen muß. Ferner indischer Exportinteressen (Eisen, Baumwolle).
4. In den Interessen Amerikas an seinem umfangreichen Handelsverkehr mit Japan.
5. In dem Bemühen des englisch-französisch-amerikanischen Imperialismus, letzten Endes noch zu einem annehmbaren Kompromiß über die gemeinsame Ausbeutung Chinas zu gelangen.

Gerade der Kampf um die Konzessionen zeigt unwidersprechlich, daß für beide imperialistische Lager China das Ausbeutungsobjekt ist

Darum kann sich die internationale Arbeiterklasse keineswegs mit den imperialistischen Ausbeuterinteressen Englands, Frankreichs, Amerikas gegen die japanischen Ausbeuterinteressen solidarisieren. Das Sicheinsetzen der europäischen und amerikanischen Arbeiter für die Erhaltung der Konzessionen in China wäre eine Ungeheuerlichkeit. Und trotzdem ist es eine Tatsache, daß die stalinistischen Parteien sich für diese Rolle einsetzen. So leistet sich zum Beispiel der Außenpolitiker der Kommunistischen Partei Frankreichs, Péri, in der "Humanité" vom 20. Juni 1939 folgendes Lanzenbrechen für das Prestige des englischen Imperialismus in China :

" Männer und Frauen, Bürger des britischen Imperiums, die ehemals respektiert wurden, wie es Bürger des alten Roms waren, werden durch die japanische Soldateska ausgezogen und brutalisiert

" Man könnte den Angreifer boykottieren, indem man ihm die Lebensmittel abschneidet, man könnte ihn lähmen, indem man unverzüglich den Dreierpakt abschließt. Herr Chamberlain und in seiner Gefolgschaft die französische Regierung haben diesen Maßregeln den Rücken gekehrt. Wir wollen sagen, daß sie dem Frieden den Rücken gekehrt haben "

Dieses abstoßende sozial-imperialistische Sykophantentum übersteigt schon alle Grenzen. Es ist bezeichnend, daß selbst die imperialistische Presse nicht wagt, das Prinzip der Konzessionen offen zu verteidigen und (natürlich heuchlerisch) erklärt, daß man an ihre spätere Abschaffung denke.

Die englischen, französischen und amerikanischen Arbeiter haben allein die Möglichkeit und somit auch die Pflicht, in diesen Konflikt nicht im Interesse der imperialistischen Räuber, sondern in dem ihrer Opfer, des chinesischen Volkes, einzugreifen.

Es ist ihre Sache, eindeutig den Verzicht auf jede Art von imperialistischen Privilegien, darunter auch der Konzessionen, gegenüber dem chinesischen Volk auszusprechen, und ihn von ihren imperialistischen Regierungen zu verlangen. Nur unter diesen Voraussetzungen ist es möglich, sich aufrichtig zusammen mit dem chinesischen Volk gegen die japanischen imperialistischen Räuber zu wenden und ihre Demagogie zuschande zu machen. Mit Erklärungen, Protesten und Forderungen allein ist es aber noch nicht getan. Die Arbeiter Englands, Frankreichs, Amerikas können praktisch zugunsten des chinesischen Volkes eingreifen, indem sie selbständig die Ausfuhr von Kriegsmitteln und Rohstoffen nach Japan und die Einfuhr japanischer Waren verhindern und sich für die Belieferung Chinas mit Waffen, Rohstoffen usw. einsetzen. Um alles das tun zu können, ist aber die unumgängliche Voraussetzung, daß sie einen scharfen Trennungstrich ziehen zwischen sich und ihren imperialistischen Regierungen.

= : = : =

DIE VERHANDLUNGEN MIT DER SOWJETUNION.

=====

Der augenblickliche Stand der Verhandlungen scheint der zu sein, daß jetzt die englisch-französischen Unterhändler in Moskau die englischen Formulierungen, die zuerst vorgebracht wurden, haben fallen lassen und an ihre Stelle die französische Formulierung aufgegriffen haben, die besagt, daß jede der am Pakt beteiligten Mächte selbständig darüber entscheiden solle, ob sie indirekt bedroht ist.

Nach einer Meldung der "Times" beziehen sich die Forderungen Molotows in den gegenwärtigen Verhandlungen auf folgende Punkte :

- a) eine ausdrückliche Garantie der baltischen Staaten, b) Festlegung der gegenseitigen militärischen Verpflichtungen, ehe der Hauptvertrag in Kraft tritt, c) ausdrückliche Ausschließung eines Sonderwaffenstillstandes oder Sonderfriedens einer der beteiligten Mächte, d) genaue Formulierung des Hinweises auf den Völkerbund.

Die Nazipresse hat gemeldet, daß das eigentliche Verhandlungsobjekt nicht mehr die Garantie der baltischen Staaten sei, sondern die Forderung der Sowjetregierung nach einer Garantierung ihrer Ostgrenzen gegen Japan. Diese Meldung ist sowohl von englischer, als auch von sowjetischer Seite offiziell dementiert worden. Dagegen hält sich in der amerikanischen Presse hartnäckig die Behauptung, daß in den Verhandlungen die Frage des Fernen Ostens eine Rolle spielt. Möglicherweise handelt es sich bei den deutschen Meldungen um ein Störungsmanöver.

= : = : =

GÖBBELS IN DANZIG.

=====

Die Reden, die Göbbels am 17. und 18. Juni in Danzig gehalten hat, waren auf die Linie eingestellt, daß die "Heimkehr Danzigs zum Reich" unausbleiblich sei, daß aber der Führer den Zeitpunkt bestimmen werde. Besonders auffällig war in diesen Reden eine Stelle, in der gesagt wurde, daß es zwar Differenzen in der Führung geben könne, daß aber nur ein Wille entscheide. Es ist dies zum ersten Mal, daß von einem der führenden Nazis auf solche Differenzen in der Führung öffentlich hingewiesen wird. Diese Differenzen müssen also sehr zugespitzt und sehr folgenreich sein. Offenbar sucht Göbbels sich den Rücken zu decken für den Fall, daß es schief geht.

RUESTUNGEN UND WIRTSCHAFT IN FRANKREICH

Die Eisen- und Stahlproduktion zeigt eine rasche Zunahme, wie aus folgender Tabelle hervorgeht.

	<u>Eisen</u>	<u>Stahl</u> (in Tausend Tonnen)
Mai 1938	483	406
1939	681	501

Aber auch jetzt bleibt die Eisen- und Stahlerzeugung noch hinter dem Monatsdurchschnitt von 1937 zurueck- um 10% bei Eisen, um 5% bei Stahl. Im Mai wurden zwei neue Hochoefen angeblasen.

Die industrielle Produktion im Ganzen weist folgende Aufstiegsbewegungen auf:

(1928 = 100)

1938		1939	
Juli	81	Jan.	88
Sept.	80	Febr.	91
Okt.	81	Maerz	93
Nov.	85	April	94
Dez.	86		

Der Zuwachs zwischen April 1938 und April 1939 ist am starksten in folgenden Industrien:

Bergbau von 91 auf 98 - Chemie von 99 auf 113 - Metallurgie von 68 auf 82 - Metallverarbeitung von 78 auf 90 -.

Ueber die Verlaengerung der Arbeitszeit geben folgende Angaben Aufschluss es arbeiteten: Anfang Mai 1938 Anfang Mai 1939

1. weniger als 40 Stunden	19, 8%	8, 6% der Betriebe
2. mehr als 40 Stunden	1, 98%	34, 8%
3. 48 Stunden und mehr	0, 05%	2, 04%

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen betrug Ende Mai 1939 -: 375,522 (Ende Mai 1938 - : 380, 826):Ende Mai 1937 - : 345, 503). Die Arbeitslosigkeit ist also immer noch hoeher als 1937.

= : = : = : =

DER WIDERAUFBAU IN SPANIEN .

Bei der Normalisierung der spanischen Wirtschaft, der Wiederingangsetzung der Betriebe, der Freigabe der Bankkonten und den getroffenen Massnahmen, die zur baldigen Wiedereroeffnung der Boersen fuehren sollen, wurden Katalonien vollstaendig ausgeschaltet. In der Hintenansetzung von Katalonien sehen die Katalanen die Fortsetzung der traditionellen Politik von Castilien gegenueber gegenueber Cataloniens. Die natuerlichen Folgen waren sofort, dass auch die alten politischen Spannungen unter den herrschenden KLASSEN zwischen dem feudalen Spanien und der katananischen Bourgeoisie sich wieder bemerkbar machen.

Schon die Verhaftung von Xifra Riera liess aufhorchen. Riera gehoerte zu den katalanischen Philofaschisten um Gambo, die waehrend des Buergerkrieges Franco ihre volle Unterstuetzung zuteil werden liessen. Entsprechend aber den besonderen Interessen der herrschenden Klassen in Katalonien, tritt er gegen den Anschluss Spaniens an die Achsenmaechte ein und forderte die Positionen der "Gemaessigten", die eine labile Stellung

Spaniens zwischen den "Achsenmächten" und den "Demokratischen" anstreben. Riera foerderte darum auch den Aufbau der Organisationen der traditionellen Monarchisten und stand dem Aufbau der Falange - zumindest - desinteressiert gegenueber. In den katalinischen Kreisen wird darum die Verhaftung auf diese Gruende zurueckgefuehrt und der angegebene Spionageverdacht als - geschobene Sache - abgetan. Anlaesslich der "Vochenschauen" in den katalinischen Konos entwickeln sich foermliche Saalschlachten zwischen den Angehoerigen beider politischer Gruppierungen. Sie werden provoziert durch die abfaelligen Bemerkungen, die von der einen oder von der anderen Seite ueber die Paradeaufnahmen der Requetés oder der Falangeeinheiten, geaussert werden.

Der Gegensatz der katalinischen Bourgeoisie zur kstilianischen haengt mit der staerkeren Verbindung der ersteren zu den englisch - franzoesischen Finanzkreisen zusammen. Die Baskische Industrie wurde "aktivisiert" durch Ueberlassung an die Deutschen. Ebenso, die innerspanischen Unternehmungen (Kupfer, Mangan, Quecksilber etc.) deren schnellste Aktivisierung zwangslaeufig erforderlich wurde. Problematisch ist aber fuer Franco, was er mit der minderwertigen Kohle von Asturien anfangen soll und mit den industriellen Bezirken, deren Wiederbelebung die Einfuehrung von Rohstoffen voraussetzt. Die Textilindustrie von Katalonien, die an Baumwalleinfuhr gebunden ist und die Metallindustrie, die auf die Einfuehrung der Halbfertigwaren angewiesen ist. Ihr kann weder Deutschland noch Italien etwas bieten, sondern nur ENGLAND UND Frankreich.

Die gegenwaertige wirtschaftliche Krisis in Katalonien, so sehr sie auch eine direkte Folge des Buergerkrieges ist, bekommt dadurch einen besonderen Charakter gegenueber den uebrigen spanischen Laendern. Bisher ist nicht nur eine Wiederbelebung ausgeblieben, sondern durch die Erschoepfung der Rohmaterialien, die Zahl der Arbeitenden weiteringeschraenkt worden. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, dass nur 20% der Arbeiterschaft beschaeftigt wird, und dabei wird der grosse Teil der Kurzarbeiter mitgerechnet. Selbst der Mittelstand - dessen politische Kurzsichtigkeit sprichwoertlich ist - , sieht aus diesen Gruenden der Francoregierung mit Trauen entgegen. Der Bauer ist voller Misstrauen wegen der geringen Preise, die er fuer seine Produkte erhaelt.

Als in den letzten Tagen der spanische Innenminister, Serrano Súner, Barcelona besuchte, warteten ihn die Katalanen nach dem Parkett mit einem gut preparierten Vortrag aff, den die spanischen Zeitungen mit der allergrossten Zurueckhaltung erwahnen. Lediglich die "Ya" aus Madrid erlaubte sich einige Bemerkungen ueber den Vortrag zu bringen, der von einem Delegierten der Katalinischen Industrie und Handel gehalten wurde. Sie fuehrt aus: "DER Redner zeigte die Wichtigkeit und dringende Notwendigkeit auf, dass das oekonomische Leben von Katalonien normalisiert werde, dass nicht nur den Interessen der katalinischen Arbeiterschaft und der Wirtschaft entspricht, sondern dem Interesse der ganzen Nation. Er setzte gut begruendet die schwierige Situation auseinander, die die katalinische Industrie durchquert, den Rohstoffmangel und das vernichtete innere Gleichgewicht der katalinischen Wirtschaft, in welcher die Roten die Industrie liessen. Wegen dieser Krisis konnte man in Katalonien nicht mit dem Rhythmus in Bewegung kommen, wie es die Unternehmer und Arbeiterschaft wuenschten".

Súner antwortete sinngemaess darauf: "Wir haben Euch Separatisten besiegt, 300 Jahre habt ihr gegen Spanien Stellung genommen, die Einheit haben wir mit unseren Waffen erobert und nun tanzt ihr wie Francó, der Fuehrer, pfeift. "Der Kampf gegen Sozialismus und Separatismus wird weitergefuehrt. Wie weit diese Antwort geeignet ist, den Katalanen die Lungen fuer ein "Viva el Caudillo" zu weiten, das ergibt sich von selbst.

- 7 -

FRANCO VERURTEILT 200 000 KRIEGSGEFANGENE ZU ZWANGSARBEIT.

=====

Eine Zeitung von Buenos Aires, La Prensa, brachte am 25. 5. die folgende Notiz:

" Die militaerischen Techniker und verschiedene Minister bereiten einen gigantischen Plan des Wiederaufbaus vor, in dem 200 000 Kriegsgefangene als Arbeiter in den Dienst gestellt werden sollen.

Der Korrespondent wurde von autorisierten Quellen informiert, dass das gegenwaertige Projekt eine EntschaeDIGung von 8 Peseten taeglich an die Familien der Gefangenen vorsieht, waehrend diese selbst 1, 5 Peseten taeglich fuer Tabak und Wein erhalten sollen.

Diese Arbeiter werden in den Campos der Konzentration ausgewechselt und dabei wird ihr gegenwaertiges Verhalten in Rechnung gezogen und ihre Haltung unter der republikanischen Regierung. Die Auswahl wird von den Inspektoren der zahlreichen Campos der Konzentration vorgenommen, die ueber das ganze Land verteilt sind.....

Man gebraucht schon mit gutem Erfolg die Kriegsgefangenen in den Minen bei Bilbao und den Restaurierungsarbeiten der Wege. Im Allgemeinen schaezt man, dass die Zahl der Kriegsgefangenen sich auf 400 000 belaeuft.

Der Artikel ist gezeichnet mit Reynolds Packard.

- : - : - : - : -

AUS DEM PROTEKTORAT.

=====

Wie bekannt, sind zahlreiche billige tschechische Arbeitskraefte nach Deutschland verbracht worden. Damit sie dort mit der Bevoelkerung moeglichst wenig in Beruehrung kommen, sind sie in Arbeiterlager interniert. So wurden am 10. Mai in den Berliner Vorort Falkensee 2700 tschechische Arbeiter in einem solchen Lager untergebracht.

Seit ersten Juni werden auch tschechische Maedchen nach Deutschland ueberfuehrt. Sie arbeiten in den Kriegskonservenfabriken im Reich. Auch sie sind gemeinsam untergebracht worden.

Im Eisenwerk in Witkowitz (Maehren), werden taeglich Arbeiter entlassen und durch deutsche Fachleute ersetzt. In der Hauptsache kommen linkeorientierte Arbeiter und Angestellte zur Entlassung. Bis zum ersten Juni sind auf diese Weise 2000 Arbeiter und Angestellte entfernt worden.

Von den nach Deutschland Verschiekten ist im Protektorat allgemein bekannt, dass ihre ERnaehrung schlecht und unzureichend ist. " Uns rauben sie hier ausund unsere Angehoerigen in Deutschland lassen sie verhungern " ist dort eine staendige Bedensart. Trotz rigoroser Nachrichtensperre ist in Prag bekannt geworden, dass die tschechischen Arbeiter in Hamburg wegen schlechter Verpflegung bereits gestreikt haben.

Boehmen und Maehren sind von der Aussenwelt so gut wie abgeschnitten. besonders die Grenzen gegen die Slowakei und gegen Polen sind militaerisch abgeschlossen und werden scharf ueberwacht. Briefe und Telefongespraechе selbst nach Deutschland werden zensuriert und ueberwacht. Von auslaebdischen Zeitungen werden nur italienische zugelassen. Das Abhoeren von auslaendischen Radiostationen sucht man dadurch zu erschweren, dass man moeglichst in jedes Haus einen deutschen Vertauensmann setzt. Auslandsreisen sind nur mit Bewilligung der Gestapo erlaubt, aber selbst wenn diese sie bewilligt, gibt die Staatsbank keine Valuta.

Das Sterben im tschechischen Blaetterwald geht mit wachsender Geschwindigkeit weiter. 1400 Zeitungen sind bereits verschwunden, das ist gut die Haelfte. Die Bezieherzahl der uebrigen Blaetter ging auf ein Viertel zurueck. Die Inserate sind so gut wie verschwunden, weil die Geschaeftsleute bei der steigenden Knappheit ihre Waren auch so loswerden. DAS wirkt sich natuerlich verheerend auf das Druckereigewerbe aus. Um dort der Arbeitslosigkeit zu steuern, haben die behoerden die Einfuehrung der 40 Stundenwoche verfuegt. Lehrlinge sollen ein ganzes Jahr lang nicht angenommen werden. Man erwaegt, den Zeitungspreis auf die Gestehungskosten zu erhoehen, aber man befuerchtet dann weiteren Rueckgang des Absatzes. Auch bei einer Verminderung des Formates fuerchtet man dieselben Folgen.

Alle taegliche Gebrauchsartikel steigen im Prag staendig im Preise. Schweinefleisch und Kalbfleisch ist um 2 bis 3 Kronen per Pfund gestiegen, Rindfleisch um eine Krone, Butter beginnt knapp zu werden, sie stieg im Preise um 1 bis 1½ Kronen das Pfund, Eier sind von 55 auf 70 bis 90 Heller gestiegen. Wurstwarenum 1 bis 1½ Kronen per Pfund, Mehl um 2 bis 30 Heller bei Verschlechterung der Qualitaet, Koks und Anthrazit um 8 bis 12 Kronen per Meterzentner, Holz im Kleinhandel um 20 bis 30 Heller per 5 Kilo.

Die Verhaeltnisse in der Slowakei koennen durch den Ausdruck "vollstaendiges Durcheinander" gekennzeichnet werden. Die Finanzlage ist trostlos, die Steuern gehen nur langsam ein, die Ausgaben wachsen staendig. Der slowakische Staat ist ein ganz unglueckseliges Gebilde, das so nicht lebensfaehig ist. Ueingearbeitete Kraefte in der Staatsverwaltung und auf der Eisenbahn verrichten ihre Arbeit schlecht und sabotieren teilweise. Die Unzufriedenheit mit der deutschen Oberherrschaft ist allgemein geworden. Zwischen den slowakischen Politikern werden wilde Kaempfe ausgefochten, denen die Deutschen "wohlwollend" zusehen.

In den letzten Tagen ereignete sich in Rosenberg eine Demonstration des slowakischen Aeeres. Die Garnison versammelte sich in einem grossen Saal um ueber die Lage zu diskutieren. Es wurden Rufe fuer die tschechisch-slowakische Einheit ausgebracht. Die Hlinkagardisten telefonierten nach Vratak, die Offiziere sollten die Ordnung wieder herstellen. Die Versammlung ging aber trotzdem weiter. Um Mitternacht kamen motorisierte Kraefte an. Sie wurden mit Hochrufen auf die Tschechoslowakei empfangen. Es kam zu Verbruederungsszenen. Der Fuehrer der Hlinkagarde wollte das deutsche Hauptquartier in Zilina benachrichtigen, wurde aber daran gehindert. Unter Absingung von slowakischen Kampfliedern ging die Versammlung dann auseinander.

AUS DEUTSCHLAND .

(Juni 1939)

Vor einigen Wochen war in Fuerstenwalde (Spree) eine Luftschutzuebung. Die ganze Nacht ueber war die Stadt verdunkelt, kein einziges Licht war zu sehen. Als es am Morgen daemmerte, war mit grossen Buchstaben an ein Industriegebäude mit Anilinfarbe gemalt: " Hitler verrecke " .

In den Ruedersdorfer Kalkbergen sollte vor kurzem die Arbeitszeit von 8 auf 10 Stunden erhoecht werden. Trotzdem verliess die gesamte Belegschaft geschlossen am ersten Tag nach 8 Stunden den Arbeitsplatz. Am zweiten Tag erschien ein neuer Anschlag, wo die Arbeiter erneut aufgefordert wurden, 10 Stunden zu arbeiten, wo auf das Arbeitszeitgesetz hingewiesen und mit Zwangsmassnahmen gedroht wurde. Auch jetzt legte nach 8 Stunden alles die Arbeit nieder. Ebenso am dritten Tag, als die Drohungen noch verschaeerft wurden. Wie die Geschichte ausgelaufen ist, konnten wir noch nicht erfahren.

Beim Empfang Cianos am Sonntag vor Pringsten sollte ganz Berlin mobilisiert werden. An jedem Hause war tagelang vorher bekannt gegeben.

" Die Bewohner dieses Hauses treffen sich am Sonntag um ... dort und dort ...". Trotzdem waren an diesem Sonntagvormittag in der Innenstadt fast nur Uniformierte zu sehen, SA, SS, BdM, HJ. Nur wenige Zivilisten.

In einem Rüstungsbetriebe spielte sich vor kurzem folgende Unterhaltung ab. Ein Ingenieur kommt mit einem schlecht gearbeiteten Stück zu einem Werkmeister :

" Reden Sie doch mal mit dem Arbeiter, die Stücke sind in letzter Zeit dauernd schlecht gearbeitet."

" Reden Sie doch mal selbst mit ihm."

" Warum denn ? "

" Na, reden Sie jetzt mal, ich habe das schon ein paar Mal getan."

Jetzt wurde der Arbeiter geholt. Der Ingenieur :

" Sie müssen das Stück nachschleifen."

" Wieso ? "

" Es entspricht nicht den genauen Angaben."

" Dann machen Sie's doch alleine."

" Aber erlauben Sie mal."

" Erlauben Sie mal ... Wenn Ihnen meine Arbeit nicht paßt, machen Sie's ruhig alleine."

Der Werkmeister zum Arbeiter :

" Gehn Sie weiterarbeiten."

Und zum Ingenieur :

" Na, sehn Sie."

- : = : = : = : = -

FORTSETZUNG : ZUR "GESCHICHTE DER KPdSU - KURZER LEHRGANG.
=====

Wenn jemand Schuld an der Nichteinnahme Warschaws durch die Rote Armee hat, dann Stalin. Statt alle Kräfte auf Warschau zu werfen - wie Tuchatschewski als Oberkommandierender befohlen hatte - zu werfen, hat Stalin als politischer Kommissar mit Budjony , entgegen diesem Befehl, leichte Kavalleriekräfte auf die Festung Lemberg abgezogen. Eine Idiotie, die die militärischen Fähigkeiten Stalins mit Blitzlicht beleuchtet hat. Budjonys Kavallerie, die in der Verfolgung desorganisierter polnischer Truppen auf der Flucht Wertvolles leisteten, gegen eine Festung anrennen zu lassen, dazu gehört die bodenlose Dummheit des Vaters der Völker. Es fehlt bloß noch, auch Lenin als Schädling anzuklagen, der mit einem ermatteten Feind Frieden schloß, statt ihn vollständig zu besiegen.

Als nach dem 15. Parteitag (Dezember 1927) die ausgeschlossenen Oppositionellen Wiederaufnahmegesuche an die Partei richteten, wurde ihnen als Bedingung gestellt :

- a) offene Verurteilung des Trotzismus als einer antibolschewistischen ... Ideologie.
- b) offene Anerkennung der Politik der Partei als die einzig richtige Politik.
- c) unbedingte Unterwerfung unter die Beschlüsse der Partei und ihrer Organe.
- d) die Verpflichtung sich einer Prüfung während einer bestimmten Frist zu unterziehen ...

Dazu wird gesagt : " Natürlich konnte die Partei damals noch nicht wissen, daß Trotzki, Radek, Krestinski, Sokolnikow und andere schon seit langem Volksfeinde, von der ausländischen Spionage angeworbene Spione waren, daß Kamenjew, Sinowjew, Pjatakow und andere bereits Verbindungen mit den Feinden der Sowjetunion in den kapitalistischen Ländern aufnahmen ..." (S.351)

Anlaßlich der Beschreibung des Kirow-Mordes kommt die Geschichte zu dem Schluß :

" Der Mord an Genossen Kirow war, wie sich später herausstellte, von dieser vereinigten trotzkistisch-bucharinschen Bande verübt worden." (S.351)

Auf dieses "Fundament" von Anklagen wird schließlich der Schlußstein gesetzt : " Das Sowjetgericht verurteilte die bucharinschen-trotzkistischen Scheusale zur Erschießung. Das Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten vollstreckte das Urteil. - Das Sowjetvolk billigte die Vernichtung der bucharinschen-trotzkistischen Bande und ging zur Tagesordnung über." (S.420)

Die Konsequenzen dieser blutigen Vernichtung jeder Opposition hat niemand anders als Stalin selbst - zwar nicht jetzt, sondern schon in seiner Schlußrede auf dem 14. Parteitag im Dezember 1925 - vorausgesehen :

" Die Gruppe der Leningrader faßte einen Beschluß über den Ausschluß des Genossen Trotzki aus der Partei. Wir, das heißt die Mehrheit des ZK, waren damit nicht einverstanden ... Einige Zeit darauf, als sich bei uns das Plenum des ZK versammelte und die Leningrader zusammen mit dem Genossen Kamenjew den sofortigen Ausschluß des Genossen Trotzki aus dem Polit-Büro forderten, gingen wir auch auf diesen Vorschlag der Opposition nicht ein, wir ... beschränkten uns auf die Absetzung des Genossen Trotzki von seinem Posten als Volkskommissar für das Kriegswesen. Wir waren mit den Genossen Sinowjew und Kamenjew deshalb nicht einverstanden, weil wir wußten, daß die Politik des Abhackens große Gefahren für die Partei in sich birgt, daß die Methode des Abhackens, die Methode des Aderlassens - und sie verlangten Blut - gefährlich, ansteckend ist : heute hat man einen abgehackt, morgen einen anderen, übermorgen einen dritten - was wird dann bei uns in der Partei bleiben ? "

Selbstverständlich wird ein solch richtiger Standpunkt im Geschichtsbuch nicht festgehalten, denn dieser "offiziell geprüfte Leitfaden" hat ja unter anderem auch die Aufgabe " mit der Fülle vielfältiger Gesichtspunkte " Schluß zu machen, also auch mit dem Gesichtspunkt, den Stalin noch 1925 hatte - oder zu haben vorgab.

3. Lenins Methode gegen die Opposition.

Selbst die Parteigeschichte (S.221/22) kommt bei der Schilderung der Lage, in der sich die Partei Anfangs April 1917 befand, als Kamenew auf "der halb-menschivistischen Position der bedingten Unterstützung der provisorischen Regierung" stand, als "Stalin soeben aus der Verbannung zurückgekehrt war, Molotow und andere ... die Politik des Mißtrauens gegen die provisorische Regierung" verfochten, wo "ein Teil der Parteiarbeiter schwankte" zu dem Schluß : "Man fühlte, daß der Führer der Partei, daß Lenin fehlte."

Fortsetzung folgt.

= : = : = : = : =

ITALIENISCHE SOLDATEN BETTELN UM BROT.
=====

Die führende englische Wirtschaftszeitung, "The Economist", berichtet: Der italienische Steuerzahler trägt schon eine schwere Last, die breite Masse aber leidet unter Autarkie und Kompensationshandel noch mehr als unter Steuern. Lebensmittel wurden schlechter und knapper. Italienische Soldaten der Grenzfestungsgarnisonen haben verschiedentlich die französischen Soldaten jenseits der Grenze um Brot und Suppe gebeten. Der gute abessinische Kaffee wird für Devisen ins Ausland verkauft.

= ; = ; = : =

Verantwortlich: E. Hirtzel, Strasbourg;

ARBEITERPOLITIK

Nr. 26/VI. Jahrgang

Fünfte Juniwoche 1939.

TIEN-TSIN - FUTSCHAU - WEN-TSCHAU.

Die Japaner haben jetzt auch die Vertragshäfen Futschau und Wen-Tschau besetzt. Futschau liegt in der Provinz Fu-Kien (gegenüber von Formosa), Wen-Tschau in der Provinz Tsche-Kiang. Ebenso haben die Japaner die Insel Tschu-Sen besetzt, die den Zugang zu Ning-Po (Tsche-Kiang) beherrscht. Diese Aktionen deuten darauf hin, daß Japan im Begriff ist, die ihm zugeschriebene Absicht durchzusetzen, bis Mitte August alle chinesischen Häfen, die dem Verkehr mit dem Ausland dienen, in denen sich Fremdenkonzessionen oder Niederlassungen befinden, in Übereinstimmung mit dem Wunsch der Achsenmächte zu besetzen und zu blockieren. Auch in Futschau und Wen-Tschau haben die Japaner wieder die Aufforderung an die Engländer und Amerikaner erlassen, ihre Schiffe und Angehörigen aus diesen Häfen zurückzuziehen, was aber wiederum abgelehnt wurde. Diese Besetzungen dienen einem dreifachen Zweck: 1. die Zufuhr von Kriegsmaterial zur See für die Tschang-Kai-Tschek Regierung völlig zu unterbinden, 2. die Westmächte und die Vereinigten Staaten zu zwingen, auf die Unterstützung Chinas zu verzichten, 3. sich der japanischen Vorherrschaft in China zu fügen.

Die englische Regierung scheint die Hoffnung zu hegen, daß sie bald zu einem Kompromiß mit der Regierung in Tokio gelangen könne. Dieser Optimismus scheint aber wenig begründet angesichts der Tatsache, daß Japan tatsächlich seine Aktion gegen die Westmächte und Amerika planmäßig fortsetzt. Über die Linie, auf der die englische Regierung ein Kompromiß mit Tokio suchen will, zirkuliert die ominöse Nachricht, daß England sich bereit finden würde, die vier Chinesen von Tien-Tsin auszuliefern und auf die Unterstützung Tschang-Kai-Tschek-Chinas zu verzichten! Umso notwendiger ist es, daß die internationale Arbeiterklasse aus eigener Kraft und in eigenem Namen zugunsten des chinesischen Volkes sich zu wirksamen Aktionen entschließt, insbesondere die englischen und amerikanischen Arbeiter.

Die Wirtschaftslage in Japan macht dieses Land sehr empfindlich gegen Druck von außen. Wir entnehmen darüber der "New York Times" folgende Angaben:

Die japanische Ausfuhr ist 1938 im Vergleich zum Vorjahr um 35% gefallen. Die japanische Handelsbilanz ist für 1938, wenn man von der Mandschurei absieht, mit 426,9 Millionen Yen passiv. Die Passivität der Handelsbilanz beträgt für die beiden Kriegsjahre 1937 und 1938 zusammen 1.352,4 Millionen Yen. Um die Passivität auszugleichen, mußte Japan Gold ausführen. In den zwei Jahren 1937-38 hat Japan nicht weniger als 1.687 Millionen Yen Gold ausgeführt. Seine Goldreserven sind auf die Hälfte reduziert. Seine heutigen Goldreserven belaufen sich auf 501 Millionen Yen plus 300 Millionen Yen Reserven für die Finanzierung der Ausfuhr, plus 200 Millionen Yen neues Gold aus den Gruben, plus dem verhältnismäßig geringen Goldschatz im Privatbesitz reicher Leute. Die Detailpreise in Japan sind seit Beginn des Krieges um 25% gestiegen. Die Produktion für den Kriegsbedarf ist gewachsen, aber die für den Konsum der Bevölkerung stark gesunken, indessen die gesteigerte Kriegsproduktion bringt nicht Devisen ein, die Japan braucht.

Die Taktik der Westmächte und Amerikas ist offenbar darauf berechnet, die Schwächung Japans soweit wie möglich gehen zu lassen, ehe sie sich offen mit dem japanischen Imperialismus auseinandersetzen, während Japan darauf

abzielt, der Unterstützung Chinas durch seine imperialistischen Konkurrenten rasch ein Ende zu machen, um so den chinesischen Widerstand endgültig zu brechen. Man muß sich klarmachen, daß Japan selbst nicht nur mit Gewaltmitteln gegen seine imperialistischen Konkurrenten vorgeht, sondern seinerseits ebenfalls auf ein Kompromiß ausgeht (wenn dies auch nur taktischer Natur sein sollte), auf der Linie der Anerkennung der japanischen Vorherrschaft bei der gemeinsamen Ausbeutung Chinas, wobei zwar Japan der Löwenanteil zu fallen würde, aber die anderen imperialistischen Mächte nicht ganz leer ausgehen würden. Die Bedingung wäre natürlich, daß sie sich den japanischen Plänen unterordnen und ihre Durchführung finanziell, wirtschaftlich und politisch unterstützen. Hierliegt eine schwere Gefahr für das chinesische Volk,

+ + + + +

DIE ENGLISCH-SOWJETISCHEN VERHANDLUNGEN.

=====

Es ist sicher kein Zufall, daß die neuen Vorstöße Japans gegen England in die Zeit fallen, wo die Moskauer Verhandlungen sich hinzögern.

Die letzten englischen Anweisungen an Mister Strang in Moskau sollen dahin gehen, daß jetzt die von Molotow aufgestellten Forderungen befriedigt würden. Dies soll in der Form geschehen, daß 1. die Garantie der baltischen Staaten ebenso automatisch erfolge, wie die Hollands und Belgiens, 2. daß die baltischen Staaten in einem Zusatzprotokoll zum Vertrag ausdrücklich genannt werden, und 3. daß noch vor der Unterzeichnung des Vertrages Generalstabsverhandlungen beginnen sollen.

Die Achsenmächte sollen ihrerseits neue Angebote an die Sowjetunion gemacht haben. Folgende werden genannt :

daß 1. die Achsenmächte erklären, daß der Antikominternpakt nicht gegen die Sowjetunion, sondern nur gegen die kommunistischen Parteien außerhalb der Sowjetunion gerichtet sei und daß die Achsenmächte eine Garantie für die Grenzen der Sowjetunion abgeben, 2. daß Hitlerdeutschland sich verpflichtet, nicht in die inneren Angelegenheiten der baltischen Staaten einzugreifen und daß diese Staaten gemeinsam von der Sowjetunion und den Achsenmächten garantiert würden, 3. daß die Sowjetunion von der Achse große Kredite erhalten. Dafür soll die Sowjetunion sich verpflichten, an keinerlei Koalitionen teilzunehmen, die gegen die Achsenmächte gerichtet sind. Ferner ist die Rede von einem Vermittlungsangebot zwischen der Sowjetunion und Japan.

Die Hintergedanken der englischen und französischen Regierungen bei den Verhandlungen mit der Sowjetunion werden in den Ausführungen, die Bergery in "La Fleche" vom 23.6.39 macht, interessant beleuchtet. Die Sowjetunion, erklärt Bergery, wolle den Hilfspakt nur unter der Bedingung annehmen, daß man sich der so verstärkten Macht der Westmächte nicht bediene, um über einen modus vivendi mit den totalitären Staaten zu verhandeln. Die Aufwerfung der baltischen Frage sei nur ein Vorwand dafür.

Die jüngsten Reden und Erklärungen von Chamberlain und Halifax haben keinen anderen Sinn, als den, zu betonen, daß England immer noch für ein annehmbares Kompromiß mit den Achsenmächten zu haben sei. Auf der anderen Seite zielen die heftigen Reden von Göbbels und anderen gegen England darauf ab, die Engländer beim Wort zu nehmen und möglichst weitgehende und konkrete englische Kompromißangebote zu erzielen. Die englischen Reden sollen zugleich der Sowjetunion vor Augen führen, daß auch die Westmächte eine andere Alternative haben, als die des Bündnisses mit der Sowjetunion.

+ + + + +

WEITERE DIPLOMATISCHE AKTIONEN.
=====

Der ägyptische Aussenminister unternimmt sicherlich in Übereinstimmung mit England Reisen nach der Türkei, Griechenland und Jugoslawien, um mit diesen Staaten über gegenseitige Hilfspakte zu verhandeln. Abkommen mit diesen Staaten und Ägypten sollen eine Ergänzung zu dem Abkommen der Westmächte mit der Türkei bilden. Sie sind zugleich der Gegenzug gegen die Verhandlungen der arabischen Staaten mit den Achsenmächten. (Besuch eines Abgesandten von Ibn Saoud bei Hitler) Ägypten ist der entwickelteste und daher auch sehr einflußreiche arabische Staat.

Zwischen Frankreich und der Türkei ist jetzt ein Vorvertrag unterzeichnet worden, der die gegenseitige Hilfeleistung im Mittelmeergebiet und auf dem Balkan vorsieht. Dafür hat Frankreich an die Türkei den Sandschak Alexandrette (Hatai), der zu dem syrischen Mandat Frankreichs gehört, abgetreten. Dieser Länderschacher paßt zwar nicht ganz zu den üblichen Deklamationen über die Rechte der Völker, dafür aber zu der üblichen imperialistischen Praxis.

+ + + + +

MILITÄRISCHE VORBEREITUNGEN.
=====

Die militärischen Vorbereitungen der Achsenmächte lassen darauf schließen, daß in nicht all zu ferner Zeit zumindestens neue Kriegsdrohungen in verschärfter Form und in gesteigertem Umfange im Vergleich zum September von ihnen in Szene gesetzt werden sollen, um unter diesem Druck die Westmächte zu einem neuen "München" zu veranlassen. Insbesondere soll dieser Druck ausgeübt werden, um die Frage von Danzig und dem polnischen Korridor im Sinne Hitlerdeutschlands zu "regeln".

Von diesen militärischen Vorbereitungen, von denen die Öffentlichkeit Kenntnis erhalten hat, sind folgende zu erwähnen :

1. Die verstärkte Besetzung der Siegfriedlinie, unter dem Vorwand, bevorstehender größerer "Manöver".
2. Der beschleunigte Ausbau der Befestigungen an den Ostgrenzen Hitlerdeutschlands. Für diesen Zweck sind nicht weniger als 300.000 Mann aus allen Teilen Deutschlands mobilisiert.
3. Die Bildung einer starken Legion in Danzig im Umfange von 10.000 Mann, bestehend aus SS, SA usw.
4. Starke deutsche Truppenzusammenziehungen an der slowakisch-polnischen Grenze.
5. Große italienische "Manöver" in der Po-Ebene, denen die Voraussetzung zugrundeliegt, einen in die Po-Ebene eingedrungenen Gegner abzuschneiden und zu vernichten.
6. Die Massierung von 100.000 Mann italienischer Truppen in Albanien. Diese Truppen sind kürzlich von dem Feldmarschall Badoglio besichtigt worden.

Der früher schon erwähnte Plan Hitlerdeutschlands, Belgien und Holland als Faustpfänder zum Druck gegen England zu besetzen, ist als fortbestehend zu betrachten. Ebenso gehen die militärischen Aufmärsche Italiens in Nordafrika weiter. Nach einer Angabe des französischen Ministerpräsidenten Daladier haben die Achsenmächte gegenwärtig 3.000 000 Mann mobilisiert. Dieselbe Zahl soll von Seiten der Sowjetunion in der Mobilisierung begriffen sein.

+ + + + +

DIE VERTAGUNG DES FRANZÖSISCHEN PARLAMENTS.

Am 27. Juni ist wie erwartet das französische Parlament auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Die Vertagung wurde von dem Ministerpräsidenten mit der gespannten außenpolitischen Lage begründet. Der wahre Grund ist der, daß die Übertragung des Notverordnungsrechtes an die Regierung notwendigerweise zum parlamentarischen Leerlauf führen mußte und daß infolgedessen das parlamentarische Getriebe als überflüssig erscheint. Tatsächlich bewegt sich die innerpolitische Entwicklung Frankreichs schrittweise in der Richtung zur autoritären Methode. Mit dieser Entwicklung findet sich sowohl das Parlament selbst, wie das Land ab. Das ist das Ergebnis der "Verteidigung der Demokratie" durch die Volksfrontpolitik. Das Parlament ist als Werkzeug dieser Politik sowohl bei den herrschenden Klassen, wie im Volke dikreditiert. Gegen ein weiteres Fortschreiten auf dem Wege /autoritären/ erheben sich keinerlei ernstzunehmende Hindernisse mehr. Die Proteste der Arbeiterparteien dagegen sind bloße "Gesten", hinter denen keinerlei Kampfwillen, weder der Führung, noch der Massen steckt. Die Führer haben den Kampfwillen, der in den Massen vorhanden war, Schritt für Schritt zermürbt.

Von den schwebenden parlamentarischen Projekten sollen das Amnestiegesetz auf dem Verordnungswege durchgeführt, das Verhältnismahlrecht und die Altersversorgung sollen dagegen auf unbestimmte Zeit aufgeschoben werden. Man rechnet damit, daß die Regierung schon im Juli die Verlängerung der Mandatsdauer des Parlamentes um zwei Jahre dekretieren wird.

+ + + + +

DER " NEUBAU" IN SPANIEN.

Interessante Angaben darüber, in welcher Richtung sich nach dem Willen der Achsenmächte die wirtschaftliche Entwicklung Franco-Spaniens bewegen soll, sind einem Bericht der "Frankfurter Zeitung" aus Burgos zu entnehmen (26. Juni 1939).

Der Bericht schildert zunächst die Kriegswirtschaft Francos. Sie habe zu einer starken Einschränkung der Ausfuhr geführt. Deutschland und Italien haben während des Krieges Franco umfangreiche Kredite gegeben. Viele Produktionsanlagen, Eisenbahnanlagen usw. sind zu erneuern. Das Drittel Spanien das Franco von den Republikanern übernahm, sei an Lebensmitteln und Konsumtionsgütern "völlig leer" gewesen. Die Wiederaufnahme der Produktion könnte nur langsam vor sich gehen.

"Franco könnte sich wohl sofort von den Ländern mit großen Goldvorräten Kredite oder Anleihen erhalten, wenn er sich bereiterklärte, den Ländern wirtschaftliche und politische Konzessionen einzuräumen. Aber solche Geschäfte, die wiederum die Unabhängigkeit des Landes gefährden könnten, lehnt er natürlich ab".

Die Betriebe sind in großem Umfange von "Verdächtigen" gesäubert worden. "Diese von dem Wirtschaftsprozesse Ausgesonderten sind nun augenblicklich wie die Arbeiter der noch nicht wieder betriebsfähigen Industrien ein völlig unproduktives und sozial belastendes Element". Es bestehe daher für Franco-Spanien ein "Zwang zur Autarkie". Von der Landwirtschaft würden nicht nur mehr Lebensmittel verlangt, sondern auch industrielle Rohstoffe, wie Baumwolle, Pflanzenfasern, Zellstoffe. Untersuchungen und Probezüchtungen seien im Gange. Ein weiteres Ziel sei, Treibstoffe im Lande zu erzeugen (durch Bohrung und durch Verflüssigung von Kohle), ferner Motore im Lande selbst herzustellen. "Kein Zweifel, erklärt der Berichterstatter, Franco strebt auf diesen Gebieten nach der Autarkie." Das sei gerechtfertigt, sowohl "durch die Haltung der demokratischen Staaten, die dem neuen Spanien das Leben schwer zu machen trachten, wie durch die bisher ständig hohen Außenhandelsdefizite".

Da die Republikaner das Gold verschleudert hätten, so seien für die erste Zeit Kredite und Anleihen unumgänglich. Von 1931 bis 1935 betrug die jährliche Unterbilanz des Außenhandels etwa 250 Millionen Goldpeseten bei einer Gesamteinfuhr von durchschnittlich 900 Millionen Goldpeseten. Daher müsse zunächst die Beschränkung der Einfuhr fort dauern. Andererseits müsse die Ausfuhr von Mineralien und landwirtschaftlichen Produkten gesteigert werden. Es müsse neue Mineralvorkommen erschlossen, die Agrarproduktion qualitativ verbessert und auf neue und besser absetzbare Erzeugnisse umgestellt werden.

Übersieht man dieses Programm im Ganzen, so ist klar, daß es im Wesentlichen darin besteht, daß Spanien sich zu einer Art kolonialer Ergänzung hergibt, so wie das für die südost-europäischen Länder im Gange ist. Das bedeutet beschleunigte Ausbeutung der Mineralschätze und der sonstigen Naturschätze Spaniens zum besten der Achsenmächte, Umstellung der Landwirtschaft auf die speziellen Bedürfnisse dieser "Abnehmer", Hemmung der eigenen industriellen Entwicklung Spaniens, Durchdringung der spanischen Wirtschaft durch auswärtige "Spezialisten". Dabei kommen nicht nur die Arbeiter und Bauern Spaniens wirtschaftlich unter die Räder, sondern nicht minder die spanischen Industriellen. Das Land kann sich auf die rücksichtsloseste koloniale Ausplünderung zum besten derer gefaßt machen, die Franco während des Bürgerkrieges so "großzügig" mit Krediten und mit "Menschenmaterial" versorgt haben.

+ + + + +

EIN BRIEF STALINS AN LARGO CABALLERO.

=====

Der frühere spanische Gesandte Araquistain veröffentlicht in der "New York Times" vom 4. Juni 1939 einen Artikel, in dem zwei Briefe enthalten sind, die Stalin zusammen mit Molotow und Woroschilow an Largo Caballero gerichtet hat. Diese beiden Briefe sind Araquistain aus dem Buche zugänglich gemacht worden, das Largo Caballero über seine spanischen Erfahrungen jetzt verfaßt.

Der erste dieser Briefe, der aus Moskau vom 21. Dezember 1936 datiert ist, wurde Largo Caballero von dem Sowjetgesandten Marcel Rosenberg nach seiner Rückkehr von einer Reise nach Moskau überbracht. Caballero war damals Ministerpräsident. Die Beziehungen der beiden Länder waren sehr gespannte. Caballero hatte sich gegenüber Rosenberg bitter beschwert über die täglichen Einmischungen der Sowjetagenten in die innerspanischen Angelegenheiten sowohl in die militärischen, als in die zivilen. Der Brief Stalins soll Caballero beruhigen, um die Fortdauer der Einmischung der stalinistischen Agenten in die innerspanischen Angelegenheiten zu ermöglichen. Es braucht hier nicht erst bewiesen zu werden, daß die Versicherung Stalins, daß die russischen "Soldaten" nur eine beratende Rolle in Spanien spielen sollen, nur der Versuch einer Täuschung war. In den Schilderungen Kriwitskis ist die Rolle der stalinistischen Agenten in Spanien genügend klargelegt. Der Brief Stalins enthält auch in scheinbar freundschaftlicher Form die Drohung mit der Abberufung der sowjetischen Hilfskräfte. Die Agenten Stalins in Spanien hatten ihrerseits schon gegenüber der Regierung Largo Caballero mit dieser Drohung gearbeitet. Das Wichtigste aber an dem Briefe Stalins ist die Bestätigung, die er dafür liefert, daß der von seinen Agenten und der KP Spaniens, sowie der PSUC eingeschlagene konterrevolutionäre Kurs auf die Anweisungen Stalins zurückgeht. Wir lassen nunmehr den Wortlaut des ausführlichen Briefes folgen, der für sich selbst spricht.

Der zweite Brief ist sehr kurz und beschränkt sich darauf, Largo Caballero darüber zu informieren, daß Marcelino Pascua, der spanische Gesandte in Moskau, zu ihm über Fragen sprechen wird, die "nicht vollkommen klar waren" (für Stalin und seine Leute).

Das Original des Briefes Stalins an Largo Caballero ist in französischer Sprache abgefaßt. Wir geben ihn wieder nach einer französischen Rückübersetzung aus dem in der "New York Times" veröffentlichten englischen Text.

Der Brief trägt den Vermerk "vertraulich" und ist adressiert "An den Genossen Largo Caballero, Valencia".

Der Brief lautet :

"Der Genosse Rosenberg, unser bevollmächtigter Vertreter, hat uns den Ausdruck Ihrer brüderlichen Gefühle überbracht. Er hat uns auch gesagt, daß Sie von einem unabänderlichen Glauben an den Sieg beseelt sind. Erlauben Sie uns, Ihnen brüderlich zu danken für die ausgedrückten Gefühle und Ihnen zu sagen, daß wir Ihren Glauben an den Sieg des spanischen Volkes teilen.

Wir haben es immer als unsere Pflicht betrachtet und betrachten es als unsere Pflicht, in dem Maße unserer Möglichkeiten der spanischen Regierung zu Hilfe zu kommen, die den Kampf aller Werktätigen, der ganzen spanischen Demokratie gegen die militärfaschistische Clique führt, die nur ein Werkzeug der internationalen faschistischen Kräfte ist.

Die spanische Revolution bahnt sich ihren Weg, der in vieler Hinsicht verschieden ist von dem Weg, den Rußland durchlaufen hat. Das wird bestimmt durch die Verschiedenheit der sozialen, historischen und geographischen Verhältnisse und durch die Notwendigkeit der internationalen Lage, die zu verschieden sind von denjenigen, mit denen die russische Revolution zu tun hatte. Es ist sehr wohl möglich, daß der parlamentarische Weg sich in Spanien als ein wirksameres Mittel für die revolutionäre Entwicklung als in Rußland erweisen wird. (!!!!)

Aber nachdem wir das gesagt haben, so glauben wir, daß unsere Erfahrungen, insbesondere die Erfahrungen unseres Bürgerkrieges, eine gewisse Bedeutung für Spanien haben könnten, wenn sie angewandt werden unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse des revolutionären Kampfes in Spanien. Indem wir von diesen Voraussetzungen ausgehen, haben wir zugestimmt, entsprechend Ihren wiederholten Ersuchen, die bei verschiedenen Gelegenheiten uns von dem Genossen Rosenberg überbracht wurden, eine gewisse Anzahl unserer militärischen Genossen zu schicken, die zu Ihrer Verfügung gestellt werden. Diese Genossen haben von uns die Anweisung erhalten, durch ihre Ratschläge auf militärischem Gebiet, den spanischen militärischen Führern zu dienen, zu denen Sie sie als Hilfskräfte schicken werden. Sie haben den kategorischen Befehl erhalten, die Tatsache nicht zu vergessen, daß trotz der ganzen Solidarität, die gegenwärtig das spanische Volk und die Völker der Sowjetunion verbindet, ein Sowjetgenosse, da er nur ein Fremder in Spanien ist, nur wirklich nützlich sein kann, wenn er sich streng auf die Funktion eines Ratgebers und nur eines Ratgebers beschränkt. Wir denken, daß Sie gerade in dieser Weise unsere militärischen Genossen verwenden werden. Wir bitten Sie, uns freundschaftlichst zu informieren, in welchem Maße unsere militärischen Genossen mit Erfolg die Aufgaben erfüllen, die Sie ihnen anvertrauen, weil es natürlich nicht nützlich wäre, sie ihre Arbeit in Spanien fortsetzen zu lassen, außer wenn Sie diese Arbeit günstig beurteilen. Wir bitten Sie gleicherweise, uns direkt und offen Ihre Meinung über den Genossen Rosenberg mitzuteilen : ist die spanische Regierung mit ihm zufrieden oder muß man ihn durch einen anderen Vertreter ersetzen ?

Hier sind vier freundschaftliche Ratschläge, die wir Ihnen unterbreiten :

1. Es wird notwendig sein, auf die Bauern Rücksicht zu nehmen, die in einem Agrarland wie Spanien eine große Bedeutung haben. Es wird nützlich sein, Dekrete über die Agrarfrage und über die Steuerfrage zu veröffentlichen, die die Interessen der Bauern begünstigen. Es wird auch nützlich sein, die Bauern in die Armee hereinzuziehen oder Partisanen-Abteilungen im Rücken der faschistischen Heere zu schaffen. Dekrete zugunsten der Bauern könnten das erleichtern.

2. Es wird notwendig sein, das kleinere oder mittlere Bürgertum auf die Seite der Regierung zu ziehen oder in jedem Falle ihnen die Möglichkeit zu geben, eine neutrale Haltung einzunehmen, die der Regierung günstig ist,

indem man sie gegen Versuche der Konföderationen schützt und indem man ihnen innerhalb der Grenzen des Möglichen die Freiheit des Handels zusichert. Wenn man das nicht tut, so werden diese Gruppen sich dem Faschismus zuwenden.

3. Man muß die Führer der republikanischen Partei nicht abstoßen, sondern im Gegenteil, man muß sie heranziehen, sie der Regierung nähern, man muß machen, daß sie sich gemeinsam an der Aufgabe der Regierung beteiligen. Es ist insbesondere notwendig, der Regierung die Unterstützung von Azana und seiner Gruppe zu sichern, indem man alles tut, was möglich ist, um ihnen zu helfen, daß sie ihre Bedenken überwinden. Das ist notwendig, um die Feinde Spaniens daran zu hindern, sie als eine kommunistische Republik zu betrachten und um so ihre offene Intervention zu verhüten, die die größte Gefahr für das republikanische Spanien vorstellt.

4. Man könnte die Gelegenheit finden, in der Presse zu erklären, daß die spanische Regierung keinerlei Eingriff in das Eigentum und in die legitimen Interessen der Fremden in Spanien zulassen wird, der Bürger der Länder, die die Rebellen nicht unterstützen."

Wie man sieht, enthält der Brief Stalins alle Elemente des später durch geführten konterrevolutionären Programmes. Auch die Motive für dieses Programm werden vollkommen klargelegt. Es ist die Rücksichtnahme auf die englische und die französische und die spanische Bourgeoisie. Aus den Angaben Kriwitzkis geht hervor, daß in dem Augenblick, in dem dieser Brief von Stalin geschrieben wurde, seine Agenten bereits die Anweisung hatten, auf den Sturz Caballeros hinzuwirken. In dieser Beziehung ist der Brief ein für Stalin typisches Stück Heuchelei und Verrat.

+ + + + +

AUS DEUTSCHLAND - Juni 1939.

Ein junger Genosse, der vor ungefähr einem Jahr aus dem Gefängnis entlassen wurde, erzählte mir über den seinerzeitigen Prozeß folgendes :

Es sind fast alle wichtigen Genossen hochgegangen, meistens junge Leute mit sehr viel Mut und Idealismus aber sehr wenig Erfahrung. Ein großer Teil hatte sich zum Sussagen verleiten lassen, als sie durch einige Mißverständnisse völlig den Kpf verloren. Nachher haben allerdings einige mit Erfolg verschiedenes widerrufen können.

In Gefängnis halten sie sich mit einigen traurigen Ausnahmen sehr gut. Beim gemeinsamen Antreten usw. ist immer klar zu sehen, wer abtrünnig geworden ist, die Festgebliebenen kommen den Befehlen nur mit dem notwendigen Minimum an Elan nach. Wo es möglich war, ohne direkt gegen die Vorschriften zu verstoßen, hat man versucht, einheitlich und gemeinsam aufzutreten, so z.B. in bezug auf Abliefern von Briefen, Büchern, Essen usw. Die allgemeine Behandlung war einigermaßen. Man hat dort jetzt einen "Erzieher" eingesetzt, er soll die politischen Gefangenen zum Nazismus bekehren. Trotzdem er ein äusserst anständiger Kerl sein soll, ist noch keiner darauf hereingefallen.

Gearbeitet wird an unserem Ort natürlich jetzt nicht, weil es einfach unmöglich ist, denn sie sind ja fast alle hochgegangen. Die Besten versuchen sich auf dem Laufenden zu halten, besuchen sich hin und wieder, wo es möglich ist und sprechen über die Dinge.

Ein älterer Genosse, der seine Strafe hinter sich hat, ist Hauskassierer für einen Verein, so kommt er viel herum und sammelt allerlei Eindrücke und Erfahrungen. Ich bekam den Eindruck, daß die jüngeren Genossen ihn sehr schätzen und viel auf ihn geben. Er betrachtet ihre Lage an dem Ort so : Wir können jetzt nichts machen, und wir wollen erst dann etwas tun, wenn wir sehen, daß die Opfer einen Sinn haben. Unsere einzige Arbeit besteht jetzt

zu horchen; wo man hinkommt, versuchen wir bei jeder Gelegenheit das richtige Wort zu sagen, ohne daß man dabei ertappt werden kann. Der Terror hat die eine positive Seite, daß er die Gegner des Regimes zwingt, selbständige Taktiker zu werden und ihren eigenen Kopf zu gebrauchen. Man kauft sich jetzt einen guten Atlas und ein Radio, um sich selbst zwar mühselig, dafür aber gründlicher ein Bild über die Lage zu machen. Wenn man sich gelegentlich trifft (KP, SP und wir), tauscht man seine Meinungen aus. Einige KP-Genossen, meist frühere Funktionäre, sind noch heute sehr verbissen, aber die meisten gestehen ohne Weiteres die Niederlage ein. Am besten kann man sich mit den "alten Kämpfern" unterhalten, es sind hier sehr viele, die nicht nur meckern, sondern auch ernstlich nachdenken. Er freut sich, daß er bei Diskussionen immer mit Recht und ohne Widerspruch, darauf hinweisen kann, daß unsere Gruppe stets den richtigen Weg gezeigt hat.

Die Frage, die nicht nur ihn, sondern alle "bekehrten" KP-Genossen hauptsächlich beschäftigt, ist die: Wie ist es möglich, eine Partei zu schaffen mit den weitest möglichen demokratischen Rechten der Mitglieder und gleichzeitiger strenger Disziplin, um zu vermeiden, daß der gesunde Instinkt der einfachen Genossen von einer Bonzenwirtschaft nach dem Muster der SP und KP übergegangen wird?

Trotzdem er auf Grund des historischen Fortschrittes die SU verteidigt, meint er, daß ein Stalinsystem das schlimmste wäre, was Deutschland passieren kann. Die Prozesse hat er von Anfang an richtig eingeschätzt. Über die deutschen Nachrichten aus der SU schüttelt man bloß mit dem Kopf und stellt auf London ein.

Bei einer bekannten Weltfirma hat es große Unzufriedenheit gegeben wegen der Aufhebung der Freizügigkeit der Arbeit. Einige, die trotz Verbotes den Betrieb verlassen hatten, bekamen schwere Strafen, was natürlich wiederum Aufregung erzeugt hat. Es handelt sich hier um ganz frische, früher unpolitische Elemente. Frühere Arbeiter, die nach 1933 gesessen haben, kommen nicht mehr in den Betrieb, auch solche nicht, die man eigentlich dringend braucht, und für die sich die Direktion eingesetzt hatte.

Im Allgemeinen ist die Angst im persönlichen Leben und Treiben nicht mehr so groß, man hat sich eingelebt, eine Menge haben die Starke hinter sich, und sie haben nicht mehr die Angst, daß die Organisation hochgehen kann, da bei uns am Ort keine vorhanden ist, und das gibt wiederum für die Kleinarbeit des Einzelnen mehr Sicherheit und Mut. Trotzdem leben sie natürlich alle in der ständigen Gefahr, denunziert zu werden und sie wissen es.

Was den Genossen bei dem Zusammenbruch der deutschen Arbeiterbewegung am meisten enttäuscht hat, ist die Tatsache, daß die ausländische Arbeiterklasse und die Emigration nichts daraus gelernt haben, daß sich noch keine wirklich zentralisierende Kraft gefunden hat. Er war der Ansicht, daß eine solche auf die Entwicklung in Deutschland ungeheuren Einfluß haben würde.

In der kurzen Zeit konnte ich natürlich nicht viel erleben, aber folgende kleine Dinge, die ich gesehen habe, passen ganz gut ins allgemeine Bild. Vor einem Zeitungskasten stehen einige Leute, es wird über die Besetzung Albaniens berichtet; die Leute schütteln den Kopf, gucken sich an und gehen weiter. Im Omnibus: ein Passagier steigt ein, grüßt laut mit "Heil Hitler", aber kein einziger antwortet darauf, viele lächeln sich diskret zu, und man fühlt, wie sie sich über diese Kleinigkeit freuen.

In Berlin wurde ganz wenig "geheilt", in einer Mittelstadt schon mehr und in den Kleinstädten, wo ich war, gibt es überhaupt keinen anderen Gruß. In diesen kleinen Nestern ist die Angst vor Angebereien ungeheuer groß. Selbst unter den alten Freunden und nächsten Genossen gibt es kein Vertrauen. Der Genosse, den ich besuchte (früher KP) sagte mir, man kann hier nicht einmal daran denken, auch nur ein paar Mann zusammenzufassen; selbst sein Bruder, der bis zuletzt ein feiner Genosse gewesen ist, sagt ihm, er soll jetzt noch die Finger davon lassen. Den Schreck haben sie im Ort noch mehr bekommen,

seitdem vor einiger Zeit eine Menge Genossen der SPD hochgegangen sind. Sie haben für Spanien gesammelt und - es klingt unglaublich, ist aber wahr - zwar auf richtigen Listen mit richtigen Namen gezeichnet. Um Ostern herum war im Werk ziemliche Unzufriedenheit, weil man die Auszahlung der Überstundenprocente ins Ungewisse hinausschieben wollte. Aber nur in Form von heftiger Meckerei, ob sich später etwas daraus entwickelt hat, weiß ich nicht. Hier wird 10 Stunden am Tag und den ganzen Sonntag gearbeitet. Der Genosse sieht jetzt die ganze Niederlage der Parteilinie und seine Meinung über die tieferen Ursachen dazu ist ganz interessant. Er stellt sich die Frage, ist nicht der organisatorische Aufbau der Partei falsch gewesen, wenn es möglich war, daß in einer solchen Massenpartei die Führung die Mitglieder so "verführen" konnte. Daß innerparteiliche Demokratie und auch gleichzeitig straffe Disziplin notwendig ist, sieht er natürlich ein, aber um dies zu erreichen, scheint es ihm wahrscheinlich, daß wir bei dem Aufbau der neuen Partei neue Organisationsformen anwenden müssen, welche, sind ihm allerdings noch nicht klar.

Mein allgemeiner Eindruck ist der, daß die Genossen alle gelernt haben: große Nüchternheit, selbständiges Denken und keine Übertreibungen. Bei den jungen Genossen Begeisterung für unsere Sache und das Warten darauf, daß es endlich mal so weit ist; dies gilt auch für die früher weniger politischen, die mit reingerasselt sind. Über die Kriegsbegeisterung der Jugend habe ich den Eindruck, daß die allergrößte Mehrheit zwar "uniformbegeistert" aber wenig kriegsbegeistert ist. Man hat mir hierfür viele Beispiele erzählt, von der Besetzung der Tschechei usw. Es ist auch nicht ungewöhnlich, daß die Jungens, wenn sie Urlaub haben, die Uniform mit Zivil vertauschen. Besonders bei der Marine sollen sie sich was leisten können.

+ + + + +

Fortsetzung: ZUR "GESCHICHTE DER KPdSU - KURZER LEHRGANG".

Seit Lenins Ausscheiden aus der aktiven Führung (Herbst 1922) hat die Partei ähnliche schwierige Entscheidungen unter Stalins Führung treffen müssen, z.B. bei der Kollektivisierung der Landwirtschaft, worüber in der Parteigeschichte (S. 373) zu lesen ist:

"Als Folge der, von den Parteiorganisationen begangenen Fehlern zeigten sich in der zweiten Hälfte des Februar 1930 bei unzweifelhaften Erfolgen (!) der Kollektivisierung in einer Reihe von Bezirken gefährliche Anzeichen einer ernstlichen Unzufriedenheit der Bauernschaft. Hier und da gelang es den Kulaken und ihren Agenten, die Bauern sogar zu direkten antisowjetischen Aktionen aufzustacheln".

Nur ausgemachte Speichellecker können behaupten, daß nur die unteren, und nicht auch die oberste Parteiorganisation mit "Stalin an der Spitze" die Verantwortung für diese Fehler trugen. Zur Ausmerzung solcher Fehler dann freche Artikel schreiben: "Vor Erfolgen von Schwindel befallen" und dann doch das ZK beschließen zu lassen: "Funktionäre, die es nicht verstehen oder nicht gewillt sind, einen entscheidenden Kampf gegen die Verzerrung der Parteilinie zu führen, sind ihrer Posten zu entheben und durch andere zu ersetzen". (Im Original gesperrt, S. 374) - das ist die typische Methode Stalins, die für ihre eigenen Fehler Sündenböcke braucht. Es ist nichts anderes als Selbstbetrug und eine gewisse, - wenn auch ungewollte - Selbstverhöhnung, wenn das Stalinsche Geschichtsbuch unter seinen Schlußfolgerungen sagt:

"Die Partei ist unbesiegbar, wenn sie Kritik und Selbstkritik nicht fürchtet - wenn sie an den Fehlern der Parteiarbeit die Kader erzieht und schult ... Die Partei geht zugrunde, wenn sie ihre Fehler verheimlicht, wunde Punkte vertuscht, ihre Unzulänglichkeiten bemäntelt, indem sie ein falsches Bild wohlgeordneter Zustände zur Schau stellt, wenn sie keine Kritik und Selbstkritik duldet, sich von dem Gefühl der Selbstzufriedenheit durchdringen läßt ... und auf ihren Lorbeeren auszuruhen beginnt". (S. 437)

Das bürokratische Stalinregime erzieht eben die Kader nicht an den Fehlern der Parteiarbeit, sondern macht sie allein, als einzelne Personen, dafür verantwortlich, es duldet keinerlei Kritik, sondern bringt jede Kritik mit allen, auch mit den blutigsten Mitteln zum Schweigen. Dies Regime fordert die Parteimitglieder auf "die Furcht vor dem Aufwerfen theoretischer Fragen" zu beseitigen, droht aber gleichzeitig damit, daß "keinerlei willkürliche Auslegungen zugelassen werden. Dieses Regime wird und muß die Partei zugrunde richten, wenn die Parteimitglieder selbst nicht Schluss damit machen.

Lenins Verhalten beim Auftauchen oppositioneller Meinungen in der Partei steht in diametralem Gegensatz zu Stalins Methode, Lenin gab 1917 bei seiner Rückkehr nach Rußland, wie auch sonst immer, den schwankenden, den sich widersprechenden Parteimitgliedern und damit gleichzeitig den breiten Massen durch seine geniale Taktik die Gelegenheit, sich selbst von der Richtigkeit des Weges zu überzeugen. Er traf seine Entscheidungen auf Grund sorgfältiger Beobachtungen des bestehenden Kräfteverhältnisses. Weil er z.B. zur Zeit des Brester Friedens sah, daß die Bauern "mit den Füßen abgestimmt" das heißt die Front verlassen hatten, deshalb schloß er Frieden um schweren Preis. Weil er im Verlauf des polnischen Krieges 1920 sah, (und auch später 1921 auf dem III. Weltkongreß der Komintern feststellte daß sich die revolutionäre Welle im Abebben, und daß wiedergewonnene Selbstvertrauen der Bourgeoisie gegenüber ihrer früheren Panik im Ansteigen befand, daß also der Krieg gegen Polen nicht die revolutionäre Welle in Westeuropa auslösen konnte, deswegen - und nicht wegen des legendären Verrates von Trotzki und Tuchatschewski - schloß er Frieden mit Polen. Lenins Vertrautsein mit den tatsächlichen Stimmungen und Bedürfnisse der Massen, seine daraus resultierende Fähigkeit den Massen Aufgaben zu stellen, die ihren Kräften entsprachen und auch gegebenenfalls bei auftauchenden Widerständen den tatsächlichen Grund zu erkennen (wie z.B. aus dem Kronstadter Aufstand - die Notwendigkeit zur Schwenkung der Taktik vom Kriegskommunismus zur Nep), das alles gab Lenin die sichere Grundlage auf der er die jeweiligen Parteioptionen vor der gesamten Öffentlichkeit ad absurdum führen, und gleichzeitig ihre individuellen Fähigkeiten im Interesse der Gesamtpartei ausnützen konnte. Lenin hat sich nicht gescheut mit Plechanow - der seit 1903 zu den Menschewiki übergelaufen war - im Jahre 1912 einen "Parteiblock der Anhänger der Erhaltung und Stärkung der illegalen proletarischen Partei" als "Gegengewicht zum parteieindlichen Augustblock Trotzki's" zu schaffen (S. 166). Von Stalin berichtet die Geschichte. (an derselben Stelle) daß er "diesen Block in vollem Maße" unterstützte. Ebenso hat Lenin auf dem 6. Parteitag (August 1917) "die Mitglieder der "Zwischengruppe" (Meshrayonzy) samt ihrem Führer Trotzki in die Partei aufgenommen (S. 239/40). Auf diesem Parteitag hatte Stalin als Vertreter Lenins, der illegal leben mußte, die Leitung.

Wenn es auch nur zum Teil wahr wäre, was das Stalinsche Geschichtsbuch über die geplanten Verschwörungen Bucharins, Trotzki's usw. zusammenfasst, dann müßte Lenin nicht der geniale Führer, sondern ein ausgemachter Trottel gewesen sein, der zeitlebens nicht nur nichts davon gewußt hatte, sondern der in seinem politischen Testament sachlich die Fähigkeiten seiner Mitarbeiter beurteilt und ihre Ausnützung für die Gesamtpartei empfahl. Warum fehlt in diesem Buch Lenins Testament, in dem Trotzki's Fehler (zu weitgehendes Selbstvertrauen, Neigung, sich zu sehr von der rein administrativen Seite der Sache hinreißen zu lassen) nicht verschwiegen, er aber dennoch als "der fähigste Mann im gegenwärtigen ZK" bezeichnet wird, in dem Bucharin trotz seiner Neigung zur Scholastik als Liebling der Partei anerkannt wird, in dem Lenin in bezug auf die Stellung Stalins als Generalsekretär der Partei sagt: "ich bin nicht sicher, daß er es immer versteht, diese Macht mit der nötigen Vorsicht zu benützen" und weswegen Lenin noch in einer Nachschrift zu seinem Testament den Genossen vorschlägt "einen Weg zu finden, um Stalin aus dieser Stellung zu entfernen und jemand anders zu ernennen der namentlich geduldiger, loyaler, höflicher, zu den Genossen aufmerksamer, weniger launisch ist usw." - Warum wird dieses wich-

tige Dokument in der "Geschichte der KPdSU" unterschlagen? Ist das etwa die Methode, die mit der Darstellung der "Geschichte der KPdSU vor allem um historische Persönlichkeiten herum" Schluß macht? Will Stalin damit gar ausdrücken, daß Lenin schon sozusagen unzurechnungsfähig war bei der Abfassung des Testamentes? Stalin wird schweigen - aber die Lehren des Toten Lenin werden sich durchsetzen und die Massen reden lassen.

Gewiß ist es richtig, daß auch ein Trotzki an Stelle Stalins schwere - wenn auch andere - Fehler begangen und damit ebenso wie Stalin überflüssige Schwierigkeiten und Opfer für die Partei, für das ganze Volk und für die internationale Arbeiterklasse verursacht hätte, vorausgesetzt daß er ebenso selbstherrlich hätte schalten und walten können wie sein Gegenpart, eben darum weil Lenin als regulierender Faktor ausschied. Die einzige Kraft, die die verschiedenartig veranlagten, erst neben-dann gegeneinander arbeitenden Führelemente zusammenschweißen konnte, wäre eine starke, sich auf die besten Kräfte der gesamten kommunistischen Internationale stützende Internationale Führung gewesen. Lenin hat das vorausgesehen als er in den Kinderkrankheiten davon schrieb, daß nach dem Siege der proletarischen Revolution in einem der westeuropäischen Länder, die internationale Führung dorthin übergehen, daß Rußland dann im sozialistischen Sinne wieder das rückständige Land sein werde. Deshalb hat Lenin alle Ansätze zur Herausbildung der noch schwachen internationalen Kader gewissenhaft unterstützt. Stalin aber hat umgekehrt die fortgeschrittensten Kräfte in den Komintern Sektionen aus der Führung beseitigt und durch solche Elemente ersetzt, die ihre politische und moralische Minderwertigkeit mit widerspruchsloser Unterstützung Stalins gegen Trotzki usw. auszugleichen versuchten.

4. Stalin und die Kommunistische Internationale.

Keiner wird verlangen, daß die Geschichte der KPdSU auch gleichzeitig die Geschichte der Kommunistischen Internationale behandeln muß, aber jeder, am Sieg des Kommunismus Interessierte wird nach sorgfältigem Lesen des Buches erstaunt sein über die Geringschätzung der internationalen Fragen in diesem Werk, das damit zum Ausdruck bringt, wie wenig sich die KPdSU, oder besser deren Führung sich ihrer Aufgabe als führende Sektion der Kommunistischen Internationale bewußt ist.

Außer 20 Zeilen über den Gründungskongreß der Kommunistischen Internationale im Jahre 1919 (S. 280) wird in einem Satz über den V. Weltkongreß im Jahre 1924 gesagt: "Das internationale Proletariat unterstützte die bolschewistische Partei in ihrem Kampfe gegen den Trotzkiismus". Über den II. (1920), der die Leitsätze und Statuten der Kommunistischen Internationale beschloß - über den III., (1921) der nach einer gründlichen Abrechnung mit den italienischen und deutschen Ultralinken unter Lenins direkter Leitung die Thesen zur Strategie und Taktik der Kommunistischen Internationale ausarbeitete und annahm - über den IV. (1922), der die Programmdebatte einleitete - über den VI. (1928), der das Programm der Kommunistischen Internationale beschloß, der die "Einheitsfront nur von unten" festlegte, der den Kurs auf Schaffung "roter" Gewerkschaften durch die "RGO" bestätigte und damit Lenins Thesen über kommunistische Strategie zum alten Eisen warf und dafür Stalins These von der dritten Periode aufstellte - sowie über den VII. Weltkongreß (1935), der eine Wendung um 180 Grad vollzog und die Komintern-Linie aus dem ultralinken in den rechten Straßengraben verlegte, von alledem nicht ein einziges Wort, weshalb aber auch diese Dinge erwähnen, die doch nur gar zu deutlich auf die Widersprüche Stalinscher Kominternpolitik hinweisen und schließlich die russischen Genossen zu allzukühnen Fragen nach den Ursachen ihres Bankrottes anzeigen könnten. Bleibt doch in dem wenigen, was der russische Genosse aus dem Buche erfährt noch genug, um sich darüber Gedanken zu machen.

5. Lenin und Stalin zur Kriegsfrage.

Im Geschichtsbuch Stalins wird das Votum der sozialdemokratischen Parteien für die Unterstützung des imperialistischen Krieges von 1914-18 als das Merkmal des Zusammenbruches der II. Internationale richtig gekennzeichnet.

"Nur eine kleine Minderheit in der II. Internationale verblieb auf den Positionen des Internationalismus, zwar nicht ganz sicher und nicht ganz entschieden, aber sie wandte sich immerhin gegen den Strom". (S. 198)

Ebenso wird Lenins Taktik zur Schaffung der III. Internationale richtig dargestellt, wobei das Auftreten Litwiniows auf der Stockholmer Konferenz (1915), wo er den Ausschluß des sozialdemokratischen Kriegsministers Vandervelde, Sembat, Guasde forderte, wäach die Zimmerwalder und Kiönwalder Konferenz erwähnt und gesagt wird.

"Lenin kritisierte die Fehler der Internationalisten, linker Sozialdemokraten wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, aber gleichzeitig half er ihnen immer den richtigen Standpunkt einzunehmen". (S. 201)

Ebenso richtig wird das Verhalten der Zentristen, die nicht für, aber auch nicht gegen die Kriegskredite stimmten, gebrandmarkt. - Es ist dieser Beschreibung anzumerken, daß Lenins kluge Politik die damalige Situation beherrschte und die Kräfte zum Neuaufbau der Internationale zu sammeln verstand.

Wie aber steht die heute von Lenin geschaffene III. Internationale zur Kriegsfrage? Theoretisch ist ihr Standpunkt im Programm der Kommunistischen Internationale (1928) und in den Thesen des VII. Weltkongresses (1935) festgelegt. Insbesondere der reichlich unklaren Formulierung der letzteren haben die einzelnen Komintern-Sektionen eine Stellung in den Fragen der Kriegsvorbereitung bezogen, die mehr als bedenklich ist. Jetzt heißt es in dem Geschichtsbuch, das "die Verzerrung der marxistisch-leninistischen Ansichten über den Charakter des Krieges in der gegenwärtigen Epoche ... beseitigen will :

"Die Bolschewiki waren nicht gegen jeden Krieg. Sie waren nur gegen den Eroberungskrieg, gegen den imperialistischen Krieg. Die Bolschewiki waren der Meinung, daß es zwei Arten von Kriegen gibt: a) einen gerechten Krieg, der kein Eroberungskrieg, sondern ein Befreiungskrieg ist, der das Ziel hat, entweder das Volk gegen einen äußeren Überfall und gegen Versuche zu seiner Versklavung zu verteidigen, oder das Ziel der Befreiung des Volkes von der Sklaverei des Kapitalismus, oder endlich das Ziel der Befreiung der Kolonien und abhängigen Länder vom Joche der Imperialisten, und b) einen ungerechten, einen Eroberungskrieg, der das Ziel hat fremde Länder zu erobern, fremde Völker zu versklaven". (S. 202)

Demnach wäre also der "Verteidigungskrieg" Zarenrußlands gegen den "äußeren Überfall" der Japaner ein "gerechter" Krieg gewesen. Warum aber verurteilt dann Stalin Trotzki, der damals für die "Verteidigung eingetreten sein soll? Zur Unterstützung dieser Gerechtigkeitstheorie wird aus Lenins Artikel "Das Militärprogramm der proletarischen Revolution" (geschrieben Herbst 1916) zitiert :

"... der Sozialismus kann nicht gleichzeitig in allen Ländern siegen. Er wird vorerst in einem Lande oder in einigen Ländern siegen, die übrigen werden aber für eine gewisse Zeit bürgerlich oder verbürgerlicht bleiben. Das muß nicht nur Reibungen hervorrufen, sondern auch das direkte Bestreben der Bourgeoisie anderer Länder, das siegreiche Proletariat des sozialistischen Staates niederzuwerfen. In diesen Fällen wäre ein Krieg von unserer Seite rechtmäßig und gerecht. Dies wäre ein Krieg für den Sozialismus, für die Befreiung der anderen Völker von der Bourgeoisie". (S. 204)

Fortsetzung folgt.

--- Verantwortlich: E. Hirtzel, Strassbourg. ---

ARBEITERPOLITIK

Nr. 29/VI. Jahrgang

Dritte Juliwoche 1939.

AUFRUF DER INTERNATIONALEN ARBEITERFRONT GEGEN DEN KRIEG.

1. Juli 1939.

" ... die Brandfackel an allen Ecken Europas "

Ein Vierteljahrhundert nach dem Juli 1914 hat sich Europa von neuem in ein Pulverfaß verwandelt, bereit in die Luft zu fliegen, und alle Kontinente in Brand zu setzen.

Überall Elend, Militarisation, Zensur, Todesangst.

Gesterr. Tien-Tsin. Heute Danzig. Morgen Korfu oder Djibouti, Gibraltar oder irgend ein anderer Ort.

Wo wird das nächste Gewitter ausbrechen? Niemand weiß es.

Aber der unsichtbare Faden des Dramas, das sich vorbereitet, wird geduldig gewebt im Geheimnis der Kanzleien, durch eine Geheimdiplomatie, die der letzte Krieg abschaffen wollte.

Welches wird der Anlaß sein?

1914 hat die Ermordung eines degenerierten Erzherzogs durch einen fanatischen Gymnasiasten das Signal zur Niedermetzelung von zehn Millionen Unschuldiger gegeben.

Welcher Straßenzusammenstoß? Welcher Grenzzwischenfall? Welche Provokation oder falsche Nachricht wird bald dreißig Millionen davon auf die Schlachtbank strecken?

Eine furchtbare Pokerpartie zwischen den entfesselten Imperialismen hat begonnen, aber die zukünftigen Opfer erraten davon den Verlauf nur durch die Reaktionen der Wut oder des Triumphes, die den Spielern entschlüpfen.

A r b e i t e r !

Eure Herren rechtfertigen ihre Erpressungen und Forderungen mittels des "Selbstbestimmungsrechtes der Völker".

Jedoch keine kapitalistische Regierung hat irgendein Recht, diese Prinzipien für sich in Anspruch zu nehmen.

Gewiß, Danzig ist eine deutsche Stadt, der Korridor polnische Erde. Aber hinter dieser Realität gibt es die Ausbeuter und Schlächter des deutschen Volkes, die Diktatoren und Unterdrücker des polnischen Volkes, die mobilisieren, drohen, überfallen und sich vorbereiten, die Interessensätze, die ihnen im Wege stehen, mit Gewalt zu regeln.

Für uns gibt es nur ein einziges Mittel, das dem "Selbstbestimmungsrecht der Völker" einen wirklichen Inhalt gibt: Euch aus der Sklaverei des Kapitalismus zu befreien und den imperialistischen Krieg aufzuhalten durch den Klassenkampf, durch die proletarische Revolution, durch die Erhebung der Kolonialvölker.

Millionen und Abermillionen von Müttern, Ehefrauen und Mobilisierten fragen sich: Wird der Krieg kommen? Wird er noch einmal aufgeschoben werden? Was tun, um ihn auszuschalten?

A r b e i t e r ! G e n o s s e n !

Eure Klassenfeinde, sie wissen, was sie tun müssen, um Euch zu benutzen. Sie sehen die kleinste Einzelheit voraus: der minutiöse Mechanismus ihrer Kriegswirtschaft und ihrer Diktatur wird methodisch aufgebaut.

Was tut Ihr, um Euch auf alle Eventualitäten vorzubereiten ?

Werdet Ihr Euch durch den Sturm überraschen lassen ?

Oder werdet Ihr die Umstände für Euch ausnützen ?

Die Gelegenheit Eure Ketten zu brechen, nähert sich und mit ihr die Befreiung einer leidenden Menschheit, die sich nach Glück, Freiheit und Frieden sehnt.

Aber zuerst müßt Ihr das Spiel enträtseln.

I. Die Achse Berlin-Rom fordert nicht mehr und nicht weniger als die Hegemonie in Europa und bald in der ganzen Welt. Zum Tausch dafür verspricht Hitler den "faschistischen Frieden".

Selbst wenn dies möglich wäre, wissen wir, was dieser "faschistische Frieden" für die Arbeiter bedeutet : die totale Zerschmetterung des Proletariats, die Ermordung seiner besten Köpfe, die Zerschlagung seiner Organisationen, die fortgesetzte Senkung seines Lebensniveaus, den Terror und die allgemeine Barbarei.

Aber die Illusion ist unmöglich - der "faschistische Friede" ist die ungeheuerste Lüge der Hitler-Propaganda. Wenn die Arbeitermassen sich darein fügen, würde ihre Mitwirkung den sich gegenüberstehenden imperialistischen Blocks die besten Bedingungen liefern, um ihre unlösbaren Gegensätze durch den Krieg auszutragen.

II. Die "großen Demokratien" wollen ihre früheren Eroberungen, ihre Kolonien, ihre Goldreserven, weiter ausbeuten, deshalb schmieden sie Militärbündnisse, die der Achse den besten "nationalen" Kitt liefern. Tatsächlich erlangen die Diktatoren die Mitarbeit ihrer Völker sicherer, indem sie die "Einkreisungs"-Psychose verbreiten.

So wirft die Panik, durch die Furcht vor der Aggression auf der einen Seite, durch die Furcht vor der Einkreisung auf der anderen, die unterdrückten Völker unter die Beherrschung der Militärs ... während indessen die großen internationalen Oligarchien ihre Kapitalien, ihre Mineralien, ihre Kohle, ihre chemischen Erzeugnisse, ja, ihr Kriegsmaterial untereinander austauschen, um sich dann die Profite zu teilen.

III. Der amerikanische Kapitalismus, der in seinen Märkten bedroht ist, berechnet seinerseits seine Chancen und schwankt zwischen dem Eintritt in den Krieg und der Neutralität.

IV. Endlich hat sich Rußland, das von der einen oder anderen Seite der beiden Lager nichts zu erhoffen hat, seit 1935 in eine tragische Situation verwickelt und mit ihm, als Konsequenz, das internationale Proletariat. Seine Isolierung wurde endgültig besiegelt durch die konterrevolutionäre Politik Stalins, des Henkers des Spaniens der Arbeiter, die so jede Möglichkeit einer wirksamen Unterstützung der SU durch das internationale Proletariat zerstört hat.

Wenn der Krieg ausbricht, wird eine ungeheure Zerstörung die soziale Struktur erschüttern.

Die Aufgabe einer unabhängigen Klassenpolitik, die sich auf die Solidarität des internationalen Proletariats stützt, hat Stalin zur offenen Mitschuld geführt:

- sei es mit der Politik der "Einkreisung" und der kolonialen Unterdrückung der "Demokratien"

- sei es mit dem Gangstertum der totalitären Staaten.

In beiden Fällen hat das stalinistische Rußland das geheiligte Gut der Hoffnungen der revolutionären Arbeiter verloren.

Doch die Krise des kapitalistischen Regimes vertieft sich mit jedem Tag, seine ganze wirtschaftliche Substanz wird von dem nagenden Krebs der Rüstungskredite verschlungen.

Wechselweise versinken die Länder in der Kriegswirtschaft, im Staatskapitalismus, im Tauschhandelsystem, in der Diktatur und in den Verfall nach dem Vorbild der totalitären Länder. Die Unruhe befällt selbst die führenden Kreise.

Wenn das Wettrüsten im Frieden weitergeht, bedeutet das die soziale Krise in kurzer Zeit.

~~Und auch wenn die Überaufrüstung verlangsamt werden könnte, würde das immer noch die Krise bedeuten, mit Arbeitslosigkeit, Bankrotten und Störung der Geldwirtschaft.~~

Aus dieser auswegslosen Lage entsteht der Wunsch gewisser führender Kreise nach einem Vergleich vermittelt einer "internationalen Konferenz" zur Aufteilung der Rohstoffe, der Kredite, der Kolonien, zur Ersetzung der Rüstungen durch große öffentliche Arbeiten usw.

Die Arbeiter sollen sich darüber vor jeder Illusion hüten.

Die Konferenzen zwischen Gangstern sind raffinierte Mittel, um die fundamentalen Gegensätze zu verhüllen, aber sie können sie nicht aufheben; allein die reaktionäre Kraft des imperialistischen Krieges oder die revolutionäre Kraft des Proletariats können sie zeitweilig oder endgültig liquidieren.

Wir, die internationalistischen Arbeiter, sind auch für eine "gerechte" Aufteilung der Rohstoffe, aber wir wollen mit der gerechten Aufteilung der Produktionsmittel anfangen, d.h. sie den Kapitalisten entreißen, um selbst ihre Verwaltung zu übernehmen. Danach wird alles übrige leichter sein, und wir werden eher Schulen und Krankenhäuser bauen können als Kasernen und betonierte Kasematten.

Deshalb verurteilen wir die tragische Sterilität der sogenannten "Arbeiterorganisationen", die sich mit ihrer Bourgeoisie zur Verteidigung ihres "Imperiums" verbunden haben.

Arbeiter der "demokratischen" Länder !

Ihr seid es, die Ihr Euren unter die Diktatur gezwungenen Klassenbrüdern am meisten helfen könnt : Wehrt Euch gegen die Militarisierung, verteidigt Eure Löhne, verweigert jede Mitarbeit Eurer Gewerkschaften bei der Kriegsvorbereitung, unterstützt die Kolonialvölker, schützt Eure letzten Freiheiten, verlangt daß die antifaschistischen Emigranten wie Menschen behandelt werden. - Eure unabhängigen Aktionen, selbst Teilaktionen, werden bei der Arbeiterbewegung der totalitären Länder tiefen Wiederhall finden.

Arbeiter der faschistischen Länder !

Benutzt die wachsende Unruhe, die aus dem Gleichgewicht kommende Wirtschaft, die unauflösbaren inneren Widersprüche der Regimes, die Euch unterdrücken, um durch methodische Entwicklung der Kämpfe um Eure Forderungen, die revolutionäre Erhebung vorzubereiten, die Euch befreien wird.

der

Arbeiter/Kolonialländer !

Laßt Euch nicht wie Sklaverherden behandeln, die man ausbeutet und verkauft, traut nicht den Erpressungen oder Verlockungen der Imperialismen, die Euch als Kanonenfutter brauchen. Bereitet Eure nationale und soziale Befreiung vor.

Arbeiter der Sowjetunion !

Eure sozialistischen Errungenschaften des Oktobers sind auch die unsrigen. Wir wollen Euch helfen sie zu verteidigen gegen die imperialistischen Gelüste und gegen die stalinistische Entartung, die sie gefährdet und zerstört. Zerschlagt Eure bürokratische Diktatur und vereinigt Euch mit uns auf der internationalistischen Position von Marx, Lenin, Liebknecht. Es wird für uns alle weder Sicherheit noch Frieden, weder Glück noch Freiheit geben, solange wir nicht gemeinsam den Weltkapitalismus endgültig gestürzt haben.

JA ! ALLE ZUSAMMEN ! ARBEITER ALLER LÄNDER !

Wir wollen wieder Mut und Vertrauen fassen. Die alte Welt wird über unseren gemeinsam geführten Schlägen zusammenbrechen. Sie kann noch zusammenbrechen vor dem Ausbruch des furchtbaren Brandes der ganzen Geschichte.

Aber wenn dieser Krieg doch jemals ausbrechen sollte

Dann ! Genossen !

Anstatt mit dem Blute von Millionen von Opfern ein Regime wieder aufzurichten zu lassen, welches zusammenbricht

Gebrauchen wir alle sich in unserer Macht befindlichen Mittel, um ein soziales System zu zerstören, welches fähig ist, solche Schlächtereien, solche Leiden und solche Ruinen zu verursachen.

Nieder mit dem Faschismus ! - Nieder mit dem Krieg !

Es lebe die Vereinigten Sozialistischen Staaten der Welt !

- : - : -

ZUR INTERNATIONALEN LAGE.

In den letzten Tagen gingen allerhand Gerüchte um, daß Deutschland in der Danziger Frage sich vorbereitete, mit Polen zu verhandeln, oder daß solche Verhandlungen bereits unter der Hand im Gange seien. Ferner wurden als mögliche Vermittler genannt : Mussolini, die englische Regierung, der Vatikan. Die Gerüchte haben sogar in New-York zu einer Börsenhausse geführt. Sie wurden sowohl von London, als von Rom, wie auch von Warschau und Berlin umgehend dementiert. Die Gerüchte haben ihre Hauptquellen wahrscheinlich in Berlin und in London. Von Berlin aus sind sie ein Versuchsballon, um festzustellen, wie es augenblicklich mit der Verhandlungsbereitschaft Polens und der Westmächte steht. Es ist außerdem sicherlich kein Zufall, daß diese Gerüchte lanziert wurden als der englische General Ironside zu militärischen Verhandlungen in Warschau eintraf. Von dieser Seite aus handelt es sich um einen Versuch, diese Verhandlungen zu stören. Von englischer Seite aus wurden diese Gerüchte verbreitet, um wieder einmal Kompromißmöglichkeiten in der Danziger Frage zu sondieren.

In Danzig selbst geht die militärische Aufrüstung ununterbrochen weiter ohne daß bisher Polen oder die Westmächte Anlaß genommen hätten, einen Protest dagegen zu erheben. Die polnische Regierung ihrerseits betont, daß sie sich in keine Unterhandlungen über Danzig einlassen werde, die nicht von Voraussetzungen ausgehen, daß Danzig den Anschluß an Deutschland nicht vollzieht. Als eine neue Variante der deutschen Taktik in Danzig wird jetzt die Möglichkeit erwogen, daß Hitler sich zum Senatspräsidenten von Danzig ernennen läßt, nachdem er zuvor Danziger Ehrenbürger geworden ist.

Nachrichten, die in der englischen und französischen Presse umlaufen, besagen, daß die Nazis für ungefähr Mitte August alles bereitmachen, um eine neue internationale Krise großen Umfanges zu starten. Die Urlaube der Naziführer und Parteileute sollen durchweg bis 10. oder 15. August ablaufen. Die militärischen Vorbereitungen in Deutschland gehen ununterbrochen weiter.

Zu diesen militärischen Vorbereitungen gehört wohl auch das Abkommen über Südtirol zwischen Mussolini und Hitler, und die Entfernung aller Ausländer aus diesem Gebiet. Offenbar sollen die Ausländer nicht Zeugen sein, wie die Südtiroler gewaltsam aus ihrer Heimat verjagt werden und vielleicht auch sollen sie nicht Beobachter vom Einmarsch oder Durchmarsch deutscher Truppen in Südtirol sein.

Auch für die englisch-japanischen Verhandlungen scheint Mitte August ein bestimmter Termin zu sein. Die Verhandlungen vollziehen sich sehr

schleppend. Die Japaner begleiten sie mit großzügigen Demonstrationen gegen die Engländer sowohl in Japan als auch im besetzten China. In der ersten Unterredung, die der japanische Außenminister Arita mit dem englischen Gesandten in Tokio hatte, rollte der japanische Außenminister die Frage des allgemeinen Verhaltens Englands zu der von Japan geschaffenen "neuen Ordnung" in China auf. Nach einer Erklärung Chamberlains hat jedoch Arita die Behandlung dieser allgemeinen Frage nicht überhaupt zur Bedingung weiterer diplomatischer Besprechungen gemacht. Unter diesen Umständen sind die Aussichten für die Verhandlungen sehr gering. Es ist die Rede davon, daß von japanischer Seite geplant sei, bis Mitte August die allgemeine Blockade aller auswärtigen Konzessionen in China anzusetzen.

Über die Verhandlungen, die der italienische Außenminister Ciano in Spanien geführt hat, wird behauptet, daß im Prinzip der Anschluß Franco-Spaniens an die Achsenmächte anzunehmen sei, daß aber die Tatsache des Abschlusses eines Militärbündnisses einstweilen noch geheimgehalten werden solle, um im Höhepunkt der vorbereiteten internationalen Krise in die Waagschale geworfen zu werden. Vor allen Dingen ist damit zu rechnen, daß Franco Spanien Deutschland und Italien Flottenstützpunkte, Flugplätze und "Freiwillige" zur Verfügung stellen wird. Franco demobilisiert jetzt im verlangsamten Tempo seine Truppen, gleichzeitig mobilisiert er neue Jahrgänge, insbesondere reißt er auch Teile der republikanischen Truppen in seine Armee ein. Im September sollen ungefähr 250.000 Mann spanischer Truppen bereit stehen.

Aus den Nachrichten der amerikanischen Presse geht hervor, daß in wirtschaftlicher Hinsicht die Deutschen das spanische Feld größtenteils abgegrast haben, so daß die Italiener mehr oder weniger das Nachsehen haben. Das bezieht sich nicht nur auf das eigentliche Spanien, sondern auch auf Spanisch-Marokko. Dort haben die Deutschen sich in allen wichtigen Städten festgelegt. Deutsche Fachleute haben dort wichtige Befestigungsanlagen ausgeführt und leiten ihre Bedienung.

Die englisch-sowjetischen Verhandlungen in Moskau sind noch immer in der Schwebe. Der Hauptpunkt des Anstoßes sind immer noch die baltischen Staaten.

In dieser Beziehung sind von Interesse Ausführungen, die der bekannte dem französischen Generalstab nahestehende Journalist Pertinax in der Zeitschrift "Europe Nouvelle" macht. Er sagt u. a. : die Haltung Rußlands führe zu dem Verdacht, daß es die Kraft der Allianz weniger gewinnen wolle, um sein Herrschaftsgebiet zu beschützen, als um es zu erweitern und seine Grenzen bis zum Baltikum vorzuschieben.

Von anderen Gesichtspunkten aus ist noch von Interesse ein Artikel des polnischen Generals Sikorski in "Courier Warszawski". Er erklärt das Zögern der Sowjetregierung bei den Verhandlungen mit England-Frankreich damit, weil ein Abkommen mit den Westmächten fundamentale Änderungen der Sowjetpolitik mit sich bringe : die Aufgabe der Politik von Rapallo und "selbst den Verzicht auf die Tätigkeit der Komintern oder mindestens die Revision ihrer Ziele, soweit sie die demokratischen Staaten berühre. Denn es wäre vollständig unbegreiflich, daß Moskau, nachdem es einen Pakt mit Frankreich und England geschlossen haben würde, noch daran denken kann, seine umstürzlerische Aktion fortzusetzen, die darauf abzielt, die innere Einheit und die militärische Kraft der mit Rußland verbündeten Länder zu zerbrechen. Deshalb zögere und überlege Moskau. Stalin wolle sich die weitestgehenden Vorteile sichern, ehe er sich fest mit den Westmächten verbünde.

Weitere Ausführungen von Sikorski deuten an, daß eine wirkliche Bedrohung der Unabhängigkeit der baltischen Staaten von Deutschland her

bestehe. Er zieht daraus den Schluß, daß Moskau umsomehr Anlaß habe, die Verhandlungen mit den Westmächten so rasch als möglich abzuschließen. Die Pariser "Humanité", das Organ der KPF, gibt diesem letzteren Gedanken von Sikorski wieder, aber um daraus den entgegengesetzten Schluß zu ziehen, daß nämlich die Westmächte endlich ihre Reserven in Bezug auf die Garantien für die baltischen Staaten aufgeben sollten. Sehr bezeichnend ist, daß die "Humanité" die Gedankengänge Sikorskis in Bezug auf die Kominternpolitik, die wir oben angeführt haben, völlig übergeht. Das ist offenbar ein heißes Eisen. Es müßte sehr sonderbar sein, wenn die Frage der revolutionären Tätigkeit der Sowjet- und Kominternorgane, die unbestrittenmaßen eine Rolle gespielt hat, in den Verhandlungen von Potemkin in Warschau und Bukarest, keine Rolle spielen würde in den Verhandlungen mit England und Frankreich. Doch darüber herrscht das vollkommenste Stillschweigen.

Der Prinzregent Paul von Jugoslawien ist nach London gegangen, angeblich um der englischen Königsfamilie einen Besuch abzustatten, aber es ist klar, daß auch diplomatische Verhandlungen mit ihm geführt werden.

In Ungarn spielen sich gegenwärtig heftige innere Kämpfe ab zwischen der Regierung Teleki einerseits und den verschiedenen unter Nazi einfluß stehenden Organisationen und Persönlichkeiten in Ungarn. Bei den letzteren spielt eine Hauptrolle der frühere Ministerpräsident Imredy.

In England sollen die Militärausgaben für dieses Jahr auf die ungeheure Summe von 730 Millionen Pfund weiter erhöht werden. Davon sollen 500 Millionen Pfund auf dem Anleiheweg aufgebracht werden. Die englische Heimatflotte soll bis Mitte August in voller Bereitschaft stehen. Zu diesem Zwecke werden Reservemannschaften der Marine jetzt schon eingezogen. Ferner haben die ersten Rekrutenkontingente der sogenannten Miliz die Kaserne bezogen. Es handelt sich um etwa 35.000 Mann.

In Frankreich ist eine große Aktion im Gange, um das Spionagenetz Hitlers aufzudecken. Unter den Personen, die bei dieser Aktion gefaßt worden sind, werden Angestellte der Zeitung "Temps", dem Organ des Hüttenkomitees, sowie der Zeitung "Figaro", dem rechtsstehenden Organ der sogenannten Gesellschaft, genannt. In einem Teil der französischen Presse werden Befürchtungen geäußert, daß die Untersuchung gegenüber hochgestellten Persönlichkeiten von den entsprechenden Kreisen gehemmt werden.

- : - : -

NICHTS GELERNT UND NICHTS VERGESSEN.

Die Kommunistische Partei Spaniens veröffentlicht zum dritten Jahrestag des Juliaufstandes einen Aufruf, der nur zu deutlich zeigt, daß die Kommunistische Partei Spaniens aus der spanischen Niederlage nicht nur nichts gelernt hat, sondern ihren verhängnisvollen Kurs womöglich noch verstärkt. In dem Aufruf heißt es u. a. :

"Kommunisten, Sozialisten, Anarchisten, Republikaner, Antifaschisten, patriotische Spanier, vereinigen wir uns alle zu einer eisernen Front, einer unzerstörbaren Front, um die Eindringlinge so schnell als möglich aus Spanien zu vertreiben, vereinigen wir uns enger als je mit noch mehr Entschlossenheit, mit noch größerem Eifer als in den glorreichen Tagen des Juli, um unser Volk von der furchtbaren Sklaverei zu befreien, der es der Faschismus unterworfen hat.

Es lebe das heldenhafte spanische Volk ! Das trotz einem wilden Terror für die Wiedereroberung der Republik kämpft !
Es lebe die Einheit aller antifaschistischen Kräfte !
Es lebe die spanische Republik ! "

Über die Ursachen der Niederlage wird in dem Aufruf folgendes erklärt :
"Wir haben zwar den Krieg verloren, aber der Kampf ist nicht beendet, wir sind nicht besiegt. Franco hat sich vorübergehend Spaniens bemächtigt, dank der offenen Hilfe der deutschen und italienischen Truppen und der verhängnisvollen Politik der Nichtintervention der Regierungen von Frankreich und England und auch dank der fortdauernden Weigerung der Führer der Zweiten Internationale, die Aktionseinheit der proletarischen und demokratischen Massen zugunsten der spanischen Republik zu organisieren. Unter der Deckung dieser Umstände, die die heroische Anstrengung des spanischen Volkes erdrosselte, konnten die Agenten des Faschismus, die verbrecherischen Trotzlisten, die trotzkistischen Caballero-Leute, die Kapitalanten, die Verärgerten und die Dummköpfe, die Vertreter der Junta Cassado-Besteiro insgeheim mitten in unseren Reihen arbeiten, um unsere innere Einheit zu zerbrechen und ihr den verräterischen Streich zu versetzen. Ein infames Ganzes von Verbrechen und Verrat, aber heute geht trotz ihrer der Kampf weiter."

In dem Aufruf wird das Sowjetvolk und der große Stalin gerühmt als die "festesten, begeistertsten und edelmütigsten Verteidiger der Sache unserer Demokratie."

Aus dem Aufruf geht demnach hervor, daß die KP Spaniens die Schuld an der Niederlage überall sucht, nur nicht bei sich selbst. Ferner geht daraus hervor, daß sie "unentwegt" an dem Kurs auf die bürgerliche Demokratie festhält, daß sie jetzt nicht nur die Volksfront fortführen will, sondern sie ausdehnen will zu einer nationalen Front, in der offenbar auch die reaktionärsten Kräfte Spaniens eingeschlossen sein sollen, falls sie nur "spanische Patrioten" sind.

Die Kommunistische Partei Spaniens zeigt somit, daß sie aus den Ereignissen nichts gelernt hat und nicht imstande ist, etwas daraus zu lernen. Die Überwindung des Stalinismus in Spanien, die Schaffung wirklicher kommunistischer Kader in diesen Lande ist die Grundvoraussetzung für die Wiedererhebung der spanischen Arbeiterklasse, die nicht im Zeichen der Wiedereroberung der doppelt und dreifach bankrotten bürgerlich-demokratischen Republik in Spanien erfolgen kann, sondern nur im Zeichen der bis zu Ende führenden proletarischen Revolution, die die Arbeiterklasse zusammen mit der Masse der Landarbeiter und Kleinbauern durchführt.

= : : =

VOM DEUTSCHEN "FREIHEITLICHEN BÜRGERTUM".

In "Neuen Tagebuch" schreibt Leo Schwarzschild eine Artikelreihe "Der Tag danach". Gemeint ist der Tag nach Kriegsausbruch. Der Verfasser findet es für nötig, jetzt eine Reihe von Fragen zu erörtern, die sich nach Kriegsausbruch stellen, da er meint, man könne nicht wissen, ob und in wie weit nach Kriegsausbruch für die deutsche Emigration die Möglichkeit bestehe, sich zu äußern. Deshalb entwickelt er schon jetzt einige seiner "Eventualgedanken" über die Zukunft Deutschlands im Falle des Krieges. Der Verfasser beansprucht nicht für jemand anders als für seine Person zu sprechen. Aber er muß wohl damit rechnen, daß seine Gedanken bei einem Teil der Emigration Anklang finden, sonst würde er sie nicht zur öffentlichen Diskussion stellen. In der Tat handelt es sich um Gedanken, die in einem Teil des sogenannten deutschen freiheitlichen Bürgertums umlaufen. Der Verfasser hat das Verdienst, das Tüpfelchen auf das i gesetzt zu haben.

Die Frage, die der Verfasser in Heft 29 vom 15. Juli 1939 des "Neuen Tagebuch" behandelt, ist die viel erwogene und erörterte Frage : Was kommt nach Hitlers Sturz ? Er geht von der Annahme aus, daß der Krieg zum Sturz Hitlers führen werde. Die bisherige "Grundvorstellung" sei unter den verschiedenen Richtungen und Personen der deutschen Emigration überall die gewesen : "Das deutsche Volk, das bisher von Hitler geführt wurde, erhält nach Hitlers Sturz eben eine andere deutsche Führung - eine Führung,

beruhend auf seiner eigenen Souveränität und ausgeübt durch Repräsentanten aus seiner eigenen Mitte". Das sei bisher auch seine Meinung gewesen. Allmählich seien aber bei ihm Zweifel aufgetaucht und hätten sich bei ihm verstärkt.

Woher diese Zweifel ?

Sie kommen daher, daß der Verfasser vorausszusehen glaubt, daß nach dem Sturz der Nazi Herrschaft im Gefolge der Kriegsniederlage ein Zusammenbruch aller "Autorität" eintreten würde. Da fast der ganze öffentliche Apparat aus Exponenten des Nazismus bestehe, so sei damit zu rechnen, daß im Augenblick des Zusammenbruchs so ziemlich alles, was ein Naziamt innehatte, verjagt würde. Das würde aber bedeuten: "die Organe des Staatslebens würden größtenteils aufhören, überhaupt zu funktionieren, geschweige denn irgendwelche Autorität darstellen." Die Kreise werden sich wahrscheinlich aber noch weiterziehen, auch "die Militärs, die Geistlichkeit, die sozialen Prominenten irgendwelcher Art" würden mitbetroffen, entweder weil sie sich zu tief mit der Nazi Herrschaft eingelassen, oder sich nicht sichtbar genug von ihr abgehoben hätten. Welche anderen Autoritäten seien da? Die vorhitlerischen Partei-Autoritäten und Persönlichkeiten, wie zum Beispiel ein Brüning oder ein Breitscheid, hätten keine Zündkraft in den Massen mehr.

"Die Folgerung daraus ist die Wahrscheinlichkeit, daß die Nachfolger von Figuren (!) und mit Parolen entschieden werden wird, die wir heute noch garnicht kennen - die jäh aus dem Nichts auftauchen und ebenso jäh einen zur Machteroberung ausreichenden Teil der Massen hinter sich bringen werden Die Neigung, sich durch Gewalt und Diktatur an der Macht zu halten wird groß sein. Sie wird in einigen Fällen sogar nicht nur der Versuchung, sondern dem Willen und der Überzeugung entstammen. Nämlich falls die Erstarrigten zufällig die Kommunisten sein sollten und sicher hat der kommunistische Apparat - der in der bevorzugten Situation ist, von der ersten Sekunde an über die Unterstützung des Tresors, der Arsenale und der Organisation einer fremden Großmacht verfügen zu können - bei einer Schnelligkeitskonkurrenz besondere Aussichten ... Täuschen wir uns nicht darüber, daß die Gleichzeitigkeit der Niederlage und des Umsturzes Verhältnisse schafft, die eine deutsche Nachfolgeregierung von allem Beginn an aufs Neue in die Schiene Diktatur zu drängen drohen - und daß die neue Periode dadurch in dringendster Gefahr sein wird, unter dem Gesetz, nach dem sie angehtreten unabwendbar weiter laufen."

Das deutsche Volk sei heute "den Erfahrungen und der Schulung dessen, was man eine freie demokratische Selbstregierung nennt, ferner als je in seiner Geschichte ... Was kann erwartet werden, wenn ihm gerade im Augenblick seiner kategorischen Unvertrautheit mit freier Selbstregierung, seiner mangelndsten Lehrlingsschaft dafür, die Aufgabe, sich in Freiheit selbst zu regieren, aufs Neue uneingeschränkt gestellt werden wird? "

Diese angstvolle Frage wird vom Verfasser mit allen möglichen Schreckenszügen ausgestattet. Die Antwort, die der Verfasser schließlich nach langem Hin und Her gibt, wollen wir mit seinen eigenen wiedergeben:

"Hier fließen die Gedanken, was für Deutschland und was für die Welt die beste Lösung wäre, in eins zusammen: und man wird zu der Schlußfolgerung geführt, daß es für Alle wahrscheinlich das Beste wäre, wenn aus der Gleichzeitigkeit der Niederlage und des Nazisturzes ein anderer Ausweg gefunden werden könnte als der, Deutschland einfach dahin wieder treiben zu lassen, wohin sein eigenes Vermögen, sein eigener Dämon, sein eigenes Glück oder Verhängnis es treiben will. Man stößt auf die Möglichkeit, daß für eine sehr geraume Weile die Sieger mit ihrer Verwaltung und mit ihren Truppen eine Mentoren- und Kuratoren-Rolle übernehmen. Ihnen wäre es möglich, die Nachfolgefuge bis zu einem Zeitpunkt inaktuell zu machen, in dem nicht mehr die pure Zufälligkeit entscheiden wird. Ihnen wäre es möglich, eine langsame und allmähliche Pädagogik des demokratischen Regierens und des Regiertwerdens spielen zu lassen. Ihnen wäre es möglich, den Prozeß der systematischen und stufenweisen Aberziehung dessen zu sichern, was dem Deut-

schen an Abnormitäten, an zerstörenden und selbstzerstörenden Eigenschaftwn im Laufe der Jahrhunderte anerzogen worden ist."

Diese "Erziehungsadministration" wird von dem Verfasser der "Atomisierung" der Zerstückelung Deutschlands gegenübergestellt, die er ablehnt, weil Europa, wenn es neugestaltet werden könnte, die Schaffung größerer Einheiten braucht.

Soweit der Verfasser.

Für brauchen wohl unseren Lesern nicht ausdrücklich versichern, daß diese Schwarzschild'schen "Eventualgedanken" für uns außerhalb jeder Diskussionsmöglichkeit stehen. Aber man kann dem Verfasser nur dankbar sein, daß er ausgesprochen hat, was in den Köpfen gewisser Teile des emigrierten deutschen "freiheitlichen Bürgertums" umgeht, wenn sie sich mit der Frage beschäftigen; "Was nach Hitler kommen soll". Für die deutsche Arbeiterklasse ist es gut, das zu wissen und darauf vorbereitet zu sein. Denn letzten Endes handelt es sich bei diesen "Eventualgedanken" um niemand anders, als um die deutsche Arbeiterklasse. Der Zusammenbruch aller bürgerlichen Autoritäten nach dem Sturz der Nazi Herrschaft und die Aussicht, daß dann die Arbeiterklasse das Schicksal Deutschlands in die Hand nimmt, erfüllt den Teil des "freiheitlichen Bürgertums", dessen Gedanken der Verfasser ausspricht oder zu Ende denkt, mit Entsetzen. Deshalb ist er bereit, Deutschland für längere Zeit zu einem "Protektorat" der Westmächte machen zu lassen - natürlich ein Protektorat ganz anderer Art als etwa das Naziprotektorat über Böhmen und Mähren - ein Protektorat mit dem Zweck der Erziehung des deutschen Volkes zur "freiheitlichen Demokratie". Der deutsche Philosoph Fichte sprach einmal von einem "Zwingherrn der Freiheit", der vielleicht einmal für das deutsche Volk nötig sein werde. Er dachte dabei an eine revolutionäre Diktatur und natürlich an keine fremde, sondern an eine einheimische.

Was der Verfasser im Auge hat, ist eine Fremdherrschaft, die gegen die Revolution in Deutschland gerichtet ist.

Vielleicht ist es noch nützlich, sich einige der Folgerungen klarzumachen, die der Natur der Sache nach mit diesen "Eventualgedanken" verbunden sind, auch wenn sie vom Verfasser nicht ausgesprochen werden oder wenn er sie selber nicht gezogen hat. Wir weisen nur auf folgendes hin:

1. Es könnte ja wohl sein, daß die deutsche Arbeiterklasse und auch Teile des deutschen Kleinbürgertums nach dem Sturz der Nazi Herrschaft ihrerseits den "Eventualgedanken" haben, sich selbst zu regieren. Es spricht sogar die größte Wahrscheinlichkeit dafür, daß sie das denken und wollen. In diesem Falle würden also die fremden Protektoren und selbsternannten Erzieher zur Demokratie doch wohl Gewalt brauchen, um ihnen solche "gefährlichen Gedanken" auszutreiben und ein Teil des deutschen "freiheitlichen Bürgertums" würde sie dabei unterstützen. Man pflegte das sonst "konterrevolutionäre Intervention" zu nennen.

2. Der Verfasser sieht voraus, daß ein in Deutschland selbst entstehendes diktatorisches Regime das Bestreben hätte, "nach dem Gesetz, nach dem es angetreten" sich fortzuentwickeln, das heißt im diktatorischen zu verharren. Muß man nicht ebenso folgern, daß ein auswärtiges Protektorat, das sich gewaltsam festgesetzt hätte, das Bestreben hätte, sich mit Gewalt zu halten und zwar auf unbegrenzte Zeit? Was könnte ein solches Regime mit der "Erziehung zur freiheitlichen Demokratie" - was immer das auch sein mag - zu tun haben?

3. Eine fremde Besetzung, auch wenn sie die löblichsten Erziehungsabsichten hat, macht Kosten. Wer soll sie bezahlen? Doch wohl diejenigen, denen die Wohltat der demokratischen Erziehung zuteil wird! Und da die zu Erziehenden der Annahme nach im Anfang ja noch nicht erzogen sind, so wird es daher

ohne einen sanften Druck schwerlich abgehen. Sodaß wiederum die "Erziehung zur Demokratie" einen sehr undemokratischen und wenig freiheitlichen Beigeschmack bekäme.

4. Der Verfasser stellt die "Erziehungsadministration" der Zerstückelung Deutschlands als Alternative gegenüber. Vielleicht ist sogar sein "Eventualgedanke" der Absicht entsprungen, eine Alternative zu schaffen zu den Zerstückelungsgedanken, die in gewissen Teilen der herrschenden Klassen der sogenannten demokratischen Mächte vorhanden sind. Das eine braucht aber das andere garnicht ausschließen. Es genügt an das Beispiel des ersten Napoleons zu erinnern - der allerdings nicht gerade an die Erziehung zur "freiheitlichen Demokratie" dachte, aber doch allerhand feudales Gerümpel aus dem Wege räumte. Die Folgen waren bekanntlich die sogenannten Freiheitskriege.

Die "Eventualgedanken" des Verfassers sind wohl als ein Versuchswallon zu betrachten. Es kann wohl keinen Zweifel darüber geben, wie die große Masse der werktätigen Klassen Deutschlands darüber denken. Daß dieser Versuchswallon losgelassen wurde, noch ehe die Fragen praktisch geworden sind, ist ganz gut und nützlich. So können sich die deutschen werktätigen wenigstens ein etwas deutlicheres Bild machen vom deutschen "freiheitlichen Bürgertum" oder wenigstens von Teilen davon und von seinen innersten Gedanken. Es bedarf schließlich keines Beweises, daß die "Eventualgedanken" des Verfassers von einer künftigen "Erziehungsadministration" über Deutschland für die Nazipropaganda ein wahres Gottesgeschenk sind, schon jetzt und noch mehr im Kriegsfall.

Es lohnt sich sicherlich, die Frage, was kommt nach Hitler, heute konkreter zu behandeln als dies bisher geschehen ist. Aber die werktätigen Klassen Deutschlands gehen dabei von ganz anderen Voraussetzungen aus als der Teil des "freiheitlichen Bürgertums", dessen Gedanken Herr Schwarzschild ausspricht, und auch als das sonstige "freiheitliche Bürgertum", das andere "Eventualgedanken" darüber hat als Herr Schwarzschild.

= : = : =

DIE ARBEITERJUGEND UNTER DER MILITÄRFASCHISTISCHEN DIKTATUR FRANCOS.

=====

Einem Aufruf der POUM-Jugend entnehmen wir folgende Schilderung :

Dank Franco, Mussolini und Hitler, Chamberlain und Stalin, der Volksfront und den Arbeiterinternationalen stöhnt Spanien wieder von neuem schmerzlicher denn je unter der Peitsche der Jesuiten, der katalanischen und baskischen Kapitalisten und der Großgrundbesitzer von Andalusien und Estramadura.

In seinen jüngsten Reden hat der Generalissimus von der Jugend gesprochen. Er hat sie mit Lobreden überschüttet und erklärt, sie habe den Sieg errungen. Franco hat damit nur eine Minderheit der "Jugend" gelobt, die goldene Jugend, die Jugend, die die Hundertschaften der Falange und die Bataillone der Requetes gebildet hat. Die Jugend der Werktätigen hat er vernichtet.

Das Sprachorgan der Requeté von Barcelona schrieb kürzlich folgendes :

"In einer seiner glänzenden Reden sagte der General Queipo de Llano, er werde viele Zuchthäuser einrichten müssen, um die Jugend einzuschließen, deren Sensibilität verkümmert sei"

Vor dem 19. Juli existierte in Katalonien keine faschistische Jugendorganisation. Nur an der Universität von Barcelona gab es eine kleine Gruppe von Studenten, die der Falange angehörten. Nun, jetzt ist es schwierig; eine Jugendbewegung von faschistischem Typus zu schaffen. Aber die Führer der FE und der JONS haben die Frage schnell gelöst. Alle Kinder und alle Jugendlichen müssen in die Jugendorganisationen eintreten. Diejenigen, die

Widerstand leisten, die bei den Aufmärschen und Versammlungen fehlen, werden streng bestraft werden. So läuten die Befehle und Einberufungsschreiben.

Die Jugendorganisationen umfassen die "Pelayos" für Kinder von 7-11 Jahren, die "Flechas" für Jungen von 11-15 Jahren, die "Cadets" für Jugendliche von 15-18 Jahren. Und von 18 Jahre an tritt man in die "Banderas Juveniles de Falange" ein oder in die Requetés. Die Disziplin ist sehr streng. Die Erziehung ist völlig militärisch und "religiös sittlich".

Die "Jugendorganisationen" sind nach dem Vorbild der Hitlerjugend und der faschistischen Jugend Italiens aufgebaut und ähneln diesen. Führer der Hitlerjugend haben Inspektionsreisen nach Spanien gemacht. Führer der falangistischen Organisationen haben Kurse in den Schulungszentren der deutschen nationalsozialistischen Partei absolviert.

Aber diese "Jugendorganisationen" genügen auch noch nicht, man muß auch die Schulen, die Gymnasien und Universitäten wieder in den Dienst der Sache stellen. Das Kreuzifix ist auf das Neue in den Aulen der Lehranstalten aufgerichtet worden. Trotzdem, die Schulen arbeiten nicht aus Mangel an Lehrern. Der Mangel stellte sich ein, weil die Mehrzahl der jungen und fähigsten Kräfte "Rote" sind und deswegen in die Gefängnisse geworfen wurden und vom Lehramt ausgeschlossen sind. Tausende und Abertausende von Kindern sind ohne Schule, genau wie zu den besten Zeiten der Monarchie. Um studieren zu können, muß man dem "Sindicat falangista de los estudiantes" angehören.

Die Demobilisierung hat begonnen. Sie wird gleichzeitig mit der Mobilisierung der Jugendlichen von 18-20 Jahre durchgeführt. Es ist diese Jugend aus der man das Heer formieren wird. Der Militärdienst ist für die Dauer von 3 Jahre vorgesehen. Die Jugendlichen, die proletarischen Organisationen angehörten, werden nach Marokko und Guinea geschickt, wo sie in Strafbataillone eingegliedert werden.

Alle wirtschaftlichen Errungenschaften der Arbeiterjugend sind annulliert worden. Die Jungarbeiter bekommen wieder Hungerlöhne, unendlich niedriger als die der erwachsenen Arbeiterschaft. Die bäuerliche Jugend kehrt in ihre grauenhafte Misere zurück, geschützt durch die Gewehre der Guardia Civil (Gendarmerie). Die jungen Mädchen werden wieder in die bigotte Sklaverei zurückgestoßen. Der ganzen Jugend fehlt wieder alles politische und juristische Recht: Die Joventud Comunista Ibérica (POUM), die dem revolutionären Sozialismus treu geblieben ist.

= : = : =

Fortsetzung: ZUR "GESCHICHTE DER KPdSU - KURZER LEHRGANG".

Es ist geschichtliche Tatsache, daß die Sozialdemokratie - wenn auch nicht des schließlichen Zieles bewußt - den Weg Hitlers ebnete, wie die Menschewiki den Weg Kornilows ebneten. Der Unterschied besteht nur darin, daß Lenin durch eine tatsächlich voraussehende Politik der russischen Konterrevolution den Weg für immer versperrte, während Stalin mit seiner Komintern-Politik, die für deutsche Verhältnisse wie die Faust aufs Auge paßte, die KPD zur völligen Ohnmacht verurteilte.

Im Januar 1924 hatte das Ekki lobend festgestellt, daß die junge KPD sich infolge ihrer richtigen Einheitsfront- und Gewerkschaftspolitik ernsthaft die Machtfrage stellen dürfte. - Im Januar 1933 konnte die KPD das nicht. - Stalin hat die 1922-23 wirkende Parteiführung abgesetzt, weil sie ihn nicht blindlings gegen Trotzki unterstützte, weil sie sich erst sachlich über die jeweiligen innerrussischen Streitfragen informieren wollte, um sich ein eigenes Urteil zu erlauben. Die folgenden, mit Stalins Segen "amtierenden" KPD-Leitungen machten alles gehorsam mit - bis zum bitteren Ende. - Ohne Stalins Komintern-Politik gäbe es in Deutschland heute kein Hitlerregime. Das ist Tatsache.

9. Über die spanische Revolution.

Bei der Beschreibung der internationalen Situation der Jahre 1935-37, worin auf die zeitweilige Milderung und den wieder folgenden Anstieg der Weltwirtschaftskrise Bezug genommen und wo des Weiteren die Annexion Abessinien, deutsch-italienische Invasion in Spanien und der japanische Einfall in China als der Beginn des zweiten imperialistischen Krieges festgestellt wird, werden den spanischen Ereignissen folgende Zeilen gewidmet :

"Im Sommer 1936 begann die militärische Intervention Deutschlands und Italiens gegen die spanische Republik. Unter der Flagge der Unterstützung der spanischen Faschisten erhielten Italien und Deutschland die Möglichkeit, in aller Stille ihre Truppen auf spanischem Territorium, im Rücken Frankreichs aufmarschieren zu lassen, sowie ihre Flotte in die spanischen Gewässer, in das Gebiet der balearischen Inseln und Gibraltars im Süden, in das Gebiet des atlantischen Ozeans im Westen, in das Gebiet des Meerbusens von Biskaya im Norden zu entsenden. Anfang 1938 anektierten die deutschen Faschisten Österreich, womit sie sich an der mittleren Donau festsetzten und, immer näher dem Adriatischen Meere zu, nach Südeuropa vordrangen. Ihre Intervention in Spanien weitertreibend, suchten die deutsch-italienischen Faschisten aller Welt weiszumachen, daß sie gegen die "Roten" in Spanien kämpfen und keinerlei andere Ziele verfolgen. Dies war jedoch eine plumpe, ungeschickte Maskierung, berechnet auf die Leichtgläubigkeit einfältiger Leute!! In Wirklichkeit führten sie einen Schlag gegen England und Frankreich, denn sie gingen dazu über, sich ddr Seewege zu bemächtigen, die England und Frankreich mit ihren gewaltigen Kolonialbesitzungen in Afrika und Asien verbinden." (S.401-402)

Es ist nicht nur sehr wenig, sondern obendrein grundfalsch, was das Stalinische Geschichtsbuch über die Ereignisse in Spanien zu sagen hat. Es war nicht so sehr Hitler-Mussolini, sondern die Stalinbürokratie, die ihre Politik gegenüber Spanien "auf die Leichtgläubigkeit einfältiger Leute" zu stützen versuchten. Man brauche sich nur an die wichtigsten Daten der gesellschaftlichen Entwicklung in Spanien erinnern, um zu sehen, daß der Kampf der gesamten Reaktion (sowohl der offenen faschistischen, als auch der versteckten "demokratischen") gegen die revolutionäre, zur Macht strebende spanische Arbeiterklasse, gegen die "Roten" gerichtet war.

Im Dezember 1930 war der geplante Militärputsch der bürgerlichen Republikaner gescheitert. Die Arbeiter, die vielerorts in den politischen Massenstreik getreten waren, wurden um den Erfolg ihres Kampfes gebracht, da die sozialdemokratischen Führer, die auf Gedeih und Verderb mit den bürgerlichen Republikanern verbunden waren, ihnen nur die Rolle des Hilfstrupps zgedacht hatten. Nach der Niederlage predigten die Republikaner und Sozialdemokraten Ruhe und Ordnung. Aber bei den Gemeindevahlen am 12.4.31 kamen in fast allen wichtigen Städten sozialdemokratisch-republikanische Mehrheiten zustande. Entgegen allen Aufforderungen der sozialdemokratisch-republikanischen Führer zur Ruhe und Ordnung demonstrierten die Arbeiter in Massen, die Abdankung Alfons XIII. fordernd. Sie waren damals schon bereit zu den Waffen zu greifen. Die Bewegung war der sozialdemokratisch-republikanischen Führung bereits über den Kopf gewachsen. Alfons fand keine Truppe, um gegen die Massen vorzugehen. - "Die Würdenträger der Monarchie warfen unter dem Eindruck der Massenbewegung den Monarchen als Ballast über Bord - um die bedrohten Privilegien unter dem Banner der kapitalistischen Republik zu schützen und im Schatten dieses Banners die Kräfte der Konterrevolution neu zu organisieren." (So schrieb "Gegen den Strom" - 25.4.31.)

FORTSETZUNG FOLGT .

Verantwortlich: Kaecs Muller, Anvers.

ARBEITERPOLITIK

Nr. 30/VI. Jahrgang

Vierte Juliwoche 1939.

DIE WENDUNG DER ENGLISCHEN POLITIK IN CHINA.

Trotz der gegenteiligen Versicherungen von Chamberlain und Lord Halifax im englischen Parlament und der Erklärung des englischen Gesandten in Japan, Sir Robert Craigie, kann kein Zweifel daran bestehen, daß die englische Regierung eine Wendung in der Chinapolitik vorgenommen hat, die darauf hinausläuft, die Tschang-Kai-Tschek-Regierung fallen zu lassen, ja die japanischen Eroberer Chinas aktiv zu unterstützen.

Der Text der gemeinsamen japanisch-englischen Erklärung, der am 24.7. gleichzeitig in Tokio und in London veröffentlicht worden ist, enthält 1. die tatsächliche Anerkennung Japans als kriegsführende Macht in China, 2. die Verpflichtung der englischen Regierung, die englischen Behörden und Staatsangehörigen in China anzuweisen, den japanischen Truppen keinerlei Hindernisse in den Weg zu legen und die Gegner der japanischen Truppen nicht zu begünstigen. Die japanische offiziöse Presse hat diese allgemeine Formel bereits konkretisiert, indem sie für die bereits im Gang befindlichen Verhandlungen über Tien-Tsin folgende Forderungen aufstellte: 1. die Auslieferung der vier chinesischen "Mörder" in Tien-Tsin, 2. daß die Japaner in den Konzessionsgebieten Jagd auf chinesische "Irreguläre" machen können, 3. daß sie "antijapanische" Elemente aufsuchen (und verhaften) können, 4. Abberufung der japanfeindlichen Beamten aus den Konzessionen, 5. Auslieferung des Silbers, das in den chinesischen Banken des Konzessionsgebietes als Währungsreserve gehalten wird, 6. Zusammenarbeit Englands und Japans bei der Zirkulation der neuen japanischen Währung im besetzten Gebiet, 7. Aufsichtsrecht Japans über die chinesischen Banken und Wechselstuben im Konzessionsgebiet.

Es ist anzunehmen, daß über diese einzelnen Punkte noch gefeilscht wird, aber es ist kein Zweifel, daß Japan seine konkreten Forderungen im Wesentlichen durchsetzt. Und es handelt sich dabei nicht nur um Tien-Tsin, sondern um die gesamten Konzessionsgebiete. Das geht aus der Erklärung Sir Robert Craigies hervor, die besagt, daß die Anwendung des allgemeinen Abkommens sich nicht nur auf Tien-Tsin, sondern sich auf alle Gebiete erstreckt, "die gegenwärtig in den Händen der japanischen Truppen sind". Die japanische Regierung hat ferner erklärt, daß sie künftig englische Anleihen an die Tschang-Kai-Tschek-Regierung als feindselige Handlung, als dem Abkommen zuwiderlaufend, betrachten werde. Nachdem aber England einstweilen darauf verzichtet hat, den japanischen Ansprüchen sich durch militärische oder wirtschaftliche Maßregeln (Sanktionen) zu widersetzen, wird Japan sich auch in dieser Frage durchsetzen.

Im Übrigen hat die englische Regierung bereits vor dem Abschluß des Abkommens seine Ausführung auf einem entscheidenden Gebiet, dem der Währung begonnen. Sie hat die weitere Unterstützung der national-chinesischen Währung aufgegeben, zu deren Stützung sie einen Fonds von 10 Millionen Pfund beigesteuert hatte. Die Folge ist, daß die nationalchinesische Währung einen katastrophalen Zusammenbruch erlitten hat. Die ursprüngliche Parität des nationalchinesischen Dollars war $\frac{1}{2}$ sh. Während des Krieges hat sie sich ungefähr auf der Höhe von $8\frac{1}{2}$ d. gehalten. Am

21. Juli stürzte der nationalchinesische Dollar infolge der Aufgabe der Unterstützung durch den englisch-chinesischen Stabilisierungsfonds auf der Schanghaier Börse bis auf 4d. (Endkurs 4 3/4 d.). Der nationalchinesische Dollar ist damit auf ungefähr ein Drittel seiner ursprünglichen Parität herabgesetzt. Eine Reutersmeldung kommentiert diese Tatsache zu treffend folgendermaßen :

" Der Zusammenbruch des (nationalchinesischen) Dollars ist der größte Sieg, den die Japaner errungen haben, seit sie im letzten Herbst Hankau genommen haben - sagte ein führender fernöstlicher Sachverständiger",

Die Stützung der nationalchinesischen Währung durch England war die Grundlage für den Wirtschaftskrieg, den die englischen Kapitalisten in China zusammen mit den chinesischen Kaufleuten in für sie sehr profitabler Weise gegen Japan im besetzten Gebiet führten. So gut wie der gesamte Handel des besetzten Gebietes war in englisch-chinesischer Hand.

Diese Grundlage ist jetzt aufgegeben und daher zusammengebrochen. Die unabweidliche Folgerung kann nur die sein, daß jetzt die englischen Kapitalisten sich auf die Zusammenarbeit mit dem japanischen Kapital zur Ausbeutung des besetzten Gebietes (vor allem Nordchinas) umstellen, wie sie dabei fahren werden, bleibe dahingestellt. Diese Umstellung stützt sich wohl auf die Erwartung, daß die Japaner die Mithilfe englischen Kapitals brauchen und dafür Zugeständnisse machen werden. Es ist ferner anzunehmen, daß dem englischen Kapital neue "Einflußsphären" in bestimmten Gebieten Chinas zugestanden werden, die in der Nähe Indiens liegen, bis jetzt noch wenig erschlossen sind und für das japanische Kapital einstweilen noch nicht zugänglich sind. (Südwestchina)

Von den Privilegien der englischen (und damit auch der übrigen) Konzessionen wird nicht viel übrigbleiben, wenn die japanischen Truppen und Behörden dort die "Aufsicht" über die japanfeindlichen Elemente ausüben können. Die englischen Behörden werden praktisch gemeinsame Sache gegen die "antijapanischen" Elemente in den Konzessionsgebieten machen. Die Konzessionen werden so Schritt für Schritt abgebaut werden. Die Japaner werden tatsächlich mehr und mehr die Herren in diesen Gebieten werden, bis sie den Augenblick für gekommen halten, um auch formell mit den Konzessionen aufzuräumen.

+ + +

Welches sind die Gründe und die Hintergründe dieser Wendung der englischen Politik in China ?

Der entscheidende Grund ist natürlich der, daß der englische Imperialismus nicht bereit und auch nicht fähig war, militärische (Flotten-) Kräfte aus Europa abzuziehen, um sie im Fernen Osten gegen Japan einzusetzen. Daß er ebensowenig bereit und fähig war, wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen gegen Japan anzuwenden. Der leitende strategische Gedanke dabei war, daß die Entscheidung über Ost-Asien auch in Europa falle und daß daher alle verfügbaren Kräfte in Europa zu konzentrieren seien. Sowohl militärisch, wie wirtschaftlich ist der englische Imperialismus bei einem Vorgehen gegen Japan entscheidend auf die amerikanische Hilfe angewiesen. Die Vereinigten Staaten haben sich geweigert, sowohl Kriegsschiffe nach dem Fernen Osten zu schicken, als an wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen gegen Japan teilzunehmen. Die Weigerung, auf wirtschaftlichem Gebiet zusammen mit England gegen Japan vorzugehen, hängt damit zusammen, daß die amerikanischen Kapitalanlagen in China vergleichsweise gering sind und die Interessen des amerikanisch-japanischen Außenhandels überwiegen. Tatsächlich ist die japanische Kriegsführung in China absolut abhängig von den Materiallieferungen aus den Vereinigten Staaten und dem Britischen Reich. Diese starken kapitalistischen Interessen fielen in nicht geringem Maße in die Taagschale der englisch-amerikanischen Politik gegenüber Japan. Von englischer und französischer Seite wird auch die Verzögerung der Moskauer Verhandlungen als einer der Gründe ins Feld geführt, die diese Wendung

bestimmt hätten. Aber diese Verzögerung fällt zu einem erheblichen Teil auf die Rechnung von England-Frankreich selbst. Der englische und der amerikanische Imperialismus sind zudem daran interessiert, den japanischen Imperialismus als Gegengewicht gegen die Sowjetunion zu erhalten.

Eine weitere Ursache der Wendung ist auch zu suchen in der Schwächung der Stellung Englands als Kapitalexporthand durch die ungeheuren Rüstungsausgaben. Was die Konzessionen selbst anbelangt, so argumentiert die englische Politik, daß sie in keinem Fall auf die Länge mehr zu halten gewesen wäre, siegt das nationale China, so wird es mit den Konzessionen aufräumen; siegt Japan, so wird es dasselbe tun. Daher sei das Beste, diese Stellungen, die sich auf die Dauer doch nicht halten lassen, gegen Kompensationen zu räumen.

+ + +

Wie wird sich die Wendung der englischen Politik in China auf den Fortgang des nationalchinesischen Widerstandes gegen den japanischen Imperialismus auswirken?

Es ist klar, daß diese Wendung ein schwerer materieller und moralischer Schlag gegen den Kampf Chinas um seine nationale Unabhängigkeit ist.

Ein schwerer materieller Schlag schon durch das Fallenlassen der nationalchinesischen Währung. Mit der Reduzierung des nationalchinesischen Dollars auf ein Drittel seiner Parität wird die Finanzierung der Waffenlieferung durch die Tschungking-Regierung unmittelbar aufs schwerste getroffen. Dazu kommen die indirekten finanziellen Wirkungen auf das chinesische Kapital im besetzten Gebiet, das eine wichtige finanzielle Hilfe für die Tschungking-Regierung war. Es ist praktisch mit der mehr oder weniger vollständigen Einstellung der englischen Waffenlieferungen an Tschang-Kai-Tschek zu rechnen. Frankreich hat längst aufgehört, über Indochina Waffen an die Tschung-King-Regierung zu liefern. Es bleiben der Tschang-Kai-Tschek-Regierung nur noch die russischen Lieferungen.

Die moralische Wirkung dieses Schlages wird sich insbesondere bei der chinesischen Bourgeoisie geltend machen, die ihrerseits den Boden für ihren wirtschaftlichen Krieg gegen Japan unter den Füßen schwinden sieht und mehr und mehr im besetzten Gebiet zusammen mit den Engländern zur Zusammenarbeit mit den Japanern übergehen wird. Es ist damit zu rechnen, daß die Japaner in nächster Zeit mit Wang-Tschin-Wei eine neue Zentralregierung in Nanking aufrichten werden in der Absicht, dadurch die Zersetzung in der chinesischen Bourgeoisie weiterzutreiben und ihren Friedenswillen zu stärken. Die Tschang-Kai-Tschek-Regierung ist aber eine Regierung der herrschenden Klassen Chinas, der chinesischen Kapitalisten und Grundbesitzer. Sie ist keine Regierung der chinesischen Massen, der Arbeiter und Bauern.

Der Kampf des chinesischen Volkes um seine nationale Unabhängigkeit tritt also jetzt in eine kritische Phase. Der englische Imperialismus hat diesem Kampf einen Dolchstoß in den Rücken versetzt. Aber wenn jetzt die stalinistischen Parteien "Verrat" schreien, so ist zu sagen, daß die internationale Arbeiterklasse sich richtiger an diejenigen wendet, die die extravagantesten Theorien über die Hilfe des englischen Imperialismus für den chinesischen Befreiungskampf entwickelt und die die revolutionäre Bewegung der chinesischen Massen, der Spekulation auf Tschang-Kai-Tschek und den "demokratischen" Imperialismus Englands, Amerikas, Frankreichs geopfert haben. Der "Verrat" ist wohl bei denjenigen zu suchen, die die Interessen der werktätigen Klassen Chinas zu vertreten hatten und nicht bei den englischen Kapitalisten, von denen nur die unverzeihliche Dummheit, wenn nicht Schlimmeres, etwas anderes erwarten konnte, als daß sie das Interesse der Ausbeutung des chinesischen Volkes vertreten und daß sie jederzeit bereit sein würde, dem Kampfe des chinesischen Volkes in den Rücken zu fallen, sobald es für ihre kapitalistischen Interessen als vorteilhaft erschien.

Das Spiel von Spanien wiederholt sich in mehr als einer Hinsicht: nicht nur in der Hinsicht, daß der englische Imperialismus dem chinesischen Volk in den Rücken fällt, sondern auch in der Hinsicht, daß das chinesische Volk nunmehr allein auf die Hilfe der Sowjetregierung, des stalinistischen Regimes, angewiesen ist. Nach den spanischen Erfahrungen ist hierbei aller

Anlaß zum größten Mißtrauen und zu den größten Befürchtungen geboten.

Aber die Lage in China ist in anderer Beziehung nicht dieselbe, wie die in Spanien. Der Unterschied hängt mit der Geographie zusammen - mit der ungeheuren Größe Chinas. In Spanien war es nicht möglich, in Teilgebieten eine revolutionäre Regierung zu halten. In China liegen die Dinge anders. Die Kraft des japanischen Imperialismus reicht nicht aus, um in kurzer Zeit ganz China zu bewältigen. Ein Nebeneinander nationalchinesischer und japanischer Gebiete ist für längere Zeit möglich. Aber in Verbindung mit der Wendung der englischen Politik in China wird der japanische Druck auf die Tschang-Kai-Tschek-Regierung sich in wachsendem Umfange fühlbar machen. Die Zeit wird nunmehr nicht für, sondern gegen die Tschang-Kai-Tschek-Regierung arbeiten. Und zwar dadurch, daß sie gegen die chinesischen Kapitalisten und Grundbesitzer arbeitet, die die Grundlage dieser Regierung bilden. Vor allem aber, es ist kaum damit zu rechnen, daß das Tschang-Kai-Tschek-Regime die militärischen, finanziellen und moralischen Kräfte aufbringt, um eine siegreiche strategische Offensive durchzuführen, die die Japaner aus den von ihnen besetzten Gebieten hinauswirft.

Die einzige Aussicht des chinesischen Volkes, seiner werktätigen Klassen, besteht darin, daß sie sich rechtzeitig der Tschang-Kai-Tschek-Regierung entledigen, daß sie die Agrarrevolution durchführen, daß sie die Diktatur Tschang-Kai-Tscheks durch die Diktatur der Arbeiter, Bauern und Soldaten ersetzen und so die Grundlage schaffen, um den Krieg in einen wahrhaft revolutionären Krieg umzuwandeln, - einen Krieg, der den breiten Massen der chinesischen Bauern ihre soziale Befreiung bringt, den sie daher als ihren eigenen revolutionären Krieg führen, der die Masse der Kämpfer und ihre Kampfmoral gewaltig steigern wird. Und nur auf diese Weise wird es auch gelingen, einerseits die nunmehr sicher wachsenden defätistischen Bestrebungen der chinesischen Bourgeoisie zu überwinden und andererseits die chinesischen Arbeiter zu mobilisieren und zu organisieren zur Schaffung der unentbehrlichen Kriegsindustrie, sowie zur Versorgung des Landes mit Industriewaren. Die unumgängliche Voraussetzung dafür, daß die chinesischen Arbeiter und Bauern diesen revolutionären Weg einschlagen können, ist die Schaffung einer wirklichen kommunistischen Partei, die völlig unabhängig ist gegenüber dem Stalinschen Regime und die entschlossen die werktätigen Massen Chinas auf den Weg der Revolution führt.

Die internationale Arbeiterklasse muß ihrerseits in die Bresche springen. Die entscheidende Aufgabe fällt hierbei den englischen und amerikanischen Arbeitern zu. Ihre Pflicht ist es, dafür zu sorgen, daß durch ihre eigene Aktion gegen ihre eigene Bourgeoisie die Belieferung des japanischen Imperialismus mit Waffen, mit Kriegsmaterial, mit Rohstoffen unterbunden wird. Andererseits ist es ihre Pflicht, energisch und hartnäckig Protest zu erheben gegen die wachsende Zusammenarbeit des englisch-amerikanischen mit dem japanischen Imperialismus, die sich gegen das chinesische Volk, gegen die Masse der chinesischen Bauern und Arbeiter richtet.

Der "demokratische" Imperialismus Englands, Frankreichs, Amerikas hat in China wieder einmal sein wahres Gesicht enthüllt. Die Arbeiterklasse muß allen denjenigen aufs schärfste entgegentreten, die sie bisher mit der demokratischen Phrase zu unbewußten oder bewußten Helfern der Imperialisten gegen das chinesische Volk gemacht haben oder weiter machen wollen.

~ : ~ : ~

DAS NEUE ENGLISCHE KOMPROMISSANGBOT AN HITLERDEUSCHLAND.

Das neue englische Kompromissangebot, das durch den englischen Handelsminister Hudson an den Vertrauensmann Göring-Hitlers Dr. Wohltat, gemacht worden ist, hat nicht zufällig die größte Erregung und Empörung in Polen hervorgerufen. Kein Wunder, denn in Polen werden dadurch die Befürchtungen gestärkt, daß sie ähnlich wie die Tschechen im entscheidenden Augenblick von der englischen Regierung in Stich gelassen und verkauft werden.

Die näheren Umstände des Angebotes machen klar, daß es sich dabei von englischer Seite weder um eine Improvisation, noch um eine persönliche Angelegenheit des Handelsministers Hudson gehandelt hat, sondern der Plan war schon seit längerer Zeit ausgearbeitet und bekannt. Einer seiner Väter ist Sir Horace Wilson, der besonders Vertrauensmann Chamberlains, sein Begleiter in Berchtesgaden und Godesberg. Hudson selbst ist ein besonderer Günstling Chamberlains. Bei dem Plan haben offenbar führende Kräfte der Londoner City mit Kreisen amerikanischer Finanzleute von Wall-Street zusammengewirkt. Das Angebot Hudsons enthielt demgemäß auch die Zusage nicht nur englischer, sondern auch außer-englischer Kredite und wirtschaftlicher Zusammenarbeit für den Fall, daß Hitlerdeutschland sich auf eine Abrüstung oder Rüstungsbeschränkung einlasse. Daß weitere kapitalistische Kreise an dem Vorschlag beteiligt sind, zeigt auch das Angebot an Hitlerdeutschland, daß die europäischen Staaten, die afrikanische Kolonien besitzen sich zusammenschließen und Deutschland an der Ausbeutung der afrikanischen Kolonien beteiligen. Diese Zusammenarbeit soll in der Form geschehen, daß zwar keine territorialen Abtretungen an Deutschland oder Italien stattfinden, daß aber diese Länder in eine Art europäischen Kolonialtrust für Afrika zugelassen werden. Chamberlain selbst hat den Vorschlag Hudsons, der im Grunde sein eigener Vorschlag war, im Parlament garnicht abgelehnt, er wandte sich nur dagegen, daß der Vorschlag in die Öffentlichkeit gebracht worden sei. Er deckte im übrigen seinen Handelsminister Hudson. Diese Tatsache kann geradezu als der Beweis betrachtet werden, daß Hudson unter der Hand vom Kabinett beauftragt war, die Unterhandlungen zu führen, die er geführt hat.

Der "Plan" selbst ist durch die programmwidrige Veröffentlichung einstweilen ins Wasser gefallen. Es ist damit aber nicht gesagt, daß er aufgegeben ist. Er ist jedenfalls symptomatisch für die Geistesverfassung der englischen Bourgeoisie. An sich selbst ist es eine ziemlich kindische Spekulation, daß der deutsche Imperialismus sich durch irgendwelche Kredit- oder sonstige wirtschaftliche Angebote davon abhalten lassen werde, auf seine weltumfassenden Eroberungspläne zu verzichten oder daß eine Umstellung auf die Friedenswirtschaft für den Faschismus einfach auf dem Wege internationaler Kartellzusammenarbeit ohne tiefgehende und für den Faschismus lebensgefährliche inneren Erschütterungen erfolgen könne.

Bei dem "Plan" mag auch die Absicht vorgeschwebt haben, die deutschen Kapitalisten, die sich in ziemlich bedrängter Lage befinden, gegen das Naziregime auszuspielen. Es ist nur so, daß die deutschen Kapitalisten sehr gut verstehen, daß eine Umstellung von der heutigen Kriegswirtschaft auf eine "normale" Friedenswirtschaft nicht nur das Naziregime, sondern auch das kapitalistische Regime in Deutschland selbst trotz etwaiger Hilfe von Seiten des internationalen Kapitals bedroht.

- : - : -
DANZIG UND POLEN.
=====

Die Militarisierung Danzigs geht ununterbrochen weiter. Es wird damit gerechnet, daß sie etwa Mitte oder Ende August fertig sei. Gleichzeitig geht der deutsche Aufmarsch an den polnischen Grenzen weiter.

Die Polen haben durch ihren Oberstkommandierenden Rydz-Smigly erklären lassen, daß sie um Danzig kämpfen werden, auch wenn sie alleinstehen. Der ganzen Lage der Dinge nach ist in der Tat mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die Polen Danzig nicht ohne Kampf aufgeben werden, - auch dann nicht, wenn sie von England und Frankreich im Stich gelassen werden, oder wenn sie absehen, daß die Hilfe dieser beiden Länder für sie nicht ausreichend sein wird.

Von deutscher offizieller Seite ist demonstrativ erklärt worden, daß Danzig bedingungslos zum Reich kommen werde, daß aber Deutschland hoffe, es

ohne Krieg zu bekommen. Die Erklärung verfolgt in erster Linie den propagandistischen Zweck, einerseits die kompromißbereiten Kreise in England und Frankreich zu stärken, andererseits die in Deutschland wachsende Kriegsfurcht zu beschwichtigen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß die Erklärung sich selbst aufhebt. Es ist ein Widerspruch, einerseits die unbedingte Übergabe von Danzig zu fordern, andererseits zu erklären, daß es ohne Krieg geschehen könne.

Die Nazipresse ergeht sich jetzt gegenüber Polen in ausführlichen militärischen Darlegungen, die den Polen zu beweisen suchen, daß sie auch mit englischer und französischer Hilfe keine Aussicht auf erfolgreichen Widerstand gegen Hitlerdeutschland haben. Diese Beweisführung ist zwar militärisch schlüssig - wir haben an dieser Stelle wiederholt nachgewiesen, daß nach dem Zusammenbruch der Tschechoslovakei und ohne die Hilfe der Sowjetunion Polen auch mit englischer und französischer Hilfe nicht gegen Hitlerdeutschland zu halten ist. Aber es wäre falsch, aus dieser Sachlage zu folgern, daß die Polen deswegen sich ohne Kampf Danzig nehmen lassen werden. Für die Polen ist es klar, daß es dabei nicht nur um Danzig geht sondern um die Existenz des polnischen Staates und um die nationale Unabhängigkeit Polens. Bereits wird das Bevorstehen einer deutschen Pressekampagne angekündigt, wonach auch Oberschlesien zurückverlangt werden soll. Die deutschen Pläne gehen auf eine neue Aufteilung Polens in der Weise, daß von dem jetzigen polnischen Staat nur das Gebiet des ehemaligen Großherzogtums Warschau zurückbleiben sollte. Hitlerdeutschland zielt nicht nur auf Danzig, den Korridor, sondern auch auf Oberschlesien und die früher preußischen Gebiete des heutigen Polens ab. Die deutschen Militärs rechnen damit, daß die polnische Armee im Falle eines deutschen umfassenden Angriffs, sich hinter die Weichsel, vielleicht noch weiter zurückziehen.

Nach Nachrichten, die in der internationalen Presse zirkulieren, soll von Hitler für die akute Verschärfung der internationalen Krise der Termin von Ende September angesetzt worden sein.

- : - : -

DIE MOSKAUER VERHANDLUNGEN.

=====

Für den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen sind sehr charakteristisch folgende Ausführungen, die im "Temps" vom 24. Juli erschienen sind :

" Eine noch bedenklichere Schwärigerkeit, heißt es hier, ist aus der Tatsache entstanden, daß allem Anschein nach, die Regierung von Moskau aus inneren Gründen nicht in einen Krieg hineingezogen zu werden wünscht. Sie würde vorziehen, ihn wenigstens im Anfang als Zuschauer zu betrachten, bereit, schließlich zum Besten des Kommunismus einerseits und der dauernden Bestrebungen Rußlands andererseits, einzugreifen.

Eine solche Haltung ist an sich nicht zu verurteilen. Aber dann hätten die Sowjets die ursprünglichen Vorschläge Frankreichs und Englands annehmen sollen, die einfach darauf abzielten, daß im Falle des Konfliktes Rußland Polen und Rumänien eine Hilfe an Material und Rohstoffen leistet.

Staadessen zieht es die Sowjetregierung vor, die Gelegenheit zu benutzen, Herrn Chamberlain eine persönliche Demütigung zuzufügen und auch um zu versuchen, eine Art von Protektorat über die baltischen Staaten, wenn auch ohne diesen Namen, aufzurichten. Herr Maiski, der Gesandte in London, geniert sich garnicht, zu verstehen zu geben, daß die Verhandlungen durch eine Umbildung des englischen Kabinetts sehr erleichtert würden.

Selbst bei einer provisorischen amerikanischen Enthaltung, selbst bei einer Enthaltung der Sowjets, die ebenfalls sich nicht unbegrenzt verlängern kann, neigt die Waage der Kräfte auf unsere Seite. Deutschland weiß das wohl, das trotz alledem zögert, obwohl die Zeit gegen es arbeitet, entscheidende Handlungen zu riskieren und das manövriert, damit in jedem Falle die Initiative für den nicht wieder gut zu machenden Schritt nicht von ihm auszugehen scheint."

Aus diesen Darlegungen geht Verschiedenes hervor. Einmal daß die leitenden französischen Kreise beginnen, sich mit dem Gedanken einer mindestens zeitweiligen Neutralität der Sowjetunion im Falle eines Konfliktes zwischen der Achse und den Westmächten abzufinden. Sodann daß sie offenbar nicht fürchten, daß das Stalinregime eine solche Stellung für revolutionäre Zwecke, im revolutionären Sinne, ausnützen wolle oder könne. Und schließlich daß sie die innere Lage des Stalinregimes für kritisch ansehen und glauben, daß dies der Grund sei, warum die Sowjetregierung heute versucht, solange wie möglich sich irgendeinem Kriege fernzuhalten.

Wir unsererseits haben wiederholt ausgesprochen, daß wir es für die beste Politik sowohl für die Sowjetunion, als auch im Interesse der internationalen Arbeiterklasse, halten würden, wenn die Sowjetunion sich solange, wie irgendmöglich, aus dem kommenden Konflikt der beiden imperialistischen Lager heraushält. Diese unsere Einschätzung ging aus von den wirklichen Interessen der Sowjetunion als eines Staates mit einer sozialistischen Wirtschaftsbasis und den revolutionären Interessen der internationalen Arbeiterklasse. Diese unsere Stellungnahme ist ganz unabhängig davon, wie man die heutige internationale Rolle des Stalinregimes einschätzt.

- : - : -

KONGRESS DES LEHRERVERBANDES.

Vom 18.-20. Juli hat der Lehrerverband in Montrouge seinen diesjährigen Kongress abgehalten. Die Tagungen dieses Verbandes haben immer eine besondere Bedeutung, weil sie verhältnismäßig am besten die politische Stimmung widerspiegeln, von der die Volksmassen in Frankreich - und das besonders auf dem Lande - erfüllt sind. Der französische Lehrer ist der Vorkämpfer gegen den Klerikalismus, er ist mit der Bevölkerung viel besser verbunden, als sein Kollege in anderen Ländern. Der Bericht und die Debatte über die Laienschule zeigte übrigens, wie die französische Bourgeoisie sich Schritt für Schritt vom Antiklerikalismus entfernt und dem Pfaffen-tum Konzessionen macht.

Wie es nicht anders zu erwarten war, stand jedoch im Mittelpunkt die Frage "Krieg oder Frieden". Der Lehrerverband ist zusammen mit den Postlern der Tummelplatz der Pazifisten der verschiedenen Richtungen. Zur diesjährigen Tagung lagen gleich drei pazifistische Resolutionen vor: die der "integralen" oder "wahren" Pazifisten, die im Interesse der Erhaltung des Friedens zu jeder Konzession bereit sind; die der "vernünftigen" Pazifisten, die die angriffslustigen Diktatoren durch gutes Zureden und einige Geschenke, wie Dschibuti und den Suezkanal, besänftigen wollen; und die der "revolutionären" Pazifisten (zu denen übrigens auch die Mehrheit der PSOP) gehört, die zwar einige ganz richtige Feststellungen machen, wie daß die Kriege im Kapitalismus unvermeidlich sind, daß der Burgfrieden und die Klassenzusammenarbeit zu verwerfen sei, die aber trotzdem meilenweit von einer wirklich revolutionären Haltung zum Kriege entfernt sind und deren Kampf gegen den Krieg deshalb ebenso unwirksam bleiben muß wie der aller anderen Strömungen des Pazifismus.

In der ausgedehnten Debatte verteidigten nur drei Redner die Resolution von La Manche, die nach dem Muster der Stalinisten "Festigkeit" gegenüber den faschistischen Angreifern verlangt. Delmas und Hagnauer verteidigten die Haltung des Verbandes im September. Damals habe eben die Wahl zwischen Krieg oder Verhandlungen gestanden. Deshalb hätte man Daladier unterstützen müssen. Sie nahmen auch Déat in Schutz, der im "oeuvre" ständig die bekannten defeatistischen Artikel veröffentlicht. Das Hauptargument der Festigkeitsapostel war der Vorwurf an die Adresse der Pazifisten, diese seien Agenten Flandins und Hitlers.

In der Schlußabstimmung einigten sich "integrale" und "vernünftige" Pazifisten auf eine gemeinsame Resolution, die 767 Stimmen erhielt. Die

"revolutionären" Pazifisten erhielten 194 und die vereinigten Stalinisten und "Blumisten" 148 Stimmen.

In der vorhergehenden Abstimmung über den Tätigkeitsbericht hatte die Verbandsleitung 857 gegen 233 Stimmen erhalten. Es müssen also eine ganze Anzahl von "revolutionären" Pazifisten mit den Stalinisten gestimmt haben. (Das war bemerkenswerterweise übrigens auch auf dem Föderationskongreß der Seine Mitte Juni der Fall gewesen, wo Stalinisten und "revolutionäre" Pazifisten geschlossen gegen die Leitung gestimmt und annähernd 40% auf sich vereinigt hatten.)

Zum Geschäftsbericht ist bemerkenswert, daß der Verband 110.000 Mitglieder zählt, von denen annähernd 20.000 am 30. November 1938 gestreikt haben. Es lag auch ein Antrag vor, aus dem Allgemeinen Beamtenverband auszutreten. Das wurde aber mit 753 gegen 352 Stimmen abgelehnt. Gegen die Zugehörigkeit zur CGT erhoben sich keine Einwände. Alle Redner sprachen sich für die sogenannte "Unabhängigkeit" der Gewerkschaftsbewegung aus. Jouhaux, der im Geruch steht, ein "Belliciste" (Anhänger des Krieges) zu sein, hatte es vorgezogen, der Tagung fernzubleiben. An seiner Stelle war für die CGT Belin erschienen, der dann auch ungestört seinen pazifistischen Kohl breittreten konnte.

Im Vergleich zur vorjährigen Tagung könnte man sagen, daß die Anhänger der "Festigkeit" etwas an Boden gewonnen haben. Alles in allem jedoch bleibt der Lehrerverband nach wie vor eine Hochburg des bürgerlichen Pazifismus.

== : : ==

FALANGISTEN GEGEN MONARCHISTEN.

In der "Arpo" ist über den Auseinandersetzungen zwischen den falangistischen und den monarchistischen Clans berichtet worden, es spiegeln sich hierin nicht nur die nationalen Gegensätze der herrschenden Klassen wieder, sondern auch die internationalen, zwischen der sogenannten demokratischen Mächten und den totalen Ländern Deutschland und Italien. Die neuen Tatsachen, die jetzt über Spanien bekannt werden, die Verabschiedung der drei bekannten Generäle: Queipo de Llano, Juan Yague und Solchaga, sowie die Suspendierung des Finanzministers Amado und des Gesandten Rodriguez zeigen, daß die Falange an Boden gewinnt, daß sich Hitler und Mussolini für den Moment gegen die sogenannten gemäßigten Elemente durchgesetzt haben. Eine andere Frage ist, ob sie die Oberhand auch behalten werden. Der Chef der Falange ist Serrano Suner. Seine Basis ist die Polizei, mit der er die Falange während des Bürgerkrieges organisiert hat, zum anderen stützt er sich auf den Teil der Bourgeoisie, die als Rohstofflieferanten für Italien und besonders für Deutschland einen Ausweg aus ihrer permanenten Krise gefunden zu haben glauben und schließlich auf Hitler und Mussolini direkt, die ihm ein Heer von Agenten zur Seite gestellt haben. L'Oeuvre allein beziffert die Zahl der Gestapo-Agenten auf 10.000.

Dem Serrano Suner stehen die Generäle entgegen. Sie haben in Spanien eine ganz besondere Tradition in der Politik des Landes. Es braucht nur an die 106 Militärputsche erinnert werden, um diese Tatsache zu demonstrieren. An sie appellierte England schon gleich nach Ausbruch des Bürgerkrieges, als es die Restaurierung der Monarchie bei der "Vermittlung" zwischen Dr. Negrin und Franco aufwarf. Am 18. Juli, während des dritten Jahrestages der "nationalen Erhebung" in Sevilla, hielt Queipo de Llano eine Rede, in der er erklärte, daß die neue "Camarilla politica" aus der Regierung gejagt werden müsse, sie, die Macht, müßten die haben die gekämpft haben und nicht jene, die den Kämpfen nur zugeschaut hätten. Kurze Zeit nach dem 18. kam aus Lausanne die Nachricht, daß dort eine Versammlung von Delegierten aus spanischen monarchistischen Kreisen stattgefunden habe, wo der Versuch gemacht wurde, den Anwärter der spanischen Krone zu bestimm-

men. Eine Einigung wurde nicht erzielt; der alte Gegensatz zwischen den Carlisten und den Alphonsonisten dauert an. Diese Gegensätze haben praktisch die Bedeutung, daß sie aufzeigen, daß die Kräfte der monarchistischen Generäle zersplittert sind, während die Falangisten einheitlich auftreten. Sie verfügen aber über reale Machtpositionen im Lande. Fast die ganze Offizierskaste ist antifalangistisch, die Groß- und Mittelbauern und große Teile der Kleinbauern in Provinzen wie in Galizien, in der Navarra sind monarchistisch. Hinzu kommt augenblicklich, daß für die bäuerlichen Klassen die bequemste Form der Opposition gegen die neue Regierung der Anschluß an die Requetes-Organisationen ist. Die Unzufriedenheit der Bauern ist heute stärker denn je, sie wurde besonders durch das Agrargesetz entfacht, durch das den Bauern ungeheure wirtschaftliche Belastungen auferlegt wurden. Sie müssen dem Staat alle Verluste ersetzen, die er durch den Ausfall der ländlichen Tribute seit Anfang 36 gehabt hat und auch noch die Schäden dem Großgrundbesitz ersetzen sollen, die er durch die Agrarreform der Republik und den Bürgerkrieg seit 36 hatte. Die Propaganda der Carlisten knüpft an diese Unzufriedenheit an und mobilisiert die weiten Bauernmassen für die Restaurierung der Monarchie. Ebenso haben die Monarchisten die Teile der Bourgeoisie hinter sich, deren Industrie durch den Anschluß an die Achsenmächte vollkommen lahmgelegt wurde wie zum Beispiel die Textilindustrie in Katalonien, die durch die wirtschaftliche Umstellung des Landes auf die Bedürfnisse von Deutschland keine Rohmaterialien einführen können und deren Auslandsmarkt erdrosselt ist.

Sehr wahrscheinlich ist, daß auch die Kirche die monarchistische Bewegung gegen die totalen Staaten stützen wird; und sicher ist, daß die demokratischen Staaten es an finanziellen Lockungen nicht fehlen lassen werden, um bis in die falangistischen Kreise den Boden für sie zu lockern.

Aus Gründen der Tarnung versuchen auch Teile der Arbeiterschaft sich der monarchistischen Bewegung anzuschließen, daraus ist aber nicht zu folgern, daß sie ihr Klassenbewußtsein verloren haben.

- : - : -

Fortsetzung : ZUR "GESCHICHTE DER KPdSU-KURZER LEHRGANG".

Die Kennzeichnung der Lage in Spanien als einer revolutionären wurde von der offiziellen Komintern-Linie ebenfalls anerkannt. (Die Komintern-Führung hatte damals die These der "3. Periode" des "verfaulenden Kapitalismus", die sozusagen von sich aus in die proletarische Revolution münden sollte, preisgegeben, was sie allerdings nicht hinderte, die ultralinke Taktik, die mit dieser Theorie begründet wurde, unverändert beizubehalten). In einem Artikel von W. Knorin (dem damaligen Ekki-Präsidenten) über "Wankende Stabilisierung, revolutionärer Aufschwung und politische Krise" in der "Kommunistischen Internationale" Nr. 11 vom 23. 3. 31. heißt es u. a. : "Es ist klar, daß in Polen und Deutschland eine solche (revolutionäre) Situation heranreift, aber es ist auch einleuchtend, daß wir weder in Deutschland noch in Polen, noch in einem anderen europäischen Lande, mit Ausnahme Spaniens heute schon eine solche Situation haben."

So standen die Dinge bei der Bildung der zweiten spanischen Republik (14. 4. 31.) Doch die zur Macht gelangte Bürgerklasse war nicht fähig die bürgerlich-demokratischen Aufgaben ihrer Revolution konsequent und vollständig durchzuführen. In dem selben Maße, wie die bürgerlichen Republikaner zurückwichen, und damit die Massen enttäuschten, stieß die Reaktion vor und erreichte bei den Novemberwahlen 1933 die Majorität im Parlament (352 Rechte gegen 121 Linke). Ihr Sieg brachte u. a. 1,5 Millionen Erwerbslose, Steigerung des Brotpreises um 80%, für Kartoffeln um 100%, Verbot des Anbaus von Erbsen für die armen Bauern der Estramadura, Andalusien usw., vor allem aber die Kneblungsversuche an der Arbeiterschaft. Gegen den erneut anwachsenden Widerstand proklamiert der Reaktionsär

Lerroux am 5.10.34 den Belagerungszustand und beruft gleichzeitig 3 Gil Robles-Anhänger als Minister. Die Arbeiter antworten sofort in fast allen größeren Städten mit Massenkundgebungen, die zu zahlreichen Zusammenstößen führen. Asturien wird Kampfmittelpunkt, dort behauptet sich nach fünftägigem Kampf die Arbeiterschaft als Sieger. "Nach 8 Tagen ist die Madrider Koalitionsregierung Lerroux-Gil Robles in einer äußerst kritischen Lage" (A. Köster: "Menschenopfer unerhört"). Sie kann sich nur durch den Einsatz der Mauren retten, da die spanischen Truppen zu meutern beginnen. Die Arbeiterschaft wird wieder geschlagen, ungezählte ermordet, ca. 30.000 eingesperrt. Der weiße Terror regiert.

Doch die Arbeiterklasse gab sich nicht als besiegt. Sie hatte nicht nur ihr eigene Kraft erprobt, sondern auch die mehr als zweifelhafte, oft genug verräterische "Hilfe" der republikanischen, sozialdemokratischen und auch der anarchistischen Führer einschätzen gelernt. Die einzig politisch führende Kraft hatte sich aus der noch kleinen Gruppe der POUM entwickelt. Sie hatte schon vor den asturischen Kämpfen die Arbeiter- und Bauernallianzen gemeinsam mit Sozialdemokraten und Anarchisten zu schaffen begonnen. Die KPS stand bis zum August 1934 diesen Ansatzpunkten der proletarischen Einheitsfront feindselig ablehnend gegenüber. Sie hatte noch die ultralinke Taktik nach dem Rezept Klorins (ebenda) }

" Die Sozialdemokratie, die durch die Konstruierung eines Gegensatzes zwischen der "demokratischen" Form der Diktatur der Bourgeoisie und dem Faschismus die Wachsamkeit der Massen im Kampfe ... einschläfert, und die das konterrevolutionäre Wesen der bürgerlichen Demokratie als eine Form der Diktatur der Bourgeoisie verhüllt, ist der aktivste Faktor und Schrittmacher der Faschisierung des kapitalistischen Staates. Der erfolgreiche Kampf gegen den Faschismus erfordert die Mobilisierung der Massen auf der Grundlage der Einheitsfront von unten ... "

Es ist in erster Linie das Verdienst der französischen, insbesondere der Pariser Arbeiterschaft, daß sie in ihrer Gegenaktion gegen den faschistischen Putschversuch vom 6. Februar 1934 sowohl die sozialdemokratische, wie die kommunistische Parteiführung zur gemeinsamen Aktion zwang. Die KPS jedoch wartete noch bis zum August desselben Jahres ehe sie die Einheitsfront "von unten" aufgab und in die Arbeiter- und Bauernallianzen eintrat. Aber sowohl das Ekki wie die KPS waren völlig blind für den wirklichen Charakter dieser, von den kämpfenden Massen selbst gebildeten Organe, die ihrem tatsächlichen Wesen nach die spanische Ausgabe der russischen Sowjets, der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte waren, deren Bildung den erfreulich hohen revolutionären Reifegrad der spanischen Arbeiter und Bauern demonstrierte. Statt den spanischen Werktätigen geduldig zu beweisen, daß dieser erste, instinktiv richtige Schritt auf dem Wege des proletarischen Befreiungskampfes auf das ganze Land ausgedehnt werden müsse, daß und wie ihm weitere Schritte folgen müssen, um den gesamten Kampf auf das Ziel der Schaffung einer Arbeiter- und Bauern-Regierung auszurichten - stattdessen richtete die KPS den Kurs auf die Schaffung eines Bündnisses, das nicht nur die Sowjetdemokratie, sondern auch das gesamte liberale Bürgertum (das eben noch die Arbeiter so schmachlich verraten hatte) einschloß in der sogenannten Volksfront.

Jetzt war es nicht nur die Sozialdemokratie, "die das konterrevolutionäre Wesen der bürgerlichen Demokratie als eine Form der Diktatur der Bourgeoisie verhüllt", sondern auch die KPSp, die mit Billigung der Komintern, d. h. mit dem Prestige der bolschewistischen Partei Rußlands, als der ersten siegreichen Arbeiterpartei, das gesunde Mißtrauen der spanischen Arbeiter und Bauern einschläferte und die Führung dieser widernatürlichen Volksfront übernahm.

" dem liberalen Bürgertum, das zahlenmäßig zu klein, zu zaghaft und zu schwach war, um seine politische Emanzipation zu kämpfen, ersteht ein mächtiger Verbündeter in der Arbeiterbewegung". (A. Köster: Menschenopfer unerhört - S. 33)

FORTSETZUNG FOLGT.

Verantwortlich: Kasper Müller, Anvers

ARBEITERPOLITIK

Nr. 30/VI. Jahrgang

Erste Augustwoche 1939.

DEUTSCHLAND 1914 - 1939.

Zur 25-jährigen Wiederkehr des Kriegsbeginns bringt die deutsche Presse durchgehends Artikel, die einheitlich inspiriert sind, und die den Lesern Antwort auf die Frage geben sollen, ob Deutschland nicht wieder in eine Lage "wie 1914" geraten sei, also einer Niederlage entgegengehe. Der Artikel der "Frankfurter Zeitung" vom 30. Juli 1939, mit dem wir uns näher beschäftigen wollen, trägt geradezu die Überschrift: "Wie 1914?" Also, muß man schließen, wird heute diese Frage insgeheim so häufig und so typisch gestellt, daß die Nazipresse es für geboten findet, auf sie einzugehen, natürlich, um zu beweisen, daß die Lage für Deutschland nicht sei wie 1914, d. h. daß sie besser, aussichtsreicher sei. Aber schon diese typische Fragestellung spricht Bände über die wirkliche Geistesverfassung der breiten Massen im heutigen Deutschland. Die Fragestellung bezeugt, daß der Zweifel an den Aussichten eines neuen Krieges, die Furcht vor einer abermaligen Niederlage soweit verbreitet sind, daß die Nazipropaganda alle möglichen Anstrengungen macht, um sie zu beschwichtigen. Von solchen Zweifeln oder Furcht war zu Beginn des Krieges 1914-18 in den breiten Massen Deutschlands fast nichts vorhanden. Ziemlich allgemein herrschte nicht nur die Hoffnung, die Zuversicht auf den Sieg, sondern sogar auf einen raschen Sieg, einen Sieg in wenigen Monaten. Der Wunsch nach dem Siege war ziemlich allgemein. Heute kann man ohne jede Übertreibung sagen, daß Millionen in Deutschland, nicht nur Arbeiter, sondern auch Kleinbürger, die Niederlage wünschen und wollen - und zwar eine möglichst rasche und gründliche Niederlage - um mit dem verhassten Regime aufzuräumen. Die Tatsache der öffentlichen Behandlung der Fragestellung "Wie 1914?" beweist schon, daß die Massenstimmung für das herrschende Regime weit schlechter ist als 1914.

Natürlich kann die Nazipresse nicht offen zugeben, daß sie auf die inneren Stimmen in Deutschland selbst antwortet, sie wählt stattdessen die Unterstellung, daß sie auf die Außenwelt antwortet. So formuliert auch die "Frankfurter Zeitung" die Frage und sie schöpft aus der Beantwortung dieser Frage die befohlene Zuversicht.

" 25 Jahre nach dem Beginn des Weltkrieges, schreibt das Blatt, scheint das machtpolitische Spiel in Europa wieder auf dem gleichen Punkt angelangt zu sein, von dem aus der Kontinent damals in die Katastrophe stürzte. Ist es nicht, als habe sich ein Kreislauf vollendet, der ein Vierteljahrhundert sinnlos und überflüssig und der den Sieg der Ententemächte wertlos gemacht habe? Die Einzelergebnisse des Krieges sind weithin ausgelöscht, seine größte Entscheidung ist ins Gegenteil verkehrt. Wieder steht ein Deutsches Reich kraftvoll inmitten des Erdteils ... Wieder (??), stärker verbunden als einst, steht Italien an der Seite Deutschlands, Ungarn lehnt sich freundschaftlich an diesen mächtigen Bund, andere Staaten Mitteleuropas sehen zumindestens wirtschaftlich auf ihn hingewiesen. "

Das Achsenverhältnis erlaubt der Nazipresse natürlich nicht, darauf hinzuweisen, daß Italien 1914 nicht an der Seite Deutschlands war. Dafür war die österreichisch-ungarische Monarchie als Gesamtstaat Verbündeter der Hohenzollernmonarchie. Ein Verbündeter allerdings, der in allen Fugen krachte. Heute hat Hitlerdeutschland nur Bruchstücke der ehemaligen Habsburger Monarchie auf seiner Seite, aber unter welchen Bedingungen! Deutschland, Österreich, gewaltsam annektiert, ist kein militärisches und moralisches

Plus, sondern ein Minus. In noch stärkerem Grade trifft das für das heutige "Protectorat" Böhmen und Mähren zu. Es ist unterworfen, aber nicht gewonnen. Kann das stärker zum Ausdruck kommen, als in der Tatsache, daß Hitlerdeutschland nicht wagen kann, tschechischen Soldaten Waffen in die Hand zu geben und sie in die deutsche Armee einzureihen? Mit Böhmen-Mähren hat Hitlerdeutschland sich Sprengstoffe von größerer Brisanz einverleibt, als diese Länder zu Beginn des Krieges in der Habsburger Monarchie waren. Ungarn fühlt sich halb vergewaltigt. Die Türkei, Verbündeter der Hohenzollernmonarchie 1914, ist heute im gegnerischen Lager. Die Türkei ist heute dem geographischen Umfang nach zwar kleiner, aber der Kraft nach stärker, als 1914. Dafür war 1914 Japan im Lager der Ententemächte, aber als eventueller Verbündeter für die Achsenmächte kommt es infolge seiner geographischen Entfernung und infolge seiner Fesselung durch den chinesischen Krieg nur zu einem Bruchteil seiner Kräfte in Betracht. Spanien ist physisch und moralisch schwer erschöpft. Der Überblick über die Allianzen Hitlerdeutschlands von 1939 im Vergleich zu denen des kaiserlichen Deutschlands von 1914 ist also keineswegs geeignet, den Massen in Deutschland die fehlende Siegeszuversicht einzulösen.

Darum wird ein weiteres Zugpferd eingeschrirrt. Die Mittelmächte seien 1914 nicht vorbereitet gewesen. Sie hatten das "Gefühl ... ein seit langem geknüpftes Netz sei ihnen plötzlich über den Kopf zugezogen worden." Deutschland habe 1914 das Bewußtsein gehabt, einen "Verteidigungskrieg" zu führen - trotz der "Formalität der Kriegserklärung". Heute, wie damals, sei "England aktiv und führend" gewesen bei der "Schaffung des Ringes um Deutschland". Deutschland habe im Gegensatz zu den Westmächten 1914 "kein Kriegsziel" gehabt.

Aber auch auf diesem Gebiet steht es für Hitlerdeutschland 1939 schlechter als für das wilhelminische Deutschland 1914. 1914 gelang es tatsächlich, breiten Massen des deutschen Volkes das Märchen vom "Verteidigungskrieg" aufzubinden. Wem will man nach der gewaltsamen Zerschlagung und Annexion der Tschechoslowakei noch ein solches Märchen erzählen? Daß das kaiserliche Deutschland 1914 "kein Kriegsziel" gehabt habe, ist ein zuvor schon von Adolf Hitler erzähltes Märchen, aber es gibt noch heute Leute genug, die sich an das Schlagwort "Mitteleuropa" und an den Gewaltfrieden von Brest-Litowsk erinnern. Allerdings, während des Krieges 1914-18 entzog die Militärsensur die Erörterung der Kriegszielfrage der breiten Öffentlichkeit. Heute werden sie öffentlich plakatiert: Danzig, Korridor, Kolonien, Tunis, Schibuti, Korsika usw. Jedermann kann sehen, daß es sich um imperialistische und aggressive Kriegsziele handelt. Das mag für einen Teil des Nazi-anhanges ein Ansporn sein, für die breiten Massen der Arbeiter, der Bauern, der städtischen Kleinbürger ist es das gerade Gegenteil.

Das stärkste Kaliber aber, das aufgefahren wird, ist die nachträgliche "Sinn-
deutung" des Krieges von 1914-18 - der Krieg, gesehen als Vorläufer und Auslöser für die "deutsche Revolution", d.h. des Sieges des Nationalsozialismus.

" So wurde, heißt es in dem Blatt, der Aufschwung von 1914 als der Beginn einer deutschen Revolution begriffen und damit erhielt dann auch der Weltkrieg seine nachträgliche Sinngebung: als der Kampf für neue, noch unbewusste Werte gegen eine alte Welt. Indem nun in das Bewußtsein stieg und politische Form gewann, was der Inhalt dieser Erhebung war, wurde sie zum deutschen Gegenstoß gegen die Große Französische Revolution, die vor 150 Jahren ihren Siegeszug bis weit nach Deutschland hinein angetreten und bis heute ungetilgte Spuren hinterlassen hat ... Ihre Generalformel ist die Erhöhung der Gemeinschaft über das Individuum ... Dieser Gegenstoß durfte nicht zur Absolutsetzung der Masse führen, wie es der Weg des Bolschewismus war. In "des Erdteils Herz" mußte die Lösung gesucht und gefunden werden ... Das Bewußtsein der Volksgemeinschaft verändert heute die innere Struktur der deutschen Nation in einem Umfange, von dem sich im Alltag keine rechte Vorstellung macht. Das Wort Sozialismus

ist eine ungeheure starke Realität... Heute sind wir schon soweit, daß an einzelnen Stellen die unternehmerische Initiative zum Fortschritt durch den sachlichen Ehrgeiz des Forschers ersetzt wird ...

Jedenfalls lebt in den autoritären Staaten das moderne vitale Europa. Selbst, wer sie bekämpft, mißt sich an ihnen ...

Das Bewußtsein, Träger der zeitgerechten und zukunfts gewissen Ideenwelt zu sein, gibt den autoritären Nationen ein größeres Gefühl der Sicherheit und selbst der Überlegenheit, als ihre machtvolle äußere Rüstung. Auch hierin unterscheiden wir uns grundlegend von dem Deutschland von 1914 ... "

Hier ist in der Tat das Geheimnis ausgesprochen, warum das Deutschland des Faschismus in seiner kapitalistischen Umwelt eine ganz andere "ideelle" Stoßkraft entwickeln konnte, als das wilhelminische Deutschland von 1914. Dieses Geheimnis ist die propagandistische, ansteckende, zersetzende Kraft der kapitalistischen Konterrevolution im Zeitalter des niedergehenden Kapitalismus. Sie vor allem erklärt, warum der deutsche Imperialismus vermittels des faschistischen Staates ohne Krieg die Niederlage von 1918 größtenteils hat wieder rückgängig machen können. Der Faschismus ist eine internationale Tendenz der kapitalistischen Entwicklung in ihrer absteigenden, in ihrer Schlußphase. Er ist das Mittel, um dem sterbenden Kapitalismus eine zusätzliche Lebensfrist zu verleihen. Insofern ist er in der Tat das Gegenstück, der Gegenpol zur Großen Französischen Revolution. Daher seine Werbekraft in der internationalen Bourgeoisie, daher seine Fähigkeit, sich in den herrschenden Klassen aller Länder Helfer, Komplizen, Begünstiger zu schaffen. Es ist dies der Vorzug der Konterrevolution, insofern sie die rückwärtsgewandte Revolution ist vor der bloßen Reaktion, die das wilhelminische Deutschland verkörperte. Diese Stoßkraft mußte sich besonders stark auswirken in einer Zeit, wo der Kommunismus in Gestalt der Sowjetunion unter dem Stalinschen Regime seine revolutionäre Werbekraft eingebüßt hatte und sogar dazu überging, wie in Spanien, selbst als konterrevolutionäre Kraft aufzutreten.

Aber damit, daß die kapitalistische Konterrevolution als das Geheimnis der Stoßkraft Hitlerdeutschlands nach außen enthüllt wird, wird auch bloßgelegt, daß diese Kraft gesellschaftlich und geschichtlich in eine Sackgasse, in den Untergang führt.

Und das zeigt sich praktisch zu allererst und am deutlichsten im Inneren der faschistischen Staaten selbst. Der konterrevolutionären Stoßkraft nach außen entspricht die Entwicklung der revolutionären Gegenkräfte im Innern. Diese Gegenkräfte sind heute in Deutschland und in Italien erst im latenten Zustand vorhanden, aber sie sind vorhanden und wachsen stetig. Und der imperialistische Krieg bringt sie zur äußersten Spannung und schließlich zur Entfesselung, indem er den politischen und sozialen Druck auf die höchste Spitze treibt.

Im Vergleich zu dem Hitlerdeutschland von 1939 war das wilhelminische Deutschland von 1914 geradezu ein Muster gesellschaftlicher Festigkeit. Der wilhelminische Staatsapparat war auf einer verhältnismäßig schmalen Oberschicht aufgebaut. Diese Oberschicht war wirtschaftlich und gesellschaftlich ziemlich gut fundiert. Der faschistische Staatsapparat stützt sich auf konterrevolutionäre Massenorganisationen. Er ist dadurch zeitweilig und scheinbar unendlich stärker geworden. In Wirklichkeit und letzten Endes ist er dadurch unendlich verwundbarer und schwächer geworden. Als Massenorganisation und gestützt auf eine Massenbewegung hat er sich dem Gesetz der historischen Massenbewegungen ausgesetzt. Kleinbürger und lumpenproletarische Elemente gaben dem Faschismus seine Massengrundlage. Bereits die Kriegsvorbereitungen mit der unerhörten Versklavung und Verelendung der Massen, nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch des Kleinbürgertums, haben diese Massengrundlage in ihrer Tiefe und Breite stetig fortschreitend zersetzt. Der Krieg selbst aber stellt sie vor die äußerste Zerreißprobe. Jetzt schon ist die sogenannte Volksgemeinschaft in

Hitlerdeutschland für die Massen nur grimmiger Hohn, der "Sozialismus" nur freche empörende Lüge.

Das, was die Ideologen und Propagandisten des Faschismus heute als das Geheimnis der Stärke und Überlegenheit des heutigen Deutschlands im Vergleich zum wilhelminischen und im Vergleich zu ihrer kapitalistischen Umgebung hinstellen, birgt in Wahrheit das historische Todesurteil des Deutschland in sich, das sich zum internationalen Vorkämpfer und zum klassischen Musterbild der bürgerlichen Konterrevolution, zum Gegenpol der bürgerlichen Revolution Frankreichs vor 150 Jahren entwickelt hat.

Deutschland, indem es die bürgerliche Konterrevolution in klassischer Vollendung Europa vorführt, so steht es historisch nicht nur selbst am nächsten dem Umschlag in die proletarische Revolution, sondern ist dadurch auch prädestiniert, die proletarische Revolution zu vollenden. Es ist aber nur eine historische optische Täuschung, wenn die Naziideologie in der bürgerlichen Revolution Frankreichs ihren lebendigen und wirklichen Gegner sehen. Die bürgerliche Revolution ist in Frankreich (wie in England) vergangenheit. Unter der Decke der reaktionären bürgerlichen Gegenwart Frankreichs und Englands schlummert als die Kraft der Zukunft ebenfalls die Kraft der proletarischen Revolution.

=====

AMERIKA UND DER FERNE OSTEN.

=====

Die Kündigung des japanisch-amerikanischen Handelsvertrages von 1911 durch die Regierung der Vereinigten Staaten nach dem Abschluß des Abkommens Arita-Craigie ist offenbar auch der englischen Regierung überraschend gekommen. Warum, so wird in der englischen und französischen Presse gefragt, hat die amerikanische Regierung nicht vorher von ihrer Absicht der englischen Mitteilung gemacht, um zu verhindern, daß England den Rückzug vor Japan antritt, den das Arita-Craigie-Abkommen bedeutet? Die amerikanische offiziöse Antwort ist, daß der amerikanische Entschluß selbst ohne längere Vorbereitung überraschend gefaßt worden sei. Man nehme hinzu, daß die englische Regierung, ehe sie das Abkommen abschloß, vorher eifrig mit Washington verhandelt hat und daß sie sich erst dann zum Zurückweichen vor Japan verstanden hat, als von amerikanischer Seite mitgeteilt worden war, daß Amerika sich weder an wirtschaftlichen Sanktionen gegen Japan beteiligen, noch Kriegsschiffe nach dem Fernen Osten schicken werde. Daraus geht die Rolle des amerikanischen Imperialismus klar hervor. Er wüßte die Blamage Englands, um nachher selbst als führende und selbständige Kraft des Widerstandes gegen den japanischen Imperialismus auftreten zu können, und "moralisch" den Vortritt zu bekommen. Was England wollte, war daß der amerikanische Imperialismus im Fernen Osten als Hilfskraft im Schlepptau des englischen Imperialismus auftrete. Was Amerika wollte und erreicht hat, ist, im Fernen Osten selbst die Führung zu übernehmen und den englischen Imperialismus ins Schlepptau zu nehmen. Die Nazipresse spricht von einer geheimen Zusammenarbeit, von einer Arbeitsteilung zwischen dem englischen und dem amerikanischen Imperialismus gegen Japan. Man muß aber hinzusetzen, daß diese Zusammenarbeit zugleich mit Konkurrenz verbunden ist. Dies entspricht nur der allgemeinen Linie des amerikanischen im Verhältnis zum europäischen Imperialismus. Der amerikanische Imperialismus begnügt sich nicht mehr mit der Sekundantenrolle gegenüber dem europäischen Imperialismus, mit der Rolle, wie sie im Weltkrieg 1914-18 bestand. Er beansprucht die Hegemonie, die seiner Bedeutung als entscheidende Kraft im Konflikt der imperialistischen Lager in Europa entspricht. Das ist natürlich nicht nur eine Frage des Prestige, sondern vor allem auch die Frage der materiellen Vorteile. Die materiellen Ergebnisse sollen jetzt und künftig dem amerikanischen Einsatz entsprechen. Der amerikanische Imperialismus fühlte sich nach 1914-18 geprellt. Die materiellen Hauptgewinne: Kolonien usw. haben die europäischen Mächte, vor allem England, davongetragen. Die großen Anleihen, die Amerika Europa für die Kriegsführung gegeben

hat, mußten von ihm größtenteils in den Rauefang geschrieben werden. Der amerikanische Imperialismus ist entschlossen, daß sich das nicht wiederholen soll. Die erste Probe davon ist jetzt sein Vorgehen im Fernen Osten. Der amerikanische Imperialismus nützt hier rücksichtslos die Tatsache aus, daß die europäischen Verwicklungen den englischen und französischen Imperialismus zwingen, im Fernen Osten kurz zu treten, während Amerika selbst von Europa her keine unmittelbare Gefahr droht, so daß es also in Asien sein volles Gewicht in die Waagschale legen kann.

Dies ist umso bemerkenswerter, als die amerikanischen Kapitalanlagen in China nur einen Bruchteil (etwa 1/3) der englischen betragen. Der amerikanische Imperialismus faßt den Fernen Osten als Feld für seine kommende Ausdehnung ins Auge. Mittel- und Südamerika allein genügen seinem Ausdehnungsbedürfnis nicht mehr.

Ein offiziöser Artikel der "New York Times", der noch vor der Kündigung des Handelsvertrages erschien, sagte klar, daß es sich hier um eine politische Aktion Amerikas handelt und nicht lediglich um die Abwehr der Überschwemmung Amerikas durch billige japanische Baumwollwaren. Der amerikanisch-japanische Handelsvertrag läuft infolge der amerikanischen Kündigung Ende Januar 1940 ab. Der Handelsvertrag hatte eine Klausel, der Amerika ein einseitiges Embargo (Handelsverbot) gegenüber Japan untersagte. Die Kündigung des Vertrages macht für Amerika die Bahn frei, um evtl. ein Embargo gegen Japan zu verhängen. Japan hat 6 Monate Frist erhalten, um sich zu überlegen, wie es sein Verhältnis zu Amerika künftig gestalten wird. Aber die 6 Monate sind zugleich eine Frist für England und Frankreich, um ihrerseits sich über ihre Rolle gegenüber Japan und Amerika schlüssig zu werden.

Über den Umfang und die Art des amerikanischjapanischen Handelsverkehrs gibt folgende Tabelle Aufschluß (in Millionen Dollar) :

	Einfuhr der Ver. Staaten aus J a p a n	Ausfuhr der Ver. Staaten nach J a p a n	Saldo für USA
1935	153,20	203,60	+ 50,40
1936	171,70	204,30	+ 32,60
1937	204,20	288,60	+ 84,40
1938	126,80	239,60	+ 112,80

Die amerikanischen Lieferungen für Japan sind fast ausschließlich Rohstoffe und Fertigwaren kriegswirtschaftlicher Art. Amerika lieferte Japan 1938 :

Erdöl	29,96 Millionen Dollar	
Kupfer	21,81	
Schrott	22,04	
Flugzeuge	11,17	
Autos	10,14	usw, usw.

Japan lieferte Amerika hauptsächlich Rohseide - 1938 für nicht weniger als 83,65 Millionen Dollar. Die nächstfolgenden Posten sind Seidengewebe und Fischkonserven.

Die japanische Handelsstatistik gibt folgende Zahlen an (in Millionen Yen)

	1937	1938	Ausfuhr	1937	1938
Einfuhr	3783	2663		3175	2690
davon USA	1269	915	davon USA	639	425

Die amerikanischen Lieferungen nach Japan überwiegen somit weit die japanischen Lieferungen nach Amerika. Amerika besteht seit längerer Zeit auf Barzahlung im Verkehr mit Japan. Der Überschuß der amerikanischen Lieferungen über japanische Einfuhr nach Amerika muß somit von Japan mit Gold

bezahlt werden. Die Einfuhr von Gold aus Japan nach Amerika betrug 1937 - 246 Millionen Dollar, 1938 - 169 Millionen Dollar, 1. Halbjahr 1939 - 80 Millionen Dollar. Amerika hat somit die an sich schon geringen Goldreserven Japans aufs stärkste reduziert. Bei weiterem Fortgang der japanischen Bezüge aus Amerika drohte somit Japan die Gefahr, daß seine Goldreserven vollends den Weg allen Fleisches gingen und ihm der weitere Bezug der für es untentbehrlichen Einfuhr von kriegswichtigen Rohstoffen und Fertigwaren aus Amerika und dem britischen Reich unmöglich gemacht wurde. Somit stehen die Dinge nicht so, daß Amerika sich nicht selbst ins Fleisch schneiden würde, wenn es nach 6 Monaten den Handelsverkehr mit Japan einstellen würde. Es zieht die Unterbrechung seines Handels erst für einen Zeitpunkt in Betracht, wo sowieso die japanischen Goldreserven für die Bezahlung der amerikanischen Lieferungen zu Ende gehen, nachdem es selbst diese Goldreserven soweit wie möglich abgezapft hat.

Gegen diesen drohenden Druck ist Japan nicht imstande, etwas Entscheidendes zu unternehmen. Es hat in aller Eile demonstrativ ein Handelsabkommen mit Deutschland geschlossen. Aber weder Deutschland, noch Italien können Japan Ersatz für den eventuellen Ausfall der amerikanischen und britischen Lieferungen bieten. Es ist ferner die Rede davon, daß Japan nunmehr in großem Umfang Baumwolle in Nordchina anbauen wolle, um sich von den amerikantischen und indischen Baumwoll-Lieferungen unabhängig zu machen. Aber abgesehen davon in welchem Umfang dies in der weiteren Zukunft möglich sein sollte, es erfordert dies Zeit, Kapital und - die Mitwirkung der chinesischen Bauern, soweit es sich um den Anbau von Baumwolle handelt.

Militärische Maßregeln, etwa die Eroberung von Französisch-Indochina, von Niederländisch-Indien usw. können Japan auf diesem Gebiet wenig nutzen. Folgerichtig und entschlossen durchgeführt müßte die Anlegung der wirtschaftlichen Daumenachsen durch Amerika und England den militärischen Apparat Japans selbst in absehbarer Frist lahmlegen. Militärische Gewaltmaßnahmen Japans, welcher Art und welchem Umfang auch immer, könnten nur unhaltbare Scheinerfolge sein.

Das Vorgehen des amerikanischen Imperialismus hat mit einer wirklichen und wirksamen Hilfe für das chinesische Volk wenig zu schaffen. Es zielt ab, nicht auf die Befreiung Chinas, sondern auf ein für Amerika günstiges Kompromiß mit Japan zu gemeinsamer Ausbeutung Chinas. Das Prinzip, der offenen Tür für das der amerikanische Imperialismus im Fernen Osten kämpft, besagt nichts anderes. Darum müssen die amerikanischen, wie die Arbeiter der anderen Länder sich streng hüten, sich mit diesen Zielen des amerikanischen Imperialismus zu identifizieren. Selbstverständlich ist die internationale Arbeiterklasse für alle Maßnahmen, die dem japanischen Imperialismus die Kampfmöglichkeit gegen das chinesische Volk einschränken oder abschneiden. Aber ebenso ist die internationale Arbeiterklasse gegen die Ausbeutung des chinesischen Volkes auf gemeinsame Rechnung des japanischen, amerikanischen usw. Imperialismus. Die internationale Arbeiterklasse muß unzweideutig fordern, daß nicht nur das japanische, sondern auch das amerikanische, englische usw. Kapital sich aus China zurückzieht.

- : - : -

DIE ENTSENDUNG DER ENGLISCH-FRANZÖSISCHEN MILITÄRMISSION NACH MOSKAU.

=====

Diese Militärmissionen, deren Zusammensetzung bereits bestimmt ist, sollen nun Anfang nächster Woche nach Moskau abgehen. Aus der letzten Erklärung Chamberlains im englischen Unterhaus geht hervor, daß die Entsendung auf den Wunsch Molotows erfolgte, der darin ein Mittel sehe, um die politischen Verhandlungen zum Abschluß zu bringen. Die Entsendung dieser Militärmissionen soll, nach der Erklärung Chamberlains, von Seiten der Westmächte ein "Zeichen großen Vertrauens und realen Wunsches sein, um die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen." Aus den Erklärungen Chamberlains geht ferner hervor, daß die Sowjetregierung sich geweigert hat, vor dem vollständigen

Abschluß der Verhandlungen irgendetwas zu unterzeichnen oder zu paraphieren. Auch der französische Vorschlag der Abgabe einer gemeinsamen provisorischen Erklärung ist von den Sowjetunterhändlern abgelehnt worden.

Die englische und französische bürgerliche Presse verspricht sich von der Entsendung der Militärkommission und von der parallelen Führung der militärischen und diplomatischen Verhandlungen eine Beschleunigung des Vertragsabschlusses.

Die Dinge können aber auch ganz anders laufen.

Für die Sowjetregierung sind die militärischen Verhandlungen offenbar die Probe darauf, ob und inwieweit die diplomatischen Verhandlungen auf der Seite der Westmächte ernstgemeint sind oder nicht. Wenn diese Probe negativ ausfällt, so hätte damit die Sowjetregierung beweiskräftiges Material zur Hand, um ihrerseits einen negativen Ausgang der Verhandlungen zu begründen.

Der springende Punkt ist auch in militärischer Hinsicht die Frage der baltischen Staaten. Militärisch gesehen ist der Anspruch der Sowjetregierung, die baltischen Länder unter allen Umständen - evtl. auch gegen den Willen der Regierungen dieser Länder - davor zu sichern, daß Hitlerdeutschland militärisch über sie verfügen kann, unbestreitbar. Der Verzicht darauf bedeutete, die strategische Gefährdung ganz Nordrußlands. Wenn trotzdem das militärische Argument bei den Westmächten nicht durchschlagen würde, so wäre dies der bündige Beweis dafür, daß die Westmächte eben diese Sicherung der Sowjetunion nicht wollen, sondern umgekehrt, Hitlerdeutschland den Weg zum Angriff auf die SU freihalten zu wollen.

Um diese Probe geht es eben der Sowjetregierung bei den militärischen Verhandlungen.

Andererseits wollen sich natürlich die Westmächte ihrerseits versichern, was sie im Ernstfalle von der Sowjetunion an militärischer Hilfe zu erwarten haben, und sie werden sicher die Gelegenheit benutzen, um der militärischen Kraft der Sowjetunion überhaupt auf den Zahn zu fühlen.

Die Verhandlungen nähern sich somit von beiden Seiten ihrer entscheidenden Phase, wobei der Ausgang als noch vollkommen ungewiß zu betrachten ist.

Wenn einerseits die Westmächte sich entscheiden müssen, ob sie einem Angriff Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion den Weg freihalten wollen oder nicht, so muß andererseits die Sowjetunion sich dabei entscheiden, ob und in welchem Umfange sie sich militärisch für die Verteidigung der imperialistischen Interessen der Westmächte einsetzen will.

- : - : -

DAS ENGLISCHE ANTI-TERRORGESETZ.

=====

Der "Sozialistischen Korrespondenz" Nr. 30 vom 29. Juli 1939 entnehmen wir folgende Angaben :

Wie wir letzte Woche voraussahen, hat die offizielle Labour Party (Arbeiterpartei) wieder einmal vor der nationalen Regierung kapituliert, indem sie sich weigerte, irgendwelchen Widerstand zu leisten gegen das Durchbringen eines Gesetzes, das dem Scheine nach gegen die irische republikanische Armee (IRA) gerichtet, das aber ein Vorspiel ist für die weitere Totalitarisierung von England.

Die offizielle Arbeiterpartei ist vollkommen blind gegenüber der wirklichen Gefahr des Gesetzes. Wie die Bourbonen sind sie unfähig, aus der Geschichte zu lernen und folgen dem ausgetretenen Pfad, den bereits die

deutsche und österreichische Sozialdemokratie gegangen ist.

Wie D.N. Fritt hinwies, so "bezieht sich das Gesetz zwar nur auf Leute, von denen der Innenminister annimmt, daß sie versuchen, gewaltsame Akte in Bezug auf irische Angelegenheiten zu begehen, aber es wird das ein sehr schöner Präzedenzfall in einigen Jahren sein, um die Worte "in Bezug auf irische Angelegenheiten" auszulassen und dafür die Worte einzusetzen "in Bezug auf irgendetwas".

Das Gesetz ist nun durchgepeitscht worden und seine Hauptbefugnisse schließen folgendes ein :

1. Vollmacht für die Polizei, ohne Haftbefehl, Verhaftungen vorzunehmen,
2. daß der Polizeidirektor und höhere Offiziere in dringenden Fällen Anweisungen zur Haussuchung geben kann,
3. daß Verdächtige aus England ausgewiesen werden und ihnen verboten wird, hier zu landen,
4. Verdächtige können ersucht werden, der Polizei volle Angaben über ihren Aufenthalt usw. zu machen.

Die Vollmachten sind so umfassend, daß praktisch jeder verhaftet werden kann, unter dem Verdacht, daß er mit "irischen Angelegenheiten" verbunden ist und in Haft genommen werden kann, ohne daß irgendein Fall gegen ihn bewiesen ist.

Außer der ILP und dem kommunistischen Abgeordneten haben Stafford Cripps und 15 Abgeordnete der Labour Party gegen das Gesetz gestimmt. Als Folge davon werden den Mitgliedern der Labour Party von der Parlamentsfraktion disziplinarische Maßregeln angedroht ... Die kürzlichen Bombenattentate, bei denen das Publikum selbst Schaden gelitten hat, haben zweifellos das Durchbringen des Gesetzes erleichtert. Die Sympathie der Arbeiterklasse im Ganzen ist durch sie verscherzt worden, aber es darf nicht vergessen werden, daß die Arbeiterpartei sehr wenig getan hat, um den irischen Befreiungskampf der Massen zu erklären und für die unterdrückten Iren zu kämpfen.

= : = : =

NOTVERORDNUNGSFLUT IN FRANKREICH.

Die Regierung Daladier hat in der vergangenen Woche beinahe 100 neue Notverordnungen herausgebracht. Sie allein aufzuzählen, würde ganze Seiten unseres Blattes füllen. Es erscheint fast überflüssig zu versichern, daß sie fast alle darauf abzielen, die Produktion anzukurbeln und den Vorsprung, den die "totalitären" Staaten auf diesem Gebiet haben, einzuholen. Daß dabei die Errungenschaften und Rechte der Arbeiter und der werktätigen Bevölkerung immer mehr in die Brüche gehen, ist selbstverständlich.

Bemerkenswert an der ganzen Verordnungswut der französischen Regierung ist, daß sie auch dabei im Einzelnen "die Gesetzgebung" der faschistischen Staaten nachzuahmen versucht. Die Kinderproduktion wird durch allerlei Prämien, Steuervergünstigungen und Steuererhöhungen für die Zeugungsunwilligen zu erhöhen versucht. Wir zweifeln allerdings ernstlich daran, ob die Franzosen sich durch derlei Dinge bewegen lassen werden, ihre traditionelle Einschränkung der Kinderzahl zugunsten des Militarismus aufzugeben. Weiterhin soll die Familie geschützt werden, aber nicht etwa durch Einschränkung der kapitalistischen Ausbeutung, der sie und ihre Mitglieder im Einzelnen unterworfen sind, sondern durch Schutz vor Angriffen auf dem "sittlichen" Gebiet. Reaktion und Muckertum sind eben allezeit Hand in Hand gegangen. Kein Wunder, daß deswegen Daladier von der Rechtspresse über den grünen Klee gelobt wird. Der Volksfrontheld von anno dazumal hat es weit gebracht.

Die wichtigste von allen Verordnungen ist aber unstreitig die Verlängerung der Mandatsdauer der Abgeordneten um 2 Jahre. Mit dieser Verordnung ist erneut eine schwere Bresche in das System des bürgerlichen Parlamentarismus geschlagen worden. Dieses System beruht bekanntlich auf der Fiktion der Verantwortlichkeit der Abgeordneten vor ihren Wählern einerseits und der Kontrolle der Regierung durch das Parlament andererseits. Der erste Schlag war die Übertragung des Notverordnungsrechtes auf die Regierung und die damit verbundene Selbstausschaltung des Parlamentes. Jetzt verlängern die angeblich "kontrollierten", d.h. die Regierung, die Mandatsdauer um 2 Jahre, sie entziehen damit den Wählern für diese Zeit die Möglichkeit, wenigstens formell die Abgeordneten dadurch zu kontrollieren, daß sie nicht wieder wählen. Oder mit anderen Worten, die Abgeordneten empfangen aus der Hand der von ihr "kontrollierten" Regierung eines neues Mandat auf 2 Jahre. Der ganze Parlamentarismus wird immer mehr zu einer Farce.

Die Rechten sehen diesem Spiel mit Behagen zu und ziehen daraus ihre Vorteile. Den Linken und besonders den Abgeordneten der SFIO und KPF ist dabei in Vorahnung kommender unangenehmer Dinge recht unbehaglich zumute. Besonders die beiden Arbeiterparteien führen eine laute und lärmende Agitation dagegen. Das ist durch und durch verlogen. Sie sind in Wirklichkeit ebenso froh, daß ihre Mandate um 2 Jahre verlängert werden sind, wie die anderen. Das Einzige was sie bedauern ist, daß man ihnen nicht erlaubt hat, im Parlament dagegen zu stimmen. Die Radikalsozialisten aber sind froh, daß Daladier ihnen das unangenehme Geschäft der Zustimmung im Parlament abgenommen hat. So wäscht eine Hand die andere und die breiten Volksmassen bleiben die Genasführten. Das ist das anmutige Spiel der bürgerlichen "Demokratie", für die die Arbeiter ihr Leben in die Schanze schlagen sollen.

= : = : =

DIE KP GROSSBRITANNIENS.

=====

(aus unserem Bruderorgan "SOCCOR")

Berichte aus dem ganzen Lande melden, daß die KP ihre Mitglieder aus der Labour Party herauszieht. In den letzten zwei bis drei Jahren haben hunderte ihrer Mitglieder in der LP insgeheim für die KP und ihre Volksfrontpolitik gearbeitet. Diese Mitglieder gehen jetzt offen und demonstrativ weg. Die KP sieht die LP offenbar als einen hoffnungslosen Fall an. In derselben Weise zieht die KP ihre Mitglieder aus der Labour-Jugend zurück. Viele dieser Mitglieder haben in den Ortsvereinen eine hervorragende Rolle gespielt.

Mit dieser Taktik ist zugleich ein neues Aufnahmegesuch der KP an die LP verbunden. Die Taktik scheint darauf hinauszulaufen, daß durch die Zurückziehung die LP geschwächt und dann die Aufmerksamkeit auf die vorwärtstreibende Kraft der KP und die Notwendigkeit der "Einheit" gelenkt wird, um Chamberlain stürzen zu können. Diese Manöver können jedoch die Mitglieder der LP nur noch argwöhnischer machen.

Es gab eine Zeit, wo die Kommunisten und ihre Sympathisierenden innerhalb der LP kräftige Unterstützung erfuhren. Auf dem Parteitag von 1925, der beschloß, sie auszuschließen, brachten sie 321.000 und 480.000 Stimmen auf, sowie 1.143.000 zugunsten ihres Organs, des "Sunday Worker". Nach 1925 wurden viele ausgeschlossen und ihre Angriffe auf die Arbeiterführer als "Sozialfaschisten" und auf die Labour Party als die "dritte kapitalistische Partei" kostete ihr in der Zeit von 1928 bis 1935 den größten Teil ihres Anhangs. Deshalb erhielten sie 1934 nur 89.000 Stimmen.

1935 trat ein vollständiger Wechsel in der Politik der KP und in ihrer Haltung zur LP ein. Es wurde die Politik der Massendurchdringung der LP eingeschlagen. 1936 kam die Jugendliga unter ihre Vormundschaft, ein Zustand, der bis heute andauert. Auf dem Parteitag von 1936 erzielten sie

592.000 Stimmen zugunsten ihres Anschlusses und 435.000 zugunsten der "Einheitsfront". Das war der Höhepunkt. 1937 erhielten sie bloß 373.000 Stimmen und in diesem Jahr wurden für die Volksfront nur 285.000 abgegeben.

Die Ursache dafür ist die veränderte soziale Zusammensetzung der KP die wieder ihren Grund in dem Wechsel ihrer Politik hat. Obgleich ihre Mitgliederzahl steigt, nimmt ihre Mitgliederzahl in den Schlüsselindustrien ab, und das nicht allein relativ, sondern absolut, während Stehkragenproletarier, Lehrer, Studenten usw. ihre Reihen aufblähen.

Wie es jetzt mit ihr steht, ersieht man beim Studium der Kongreßberichte verschiedener Gewerkschaften. Ihr Einfluß ist im Angestelltenverband gestiegen, der 1938 die Volksfront mit Zweidrittelmajorität ablehnte, der aber 1939 die Volksfront und den Anschluß der KP mit großer Mehrheit unterstützte. Das Gleiche im Werkmeisterverband, der 1937 mit einer Mehrheit von 2 Stimmen für die "Einheit" eintrat, der aber die beiden Jahre danach die Volksfront mit Zweidrittelmehrheit unterstützte. Im Verband der öffentlichen Angestellten wurden dieses Jahr 236 gegen 657 Stimmen für die Volksfront erzielt. Wie man sieht, ist ihr Einfluß in den Verbänden der Stehkragenproleten gestiegen.

Im Transportarbeiterverband jedoch war das Stimmverhältnis für die Einheitsfront 1937 - 69.000 zu 34.000, dieses Jahr aber 63.000 zu 51.000. Der Eisenbahnerverband war in den letzten drei Jahren stets mit einer nahezu Dreiviertelmehrheit gegen die "Einheit", stimmten 1937 mit 23 zu 13 gegen sie und diskutierten dieses Jahr überhaupt nicht darüber. Der Bergarbeiterverband war 1936 mit einer knappen Mehrheit für die "Einheit", 1937 mit einer knappen Mehrheit dagegen. Dieses Jahr wurde darüber überhaupt nicht gesprochen.

In den Schlüsselindustrien hat die KP nur geringen Einfluß. Das geht auch deutlich aus den Abstimmungen über die Volksfront auf dem diesjährigen Allgemeinen Gewerkschaftskongreß hervor. Bei den Färbern wurde sie mit 152 gegen 30 Stimmen abgelehnt, ebenso bei den Eisenbahnbeamten, in großer Mehrheit. Bei den Schuhmachern einstimmig, bei den Textilarbeitern trat nur ein Delegierter dafür ein. Die Bauarbeiter diskutierten die Frage überhaupt nicht, während die Schneider mit 46.200 gegen 38.800 Stimmen die Zulassung von Kommunisten ablehnten.

Der Bergarbeiterverband von Südwales ist die einzige große Gewerkschaft, in Händen der KP. Aber selbst dort geht der Einfluß der KP zurück. Während 1937 die Einheit noch mit einem Stimmverhältnis von 9 zu 1 unterstützt wurde, ist dieses Verhältnis jetzt auf 3 zu 1 gesunken.

Es wäre begrüßenswert, wenn mit dem zurückgehenden Einfluß der KP in der Gewerkschaftsbewegung ein steigender Einfluß der ILP zu verzeichnen wäre. Das ist aber nicht der Fall. Es ist zwar einige Belebung auf diesem Gebiet zu verzeichnen, aber nur die Bezirke Lancashire und London wenden dieser Frage die notwendige Aufmerksamkeit zu. Wir haben in England jetzt Hochkonjunktur. Aber nur wenige Gewerkschaften suchen das in der gehörigen Weise auszunützen. Wenn die Linken hier nicht imstande sind, einen Druck auszuüben, so werden sie auch in späteren schlechten Zeiten bei den Arbeitern kein Gehör finden. Jetzt können wir durch revolutionäres Gerede wenig ausrichten, die Arbeiter haben einfach kein Interesse dafür. Wenn wir sie aber in den Tageskampf gegen ihre Unternehmer führen können, so werden wir sie nach und nach auch für höhere Ziele gewinnen. Denn das sozialistische Bewußtsein wird nicht durch Überredungskunst oder Massenversammlungen erzielt, sondern durch die Tat.

Fortsetzung: ZUR "GESCHICHTE DER KPdSU - KURZER LEHRGANG".

=====

Bei den Februarwahlen 1936 siegte diese "Volksfront" mit insgesamt 278 gegenüber 205 Mandaten der offenen Reaktion. Die Entwicklung konnte jedoch in Spanien bei diesem Sieg der "Demokratie" ebensowenig stehen bleiben wie die russische im Februar 1917. Ebenso wie die russischen Kornilows rüsteten die spanischen Francos zum entscheidenden Schlag. Die "Volksfront-regierung" der Azana & Co ließ nur widerstrebend die nach dem Oktober 1936 eingekerkerten Revolutionäre frei, sie verschleppte die Lösung der Agrarfrage in Parlamentskommissionen, trotzdem diese Frage für die 41,7% landwirtschaftlicher Besitzer (1/4 unter 3 Millionen), die insgesamt nur 2,2% des gesamten Bodens besaßen, sowie für die 2 Millionen Landarbeiter eine Lebensfrage war. Sie wagte sich nicht heran an die Aufteilung des Großgrundbesitzes, der mit 1,6% aller Besitzungen über 51,5% des Bodens verfügte, sie ließ im Gegenteil den aufsässigen Bauern in der Estramadura, die zur Zwangsenteignung gegriffen, mit Waffengewalt die "demokratische" Regeln beibringen, ebenso den streikenden Hafendarbeitern in Malaga. Aber andererseits ließ diese Volksfrontregierung, in der "Kommunisten" saßen, den offenen Reaktionären das uneingeschränkte Kommando der Armee und Flotte und andere Freiheiten zur Vorbereitung ihres Putsches vom 16.7.36.

Mit diesem Aufstand hatte die Gegenrevolution die Frage nach der "Weiterentwicklung" der Demokratie zur faschistischen Diktatur gestellt. In 33 von insgesamt 49 spanischen Provinzen wurden sie von den fast unbewaffneten Arbeitern und Bauern und ähnlich innerhalb der Flotte von den revolutionären Matrosen zurückgeschlagen. Auch die kämpfenden Arbeiter und Bauern konnten nicht bei der "Demokratie", dieser "natürlichen" Mutter des Faschismus stehen bleiben - wenn sie wirklich über den Faschismus siegen, d.h. seine kapitalistische Grundlage beseitigen wollten. Die "Kommunisten" aber blieben nicht nur bei der "Verteidigung der Republik" stehen, sondern beschimpften jeden als "Trotzkisten", als "faschistischen Spion" der es wagte Lenins Auffassung zu vertreten. Ebenso das Ekki :

" Das Präsidium des Ekki billigt die Linie des ZK der KPSp ... die Linie auf Verteidigung und Festigung der alle Rechte und Freiheiten des spanischen Volkes gewährleistenden demokratischen parlamentarischen Republik ... der Volksfront, in der die materielle Basis des Faschismus untergraben, in der kein Platz für den Faschismus sein wird, das Volk vielmehr ... selber sein Schicksal entscheiden kann. Das Präsidium des Ekki hält die auf ... weitere Kongolidierung der Kampfgemeinschaft und der brüderlichen Beziehungen zwischen Republikanern, Sozialisten, Kommunisten und Anarcho-Syndikalisten gerichtete Politik der KP für vollkommen richtig ... " ("Weg und Ziel, 2. Jahrgang, Nr. 2, S. 87/88. Unterstreichung im Original cursiv gedruckt)

Hören wir nun, was das Stalinsche Geschichtsbuch aus eigener und in Leninzitate über die in Rußland gemachten Erfahrungen der bürgerlichen und der proletarischen Revolution zu sagen gezwungen ist :

a) Über die Periode 1905

Die liberale Bourgeoisie ist an dem vollen Sieg dieser Revolution (der bürgerlich-demokratischen) nicht interessiert, da sie die zaristische Macht als Knute gegen die Arbeiter und Bauern braucht, die sie am meisten fürchtet." (S. 77)

"Eine klassische Kritik an der Taktik der Menschewiki und eine geniale Begründung der bolschewistischen Taktik hat Lenin in seiner historischen Arbeit "Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" gegeben. Diese Arbeit erschien im Juli 1905 ... Urteilt man nach dem Titel des Buches so könnte man glauben, daß Lenin darin ... nur die russischen Menschewiki im Auge habe. In Wirklichkeit entlarvte er in seiner Kritik ... zugleich die Taktik des internationalen Opportunismus". (S. 78/79)

"Der Ausgang der Revolution, schrieb Lenin, hängt davon ab, ob die Arbeiterklasse die Rolle eines Handlungers der Bourgeoisie, der zwar in seiner Stoßkraft gegen die Selbstherrschaft mächtig, politisch jedoch ohnmächtig ist, oder aber die Rolle des Führers der Volksrevolution spielen wird." (S.80)

"Wer die Rolle der Bauernschaft in der siegreichen russischen Revolution wirklich versteht, der könnte unmöglich davon reden, daß der Schwung der Revolution sich abschwächt, wenn die Bourgeoisie von ihr abschwenkt. Denn in Wirklichkeit wird der wahre Schwung der russischen Revolution erst dann einsetzen, wird so wirklich höchste revolutionäre Schwung, der in der Epoche der bürgerlich-demokratischen Revolution möglich ist, erst dann vorhanden sein, wenn die Bourgeoisie abschwenken und die Masse der Bauernschaft an der Seite des Proletariats als aktiver Revolutionär auftritt. Damit unsere demokratische Revolution konsequent zu Ende geführt werde, muß man sich auf solche Kräfte stützen, die fähig sind, die unvermeidliche Unkonsequenz der Bourgeoisie zu paralisieren, d.h. fähig sind, sie eben zu "veranlassen, abzuschwenken". (S.83 - aus Lenin zitiert)

"Lenin war der Auffassung, daß in der Folge eines siegreichen Volksaufstandes, die zaristische Regierung durch eine provisorische revolutionäre Regierung ersetzt werden soll. Die Aufgaben der ... Regierung bestehen darin ... das Minimalprogramm der Sozialistischen Arbeiterpartei Rußland zu verwirklichen. Ein entscheidender Sieg der Revolution über den Zarismus, schrieb Lenin, ist die revolutionäre-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft". (S.86)

"Von der demokratischen Revolution werden wir sofort und zwar nach Maßgabe unserer Kräfte, die Kraft des klassenbewußten und organisierten Proletariats den Übergang zur sozialistischen Revolution beginnen. Wir sind für die ununterbrochene Revolution. Wir werden nicht auf halbem Wege stehen bleiben." (S.90 - aus Lenin zitiert)

"In den stürmischen Tagen des politischen Oktoberstreiks (1905), im Feuer des Kampfes gegen den Zarismus, schuf die revolutionäre Schöpferkraft der Arbeitermassen eine neue mächtige Waffe + die Sowjets der Arbeiterdeputierten ... Die Bolschewiki betrachteten die Sowjets als Keime der revolutionären Macht." (S.95)

"Die Revolution zeigte, daß die liberale Bourgeoisie ein Bündnis nicht mit dem Volke, sondern mit dem Zaren suchte, daß sie eine konterrevolutionäre Kraft war, mit der eine Verständigung einzugehen, dem Verrat am Volk gleichkam." - Das sagt Stalins Geschichtsbuch (S.113)

b) über die Periode von 1917

"Am 2. Mai 1917 mußten Miljukow und Gutschkow unter dem Druck der Massen aus der Provisorischen Regierung austreten. Es wurde die erste provisorische Regierung gebildet, in die neben Vertretern der Bourgeoisie auch Menschewiki (Skobelew, Zeretteli) und Sozialrevolutionäre (Tschernow, Kerenski) eintraten Das war der Übergang der Menschewiki und Sozialrevolutionäre in das Lager der konterrevolutionären Bourgeoisie." (S.227)

"Auf der Konferenz (24. April 1917) traten Kamenew und Rykow gegen Lenin auf. Sie plapperten den Menschewiki nach, daß Rußland für die sozialistische Revolution nicht reif sei, daß in Rußland nur eine bürgerliche Republik möglich sei." (S.228)

"Die Konferenz stellte sich einmütig hinter Lenin ... und nahm Kurs auf den Sieg der sozialistischen Revolution." (S.230)

FORTSETZUNG FOLGT.

Verantwortlich: Kaees Müller, Anvers.

ARBEITERPOLITIK

Nr. 31/VI. Jahrgang

Zweite Augustwoche 1939.

25. Jahrgang später.

Wir haben in einem vorhergehenden Artikel das Deutschland vom Juli-August 1914 mit dem Deutschland 1939 verglichen. Wir wollen jetzt den Weltzustand von 1914 mit dem von 1939 vergleichen. Es handelt sich dabei nicht um einen Vergleich schlechthin, sondern um einen Vergleich vom Gesichtspunkt des Klassenkampfes der Arbeiter. Was ist von diesem Gesichtspunkt aus gesehen gleichgeblieben, was hat sich geändert?

Fassen wir die kapitalistische Welt ins Auge, so stehen sich wiederum zwei große imperialistische Lager gegenüber. Unter welchen Vorwänden, mit welchen Ideologien auch immer verleidet, verfolgen sie wieder imperialistische Kriegsziele. Wieder haben wir vor uns ein Lager der gesättigten imperialistischen Mächte, in dem wiederum England als Spitze des britischen Weltreiches die Führung hat. Und ein Lager der ungesättigten imperialistischen Mächte, in dem wieder Deutschland führt. Die Zusammensetzung der beiden Lager hat sich etwas geändert. Die wichtigsten dieser Änderungen sind, daß jetzt Italien und Japan mit Deutschland sich in einem Lager befinden, während die Türkei, der Verbündete des Deutschland von 1914, sich den Westmächten angeschlossen hat.

Was hat sich geändert?

Einer der wichtigsten Umstände ist, daß es sich jetzt um den zweiten imperialistischen Weltkrieg handelt, also um eine Wiederholung. Dieser Umstand, hat tiefgehende politische und psychologische Folgen. Manche Illusionen, mit denen die Massen im ersten Weltkrieg benebelt wurden, sind durch die einfache Tatsache, daß es sich jetzt um eine Wiederholung handelt, unmöglich oder mindestens schwerer eingänglich geworden. Unmöglich jetzt noch die Illusion, daß dieser Krieg der letzte sein wird, daß dies der Krieg sei, der dem Kriege überhaupt ein Ende machen werde, wenigstens solange er nicht mit dem Sturz der kapitalistischen Gesellschaft und dem Imperialismus endet. Die greifbare Gefahr der Wiederholung des Weltkrieges in noch größerem Umfange, als es der erste war, in noch furchtbareren Formen, bringt den werktätigen Massen aller Länder stärker zum Bewußtsein, daß die bestehende kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung der unversiegbare Quell des Krieges ist. Dieser Umstand erleichtert also die revolutionären Folgerungen. Im ersten Weltkrieg ahnten sehr wenige seine Schrecken, den Umfang und die Schwere seiner Verwüstungen. Diese Schrecken sind heute den breiten Massen in allen Ländern bewußt. Die hohlköpfige Illusion des "frisch-fröhlichen Krieges", des leichten und schnellen Krieges ist unmöglich geworden.

Der erste Weltkrieg sollte die Welt "für die Demokratie" sichern. Heute ist es zwar wieder die demokratische Phrase, mit der von der einen Seite der imperialistische Krieg bemäntelt wird. Aber nach dem Bankrott dieser Phrase in Verbindung mit dem ersten Weltkrieg, ist es zumindestens schwerer geworden, sie unbesehen schlucken zu lassen. Auf der anderen Seite hat es seine Schwierigkeiten, glaubhaft zu machen, daß "die deutsche Kultur" eine Weltmission habe. Alle diese ideologischen Maskeraden sind mehr oder weniger angefressen, zerschlagen, verdächtig geworden.

Neu ist, wenigstens im Vergleich mit 1914, die Existenz eines proletarischen Staates, der Sowjetunion anstelle des zaristischen Rußlands.

Freilich, Sowjetrußland trat noch vor dem Ende des Weltkrieges in die Erscheinung. Es ist daher angebracht, auch das Sowjetrußland von 1917/18 mit der Sowjetunion von 1939 zu vergleichen. In dem Sowjetrußland von 1917/18 tobte der Bürgerkrieg, zu dem sich die auswärtige Intervention gesellte. Dieses Sowjetrußland kämpfte auf Tod und Leben um seine revolutionäre Existenz. Heute ist der Bürgerkrieg längst beendet, ebenso die auswärtigen Interventionen. Sie sind nur noch geschichtliche Erinnerungen. Bereits ist eine jüngere Generation herangewachsen, die den Bürgerkrieg und die auswärtige Intervention nicht mehr bewußt erlebt hat.

Das Sowjetrußland von 1917/18 war von dem Gedanken seiner revolutionären Weltmission erfüllt. Es sah die Weltrevolution als nahe bevorstehend, es förderte sie bewußt, offen und mit voller Kraft.

Anders die Sowjetunion von heute unter der Stalinschen Führung. Ihre revolutionäre Expansionskraft scheint erloschen. In Spanien und in China tritt es als reaktionäre, ja konterrevolutionäre Kraft auf. Die alten Ausbeuterklassen, Kapitalisten, Großgrundbesitzer, Großbauern (Kulaken) sind im heutigen Sowjetrußland vernichtet. Aber eine neue gesellschaftlich privilegierte Schicht hat sich in der Sowjetunion auf der sozialistischen Grundlage entwickelt, deren Spitze das Stalinregime ist. Die materiellen Kräfte des Sowjetstaates und seiner Armee sind mächtig gewachsen, aber die inneren "moralischen" Kräfte sind zurückgegangen, in dem Maße, wie die gesellschaftliche Differenzierung und das Versiegen der revolutionären Expansionskraft vorangeschritten sind.

Das Rußland der Oktoberrevolution strengte alle seine Kräfte an, um aus dem imperialistischen Kriege und der imperialistischen Mächtekoalition herauszukommen. Die Stalinsche Sowjetunion dagegen kämpft angestrengt darum, sich in eine der beiden imperialistischen Koalitionen, die der Westmächte, einzuschalten. Das Rußland der Oktoberrevolution war von dem Geiste des proletarischen Internationalismus erfüllt. In der Stalinschen Sowjetunion ist der altrussische Chauvinismus wieder belebt.

Die zweite wichtige Neuerscheinung von internationaler Bedeutung ist der Faschismus. Der Faschismus ist eine expansive konterrevolutionäre Doktrin. Sie hat internationale Bedeutung für die Entwicklung des Kapitalismus auf dem absteigenden Ast ihrer Entwicklung. Das traf weder auf das wilhelminische Deutschland, noch auf das habsburgische Österreich-Ungarn ein.

1914 war das innerlich schwächste Kettenglied des kapitalistischen Staatensystems das zaristische Rußland einerseits, das wilhelminische Deutschland der Junker und Militaristen andererseits, das zarische Rußland als das wirtschaftlich und kulturell rückständigste der kapitalistischen Großstaaten, Hohenzollerndeutschland als derjenige kapitalistische Großstaat, in dem die politische Verfassung und die wirtschaftliche, technische und kulturelle Entwicklung aufs stärkste kontrastierten.

Heute sind Deutschland und Italien, Polen und Japan die schwächsten Kettenglieder der kapitalistischen Welt vom Gesichtspunkt der revolutionären Möglichkeiten. Aber Deutschland ist das in einem ganz anderen Sinne wie es das zaristische Rußland von 1914 war. Es ist das kapitalistisch entwickeltste Land Europas, aber gleichzeitig ist es das Land der größten sozialen Spannungen, das Land, das der proletarischen Revolution am nächsten steht.

Stark verändert ist auch die Rolle der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika. Sie traten 1914-18 als Hilfskräfte der Westmächte in den Krieg. Heute treten sie an den imperialistischen Krieg mit dem ausgesprochenen Willen heran, in ihm und durch ihn die imperialistische Hegemonie in der Welt zu erobern.

Die kapitalistische Wirtschaft im Ganzen ist 1939 unvergleichlich stärker und tiefer erschüttert und zerrüttet wie 1914. Sie trägt heute noch schwer an den Lasten, die der erste Weltkrieg hinterlassen hat. Das System der Weltwirtschaft ist zersetzt, zerrissen, zerplittert. Und inzwischen ist dem Kapitalismus bereits in der Sowjetunion der Sozialismus als im Fundament entgegengesetztes Wirtschaftssystem gegenübergetreten.

In militärischer Hinsicht ist die wesentliche Veränderung seit 1914 die mehr oder weniger weitgehende Aufhebung der Trennung zwischen Front und Hinterland.- der "totalitäre" Krieg.

Die internationale Arbeiterbewegung von 1939 im Vergleich zu 1914 ist vor allem dadurch gekennzeichnet, daß jetzt noch vor dem Ausbruch des Krieges selbst die beiden großen internationalen Arbeiterorganisationen, die Zweite und die Dritte Internationale, den Standpunkt des Sozialchauvinismus bezogen haben.

Was 1914 zu Beginn des Krieges plötzlich überraschend eingetreten war, ist 1939 bereits von vornherein eine fertige Tatsache.

Aber auf der anderen Seite ist die Erscheinung neu, daß heute in Deutschland (und wohl auch in Italien) Millionen Arbeiter und Kleinbürger die militärische Niederlage ihrer Regierungen herbeiwünschen.

Das war 1914 unter den Großstaaten nur im zaristischen Rußland der Fall.

- : - : -

KOMMENDE VERHANDLUNGEN ÜBER DANZIG ?

=====

Auf Anweisung Hitlers ist der Danziger Senat in der Frage der polnischen Zollinspektoren zurückgewichen. Das deutet darauf hin, daß die Nazis in der Danziger Frage noch Zeit gewinnen wollen, um ihre Vorbereitungen in Danzig selbst und auf dem Gebiet der internationalen Politik zum Abschluß zu bringen. Es handelt sich dabei vor allem um die Verhandlungen über ein Militärbündnis zwischen Japan und den Achsenmächten.

Andererseits gehen Gerüchte um, über allerhand Versuche, die von Chamberlain ausgehen sollen, um in der Danziger Frage zu Verhandlungen mit Hitlerdeutschland zu kommen. Es ist die Rede von einer Mission des Zeitungslords Kemsley zu Hitler, von einem Plan einer Fünfmächte-Konferenz über Danzig (England-Frankreich-Deutschland-Italien-Polen). Ferner soll eine englische Mission (Ridley) die Frage untersuchen, ob Danzig für Polen absolut unentbehrlich sei und ob sich nicht irgendwelche Kompensation für die eventuelle Abtretung Danzigs für Polen schaffen ließe. Der Hudson-Plan (große Anleihe an Deutschland für Überleitung zur Friedenswirtschaft) soll noch nicht aufgegeben sein, es sollen in diesem Sinne Gespräche zwischen Montagu Norman, Gouverneur der Bank von England, und dem deutschen Reichswirtschaftsminister Funk stattgefunden haben.

Es ist offensichtlich, daß die Rede von Rydz-Smigly über Danzig unter englischem Einfluß stark abgedämpft war. Auch Rydz-Smigly bot seinerseits Verhandlungen an. Dieses Angebot ist umso auffälliger, als es nicht von einem Diplomaten, oder politischen Minister, sondern von dem Oberbefehlshaber der polnischen Armee ausgeht.

In England selbst sind die Stimmungen in den bürgerlichen Kreisen geteilt. Die einen sehen den Augenblick gekommen, "um Hitler zu stoppen", die anderen streben nach einem Kompromiß über Danzig und dem abermaligen Ausweichen vor einem offenen Konflikt. Die erstere Stimmung scheint mehr in den industriellen Kreisen zu herrschen, die andere mehr in den Kreisen der Londoner City.

- : - : -

Das allgemeine Ziel, das England im Fernen Osten verfolgt, wird hell beleuchtet durch eine Rede, die der Außenhandelsminister Hudson gegen Ende Juli in seinem Wahlkreis Laistershire gehalten hat.

Hudson sagte : "der Friede der Welt während der nächsten 20 oder 30 Jahre hänge davon ab, wie die großen unentwickelten Räume, wie die in China, unter den überbevölkerten Nationen aufgeteilt werden."

Es handelt sich offensichtlich um die Aufteilung Chinas und anderer Gebiete unter die imperialistischen Staaten. Eine Zuschrift an den "Manchester Guardian" machte zutreffenderweise darauf aufmerksam, daß China selbst ein "überbevölkertes" Gebiet sei. Aber die Überbevölkerung ist nur eine traditionell gewordene beschönigende Redensart, um die imperialistischen Appetite der kapitalistischen Staaten zu begründen. Worauf es für diese Staaten ankommt, ist, daß es sich in China zwar um überbevölkerte, aber um kapitalistisch unentwickelte Gebiete handelt.

= : = : =

" MANÖVER "

=====

Allenthalben finden in diesen Tagen "Manöver" großen Umfanges statt.

Große Manöver in Deutschland, wo gegenwärtig ungefähr 2 Millionen Mann mobilisiert sind und in den nächsten Wochen noch eine weitere halbe Million einberufen werden soll.

Manöver in der italienischen Po-Ebene, die die Vernichtung von französischen Truppen, die dort von den Alpen her als eingedrungen unterstellt werden, durch schnelle und motorisierte Divisionen vor demonstrieren sollten.

Große türkische Manöver in Thrazien.

Rumänische Manöver in Siebenbürgen. Rumänien will bis Ende August etwa 900.000 Mann mobilisiert haben.

Große englische Flottenmanöver unter Heranziehung der Reserveflotte in der Nordsee.

= : = : =

AUS DEM PROTEKTORAT.

=====

Im ganzen Protektorat und in der Slowakei sind umfangreiche Truppenverstärkungen und Truppenbewegungen zu verzeichnen. In Prag wimmelt es jetzt von deutschen Soldaten. In den Nächten vom 22. und 23. Juli haben allein 23 Truppenzüge Prag verlassen, alle in der Richtung nach Osten, auch verstärkter Autoverkehr war festzustellen. Bei Mährisch-Ostau ist die Grenze durch umfangreiche Stacheldrahtfelder abgesperrt. Der Zutritt zu den Wäldern ist in dieser Gegend verboten. Alle öffentlichen Gebäude und Schulen sind für militärische Zwecke beschlagnahmt. Die Bauern haben das unreife Getreide abmähen müssen, weil auf den Feldern Befestigungen angelegt worden sind.

Die Furcht vor den Tschechen ist bei den "Protektoren" sehr groß. Das Durchschneiden von Telephonleitungen nimmt überhand, trotz Androhung harter Strafen und selbst der Todesstrafe. Wie das im besetzten "Feindesland" üblich ist, müssen dann die betreffenden Gemeinden Bußen dafür zahlen.

Auf Anordnung Himmlers werden alle deutschen Männer zwischen 20 und 50 Jahren im Protektorat bewaffnet. Überall sind Munitionsvorräte angehäuft und in Pilsen sind sogar leichte Maschinengewehre an die "zuverlässige" Bevölkerung ausgegeben worden.

In dem von Truppen dicht belegten Kreis Mährisch-Ostau herrscht bereits empfindlicher Mangel an Lebensmitteln, besonders an Fett, Eiern, Butter und Käse. Im Wittkowitz Werk gibt es ab 15. Juli keinen Urlaub mehr. Man versucht immer mehr die Tschechen durch Deutsche zu ersetzen. Die Werke haben die Produktion wegen Kohlenmangel eingeschränkt. Sämtliches Eisen wird aus den Werken nach Deutschland überführt, so daß die darauf angewiesenen Metallbetriebe im Ort jetzt still-liegen. Am Sonntagabend den 23. Juli war große Aufregung im Ort, Punkt 9 Uhr stimmten die 600 Tschechen die im Ostrauer Gefängnis sitzen, Heimat- und Kampflieder an. Diese Demonstration dauerte 2 Stunden, der Massengesang schallte auf die Straßen hinaus.

In allen Dörfern Böhmens und Mährens sind deutsche Kommissare eingetroffen. Sie nehmen systematisch das bewegliche Eigentum und die Vorräte auf, insbesondere Vieh und Getreide. Auch die Ernte wird von ihnen kontrolliert. Den Bauern schwant nicht gutes.

Gegen die tschechische Minderheit in dem zum Reich gekommenen Sudetenland wird ein rücksichtsloser Unterdrückungsfeldzug unternommen. Dieser halben Million Tschechen ist jedes gesellschaftliche und kulturelle Eigenleben genommen worden. Nicht nur Sport- und Turnvereine, auch Theatervereine und ähnliche werden an der Betätigung gehindert. Die Zahl der noch verbliebenen tschechischen Schulen ist an den Fingern abzuzählen.

Im Mai und August sind umfangreiche Transporte tschechischer Arbeiter in die Steinbrüche und Zementfabriken Hannovers abgegangen. Sie wurden von der NSV dort mit Musik und Erfrischungen sehr freundlich empfangen. Es wurden Bierabende veranstaltet, auf denen "man sich kennen lernen sollte". Diese "Betreuung" ging einige Wochen hindurch fort, bis man sah, daß die Tschechen in keiner Weise darauf reagierten. Dann setzte der Terror ein. Briefwechsel und Zusammenkünfte werden jetzt streng überwacht und der geringste Verstoß wird scharf bestraft. Der Lohn ist ziemlich hoch, 74 Mark die Woche, aber nach den Abzügen bleiben nicht mehr als 44 Mark. Außer den üblichen Abzügen werden auch die Transportkosten ratenweise abgezogen. Nach einem halben Jahr gibt es zweimal 5 Tage Urlaub. Dafür muß dann aber jeden 4. Sonntag gearbeitet werden. Die Urlauber dürfen nur in geschlossenen Transporten nach Böhmen zurückfahren.

Im Anfang wurde jeder tschechische Arbeiter angehalten deutsch zu lerner jetzt nimmt man am liebsten solche die überhaupt kein deutsch verstehen.

= : = : =

AUS HITLERDEUTSCHLAND.

Die wachsenden Finanz- und Rohstoffschwierigkeiten.

Die "Frankfurter Zeitung" (Handelsblatt vom 7. August 1939) zitiert folgende Ausführungen aus den "wirtschaftlichen Mitteilungen" der Deutschen Bank, die für sich selbst sprechen :

Die Liquidität der Betriebe, erklären diese Mitteilungen, werden steigend belastet durch die Steigerung der Vorräte und der Kunderkredite. Beide seien "Mangelercheinungen". "In den Betrieben sammelten sich größere Mengen Halb- und Dreiviertels-fertiger Erzeugnisse an, die nicht verkaufsfähig gemacht werden können, weil Teilstücke oder kleine Mengen bestimmter Stoffe fehlen, die zur Fertigstellung nicht entbehrt werden können. Zur Bindung von Betriebskapital durch größere Vorräte gesellen sich schließlich noch diejenigen durch den Erwerb von Steuergutscheinen im Rahmen des neuen Finanzplans. Alles in allem genommen sei damit bei der Mehrzahl der Unternehmer die Zeit großer und übergroßer Flüssigkeit vorbei."

Übrigens ist das Bild, das hier gezeichnet wird, auch eine nette Illustration der faschistischen "Planwirtschaft".

Die wachsende Kohlenknappheit hat jetzt Göring veranlaßt, einen "Beauftragten für die Leistungssteigerung im Kohlenbergbau" zu ernennen. Daraus geht hervor, daß die bisherigen Maßnahmen (Verlängerung der Arbeitszeit, Begünstigung der Schweinehaltung usw.) unwirksam geblieben sind. Sie sind unwirksam geblieben, nicht zuletzt infolge des passiven Widerstandes der Arbeiter, der sich in den verschiedensten Formen äußert (freiwillige Feierschichten, langsames Arbeiten usw.).

Das Kohlenproblem, sagt die amtliche Mitteilung, sei zu einem "Kardinalproblem für Staat und Volk" geworden. Der neue Kommissar soll für "Bereitstellung der fehlenden Arbeitskräfte" sorgen. Neue Maßregeln sollen getroffen werden für die bessere Ernährung der Bergleute, für den Bau von Wohnungen, für erhöhten Einsatz von Bergbaumaschinen usw.

Die kurzfristige Schuld des Reiches hat sich nach einer Angabe der "Frankfurter Zeitung" im Juli um nichts weniger als eine Milliarde vermehrt.

- : - : -

Allgemeine Lage

Zur allgemeinen Stimmung der Bevölkerung ist zu sagen, daß die Mißstimmung im letzten halben Jahr gewachsen ist. Einmal haben sich die Mißstimmung und die gegen die Nazis gerichtete Passivität verstärkt und 2. hat die Mißstimmung breitere Kreise ergriffen, bis in die Anhängerschaft der Nazis hinein. Ein Symptom dafür: ein bisher immer begeisterter SS-Mann kam zum ersten Mal anlässlich der Feiern der Jugoslawen Zweifel, wohin diese Verschwendung führen solle. Diese Zweifel wurden ausgelöst durch seinen Ärger über die starke Inanspruchnahme zum Spalier- und Wachestehen. Er ist Arzt und mußte ohne Entschädigung für 4 1/2 Tage seine Praxis absagen, um Wache zu stehen, während Göring und die Jugoslawen oben saßen. Die SS-Wachmannschaft habe aus Protest laut gesungen, bis es verboten wurde.

In bürgerlichen Kreisen beschäftigen die Bankgesetzgebung, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Repressalien gegen die Kirchen, die Gemüter zunehmend. Der Mangel an Kaffee, an Butter, an Eiern hält die Frage wach: "Wie wird es erst im Kriege werden?" In bürgerlichen Kreisen erzählt man: in Neukölln sei auf dem Pflaster gemalt worden: "Wir haben keinen Kaffee, keine Butter, kein Ei, dafür eine neue Reichskanzlei." In diesen Kreisen erzählt man auch, die Bergarbeiter im Ruhrgebiet leisten passiven Widerstand.

Obwohl man meint, Danzig gehöre zum Reich, fürchtet man den Krieg. Das wüste Pressegeschimpfe erregt Widerwillen. Die Kriegsangst besteht nach wie vor und wirkt lähmend. Die Beteiligung an der gemachten Begeisterung bei Feiern und Empfängen nimmt immer mehr ab. Vom 20. April bis Anfang Juni waren fünf schulfreie Tage anlässlich der Staatsfeiern. Aus einer Schulklasse von 45 Kindern beteiligten sich an allen 5 Tagen ganze 5 Mädchen, obwohl 50% im Bunde der Mädchen sind. Die Eltern erlauben das Spalierstehen häufig nicht mehr. Sie schimpfen über den Schulausfall.

Eine Verschärfung des Druckes auf alle Schichten ist festzustellen. Beim Militär wird allgemein eine Verschärfung des rüden Tones beobachtet. Ein junger Offizier begrüßt die zur Übung einberufenen Soldaten auf dem Kasernenhof in seiner ersten Rede ungefähr so: "Was Ihr auch im Zivilberuf sein mögt, ob Arbeiter, Ingenieur oder Professor, vor mir seid Ihr alle Scheißkerle."

Die aus der Vorkriegszeit und Kriegszeit berichteten Unteroffiziersschikanen sollen lächerlich sein gegen die heutigen. Schlimmer noch ist die physische Überanstrengung. Rücksichten auf Gesundheit und Leben fallen

mehr und mehr. Bei einer Abteilung der schweren Artillerie kamen in kurzer Zeit 6 schwere Unglücksfälle vor. Darunter ein Schädelbruch und andere schwere Brüche. 14 Stunden Arbeitszeit in der Schreibstube im Juni. Vorverlegung des Termines für Rekrutenmusterung von August in den Juni. Ähnlich geht es in den Arbeitslagern zu. Aus einem Lager in Ostpreußen werden 17 Todesfälle an einer Art ansteckender Genickstarre berichtet. Der mir aus meinem Bekanntenkreis von dort berichtete Todesfall hätte bei sachgemäßer Behandlung vermieden werden können. Ich persönlich hörte in der letzten Zeit von noch zwei Fällen lebensgefährlicher Erkrankung durch Vernachlässigung im Arbeitsdienst. Aus einem Lager hörten wir, daß die Arbeitmäner sich nur im Dauerlauf über den Hof bewegen dürfen.

Ein Genosse berichtet ein Beispiel aus der Nazijustiz :

Ein junger Arbeiter hatte im Betrieb Dachpappe gestohlen für seinen Freund. Da kriegswichtiger Betrieb erhält er längere Gefängnisstrafe. Er legt Berufung ein, da die Strafe viel zu hoch für die Art des Vergehens ist. Darauf hin erhält er 3 Jahre Zuchthaus und anschließend Sicherheitsverwahrung wegen der in der Berufung zum Ausdruck gekommenen staatsfeindlichen Einsichtslosigkeit.

Was Ihr in allen Berichten aus den verschiedenen Gegenden Deutschlands über das Steigen der Mißstimmung und der Sabotagebewegung in der Arbeiterbewegung bringt, stimmt mit den Beobachtungen unserer Genossen überein. Viele Erscheinungen des Nachlassens in der Arbeitsleistung sind aber noch nicht auf passiven Widerstand, sondern auf Überanstrengung zurückzuführen. Ein Genosse, der 4 Wochen in einem Erholungsheim war, erzählte, daß alle, die er dort sprach, über Überanstrengung klagten. Verpflegung war schlecht. Der Heimleiter klagte über die Schwierigkeiten, die nötige Verpflegung zu erhalten. Desgleichen erzählte eine Leiterin eines NSV-Kinderheimes : "Aber sagen darf man nichts, wenn in der Buttersendung für das Heim verschimmelte blaue Stücke stecken". Eine Frau, die aus dem westphälischen Zechengebiet zu Besuch in K war, erzählte, daß ihr Mann heute in der Grube bei 38 Grad 8 Stunden arbeiten müsse. Früher ab 27 Grad nur 7 Stunden.

Trotz der obigen Einschränkung läßt sich feststellen, daß die Maßnahmen der letzten Zeit : Arbeitszeitverlängerung, Lohnabbau, Preissteigerung, Beschränkung der Freizügigkeit, Verschlechterung der Lebensmittel, die Mißstimmung und die Empörung in der Arbeiterschaft gesteigert haben. Ein Genosse erfuhr von einem Gewährsmann, der Zutritt zu Heinkel bei Rostock und Oranienburg hatte, daß bei den Frauen dort die aufrührerische Stimmung allgemeiner sei. Das Betriebssystem sieht vor, daß die Familien Wohnungen haben, auch Lebensmittel und Kleidung im Werksladen beziehen. Der Lohn ist so bemessen, daß ihnen nach Bezug des Nötigsten kein Groschen bleibt. Die Frauen äußern ihre Empörung darüber völlig offen, ohne daß ihnen etwas geschieht.

Die eilig und mit Strafandrohungen erzwungenen Luftschutzkurse lösen Mißstimmung aus wegen des Zwanges und weil sie völlig unzureichend und lächerliches Theater sind. Die Arbeiterfrauen sabotieren durch dumme Antworten und indem sie auf die Schläuche treten und Unsinn machen. Im Vergleich mit dem, was man bei uns hört, wirken die Berichte über die Widerstände in den Betrieben in der "Arpo", aber auch zum Teil in anderen Emigrantenzeitschriften viel echter, als in den vergangenen Jahren.

= : = : =

Widerstände.

In den Rüdersdorfern Kalkwerken sollte im April die Arbeitszeit von 8 auf 9 Stunden verlängert werden. Die gesamte Belegschaft verließ trotz des darauf hinweisenden Anschlages nach 8 Stunden den Betrieb. Am folgenden Tag erschien ein Anschlag mit dem Hinweis auf das Arbeitszeitgesetz und Strafandrohung. Die Arbeiter verließen trotzdem geschlossen den Arbeitsplatz. Drei bis vier Tage lang erschienen Anschläge mit sich steigenden

Drohungen. Ohne Erfolg bei den Arbeitern. Schließlich blieben die Anschläge fort. Ob späterhin noch Maßregelungen erfolgt sind, ist uns noch nicht bekannt geworden.

In den Arbeitslagern am Westwall forderten die Arbeiter im Frühjahr Verbesserung des Lohnes, der Arbeitsbedingungen, wie Unterbringung, Urlaub, Fahrgeldzuschüsse und Verpflegung. Es gelang ihnen, einige Verbesserungen durchzusetzen. Dennoch setzte ein verschärfter Druck ein, Verhaftungen erfolgten, ein Heer von Spitzeln überschwemmte die Lager, Polizeiflitzer sausten herum.

Hinein in die NSV : - In der Werbewoche für die NSV, in der jedes NSV-Parteimitglied 2 neue Mitglieder werben sollte, zeigte sich, daß die Arbeiterschaft sich gegen das Ausgekämmtwerden wehrt. In einem Betriebe von 200 Arbeitern konnte kein einziges Mitglied geworben werden.

In einem großen Wohnblock eines Arbeiterviertels fand sich ebenfalls niemand. In einem anderen ein einziges neues Mitglied.

= : = : =

AUS DER SCHWEIZ.

=====

Die Anbiederungsversuche der KPS an die SPS sind rundweg abgelehnt worden an der Parteitagung zu Lausanne. Die erniedrigenden Aufnahmebedingungen für die KP Genossen, wurden erneut bestätigt, so daß der gemeinsame Übertritt von Sektionen unmöglich ist. Die Hoffnung der KP Führung, eine Plattform zu finden zur gemeinsamen Arbeiterpartei, ist in die Ferne gerückt, denn erstens ist die KP durch ihre falsche Taktik so bedeutungslos geworden, daß sie kein Anrecht mehr besitzt irgendwie ernst genommen zu werden und zweitens kann die SP Führung keinen Zusammenschluß befürworten, um sich nicht vor dem Bürgertum zu kompromettieren. Auf diesem Gebiet sind also Überraschungen nicht zu erwarten. Die im Herbst stattfindenden Nationalratswahlen werden dies bestätigen. Die sogenannten Listenverbindungen der SP mit der KP wird nicht zustandekommen, trotzdem dies im Interesse der Arbeiterschaft zu begrüßen wäre. Gegenwärtig sitzen verschiedene "Spanienfahrer", darunter Brunner, im Gefängnis. Der Prozeß gegen Brunner, resp. die Freilassung von der Untersuchungshaft bis zur Verurteilung unter Leistung einer Kautions, war ein großer Erfolg beschieden. Innerhalb 4 Tagen wurden die 5.000 Franken gesammelt, bekannte linksstehende Demokraten gaben ihren Beitrag dazu. Allgemein erwartete man auf den 1. August, den "Nationalfeiertag" der Schweiz, eine allgemeine Amnestie für die Spanienfahrer. Doch der reaktionäre Bundesrat lehnte dieses Begehren ab, d.h. jeder Einzelne muß ein Begnadigungsschreiben an diese Herren richten. Es müßten keine Spanienfahrer sein, sollten sie davon Gebrauch machen. Eine Folge dieser schandbaren Handlung ist dann auch eine schöne Zahl der Unterschriften, die von der SP lanziert wurde, für die Wahl des Bundesrates durch das Volk. Bis heute wurde derselbe von der vereinigten Bundesversammlung gewählt, wo natürlich der reaktionär eingestellte Ständerat die ganze Geschichte nach seinem Gutdünken beeinflussen kann. 160.000 Unterschriften sind vor einigen Tagen in Bern deponiert worden, sodaß die erforderliche Zahl von 50.000 Unterschriften, die eine Initiative benötigt, um das dreifache Überschritten wurde. Die Wut gegen den Bundesrat, speziell gegen Mota, ist im Volke so groß, daß diese Initiative eine gute Protestaktion zu versprechen gilt. Die Ausweisungen der Schweizer aus dem Südtirol hat die Gemüter der Schweizer in Wallung gebracht und allgemein wird gefordert, daß die Schweiz zu Gegenmaßnahmen greifen soll, leben doch in der Schweiz 160.000 Italiener und bloß 16.000 Schweizer in Italien. Diese Forderung hat natürlich seinen Haken, es würden ja doch nur die Arbeiter die Leidtragenden sein, die Besitzende Klasse würde sicher davon verschont, - man kennt ja die "wirtschaftlichen Verbindungen" der maßgebenden Behörden.

Über den Verlauf der Tagung des IGB werdet Ihr sicher schon unterrichtet sein. Wir Gewerkschaftler verurteilen auf der ganzen Linie diese Haltung.

Für uns Schweizer ist es beschämend, daß der Gewerkschaftsbund seine Delegation in diesem Sinne unterwies, denn es ist alles andere als demokratisch, wenn man Beschlüsse von so großer Tragweite beschließt, ohne auch nur eine Gewerkschaftsorganisation zu begrüßen. Von meiner Seite werde ich die Gewerkschaftler dazu auffordern, dagegen zu protestieren. Wenn auch diese Proteste die Sachlage nicht mehr ändern können, so muß nach außen doch gesagt werden, daß diese sog. Führer das Vertrauen der Masse in dieser Frage nicht besitzen. Und das ist sicher recht so.

= : = : =

Fortsetzung : " ZUR GESCHICHTE DER KPdSU - KURZER LEHRGANG "

(Schluß der Zitate aus dem Stalinschen Geschichtsbuch über die Periode von 1917)

"Kornilow hatte seine konterrevolutionäre Aktion vorher mit Kerenski vereinbart. Aber in dem Augenblick, als die Aktion Kornilows einsetzte, rückte er von seinem Bundesgenossen ab. Kerenski befürchtete, daß die Volksmassen, sobald sie sich gegen Kornilow erheben ... zugleich auch die bürgerliche Regierung Kerenski hinwegfegen würden, falls sie sich nicht jetzt schon von der Kornilowaktion abgrenzt." (S.242)

" Die Bolschewiki ... stellten aber auch den Kampf gegen die Regierung Kerenski nicht ein. Die Bolschewiki entlarvten vor den Massen die Regierung Kerenskis, die Menschewiki und SR, die mit ihrer ganzen Politik objektiv der konterrevolutionären Verschwörung Kornilows Hilfe leisteten." (S.242-43)

Über die Ursachen, die den Sieg der Roten Armee ermöglichten, heißt es in dem Geschichtsbuch, daß sie siegen konnte, "weil die Politik der Sowjetmacht, in deren Namen sie Krieg führte die richtige Politik war" - "weil sie ihrem Volke bis zum letzten treu und ergeben war ... Eine Armee aber, die sich gegen ihr Volk wendet, muß eine Niederlage erleiden" (Maikämpfe 1937 in Barcelona !). Als letzte Ursache ihres Sieges wird die Unterstützung der internationalen Arbeiterklasse erwähnt über die Lenin sagte : "Sobald die internationale Bourgeoisie zum Schlage gegen uns ausholt, fallen ihr die eigenen Arbeiter in den Arm" (zitiert auf S.298).

Aber trotz aller Lehren, die Lenin aus der revolutionären Bewegung Rußlands (und nicht nur Rußlands) gezogen hatte, trotz all der traurigen Erfahrungen, die Stalins Strategie und Taktik bei der proletarischen Niederlage 1926 in Polen beim Pilsudski-Staatsstreich - bei der Niederlage der finnischen Arbeiter 1931 in Finnland durch die Lappofaschisten - und schließlich bei der ebenso kampflosen Niederlage der deutschen Arbeiter 1933 vor den Nazis - gemacht hatte - oder machen konnte, hat dieser Stalinkurs in Spanien seinen bisher tiefsten Punkt absoluter Unfähigkeit zur Weiterführung der proletarischen Revolution bewiesen.

Wenn das Stalinsche Ekki den spanischen Arbeitern weiszumachen versucht, daß die parlamentarisch-demokratische Republik alle Rechte und Freiheiten des spanischen Volkes gewährleisten, die materielle Basis des Faschismus untergraben, und in ihr das Volk selber sein Schicksal entscheiden kann - dann verneint es damit die Notwendigkeit des Kampfes für die Räterepublik. Das Fazit sieht so aus :

1. 1917 Kampf und Sieg der proletarischen Revolution in Rußland, dank Lenins Führung.
2. 1926-1933 Völlige, durch Stalins ultralinke Kominternpolitik verursachte Ohnmacht und Passivität der polnischen, finnischen und deutschen Kompartei zur Ausnutzung objektiv revolutionärer Situationen.

3. 1936-1939 Aktive Mitwirkung der spanischen Komintern-Sektionen bei der Beseitigung der Arbeiter-Bauern- und Soldatenkomitees, bei der Schaffung einer rein bürgerlichen Armee (Miaja-kommunistisches Ehrenmitglied), bei der Festigung der bürgerlichen Regierung und Parlaments (Rückberufung reaktionärer Parlamentarier), bei der Verfolgung und Niederschlagung der revolutionären proletarischen Kräfte.

Dahin hat die Stalinsche Kominternpolitik geführt.

Es ist kein Wunder, daß die internationalen Fragen im Stalinschen Geschichtsbuch so kurz, oberflächlich und oft falsch behandelt werden, daß z.B. im ganzen Buch nicht einmal der Name der heute stärksten außerrussischen Kominternsektion erwähnt wird, geschweige denn über ihre, oder über die Tätigkeit einer anderen Sektion ein Wort gesagt wird. Stalin liebt dies Gebiet nicht, weil es noch viel weniger als der russische, geeigneten Stoff für seine Verherrlichung zu bieten vermag.

+ + + +

10. Der "Trotzkist" Stalin.

Nachdem die Volksfrontpolitik bei ihrer praktischen Anwendung sowohl in Frankreich, als noch mehr in Spanien ihre verderblichen Wirkungen gezeigt, hält es auch Trotzki für angebracht von der "verfaulenden und infamen Politik der Volksfront" zu schreiben. Jedoch ganz mit Unrecht. Er war es, der im Jahre 1932 schon der KPD den Rat gab, ihrem Kampf das Etappenziel der Sicherung der Demokratie zu stellen, der in einer seiner damaligen Broschüren (Wie kann der Faschismus geschlagen werden?) an die KPD die Frage richtete: ob sie sich wohl einbilde, die Sozialdemokratie und den Faschismus gleichzeitig schlagen zu können? Trotzki hat 1932 ebenso wenig wie das Ekki, oder wie Stalin 1936 verstanden, daß der Sieg über den Faschismus unmöglich ist, solange der sozialdemokratische Einfluß in der Arbeiterschaft, der notwendigerweise ihre Kräfte fesselt, nicht bei der entscheidenden Mehrheit der Arbeiterklasse überwunden und durch den kommunistischen ersetzt ist. Genau so wenig, wie die Bolschewiki ihren Kampf gegen die Zeretteli-Kerenski einstellen konnten um Kornilow, und den russischen Kapitalismus, als die Wurzel aller mehr oder weniger offenen Konterrevolution zu vernichten, ebenso wenig konnten auch die deutschen Arbeiter den Kampf gegen die Sozialdemokratie einstellen. Um die kapitalistische Reaktion zu stürzen, die als letztes Mittel ihrer Rettung die Hakenkreuzfahne hißt, kann die Arbeiterklasse nicht das Drahtverhau der reformistischen Illusionen unversehrt lassen, mit dem der Kapitalismus seine Stellung sichert. - Die spanische Revolution hat sich darin verstrickt und verblutet.

Die konsequente Anwendung des trotzkistischen Ratschlages blieb zur Ironie der Geschichte ausgerechnet Josef Stalin vorbehalten. Er ist der größte Trotzkist.

Daß die Formen des Kampfes gegen die Sozialdemokratie andere sind als gegen den Faschismus, ist selbstverständlich. Die Taktik der Einheitsfront gegenüber der Sozialdemokratie, die unter Stalins Führung mit "Nichtangriffspakten" und "Verschmelzungen" denaturalisiert wurde, soll nach Lenin den sozialdemokratischen Arbeitern die Möglichkeit geben, sich selbst von der Unrichtigkeit der reformistischen Politik zu überzeugen, soll dadurch die Sozialdemokratie so stützen, "wie der Strick den Gehängten".

"Der Trotzkismus war der Haupthebel für die Verbreitung des Zentrismus. - Zentrismus, schreibt Stalin, ist ein politischer Begriff. Seine Ideologie ist die Ideologie der Anpassung, die Ideologie der Unterordnung der proletarischen Interessen unter die Interessen der Kleinbourgeoisie innerhalb einer gemeinsamen Partei. Diese Ideologie ist dem Leninismus fremd und widerwärtig." (S. 165)

Das schrieb Stalin 1924. Aber 1937 hat sich die kommunistische und die sozialistische Partei Katalaniens vereinigt unter dem Namen "Partido Socialista Unificada Cataluna" (PSUC). Sie war als solche der Dritten Internationale angeschlossen. Das stand in Widerspruch mit den Leitsätzen und Statuten der KI, wo es unter Punkt 17 (der bekannten 21 Punkte) heißt:

"Jede Partei, die der KI angehören will, hat den Namen zu tragen "Kommunistische Partei" des und des Landes (Sektion der III. Internationale). Die Frage der Benennung ist nicht nur eine formelle, sondern im höchsten Maße eine politische Frage von großer Wichtigkeit. Die KI hat der ganzen bürgerlichen Welt und allen gelben sozialdemokratischen Parteien den Krieg erklärt. Es ist notwendig, daß jedem einfachen Werktätigen der Unterschied zwischen den kommunistischen und den alten offiziellen "sozialdemokratischen" und sozialistischen" Parteien, die das Banner der Arbeiterklasse verraten haben, klar ist."

Ebenso im Widerspruch damit steht die Vereinigung der sozialistischen und kommunistischen Jugend in Spanien und Belgien, die ebenfalls den kommunistischen Namen opferten. Die KP Belgiens schreibt in einem "Offenen Brief an die ... sozialistische Organisationen ..." u.a. : "Die Kommunistische Partei will die Verwirklichung der Einheit im Rahmen der Belgischen Arbeiterpartei, die sie damit stärken will." (Weg und Ziel - II, Jahrgang, Nr. 2-S. 97)

Es ergibt sich also, daß der Stalinismus sich weitgehendst mit der widerwärtigen Ideologie des Zentrismus vertraut gemacht hat und die Leitsätze Lenins als "veraltet" beiseite schiebt. Stalins Geschichtsbuch hätte nicht Unrecht gehabt, wenn es so formuliert hätte : Der Trotzismus war - und der Stalinismus ist - der Haupthef des Zentrismus.

+ + + +

1. Einheitsfront der "demokratischen" Staaten.

Stalins Geschichtsbuch konstatiert wiederholt, daß die Raubzüge der faschistischen Staaten gegen die Interessen Frankreichs, Englands und Amerikas sich richten, aber bei diesen auf keine Gegenwehr stoßen. Das läge aber nicht an der Schwäche dieser Staaten, sondern :

"Die "demokratischen" Staaten sind natürlich stärker als die faschistischen. Der einseitige Charakter des sich ausbreitenden Weltkrieges erklärt sich durch das Fehlen einer Einheitsfront der "demokratischen" Staaten gegen die faschistischen Mächte. Die sogenannten "demokratischen" Staaten billigen natürlich nicht die "Übergriffe" der faschistischen Staaten und fürchten deren Machtzuwachs. Aber noch mehr fürchten sie die Arbeiterbewegung in Europa und die nationale Befreiungsbewegung in Asien sie sind der Auffassung, daß der Faschismus ein "gutes Gegengift" gegen all diese "gefährlichen" Bewegungen sei. Daher beschränken sich die Machthaber der "demokratischen" Staaten ... auf eine Politik der Beschwichtigung der maßlos frechen faschistischen Machthaber wobei sie ihnen gleichzeitig zu verstehen geben, daß sie ihre erreaktionäre Polizeipolitik gegen die proletarische und nationale Befreiungsbewegung "völlig begreifen" und mit ihr im Grunde sympathisieren." (S. 104)

Damit gibt Stalin zu, daß die faschistische Invasion in Spanien von England und Frankreich eben als "gutes Gegengift" gegen die "Roten" gewertet und gutgeheißen wurde.

PORTSETZUNG FOLGT.

Verantwortlich: Kaees Muller, Anvers.

ARBEITERPOLITIK

Nr. 32/VI. Jahrgang

Dritte Augustwoche 1939.

UM DANZIG UND POLEN. =====

Über das Ergebnis der Salzburger und Berchtesgadener Verhandlungen zwischen Ciano und Ribbentrop-Hitler ist bis jetzt nichts Zuverlässiges bekannt geworden. Die Vermutungen, die im Anschluß daran in der internationalen Presse geäußert wurden, gehen in folgende Richtung: 1. daß Mussolini die Frage habe stellen lassen, wann und inwieweit Hitlerdeutschland italienische Forderungen unterstützen werde, 2. daß sich Mussolini für einen bestimmten Zeitpunkt (wohl den Höhepunkt) der Krise als "Vermittler" angeboten und eine Fünfmächtekonferenz (Deutschland-Italien-England-Frankreich-Polen) vorgeschlagen habe.

Die Tatsachen zeigen jedenfalls, daß von Hitlerdeutschland wie im Fall der Tschechoslowakei die kriegerischen Vorbereitungen und Demonstrationen mit den Friedensschalmeien verbunden werden. Gegen Polen selbst wird in der Nazipresse eine wüste Hetze losgelassen, um es als Friedensstörer, als Größenwahnsinnigen usw. hinzustellen. Die militärischen Vorbereitungen in Danzig und an den Grenzen Polens gehen ununterbrochen weiter. Tatsächlich ist Danzig heute auch militärisch bereits in deutscher Hand, nachdem es längst politisch in der Hand der Nazis gewesen war - es fehlt nur noch das völkerrechtliche Siegel darauf! Worüber die Polen in Danzig noch verfügen, sind nur noch ihre Zollbeamten, die mehr und mehr drangsaliert und schrittweise außer Funktion gesetzt werden. Scheinbar verteidigt Polen in Danzig nur noch Formalitäten. In Wirklichkeit geht es um die Existenz des polnischen Staates. Die Nazipresse spricht es bereits unverhohlen aus, daß der heutige polnische Staat nicht daseinsberechtigt sei.

So konnte man beispielsweise in der "Frankfurter Zeitung" vom 13.8. lesen:

"Die polnische Regierung will die Zuspitzung, will die Krise. Sie geht den Weg, den Herr Benesch gehen wollte, als er seine Katastrophenpolitik trieb. Einen Weg, an dessen Fortsetzung ihn aber zwei Tatsachen gehindert haben: die mangelnde Bereitschaft der Westmächte für eine deutschfeindliche und großmannslichtige Tschechoslowakei zu kämpfen und die Entschlossenheit Adolf Hitlers, die tschechoslowakische Festung zu schleifen - "so oder so" ... Das polnische Haus ist so errichtet, eingerichtet und verwaltet worden, daß es dem Frieden Europas auf die Dauer gefährlich werden mußte."

Es ist also schon nicht mehr Danzig, um das es geht. Das "polnische Haus", das falsch "eingerichtet" worden ist, soll abgebrochen werden. Es handelt sich für Hitlerdeutschland darum, durch die Vernichtung Polens als militärische Macht, das Werk zu vollenden, das mit der Annexion Österreichs und der Vernichtung der Tschechoslowakei begonnen worden ist: die ungehinderte und unbeschränkte Herrschaft über Osteuropa bis zu den Sowjetgrenzen zu erlangen. Die Nazipresse macht bereits auch Ansprüche auf den polnischen Teil Oberschlesiens geltend - weil Hitlerdeutschland die polnische Kohle brauche! Wieder wird dieselbe lügenhafte Propaganda von der Mißhandlung "Volksdeutscher" in Polen losgelassen, wie seinerzeit die verlogene Propaganda von den Mißhandlungen Duden deutscher durch die Tschechen. Das alles deutet darauf hin, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit von Hitlerdeutschland aus das volle Orchester von Erpressungen, Drohungen, Einschüchterungen usw. gegen Polen und die Westmächte entfesselt werden soll. Die Krise um Danzig und Polen soll nach gewissen Pressenachrichten

zwischen Ciano und Hitler-Ribbentrop terminmäßig festgelegt sein und zwar so, daß sie Italien erlaube, noch im Herbst dieses Jahres seinerseits die Fragen von Tunis usw. aufzurollen. Eisher wurde für die Erledigung der Danziger Frage der Termin von Ende September genannt. Der Termin soll jetzt auf Anfang September vorgeschoben worden sein.

Zu dem Mussolini zugeschriebenen Plan des Vorschlages einer Fünfmächtekonferenz zur Revision Europas bemerkt der "Temps" (15. August) :

"Eine solche Auffassung könnte vielleicht noch Illusionen erwecken, wenn es nicht die Erfahrung von München gegeben hätte, mit all den Umwälzungen in Mitteleuropa, die darauf gefolgt sind. Die Lage ist nicht mehr dieselbe, wie sie letztes Jahr war und jeder Friedensplan, der zum voraus im Einverständnis zwischen Berlin und Rom ausgearbeitet wurde, würde notwendigerweise die ernstesten Vorbehalte hervorrufen."

Wie man sieht, erstrecken sich die Vorbehalte nur auf die vorhergehende Festlegung der Ergebnisse einer solchen Friedenskonferenz durch Hitlerdeutschland und Italien, sie erstrecken sich aber nicht auf den Ausschluß der Sowjetunion - was den eigentlichen Sinn dieser "Auffassung" ausmacht.

Im Übrigen sei darauf aufmerksam gemacht, daß in gewissen Teilen der Presse der Verdacht geäußert wurde, daß die Rolle des Völkerbundskommissars Burckhardt in Danzig im Einverständnis mit England gespielt wird und daß Burckhardt eine ähnliche Mission haben solle, wie seinerzeit im Falle d. Tschechoslowakei Runciman.

= : = : =

DIE VERHANDLUNGEN IN MOSKAU.

=====

Die Verhandlungen der Militärkommissionen in Moskau haben mit einem offiziellen Bankett begonnen, auf dem Trinkgespräche gewechselt wurden, die als besonders "herzlich" gerühmt wurden. Die besondere "Herzlichkeit" bestand darin, daß von sowjetischer Seite auf das Wohl der "tapferen Armeen, Flotten und Luftflotten Englands und Frankreichs" getrunken wurde, worauf die militärischen Gäste am selben Stille antworteten. Der Humor bei der Sache ist, daß auf diese Weise vermieden wurde, die beiderseitigen Regierungen hochleben zu lassen. Mit diesen militärischen Besprechungen sind die Verhandlungen in den entscheidenden Abschnitt getreten. Ihr Sinn ist das gegenseitige Abtasten der militärischen Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der beteiligten Staaten. Die Delegation der Westmächte soll ihre besondere Aufmerksamkeit auf die Leistungsfähigkeit des sowjetischen Transportwesens richten - eine Frage von entscheidender Bedeutung für die Bewertung der militärischen Leistungsfähigkeit der Sowjetunion überhaupt. Ein Artikel des Moskauer Berichterstatters des "Times" über die militärische Kraft der Sowjetunion ließ bei allem Lob in Großem und Ganzen deutlich genug die Fragezeichen der militärischen Sachverständigen durchblicken. Bezeichnenderweise taucht bei den Militärs der Westmächte die Frage nach der Kraft, der Initiative der sowjetischen höheren und niederen militärischen Führung auf.

Die Sowjetpresse enthielt in der letzten Zeit lange Listen von Namen von "bisherigen" Ordensträgern, denen jetzt ihre Orden aberkannt worden sind. Eine nähere Prüfung ergibt, daß es sich dabei meistens um Partei-, Sowjet- und GPU-Funktionäre handelt, die schon vor längerer Zeit "liquidiert" worden sind. Die öffentliche Aberkennung der Orden ist wohl als nachträgliche öffentliche Anzeige der bereits längst vollzogenen Tatsache einzuschätzen.

Nach einer in der "Frankfurter Zeitung" veröffentlichten statistischen Übersicht der internationalen Eisen- und Stahlerzeugung im ersten Halbjahr 1939 ergibt sich, daß die Stahlerzeugung der Sowjetunion im ersten Halbjahr

1939 absolut zurückgegangen ist : von 9,25 Mill. t im ersten Halbjahr 1938 auf 9,02 Mill. t im ersten Halbjahr 1939. Wenn diese Angabe zutrifft, so würde sie nicht nur auf eine schwere kritische Lage der Sowjetwirtschaft, sondern auch der inneren Lage der Sowjetunion überhaupt hinweisen.

- : - : -

UM DIE ENGLISCH-JAPANISCHEN VERHANDLUNGEN.

=====

Der nationalchinesische Dollar ist in den letzten Tagen zum ersten Mal unter die Grenze der Parität von 4 d. gesunken. (Schanghaier Notierung von 3 11/16 d), er wird also noch nicht wieder gestützt. Eine gewisse Stütze wird in Aussicht gestellt, an der England, Amerika und Frankreich und auch die Sowjetunion sich beteiligen sollen. Ferner soll die englische Regierung China neue Exportkredite zu geben beabsichtigen. Die amerikanische Regierung hat durch das Schatzamt 6 Millionen Unzen chinesischen Silbers angekauft, - was eine praktische Stützung für die chinesische Währung darstellt.

Über den jetzigen Stand der nationalchinesischen Währung liegen noch folgende Angaben vor : bis Ende Juni 1939 wurden 2,36 Milliarden chinesische Dollar ausgegeben, von denen 1,2 Milliarden durch Gold und Silber, 1,4 Milliarden durch Schatzanweisungen und lombardfähige Papiere gedeckt sind. Die Notendeckung ist jetzt 44% gegen 60% vor Beginn des japanisch-chinesischen Krieges.

Die englische Regierung hat jetzt ihre Zustimmung zu der Auslieferung der 4 Chinesen von Tien-Tsin gegeben, die von den Japanern als "Mörder" angefordert worden waren. Dazu wird noch ein fünfter Chinese ausgeliefert. Angeblich hat jetzt die englische Regierung die notwendigen "Schuldbeweise" von den Japanern bekommen. In Wirklichkeit handelt es sich um einen krassen Fall politischer Opportunität. Der Fall zeigt, was den nationalen Chinesen, die sich im Bereich englischer Herrschaft in China befinden, künftig bevorsteht. Die internationale Arbeiterklasse, allen voran die englischen Arbeiter, müssen gegen diese kaltblütige Infamie schärfsten Protest erheben.

Die Verhandlungen selbst gehen nur stockend voran. In den Währungsfragen suchen die Engländer eine gemeinsame Front mit den übrigen Unterzeichnern des Neunermächtevertrages, vor allem mit Amerika und Frankreich, zu bilden. Die Japaner ihrerseits bemühen sich, dieses zu verhindern.

Die Entscheidung für den Abschluß eines strikten Militärbündnisses mit den Achsenmächten scheint in Tokio noch nicht gefallen zu sein.

- : - : -

DIE NEUE REGIERUNG FRANCOS.

=====

Aus der personellen Zusammensetzung der neuen Regierung Francos ergibt sich noch kein klares Bild der Machtverteilung zwischen den militärischen und faschistischen Elementen. Zwar ist die Zahl der Militärs in der Regierung vermehrt worden, - aber unter den Militärs selbst sind auch Falangisten. In Wahrheit ist die Frage des Kräfteverhältnisses zwischen den Militärs und den Falangisten, weder durch das neue Statut der falangistischen Partei, noch durch den Beitritt der Offiziere und Unteroffiziere der Franco-Armee zur Partei, noch durch die neue Zusammensetzung der Regierung entschieden. Die Frage ist erst gestellt. Das Statut der falangistischen Partei ist nach dem der faschistischen Partei Italiens kopiert. Aber das garantiert noch lange nicht, daß die Kopie dem Original entspricht, zumal die soziale Struktur und die geschichtliche Entwicklung in Spanien ganz anders ist, als in Italien.

- : - : -

DIE VERLÄNGERUNG DES PARLAMENTES IN FRANKREICH.

KPF, SFIO, Liga der Menschenrechte und einige verwandte Organisationen haben sich verständigt, eine gemeinsame Kampagne gegen die Verlängerung der Parlamentsdauer im Lande zu führen.

Marcel Déat macht zu diesem Schritt im "Oeuvre" vom 13.8.39 Bemerkungen, die als Symptome breiter Stimmungen der französischen Bevölkerung von Interesse sind. Der Artikel trägt die bezeichnende Überschrift: "Vom Thermidor zum Konsulat?".

"Warum, fragt Déat, diese Vorbereitungen und diese Drohungen? Weil die Regierung durch Notverordnung die Verlängerung (des Parlamentes) beschlossen hat. Aber, liebe Leute, die Verlängerung ist offenkundig und zuverlässig an dem Tage beschlossen worden, wo der Regierung das Notverordnungsrecht mit Mehrheit gebilligt worden ist. Und das ohne Begrenzungen und Vorbehalte. Die Empörung kommt also mit Verspätung und ebenso die Kampagne."

Das Parlament habe bereits vor 13 Jahren begonnen, abzudanken, als es Poincaré Vollmachten erteilte (1926). "Damals ist das juristische Verbrechen begangen worden und nicht im Jahre des Heils 1939 ... Nach einer Scheinrevolution im Mai 1936 haben wir eine thermidorianische Pause gehabt bis im März 1937. Und dann eine Periode, die vielleicht noch dauert, eines wenig standfesten Direktoriums. Schließlich kündigt man das Konsulat an. Aber man sucht die Konsuln."

Man sucht die starken Männer. Irgendwelche ernsthaften Hindernisse für die Einsetzung der Konsuln sind nicht sichtbar.

Die kritischen Bemerkungen von Marcel Déat zu der Kampagne der SFIO und der KPF sind selbst ein Symptom, sie gehen nicht vom Standpunkt der revolutionären Kritik an der Volkskontrollpolitik und ihren Folgen aus, sie sind vielmehr eine mehr oder weniger direkte Rechtfertigung der fatalistischen Unterwerfung unter die Abdankung des Parlamentes und die Ver selbständigung der Exekutivgewalt gegenüber dem Parlament.

= : = : =

DIE BETEILIGUNG DER SOZIALDEMOKRATIE AN DER HOLLÄNDISCHEN REGIERUNG.

An der neuen holländischen Regierung de Geer (Historische Christen) sind auch zwei Sozialdemokraten beteiligt: Albada und van den Tempel, der eine ist Minister für Verkehr und öffentliche Arbeiten, der andere für soziale Fragen. An der Regierungskoalition nehmen sonst noch teil die Partei der historischen Christen, die Katholiken, die Radikalen.

Albada war als Nachfolger von de Brouckere bei der letzten Bürositzung der Zweiten Internationale zum Vorsitzenden der Zweiten Internationale gewählt worden. Nach dem Eintritt in die Regierung ist er von seinem Posten als Vorsitzender der Zweiten Internationale zurückgetreten.

= : = : =

EINTRITT DER ILP IN DIE LABOUR PARTY ?

Wie das offizielle Organ der ILP, der "New Leader" mitteilt, hat die Parteileitung der ILP mit Mehrheit sich für den Wiedereintritt in die Labour Party entschieden. Eine außerordentliche Parteikonferenz vom 17. September 1939 soll die endgültige Entscheidung der Partei über diese Frage bringen. Aus dem "New Leader" ergibt sich, daß die Parteileitung

der ILP den Beitritt unter Vorbehalt der vollen organisatorischen und politischen Freiheit der ILP beschlossen hat. Konkretere Angaben über diesen Punkt liegen bis jetzt nicht vor. Die Frage soll in den Reihen der Mitgliedschaft diskutiert werden. Aus dem Zeitpunkt des Beschlusses ergibt sich von selbst, daß der geplante Wiederbeitritt zur Labour Party hauptsächlich mit Rücksicht auf die in Aussicht stehenden Parlamentswahlen im Herbst erfolgen soll.

Unser Standpunkt in dieser Frage deckte sich in dem bereits von Lenin in seiner Schrift über die "Kinderkrankheiten" vertretene : daß die ILP grundsätzlich der Labour Party beitreten könne, unter der Voraussetzung, daß sie tatsächlich sich die volle Freiheit wahre, ihren Standpunkt innerhalb der Labour Party zu vertreten.

Ob diese Voraussetzungen tatsächlich zutreffen, kann sich nur aus den näheren Bedingungen des Beitritts ergeben, die bis jetzt noch nicht vorliegen. Außerdem wäre bei der Entscheidung dieser Frage der gegenwärtige Zustand der ILP zu berücksichtigen, bei der es sich keineswegs um eine einheitliche revolutionäre Partei handelt, sondern in der verschiedene Strömungen nebeneinander existieren, darunter eine pazifistisch-opportunistische, die unter keinen Umständen in der Labour Party eine revolutionäre Rolle spielen kann, ebensowenig wie die zentristische Richtung, die durch Fenner Brockway usw. vertreten wird.

Für die revolutionären Elemente innerhalb der ILP würde die Verschmelzung sehr wahrscheinlich eine Verbreiterung ihrer Wirkungsmöglichkeit unter der Masse der englischen Arbeiter bedeuten.

- : - : -

BRIEF EINES IRISCHEN LESERS.

=====

--- Aus "SOCOR" vom 12.8.39. ---

Die ganze nationale Presse ist einmütig in ihren Angriffen gegen die IRA und deren Aktivität. Sie schreit, daß gegen diese Terroristen gegen Britanniens Frieden und Gerechtigkeit etwas getan werden müsse. Keine von diesen Zeitungen hat sich für die Sache der Iren ausgesprochen und versucht die Ursachen hinter den Bomben zu analysieren oder eine Lösung vorzuschlagen. Sie haben bloß diese irischen Kämpfer der öffentlichen Verachtung preisgegeben, um in der Öffentlichkeit eine Lynchstimmung zu schaffen und die britische Herrschaft über das irische Volk zu rechtfertigen.

Die Presse der sogenannten "Linken" hat anstatt zu versuchen, ihren Lesern die Rolle des britischen Imperialismus in Irland aufzuzeigen, welcher die irgeleitete Aktion dieser tolleren aber aufrichtig revolutionären Nationalisten verursacht, in verräterischer Weise den irischen Kampf in den Augen der britischen Arbeiter diskreditiert.

Nachdem er einige Wochen darauf angespielt hatte, daß die IRA wohl im Solde einer fremden Macht stehe, hat der "Daily Worker" schließlich einen Artikel breit auf der ersten Seite veröffentlicht, in welchem er die IRA öffentlich anklagt, vom Nazi-Geheimdienst bezahlt zu werden. Sieht man sich den Artikel genauer an, so wird man nicht den geringsten Schatten eines Beweises finden. Hier sieht man die erniedrigende Tiefe der Gosse von politischer Korruption und Mißbrauch, in welche die Kommunistische Partei mit ihrer Politik der Klassenzusammenarbeit und der Unterstützung des britischen Imperialismus gesunken ist. "Reynolds", dessen Artikel immer den unangenehmen Geruch des Stalinismus haben veröffentlicht auf der ersten Seite (am 30. Juli) ein Machwerk, das man als einen Schwesterartikel zu dem des "Daily Workers" bezeichnen könnte. Nur ein Parteiblatt hat ehrlich versucht, die Wahrheit über den irischen Kampf zu veröffentlichen, aber leider wird darin kein Ausweg und keine Lösung gezeigt. Der Grund dafür ist nicht daß der "New Leader" keinen aufrichtigen Versuch gemacht hat, die irische

Situation zu verstehen; der Versuch war schon aufrichtig, aber leider fehlt der ILP-Führung das marxistische Verständnis für einen nationalen Kampf (Palästina und Abessinien sind Beispiele dafür), und sie kann daher keine richtige Lösung des Problems geben. Dieses theoretische Chaos würde natürlich in einer (in Theorie und Praxis) revolutionären sozialistischen Partei nicht existieren. Schon allein die Tatsache, daß es auf dem letzten Parteitag der ILP nicht möglich war, eine Diskussion in dieser Sache durchzuführen, gestattet uns dies festzustellen.

Was die Bombenattentate der IRA betrifft, so kann man sie nur als das Ergebnis eines Versuches betrachten, einen Leichnam ins Leben zurückzurufen. Die IRA als wirksames Instrument in der irischen Revolution wurde 1933 von den Stalinisten erdrosselt, die Obstruktion trieben, als die revolutionäre Linke zur Zeit des republikanischen Kongresses versuchte, die reaktionäre Führerschaft auszuschiffen. Während der Jahre, die dem Kongreß von 1933 vorangingen, gab es große Möglichkeiten, die IRA von dieser Führerschaft zu befreien. Die Revolutionäre, die glaubten, daß die irische Revolution nur auf sozialistischer Basis erfolgreich durchgeführt werden könnte, gewannen jeden Tag mehr an Boden und 1933 wurde die Forderung der revolutionären Aktion erhoben. Es gab jetzt einen offenen Kampf zwischen den Linken und der bürgerlichen militärischen Führerschaft. Die Linken wurden ausgeschlossen. Dann kam der Kongreß. Die Arbeiter, einschließlich der Veteranen der Bürgerarmee (Citiren Army) von 1916 kamen aus allen Teilen des Landes, aus Stadt und Land.

Dann kamen die Stalinisten mit ihrer Revolution für eine sogenannte Einheitsfront heraus gegen die Revolution für eine Arbeiterrepublik. Die einfachen Mitglieder, begierig nach einer neuen Führung, ließen sich von der leeren Phrasendrescherei der Stalinisten zum Narren halten und stimmten für die KP-Resolution, obgleich die Mehrheit schwach war. Das bedeutete natürlich das Aussinandertreten der Linken. Bedauern und Desillusionierung erfolgten, und die Führerschaft hatte jetzt die völlige Kontrolle über die gesamte Organisation. Eine Wiederbelebung wird dem Kampf nicht helfen, sondern ihn hindern. All das, was von diesem spuckenden Gespenst erwartet werden kann, sind die Taten der letzten paar Monate.

Das Bedürfnis nach einer unabhängigen revolutionären Partei ist heute größer als je. Wenn eine solche Partei existierte, würde ihre kühne revolutionäre Politik die Männer und Frauen anziehen, die aus Verzweiflung und Mangel an Führung ihre Zukunft zum Terrorismus nehmen, weil sie hoffen, so an den Massen der irischen Werktätigen den alten Kampfegeist zu erwecken, für den sie berühmt sind. Diese Kämpfer fühlen sich verraten und von allen Seiten ausgestoßen. Logischerweise haben alle Gruppen der irischen nationalistischen Bewegung sie an die irische Bourgeoisie und den britischen Imperialismus verraten. Die Labour Party- und Gewerkschaftsführer denken nur an ihre fetten Einkünfte und daran, ihre Stellung in den Augen der Katholiken als achtbare Arbeiterführer aufrechtzuerhalten. Die KP hat eine solche Zickzackpolitik gemacht, daß schließlich die Arbeiter, die sie verfolgten, schwindlig wurden. Die KP drischt Phrasen von einer irischen Republik, einem freien Irland und macht laue Angriffe auf den britischen Imperialismus, aber gleichzeitig verlangt sie von den irischen Arbeitern, sie sollen die britische Demokratie verteidigen. Man kann sich vorstellen, was der irische Arbeiter von einer solchen Partei denken muß, nach der jahrhundertlangen Erfahrung, die er und vor ihm seine Vorfahren mit dem britischen Imperialismus und der britischen Demokratie gemacht haben!

Die irischen Arbeiter müssen sich darüber klar werden, daß sowohl der Kampf um ihre Befreiung von der Armut, den Großgrundbesitzern usw. als auch der Kampf um die nationale Unabhängigkeit, Teile eines einzigen Kampfes sind. Um sich vom britischen Imperialismus zu befreien, müssen sie die irische Bourgeoisie als endgültigen Feind erkennen, ja sogar als einen Teil des britischen Kapitalismus, der sie unbarmherzig ausbeutet. Es

ist daher notwendig, daß sie eine revolutionäre Partei aufbauen, die unabhängig ist von jeder Verbindung mit der Bourgeoisie, mit einer Führung aus der Arbeiterschaft, die ein sozialistisches Programm, als einzige Hoffnung der irischen arbeitenden Massen, in die Praxis umsetzt. Es war Wolf Tone, der gesagt hat :

"Unsere Freiheit müssen wir unter allen Umständen haben. Wann die Besitzenden uns nicht helfen wollen, müssen sie fallen. Wir werden uns befreien mit der Hilfe jener großen und achtbaren Klasse der Gemeinschaft, - den Besitzlosen."

Erinnert die irischen Arbeiter an diese Worte von Tone, heute nach nahezu 150 Jahren kapitalistischer Ausbeutung sind sie angebrachter als je. Denn die, die in der kapitalistischen Gesellschaft nichts zu verlieren haben, sind die einzigen, die ihre eigene Freiheit gewinnen und ihr eigenes Schicksal schmieden können. Durch die Massenaktion der irischen Arbeiterklasse, welche die Kapitalistenklasse fortwährend beunruhigt und angreift und sich selbst schließlich für den Sturz des Kapitalismus und die Aufrichtung eines Arbeiterstaates vorbereitet, um in ihm eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen; dies und nur dies ist der einzige Weg, auf welchem Irland wirklich und wahrhaft frei werden wird.

= : = : =

AUS HITLERDEUTSCHLAND.

=====

Die Stagnation der Kohlenproduktion in Deutschland.

Aus einer Zusammenstellung der "Frankfurter Zeitung" (13.8.39 Handelsblatt) über den "Ertragsrückgang bei den Ruhrzechen" ergibt sich, daß die Förderleistung des einzelnen Arbeiters (Unter-Tag-Arbeiter) pro Schicht in folgendem Verhältnis zurückgegangen ist :

1936	1937	1938
2.190 kg	2.054 kg	1.970 kg

Als Ursachen für den Rückgang der Förderleistungen werden angegeben :

1. erhöhter Anteil lang Arbeitsloser und berufsfremder Arbeitskräfte,
2. vermehrte Bindung von Arbeitskräften für Aus- und Vorrichtungsarbeiten für künftige Steigerung der Produktion,
3. Abbau geologisch ungünstigerer Vorkommen,
4. "Weitere Zunahme der willkürlichen und entschuldigten Feierschichten, deren störende Auswirkungen auf den Betrieb und seine finanziellen Ergebnisse von den Zechen immer wieder beklagt werden."

Die Zeche "Konkordia" berichtet, daß Feierschichten sich besonders Montage und die Tage nach der Lohnzahlung konzentrieren.

Rheinstahl berichtet vermehrtes Krankfeiern, zeitweilig bis zu 10% der Belegschaft.

= : = : =

Der Landraub an den Bauern.

Im "freien Deutschland" Nr. 30 steht folgender Bericht, der durch unseren eigenen Berichtersteller bestätigt wird.

Die moralischen Widerstandsregungen im Westen erhalten ein besonderes Gesicht durch die gegenseitige Durchdringung von bäuerlicher und städtischer Opposition, die in keinem Bezirk Deutschlands so eng sein dürfte wie hier. Das bäuerliche Grenzgebiet in der Wifel, im Hunsrück und in der Grenzpfalz ist übersät mit RAD- und Zwangsarbeitslagern. Trotz aller Bemühungen diese städtischen Arbeitsrekruten auch in ihrer Freizeit ans Lager zu fes-

seln - mit Lagertheatern, Lagerkinos und "Gemeinschaftsabenden" - kommen die Bauern mit den Städtern zusammen, hören die einen die Sorgen und die Erbitterung der anderen.

Und die Bauern haben gerade in den Grenzgebieten der Befestigungszone über die allgemeine Bauernnot hinausgehende Sorgen. Die Bodenenteignungen, für die anfänglich großzügige Entschädigung versprochen wurde, nehmen immer größeren Umfang an. Denn hinter den fertiggestellten Stellungssystemen werden neue ausgehoben, deren Tiefenstaffelung meist noch größer und damit bodenfressender ist.

Viele Bauern haben bereits bis zu einem Drittel ihrer bebauungsfähigen Fläche verloren und das bei einer sehr geringen Entschädigung.

Immer öfter gehen die Bauern deshalb zu einer, wenn auch noch wirkungslosen Selbsthilfe über, die indirekt von den NS Zeitungen zugegeben wird. Sie reißen Drahtverhaue nieder, um noch ein paar Quadratmeter Acker zugewinnen. Der Gesamtschaden, der dadurch entsteht, ist zwar gewiß vorläufig noch sehr gering, aber die immer öfter in den gerade auf dem Dorf gelesenen - zistischen Provinzblättern auftauchenden Warnungen vor "Wehrmittelbeschädigung" zeigen die wachsende Bedeutung dieser Widerstandsaktionen. Oft und öfter weisen die Naziblätter in eindringlichster Form darauf hin, daß selbst auf "fahrlässige Wehrmittelbeschädigung" grundsätzlich Todesstrafe steht.

= : = : =

Illegaler Aufruf zum 1. Mai 1939 von der KPD-O.

Klassengenossen,

In einer überaus ernsten von einer allgemeinen Kriegspsychose gesättigten Situation sprechen wir heute zu Euch. Zum siebten Mal treffen die faschistischen Regisseure die Vorbereitungen, um mit einem ihrer großen Schauspiele aufzuwarten. Scham- und Haß erfüllt wenden wir uns ab von diesem demagogischen Treiben. Wo ist die stolze Begeisterung, mit der die Arbeitermassen vor 1939 ihre Kampflieder singend durch die Straßen zogen? Apathisch folgen sie heute ihren Leithammeln, nach der ersten günstigen Gelegenheit zum Verschwinden suchend. Mit beispielloser Demagogie schenkte Hitler dem deutschen Volk den 1. Mai. Die Arbeiterklasse weiß, was sie in solchen Geschenken zu halten hat, sie will und darf sich nicht von ihren Unterdrückern nichts schenken lassen. Zehnfach muß sie die "Geschenke" bezahlen. Neue Steuern, Preiserhöhungen, Achtdreiviertelstundentag im Bergbau, Sonntagsarbeit und Verlängerung der Arbeitszeit in vielen Betrieben sind der Preis dafür. Preiskommissare und Treuhänder der Arbeit arbeiten Hand in Hand. Sorgt der eine dafür, daß die Preise ins Übermeßliche steigen, so wacht der Andere darüber, daß die Löhne sich nicht erhöhen.

(Hier folgt ein Hinweis auf die Wirtschaft, Mühe und Schwierigkeiten der Kleingewerbetreibenden und Bauern, auf die Einstellung der gesamten Wirtschaft auf die Kriegswirtschaft. Der Krieg wird als der einzige kapitalistische Ausweg aufgezeigt.)

Einen wirklichen Ausweg aus dem Chaos kann nur die Arbeiterklasse selbst in der proletarischen Revolution finden.

Die Geschichte gibt der Arbeiterklasse noch immer eine Chance, sie muß sie nur zunützen verstehen.

In Rußland folgte auf ein 1905 ein 1917.

Auch wir geben die Hoffnung nicht auf.

Wir gedenken unserer Toten und derer, die hinter den Mauern der Zuchthäuser und Konzentrationslagern sehnsüchtig auf den Tag der Freiheit warten.

Wir suchen ihn vorzubereiten! Wir halten aus! Trotz alledem!

= : = : =

Mangel und Mißstimmung.

Rein äußerlich geht das Leben seinen alten Trott weiter, und man merkt fast nichts von dem, was sich hinter den Kulissen abspielt, ich sage "fast nichts", denn schließlich sagen Schaufensterauslagen, die sonst voll von Obst und Gemüse waren und jetzt meistens nur noch Datteln, Feigen, Zitronen und ähnliches aufweisen können, doch etwas.

Lebensmittel aller Art sind knapp. Butter gibt es pro Kopf und Woche $1/4 - 3/8$ Pfund im Höchstfalle. Margarine ebenfalls nur ganz beschränkt, etwa $1/4 - 1/2$ Pfund pro Woche. Im Geschmack ist zwischen Butter und Margarine kein Unterschied. Die Milch enthält so viel Wasser, daß man, wenn man z.B. saure Milch aufstellt, ein Viertel davon nicht genießen kann. Eier gibt es auch nur zeitweise genügend. Brot ist qualitativ schlechter geworden. Bohnenkaffe wird ebenfalls auf Karten zugeteilt, und zwar bekommt man $1/8$ Pfund pro Woche. Besonders fühlbar ist der Mangel an Frischfleisch. Um z.B. sicher zu sein, Schnitzel, Kotelett, Schweine- oder Kalbfleisch zu erhalten, muß man die Bestellung einen Tag vorher aufgeben und außerdem bei dem betreffenden Fleischer Kunde sein, sonst hat man nur geringe Chancen, etwas von diesen Sorten zu erhalten. Die Wurst, besonders Leberwurst, ist qualitativ wesentlich schlechter geworden. Obst - besonders Äpfel, zeitweise auch Bananen - ist nur in sehr geringen Mengen vorhanden. Auch hier hat man bei knappen Sorten nur dann Aussicht, etwas zu erhalten, wenn man guter Kunde ist. Der Verkäufer holt es dann unter dem Ladentisch möglichst schon verpackt hervor, damit die anderen es ja nicht sehen, daß einer z.B. 2 Bananen bekommt. Dafür bedankt man sich dann xmal und ist froh, wieder etwas ergattert zu haben. Apfelsinen waren eine Zeitlang überhaupt nicht zu haben. Als dann nach langer Pause wieder mal eine Ladung auf dem Markt erschien, standen die Leute bei den Straßenhändlern Schlange, um 1 Pfund Apfelsinen zu erhalten. Abgesehen von der Knappheit, liegen die Preise für Obst und auch für Gemüse sehr hoch, mindestens $1/3$ höher als in den vergangenen Jahren.

Dies alles bleibt natürlich nicht ohne Rückwirkung auf die Käufer und auch Verkäufer. Die Hausfrau spürt es am meisten, denn wie soll sie ein Mittagessen zusammenstellen, wenn sie nicht das haben kann, was sie will, sondern das nehmen muß, was gerade da ist. Und der Verkäufer? Er hat an manchen Tagen garnichts, was er verkaufen kann und das, was er hat, bekommt er nach der Größe seines Verbrauches in den früheren Jahren zugeteilt, sodaß es vorkommt, daß besonders kleine Händler, die früher wenig Obst verkauft haben, jetzt gar keines bekommen. Also Genug Grund zur Unzufriedenheit.

Und die Stimmung in dieser Beziehung ist auch eine unzufriedene. Allerdings - offen zu schimpfen und ihre Meinung zu sagen, getrauen sich die wenigsten Hausfrauen. Ab und zu wird wohl eine Bemerkung riskiert, aber im allgemeinen getraut man sich nicht. Die Angst, sofort vom Nächsten denunziert zu werden, ist riesig; man traut seinem Nachbar nicht. Außerdem gibt es auch wirklich einige Hausfrauen - aber fast nur bessergestellte, die sagen: Was wollt ihr denn, im Krieg haben wir uns mit noch weniger begnügen müssen, wir müssen eben haushalten. - Die Straßenhändler sollten überhaupt auf Anordnung der Regierung von der Straße verschwinden. Sie hatten alle Zustellungen bekommen, daß sie zur Arbeit in den Fabriken usw. gebraucht werden und ihren Stand aufzugeben haben. Natürlich protestierten alle dagegen und machten Eingaben. Jedoch sollen nur die Aussicht haben zu bleiben, die einen sehr guten Umsatz nachweisen können.

Kleidungsstücke aller Art: Mäntel, Anzüge, Schuhe, Stoffe sind ganz wesentlich teurer geworden und gute Qualitäten sind im allgemeinen garnicht zu haben. Eine Schneiderin, bei der ich arbeiten ließ, sagte mir: Die Stoffe sind so schlecht, daß sie sehr schwer zu verarbeiten sind; außerdem riechen

sie beim Plätten ganz schlecht. Rein wollene Unterwäsche oder Strickwaren überhaupt sind teuer und vor allem selten. Bei Herren-Oberhemden, die in einem der ersten Geschäfte gekauft waren, passierte es, daß gleich nach dem ersten Waschen sämtliche Knöpfe mit Stoff abgingen, sodaß anstelle der Knöpfe nur noch Löcher waren. - Lederwaren, wie Handtaschen, Mappen usw. sind im Preise ganz ungeheuer gestiegen. Auch in vielen kleinen Artikeln des täglichen Bedarfs machen sich der Mangel und die schlechten Lieferungsbedingungen deutlich bemerkbar. Die Verkäuferinnen zucken bedauernd die Achseln: Ja, wir können Ihnen leider garnicht sagen, wann wir diese Artikel wieder hereinbekommen, Sie wissen ja, die langen Lieferzeiten usw.

Die Bevölkerung ist unzufrieden, auch wenn sie es nicht zu sagen getraut. Ist man allerdings mit ihnen unter vier Augen, dann machen sie ihrem Herzen Luft. Besonders habe ich diese Erfahrung auch mit Beamten gemacht. Ein Beamter des Arbeitsamtes, der meine Verhältnisse zu Hause prüfen mußte, sagte mir ganz deutlich, daß er mit den Maßnahmen nicht einverstanden sei. Die Zollbeamten, mit denen ich bei meiner Auswanderung zu tun hatte, waren anständig und gaben mir ganz eindeutig zu verstehen, daß sie innerlich ganz anders denken, aber nach außen eben mitmachen müssen. Als ich mich in dem Hause, in dem ich zuletzt wohnte, von einigen Hausbewohnern verabschiedete, sagten sie: Es ist nicht unsere Schuld, daß sie wegfahren müssen, wir wollten es nicht, na, vielleicht kommen Sie bald wieder.

- : - : -

Fortsetzung: " ZUR GESCHICHTE DER KPdSU - KURZER LEHRGANG "

=====

Eine Einheitsfront ist nur möglich auf der Grundlage gemeinsamer Klasseninteressen, ist möglich zwischen revolutionären, reformistischen und anarchistischen Arbeiterorganisationen, zwischen Arbeitern und Bauern. Aber die Einheitsfront der demokratischen gegen die faschistischen Staaten - die nach Stalins Formulierung geht, also nach seiner Meinung möglich ist, ist tatsächlich unmöglich, weil die demokratischen wie die faschistischen Staaten, d.h. deren herrschende Klassen keine gegensätzliche, sondern umgekehrt, gemeinsame Klasseninteressen haben. Die Arbeiter können, wie Lenin das formulierte, zeitweilige Bündnisse oder Pakte mit unzuverlässigen, schwankenden bürgerlichen Gruppen eingehen, ebenso mit "Demokratien" zur Sicherung ihres imperialistischen Raubes Pakte gegen die hungrigen Räuber eingehen, aber eine Einheitsfront kann das in keinem Falle sein.

Diese Verkennung der tatsächlichen Zusammenhänge hat die Stalinsche Politik in Spanien dazu verleitet, den wirklichen Inhalt des Kampfes zu verleugnen, um unter der Losung der Verteidigung der Demokratie die "demokratischen" Staaten zur Unterstützung oder wenigstens zur Neutralität zu gewinnen, um ihr "Abschwenken" ins andere Lager zu verhindern. Nicht die "Demokratien" haben die spanische Demokratie "verraten", sondern Stalin hat die Lehren Lenins preisgegeben und die spanische Revolution verraten und verkauft für das Linsengericht der illusionären Einheitsfront mit den "demokratischen" Staaten.

+ + +

12. "Schlußfolgerungen" des Stalinschen Geschichtsbuches.

"Nur eine Partei, die die marxistisch-leninistische Theorie gemeistert hat, kann mit Zuversicht vorwärts marschieren und die Arbeiterklasse vorwärts führen. Und umgekehrt eine Partei, die die marxistisch-leninistische Theorie nicht gemeistert hat, ist genötigt, tastend umherzuirren, verliert die Zuversicht in ihre Handlungen, ist nicht fähig, die Arbeiterklasse vorwärts zu führen." (S.429)

Die erste These stimmt zweifelsohne. Die zweite müßte heißen : " ... eine Partei, die die marxistisch-leninistische durch die stalinistische Theorie ersetzt hat, ist nicht fähig usw."

"Die marxistisch-leninistische Theorie meistern, heißt nach Stalin, verstehen, diese Theorie durch die neuen Erfahrungen der revolutionären Bewegung zu bereichern, sie durch neue Leitsätze und Schlußfolgerungen zu bereichern, heißt verstehen, sie zu entwickeln und weiterzuführen und nicht davor zurückschrecken, ausgehend vom Wesen der Theorie, einzelne ihrer Leitsätze und Schlußfolgerungen, die bereits veraltet sind, durch neue, der neuen historischen Situation entsprechend, zu ersetzen."

Es ist bekannt, daß Lenin (und auch andere Marxisten) aus der geschichtlichen Entwicklung Lehren gezogen hat, die Marx und Engels in dieser konkreten Form nicht ziehen konnten, da sie die Epoche des Imperialismus mit all ihren Kriegen und Klassenkämpfen nicht mehr erlebten. Es ist aber Lenin nicht eingefallen, zu behaupten, daß er damit "veraltete" Lehrsätze durch neue ersetzt hätte. Lenin hat im Gegenteil behauptet und bewiesen, daß seine Schlußfolgerungen nichts anderes sind als die praktische Anwendung der marxistischen Theorie auf die jeweils gegebene Situation. Stalins Geschichtsbuch will aber etwas anderes beweisen :

"Bis zur zweiten russischen Revolution (Februar 1917) gingen die Marxisten aller Länder (!) davon aus, daß die parlamentarische demokratische Republik die zweckmäßigste Form der politischen Organisation der Gesellschaft in der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus sei. Zwar hatte Marx schon in den siebziger Jahren darauf hingewiesen, daß nicht die parlamentarische Republik, sondern eine politische Organisation vom Typus der Pariser Kommune die zweckmäßigste Form der Diktatur des Proletariats ist. Leider aber wurde dieser Marxsche Hinweis in den Werken von Marx nicht weiterentwickelt und ward der Vergessenheit überliefert. Außerdem ließ die apokryphische Erklärung von Engels in seiner Kritik des Erfurter Programmschwanks von 1891 die demokratische Republik sei "die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats" keinen Zweifel darüber, daß die Marxisten weiterhin die demokratische Republik für die politische Form der Diktatur des Proletariats hielten. Diese These von Engels wurde später zum richtungsgebenden Leitsatz für alle Marxisten, darunter auch für Lenin. Die russische Revolution von 1905 und besonders die Revolution vom Februar 1917 brachten jedoch eine neue Form hervor - die Sowjets. ... Auf Grund der Untersuchungen der Erfahrungen ... kam Lenin ausgehend von der Theorie des Marxismus, zu dem Schluß, daß die beste politische Form für die Diktatur des Proletariats nicht die parlamentarische demokratische Republik, sondern die Republik der Sowjets ist. ... Was wäre aus der Partei, aus unserer Revolution, aus dem Marxismus geworden, wenn Lenin sich gescheut hätte, ... einen der alten, von Engels formulierten Leitsätze des Marxismus zu ersetzen durch den neuen Leitsatz von der Republik der Sowjets ? (S.431-32)

Es ist möglich, daß Stalin bis Februar 1917 diese "marxistische" Auffassung gehabt hat. Das berechtigt ihn aber nicht, allen anderen dasselbe zu unterstellen. In seiner Broschüre "Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky" zitiert Lenin (S.11) das bekannte Wort von Marx, aus dessen Brief an Sorge vom 5.5.1875 :

"Zwischen der Republik und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Dem entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats."

Daß Marx und Engels "die parlamentarische demokratische Republik für die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats" gehalten haben, das haben bisher nur die Kautsky und Genossen in bewußt verlogener Weise behauptet. Marx schrieb über die Pariser Kommune im "Bürgerkrieg in Frankreich" :

"Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, gesetzgebend und vollziehend zugleich." Und Lenin sagt in seiner Broschüre: "Die Rätewacht ist die erste in der Welt (streng genommen, die zweite, denn die Pariser Kommune hatte dasselbe zu tun begonnen), welche die Massen, gerade die ausgebeuteten Massen, zur Beteiligung an der Verwaltung heranzieht." Engels sagte: "In Wirklichkeit aber ist der Staat nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch die andere und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie." Wie kann also Engels diese Maschine als Form der proletarischen Diktatur angesehen haben!

Stalin oder sein "Geschichtsbuch" schreibt im Jahre 1938: "Leider aber wurde dieser Marxsche Hinweis ... von Marx nicht weiter entwickelt ..."

Kautsky schrieb genau 20 Jahre vorher in seinem Pamphlet gegen "Die Diktatur des Proletariats" (S. 20), daß die Bolschewiki "sich rechtzeitig des Wörtchens (buchstäblich des Wörtchens!) von der Diktatur des Proletariats, das Marx einmal 1875 in einem Brief gebraucht hatte ... Marx hat es leider unterlassen, weiter auszuführen, wie er sich diese Diktatur stellt ..."

Lenin setzt in seinen Antworten an den Renegaten Kautsky hinter diesen letzten Satz in Klammer: "Eine durch und durch verlogene Phrase eines Renegaten, denn Marx und Engels haben ja gerade eine Reihe sehr ausführlicher Erläuterungen gegeben, die der in den Marxschen Schriften so bewanderte Kautsky absichtlich umgeht." (S. 12 der Lenin-Broschüre) - Und in Bezug auf das "Wörtchen" sagt Lenin (ebenda S. 11): "... diese berühmten Ausführungen von Marx (im Brief an Sorge), die das Fazit seiner ganzen revolutionären Lehre ziehen als ein "Wort" oder gar als ein "Wörtchen" zu bezeichnen, heißt den Marxismus verhöhnen, ihn vollkommen zu verleugnen ... Kautsky muß wissen, daß die Formel "Diktatur des Proletariats" nur die konkretere und wissenschaftlich genauere Kennzeichnung der Aufgabe des Proletariats ist, die bürgerliche Staatsmaschinerie "zu zerbrechen", von welcher Aufgabe Marx und Engels ... seit 1852 bis 1891, 40 Jahre lang sprechen." (von Lenin unterstrichen)

Ebenso verlogen ist die weitere Behauptung der "Geschichte", wonach Marx und Engels zu der Schlußfolgerung gelangt sein sollen, daß die sozialistische Revolution in einem einzelnen Lande nicht siegen kann, daß sie nur bei einem, in allen oder den meisten zivilisierten (!) Ländern gleichzeitig erfolgenden Schlag siegen kann." Man erinnere sich nur der Stellung von Marx und Engels gegenüber der Pariser Kommune oder an die Stellung Engels zur Zeit der ersten Republik in Spanien (1873). In seiner Schrift "Die Bakunisten an der Arbeit" lobt Engels die Arbeiter von Valencia, die die dortige Junta, d. h. die lokale revolutionäre Regierung beherrschten; er zitiert dort aus einem Bericht der "Neuen Madrider Föderation der I. Internationale" über die bakunistische Tätigkeit: "Sie haben nicht dafür gearbeitet, der Arbeiterklasse die politische Macht zu verschaffen ... diese Idee verabscheuen sie sondern einem Bruchteil der Bourgeoisie ans Ruder zu verhelfen, der aus Abenteuern, Ehrgeizigen und Stellenjägern besteht." (Ganz wie die Stalinisten 1936-39)

Doch nach all diesen Geschichtsverdrehungen wird jetzt der Schluß gezogen: "Man kann ohne Übertreibungen sagen, daß nach dem Tode Engels' Lenin als der gewaltigste Theoretiker und nach Lenin Stalin, sowie andere Schüler Lenins (welche? - Kain, wo ist Dein Bruder Abel?) die einzigen Marxisten waren, die die marxistische Theorie weiterführten und sie ... bereicherten." (S. 433)

SCHLUSS FOLGT.

Verantwortlich: Kaees Muller, Anvers.

ARBEITERPOLITIK

Nr. 33/Vl. Jahrgang

Vierte Augustwoche 1939,

HITLERDEUTSCHLAND UND DIE SOWJETUNION.

1. Die Tatsachen.

Aus dem von Kriwitzki, dem ehemaligen Leiter des militärischen Nachrichtendienstes der Sowjetunion für Westeuropa, der Öffentlichkeit unterbreiteten Material geht klar hervor, daß Stalin bereits seit dem Machantritt der Nazis, insbesondere aber seitdem ihn das Juniblutbad von 1934 von der Festigung der Macht Hitlers überzeugt hatte, ständig danach gestrebt und eine ganze Reihe praktischer Versuche unternommen hat, mit Hitlerdeutschland zu einem Abkommen, zu einer Annäherung zu gelangen, da er Hitlerdeutschland als die stärkste und daher für die Sowjetunion gefährlichste Militärmacht betrachtete. Es geht ferner aus dieser Darstellung hervor, daß die Wendung der Sowjetpolitik in der Richtung der Westmächte, ihr Eintritt in den Völkerbund, ihr Auftreten als Beschützer des durch den Versailler Vertrages geschaffenen status quo in Europa von vornherein nur als Manöver angelegt war, um umso sicherer zu einer Annäherung an Hitlerdeutschland zu kommen. Alle diese Versuche Stalins scheiterten bis in die letzte Zeit an der Ablehnung Hitlers. Kein Wunder, daß jetzt die stalinistische Presse aller Länder - dieselbe, die noch gestern die Aufrichtung der demokratischen oder Friedensfront gegen die "faschiatische Agression" zur heiligsten Pflicht aller Staaten, aller Klassen, aller Arbeiterparteien erklärte - Triumph schreit über den "Sieg des Sozialismus", den der angekündigte Nichtangriffspakt zwischen Hitlerdeutschland und der Sowjetunion bedeuten soll.

Über die weiter zurückliegende Vorgeschichte des geplanten Abkommens behalten wir uns vor, ausführlicheres Material auf Grund der Veröffentlichungen von Kriwitzki zu geben. Über die unmittelbare Vorgeschichte seien folgende Angaben wiedergegeben, die in der internationalen Presse zirkulieren:

Die Geheimverhandlungen mit Hitlerdeutschland sollen etwa im April dieses Jahres begonnen haben. Litwinow sei abgesägt worden, weil es ihm widerstrebt habe, gleichzeitig öffentliche Verhandlungen mit den Westmächten und Geheimverhandlungen mit Hitlerdeutschland zu führen, er habe dann aber als inoffizieller "Berater" von Molotow und Shdanow gewirkt, die von sowjetischer Seite die Geheimverhandlungen führten. Von deutscher Seite war der Hauptunterhändler Herr von Papen, der dieserhalb zweimal insgeheim in Moskau war, zuerst im Juli und später. Der Aufenthalt Papens in Moskau war seinerseits von sowjetischer, wie von deutscher Seite kategorisch dementiert worden. Die Regierungen der Westmächte wußten seit einiger Zeit, daß Hitlerdeutschland der Sowjetunion einen Nichtangriffspakt vorgeschlagen hatte, sie glaubten aber anscheinend bis zuletzt nicht an das Zustandekommen einer solchen Vereinbarung.

Der Ankündigung des bevorstehenden Abschlusses eines Nichtangriffspaktes, die am 21. August 1939 gegen Mitternacht zuerst von deutscher Seite erfolgte und dann von sowjetischer Seite bestätigt wurde, war der Abschluß eines deutsch-sowjetischen Handels- und Kreditabkommens vorhergegangen. (19. August) Dieses Abkommen wurde in Berlin zwischen dem deutschen Vertreter Dr. Schnurre und dem sowjetischen Vertreter Barbarin abgeschlossen. Das Abkommen sieht vor, daß Hitlerdeutschland der Sowjetunion einen Kredit von 200 Millionen Mark für 2 Jahre mit 5%-iger Verzinsung und 6-7 jähriger Rückzahlungsfrist gewährt, wogegen die Sowjetunion an Hitlerdeutschland während der nächsten zwei Jahre Waren im Werte von 180 Millionen Mark liefern soll. Der deutsche Kredit ist Warenkredit, hauptsächlich

Werkzeugmaschinen, optische Artikel usw. Die Sowjetunion soll Rohstoffe liefern, genannt werden Baumwolle, Holz und Phosphate. Bereits vor dem Abschluß des Vertrages sollen aber sowjetische Sendungen von Mineralölen, die gegenwärtig besonders knapp in Deutschland sind, und von Baumwolle aus Turkestan, in Deutschland eingetroffen sein. An sich ist der Umfang der wechselseitigen Lieferungen, soweit er vertraglich festgelegt ist, weder für Deutschland, noch für die Sowjetunion sehr bedeutend. Aber es ist sehr wohl möglich, daß diese nur Minimallieferungen sind.

Die Ankündigung des bevorstehenden Nichtangriffsabkommens zwischen Hitlerdeutschland und der Sowjetunion und der Reise Ribbentrops nach Moskau in der Nacht vom 21. August 1939 wirkte in der ganzen Welt wie ein Donnerschlag. Die deutsche und die sowjetische Ankündigung wiesen gewisse Unterschiede auf, die vielleicht nicht ohne Bedeutung sind. Die deutsche Ankündigung stellte den Vertragsabschluß als unmittelbar bevorstehend hin, während die sowjetische Mitteilung in dieser Hinsicht sehr viel weniger kategorisch war.

Die Ankündigung des Nichtangriffsabkommens erfolgte in einem Augenblick, wo Hitlerdeutschland die Frage nicht nur Danzigs, sondern der Existenz Polens überhaupt in schärfster Form stellte, wo es gegen die Polen die selbe wüste Hetze entfesselte, wie vor einem Jahr gegen die Tschechoslowakei. Sie erfolgte, während in Moskau die französisch-englischen und die sowjetischen Militärkommissionen verhandelten.

Die Nazipresse stellt das Abkommen dar als eine grundstürzende Wendung der europäischen Politik, als die Wiederherstellung der "traditionellen Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland", als die Durchbrechung der Politik der "Einkreisung". Die Nazipresse sucht dem Abkommen den Charakter eines wahren Bündnisses zwischen den beiden Ländern zu geben. "Der Angriff" zum Beispiel spricht von der Beseitigung des Mißtrauens zwischen beiden Ländern, von einer "dauerhaften Koordination und Zusammenarbeit". Die "Deutsche Allgemeine Zeitung" erklärt: der Pakt schaffe eine neue Lage in Europa, er bedeutet den Durchbruch durch die Einkreisung. Hitlerdeutschland habe damit gezeigt, daß es keine Wiederholung der Konstellation von 1914 zulasse. Das Blatt rühmt den "Realismus" Rußlands.

Die vorliegenden Meldungen aus Deutschland besagen, daß die Nazikreise jetzt die polnische Frage "so oder so" für entschieden halten, daß die militärischen Kreise aufatmen, daß sie nicht mehr mit der gefürchteten Möglichkeit des Zweifrontenkrieges unter Beteiligung der Sowjetunion auf der Gegenseite zu rechnen haben, daß aber die Masse der Bevölkerung zunächst auf Grund des Nichtangriffspaktes auf die Erhaltung des Friedens gehofft habe, während nach kurzer Zeit ihre Befürchtungen wegen des Krieges noch verstärkt worden sind. Der Berichterstatter der "Times" meldet: die militärischen Vorbereitungen für einen raschen und entscheidenden Schlag gegen Polen würden fortgesetzt. Man rechnet damit, Polen erledigen zu können, ehe ihm die Westmächte zu Hilfe kommen können. Man fordere jetzt die Wiederherstellung der Grenzen von 1914. Man hoffe, binnen 5 Tagen diese Grenzen erreicht zu haben, wolle sich dann dort festsetzen und Friedensangebote an die Westmächte richten.

In der faschistischen Presse Italiens rühmt Gajda ebenfalls das Scheitern der Einkreisungspolitik, betont aber besonders die durch das Abkommen bewirkte Isolierung Polens und die kommende Veränderung des Kräfteverhältnisses im östlichen Mittelmeer.

"Autoritäre Sowjetkreise" versichern, es bestehe keine Unverträglichkeit zwischen dem Abkommen mit Hitlerdeutschland und einem Defensivbündnis mit England-Frankreich. Der Nichtangriffspakt mit Hitlerdeutschland sei keinesfalls ein Hilfspakt für den Angriff Hitlerdeutschland gegen andere Staaten. In den Pakt würde dieselbe Klausel eingefügt werden, wie sie in dem Nichtangriffspakt mit Polen bestehe, daß jeder der Partner den Vertrag fristlos aufkündigen könne, falls der andere einen Angriff gegen dritte Mächte durchführe.

"Die Befürchtungen der kleinen Staaten seien gegenstandslos, da die Sowjetunion ebensowenig die Absicht habe, sie jetzt ihrer Annäherung an Deutschland zu opfern, wie sie Angriffsabsichten gegen sie habe, indem sie Garantien gegen freiwillige oder erzwungene Nazifizierung fordere (!). Die Sowjetunion brauche keine Gebiete, sie übe nicht die Politik der Teilung von Einflusssphären und brauche keine Vasallen."

Diese Richtlinien erscheinen in der stalinistischen Presse außerhalb der Sowjetunion in der Form, daß Chamberlain und Daladier aufgefordert werden, ohne Verzug die Flugzeuge nach Moskau zu besteigen :

"Das Flugzeug nach Moskau geht jeden Morgen gegen 8 Uhr ab, Herr Daladier" - schreibt Darnar in der Pariser "Humanité" (23.8.39).

"Mögen Chamberlain und Daladier das Flugzeug nach Moskau nehmen und direkt Unterhaltungen mit der Sowjetregierung führen, wie sie es letztes Jahr in München getan haben. Wenn Polen und die Nachbarstaaten gegenseitige Hilfspakte wollen, so brauchen sie sich nur unmittelbar an die Sowjetregierung zu wenden" - so heißt es in einer offiziellen Erklärung der Kommunistischen Partei Englands.

Und in der Pariser Zeitung "Ce Soir", die unter kommunistischem Einfluß steht, schrieb Aragon :

"Gut, aber Herr Chamberlain hat uns gezeigt, daß er das Flugzeug zu benutzen versteht."

Die Inspiration aus der gemeinsamen Moskauer Quelle liegt auf der Hand. Die Sowjetpresse verweist jetzt auch darauf, daß die Sowjetregierung seit 1934 sich um einen Nichtangriffspakt mit Hitlerdeutschland bemüht habe und daß dies bisher nur an der Ablehnung Hitlers gescheitert sei.

Über den Inhalt des Nichtangriffspaktes selbst zirkuliert in der internationalen Presse die Vermutung, daß er folgende Klauseln umfasse:

1. die vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, sich nicht gegenseitig anzugreifen.
2. die vertragsschließenden Parteien übernehmen die Verpflichtung, neutral zu bleiben in dem Falle, wo eine der Parteien angegriffen würde.
3. jede der vertragsschließenden Parteien würde das Recht behalten, in jedem Augenblick den Nichtangriffspakt zu kündigen, wenn sie es für notwendig halten würde, im Falle daß eine der Parteien eine dritte Macht angreifen würde.

Es handelt sich hier natürlich nur um eine Vermutung. Nebenbei ist der Wortlaut des Textes, der abgeschlossen werden wird, weniger wichtig als die praktische Durchführung.

Wie verhalten sich die Westmächte, wie verhält sich Polen ?

Eine offiziöse englische Regierungserklärung, die am 22. August 1939 herausgegeben wurde, besagt :

1. durch den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen Deutschland und der Sowjetunion würden keineswegs die Verpflichtungen Englands gegenüber Polen eingeschränkt.
2. das englische Parlament wird auf Donnerstag, den 24. August 1939 zu einer Sondersitzung einberufen. Es soll ihm ein Gesetz vorgelegt werden, das der Regierung außerordentliche Vollmachten für die Verteidigung erteilt. Ferner soll ein Gesetz vorgelegt werden, das die Regierung ermächtigt, die Ausfuhr aller kriegswichtigen Rohstoffe und Fertigwaren zu verbieten.
3. England ist bereit zu friedlichen Verhandlungen, aber auch zum Widerstand im Falle der Anwendung von Gewalt gegen Polen.

Im Sinne dieser Mitteilung hat der englische Gesandte Henderson in Berchtesgaden eine Antwortnote übergeben. Ferner haben die englische und die französische Regierung ihre Botschafter beauftragt, bei der Sowjetregierung Auskunft über den Sinn des beabsichtigten Nichtangriffspaktes ein-

zuholen. Die englische Regierungspresse spricht sich für die Weiterführung der Verhandlungen mit der Sowjetregierung aus. Der "Temps" bemerkt, daß der Nichtangriffspakt und ein gegenseitiger Hilfspakt zwischen England-Frankreich und der Sowjetunion "sich durch ihr Wesen selbst gegenseitig ausschließen". Die Verhandlungen sind nach amtlichen Mitteilungen inzwischen nicht abgebrochen, aber unterbrochen worden.

Der "Temps" vom 23. August 1939 erklärt zur Lage u. a. Folgendes :

"Niemand in der politischen Geschichte Europas hat man einen solchen Umsturz der aufs Klarste eingenommenen Stellungen erlebt, eine brutalere Verleugnung der fundamentalen Lehren jeder wesentlich ideologischen Politik."

Deutschland treibe ein "kühnes Spiel", aber es sei nicht sicher, daß es Ergebnisse zeitigen werde, mit denen Berlin rechnet. Das Spiel der sowjetischen Diplomatie sei seit längerer Zeit verdächtig erschienen.

Der Vertrag sei noch nicht abgeschlossen. Wenn er zustandekäme, würde der Vertrag bedeuten : 1. den Verzicht des Reiches auf einen Vorstoß gegen die baltischen Länder, 2. ein Verzicht Hitlerdeutschlands auf die Ukraine, auf das Schwarze Meer, auf die Ausdehnung nach Osten, 3. das Ende des Antikominternpaktes, 4. daß die totalitäre Ideologie als Lüge erwiesen sei (Spanien).

"Es wäre nicht nur die Verleugnung einer politischen Methode, sondern die Verleugnung aller Lehren, von denen bis zu dieser Stunde das nationalsozialistische Regime gelebt habe."

Hitlers Vorgehen sei entweder ein "strategischer Rückzug", indem er im höchstmöglichen Grade für ein Regime das Gesicht wahre durch einen theatralischen diplomatischen Erfolg, dessen psychologische Wirkung leicht ausgebeutet werden könne durch die deutsche Diplomatie, um den Druck auf Polen zu verstärken. Es sei nicht bewiesen, daß diese Rechnung richtig sei. Das Problem würde sich aber auch nach einem deutsch-sowjetischen Abkommen unter denselben Bedingungen stellen. Es gebe hier zwei Möglichkeiten : entweder daß Hitler ein für Deutschland vorteilhaftes Kompromiß mit Polen suche, oder daß er vielleicht einen raschen Streich versuche, um eine vollendete Tatsache zu schaffen. Es sei nicht vor auszusehen, ob durch das Abkommen das Risiko des Krieges über die Chancen des Friedens überwiege.

Polen erklärt, es werde unter allen Umständen seine Unabhängigkeit verteidigen. Es sei durch die Wendung der sowjetischen Politik nicht überrascht, es habe niemals mit direkter militärischer Hilfe durch die Sowjetunion gerechnet.

Meldungen aus Japan besagen, daß die japanische Regierung angesichts des bevorstehenden Nichtangriffspaktes zwischen Hitlerdeutschland und der Sowjetunion ihre gesamte Außenpolitik neu überprüfen werde. Nach den Mitteilungen der internationalen Presse soll zwar Italien über die Geheimverhandlungen Deutschlands mit der Sowjetregierung unterrichtet gewesen sei, nicht aber Japan.

2. Was bedeutet der Nichtangriffspakt ?

Er kann sowohl für die Sowjetregierung, als auch für die Naziregierung sehr Verschiedenes bedeuten.

Für die Sowjetregierung kann er bedeuten :

1. nur ein Manöver, um die Westmächte zu zwingen, rasch ein weitgehendes Defensivbündnis mit der Sowjetregierung abzuschließen oder
2. den Versuch, sich aus dem Konflikt der beiden imperialistischen Lager solange wie möglich herauszuhalten, solange, wie es für die Sowjetunion günstig erscheint.

Im letzteren Falle bieten sich wieder verschiedene Möglichkeiten :

1. die Möglichkeit, dem Konflikt der beiden imperialistischen Lager freie Bahn zu lassen.
2. der Versuch eine Schiedsrichter- und Vermittlerrolle zwischen den beiden Lagern zu übernehmen. Auf dieser Linie ist die Rede davon, daß vielleicht die Sowjetunion für die Einberufung einer Sechsmächtekonferenz eintreten werde. Eine weitere Möglichkeit ist, daß die Sowjetregierung mit Hitlerdeutschland Abkommen getroffen hat oder treffen wird, die auf eine Teilung Polens und eine Besetzung der baltischen Länder (vielleicht mit Ausnahme Litauens) durch die Sowjetunion hinauslaufe. Die letztere Möglichkeit wird selbst von der offiziellen Presse der Westmächte für unwahrscheinlich gehalten, weil die Sowjetunion kein Interesse daran habe, Hitlerdeutschland als unmittelbaren Grenznachbar zu bekommen. Was die beiden aufgezählten Hauptmöglichkeiten anbelangt, so spricht die Vorgeschichte der Stalinschen Annäherungsversuche an Hitlerdeutschland eher dafür, daß der Nichtangriffspakt nicht ein Manöver ist, um die Westmächte für den Abschluß eines Verteidigungsbündnisses zu gewinnen, sondern daß eher umgekehrt die Verhandlungen mit den Westmächten für Stalin ein Manöver waren, um die Annäherung an Hitlerdeutschland zu erzielen.

Für Hitlerdeutschland bedeutet der Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion natürlich verbesserte Aussichten, um Polen zu erledigen, sei es durch bloße Kriegsdrohung, sei es durch wirklichen Krieg. Es ist klar, daß für Hitlerdeutschland nunmehr auch seine Aussichten in einem Konflikt mit den Westmächten verbessert sind, wo es nicht damit zu rechnen hat, daß es im Osten die Sowjetunion als Gegner hat. Die Erwartung, daß Hitlerdeutschland sich nunmehr mit dem diplomatischen Erfolg des Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion, der Sprengung der sogenannten Einkreisung begnügen wird, erscheint uns als reichlich illusorisch. Der Nichtangriffspakt ist für Hitlerdeutschland nur ein Mittel zum Zweck - der Zweck - die neuen imperialistischen Eroberungen zunächst in Ost- und in Südosteuropa, die "Wiederherstellung der traditionellen Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland", von der heute die Nazipresse überfließt, ist ebensowenig aufrichtig, wie sie von Dauer sein wird.

Der Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen Hitlerdeutschland und der Sowjetunion erhöht unzweifelhaft die Kriegsgefahr, die von Hitlerdeutschland droht. Dies ist das allgemeine Gefühl, das sich in Westeuropa unmittelbar nach Bekanntwerden des geplanten Nichtangriffspaktes in den breiten Massen offenbarte. Und dieses Gefühl ist in den objektiven Tatsachen wohl begründet. Ein Kompromiß der Westmächte mit Hitlerdeutschland auf Kosten Polens ist zwar heute keineswegs vollständig ausgeschlossen, trotz aller offiziellen gegenteiligen Erklärungen der Regierungen, aber ein solches Kompromiß wäre im Vergleich zum September des Vorjahres bedeutend erschwert.

3. Die Stalinsche Politik und die internationale Arbeiterklasse.

Wir haben unsererseits an dieser Stelle wiederholt erklärt, daß wir als die sowohl vom Standpunkt der Sowjetunion, als von dem der internationalen Arbeiterklasse, also vom Standpunkt der revolutionären Interessen des Weltproletariats zweckmäßigste Politik die halten, daß die Sowjetunion sich solange wie möglich aus einem Konflikt der beiden imperialistischen Lager heraushält, um im geeigneten Augenblick im Interesse der Weltrevolution in ihn einzugreifen.

Die Stalinsche Politik des Nichtangriffspaktes mit Hitlerdeutschland zielt offensichtlich darauf ab, die Sowjetunion aus dem imperialistischen Konflikt herauszuhalten, aber sie steuert diesem Ziel mit Methoden zu, die nur zum größten Schaden für die Sowjetunion selbst, für die internationale Arbeiterklasse und für die kommunistische Bewegung in der ganzen Welt ausfallen können: sie erleichtert Hitlerdeutschland den Angriff, sie ladet

im Kriegsfall der Sowjetunion in den Augen selbst der werktätigen Massen Mittel- und Westeuropas die Kriegsschuld auf.

Dies hätte sich vermeiden lassen durch eine offene, eindeutige, klare und konsequente Politik der Nichteinmischung der Sowjetunion in den imperialistischen Konflikt.

Wenn es anders kommt, so ist dies die Folge der politischen Methoden des Stalinschen Regimes, die Folge seines zweideutigen und geheimen Doppelspiels. Es ist die Folge der Tatsache, daß die Stalinsche Politik, wie es sich heute herausstellt, aus Gründen des bloßen Manövers seit Jahren als Vorkämpfer der antifaschistischen, der demokratischen, der Friedensfront, als Verfechter der kollektiven Sicherheit aufgetreten ist und nun diese Politik selbst als bloßes Manöver, als Betrug nicht nur gegenüber den kapitalistischen Regierungen, sondern auch als Betrug gegenüber den breiten Massen der Werktätigen in allen Ländern erscheinen läßt. Diese breiten Massen in Mittel- und Westeuropa, die diese Politikernst genommen haben, sie fühlen sich jetzt "verraten".

Das nächste Opfer dieser stalinistischen Politik wird die Kommunistische Partei Frankreichs sein und darüber hinaus die französische Arbeiterklasse. In Frankreich selbst eröffnet diese Politik den diktatorischen Bestrebungen der Bourgeoisie Tür und Tor. Die Kommunistische Partei Englands wird nur deshalb nicht so schwer getroffen werden, weil sie niemals eine ernsthafte Macht gewesen ist.

Die revolutionären Arbeiter Deutschlands aber werden die Folgen ziehen, daß sie im Kampfe gegen das Hitlerregime nur auf sich selber und auf die revolutionären Elemente der Arbeiterbewegung rechnen können, die den Kampf gegen das Stalinsche Regime führen und daß das Aufräumen mit dem Stalinschen Regime eine Lebensfrage der proletarischen Revolution in Deutschland und damit auch der internationalen proletarischen Revolution geworden ist.

4. KPF und SFIO.

Die Presse und die Redner der Kommunistischen Partei Frankreichs versuchen alles Mögliche und Unmögliche, um die Stalinsche Politik in den Augen der französischen Arbeiter zu rechtfertigen. In der Zeitung "Ce Soir" die unter kommunistischem Einfluß steht, begrüßt der bekannte Schriftsteller Aragon die Nachricht über den bevorstehenden Nichtangriffspakt mit dem Ausruf: "Es lebe der Friede!" und erklärte: die englisch-französisch-sowjetische Allianz kann rasch abgeschlossen werden, wenn Paris und London es wollen.

Zu dem deutsch-sowjetischen Handelsabkommen hatte die Pariser "Humanité" vom 22. August 1939 u. a. Folgendes geschrieben:

"Es ist ein neuer Sieg, der auf der roten Fahne des Landes des Sozialismus eingeschrieben ist... Es gibt die Politik der dauernden Kapitulation, die Politik von München, die Politik derer, die bereit sind, in allem nachzugeben, alles preiszugeben, Rohstoffe, Kolonien, demokratische Freiheiten und nationale Unabhängigkeit. Und dann gibt es die Politik der Festigkeit, die Politik vom Khassan-See, die Politik, die sich den japanischen Konzessionären der Insel Sachalin aufzwingt, die Politik der Sowjetunion."

Die "Humanité" vom 23. August 1939 brachte folgende große Schlagzeile: "Erfolg der sowjetischen Politik der Festigkeit! Die Verhandlungen von Moskau zwischen der Sowjetunion und Deutschland dienen der Sache des Friedens in Europa! Ohne weiteres Zögern müssen jetzt Paris und London das französisch-englisch-sowjetische Abkommen unterzeichnen!" Neben diesen Schlagzeilen findet man ein großes Porträt von Stalin mit der Unterschrift: "Vorkämpfer des Friedens und der Unabhängigkeit der Völker."

Angesichts der Tatsache, daß die unmittelbare Folge bereits der Ankündigung des Nichtangriffspaktes eine Verschärfung der Kriegsgefahr überhaupt ist, wirkt dieses Geschrei nicht einmal auf die eigenen Anhänger, geschweige denn auf die breite Masse der französischen Arbeiter überzeugend. Keine andere Partei hat den Sozialpatriotismus, ja Sozialchauvinismus derart auf die Spitze getrieben, wie die Kommunistische Partei Frankreichs. Umso gewaltiger muß jetzt der Rückschlag wirken.

Die durchschnittliche Stimmung der französischen Arbeiter kommt zum Ausdruck in einem Artikel, den Léon Blum im "Populaire" vom 23.8.1939 veröffentlicht hat. Er spricht hier von der Verwegenheit und der grundlegenden Verachtung der öffentlichen Meinung, welcher Herausforderung an die öffentliche Moral die die Stalinsche Politik vorstelle. Das von Hitler angewandte Mittel sei - "skandalös für die Vernunft". Was die Sowjetpolitik anbelange, so sei darin alles für ihn dunkel. Er spricht vom "Doppelspiel". Warum habe man sich soweit engagiert, wenn man jetzt die Wendung mache? Ob man die inneren Rückwirkungen eines Krieges fürchte? Ob man eine internationale Schiedsrichterrolle übernehmen wolle usw.? Die Forderung, die Léon Blum aus der Lage zieht, ist natürlich zu hundert Prozent sozialpatriotisch: für die Aufrechterhaltung der Verpflichtungen Frankreichs-Englands gegen Polen, Rumänien usw., für die Aufrechterhaltung des Bündnisses zwischen Frankreich und England.

In derselben Nummer des "Populaire" schreibt ihr außenpolitischer Redakteur Brossolette: "Stalin hat der französischen Sicherheit einen furchtbaren Schlag zufügen können. Das ist sein Recht: er ist Russe. Aber wenn man beansprucht, im Namen eines Teiles der französischen Arbeiterklasse zu sprechen, so hat man nicht das Recht, dieses Heldenstück zu verteidigen. Und noch weniger, ihm unverschämt Beifall zu klatschen."

Man sieht, die einen, die Léon Blum und Brossolette, protestieren im Namen der "französischen Sicherheit", im Namen des französischen Patriotismus, während die anderen die Stalinsche Politik verteidigen, angeblich im Namen der internationalen Arbeiterklasse, in Wirklichkeit im Namen des russischen nationalen Egoismus, im Namen der Aufrechterhaltung des Stalinschen Regimes in der Sowjetunion.

Die Stimme des proletarischen Internationalismus ist auf keiner der beiden Seiten hörbar.

- : - : -

Wir entnehmen aus der "SOCCOR" vom 19.8.39 diesen Artikel:

DIE ILP - FUHRERSCHAFT ERKLART SICH FÜR BESIEGT.

Im "News Chronicle" vom 10. August und im "New Leader" vom 11. August ist die Nachricht erschienen, daß das NAC (Zentral-Komitee) der ILP den Wiederanschluß an die Labour Party empfiehlt. In dieser Empfehlung wird nicht von Bedingungen erwähnt.

Im Verlaufe von 1938 hat die "Socialist Correspondence", die damals noch die Möglichkeit, daß die ILP eine revolutionäre Partei werden könne, für gegeben hielt, die ILP verteidigt, indem sie eine Kampagne für die Angliederung führte unter sehr bestimmten Bedingungen, welche die Freiheit für eine revolutionäre Politik gewährleisten würden. Wir werden demnächst in einem Artikel die Stellung der Revolutionäre analysieren, die eine Minderheit in der ILP bilden, jetzt, wo es klar ist, daß die ILP keine revolutionäre Partei werden kann. In dem gegenwärtigen Artikel werden wir das Verhalten der ILP-Führung untersuchen.

Prinzipien der Angliederung.

Als Gegensatz wollen wir zuerst die Haltung einer revolutionären Partei gegenüber der Labour Party betrachten. Die Anhängerschaft der Labour Party setzt sich zusammen aus Arbeitermassen, die ehrlich den Sozialismus wollen, aber Illusionen über die LP haben. Wegen dieser ihrer Treue gegen-

Über der LP haben sie das Gefühl, daß jede Partei außerhalb der LP die Arbeiterklasse spaltet und gegen den Sozialismus, gegen sie selber ist.

Um diese Schwierigkeiten zu überwinden, ist es gerechtfertigt, daß eine echte sozialistische Partei proklamiert: "Wir wollen den Anschluß an die LP, aber dies nicht auf Kosten unserer Prinzipien. Wir müssen frei sein, um auf folgende Art und Weise für die Arbeiter zu kämpfen: ..." Die LP würde nicht bereit sein, unsere Bedingungen zu erfüllen, wenn die revolutionäre Partei nicht eine Kampagne geführt hätte, die die Unterstützung der Massen innerhalb der ILP gefunden hätte, sodaß die LP-Bürokratie fühlt: "Wenn wir unsere Zustimmung verweigern, werden wir als die Spalter erscheinen, werden wir in eine Situation hineinmanövriert werden, wo wir als Unterdrücker der von den Arbeitern geforderten sozialistischen Aktivität erscheinen."

Solange nicht eine solche Situation entstände, würde die revolutionäre Partei außerhalb zu bleiben haben, aber sie würde durch ihre Kampagne für die Einheit Sympathien in der LP gewinnen. Wenn ihre Bedingungen erfüllt würden, dann würde ihre Stellung innerhalb der LP klar und unzweideutig sein.

Die ILP - Methode.

Im Falle der ILP hat man diese Methode nicht befolgt. Ostern hatte die ILP-Konferenz die Angliederung unter Bedingungen verlangt. Der NAC jedoch hat der Partei keinerlei Verhaltensmaßregeln zur Durchführung einer Kampagne gegeben, um den LP-Anhängern die Bedingungen zu erklären und ihre Unterstützung zu gewinnen. Stattdessen drängt man auf die bedingungslose Angliederung.

Der Grund dafür ist einfach. Die ILP befindet sich seit einiger Zeit in einem Zustand des organisatorischen und finanziellen Niedergangs. Ihre Führer fürchten, daß jedes weitere Abwarten zum Verschwinden ihrer Partei führen kann. Ihre Aktivität heute, wie seit einigen Jahren, ist nicht von irgendwelchen politischen Grundsätzen diktiert worden, sondern in allererster Linie von dem Wunsche so etwas wie eine Massenpartei aufrechtzuerhalten, die die Basis für die parlamentarische Vertretung abgeben kann.

Gerade dieser Wunsch, die Organisation aufrechtzuerhalten, hat zu ihrer Zerstörung geführt. Der Grund für den Abstieg der ILP liegt in ihrer inneren Zwietracht, die von dem Mangel an festen revolutionären Grundsätzen herrührt.

Sie hat einen rechten Flügel, dessen Arbeit die besten Elemente aus der Partei heraubtrieb, wie bei Abessinien und München. Wenn die ILP ihren rechten Flügel zur Rechenschaft gezogen und nötigenfalls ausgeschlossen hätte, würde sie neue revolutionäre Elemente angezogen und den Enthusiasmus des schon bestehenden linken Flügels gestärkt haben. Aber Brockway und das ILP-Zentrum sind im entscheidenden Moment, um "die Partei zu erhalten", jedesmal mit den Rechten gegangen. Die Ergebnisse sind klar. Es gibt Zeiten, in denen Parteien wie Männer nur leben können, wenn sie den Mut haben, etwas zu wagen.

Es ist merkwürdig, daß gerade die ILP-Führer, die niemals etwas gewagt haben, stets die allerersten waren, die auf eine Politik der "Kühnheit, nochmals Kühnheit und wieder Kühnheit" drängten, wenn es sich um Rußland und die Arbeiter im Ausland handelte. Sie haben andere erlöst, sich selbst konnten sie nicht retten.

Erklärungen und Entschuldigungen.

Die nächste Aufgabe für die ILP-Führer war, Theorien aufzustellen, die beweisen sollten, daß die Politik die die ILP retten sollte, im Interesse der Arbeiterklasse lag.

Brockway glaubt anscheinend, die durch die ILP verstärkte LP werde gerade den Weges auf die Richtung der Sowjets losmarschieren. Er schreibt:

"Die ILP würde die Labour Party als den politischen Ausdruck der Bewegung der britischen Arbeiterklasse betrachten und würde loyal in ihr mitarbeiten, indem sie sucht sie organisatorisch und ideologisch zu stärken für die Aufgabe, den Kapitalismus zu stürzen und den Sozialismus aufzurichten."

Das sagt er von der LP mit ihren gesättigten Bürokraten und ihren Vertretern, die an Händen und Füßen durch Korruption gefesselt sind, und welche tagtäglich zeigt, wie besorgt sie ist, das britische Imperium aufrechtzuerhalten.

Aus denselben Gründen muß die Theorie zurückgewiesen werden, mit der Bob Edwards liebäugelt, nach welcher eine Labour Regierung nicht so versagen würde, wenn die ILP darin wäre. Genosse Edwards, der praktische Erfahrung im revolutionären Kampf in anderen Ländern hat, wo er ungewöhnlichen Mut und ungewöhnliche Einsicht gezeigt hat, weiß sehr wohl, daß diese Argumente falsch sind.

Ein anderes Argument sagt, die ILP sei genügend diszipliniert und bewußt geworden, um erfolgreich in der LP arbeiten zu können. Ein Kommentar dazu ist heute überflüssig, in einem Moment, wo die Spannung zwischen den revolutionären und den opportunistischen Elementen ihr Maximum erreicht hat.

C.A. Smith, der Vorsitzende der ILP, bekämpft die Angliederung, aber er erkennt nicht die wahren Gründe für den Niedergang der ILP - nämlich ihr versagen, eine revolutionäre Politik und Disziplin in ihren eigenen Reihen zustandezubringen. Nach Smith kann eine revolutionäre Partei sich nur unter den Bedingungen des Krieges oder des ökonomischen Zusammenbruchs halten, insbesondere glaubt Smith, die Sozialisten sollten ihre Zeit nicht mit der Agitation für Lohnerhöhung usw. verschwenden, sondern sich auf die großen grundsätzlichen Fragen beschränken: den Kampf gegen den Krieg und den Kampf um den Sozialismus.

Smith, als akademischer Philosoph, kann nur Fragen begreifen, die logische Unterschiede enthalten - Kapitalismus oder Sozialismus, Krieg oder Frieden. Er sieht keinen wesentlichen Unterschied zwischen 40 Schilling die Woche und 50 Schilling die Woche; und interessiert sich nicht für all die dazwischen liegenden Kämpfe der Arbeiter. Tatsächlich waren es Kämpfe dieser Art, die die Arbeiter dazu geführt haben, ihre eigene politische Partei zu gründen und gerade bei der täglichen Agitation erkennen die Arbeiter am besten, ob eine Partei wirklich entschlossen ist, für ihre Interessen zu kämpfen. Heute können nur die einen wirksamen Lohnkampf führen, die bereit sind, das kapitalistische System aufs Spiel zu setzen. Der britische Kapitalismus nähert sich dem Punkt, wo er jeden Penny für die Rüstungen braucht, andernfalls stürzt er in sich zusammen und hat dann überhaupt nichts mehr zu bieten. Das charakteristische Merkmal der letzten Jahre ist, die Weigerung der Reformisten, für Reformen zu kämpfen.

Was das Argument betrifft, es sei kein Platz für eine revolutionäre Partei, so muß man sagen, es ist heute so, daß die faschistische Agitation an Boden gewinnt, gerade wegen der Schwäche aller vorhandenen Arbeiterparteien, wegen der weitverbreiteten Korruption, gerade weil das Bedürfnis nach einer revolutionären Partei unbefriedigt ist. Die britischen Arbeiter sind nicht so schwachköpfig, daß sie erst infolge all der Schrecken des wirtschaftlichen Zusammenbruchs verhungern müssen, bevor sie kämpfen wollen. Schuld an der heutigen Apathie sind im ganzen zwei miteinander verwandte Faktoren: das Fehlen einer kämpferischen Politik und einer geschulten Führung.

Aus dem Zusammenbruch der ILP können viele gute Genossen gerettet werden; ihre Rolle und Perspektive zusammen mit anderen revolutionären Teilen der Arbeiterbewegung verlangt einen besonderen Artikel.

= : = : =

ERFOLGREICHER STREIK DER CIO-AUTOGEWERKSCHAFT BEI GENERAL MOTORS.

"New York Times" vom 5. August enthält ausführliche Mitteilungen über einen am Vortage zu Ende gegangenen mehrwöchentlichen Streik bei den General Motors in Detroit, der von bedeutender Auswirkung auf das Schicksal und die

weitere Entwicklung der beiden konkurrierenden Autogewerkschaften sein wird. Der unter Obhut von Lewis und unter starkem stalinistischem Einfluß stehende Verband hatte ohne Beachtung der vorgeschriebenen Verhandlungswege eine Lohnbewegung der Werkzeugmacher und ähnlicher qualifizierter Arbeiter entfacht, die zwar direkt nur einige tausend Leute umfaßte, indirekt aber annähernd 100.000 Arbeiter zum Nichtstun in den Autobetrieben von General Motors veranlaßte. Der Streik hatte ziemlich heftige Formen angenommen. Jetzt ist er durch einen Vergleich mit der Firma beendet worden, der zwar beträchtliche Abstriche an der ursprünglich geforderten Lohn-erhöhung von 10 cents bringt, bei dem aber in der Frage der Bezahlung der Überstunden, der Arbeit an Sonnabenden und Sonntagen usw. die Arbeiter besser abschneiden. Wichtig ist auch, daß zum ersten Mal ein allgemeines Lohnabkommen mit den General Motors erzielt wurde. Nach dem großen Sitzstreik im Jahre 1937 war zwar ein allgemeiner Rahmenvertrag zustande gekommen, aber die Löhne waren nur betriebsweise mit Hilfe der sogenannten Betriebskomitees geregelt worden. Aber von noch größerer Bedeutung ist, daß das neue Abkommen einen Passus erhält, wonach in nicht weniger als 42 Betrieben der Gesellschaft die Autogewerkschaft der CIO als die alleinige Tarifkontrahentin und als die alleinige Interessenvertretung der Arbeiter anerkannt wird.

Bekanntlich hat sich vor über einem halben Jahr der Autoarbeiterverband nach jahrelangen heftigen Fraktionskämpfen gespalten. Der weitaus größere Teil der Arbeiter blieb in der CIO, während der kleinere Teil mit dem Präsidenten Homer Martin der American Federation of Labour, der alten Zentrale der Berufsgewerkschaften, beitrug. (Der allerdings größte Teil der Arbeiter hatte freilich die Gelegenheit benutzt, sich von jeder Organisation zurückzuziehen.) Der jetzt beendete Streik ist vom Verband der Industriegewerkschaften (CIO) vor allem entfacht worden, um den Homer-Martin-Verband an die Wand zu drücken. Das scheint nun auch geglückt zu sein. Bemerkenswert ist noch, daß General Motors sich geweigert hatten, in allen Betrieben, wo zwei rivalisierende Komitees aufgetreten waren - das der CIO und das der AFofL - überhaupt mit einem zu verhandeln. Das ist jetzt von der Firma aufgegeben worden und zwar zugunsten der CIO. Man kann sich leicht vorstellen, welches Schicksal nunmehr dem Verband von Homer Martin beschieden sein wird.

Die von Lovestone geführte Unabhängige Arbeiterliga (ILLA) - oder vielmehr Lovestone selbst - hatte sich bei der Spaltung vollständig hinter den von Homer Martin geführten Verband gestellt. Sie betreibt seitdem die Rückkehr der Industriegewerkschaften der CIO in die AFofL unter der Parole der "Herstellung der Einheit der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung".

= : = : =

Schluß : " ZUR GESCHICHTE DER KPdSU - KURZER LEHRGANG "

Der Stalinismus, der vorgibt gegen die Vulgarisierung und Verflachung der marxistisch-leninistischen Theorie zu kämpfen, hat diese Theorie so bereichert, daß sie heute schon in mehr als einem Punkt der Renegaten-Theorie Kautskys so sehr gleicht, wie der Igel einer Frau.

"Wenn man in seinen Reihen Reformisten, Menschewiki hat, so ist es unmöglich in der proletarischen Revolution zu siegen, so ist es unmöglich sie zu behaupten. Das ist sowohl in Rußland als auch in Ungarn durch die Erfahrung anschaulich bestätigt worden." (S. 436 aus Lenin zitiert)

"Alle revolutionären Parteien, die bisher zugrunde gegangen sind, gingen daran zugrunde, daß sie überheblich wurden und nicht zu sehen vermochten, worin ihre Kraft bestand, daß sie fürchteten, von ihren Schwächen zu sprechen. Wenn auch das Stalinregime vorzutäuschen versucht, daß diese Leninworte heute noch von ihm vertreten werden, so reden die Tatsachen selbst eine andere Sprache. Ungarn ist durch Spanien überboten worden. Stalin vernichtet alle, die es wagen von seinen Schwächen zu reden. Nicht der "einzige Marxist" Stalin - sondern das russische und das internationale Proletariat kann und muß den Lehren von Marx-Engels-Lenin wieder Geltung verschaffen, auch gegen seinen Stalin, - Das lehrt die Parteigeschichte der KPdSU.

Verantwortlich: Käees Müller, Anvers.